

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

(Nr. 9 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker

==== Heft 346 ====

Die Ämterkäufligkeit im Ancien régime

Von

Dr. Martin Göhring

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1938

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Herrn Direktor **Th. Bäuerle**
in tiefer Dankbarkeit

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten.

Vorwort.

Die tragenden Säulen des Absolutismus, das Beamtentum und das Heer, hatten im Frankreich des Ancien régime eine besondere Eigenart, die sich auf Wesen und Aufbau des Staates verhängnisvoll auswirken sollte. Sie fußten auf der Käuflichkeit der Ämter. Ihre Geschichte hat bisher keine Darstellung erfahren. Selbst mit Spezialforschungen für Einzelfragen und einzelne Phasen der Entwicklung ist es sehr dürtig bestellt. Die wenigen Betrachtungen rein juristischer Natur können dem Historiker nicht genügen. Und doch handelt es sich hier, wie das vorliegende Buch zeigen wird, um eines der wichtigsten Probleme des Ancien régime.

Leitender Gedanke war für mich, die Bedeutung der Ämterkäuflichkeit für die Finanz-, Verwaltungs-, Verfassungs-, Sozial- und Kulturgeschichte Frankreichs aufzuzeigen und die Beziehungen zur auswärtigen Politik zu umreißen. Das staatliche Gefüge erscheint dabei in ganz neuer Beleuchtung, vor allem die den innenpolitischen Ausbau, das Ethos und den Inhalt des öffentlichen Lebens bestimmenden Grundsätze sowie die Basis der vornehmlichsten Träger des Staates. Aber es fällt nicht nur neues Licht auf die Eigenart des französischen Absolutismus und den Wesensunterschied zwischen ihm und dem ihn hoch überragenden brandenburg-preußischen Absolutismus, es wird auch eine der Hauptursachen für den Verfall des alten Staatswesens bloßgelegt und die Frage beantwortet, die für die Erklärung der großen Revolution eine der entscheidendsten ist.

Angesichts der Vielseitigkeit des Stoffes kann die vorliegende Arbeit nicht den Anspruch erheben, das Thema erschöpft zu haben. Vielleicht wäre es bei der Spärlichkeit der Vorarbeiten zweckmäßig gewesen — auf jeden Fall leichter —, nur irgendeines der nachstehenden Kapitel zum Gegenstand eines Buches zu machen, die Ämterkäuflichkeit in einer bestimmten Epoche, etwa zur Zeit Ludwigs XIV., erschöpfend zu behandeln. An Material dazu hätte es

gewiß nicht gefehlt. Wenn ich meine Untersuchung über das ganze Ancien régime ausgedehnt habe, geschah es in der Erwägung, daß nur eine Gesamtdarstellung dieses Problems in Deutschland über den engen Kreis der Fachgelehrten hinaus interessieren kann und daß nur aus ihr sich eine klare, unabweisliche Beziehung zum Ereignis von 1789 ergibt. Damit ist schon gesagt, daß für die Einzel- forschung noch manches zu tun übrig bleibt. Daß sie einsetzt, ist sogar notwendig. Nur durch sie wird sich die Fülle des archivalischen Materials, das sehr zerstreut liegt — selbst in den einzelnen Archiven —, und oft schwer ausbeutbar ist, voll auswerten lassen. Ich selbst hoffe, verschiedene Fäden des behandelten Gegenstandes in anderem Zusammenhang weiterspinnen zu können. Die Arbeit in dieser Form vorzulegen, zwingt mich die Habilitationsordnung.

Archivalische Schätze lieferten für diese Arbeit vor allem die Manuskriptabteilung der Bibliothèque nationale (Ms. franç. Fonds français und Nouvelles acquisitions; 500 de Colbert, Mélanges de Colbert, Collection Clairambault und Coll. Dupuy) und die Archives nationales. Aus letzten stammen alle nicht mit ms. franç. bezeichneten Quellen, soweit nichts Gegenteiliges vermerkt ist. Ergänzendes Material lieferten auch die Archives du Ministère des affaires étrangères und die Bibliothèque de l'Arsenal.

Aufrichtigen Dank schulde ich den Herren Archivaren der genannten Archive und Herrn Professor G. Lefebvre, Sorbonne, dem ich nicht nur verschiedene wertvolle Hinweise verdanke, sondern auch die Ermutigung zur Inangriffnahme der Arbeit. Bedürfnis ist es mir ferner, an dieser Stelle auch Herrn Professor Dr. O. Becker zu danken für die rege und fördernde Anteilnahme, mit der er das Werden dieses Werkes begleitet hat. Und endlich möchte ich noch derer in Dankbarkeit gedenken, die wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß ich diese langwierigen Forschungen unternehmen konnte: der von Herrn Dir. Th. Bäuerle verwalteten Markelstiftung (Stuttgart) und meinem hochherzigen Freunde August Beck.

Stuttgart, im Januar 1937.

M. G.

Erstes Kapitel.

Das Amt.

Eine Darstellung der Ämterkäufllichkeit muß naturgemäß mit der Erläuterung des Objekts beginnen, das Gegenstand des Handels war. Dies ist umso notwendiger, als im alten Frankreich das Amt nicht der einzige Rahmen der öffentlichen Betätigung war. Man unterschied zwischen „Office“ und „Charge“. Das Amt wurde gewöhnlich mit office bezeichnet; an seine Ausübung knüpfte sich eine Vertretung königlicher Macht und Souveränität. Seinem Charakter nach war das Amt stetig, „permanent“, und rechtlich verankert. Es leitete sich her aus einem besonders erlassenen Gesetz, dem Errichtungsedikt. Dieser Zug unterscheidet es von der eigentlichen Charge; deren Ausübung erfolgte entweder auf Grund einer Wahl oder einer zeitlich beschränkten und hinsichtlich ihrer Aufgabe genau umrissenen königlichen Übertragung, *par commission*.¹ Vertretung großer staatlicher Macht geschah stets in dieser Form. Beispiele dafür haben wir in der Charge des Staatssekretärs, des Generalkontrolleurs, oder in der des Intendanten, des bedeutendsten Vollzugsorgans des Absolutismus. Auch Chargen konnten, wie das Amt, stetig sein, aber ihre Träger waren, im Unterschied vom Beamten, jederzeit entschädigungslos absetzbar. In der Umgangssprache wurden allerdings gewöhnlich „Amt“ und „Charge“ nicht auseinandergehalten.

In seiner privatrechtlichen Auswirkung glich das Amt dem Grundeigentum. Als Vermögenswert fiel es in die Klasse der sogenannten *immeubles*.² Wie diese kam es in den Handel; sein Preis

1. Guyot, *Traité des droits, fonctions, franchises, exemptions etc.* 1786—1787. 4 Vol., s. bes. *Intro.*

2. Ders., *Répertoire universel de jurisprudence.* 1787. T. 11, p. 709 ff., vgl. Dalloz, *Répertoire*, art. *office*. Über diesen Punkt und die juristische Seite des Fragenkomplexes gibt manchen Aufschluß P. Louis-Lucas, *Etude sur la vénalité des charges et fonctions publiques et sur celle des offices ministériels depuis l'antiquité romaine jusqu'à nos jours.* Paris 1883, t. 2.

hing ab von der „Konjunktur“, d. h. von Angebot und Nachfrage. Und wie ein Grundstück oder ein anderer immobilärer Sachwert war es veräußerlich, vererbbar, belastbar und pfändbar. Die Veräußerung zwischen einzelnen erfolgte in Form eines Kaufvertrags, der je nach Amt und persönlicher Vereinbarung Verschiedenheiten aufwies. Sogar als Mitgift konnte es dienen, denn ohne Schwierigkeit ließ es sich übertragen, selbst wenn es sich um ein hohes Amt handelte.³ Diese Merkmale zeigen deutlich den Eigentumscharakter des Amts. Er wurde auch von der Regierung anerkannt, nicht nur als Auswirkung des bekannten Paulettesystems, sondern auch in den Errichtungs- und Bestätigungsedikten. Der Beamte sollte über sein Amt verfügen können „wie über eine ihm gehörige Sache“. Darüber hinaus besaß es Eigenschaften, die den andern Vermögenswerten abgingen: es ermöglichte den sozialen Aufstieg, denn es machte „würdig“ und privilegiert. Durch den mit ihm verbundenen Ehrentitel verschaffte es Rang und Ansehen in der Gesellschaft; deren hierarchischen Aufbau bestimmte das Amt weitgehend. Freilich ließ die Rechtsprechung hinsichtlich der materiellen Auswirkung dieses Besitztums an Eindeutigkeit zu wünschen übrig. Nachlaßregelungen, Ansprüche, die sich aus Eheverträgen, Testamenten und dgl. ergaben, waren in ihrer rechtlichen Auslegung bedingt von örtlichen Verhältnissen, vornehmlich in den Gegenden des Wohnheitsrechts, dessen Bestimmungen bekanntlich sehr wechselten.

Im Prinzip veräußerte der König ein Amt für die Lebensdauer des Erwerbes oder für immer. Eine Absetzung des Beamten war *theoretisch* nicht möglich, solange sich dieser an die für das Ämterwesen geltenden Bestimmungen hielt, es sei denn, daß der König die für das betreffende Amt bezahlte Summe zurückerstattete. Frei oder vakant wurde ein Amt durch „Resignation“ oder Rücktritt und grobe Pflichtverletzung, *forfaiture*. Diese Vakanz war aber mit seinem Erlöschen nicht gleichbedeutend; sie gewährte dem König nur die Möglichkeit, es mehr oder weniger wunschgemäß neu besetzen zu lassen. Doch kehrte sich der Absolutismus nicht immer an die von ihm erlassenen Bestimmungen, und grobe Verletzungen des Eigentumsrechtes waren hier nicht

3. Wir kommen auf diese Fragen noch ausführlicher zurück.

weniger häufig als auf anderen Gebieten. Aber dem in einem Amt angelegten Kapital kam doch eine mindestens ebenso große Sicherheit zu wie andern Werten, und seine Festigkeit darf, besonders im 18. Jahrhundert, als verhältnismäßig groß angesehen werden.

Die offizielle Bestätigung im Amt wurde erteilt durch die *Lettres de provision*; sie wiesen die staatliche Anerkennung des neuen Besitzers aus, der damit in den Genuß der aus dem Erwerb folgenden Rechte trat und die Beamteneigenschaft verliehen erhielt. Es war also auch ein amtlicher Akt erforderlich; der zwischen einzelnen abgeschlossene Kaufvertrag genügte nicht. Daraus ergeben sich nun die beiden wesentlichen Rechtsbestandteile des Amts: einerseits das Recht auf Grund des Amts, das *jus in rem*, oder, wie der Jurist Loyseau sagte, die „*Seigneurie des Amts*“;⁴ hier handelte es sich um ein sachliches Recht, dem die Funktionsausübung entsprach und das mit dem Rücktritt des Inhabers erlosch bzw. an den König zurückfiel, also nicht übertragbar und unveräußerlich war; anderseits das Recht auf das Amt, ein *jus ad rem*, rein persönlicher und zufälliger Natur. Seinen Anspruch leitete es her aus der *finance*, d. h. dem materiellen Besitztitel. Dieser stellte eine Art Gläubigeranspruch an den Staat dar und bezeichnete den Realwert des Amts, d. h. die Summe, die vom Urerwerber entweder nach der Errichtung des Amts für den Erwerb oder die für dasselbe beim Verkaufsabschluß angeblich bezahlt worden war. Doch konnte der Beamte von sich aus niemals die Liquidation seines Amts beantragen, vom Staat verlangen, daß er das geleistete Kapital zurückzahle; Amtskapital war unkündbar.

Um die *finance* handelte es sich bei Veräußerungen; sie allein ging in den Handel und galt als der den Eigentumscharakter des Amts bedingende Titel.⁵ Daraus läßt sich das Verfügungsrecht herleiten, nämlich das Recht der „*Resignation*“ zugunsten eines andern, des „*Resignatärs*“. Aber sie bedurfte stets der Bestätigung des Königs, der als einzig rechtlicher Verleiher der Ämter galt, gemäß der Regel, daß der *Resignatär* *jus non habet a resignante, sed a collatore*. Um in den Besitz der *Lettres de provision* zu gelangen, war der vorherige Erwerb der *finance* notwendig. Zu-

4. Ch. Loyseau, *Cinq livres du droit des offices*. 1613; liv. I, chap. II, bes. Abs. 9, 10, 34.

5. Ebd. I, ch. III, 21.

mindest mußte die Zustimmung des bisherigen Besitzers oder seiner Erben nachgewiesen werden. Als Beweis für die Übereinkunft galt schon die vom Resignanten unterzeichnete Rücktritts-erklärung, die *Procuratio ad resignandum*. In dieser war der Resignatär zwar nicht genannt, aber gewöhnlich wies er den abgeschlossenen Kaufvertrag vor; seiner Ernennung standen damit im allgemeinen keine Schwierigkeiten entgegen, sofern er wenigstens den geringsten Anforderungen für die Ausübung des Amts genügte. Freilich konnte die Regierung einen andern Bewerber vorziehen; doch lag dem dann die Verpflichtung ob, den Besitzer des Eigentumstitels voll zu entschädigen. Das war die einzige rechtliche Handhabe, welche es dem Königtum ermöglichte, die Auswahl seiner Beamten zu beeinflussen.

Von den beiden genannten Akten spielte natürlich die *Procuratio ad resignandum* die wichtigere Rolle. Sie konnte an Stelle des Kaufvertrags treten, nicht aber umgekehrt. Eine Amtsübertragung fand ohne sie nicht statt, obwohl auch ein ohne Resignation abgeschlossener Vertrag rechtsgültig war; wurde sie nachträglich verweigert, so konnte der andere Vertragspartner auf Schadenersatz klagen. Doch stand dann dem Resignanten die Möglichkeit offen, den Regreß in Anspruch zu nehmen und somit den Kaufvertrag rückgängig zu machen.⁶ Der Käufer war also an sein Angebot gebunden, nicht aber der Verkäufer. Handelte es sich um ein durch Ableben frei gewordenes Amt, so diente als amtliche Unterlage der mit den Erben abgeschlossene Vertrag, weil diese zwar veräußern, nicht aber „resignieren“ konnten.

Die Bestätigung behielt sich die Regierung theoretisch in jedem einzelnen Fall vor. Ausdrücklich stellte sie am Ende des Ancien régime diesen Standpunkt der herrschenden Gepflogenheit gegenüber. Sie bezeichnete, zweifellos mit Recht, die Ernennung der Beamten und die Übertragung eines Teils der staatlichen Macht als eines der wichtigsten Merkmale der königlichen Souveränität. „Weder die aus der Entrichtung des *Annuel*⁷ herrührende Freiheit der Resignation noch die Erbllichkeit der Ämter konnten dem von der Souveränität untrennbaren Recht Eintrag tun, bei eintreten-

6. s. Guyot, *Traité des droits*, t. 2, auch *Répertoire*, a. a. O.

7. Das *Annuel* war eine alljährlich zu leistende Abgabe, durch die der Beamte sich die Verfügungs- bzw. Resignationsfreiheit über sein Amt sicherte; s. u. Kap. 4.

der Vakanz über sie zu verfügen. Jene Freiheit und Erbllichkeit sind Ausnahmerechte, die, ohne die allgemeine Regel zu verletzen, lediglich die Wahl des Amtsnachfolgers mitbestimmen können, nicht aber zwingend sind und kein anderes Recht einräumen, als die finance zurückzufordern, die auf keinen Fall mit dem Amt an sich gleichgesetzt werden darf“.⁸ Um einen neuen Rechtsgrundsatz handelte es sich hier jedoch nicht. Es war noch nie anders gewesen. In ähnlicher Form hatte sich die Regierung auch in einem Reformedikt vom Dezember 1665 geäußert, wo sie ebenfalls ihr Recht betonte, bei eintretender Vakanz, sei es durch Rücktritt, Resignation oder Todesfall, die Ämter nach freiem Ermessen zu besetzen. Das Edikt verlangte vom Resignanten bzw. seinen Erben, daß sie die Unterlagen für die Dauer von 14 Tagen der Regierung zur Verfügung stellten, damit diese einen ihr geeignet erscheinenden Kandidaten mit dem Amt betrauen könne; für diesen Fall wurde dem früheren Besitzer die Auszahlung des Amtspreises zugesichert. Ließ die Regierung die Verfügungsfrist ungenützt verstreichen, so fiel das Amt an den vorherigen Besitzer zurück oder an dessen Erben, die jetzt freie Hand hatten, es zu vergeben. Die königliche Bestätigung war in diesem Falle sicher.

Ob diese der Theorie nach bestehende Verfügungsfreiheit des Königs über die Ämter auch praktisch bestand, wird die folgende Betrachtung zeigen. Vorwegnehmend sei gesagt, daß Theorie und Wirklichkeit weit davon entfernt waren übereinzustimmen. Die Freiheit bestand in erheblich größerem Maße auf Seiten der Beamten als des Königs. Dieser beanspruchte eine Souveränität, die er faktisch weitgehend veräußert hatte, und mit dem Verzicht auf das Vorrecht, die Beamten nach freier Wahl zu ernennen, begab er sich der Möglichkeit, seinen Staat auf einem zuverlässigen Beamtentum aufzubauen. Der Charakter des Beamtentums wurde bestimmt von der Einrichtung des Ämterkaufs; ihr hatte es sogar zu einem großen Teile sein Dasein zu verdanken. Das veranlaßt uns nun, ihren Wurzeln nachzuspüren und in groben Umrissen ein Bild ihrer Entwicklung zu geben. Damit wird zugleich die Bedingtheit des Aufbaus der Verwaltung und der innerpolitischen Entwicklung des alten Frankreich durch die Ämterkäuflichkeit ganz deutlich offenbar werden.

8. Edit du roi concernant l'évaluation des offices, févr. 1771.

Zweites Kapitel.

Zur Entstehung des Ämterkaufs.

Über den Anfängen des Ämterkaufs lagert noch viel Dunkel. Dieser zunächst angefochtene Brauch reicht unzweifelhaft in das 14. Jahrhundert, vielleicht in noch frühere Zeiten zurück. Es bedurfte eines langen Zeitraums, bis er sich als Nationalsitte herausgebildet hatte und durch das Gesetz eine Bestätigung erfuhr. Er zeigt auch keine streng kontinuierliche Entwicklung, und die Form des Ämterkaufs war im 14. und 15. Jahrhundert eine andere als im Zeitalter des Absolutismus. Dies hängt zusammen mit dem Charakter des Amtes; er mußte sich erst herausbilden. Die öffentlich und auf rechtlicher Grundlage betriebene Ämterkäuflichkeit hatte zur Voraussetzung, daß das Amt in einer Form bestand, die seinem Inhaber eine gewisse Ständigkeit sicherte. Im Mittelalter war das zunächst nicht der Fall. Das Amt fügte sich ein in die Struktur des Feudalstaats, und der spezifisch staatliche Zug ging ihm ab, mußte ihm abgehen, denn der eigentliche Begriff „Staat“ fehlte; er entstand erst in dem Maße, wie sich der König vom Suzerän zum Souverän wandelte. Hand in Hand mit dieser Wandlung ging die Entwicklung des königlichen Beamtentums.

Im Feudalstaat wurde das Amt als zum Lehen gehörig betrachtet. So wie die Lehnsfürsten und Seigneurs Ländereien an Lehnsträger übergaben, so auch Verwaltungsfunktionen an Beamte,¹ unter denen der Prévôt an erster Stelle zu nennen ist. Sie übertrugen ihnen die Ausübung ihrer Rechte, vornehmlich die der Gerichtsbarkeit, und sie gaben sogar häufig die Erträge daraus in Pacht. Von diesem Pachtsystem finden sich bereits im 9. Jahr-

1. vgl. R. Holtzmann, Französische Verfassungsgeschichte. Berlin/München. 1910, S. 99 (für Einzelfragen des Verwaltungsaufbaus verweise ich ein für allemal auf dieses ausgezeichnete Werk); a. Loyseau, a. a. O., III, ch. I, 67.

hundert Spuren.² In ausgedehnterem Maße scheint es sich jedoch erst im 12. Jahrhundert eingebürgert zu haben, und zwar als spezieller Verwaltungsmodus für die *Prévôtés*. Sie wurden oft an die Meistbietenden ausgetan. Die Pachtverträge waren stets kurzfristig; gewöhnlich lauteten sie auf ein Jahr, höchstens auf drei Jahre. Vertragspartner konnte nicht nur eine Person sein, sondern mehrere.

Wie die Lehnsfürsten, so machten es auch die Könige in ihren Krongütern. Bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts hatte es hier als Organe der Verwaltung nur die vom Haushofmeister, dem *grand sénéchal*, oder von den Vizegrafen überwachten *judices* oder *majores* gegeben. Nun wurden über sie die *Prévôts* gesetzt. Ihre Befugnisse erstreckten sich auf die gesamte Verwaltung, einschließlich der Rechtsprechung. Sie erhoben auch mit Hilfe eigens von ihnen eingesetzter Agenten die Feudalabgaben und sonstige dem König zustehende Gerechtsame, sofern diese Erträge nicht nach dem Grundsatz der Meistbietung verpachtet wurden, was je länger je mehr stattfand.

Ein regelrechtes Pachtsystem war schon unter Philipp August (1180—1223) in Anwendung. Daß Ludwig der Heilige (1226 bis 1270) Gerichtssprengel wie *Prévôtés* und *Vicomtés* in Pacht gab, ebenso alle königlichen Rechte mitsamt der Rechtsprechung, ist hinlänglich bekannt. Doch handelte es sich unter seiner Regierung weder um einen allgemeinen noch um einen Dauerzustand. Denn Ludwig erkannte sehr wohl die Gefahren, die daraus entstanden wären, und er machte wiederholt Anstrengungen, die Verwaltung sauber zu halten und seinem Lande eine gute Rechtsprechung zu sichern. Davon zeugt die Vervollkommnung und Verallgemeinerung der bereits von seinen Vorfahren eingesetzten Diener, der *Baillis* und *Sénéchaux*, die in die Provinzen entsandt wurden, um die *Prévôts* zu überwachen, welche ihre Befugnisse oft überschritten; ferner die Entsendung von sogenannten *enquêteurs*, die

2. s. Viollet, *Histoire des institut. polit. et administr. de la France*. Paris, 1890—1903, t. 3, p. 270—74. In diesem Zusammenhang ist ferner zu nennen: E. Chénon, *Histoire générale du droit franç.* 1925, t. 1; Borrelli de Serres, *Recherches sur divers services publics*. Paris 1895, t. 1; Gravier, *Les prévôts royaux du XI au XIV^e siècle*. *Nouv. Revue du droit franç.* 1903; Pasquier, *Les Recherches de la France*, 1583, liv. IV, chap. XVII p. 384 ff.

ihrerseits die Tätigkeit der Baillis und Sénéchaux überprüfen; denn auch sie gaben mancherorts zu sehr berechtigten Klagen Anlaß.³ Daß dabei das Bestreben mitspielte, die Verwaltung fester in die Hand zu bekommen, die Machtstellung auszubauen, ist klar. Von Mängeln blieb jedoch die Rechtsprechung nicht frei; die Unlauterkeiten scheinen sogar bis zur Feilheit des Rechts gegangen zu sein. Die Kirche erhob jedenfalls Vorwürfe gegen Ludwig, die sich in dieser Richtung bewegten, und Bonifatius VIII. lehnte anfangs die von Philipp dem Schönen angeregte Heiligsprechung Ludwigs mit der Begründung ab, daß er die Ämter seines Königreichs öffentlich verpachtet habe.⁴

Das Pachtsystem fand auch unter Philipp dem Schönen Anwendung;⁵ er sah jedoch darauf, daß die Prévôtés nur an zuverlässige Personen verpachtet wurden. In verwaltungstechnischer Hinsicht war das Verfahren sehr bequem; aber es hatte den Nachteil, daß infolge der kurzen Pachtperioden die Pächter dazu verleitet wurden, so viel wie möglich aus der Bevölkerung herauszuholen. Auf raschen Gewinn waren die Prévôts nicht weniger bedacht. Ihre unsichere, jederzeit widerrufliche Stellung, in der sie gleichzeitig Verwaltungsmann, Steuerpächter und Nutznießer eines Vertrages waren, trug wesentlich dazu bei. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß bald Beschwerden über die unliebsamen Begleiterscheinungen des Pachtsystems laut wurden. So bat die Ständeversammlung der Picardie von 1315 Ludwig, den Sohn und Nachfolger Philipps, die Prévôtés in Zukunft nicht mehr zu verpachten, oder wenigstens nur noch dreijährige Pachtperioden zuzulassen und nach deren Ablauf die Ausschreitungen der Pächter zu ahnden,⁶ eine Bitte, der der König nachzukommen versprach.⁷

Geschichtlich gesehen ist das Pachtsystem der Vorläufer der Ämterkäuflichkeit. Es bereitete dieser unstreitig den Boden, indem

3. s. Rob. Holtzmann, a. a. O., S. 201 ff., dazu auch die Ordonnanzen von 1254 und 1256 (Isambert, *Recueil général des anciennes lois françaises*, t. 1 und 2).

4. s. Lebreton, *Traité de la souveraineté du roi*. Paris 1632, liv. II, ch. 9; vgl. Homais, *De la vénalité des offices sous l'ancien régime*. 1903 (thèse du droit) p. 12.

5. Ordonnance 23 mars 1302, s. Isambert, t. 2, p. 761 und 770.

6. Homais, a. a. O. p. 13.

7. Ordon. 15 mai 1315, art. 18.

es in die Verwaltung den spekulativen Zug und den Keim der moralischen Verderbtheit hineinrug. Ein unmittelbares Kausalitätsverhältnis darf allerdings zwischen Pachtsystem und Ämterkäuflichkeit nicht angenommen werden. Denn zu einer Zeit, wo die Käuflichkeit der Ämter längst Fuß gefaßt hatte, sehen wir noch das Pachtsystem in Anwendung. Einer regelrechten Käuflichkeit sind die *Prévôtés* nie unterlegen, wie aus alten Texten manchmal geschlossen werden könnte; die Ausdrücke *vente*, *vendition* und *fermage* oder *ferme* wurden in sinnverwandter Bedeutung gebraucht.^{7a}

Auf die Pacht ganz zu verzichten, vermochten die französischen Könige nicht. So oft sie sich in Geldverlegenheit befanden, was sehr häufig der Fall war, nahmen sie zu diesem anscheinend ziemlich einträglichen Mittel ihre Zuflucht. Während des ganzen 14. Jahrhunderts ist ein ständiger Wechsel zwischen dem Pachtsystem und der ordnungsmäßigen Verwaltung durch unmittelbar vom König ernannte Beamte zu beobachten. Die Pacht herrschte unter Philipp dem Schönen und Philipp dem Langen vor, die reguläre Verwaltung unter Philipp VI.⁸

Gegen das 1349 wieder eingeführte Pachtsystem erhoben die Stände von 1355/56 Einspruch, was zu einer Ordonnanz führte, die es abschaffte und für die Zukunft verbot.⁹ Aber eine Änderung scheint trotzdem nicht erfolgt zu sein.¹⁰ Denn drei Jahre später verbot es die Ordonnanz vom Dezember 1360 von neuem.¹¹ Dabei spielte ein besonderer Grund mit: die Regierung Johanns des Guten, den sein Volk unter schweren Opfern aus der Gefangenschaft loszukaufen bereit war, glaubte den Beschwerden der Stände Rechnung tragen und ihnen ein Zeichen ihrer Dankbarkeit geben zu müssen. Doch war die Widerrufung von kurzer Dauer: 1362 trat das Pachtsystem wieder in Kraft. Auch Karl V. nahm es in Anspruch. Ein wiederholter Wechsel fand ebenfalls Anfang des 15. Jahrhunderts

7a. s. Borrelli de Serres, *Recherches*, I. p. 556, und Olivier Martin, *La nomination aux offices au XIV^e siècle d'après les pratiques de la Chancellerie (Mélanges Fournier)* Paris 1929, p. 487—501.

8. Pasquier, *Recherches*, liv. IV, ch. 17.

9. Ordon. 1356, Isambert, 4, p. 821.

10. Ebd. 4, p. 861.

11. Ebd. 5, p. 111.

statt. So stellte im Oktober 1408 ein Gesetz¹² die reguläre Verwaltung erneut her, aber an ihre Stelle trat sieben Jahre später wieder das einträglichere Pachtverfahren.¹³ Alle erdenklichen Mittel versuchten die Könige, um die großen Geldsummen aufzutreiben, die hauptsächlich die ständigen Kriege erforderten, in die Frankreich verwickelt war. Deshalb der andauernde Wechsel des Verwaltungssystems. Volle Berechtigung hat das Urteil Pasquiers: „Es gab niemals etwas Beständigeres als die Unbeständigkeit in diesem Punkt“.¹⁴

Wie aus den Darlegungen der Stände hervorgeht, hatten die mit dem Pachtverfahren zusammenhängenden Mißstände noch eine besondere Quelle: die Könige vergaben nämlich die *Prévôtés*, *Vicomtés* und wie die Gerichtsbezirke alle hießen, vorzugsweise an ihre Günstlinge, die sie ihrerseits gewöhnlich an Unterpächter ausstatten.¹⁵ Mit einzelnen Ämtern verhielt es sich ähnlich. Wurde ein Günstling mit einem solchen ausgestattet, so übte er es häufig nicht selbst aus, sondern setzte einen Ersatzmann ein. Er entlohnte ihn aber nicht, ließ sich vielmehr von ihm für die Übertragung bezahlen. Auch das Aufkommen des Sonderregimes und der Sonderrechte einzelner Städte wurde dadurch begünstigt, daß sie die Möglichkeit erhielten, sich von beengenden Gesetzen und Statuten loszukaufen.

An der grundsätzlichen Stellung der im Dienste der Krone stehenden „Beamten“ änderte sich bei alledem nichts. Mit wenigen Ausnahmen hatten nämlich bis ins 15. Jahrhundert im Prinzip die Ämter „kommissarischen“ Charakter, insbesondere die der Finanz- und Steuerverwaltung. Die „Permanenz“ ging dem Amt im allgemeinen vollständig ab; der Beamte war absetzbar *ad nutum*. Das wird schon aus dem in den *Lettres de provision* stehenden Vorbehalt deutlich: *pour en jouir tant qu'il nous plaira*.¹⁶

12. Ebd. 7, p. 164 f.

13. Pasquier, *Recherches*, IV, 17.

14. Ebd.

15. Pasquier sagt: „Le mal qui provenoit des fermes fut tel qu'à da longue nos roys gratifièrent leurs favoris à bons compte des *prevostés*, *vicomtés* et *vigueries*, lesquels ils rebailloient puis après à des *sousfermiers* chèrement“, p. 384 f.

16. *Traité des offices de France, parties casuelles et marc d'or*, ms. fr. 613 (Coll. Clairambault); ms. fr. 11108, *Des résignations des offices*; s. a. Pasquier

Aus der ursprünglich abhängigen Stellung der Beamten allein konnte ein zuverlässiges Beamtentum herauswachsen; es hätte aus dem mit aller Folgerichtigkeit ausgebildeten Pachtsystem niemals entstehen können. Die unbedingte Abhängigkeit des Beamten von seinem königlichen Herrn gab die sichere Gewähr einer guten Amtsführung. Staatsinteresse und Einzelinteresse ergänzten sich; der Beamte war darauf bedacht, seine Stellung zu behalten, und auch der König fand seinen Vorteil in der Beibehaltung einwandfreier und erfahrener Diener. So festigte sich allmählich die Stellung vieler Beamten in Richtung auf die Stetigkeit (Permanenz). Damit entstand die grundlegende Scheidung in Ämter und Chargen bzw. Beamte und Kommissare. Letztere galten als Beauftragte, deren Obliegenheit zeitlich und rechtlich beschränkt blieb. Solche Kommissare waren im 11. Jahrhundert die königlichen *Prévôts*, vom 12. bis ins 14. Jahrhundert die *Baillis* und *Sénéchaux* (Landvögte), die, wie bereits erwähnt, als eine Art Inspektoren der *Prévôts* in die Provinzen entsandt wurden und zugleich als Berichterstatter im *Conseil* des Königs Dienst taten; später finden wir in den *Intendants* einen ähnlichen Typus.

Freilich blieb die berufliche Sicherheit der Beamten lange Zeit sehr bedingt. Nicht nur schwebte über ihnen stets der erwähnte Vorbehalt, sie mußten sich auch nach dem Tode des Königs von seinem Nachfolger aufs neue bestätigen lassen.¹⁷ Doch versagte dieser gewöhnlich die Bestätigung nicht, „weil sich die ehrenwerten Herren schämten, einen Diener ohne Grund zu verabschieden, wenn er ihnen gute Dienste geleistet hatte“.¹⁸ Dank der Festigung ihrer Stellung gewöhnten sich die Beamten im Laufe der Zeit daran, ihre Ämter als etwas ihnen Gehöriges anzusehen, und sie trachteten danach, dementsprechend über sie zu verfügen. Die Handhabe hierzu bot eine sich seit Anfang des 14. Jahrhunderts einbürgernde Sitte: die Resignation zugunsten eines andern. Diese Sitte faßte zuerst in den unteren Beamtenschichten Fuß und setzte sich im Laufe eines Jahrhunderts auch in den höheren durch. Der Gang

und vor allem Dupont-Ferrier, *Les officiers royaux des bailliages et sénéchaussées et les institutions monarchiques locales en France à la fin du Moyen-Age*. Paris 1902. Olivier Martin, *La nomination aux offices royaux*.

17. Loyseau, I. ch. III, 94.

18. Ebd.

dieser Entwicklung ist ganz natürlich. Die übergeordneten königlichen Agenten behielten zunächst noch ihren kommissarischen Charakter, weil sie dadurch handlichere Werkzeuge für das Königtum blieben.

Resignationen konnte nur der König gestatten. Erteilte er einem Beamten die Erlaubnis, zu resignieren, so bedeutete das eine Begünstigung, die mindestens eine anerkennenswerte Amtstätigkeit voraussetzte, höchstwahrscheinlich aber auch eine Empfehlung durch den Bailli oder eine andere maßgebende Person. Darf man nun annehmen, daß dieser Mittler für seine Gefälligkeit sich nicht bezahlen ließ? Wohl kaum. Oder ist anzunehmen, daß der zugunsten eines fremden, nicht zum Familienkreis gehörenden Kandidaten Resignierende eine Entschädigung für sein Entgegenkommen ausschlug? Wohl auch nicht.

Unsre Vermutung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir Folgendes in Betracht ziehen. Wollte der König einen Günstling belohnen oder auszeichnen, dann tat er es häufig, indem er ihm die Resignation genehmigte. Dieser Akt kam der Verleihung eines Privilegs gleich; er gewährte einen materiellen Vorteil, weil der in dieser Weise Begünstigte ein ähnliches Geschäft machte wie der, der ein Amt *en commission*, d. h. durch einen Ersatzmann ausüben ließ, erlaubte doch der König — ausnahmsweise für diesen Fall — die Annahme einer einmaligen Entschädigung.¹⁹ Die Folge der bevorzugten Behandlung der Höflinge war, daß viele Beamte sich um ihre Gunst bewarben, um durch ihre Vermittlung ebenfalls die Resignationserlaubnis zu bekommen. Eine Erkenntlichkeitssumme nahmen die Höflinge sicherlich ebenso von ihnen an, wie sie sich von denen bezahlen ließen, die auf Grund ihrer Empfehlung ein Amt erhalten hatten. Das geschah nicht selten. Wuchs doch ihr Einfluß im Lande mit der Zahl der ihnen zu Dank verpflichteten Beamten.

Wir rühren hier zweifellos an die Hauptwurzel der Ämterkäuflichkeit. Da viele Kandidaten ein Amt und viele Beamte eine Resignationserlaubnis nur auf dem Wege über einflußreiche Personen

19. s. Esmein, *Cours élémentaires d'hist. du droit franç.* éd. 1912, p. 452; E. Perrot, *Les institutions publiques et privées de l'ancienne France*. Paris 1935, p. 407; G. Mollat, *La collation des bénéfices ecclésiastiques, sous les papes d'Avignon (1305—1378)* 1921, p. 50—64; Olivier Martin, a. a. O.

erhalten konnten und diese sich für ihre Vermittlung bezahlen ließen, gewann das Amt einen neuen Zug: es stellte einen Sachwert dar, ein, wenn auch noch so kleines, Kapital. Wer aber für die Resignation Geld geben mußte, verlangte seinerseits vom Resignatär eine angemessene Entschädigung, und andere, die ihre Resignation unentgeltlich erhalten hatten, ahmten jene nach. Und als später die Resignationserlaubnis unmittelbar und ohne große Schwierigkeiten erhältlich war, hatte man sich an das Geldgeschäft bereits gewöhnt. Nur so ist das rasche Umsichgreifen der bezahlten Resignationen zu erklären. Daß dies nicht dem Willen des Königs entsprach, werden wir sehen.

Das Aufkommen der Resignationen wurde zweifellos ganz besonders dadurch begünstigt, daß das kanonische Recht diesen Brauch seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts kannte. Der Inhaber einer Pfründe konnte von dieser zurücktreten zugunsten einer andern geeigneten Person. Freilich war diese *resignatio in favorem alicuius* nur gültig, wenn der Papst sie billigte, und sie war an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, damit der Simonie vorgebeugt wurde: der Grund des Rücktritts mußte glaubhaft sein, auch durfte die Resignation nicht auf dem Totenbett stattfinden. Sie wurde hinfällig, wenn der Inhaber der Pfründe zur Zeit der Resignation krank lag und innerhalb 20 Tagen nach der Resignation an der betreffenden Krankheit starb.²⁰

Die Resignation des kanonischen Rechts war unentgeltlich. Auch die von den Königen genehmigten gleichen Akte sollten es sein. Karl VI. drohte 1407 in einer Reformordonnanz denjenigen den Verlust ihres Amtes an, die sich für die Resignation in irgendeiner Form entschädigen ließen, wie das vorgekommen sei.²¹ Auf dieses Verbot kam, wir werden es noch sehen, das Königtum verschiedene Male ausdrücklich zurück.²² Doch war die Überwachung der unentgeltlichen Resignation bei den königlichen Beamten weit schwieriger als im geistlichen Benefizium, was sich aus dem großen Unterschied zwischen ihm und dem Amt erklärt. Ein Unterschei-

20. Homais, a. a. O. p. 21; Loyseau, I, ch. XII, 2.

21. Isambert, 7, p. 165. Viele hätten resignez pour leur proufit particulier et singulier ou autrement en ont prins proufit en les delaissant à autres personnes.

22. s. bes. Ordon. sur l'administration de la justice, juillet 1493, art. 68 (Isambert, 11, p. 238).

dungsmerkmal hinsichtlich der beiden Arten von Resignation besteht auch in der Erweiterung der „Überlebungsklausel“. Mit den vom kanonischen Recht vorgeschriebenen zwanzig Tagen begnügte sich das Königtum nicht. Sollte eine Resignation gültig sein, so mußte der Resignant ihren Abschluß um 40 Tage überleben. Diese Bestimmung läßt sich nicht auf einen datenmäßig belegbaren Gesetzesakt zurückführen, sie bürgerte oder schlich sich vielmehr ein. Zur allgemeinen Anwendung scheint sie erst im 16. Jahrhundert gekommen zu sein. Befreiung von ihr in Einzelfällen zu gewähren, lag im Belieben des Königs. Ohne diese Klausel hätte sich die Erblichkeit der Ämter zweifellos schon sehr früh eingeschlichen, „denn es ist sehr leicht, eine *Procuratio ad resignandum* zu unterzeichnen, wenn man den Tod vor Augen sieht“, sagt der Jurist Loyseau.²³

Schon im 15. Jahrhundert ist im französischen Beamtentum die Sicherheit des Amtsbesitzes so ausgeprägt,²⁴ daß man die Stetigkeit fast als charakteristisches Merkmal des Amtes bezeichnen könnte. Sie scheint sogar in häufigen Fällen in einer Weise bestanden zu haben, die in ihrer Auswirkung der Erblichkeit nahe kam; Beispiele dafür finden sich übrigens schon im 14. Jahrhundert.²⁵ In fast allen Ämtern der *Bailliages* und *Sénéchaussées* blieben die Beamten lange Zeit im Amt. Von seinem Absetzungsrecht machte der König verhältnismäßig wenig Gebrauch. Nur bei seiner Thronbesteigung übte er es allgemein aus, jedoch ohne wirkliche Folge. Es war ein rein formeller Akt, der die Abhängigkeit der Beamten von ihm zum Ausdruck bringen sollte. Auf die Abberufung folgte gewöhnlich sofort die allgemeine Wiederbestätigung. Es handelte sich also um einen der Erneuerung des Vassallenverhältnisses verwandten Vorgang. Die so bestätigten Beamten konnten damit rechnen, ihr Amt beliebig lang inne zu haben, wenn sie sich keine schwere Verfehlung, *forfaiture*, zuschulden kommen ließen.

Da die zugunsten eines andern lautende Resignation lediglich eine vom König geduldete Handlung war und stets seiner ausdrück-

23. Loyseau, I, ch. 12.

24. Dupont Ferrier, *Les officiers royaux* . . . p. 782 f.

25. H. Dansin, *Histoire du gouv. de France pendant le règne de Charles VII.* 1858, p. 152.

lichen Genehmigung bedurfte, stand dem Beamten in keiner Weise ein Verfügungsrecht über sein Amt zu. Der im Besitze einer Resignation Befindliche konnte nur das Amt erhoffen, das Amtsrecht aber erhielt er allein durch die Lettres de provision.²⁶ Deren Erteilung auf Grund der Vorweisung der Rücktrittserklärung der Resignanten fand schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts in zahlreichen Fällen statt; nicht nur in den Parlamenten und Bailliages, sondern auch in manchen Elektionen, z. B. wiederholt 1401 und 1418, als die aides ausgesetzt wurden.²⁷ Und als Steuereinnahmer ließ mancherorts die Resignation abkaufen, drückte das Königtum die Augen zu. Gelegentlich hatten sich auch Gerichte mit solchen Fällen zu befassen. So stellte sich in einer Verhandlung vom April 1410 heraus, daß die Resignation eines Steuereinnahmers mit 1000 l. bezahlt sowie dem Resignanten eine jährliche Rente von 200 Talern zugesichert worden war für die Zeit, in der er amtslos sein würde. Derartige Fälle scheinen nicht vereinzelt gewesen zu sein.²⁸ Pasquier erwähnt sogar einen aus dem Jahre 1366, der sehr charakteristisch ist. Ein Rechnungsrevisor (*auditeur des comptes*) der *Chambre des comptes* hatte sich von einem Anwärter die Resignation gegen eine jährlich zu leistende Abgabe abkaufen lassen. Als die Kammer 1372 von der Sache erfuhr, erklärte sie die Abmachung für nichtig und schloß beide Vertragspartner aus.²⁹ Gegen ein Überhandnehmen des Resignationskaufs höherer Ämter wehrte sich auch das Parlament in der ersten Zeit, indem es auf sein Miternennungsrecht bei der Aufnahme neuer Mitglieder pochte. Veräußerungen niederer Stellen am Parlament scheinen dagegen schon sehr früh offen gebilligt worden zu sein.

An der Tagesordnung waren Resignationen zugunsten von nahen Verwandten. Diesen Handlungen gab das Königtum ohne

26. Loyseau I ch. II, 14.

27. Dupont-Ferrier, a. a. O., und ders. *Etudes sur les institutions financières de la France à la fin du Moyen-Age*. 1930, t. I, p. 84; so in Chartres, Lisieux, Gisor, Paris, Tours, Maine, Poitou Sens u. a. Orten.

28. s. Dupont-Ferrier, *Etudes sur les instit. financ.*, t. 1, p. 113; davon zeugt auch eine im Jahre 1408 erlassene Ordonnanz, die den Beamten ausdrücklich verbot, sich die Resignation abkaufen zu lassen.

29. *Recherches*, p. 388 f. Über den Verkauf kleinerer Ämter am Pariser Parlament im 14. Jahrhundert s. a. Arch. nat. U 493.

Schwierigkeit seine Zustimmung, da ihm daran lag, das Familieninteresse mit dem Staatsinteresse in enge Verbindung zu bringen. blieb ein Amt in einer bestimmten Familie, dann kam ein ausgeprägt traditioneller Zug in die Verwaltung, was bei ihrer lockeren Gliederung und der noch wenig straffen Verbindung mit der Zentrale, dem König, nur von Nutzen sein konnte. Ein allzu häufiger Wechsel hatte seine Nachteile.

Die zwar nicht dem Rechte nach, jedoch in der Wirklichkeit herrschende Stetigkeit machte nun, wie bereits angedeutet, das Amt zu einem Sachwert: es konnte zu einer Kapitalanlage gemacht werden. Damit erhielt der Amtseifer eine materielle Grundlage. Indem der Beamte die königlichen Kassen füllen half und auf eine gute Verwaltung der Gelder sah, mehrte er zugleich sein eigenes Kapital. Eine Einbuße an Souveränität erlitt das Königtum nicht, wenn es einen an sich verbotenen Brauch duldete. Der Beamte blieb ein Werkzeug seiner Ziele, und das Kapital, das er etwa unter der Hand für die Resignation bezahlt hatte, bildete in gewissem Sinne eine Gewähr für eine Betätigung, die den Interessen der Krone entsprach.

Aus dem allem ergibt sich, daß die Stetigkeit nicht mit der Inamovibilität (Unabsetzbarkeit) verwechselt werden darf, die gerne mit dem von Ludwig XI. im Jahre 1467 erlassenen Gesetz belegt wird.³⁰ Dieses bezeichnet die Beamten als *ministres essentiels*, als Glieder des Körpers, dessen Haupt der König ist. Zu Nutz und Frommen der Beamten stellte es als Richtlinie für die Neubesetzung der Ämter heraus: ein Amt wird nur vakant durch freiwillige Resignation, Tod des Inhabers, oder *forfaiture*, die auf Grund einer gerichtlichen Untersuchung festgestellt sein muß.

In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Gesetz nur um die Bestätigung eines früheren Zustandes, und es wurde erlassen zur Beruhigung des Landes, als dem König der „Bund für die öffentliche Wohlfahrt“ zu schaffen machte; dieser widersetzte sich den willkürlichen Maßnahmen der Regierung, die sich auch auf die Beamten erstreckten und die längst eingebürgerte Stetigkeit verletzten. Daß es sich hier um die Inamovibilität nicht handelte, geht schon daraus hervor, daß der Passus „*tant qu'il nous plaîra*“ in den

30. *Lettres patentes*, oct. 1467. Isambert, 10, p. 541—543.

Lettres de provision stehen blieb.³¹ Der Gedanke der Unabsetzbarkeit der Beamten existierte noch nicht, er hatte überhaupt keine wirkliche Voraussetzung, auf die er sich gründen ließ. Ferner weist gerade die Regierungszeit Ludwigs XI. zahlreiche Handlungen auf, die jenem Prinzip geradezu ins Gesicht schlugen.³² Nie herrschte im 15. Jahrhundert größere Willkür, als unter seiner Regierung.

Wie oft er selbst gegen das feierlich von ihm erlassene Gesetz handelte, zeigt das Cahier der Stände von 1483.³³ Dieses verlangt die Inamovibilität der Beamten, von denen viele grundlos und willkürlicherweise abgesetzt worden seien; es will, daß in Zukunft niemand ohne wichtigen Grund seines Amtes entsetzt werden dürfe und der Beamte das Verfügungsrecht über dasselbe erhalte.³⁴ Von des Königs Willkür und Härte weiß auch Philipp de Commines zu erzählen, und er bestätigt die Klagen des Cahier vollauf.³⁵ So ist also das Gesetz von 1467 nur ein Übergang. Es bestätigte die längst bestehende Stetigkeit und wurde Ausgangspunkt einer neuen Forderung: der Unabsetzbarkeit der Beamten. Diese fand zwar nie eine klare Rechtsgrundlage, aber der in den folgenden zwei Jahrhunderten von der Regierung betriebene Ämterhandel zeitigte sie in Wirklichkeit.

Die im 16. Jahrhundert vom französischen Königtum fiskalisch ausgenützte Käuflichkeit der Staatsstellen hatte also eine Vorläuferin: die ohne pekuniären Gewinn für den Staat zwischen einzelnen unter dem Deckmantel der bezahlten Resignationen betriebene Käuflichkeit. Diesen Unterschied bzw. diese Vorstufe hervorzuheben ist wesentlich.

Im Grunde genommen schloß jede Resignation ein Geldgeschäft in sich, auch die, die zugunsten eines nahen Verwandten erfolgte. Denn die Übertragung eines Amtes auf einen männlichen

31. Dupont-Ferrier, *Les officiers royaux*, und *Etudes I*, p. 193 f.

32. vgl. Glasson, *Le Parlement de Paris*. 1901, t. I, p. 8; auch Maugis, *Le Parlement de Paris de l'avènement des rois Valois à la mort de Henri IV*. Paris 1913/14, 3 vol. t. 1, p. 83 ff.

33. Isambert 11, p. 51.

34. „Et s'il ne faict faulte il ne doit estre privé ni debouté et ne doit estre desapointé sans cause raisonnable“ (art. 3).

35. „Il faisoit d'apres pugnitions pour estre crainct et de paour de perdre obeissance, remuoit offices et cassoit gens d'armes, reignoît pensions, custoit de tous pointz“. (*Mémoires*, nouv. éd. 1901, liv. VI, ch. 7.)

Nachkommen bedeutete beim Vorhandensein mehrerer Kinder eine Benachteiligung der übrigen, falls sie bei der Nachlaßregelung nicht gebührend entschädigt wurden. Noch stärker trat der sachliche Wert des Amts in Erscheinung bei einer Resignation zugunsten des Schwiegersohnes; hier galt es dann als ein Teil der Mitgift. Die Tatsache, daß Resignationen allgemein erlaubt waren, mußte fast notwendigerweise die Käufllichkeit der Ämter in irgendeiner Form nach sich ziehen. Da die Resignationen aber den wirklichen Tatbestand lange verschleierten, ist es schwer, wenn nicht unmöglich, die Entwicklung im einzelnen zu verfolgen. Mit Sicherheit läßt sich von ihr nur sagen, daß sie schnell vor sich ging. Das Schrittmaß jedoch könnte ohne die stillschweigende Nachsicht des Königtums nicht erklärt werden.

Die Nichtbeachtung der Ordonnanzen hinsichtlich dieses Punktes scheint auf keinen Fall zum Nachteil des Staates ausgeschlagen zu sein. Berief er sich auf sie, so hatte das wesentlich platonischen Wert. Dafür spricht auch die sehr bezeichnende Wandlung der Stellung der Gerichte zu dieser Frage. Zuerst war sie ablehnend, dann schwankend und schließlich zustimmend.³⁶ Gesetz und Wirklichkeit entsprachen sich nicht mehr. Eine im Jahre 1408 erlassene Ordonnanz versuchte Mißbräuche zu unterdrücken, die sich nach ihrer Angabe seit 30 Jahren eingeschlichen hatten und die Rechtsprechung mit Verderbtheit bedrohten. Der „Verkauf“ von Ämtern in der Gerichts- und Finanzverwaltung wird untersagt und als Hindernis einer guten und sauberen Verwaltung bezeichnet. Abgeschlossene Verkäufe werden für nichtig erklärt; der König behält sich die Neubesetzung der betreffenden Stellen und die Vollziehung der für die Nichtbeachtung der erlassenen Bestimmungen vorgesehenen Strafen vor. Ferner enthält diese Ordonnanz ein neues Verbot der Verpachtung von *Prévôtés* und anderen Gerichten; sie sollen en garde vergeben, d. h. auf ordnungsmäßigem Wege verwaltet werden, und zwar von befähigten Personen, deren Ernennung im Parlament zu geschehen hat.³⁷ Das Parlament hatte zweifellos damals noch ein Interesse daran, daß die an die Günstlinge des Königs vergebenen Ämter nicht Gegenstand eines skandalösen Handels wurden. Noch ein anderes Argu-

36. s. Dupont-Ferrier, *Etudes*, I, p. 84, bes. note 2, a. p. 153.

37. s. a. Ordonn., 7 janv. 1400; ls. 6, p. 855 ff.

ment rückte in den Vordergrund: diejenigen, die ihre Stellen kauften, seien bestrebt, sich von den Rechtsuchenden und von den Steuerzahlenden übermäßig bezahlen zu lassen.

Auch die 1413 erlassene Ordonnance Cabochienne enthält ein ausdrückliches Verbot des Ämterkaufs; seine Begründung gibt einen Begriff davon, in welchem Umfange das Übel am Anfang des 15. Jahrhunderts bereits vorkam.^{37a} Wenngleich diese Ordonnanz nicht lange in Kraft blieb, so fehlte es in der Folgezeit doch nicht an Erlassen, die gegen die Ämterkäuflichkeit Stellung nahmen. Umsonst. Das Beschwerdeheft von Lyonnais für die Ständeverammlung von 1444 gibt einen lehrreichen Hinweis darüber. „Die Ämterinhaber“, sagt es, „geben ihre Ämter an die Meistbietenden, und diese gehen darauf aus, dem Volke so viel wie möglich abzupressen. Viele von ihnen sind dadurch in kurzer Zeit reich und mächtig geworden“.³⁸ Es spielt auch auf eine Tatsache an, die in den letzten zwei Jahrhunderten der alten französischen Monarchie geradezu einen Wesenszug des Beamtentums bildete: den sogenannten Cumul, d. i. die Vereinigung mehrerer Ämter in einer Hand.

37a. Ordon. Cabochienne, pub. p. A. Coville, 1891, Art. 202: Item, pour ce que depuis aucun temps en ca plusieurs personnes ausquelles nous avons pourveu d'aucuns de noz offices, tant de justice comme des finances, c'est assavoir des maistres de Parlement, des requestes de nostre Hostel, de nos comptes, de nos eaux et foretz, bailliaiges, sénéchauciés, jugeries, prévostez, vigueries . . . ont acoustumé de vendre iceulx offices et par ce les délaissier à autres personnes et en prendre prouffit par tiltre de vendicion et autrement, pourquoy ceulx qui les achatent ou autrement en baillent prouffit en sont plus enclins et curieulx de eulx faire payer excessivement et rigoureusement et de nous demander par importunité et autrement dons et prouffiz pour recouvrer ce que lesdiz offices leur ont cousté, qui est chose de très mauvais exemple, pour quoy nous deffendons très expressément à tous, soient nos officiers ou autres, c'est assavoir à nosdiz officiers sur la foy et serment qu'ils ont à nous et sur peine de privacions de leurs offices, et à eulx et à tous autres sur peine de perdre l'office vendu et le pris qu'il aura esté vendu estre applicqué à nous, et d'amende arbitraire, que doresnavant ne vendent ou achatent aucuns desdiz offices quelz qu'ilz soient, ne pour les avoir ne baillent aucun prouffit, sauf que s'il advenoit que aucun desdiz nos officiers, qui longuement nous eust ou auroit servy en son office, ne peust par maladie, vieillesce ou accident exercer son office, nous en ce cas lui pourrons pourvoir de grâce, comme nous verrons que à faire sera.

38. s. Dupont-Ferrier, Les officiers royaux, p. 779.

Während der Cumul später in fast allen Beamtenklassen erlaubt war, fand man ihn damals vorzugsweise in den Gerichtsämtern, so bei den Baillis, Richtern, Advokaten und Prokuratoren. Sie besaßen nicht selten zwei und drei, später, vom 16. Jahrhundert an, vier, fünf und noch mehr, acht, ja zehn Ämter.³⁹ Viele von ihnen bekamen durch die Anhäufung der Amtsobliegenheiten einen Geschäftsbereich, der sich über mehrere Gerichtsbezirke erstreckte. Ein Hilfsrichter konnte zugleich noch sein: königlicher Rat, Beamter des Bailliage und städtischer Beamter.

Ganz von selbst führte so der Cumul zur „Nichtanwesenheit“, zur non-résidence. Je nach ihrer Tätigkeit waren die Beamten bald in diesem Bailliage, bald in einem andern, bald in dieser Stadt, bald in jener. Da der Cumul der Ämter nie allgemein verboten wurde, mußten auch die gegen die non-résidence erlassenen Gesetze wirkungslos bleiben. Ein Übel zeitigte als naturnotwendige Folge ein anderes.

Zur Vereinigung der Ämter verleitete auch ein ganz materieller Grund. Da die vom König bezahlten Gagen nie hoch waren — für einen Bailli oder Sénéchal betrugen sie Ende des 15. Jahrhunderts nur 365 l. im Jahr, für einen Steuereinnahmer 100 l. —, strebte der Beamte nach Erweiterung seines Einkommens, was er erreichen konnte, wenn er mehrere Ämter gleichzeitig besaß. Von ihrer Ausübung konnte meistens nicht die Rede sein; sie wurden en commission vergeben, ja nicht selten nahm der „Kommissar“ das Amt in Pacht. So wurde er also für seine Tätigkeit nicht nur nicht vom ordnungsmäßigen Beamten bezahlt, sondern er gab diesem noch Geld für die Übertragung.⁴⁰

Trotz des Cumuls gab es damals schon sehr viele Beamte; besonders Notare, Gerichtsdiener und dgl. scheinen in mehr als genügender Anzahl vorhanden gewesen zu sein. Heißt es doch in einer Beschwerde der Stände von Languedoc aus dem Jahre 1456, daß es „unzählige“ solcher Beamten im Lande gebe, die „auf Kosten des armen Volkes lebten, aus dem sie fast den ganzen Ertrag ihrer Arbeit herauszögen“, indem sie nach freiem Ermessen Gebühren erhoben und mittels verwerflicher Schliche ihre Ein-

39. ebd. p. 61, 92, 114, 143 ff., 770.

40. ebd. p. 770 note 2.

künfte vermehrten; in jeder mittleren Stadt der Provinz seien 80 bis 100 königliche Notare vorhanden.⁴¹

Es scheint, als habe Karl VII. um die Mitte des Jahrhunderts eine Zeitlang ernsthaft den Kampf gegen die Käuflichkeit der Ämter geführt. Verschiedene Erlasse sprechen dafür, besonders eine Ordonnanz vom April 1453.⁴² Diese bestätigt die früheren über diesen Gegenstand erlassenen Gesetze, beklagt, daß während der langen Kriegszeit Ämter gekauft und verkauft worden seien, weist auf die dem Staat durch die Übelstände erwachsenen Nachteile hin und verbietet für alle Zukunft den Ämterhandel sowie jede Form der materiellen Abfindung. Den Zuwiderhandelnden — jeweils beiden Partnern — wird als Strafe angedroht, daß sie das Vierfache von dem bezahlen müßten, was angenommen oder versprochen worden sei, außerdem erfolge Aberkennung der Fähigkeit, jemals ein königliches Amt bekleiden zu können.

Eine positive Wirkung erzielte freilich das Gesetz nicht. Verkäufer und Käufer fanden Mittel und Wege, sich hinter dem Rücken der Regierung zu einigen. Unter Ludwig XI., dem Nachfolger Karls VII., scheint sogar eine ziemlich große Freiheit des Ämterhandels geherrscht zu haben. Berichtet doch Philipp de Comynes, daß er sogar in Paris offen betrieben wurde; er stand in voller Blüte. Kein Artikel war so hoch im Kurse wie die Ämter, „die in dieser Stadt begehrter sind als in irgendeiner andern der Welt; ihre Inhaber beuten sie aus, so sehr sie können und nicht nur, so sehr sie es dürften“. Es gab nach seiner Angabe solche ohne Gagen, für die bis zu 8000 Taler bezahlt wurden, während Ämter mit kleinen Gagen mehr kosteten als diese in fünfzehn Jahren ausmachten.⁴³ Dieser Handel erstreckte sich allem Anschein nach auf den größten Teil der Ämter. Auch in der Provinz waren sie begehrt; bereits im Jahre 1469 wurde im Städtchen Caen das Amt eines Bailli mit 4000 Talern bezahlt.⁴⁴

Allerdings hatte sich die Käuflichkeit der Ämter nicht überall in gleicher Weise Eingang verschafft. Es scheint, als habe sie sich

41. Isambert, 9, p. 297.

42. ebd. 9, p. 237, art. 84.

43. Mémoires, liv. I, ch. 6 (Jahr 1464).

44. s. Dupont-Ferrier, Les officiers royaux, p. 82.

in den Bailliages schneller eingeschlichen als in den Sénéchaussées.⁴⁵ Immerhin kann sie auch in den Bailliages nicht überall gleichzeitig nachgewiesen werden. Während sich an einigen Orten bereits im 14. Jahrhundert Spuren von ihr zeigen, läßt sie sich an andern erst im 16. Jahrhundert einwandfrei feststellen. So in dem Bailliage Amiens.⁴⁶ Wahrscheinlich ist jedoch, daß sie auch hier schon im 15. Jahrhundert betrieben wurde.

Wie weit die Dinge sich entwickelt hatten, läßt sich aus dem Cahier und den Beratungen der Ständeversammlung von Tours erschließen, die im Jahre 1483 von Karl VIII. einberufen wurde. Das Cahier enthält zahlreiche Klagen, die zeigen, welch große Fortschritte das Übel gemacht hatte und wie sehr in den letzten Jahrzehnten die Gesetze umgangen worden waren.⁴⁷ Auf der ganzen Linie hatte die Macht des Geldes gesiegt. Die Prévôtés sowie die von ihnen abhängigen Ämter, wie auch solche der Finanzverwaltung befanden sich in den Händen von „Untauglichen“, von Leuten,⁴⁸ die sie entweder auf Umwegen erworben oder in Pacht, ja sogar in Unterpacht genommen hatten. Neben dem Ämterkauf blühte auch noch das Pachtsystem. Viel Schuld an diesem Zustand trugen die vom König mit Ämtern in der Provinz bedachten Höflinge; sie blieben am Hof und ließen sich die Amtsausübung abkaufen. Ihre Geschöpfe aber bedrückten das Volk, weil sie das Geld, das sie entweder für den Erwerb oder die Pacht der Ämter ausgegeben hatten, mit Zins und Zinseszinsen wieder hereinzu-

45. ebd.

46. E. Maugis, *Essai sur le recrutement . . . des principaux offices du bailliage d'Amiens de 1300 a 1600*.

47. „Neanmoins depuis le trepas dudit feu roy Charles (VII) n'a este gardée ladicte ordonnance: car souvent ausdicts offices a esté pourveu de gens non experts qui ont acheté et encore s'efforcent avoir et acheter iceulx offices. Et est advenu aulcunes fois, quand aulcun office vaquoit qu'on bailloit la lettre de don en blanc à facteurs pour y mettre le nom de celui qui le plus en offroit“. s. Isambert, 11, p. 50.

48. „... et à gens estrangers, incongneuz et autres gens non lettrez et non experts qui par autres les ont fait exercer, et en prenant prouffit outre leurs gaiges, en quoy le roy a souffert de grandes pertes et dommages et aucunes fois paroisses foulées et les autres supportées par faveurs desordonnées“. (Isambert, 11, p. 51.)

bringen versuchten; das bewirkte wiederum eine starke Erhöhung der Gerichtssporteln und sonstigen öffentlichen Gebühren.

Nicht minder heftig klagten die Stände über den Cumul. Viele Nachteile seien dem König und dem Staat daraus erwachsen, daß öfters zwei, drei oder vier königliche Ämter, sowohl der Gerichtsbarkeit als auch andere, sich in einer Hand befänden, daß die Gagen und Gewinne von den Beamten zwar eingesteckt, die Ämter von ihnen aber nicht ausgeübt, vielmehr mit der Ausübung unwissende Leute betraut seien, die für die Übertragung Geld gegeben hätten.

Das Cahier verlangte deshalb dringend eine durchgreifende Reform und Abstellung der Mißstände. In Zukunft sollten die Ämter nur noch an erfahrene und zuverlässige, auf Vorschlag des Bailli und seiner Beamten ernannte Personen gegeben und diejenigen unnachsichtlich bestraft werden, die den Ämterhandel weiter betreiben würden; sie sollten ihres Amtes verlustig gehen und für unfähig erklärt werden, öffentliche Ämter zu bekleiden.⁴⁹ Immer aufs neue wird darüber Klage geführt, daß die Ämter zu hohen Preisen verkauft worden seien und ihre Irhaber sich bemühten, mit Hilfe des Amts wieder zu ihrem Gelde zu kommen, indem sie „große und übermäßige épices“ (Sporteln) verlangten. Man spreche in den Gerichten nicht mehr Recht, sondern verkaufe die Gerechtigkeit. Mit diesen bedauernswerten Mängeln scheinen alle Stufen der Beamtenschaft behaftet gewesen zu sein, selbst das Parlament von Paris.

Die Ordonnanz vom Juli 1493, die den Beschwerden der Stände stattgab, läßt erkennen, daß die beklagten Schäden tatsächlich groß waren. Beim Parlament, in den Bailliages und Sénéchaussées scheint der Ämterhandel sich Eingang verschafft zu haben, wie in den untern Gerichtssitzen. Und die Prévôtés waren ebenfalls weiter in Pacht gegeben worden. Gegen beides, die Verpachtung und den Ämterhandel, erging ein neues, ausdrückliches Verbot. Den Ämterhandel untersagte der König aber nicht nur strengstens, er führte auch die Bestimmung ein, wonach jeder Beamte vor seiner Bestätigung unter Eid erklären mußte, weder Geld

49. Ebd. p. 62 (24).

50. s. Art. 68.

noch Sachwerte für sein Amt gegeben oder in Aussicht gestellt zu haben.⁵⁰ Wurde er einer falschen Aussage überführt, so verlor er dem Gesetz gemäß sein Amt. Eine ganze Anzahl Bestimmungen sollten das Übel mit der Wurzel ausrotten.

Ludwig XII. bestätigte nach seinem Regierungsantritt (1498) diese Ordonnanz durch eine andere, die gegen die gleichen Schäden anzukämpfen versuchte.⁵¹ Sie anerkannte das Wahlprinzip von neuem und verordnete demgemäß, daß die königlichen Beamten aus der Wahl der für sie zuständigen Körperschaften hervorgehen sollten. Darüber hinaus strebte sie eine Scheidung der königlichen von den Feudalbeamten an. Bezweckt sollte damit werden die Ausschaltung der direkten Einmischung des Adels in die staatliche Verwaltung. Denn oft war es noch der Fall gewesen, daß ein königlicher Richter zugleich als Bailli oder Sénéchal eines Seigneurs amtierte, ein Umstand, in dem der Staat mit Recht eine Gefährdung der Zuverlässigkeit seiner Beamten erblickte.

Offen wurde in dieser Ordonnanz zugegeben, daß der seit fünf Jahren erneut angesagte Kampf erfolglos geblieben sei.⁵² Durfte aber letzten Endes ein anderes Ergebnis erwartet werden? Was konnten die Gesetze bewirken, wenn ihr Urheber sich nicht an sie hielt? Ständig wurden die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zugunsten einzelner oder einer Reihe von Günstlingen aufgehoben oder ihre Umgehung geduldet. Dadurch machte sich das Königtum selbst zum Mitschuldigen. Ludwig XII. gestand selbst ein, diesem Mißbrauch gegenüber eine zu weit gehende Nachsicht geübt zu haben, ähnlich wie seine Vorgänger.⁵³ Somit mußte das tief eingefressene und allgemein verbreitete Übel jeden Neugestaltungsversuch zur Erfolglosigkeit verdammen, und all die weisen Verordnungen über die Einsetzung der Beamten blieben auf dem Papier.

Als Ergebnis einer rund zweihundertjährigen Entwicklung läßt sich in diesem Zusammenhang folgendes feststellen: die Käuflich-

51. Isambert, 11, p. 232 ff. (Ordon. von Blois, 1498).

52. Art. 40, „que combien par les ordonnances aucun ne puisse acheter office de judicature, néanmoins sous couleur de quelque congé qu'ils ont obtenu de nous ou de nos prédécesseurs ladite ordonnance a esté enfreinte et à ceste cause avons déclaré et déclarons que n'entendons déroger esdites ordonnances.“

53. s. Dupont Ferrier, Les officiers royaux, p. 81 f.

keit der Ämter hatte sich nahezu so weit entwickelt, daß sie bereits als Nationalsitte angesprochen werden kann. Herausgebildet hat sie sich mit den Resignationen, hinter denen sie sich versteckte. Die Entwicklung begünstigte der Umstand, daß im Mittelalter das öffentliche Recht vom Privatrecht begrifflich nicht getrennt war; zwischen Individuum und Staat galt das, was unter Individuen galt. Wichtig ist die Tatsache, daß in diesem Zeitabschnitt der Staat nicht der eigentliche und unmittelbare Nutznießer der Ämterkäuflichkeit war und er daraus noch kein fiskalisches System im Sinne der späteren Zeit machte, daß er vielmehr nur eine Erscheinung duldete, die aus dem Beamtentum selber herausgewachsen war. Erst als das Übel chronischen Charakter angenommen hatte, ahmte der Staat das von seinen Beamten gegebene Beispiel nach; zuerst verschleiert, dann offen. Ob z. B. schon Ludwig XI. aus dem Ämterhandel Geld zog, wie ihm gelegentlich nachgesagt wurde, möchten wir hier nicht unbedingt entscheiden. Viele neue Ämter entstanden tatsächlich unter seiner Regierung, und manche davon vergab er als Belohnung für geleistete Dienste. Wenn unter diesen „Diensten“ Anleihen zu verstehen sind, würde es sich natürlich um einen versteckten Ämterverkauf des Königs handeln. Daraus ließe sich auch die in dieser Richtung einzelnen gegenüber geübte Nachsicht zu einem großen Teile erklären. Daß bei den Willkürakten, die sich Ludwig den Beamten gegenüber erlaubte, eine fiskalische Erwägung mitspielte, darf mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden. Der offen vom Königtum betriebene Ämterhandel setzte erst Anfang des 16. Jahrhunderts ein.

Im Verlaufe dieses langen Zeitraums hatte das Amt sein mittelalterliches feudales Gewand fast ganz abgelegt; es war zu einer staatlichen Funktion geworden und lag in der Hand des Königs. Dessen Beamte waren nur noch ihm verpflichtet, erhielten ihre Gagen nur noch von ihm, zumindest die wichtigeren Beamten. So wenig diese im Dienste von Grundherren stehen durften, so wenig durften sie sonstige Berufe ausüben. Sie vertraten ausschließlich die Person des Königs und waren Vollstrecker seines Willens.

Aus dem sich immer stärker durchsetzenden Grundsatz, daß jedes Amt ein Werkzeug der königlichen Macht sei, folgte weiterhin, daß die Ernennung der Beamten ganz allein Sache des Königs

wurde. Seit Ludwig XI. zeigte sich das besonders deutlich. Einen wichtigen Schritt in dieser Richtung bedeutete auch die unter Karl VIII. vollzogene Beschränkung der Befugnisse der Baillis und Sénéchaux. Anfang des 14. Jahrhunderts war ihnen erlaubt worden, für die Rechtsprechung Hilfsbeamte, lieutenants, zu halten, die sie, wie viele andere kleinere Beamte, ernennen und absetzen durften. Die Ordonnanz von 1493 beschränkte nun die Zahl dieser Hilfsbeamten auf je zwei, den Oberrichter (lieutenant général) und den Hilfsrichter (lieutenant particulier), und bestimmte, daß künftighin ihre Ernennung unter Mitwirkung der andern königlichen Beamten des betreffenden Gerichtssitzes zu geschehen habe. Auch konnten sie jetzt nicht mehr ohne triftigen Grund abgesetzt werden und nur mit Genehmigung des Königs. Die 1498 von Ludwig XII. erlassene Ordonnanz ging noch einen Schritt weiter, indem sie, wie wir gesehen, für alle königlichen Beamten das Wahlprinzip verkündete. Wurde dieses auch nicht durchgeführt, so behielt sich der König doch das Recht vor, alle Beamten selbst einzusetzen.⁵⁴ Indem diese so immer mehr zu Beauftragten der Krone wurden, wuchs nicht nur die Macht des Königtums, sondern es hob sich auch die gesellschaftliche Stellung des Beamtentums.

Aus diesem Zusammenhang erklärt sich die Zeitströmung. Ämter zu erwerben wurde zu einer Leidenschaft, die immer weitere Kreise ergriff; man bezeichnete sie bald mit dem Namen Archomanie und rechnete sie zu den sozialen Krankheiten.⁵⁵ Mit Argusaugen überwachten die von dieser Leidenschaft Ergriffenen die Inhaber der Ämter, und in Krankheitsfällen spionierten sie den Zustand des Kranken mit größter Sorgfalt aus; sie konnten seinen Tod kaum erwarten, und hatte er endlich die Augen geschlossen, so setzte ein wahres Wettrennen zu der zuständigen Instanz ein, um in den Besitz des Amtes zu gelangen. Nicht selten geschah es, daß der Anwärter sich übereilt hatte und der Totgegläubte noch einmal aufstand zur großen Enttäuschung des andern, oder daß ein besser Informierter ihm zuvorkam. Sogar Prozesse entspannen sich bei diesen Gelegenheiten, und selbst das kam vor, daß der

54. Vgl. Imbart de la Tour, *Les origines de la réforme*. 1905, t. 1, p. 70 ff.

55. Dupont Ferrier, *Etudes sur les institutions financières de France*. Paris 1931, t. 1, p. 193, und ders., *Les off. royaux*, p. 770 ff.

König irrtümlicherweise mehrere Personen nacheinander mit dem gleichen Amt ausstattete.⁵⁶

An diesem Wettbewerb beteiligten sich alle Schichten. Selbst Angehörige des hohen Adels und der hohen Geistlichkeit bewarben sich um Ämter und waren bereit, die bisherige feudale Herrenstellung aufzugeben, um des Königs Diener zu werden. Am eifrigsten zeigte sich die Bourgeoisie. In Handel und Gewerbe zu Wohlstand gelangt, trachteten die Bürger danach, im Staate eine Rolle zu spielen. Sie schickten ihre Söhne auf das Kollegium, auf die Universität, oder ließen sie, wenn die Geldmittel hierzu nicht ausreichten, beim Anwalt praktizieren, damit sie wenigstens ein Ämtden erlangen konnten. Den Ehrgeiz, dem König zu dienen, vermochte schon das Amt zu erwecken, denn es verhalf dazu, Stufe um Stufe im Staate aufzurücken. Durch den Vermögenswert, den es bald darstellte, wurde es zu einem weiteren gewichtigen Faktor im öffentlichen Leben.

Auf diese Weise arbeiteten die verschiedenen Schichten der Nation, insbesondere ihre Oberschicht, an der Begründung des Absolutismus mit. Sie taten es, ohne zu ahnen, daß sie nur blinde Werkzeuge in der Hand der Könige waren, die ihren Ehrgeiz sich zu Nutze machten, ihr Interesse von den lokalen Sonderrechten ablenkten und damit eine große Bresche in die starre Struktur des Feudalstaates legten. Dieses Werk der französischen Könige hätte ohne ein eifriges und williges Beamtentum, das mit dem Dienst am Staate sein eigenes Geschäft machte, nicht so schnell vollbracht werden können.

Ein starker Ausbau des Verwaltungsapparats hatte stattgefunden. Eng waren bereits die Maschen des Netzes geworden, das der König um sein Land legte. Straffer organisiert und moderner als in irgendeinem anderen Staat, stellt Ende des 15. Jahrhunderts der Verwaltungsaufbau, dessen Glieder eins in das andere greifen, sich uns dar: Kronrat, Großer Rat, 10 Provinzgouverneure, 7 Parlamente, 88 Bailliages, Sénéchaussées oder gleichwertige Gerichtsbezirke, 108 mittlere Instanzen (*sièges particuliers*), mehr als 600 *Prévôtés* oder *Châtellenies*, über 200 Landvogteien, *Vicomtés* und derartige Gerichtssprengel waren die Organe der Verwaltung

56. Ebd. (*Etudes*), p. 194.

im allgemeinen und des Gerichtswesens; daneben die der Finanzverwaltung im besonderen: 4 Chambres des comptes, 3 Cours des aides, 4 Generalitäten, 79 Elektionen, 8 Haupteinnahmestellen, mehr als 100 kleinere Steuerbüros, 179 Salzverkaufsstellen (greniers à sel), zahlreiche Sondereinnahmestellen u. a. mehr, Einrichtungen, auf die wir in anderem Zusammenhang ausführlicher zurückkommen werden.⁵⁷

Alle diese Gebilde umfaßten ungefähr 4—5000 Hauptbeamte, wie Gouverneure, Baillis, Räte, Richter, Anwälte, Schatzmeister, Steuereinnahmer und dgl.; die kleineren Beamten, wie Sergeanten, Gerichtsdienner, Kommis usw. hinzugerechnet, mochte die Gesamtzahl 10—12 000 betragen. Wir haben es also mit einem sehr starken Machtinstrument zu tun.

Umfassend war für die damalige Zeit zwar dieser Beamtenapparat; aber er krankte bereits bedenklich an einem Übel: seine Beziehung zum Staat war vorwiegend finanzieller und spekulativer Natur; persönliche Treue dem König gegenüber und selbstloses Pflichtgefühl kamen erst an letzter Stelle. Der im Amte angelegte Wert verlangte nicht nur vollste Inanspruchnahme der Befugnisse, sondern er verleitete den Beamten dazu, sich mittels der Macht, die ihm sein Amt gewährte, auf unredliche Weise das zu verschaffen, was er von seinem König nicht erhielt. Da sogar die unverhüllte Spekulation mit dem Amt nicht mehr bestraft und der platonische Charakter aller diesbezüglichen Gesetze durch die tägliche Erfahrung offenkundig wurde, war die Habgier kaum noch zu zügeln; die Verderbtheit begann ihren Einzug im Staate zu halten.

Über diesen Punkt klagte schon die Ständeversammlung von 1483/84. Daß ihre Klagen begründet waren, ist unbestreitbar. Mitgespielt hat zweifellos auch das Mißbehagen über die durch den Ausbau der Verwaltung bedingte Zunahme der Königsmacht, die eine Abnahme ihres eigenen Einflusses zur Folge hatte. Ihr Einspruch hat die Entwicklung allerdings nicht gehemmt, vielmehr gefördert. Denn die Ordonnanzen, die ihre Beschwerden auslösten, gaben dem König zugleich die Handhabe, die Struktur des Staates seinen Absichten gemäß zu bestimmen. Große Möglichkeiten staatlicher Gestaltung boten sich dem Königtum. Es hätte

57. Ders., *Les off. roy.* p. 31 ff. und Anhang I und II.

den Staatskörper zu innerer und äußerer Vollendung bringen, hätte ein pflichtgetreues musterhaftes Beamtentum heranbilden können, wenn es, nach festen weisen Grundsätzen verfahrend, die in der Beamtenschaft eingerissenen Schäden rücksichtslos bekämpft hätte. Statt dessen ließ es ein gefährliches Prinzip zur Herrschaft gelangen: die offene Käuflichkeit der Staatsstellen. Damit wich das Königtum von den Richtlinien ab, die es bisher als ausschlaggebend bei der Auslese seiner Diener bezeichnet hatte; es schlug einen in der Geschichte der neuzeitlichen Staaten einzigartigen Weg ein, einen Weg, der ihm die Möglichkeit nahm, mit dem neuzeitlichen Staat auch die neuzeitliche Staatsgesinnung zu schaffen. Ein so herangebildetes Beamtentum konnte nie den wahren Gemeingeist, den *esprit public*, wecken und fördern. Am Ende des 15. Jahrhunderts entschied sich eigentlich schon das Schicksal des französischen Absolutismus.

Drittes Kapitel.

Übergang der Krone zum Ämterhandel und Ausbau der Verwaltung.

Mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts tritt die Ämterkäufllichkeit in eine neue Phase. Ludwig XII., dem das Volk später den Beinamen „Vater des Volkes“ gab, sanktionierte den verwerflichen Brauch, indem er ihn offen zu einer staatlichen Einrichtung machte. Drängende Umstände gaben dazu den Anlaß. Zur Bestreitung der Kosten, die die italienischen Feldzüge verursachten — als Enkel einer Tochter aus dem Hause Visconti erhob er Erbansprüche auf Mailand — sah er sich gezwungen, nach außerordentlichen Hilfsmitteln Umschau zu halten. Ein solches entdeckte er in der Möglichkeit, selbst Ämterhandel zu treiben und staatliche Stellen offen anzubieten. Der Handel erstreckte sich öffentlich nur auf die Ämter der Finanzverwaltung, aber unter der Hand trieb ihn der König nicht weniger mit den Justizämtern. Er verlangte z. B. vom Pariser Parlament die Aufnahme eines Anwärters, der ihm 400 Taler als Provisionsgeld gegeben hatte, obgleich er vom Parlament nicht vorgeschlagen war. Ludwig ging soweit, einzelnen Resignatären Befreiung von dem Eid zu erteilen, daß sie ohne Gewährung materieller Vorteile in den Besitz der Resignation gekommen seien. Die Aufnahme aufgezwungener Anwärters versuchte das Parlament stets zu vereiteln; häufig stand es mit dem König wegen dieser Angelegenheit auf dem Kriegsfuß. Seine Mitglieder sahen darin offenbar damals schon eine Verletzung materieller Interessen. Ihre Ämter hatten sich nämlich dank dem mit ihnen getriebenen privaten Handel so gefestigt, daß sie von einem erblichen Familienbesitz nicht mehr weit entfernt waren.¹

1. Maugis urteilt sogar: „Il eût manqué quelque chose au règne de Loui XII, s'il eût laissé à ses successeurs le privilège de ce genre de trafic. Heureusement il n'eût rien à leur envier sur ce point, pas même les détails comiques qui donnent parfois une saveur vaudeville à ces choses de contrats“. (Le Parl. de Paris, t. 1, p. 132), zum Vorstehenden s. a. ms. fr. 11 108, Des résignations des offices, fol. 49 f.

Gemäß dem Grundsatz, daß lediglich der König, die Quelle aller Souveränität, das Recht des Ämterverkaufs besitze, hütete Ludwig XII. sich, das Verkaufsrecht einzelnen zu gewähren. Doch bewirkte das von ihm gegebene Beispiel, daß der Handel mit dieser Ware bei den Untertanen noch mehr in Schwung kam. Seine Handlungsweise begründete er mit der Rücksichtnahme auf das arme Volk. Anstatt dieses mit neuen Steuern zu belasten, zöge er es vor, den Ehrgeiz der Reichen mit einer freiwilligen Taille zu belegen.² Es scheint ihm aber bald klar geworden zu sein, daß diese Art von Taille letzten Endes doch das Volk belastete. Er erließ eine scharfe Ordonnanz, die den Ämterhandel von neuem verbot.³ Fest steht, daß er diese Geldquelle nur vorübergehend in Anspruch nahm.

Ganz anders Franz I. Dieser kriegerische und prachtliebende Herrscher befand sich fast dauernd in Geldverlegenheit. So sehr er auch die Einnahmen aus den Domänen und Steuern zu steigern vermochte, sie reichten doch bei weitem nicht aus, seine Geldbedürfnisse zu befriedigen. Der Versuchung, das gelegentlich von seinen Vorgängern angewandte und von der Öffentlichkeit begrüßte Verfahren nachzuahmen, konnte er daher nicht lange widerstehen. Im Jahre 1522 gab er dem Ämterhandel eine feste Organisation, indem er in der Finanzverwaltung einen besonderen Zweig schuf, das Büro der Parties casuelles, das als Vertriebsstelle für die neue Handelsware diente.⁴ In die Kasse dieses Büros flossen alle Einnahmen, die aus den Verkäufen neuerrichteter Ämter, Resignationen und andern Vergünstigungen überhaupt zu erzielen waren. Diese Einkünfte, die schon nach wenigen Jahren ungefähr $\frac{1}{10}$ der ge-

2. Loyseau, a. a. O., liv. III, ch. I, 88; Pasquier, *Recherches de la France*, IV, ch. 17.

3. Ordon. 14 nov. 1507, art. 47; vgl. Pasquier, ebd.

4. „Pour servir de boutique à ceste marchandise“, sagt Loyseau (III, ch. I, 91); den Grund für die Errichtung dieses Büros gab Franz offen zu: „Pour subvenir en affaires de telle promptitude et importance, et tellement Nous ont presse lesdites affaires, que outre ce que avons pu tirer des Deniers extraordinaires de nostre Domaine et des Aydes, equivallens, Tailles et Gabelles, dont nous faisons estat de chacun an, avons esté contraints par nécessité de nous aider encore par vente et aliénation d'autres portions de nostre Domaine, créations d'offices, emprunts . . .“ (Lettres en forme d'édit portant création des offices de trésoriers des Epargnes et receveurs des revenus casuels, 18 mars 1522; Arch. nat. AD IX 447 B).

samten Staatseinnahmen betrugen,⁵ zeigten ständig steigende Tendenz; die Epoche des staatlichen Ämterhandels hatte begonnen, eine Entwicklung, die mit kurzen Unterbrechungen erst nach zweihundert Jahren zu einem relativen Stillstand kam. Die Ämter der Justiz wurden genau so vom Staat verkauft, wie die der Steuer- und Finanzverwaltung.⁶ Den Verkauf der Justizämter bemäntelte allerdings der König mittels des Prêt, der darin bestand, daß er sich vom Amtsanwärter ein Darlehen gewähren ließ, dessen Rückzahlung zwar in Aussicht gestellt, aber in den wenigsten Fällen vorgenommen wurde.⁷ Allgemein bürgerte sich nun der Ämterhandel zwischen einzelnen ein. Der Eid, kein Geld für das Amt gegeben zu haben, blieb für die Beamten des Justizwesens bestehen; diese Verpflichtung erhielt sogar den Zuständen zum Trotz eine neue Bestätigung,⁸ so daß der Jurist Loyseau das Urteil fällen konnte, jeder Magistrat habe seine Laufbahn mit einem Meineid begonnen.⁹ Hierin stimmte ihm auch der Parlamentarier Pasquier bei.¹⁰ Eine Milderung erfuhr die Sache insofern, als der dem König gewährte Prêt nicht als Kauf angesehen wurde, so daß der Anwärter sich ein „sauberes Gewissen“ bewahren konnte. Möchte

5. KK 351—52.

6. Loyseau, III, ch. I, 93 sagt: „Enfin toutefois, sous luy (François I.) ou ses successeurs, la vénalité s'est glissée mesme à l'égard des offices de judicature qui ont esté mis en taxe au parties casuelles, non pas du commencement comme ceux des finances mais par forme de prest seulement; mais c'estoit un prest à jamais rendre et plustost une vente deguisée de ce nom; aussi à la fin de nostre temps seulement on a confondu ès parties casuelles la vente des offices de finances avec ceux de judicature“.

7. Die Behauptung Loyseaus: „c'estoit un prest à jamais rendre“, trifft nicht ganz zu; es lassen sich tatsächlich einige Fälle verzeichnen, wo der Prêt wieder zurückgezahlt wurde; s. Aubert, Le Parl. de Paris au XVI^e siècle. (Rev. droit franc. 1912.)

8. Ordon. oct. 1535, Isambert 12, p. 324.

9. Loyseau, III, ch. I, 96.

10. Er sagt: „La cour de Parlement prend de luy le serment scavoir si pour obtenir l'estat il a baillé ou fait bailler deniers à son résignant, et n'y a celui qui ne jure n'en avoir baillé encores que notoirement on scache le contraire. Tellement que tombans d'une fievre tierce en chaud mal, pour tout le fruit de ceste belle ancienneté ne nous reste que le parjure dont nous saluons quelquefois la compagnie avant que d'entrer en l'exercice de nos estats“. Recherches, IV, ch. 17.

es bei Ämtern noch angehen, die aus erster Hand, d. h. vom König erworben waren, so wird der wahre Sachverhalt sofort deutlich bei Abmachungen zwischen einzelnen. Die Resignatäre schwuren zwar, nichts gegeben oder versprochen, sondern nur den Resignanten für die finance entschädigt zu haben, die auf einen Prêt zurückging. In Wirklichkeit aber handelte es sich um nichts anderes als um einen Kauf.

Das Wachsen der Macht des Königtums erforderte zweifellos einen stetigen und weitgehenden Ausbau der Verwaltung und damit des Beamtenapparats; nur so war die völlige Überwindung des mittelalterlichen Staates und die Begründung des Absolutismus möglich. Und tatsächlich bildete sich jetzt ein Staatswesen, das, immer weitere Schichten der Nation in seinen Dienst ziehend und das Land mit einem dauernd enger werdenden Netz umspannend, schnell ein sehr neuzeitliches Gesicht erhielt, und dessen straffe Gliederung andern Staaten als Vorbild dienen konnte. Die Einsetzung neuer Beamter war ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grade durch staatliche Erfordernisse geboten. Darüber hinwegtäuschen dürfen nicht etwa manche von eigennützigen Gründen nicht ganz freie Klagen bestimmter Gruppen, von Städten oder Provinzen. Aber die Notwendigkeit der Ämtererrichtung rechtfertigt noch nicht die Art und Weise, in der sie erfolgte.

Im Zusammenhang mit den Ämtererrichtungen wurden die grundlegenden Teile der alten Organisation überwuchert von neuen Gebilden, die die alten Bezirke oft willkürlich durchdrangen, so daß häufig mehr Verwirrung als Ordnung in der Verwaltung entstand. Anstatt nämlich zuerst eine einheitliche Gliederung zu schaffen und sie des Ausbaus fähig zu machen, wurde dem Alten das Neue sozusagen aufgepfropft. Die Zahl der Bailliages und Sénéchaussées hatte sich in anderthalb Jahrhunderten verdreifacht.¹¹ Innerhalb der alten Bezirke bildeten sie Sonderbezirke, sièges particuliers, ohne jedoch die Grenzen jener zu achten. Die Bildung unmöglichster Enklaven konnte dabei nicht ausbleiben. In diesen neuen Bezirken richtete sich allmählich ein ganzer Beamtenapparat ein: Richter, Räte, Prokuratoren, Advokaten, Steuereinehmer, Substitute, Kommis, Schreiber, Sergeanten etc. Was der

11. Bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts.

König bisher en commission hatte ausüben lassen, wurde nun ein festes käufliches Amt.¹²

In den Gerichtssitzen verdienen die lieutenants hervorgehoben zu werden, in deren Hände die Rechtsprechung fast ganz überging; ursprünglich hatte sie zum Obliegenheitsbereich der Landvögte, der Baillis und Sénéchaux, gehört.¹³ Diese durften nur dann noch Recht sprechen, wenn sie, wie die lieutenants, ein Diplom nachweisen konnten, das eine juristische Vorbildung auswies.¹⁴ Diese Vorschrift leistete einer seit langem herrschenden Tendenz Vor-schub: die Robe, d. i. der Amtsadel, nahm allmählich die Stelle der Epée ein; die Bourgeoisie löste den Adel, der das Schwert dem Buche vorzog, in den Ämtern immer mehr ab, eine Wandlung, die sich seit der Einbürgerung der Stetigkeit der Ämter anzeigte.

Zu den beiden lieutenants, dem Oberrichter und dem Hilfs-richter, wollte Franz I. nach dem Beispiel von Paris und Anjou all-gemein noch einen dritten ernennen, den Strafrichter, lieutenant criminel,¹⁵ um den beiden ersten die Angelegenheiten des Straf-rechts ganz zu entziehen. Auf die Errichtung dieses neuen Amtes verzichtete er aber, als die bereits amtierenden lieutenants sich bereit erklärten, den ihnen zugedachten neuen Kollegen „abzu-lösen“. Sie erboten sich nämlich, dem König die Summe zu be-zahlen, die er aus dem Verkauf der neu verordneten Ämter zu ziehen hoffte. Solche Vergleichsverhandlungen zwischen König und Be-amten waren in der Folgezeit an der Tagesordnung. Kam eine Einigung zustande, dann erließ der König eine Verfügung, die das Errichtungsedikt aufhob und die „Reunion“ befahl, d. h. die neuen Ämter den Beamten „inkorporierte“, denen sie eine Schmälerung der Befugnisse und Rechte verursacht hätten. So wirkte sich die Errichtung einer Ämterserie häufig aus als eine Sondersteuer zu Lasten der Beamtenkörperschaften. Aber nicht nur sie wurden auf diese Weise besteuert, sondern auch ganze Provinzen, insbesondere die pays d'Etats. Diese setzten der Errichtung neuer Ämter, die sie alle als überflüssig ansahen, stets Widerstand entgegen. Nützte er nichts, so erklärten sie sich schließlich zur Zahlung einer Ab-

12. s. Dupont-Ferrier, *Les offic. roy.* p. 770.

13. vgl. o. S. 13; s. a. R. Holtzmann, a. a. O.

14. s. Ordon. von 1493 und 1498.

15. Edit janvier 1522.

lösungssumme bereit. Die Provinz Languedoc z. B. entrichtete auf diesem Wege neben zahlreichen kleineren Ablösungen im Jahre 1519 71 800 l., 1522 zwei Beträge in Höhe von 12 und 50 000 l., 400 l. im Jahre 1525, 100 000 l. im Jahre 1555.¹⁶ Später wiederholten sich diese Vorgänge noch oft und zwar in immer kürzeren Zeitabständen. Häufig mußte eine Ämterserie mehrere Male abgelöst werden. So auch die Strafrichterämter (*lieutenants criminels*), die Heinrich II., der Nachfolger Franz' I., wieder errichtete.¹⁷ Diesmal sprach der König aber die „Inkompatibilität“ aus, sie konnten also mit andern Ämtern nicht vereinigt werden. Den Käufern dieser Stellen blieb jedoch eine Schmälerung der Amtsbefugnisse und Rechte auch nicht erspart. Sie erhielten Beisitzer, *assesseurs*, mit denen sie ihre Funktion zu teilen hatten.¹⁸ Wohl wurden diese Ämter nach kurzer Zeit wieder aufgehoben,¹⁹ aber nicht ohne daß die Richter für die dadurch eintretende Wiedererweiterung ihrer Amtsbefugnisse eine Taxe bezahlten. Bald darauf hielt es die Regierung für gut, von neuem Beisitzerämter, in allerdings etwas veränderter Form — für *assesseurs criminels* — zu schaffen.²⁰ Durch dieses Verfahren brachte sie es dahin, jedes Amt mindestens doppelt oder dreifach zu verkaufen. War es endlich für immer errichtet, so erfolgte gewöhnlich nach einiger Zeit die Aufhebung der „Inkompatibilität“, es konnte mit einem andern derselben Art vereinigt werden. Davon machten vorzugsweise die höheren Beamten Gebrauch, sie kauften ihre Beigeordneten aus. Solche Kniffe der Krone belebten den Ämtermarkt. Außerdem regten die Rechte und Privilegien, die sich an das Amt knüpften, die Kauflust an. Eine weit weniger starke Anziehungskraft besaßen die Gagen, betrugen pro Jahr doch die eines Oberrichters (*lieutenant général*) um die Mitte des 16. Jahrhunderts nur 100 bzw. 200 l., je nach dem Gerichtssitz, die eines Hilfsrichters (*lieutenant*

16. s. P. Dognon, *Les institutions polit. et administr. du pays de Languedoc*. 1895, p. 521 ff.

17. Edit mai 1552. (Die meisten dieser Edikte sind gesammelt im Fonds AD+... (Arch. nat.), und zwar in chronologischer Folge, zusammen mit sonstigen Gesetzestexten.)

18. Edit juin 1586.

19. Edit mai 1588.

20. Edit 1596.

particulier) 33 $\frac{1}{3}$ Taler in den großen Sprengeln und 16 $\frac{2}{3}$ Taler in den andern.²¹

Eine in die Gerichtsorganisation tief eingreifende Neuschöpfung bedeutete die Errichtung der Präsidialhöfe, einer Art Oberlandesgerichte. Der Name war allerdings nicht neu, er tauchte seit dem 14. Jahrhundert auf, besonders im Süden,²² und bezog sich meist auf die Bailliages und Sénéchaussées erster Ordnung, die sich auch behaupteten, als im 15. Jahrhundert kleinere Bezirke von ihnen abgetrennt wurden. Der „Présidial“ blieb als Hauptgerichtsort des betreffenden Gebiets erhalten und stand über den andern Sprengeln. Diese Ordnung dehnte Heinrich II. 1551 auf das ganze Königreich aus.²³ Mit einem Edikt errichtete er 32 solcher Zwischeninstanzen zwischen den Bailliages bzw. Sénéchaussées und den Parlamenten, und bald erhöhte er ihre Zahl auf 60. Als Mindestbesetzung für ein Präsidialgericht bestimmte das Errichtungsedikt neun Magistrate, darunter sieben Räte. Die Zahl dieser erhöhte sich aber je nach Bedeutung des Ressorts;²⁴ so erhielten der Präsidialhof von Paris 24, der von Orléans 12, andere 10 Räte.

An sich war diese Eingliederung einer neuen Instanz zu begrüßen, sie machte die Rechtsprechung weniger umständlich und teuer, indem sie alle Fälle, deren Streitwert 250 l. oder 10 l. in Renten nicht überstieg, den neuen Tribunalen als letzter Instanz zuwies, anstatt sie, wie bisher, den Parlamenten vorzubehalten. In vorletzter Instanz durften Fälle bis zu dem doppelten Streitwert entschieden werden. Aber die Errichtung fand nicht nur statt unter Hinweis auf eine Verbesserung der Gerichtsordnung, sondern auch wegen der großen *coustz et despens*, die der König in den letzten

21. Edit janvier 1552 und août 1552; in dem Präsidialhof Meaux betrugen sie für den président 600 l., den lieutenant général 200 l., den lieutenant particulier 200 l., den lieutenant criminel, der noch ein conseiller-Amt innehatte, 200 l., von den 7 conseillers bezog jeder 100 l., die 5 huissiers audienciers je 4 l.

22. s. Dupont-Ferrier, *La formation de l'Etat français*. Paris 1929, p. 181. Declareuil, *Histoire générale du droit français*. Paris 1925, p. 599.

23. Edit janvier.

24. s. Fontanon, *Edits et ordonnances des rois de France*, t. I, p. 334; über diese Einrichtung insbes. E. Laurain, *Essai sur les présidiaux*. *Nouv. Rev. droit franç.* 1895—1896.

Jahren gehabt hatte und die seine Finanzen in Unordnung brachten. Es scheint sogar, als sei die fiskalische Berechnung bei dieser Reform ausschlaggebend gewesen. Zeugnisse bedeutender Zeitgenossen sind sehr bezeichnend. Der nachmalige Kanzler Hôpital fällt z. B. ein ungünstiges Urteil. Diese und andere Neuerungen des Königs führte er zurück auf die „unersättliche Geldgier“ der Höflinge, dieser „Blutsauger und Volksfresser“, die seine Gutmütigkeit mißbrauchten und ihm jeden Tag neue mit dem Schleier der Nützlichkeit bedeckte Erfindungen vorschlugen, um über das Volk herrschen und sich auf seine Kosten bereichern zu können.²⁵ Auch der bekannte Parlamentspräsident de Thou urteilte nicht sehr anerkennend über die Einrichtung.²⁶

Da es den Rahmen unsrer Darstellung sprengen würde, die vielen im Laufe des 16. Jahrhunderts erlassenen Ämteredikte und den Ausbau jeder einzelnen Beamtenkörperschaft zu behandeln, beschränken wir uns auf einige wenige, aber typische Beispiele, aus denen die Eigenart des Beamtenstaats und die im Zusammenhang mit seiner Entwicklung stehende Wandlung der Einrichtungen deutlich hervorgehen. Die Geschichte des Pariser Parlaments, der obersten Gerichtsstanz des alten Frankreich, ist dafür äußerst lehrreich.²⁷

Nachdem dieser Körperschaft zu Beginn des 14. Jahrhunderts Paris als ständiger Sitz angewiesen worden war,²⁸ änderte sich

25. „... et néanmoins les inventeurs de telles nouveautés furent bien si subtiles que ce bon prince et le peuple mesme a creu longtemps que l'erection desdicts présidiaulx et multiplication efréné des judges estoient nécessaires en ce royaulme pour l'abréviation de justice jusques à ce que l'événement a fait voir le contraire“. (Oeuvres complètes de Michel l'Hôpital, publ. p. S. J. Dufey, 1824, t. 2.)

26. „... l'expérience a fait voir que le mal qu'on pensoit avoir guéri par cet édit a pris de nouvelles forces et passe plus avant. De sorte que tout le royaume a été infecté de ce venin à la honte du nom français“. (Hist. des choses arrivées de son temps. Paris 1659.)

27. Als Literatur kommt an erster Stelle in Frage: E. Pasquier, *Recherches de la France*; La Roche Flavin, *Treize livres des Parlements de France*; Aubert, *Le Parlement de Paris de Philipp le Bel à Charles VII.*, ders., *Le Parlement de Paris des origines à François I.*, ders., *Recherches sur l'organisation du Parlement de Paris au XVI^e siècle* (Rev. droit franç. 1912); Maugis, *Hist. du Parlement de Paris*.

28. s. Declareuil, *Hist. gén. du droit franç.*, p. 605.

allmählich die Art der **Ergänzung ihrer Mitglieder**. Ursprünglich ernannte diese der König nach freiem Ermessen, und genau so setzte er sie wieder ab. Noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts bedurften sie alljährlich von neuem der Bestätigung; der König bestimmte also jedes Jahr die Zusammensetzung seines Parlaments.²⁹ Die Präsidenten und Räte übten damals ihre Charge nur en commission aus; erst im Jahre 1344 erhielt sie Amtscharakter. Änderungen in der Zusammensetzung erfolgten nicht mehr so oft, weil der König gewöhnlich die Mitglieder von einer Sitzungsperiode zur andern erneut bestätigte.³⁰ Allmählich bildete sich das Wahlsystem heraus. Unter Karl VI. wurden die Mitglieder aller „souveränen“ Körperschaften gewählt.³¹ Die Wahl sollte im Parlament stattfinden, und zwar vor versammelten Kammern unter Vorsitz des Kanzlers. Laien wurden für Laiensitze gewählt, Kleriker für Klerikersitze. Die Mitglieder sollten allen Provinzen des Königreichs entstammen, damit unbeschadet der Verschiedenheit der „Coutumes“ eine gute Rechtsprechung gesichert sei. Adlige Kandidaten waren den Rotüriers, wie die Nichtadligen gemeinhin genannt wurden, vorzuziehen.³² Das Wahlprinzip wurde jedoch häufig verletzt; die Kandidaten sicherten sich entweder die königliche Zustimmung vor der Wahl und machten diese damit zur reinen Formsache, oder das Parlament unterbreitete dem König eine Liste, aus der er den ihm geeignet erscheinenden Kandidaten auswählte. Als es Vorschrift wurde, daß das Parlament dem König bei jeder Vakanz drei Kandidaten für die engere Wahl vorzuschlagen habe,³³ wahrte es sein Mitbestimmungsrecht, indem es unter den drei Kandidaten zwei vorschlug, die wenig geeignet und am Hof unbekannt waren, so daß gewöhnlich der ihm genehme die

29. Esmein, a. a. O., p. 423.

30. Das Reglement von 1344 besagt „que nul ne soit mis . . . quand il vacquera, se il n'est tesmoigné au Roy par le Chancelier et par le Parlement estre suffisant à exercer ledit office et estre mis audit nombre et lieu“. (Isambert, 4, p. 499.)

31. Declareuil, Hist. droit franç., p. 650.

32. Ordon. mai 1413, art. 154—155.

33. Ordon. oct. 1446, s. a. Oeuvres du Chancelier d'Aguesseau, éd. 1767, t. 5, p. 573.

Bestätigung erhielt.³⁴kehrten sich die Könige auch häufig nicht an die Vorschriften hinsichtlich der Besetzung, das Recht der Zuwahl behielt das Parlament theoretisch, und das Wahlprinzip erhielt in den Ordonnanzen von 1493 und 1498 eine förmliche Anerkennung. Freilich machte die Praxis es in anderer Richtung seit langem hinfällig: die Käuflichkeit der Ämter schaltete das Selbstergänzungsrecht weitgehend aus. Andererseits hatte gerade dieses das Einreißen jener üblen Sitte begünstigt. Ihr leisteten also zwei Strömungen Vorschub. Der König, der keinen Vorteil davon hatte, einen Beamten, vollends wenn er ihn auf Vorschlag des Parlaments ernannt hatte, ohne triftigen Grund abzusetzen, gewährte, wie wir gesehen, die *resignatio in favorem* seit dem 14. Jahrhundert in Form einer Gunstbezeugung; aus ihr machten die Räte ein Geschäft, indem die sich vom Dienst Zurückziehenden ihre Nachfolger vorschlugen und sich von dem Anwärter bezahlen ließen. Das im ersten Zeitabschnitt jedes rechtlichen Charakters entbehrende Geschäft vollzog sich im stillen und bewirkte faktisch, daß jeder Parlamentsrat über seinen Sitz verfügte.³⁵ Dies zeigt sich sogar unter der äußerst willkürlichen Regierung Ludwigs XI. Bezeichnend ist die emporschnellende Zahl der Resignationen und unmittelbaren Ämterübertragungen vom Vater auf den Sohn, vom Schwiegervater auf den Schwiegersohn und vom Bruder auf den Bruder.³⁶ Unter Karl VIII. war die Übertragung eines Amts auf Grund von Resignationen an der Tagesordnung. Auf 30 Neubesetzungen fallen 17, die auf solche zugunsten naher Verwandter zurückgehen.³⁷

Diese Entwicklung zur Käuflichkeit der Parlamentssitze wurde weiter vorangetrieben durch die Vermehrung der Mitgliederzahl. Sie setzte ein, als das Königtum Kapital aus dem Ämterhandel schlug.

34. ms. fr. 11 108, *Des résignations des offices*; ms. fr. 613 (Coll. Clairambault), *Traité des offices de France*.

35. Holtzmann, Franz. *Verfassungsgeschichte*, S. 238.

36. In der Zeit von 1465—1483 finden sich unter 62 Fällen 18 derartige, s. Maugis, a. a. O., p. 90.

37. Ebd.; an der *Chambre des comptes* war es ähnlich; auf 19 Neubesetzungen in der Zeit von 1483—1498 fallen 10, die auf Grund von Resignationen erfolgten. Imbart de la Tour, a. a. O., t. I, p. 454.

Nach altem Herkommen hatte das Parlament unter Einschluß der zwölf Pairs selten mehr als 100 Mitglieder. Nur einige Male erhöhte sich diese Zahl infolge besonderer Umstände in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts beträchtlich.³⁸ Sonst lag die Stärke der Normalbesetzung erheblich unter hundert.³⁹ Philipp VI. bestimmte 1345 für das Parlament folgende Zusammensetzung: die Grande Chambre sollte umfassen drei Präsidenten und je 15 geistliche und weltliche Räte, die chambre des enquêtes 24 Kleriker und 11 Laien und die chambre des requêtes fünf Kleriker und drei Laien.⁴⁰ Fast zweihundert Jahre lang behielt das Parlament diese Stärke. Beim Regierungsantritt Franz' I. betrug die Zahl seiner Mitglieder etwas über hundert;⁴¹ sie verteilten sich auf die Grande Chambre, die requêtes de l'Hôtel, zwei chambres des enquêtes und die requêtes du Palais. Diese Gliederung respektierte Franz I. nicht mehr. Zunächst trennte er als besondere Kammer die Tournelle criminelle ab.⁴² Nicht lange währte es, bis das Geldbedürfnis eine Vermehrung der Mitglieder erforderlich machte.

Bei Beginn der Sitzungsperiode des Jahres 1521 äußerte der König die Absicht, eine neue Kammer mit den dafür notwendigen Ratssitzen zu schaffen. Das Parlament widersprach und schickte sogar eine Abordnung an die Königinmutter; diese zeigte zwar Verständnis für seine Klagen, bestand jedoch darauf, daß als Ersatz für das Projekt möglichst bald 120 000 l. herbeigeschafft würden. Auch der König war unter dieser Bedingung zum Nachgeben be-

38. s. Declareuil, p. 608, demnach betrug die Mitgliederzahl 164, 1341: 120, 1343: 176.

39. s. a. ms. fr. 6370, Origine des offices de France, fol. 207 f.

40. Declareuil, p. 608; Holtzmann, Franz. Verfassungsgeschichte, S. 237, gibt 16 Laien an; über die Organisation des Parlaments s. dort; s. a. Ordon. avril 1453, art. 1 (Isambert, 9, p. 204).

41. Maugis, a. a. O., gibt für 1520 an: 4 présidents, 80 conseillers, 4 maîtres des requêtes und 21 Pairs. Aubert, Recherches sur l'organis. du Parl. (Rev. droit fr. 1912, p. 53) gibt für das Jahr 1515 folgende Besetzung an; Grande Chambre: 4 présidents, 40 conseillers clercs, 36 laics, 1 procureur général, 2 avocats généraux, 3 greffiers, 4 notaires, 14 huissiers, 8 maîtres des requêtes de l'Hôtel und 12 Pairs; für die erste Chambre des enquêtes: 2 présidents, 10 conseillers clercs und 6 laics; für die zweite Chambre des enquêtes: 2 présidents, 9 conseillers clercs und 7 laics; die requêtes du Palais: 1 président und 5 conseillers.

42. s. Aubert, ebd. p. 53, im Jahre 1515.

reit.⁴³ Da aber die verlangte Summe nicht gleich beigebracht werden konnte, erging nach schwierigen Verhandlungen im Januar 1521 ein Edikt, das 20 neue Ratssitze schuf, mit denen die vierte Kammer des Parlaments unter dem Namen *Nouvelle chambre des enquêtes* gebildet wurde.⁴⁴ Zur Einregistrierung hatte es allerdings des ausdrücklichen Befehls des Königs bedurft (*Lettres de jussion!*). Er selbst vergab die neuen Ämter, und da er jedes einzelne für 6900 l. verkaufte, brachte ihm die Operation 70 000 Taler ein.⁴⁵ Eine weitere Vermehrung seiner Mitglieder um vier Räte (*maîtres des requêtes*) und vier Gerichtsdienner (*huissiers*) mußte das Parlament schon nach zwei Jahren hinnehmen. Der König suchte es mit dem Hinweis zu besänftigen, daß er dem Ansinnen, ein Parlament in Poitiers zu errichten, aus Liebe zur Stadt Paris nicht gefolgt sei, obwohl er 150 000 Taler aus dieser Angelegenheit hätte ziehen können.⁴⁶

Das Parlament setzte derartigen Edikten stets heftigen Widerstand entgegen, und seine Remonstrances steigerten sich gelegentlich zu förmlichen Protesten. Nicht etwa, daß es gegen die Ämterkäufllichkeit an sich gewesen wäre, im Gegenteil, seine Mitglieder zogen ja Nutzen von den Auswirkungen dieser Einrichtung; aber die andauernde Vermehrung der Ämter zog eine Schmälerung der Befugnisse und Einnahmen der bereits bestehenden nach sich. Die *Grande Chambre* weigerte sich lange, die neuen Mitglieder anzuerkennen und verlangte, daß sie einem strengen Examen unterzogen und ihre Ämter bei eintretender Vakanz wieder aufgehoben würden. Aber der König machte keine Zugeständnisse; er gewährte den neuen Mitgliedern volle Gleichstellung mit den andern und drohte schließlich, jeden von seinem Amt zu suspendieren, der der Ausführung der Edikte Widerstand leiste.⁴⁷

Vom Erfolg seiner Edikte ermutigt, schritt der König 1531 zur Schaffung einer vierten Kammer des *enquêtes*, die die Streitfälle

43. Maugis, a. a. O., p. 151; U 989 (Arch. nat.) „Si on ne luy donne moyen de trouver argent, qu'il entendoit avoir par forme de prest à la charge de le rendre“.

44. d. h. 3. Kammer der *enquêtes*.

45. Aubert, a. a. O., p. 91 f.

46. Maugis, p. 157.

47. Ebd., p. 93.

betreffe der Krongüter und der Forstangelegenheiten behandeln sollte; einen Präsidenten und zwölf Räte bestimmte ihr das Edikt.⁴⁸ Diese Kammer hatte zwar keine lange Lebensdauer, aber sie entstand 1543 unter dem Namen *Chambre du Domaine* wieder; diesmal mit zwei Präsidenten und 18 Räten. Das sind jedoch nur die Hauptfälle. Insgesamt erfuhr das Parlament während der Regierung Franz I. folgende Personalvermehrung: zwei Präsidenten als *surnuméraires*, 12 Räte für die Erweiterung der *Grande Chambre*, einen Präsidenten und zwei Räte für die *requêtes du palais* sowie acht *maîtres des requêtes de l'hôtel* — diese waren Rat und Beisitzer im Staatsrat zugleich und prüften die an den König und den Staatsrat gerichteten Rechtssachen —, insgesamt 62 hohe Chargen, d. i. eine Erweiterung um mehr als zwei Drittel. Nicht anders war es in den Provinzialparlamenten. So erfuhr z. B. das Parlament in Dijon, das zu Beginn des 16. Jahrhunderts zwei Präsidenten und zwölf Räte zählte, in derselben Zeit eine Vermehrung seiner Mitglieder um genau das Doppelte.⁴⁹ Ähnlich in Rouen; hier verlangten 1543 auf einmal 22 Kandidaten Aufnahme in das Parlament; sie hatten vom König die Bestätigung in neuerrichteten Ratsämtern erlangt als Entschädigung für ein Darlehen, „*Prêt*“, in Höhe von jeweils 2000 Talern.⁵⁰

Da die Errichtung neuer Ämter von den finanziellen Bedürfnissen des Staates diktiert war — Franz I. gestand es mehrmals freimütig ein —, blieben nachteilige Begleiterscheinungen nicht aus. Es konnten nun Schichten in die Parlamente eindringen, die keineswegs als standesgemäß galten. Der König achtete das Ansehen der Person und des Standes geringer als das Geld, das man für ein Amt ausgeben wollte; und er gab zu, mehr als einmal gezwungen gewesen zu sein, von wenig geeigneten Leuten *Prêts* für Richterämter anzunehmen. Durch weitgehende Befreiung von den Regeln, Statuten und sogar von den Prüfungsvorschriften wurde tatsächlich solchen unwürdigen Kandidaten der Weg in Amt und Würden leicht gemacht. So sei beispielsweise erwähnt, daß sich unter den 20 Bewerbern für die 1521 geschaffenen Ratsstellen zwei

48. Am 9. August 1531; zum folg. s. Maugis.

49. s. a. ms. fr., coll. Dupuy 224, *Origine des offices de France*.

50. Floquet, *Histoire du Parlement de Normandie*. 1846, t. 1, p. 497

Kaufleute befanden, die dem König 30 000 l. geliehen hatten; dafür wollte er sie nun mit je einem Amt entschädigen. Ihrer Aufnahme bereitete das Corps alle erdenklichen Hindernisse, sie zog sich mehrere Jahre hin, und der König drohte sogar, sie in einer Weise durchzusetzen, die dem Gerichtshof nicht zum Vergnügen gereichen werde.⁵¹ Wie es aber scheint, konnten die beiden Anwärter sich am Parlament dann doch nicht behaupten.

Der nachmalige Kanzler Hôpital, damals noch Rat am Pariser Parlament, beklagte die Folgen dieses Handels. „Unser vor kurzem noch so reines und erhabenes Corps“, sagte er, „ist heute sehr gemischt, und seine Entartung nimmt mit jedem Tag zu. Das Verdienst ist mißachtet und muß dem Reichtum Platz machen. Man ist gezwungen, den Unwürdigen die Tür zu öffnen wie den Würdigen, Menschen ohne Tugend, Unwisesnden, die kaum die ersten Begriffe der Bildung beherrschen und übrigens ganz unfähig sind, deren Börse aber mit Gold gefüllt ist. Wir (die Alten) sind nicht mehr zahlreich und vermögen nur mit größter Mühe die ehemalige Würde des Senats aufrecht zu erhalten“.⁵²

Nicht weniger als der Handel des Königs blühte der von seinen Untertanen betriebene, den er durch sein Verhalten legalisierte. Das ist der neue Zug, der nun zu einem charakteristischen Merkmal einer Epoche wird. Noch eine weitere Tatsache verdient hervorgehoben zu werden: die „Inkompatibilität“, das Verbot, mehrere Ämter verschiedener Art gleichzeitig zu besitzen, wurde immer weniger streng gehandhabt; der Cumul dagegen nahm immer stärkere Formen an. Oft sind mehrere bedeutende Ämter in einer Hand; so findet sich nicht selten das Amt des Leutnants eines Bailliage bzw. einer Sénéchaussée mit dem eines Parlamentsrats verbunden.

Franz I., der durch die Errichtung „überzähliger“ Sitze sogar gelegentlich Beamte sozusagen verdoppelte⁵³ — der Beamte behielt auch nach der Resignation mittels einer Survivance seinen Sitz mit der Bezeichnung surnuméraire —, erkannte schließlich den Schaden, den seine Ämtererrichtungen verursachten; er widerrief

51. U 989, fol. 132 (A, nat.).

52. Zit. nach Floquet, a. a. O.

53. s. Maugis, a. a. O., p. 161 und 226.

sie deshalb einige Monate vor seinem Tode, indem er bestimmte, daß die zur Vakanz kommenden Ämter so lange nicht besetzt werden sollten, bis der bei seinem Regierungsantritt herrschende Zustand wieder hergestellt sei.⁵⁴ Die Stellung des Parlaments zu diesem Edikt ist bezeichnend: es remonstrierte. Da die Ämter nun einmal Inhaber hatten, diese und die Familienbelange mitsprachen, legte es auf ihre Aufhebung keinen großen Wert mehr. Seine Beschwerden galten also nicht der Käuflichkeit der Ämter, sondern deren Vermehrung und der damit zusammenhängenden Verletzung von Privatinteressen. Es hängte seinen Motiven ein Mäntelchen um, wenn es das Schmachvolle der Ämteredikte geißelte.

Heinrich II., der 1546 seinem Vater auf den Thron folgte, versuchte zunächst dessen Wunsch zu erfüllen: die eingerissenen Schäden zu heilen, den Ämterhandel einzudämmen und eine Reform des Gerichtswesens durchzuführen. Insbesondere erließ er scharfe Bestimmungen über das Alter der Kandidaten und ihre berufliche Ausbildung.⁵⁵ Die sofortige Aufhebung aller neu errichteten Ämter erwies sich freilich als undurchführbar, denn dem Staat, der sie aus reinem Geldbedürfnis geschaffen hatte, fehlten die Mittel, sie abzulösen und die Darlehen (Prêts) zurückzuzahlen. Deshalb sollten gemäß der Bestimmung Franz' I. alle in Zukunft frei werdenden Stellen so lange unbesetzt bleiben, bis ihre Gesamtzahl wieder auf den Stand von 1515 gesunken wäre.⁵⁶ Das setzte natürlich eine lange Liquidationszeit voraus, und somit stand die Reform von vornherein in Frage. Auch scheint Heinrich II. nicht der geeignete Herrscher gewesen zu sein, weitgesteckte innerpolitische Ziele zielbewußt zu verfolgen. Zudem litt auch er bald unter der Dürftigkeit der Staatseinnahmen. So wußte er schließlich nichts anderes zu tun, als gewissenlosen Ratgebern zu folgen und den von seinem Vater beschrittenen Weg ebenfalls zu gehen.⁵⁷

Alle Reformpläne begrub endgültig das im April 1554 erlassene Semesteredikt. Dieses gliederte das Parlament in zwei Abteilungen, die sich halbjährlich in der Rechtsprechung ablösten.

54. Edit de Moulins, août 1546.

55. Verschiedene Edikte im Jahre 1546.

56. s. édits mai und août 1547.

57. Maugis, p. 190.

Die Grande Chambre wurde geteilt, während von den vier Kammern der Enquêtes die erste und die dritte im ersten, die zweite und die vierte im zweiten Halbjahr Dienst taten. Von Ämterabschaffung konnte nun nicht mehr die Rede sein. Die Neuordnung, die angeblich nicht nur eine Verbesserung der Rechtsprechung bewirken, sondern auch ermöglichen sollte, die Mitgliederzahl des Parlaments so weit zu verringern, bis seine ehemalige Besetzung wieder hergestellt wäre, führte, wie vorauszusehen war, zunächst zu einer Vermehrung der Ämter. Ein Edikt vom Mai 1554 trug dieser Notwendigkeit Rechnung, indem es vier neue Präsidenten- und 37 Ratsämter schuf. Die Summe, die es einbrachte, mochte das schwankende Budget wieder ins Gleichgewicht gebracht haben. Der fiskalische Zweck der Sache trat klar zutage, als Anfang 1558⁵⁸ die alte Organisation wiederhergestellt und bald darauf verordnet wurde, daß nur 17 hohe Chargen bei eintretender Vakanz an den König zurückfallen sollten. Die übrigen neuen Räte wurden zusammengefaßt zu einer weiteren Kammer, der Chambre du Conseil, „supernuméraire“ nennt sie La Roche Flavin in seinem Werk über die Parlamente.⁵⁹

Wie wenig wählerisch Heinrich II. bei der Einsetzung des Personals der hohen Gerichtskörperschaften verfuhr, zeigt seine wiederholt an das Parlament in Rouen gerichtete Aufforderung, ihm für die Gerichtsämter Personen vorzuschlagen, aus deren Zahlungsfähigkeit er Nutzen für seine „Geschäfte“ ziehen könne.⁶⁰ In Massen sah man Präsidenten und Räte ankommen, von denen die einen 6, andere 10 oder gar 14 000 l. bezahlt hatten.⁶¹ Der Eid des *non numerata pecunia* wurde nichtsdestoweniger geleistet. Oft aber gewährte der König von dem unbequemen *Passus* ausdrückliche Befreiung.⁶²

Den fiskalischen Leitgedanken sprach der König in den Präambeln der Edikte ganz offen aus. Die *nécessités publiques*, die

58. Edit janvier.

59. Treize livres des Parlements, liv. I, ch. 18.

60. „... affin qu'il les pourveust moyennant ledict secours“; s. Floquet, t. 1, p. 498.

61. vgl. Maugis, I, p. 225.

62. Ebd.

Notwendigkeit, sich außerordentliche Mittel für die Staatserhaltung zu verschaffen, war oft die einzige Begründung, mit der er jeden Einwand beiseite schob, jede geldbringende Handlung rechtfertigte und von den bestehenden Vorschriften und alten Bräuchen abwich. Die Regel wurde fast zur Ausnahme, denn mit Geld konnte jeder Dispens erkaufte werden. Ausgezeichnet spiegelt sich die öffentliche Moral in diesen Akten, die einen wesentlichen „Fortschritt“ über Franz I. hinaus aufweisen. Dieser hatte noch ein wenig sein Gewerbe verdeckt, sich versteckt hinter Zweideutigkeiten, auch gelegentlich seinen Willen betont, daß die Angelegenheit behandelt werden sollte, wie wenn kein Geld gegeben worden wäre und nur bons personages für die Ämter zugelassen werden dürften; Drohung und Zwang wandte er nur in wirklich dringenden Fällen an. Sein Sohn dagegen gab sich nicht mehr die Mühe, den wahren Sachverhalt durch den Prêt zu verdecken, und dementsprechend war auch die Art seines Vorgehens. Das diplomatische Geschick, mit dem er oft diese Angelegenheiten behandelte, zeigt zugleich einen hohen Grad der Korruption.⁶³ Eine Remontrance des Pariser Parlaments aus dem Jahre 1558 bringt dies in drastischer Weise zum Ausdruck. In ihr wird darauf hingewiesen, daß man sich unter Franz I. wenigstens noch des Prêt als Deckmantel bediente, heute aber sei der Ämterhandel ein offenes, von der königlichen Autorität geschütztes Geschäft. „Es kam während Eurer Regierung vor — vielleicht wollte Gott Euer Volk damit für seine Sünden bestrafen —, daß Sie sich zu Ämterverkäufen gezwungen sahen, was an Eurem Hofe in Parallele gesetzt wurde mit den Schaubroten, an denen sich der König David in seiner Notlage vergriff“.⁶⁴ Die Schäden im Justizwesen, die der Gerichtshof rügte, gestand Karl IX. wenig später dem Parlament von Rouen gegenüber ein. Auf die Notwendigkeit einer Reform hinweisend sagte er: „Die Rechtsprechung ist zu Unsrem großen Bedauern Leuten in die Hände gefallen, die nichts weniger als ihre tugendhafte Ausübung

63. Ebd. p. 200.

64. „On vous baille l'argent procédant des ventes et vous en faites vente ou vous en baillez de votre domaine. Ainsi l'argent vous demeure à grande charge et le profit demeure au vendeur, et sous ce prétexte on veult faire passer les ventes des offices de votre Parlement“; zit. nach Maugis, p. 228.

lieben und beachten, zum großen Leidwesen und unverbesserlichen Schaden Unsrer armen Untertanen“.⁶⁵

Das Pariser Parlament behauptete sogar schon 1551, daß Ämter der Justiz öffentlich an die Meistbietenden verkauft würden.⁶⁶ Ein anderes Mal klagte es über die hohe Zahl der Beamten, die nichts anderes bezweckten, als Verwirrung in die Rechtsprechung zu bringen, Mißachtung der Gesetze und Ungehorsam der Untertanen, Überlastung des Volkes und der öffentlichen Finanzen herbeizuführen, die Erledigung der Geschäfte zu verzögern und die Zahl der Prozesse ungeheuer zu vermehren. Jedes Ämteredikt stelle eine Bedrückung des Volkes dar. Das Parlament maßregelte den König sogar: „Die Könige sind eingesetzt von Gott, um in seinem Namen über die Völker Recht zu sprechen und die Untertanen vor Vergewaltigung und Bedrückung zu schützen“; gelegentlich bezeichnet es solche Edikte als schandbar.⁶⁷ Sein Kampf gegen die Politik des Königs wird verständlich bei Berücksichtigung der Ämteredikte, mit denen es bedacht wurde. Dabei darf nicht vergessen werden, daß ähnliches auch den hohen Gerichtshöfen der Provinz widerfuhr und daß außerdem neben ihnen neue Körperschaften erstanden.

Nach 1557 scheint das Parlament in Paris volle 10 Jahre von neuen Ämtern verschont geblieben zu sein; seinen wesentlichen Grund hatte das wohl in den Ordonnanzen von Orléans (1560) und Moulins (1566), die auf die im Jahre 1560 tagende Ständeverammlung zurückzuführen sind. Als aber der Bürgerkrieg von neuem ausbrach, konnte das Parlament Personalvermehrungen nicht verhindern. Eine solche brachte das Edikt vom Oktober 1567, das einen Präsidenten, zwölf Laienräte und drei Kleriker für die *chambre des requêtes* einsetzte; einen Monat später kamen vier

65. Floquet, a. a. O., I, p. 500/01. Dies wird bestätigt durch das Zeugnis eines Rats vom Parlament in Rennes, der über die Entwicklung seit Heinrich II. urteilt: „Tout estoit tellement débridé et la porte de la justice vénale et si ouverte qu'ayant de l'argent on passoit partout, ... En telle multitude d'officiers que nous avons, il est impossible que la plupart d'eux qui ont acheté leurs estats en gros ne les débitent et distribuent en détail et par argent“; nach Floquet, I, p. 503.

66. 3, 4, 5, 7 und 10 000 l. betrug der Prêt, s. u. Kap. 8.

67. ms. fr. 4400, fol. 40, fol. 292.

weitere hinzu. Im Februar 1568 folgte ein sechster Präsident — *président à mortier*, so genannt nach seiner mörserförmigen Kopfbedeckung,⁶⁸ und als im April sechs neue Ratsstellen für *maîtres des requêtes* folgen sollten, beschwerte sich das Parlament aufs heftigste und bezeichnete diese Maßnahme als Skandal; daraufhin nahm der König das Edikt zurück. Aber schon im Juli folgten, ungeachtet energischen Widerspruchs, zwei weitere Präsidenten und Räte, was zur Bildung einer fünften *chambre des enquêtes* führte; die dafür noch fehlenden Räte stellten die vier überfüllten andern Kammern. Nun war die Zahl der Parlamentsmitglieder auf nahezu 200 angewachsen, während sie 1548 150 betragen hatte. Die Versicherung, sie wieder zu vermindern, war platonisch. Es erschien freilich 1573 ein Edikt, das die Besetzung auf 128 Sitze festlegte, aber Heinrich III., der 1574 den Thron bestieg, kehrte sich nicht daran. Noch im Dezember desselben Jahres wurden vier neue Ratsstellen für die *requêtes du palais* geschaffen. Die Einwände des Parlaments schnitt der König ab mit der Bemerkung, das finanzielle Bedürfnis des Staates sei stärker als alle angeführten Gründe; er versicherte jedoch, daß dieses Edikt das letzte derartige sei. Heinrich hielt schlecht Wort. Kaum war die Angelegenheit geregelt, so erfolgte die Schaffung von vier weiteren Ratsstellen; diesmal erging sogleich der Befehl, unverzüglich zu registrieren, und um ihm mehr Nachdruck zu geben, ließ der König dem Parlament die Gagen zurückbehalten.⁶⁹ Zwei Jahre später wurden Stellen für zwei weitere Präsidenten und 16 Räte errichtet,⁷⁰ um eine *chambre mi-partie* zu bilden. In ihr bestanden die Räte zur Hälfte aus Hugenotten, weil sie die Streitfälle zugewiesen erhielt, in denen die Protestanten Hauptpartei waren. Diese Schöpfung ist anzusehen als Folge des kurz zuvor erlassenen Pazifikationsedikts.⁷¹ Die Schaffung der Stellen von zwei weiteren Präsidenten und acht Räten führte 1580 zur Bildung einer zweiten Kammer der *requêtes du palais*.⁷² Der Versuch, eine sechste Kam-

68. Es wurde unterschieden: *premier président*, *présidents* und *présidents à mortier*.

69. s. Maugis, a. a. O.

70. Edits mai und juin 1576.

71. s. Aubert, a. a. O., p. 65.

72. Juli 1580.

mer der enquêtes zu errichten, scheiterte am Widerstand des Parlaments. Trotz heftigsten Protestes hatte sich seine Mitgliederzahl innerhalb von 60 Jahren mehr als verdoppelt. Damit nicht genug, erging im folgenden Jahre ein neues Edikt, das weitere Ratschancen schuf, die sich auf die fünf Kammern der enquêtes verteilten. Doch erwies es sich als notwendig, daß der König selbst in das Parlament kam und den Widerstand der Grande Chambre durch ein *lit de justice* brach.⁷³ Das war nicht das letzte Ämteredikt dieses Jahrhunderts. Die requêtes du palais erfuhren 1587 eine Vergrößerung um drei und 1594 um zwei Räte; die andern Kammern des Parlaments vergrößerten sich 1589 um vier und 1594 um zehn Räte und einen Präsidenten.⁷⁴

Es wäre falsch, sich die gewaltige Erweiterung dieser Gerichtshöfe in Form einer ständig ansteigenden Kurve vorzustellen. Die Errichtung von Ämtern wechselte nämlich, wie bereits angedeutet, ab mit der Aufhebung. Die Ordonnanzen von Orléans (1560) und Moulins (1566) enthalten diesbezügliche Bestimmungen,⁷⁵ allerdings, wie wir gleich sehen werden, mit einer wichtigen Einschränkung. Von praktischer Bedeutung sind sie daher kaum geworden. So wenig wie sie und das erwähnte Edikt vom Mai 1573 vermochte die Ordonnanz von Blois (1579) den bestehenden Zustand zu ändern, wenngleich sie, „um die erschreckend hohe Zahl“ der Beamten am Parlament zu verringern, bestimmte, daß die Stellen bei eintretender Vakanz so lange nicht besetzt werden sollten, bis folgender Personalstand erreicht wäre: 4 Prä-

73. s. La Roche Flavin, I, ch. 24; Aubert, p. 106; außerdem Maugis und, besonders z. Vorhergehenden, ms. fr. 7760, *Receuil de pièces relat. à la création et suppression de divers Charges*.

74. Analog verhielten sich die Dinge an der Chambre des comptes. Deren Besetzung war in der Zeit von 1388 bis Ende der Regierung Ludwigs XII. unverändert geblieben; ihr Personal bestand aus 2 Präsidenten, 8 Rentmeistern (*maîtres des comptes*) und 12 Rechnungsrevisoren (*auditeurs*). Beim Regierungsantritt Heinrichs III. zählte sie bereits 8 Präsidenten, 40 *maîtres des comptes*, 47 *auditeurs*, 12 *correcteurs*, 1 *avocat général* und einen *procureur général*, d. h. vier bis fünf Mal mehr als 50 Jahre vorher. Und Heinrich III. vermehrte diese Zahl noch um 12 *maîtres des comptes*, 12 *auditeurs* und 6 *correcteurs*; s. M. de Boislesle, *La Chambre des comptes de Paris* 1873, p. LII ff. (*pièces justif.*).

75. s. Isambert, t. 14.

sidenten, 16 maîtres des requêtes, 4 Klerikerräte, 60 Laienräte und zwei Generaladvokaten bzw. Oberstaatsanwälte. „Niemals wieder“ sollte dieser Stand überschritten werden dürfen.⁷⁶ Diese Festsetzung wurde drei Jahre später bestätigt, — zum letzten Male.

Nach dem Gesetz hätte die Zahl der Beamten des Parlaments Ende des 16. Jahrhunderts nicht weit über hundert liegen dürfen, in Wirklichkeit betrug sie mehr als zweihundert. Der Widerspruch erklärt sich daraus, daß alle Aufhebungsdekrete sich nur auf die im Lauf der Zeit frei werdenden Ämter erstreckten, so daß der bestehende Zustand praktisch eine Änderung nicht erfuhr. Denn bis zur Liquidation konnte eine ganze Reihe von Jahren dahingehen. Inzwischen aber waren Verhältnisse eingetreten oder Gesetze erlassen, die die alten Verordnungen außer Kraft setzten oder ihre Umgehung ermöglichten. Einen finanziellen Vorteil hatte jedoch die Regierung bei allen derartigen Maßnahmen. Sie konnte die aufgehobenen Ämter später wieder verkaufen und zwar mit sehr großem Gewinn, denn der Preis der Ämter scheint während des 16. Jahrhunderts um das Dreifache gestiegen zu sein. Eine Aufhebung konnte also genau so eine zu fiskalischen Zwecken ersonnene Maßnahme sein wie eine Errichtung.

*

Die aus dem Ämterhandel erzielten Einnahmen gingen, wie die aus der Veräußerung von Krongütern herrührenden, unter der Rubrik *Finances extraordinaires*. Sie nahmen im Budget eine wichtige Stelle ein, obgleich dank dem Ausbau des Verwaltungsapparates die ordentlichen Staatseinnahmen sich seit Franz I. bedeutend erhöht hatten. Auf die Finanzverwaltung einen Blick zu werfen, scheint nun angebracht, denn der Ämterhandel bestimmte nicht nur stark ihren Aufbau, er stellt auch ein besonderes Kapitel der Finanzgeschichte des absolutistischen Staates dar.

76.s. Isambert, 14, p. 431, art. 212. „Et pour réduire le nombre effrené de nos officiers, avons ordonné que les offices des présidents, maîtres des requêtes, conseillers et autres de nos officiers en toutes nos cours souveraines, seront supprimés à savoir pour notre cour de Parlement 4 présidents, 16 maîtres des requêtes, 4 conseillers clercs et 60 conseillers laics et 2 avocats et procureurs généraux“.

Seine Einnahmen lassen sich scheiden in *finances ordinaires* und *finances extraordinaires*. Die *finances ordinaires* waren ursprünglich die Einkünfte des Königs aus den Krongütern, aus Regalien, kurz die, die er in seiner Eigenschaft als Grundherr, Lehnsherr und Suzerän bezog. In dem Maße, wie seine Macht wuchs, traten sie zurück gegenüber den königlichen Steuern, deren Sicherung und Mehrung die Krone mit großer Beharrlichkeit anstrebte. Die Kreuzzüge, Krisen und Kriege, besonders im 14. und 15. Jahrhundert, halfen ihr dabei. Sie zwangen die Könige, außergewöhnliche Geldmittel, *aides*, zu fordern, die teils von den Ständen bewilligt, teils ohne ausdrückliche Bewilligung erhoben wurden. *Aides* waren gleichbedeutend mit *subsidies*; darunter verstand man alle Arten von Sondersteuern. Es gab *aides directes*, wie *tailles*, *fourage* und dgl., und *aides indirectes* in Form von Verbrauchssteuern. Infolge ihres zeitweiligen Charakters galten sie als *finances extraordinaires*. Sie spielten jedoch bereits im 15. Jahrhundert eine weit größere Rolle als die *finances ordinaires*. So verfügte Karl VII. gegen Ende seiner Regierung (1460) über ein Budget in Höhe von 1 800 000 l. Davon lieferten die Einkünfte aus der Domäne nur ungefähr 50 000 l. Alles andere rührte von den *finances extraordinaires* her, von der *Taille* allein 1 200 000 l.⁷⁷ Und gegen Ende der Regierung Ludwigs XI. betrugen sie 45mal mehr als jene.⁷⁸ In diese Zeit fällt der endgültige fiskalische Sieg der französischen Könige; in langen wechselvollen Kämpfen war es ihnen schließlich gelungen, das *impôt royal* zu schaffen.⁷⁹ Was früher die Stände bewilligt hatten, erhob der König jetzt kraft eigener Machtvollkommenheit. Die ehemals zeitbedingten Hilfsgelder erhielten dauernden Charakter, und die *finances extraordinaires* verwandelten sich in *finances ordinaires*.

Die Finanzverwaltung teilte sich entsprechend den beiden Hauptquellen der Staatseinnahmen bis ins 16. Jahrhundert hinein in zwei Zweige. Die Einkünfte aus der Domäne unterstanden vier

77. vgl. Dupont-Ferrier, *Etudes sur les institut. financ.*, t. 2, p. 2 ff.; M. Marion, *Ce qu'il faut connaître des crises financières de notre histoire*. 1926, p. 13.

78. Dupont-Ferrier, *ebd.*

79. s. a. R. Holtzmann, *Franz. Verfassungsgeschichte*, S. 259 ff., 4. Kap., Abschn. 3 und 4.

Schatzmeistern, trésoriers de France, die im Louvre ihren Sitz hatten; die Einkassierung in den Provinzen geschah durch receveurs du domaine unter Beaufsichtigung der Baillis und Sénéchaux. Verwaltungsbezirke dieser Einkünfte waren der Bailliage und die Sénéchaussée. Oberste Kontroll- und Steuergerichtsinstanz war die Oberrechnungskammer, Chambre des comptes. Für den andern Finanzzweig bildete die Election oder die Diözese, wie in Südfrankreich, den Verwaltungsbezirk; als Beamte sind hier zu nennen die élus, eine Art Steuerräte, und die Einnehmer, receveurs des aides. Oberste Organe waren vier Finanzgeneräle, généraux des finances, die ebenfalls im Louvre ihren Sitz hatten und von denen je einer eine der vier Generalitäten, in die Frankreich eingeteilt war, verwaltete. Beigegeben waren ihnen vier Hauptsteuereinnehmer, receveurs généraux, denen die receveurs des aides unmittelbar unterstanden.

Unter Franz I. und seinen Nachfolgern fand eine durchgreifende Umgestaltung der Finanzverwaltung statt. Zunächst erfolgte 1523 die Errichtung einer Caisse de l'Epargne, in die die gesamten Staatseinnahmen flossen. Ein trésorier de l'Epargne und zwei Finanzintendanten standen ihr vor. Dadurch verloren die trésoriers de France und die Finanzgeneräle viel von ihrer Bedeutung; sie waren nur noch Anordner der Ausgaben. Die Aufstellung des Ausgabe- und Einnahmeetats, des état au vrai, ging an den Conseil privé über. Eine weitere, sehr wichtige Änderung erfolgte durch ein Edikt von 1542, das Frankreich in 16 (regionale) Verwaltungsgebiete, Recettes générales, später Generalitäten genannt, einteilte. Die trésoriers de France und die Finanzgeneräle blieben zwar bestehen, aber an die Spitze der Generalrezepturen trat je ein Obersteuereinnehmer, receveur général, der die Einnahmen der kleineren Kassierer, der receveurs du domaine und der receveurs des aides, entgegennahm; ordentliche und außerordentliche Einnahmen flossen also jetzt zusammen.⁸⁰

Heinrich II. vereinfachte die Gliederung weiter. Die Chargen der trésoriers de France und der Finanzgeneräle legte er 1551 zusammen, konstituierte sie als Amt und setzte ihre Zahl auf siebzehn

80. Ebd. und G. Pagès, L'évolution des institutions administratives, Revue d'histoire mod. 1932; Holtzmann, S. 328.

fest, entsprechend der Zahl der Generalitäten — so wollen wir die Generalrezepturen fortan nennen —, zu denen noch eine weitere mit dem Sitz in Nantes getreten war.⁸¹ Ihr Titel lautete nun trésorier de France et général des finances, was der Verschmelzung der beiden Hauptfinanzzweige entsprach. Doch vollzog Heinrich II. wieder 1557 die „Desunion“ dieser Ämter.⁸² Die trésoriers erhielten wieder die Verwaltung der Domäne, die Finanzgeneräle die der Steuern. Einen zweiten Obersteuereinnahmer (receveur général) und einen Oberkontrolleur (contrôleur général) hatte jede Generalität bereits 1553 erhalten.⁸³ Karl IX. verdoppelte 1570 die Ämter der Finanzgeneräle und im folgenden Jahre auch die der trésoriers.⁸⁴ Die Zahl der Generalitäten stieg auf 19, da Orléans und Limoges hinzukamen. Einige Jahre später⁸⁵ erweiterten sich die Recettes générales zu Bureaux des finances; die Ämter der trésoriers und der Finanzgeneräle erfuhren eine erneute Zusammenlegung. Der Inhaber eines solchen nannte sich trésorier général de France. Gleichzeitig fand eine Erhöhung der Zahl dieser Beamten auf fünf für jedes Bureau des finances statt. Es dauerte nicht lange, bis Heinrich III. in seinen Geldnöten jedem Bureau einen Präsidenten und einen sechsten trésorier zuwies,⁸⁶ eine Operation, aus der er 400 000 Taler gezogen haben soll.⁸⁷ Bald folgte ein zweiter Präsident und je zwei weitere trésoriers.⁸⁸ Das Bureau des finances der 1587 errichteten Generalität Moulins weist mit seinen zwei Präsidenten und acht trésoriers eine Minimalbesetzung auf.

Zu den finances ordinaires kamen nun, wie bereits angedeutet, im 16. Jahrhundert neue finances extraordinaires, die unter Heinrich III. eine besonders große Rolle spielten. Er übertraf alle seine Vorgänger in der Kunst, fiskalische Hilfsquellen zu erschließen,

81. Edit de Blois.

82. Edit août 1557.

83. s. Fontanon, Edits, ordonn., II, p. 827.

84. Du Lys, Recueil des ordonnances, édits etc. conc. l'origine des élus particuliers. Paris 1635, t. 1, p. 16 ff.

85. Edit juillet 1579.

86. Edit de Blois 1581.

87. Registre journal de Henri III., p. 131.

88. Edit juin 1586.

und er verdient geradezu als Lehrmeister Ludwigs XIII. und XIV. bezeichnet zu werden. Unter seiner Regierung entwickelte sich auch ein System, das der Finanzverwaltung des Ancien régime ihr Gepräge gab: das System der Partisans und der Traitants. Diese gewährten dem König Vorschüsse und führten in seinem Namen alle großen Finanzoperationen aus, die auf Grund außerordentlicher Finanzedikte, der édits bursaux, zustande kamen und den Fonds der finances extraordinaires bildeten. Ihr erpresserisches Vorgehen machte sie beim Volk äußerst verhaßt. Von der Regierungszeit Heinrichs III. sprechend sagt der Jurist Pasquier, daß es von erfunderischen Traitants gewimmelt habe, die „scharfsinnig den Ruin des Staates anstrebten, auf Grund außerordentlicher Edikte und Erfindungen überall spekulierten, um sich am Hab und Gut des armen Volkes zu bereichern“.⁸⁹ Diese Unternehmer arbeiteten nie ohne große Gewinne. Von Heinrich III. wird gesagt, er habe édits bursaux in Höhe von 50 Millionen erlassen, davon aber seien kaum 2 Millionen in den Tresor gelangt, alles andere hätten die Traitants weggeschnappt.⁹⁰ Mag diese Behauptung übertrieben sein, sicher ist, daß sie stets einen großen Gewinn machten. „Ihre Wissenschaft“, sagte sehr treffend ein bekannter Revolutionär von 1789, „bestand darin, dem König möglichst wenig zu geben und dem Volk soviel wie möglich abzunehmen“.⁹¹ Was aber in ihre Taschen floß, mußte der König durch andere Unternehmen wieder beschaffen; unter ihnen nahm der Ämterhandel eine bevorzugte Stellung ein.

Von seinem Umfang zeugt auch die Rôle des offices vénaux héréditaires vom Jahre 1586, in welcher der Reihe nach alle Ämter mit Ausnahme der des Gerichtswesens aufgeführt sind, insgesamt 140 Arten, angefangen beim Präsidenten der Chambre des comptes bis zu den procureurs postulants und Sergeanten der kleinsten Gerichtsbezirke und den jurés maçons, charpentiers, d. h. den vereidigten Maurern, Zimmermeistern etc. Auch der gewöhnliche Handwerker galt nämlich in gewissem Sinne als Beamter, denn die

89. Recherches, liv. VI, ch. 35.

90. Déon de Beaumont, Mémoires pour servir à l'histoire générale des Finances. 1758, p. 142.

91. Rabaut Saint-Etienne, Précis de l'histoire de la Révolution franç., Oeuvres, t. 1, p. 260.

Meisterbriefe wurden öffentlich verkauft wie die Ämter, sogar oktroyiert, wenn man sie nicht freiwillig erwarb. Bezeichnend ist ein Vorfall, der sich 1586 in Troyes ereignete. Dort kam es zu ernstlichen Ausschreitungen gegen Agenten, die zum Erwerb von Meisterbriefen zwingen wollten; diese Briefe gingen auf ein 1578 erlassenes Edikt zurück und waren nicht ausverkauft worden. Einer dieser Agenten ging sehr gewalttätig vor: er setzte Handwerker der Branchen, auf die seine Briefe lauteten, gefangen, wenn sie sich weigerten, ihm einen solchen abzunehmen. Dieses Vorgehen erregte allgemeine Empörung; die Einwohner griffen schließlich die Agenten an, so daß sie flüchten mußten. Den Anführer fand man in der Krippe eines Stalles versteckt; er wurde ergriffen, mißhandelt und schließlich getötet. Mehrere Häuser von Agenten wurden geplündert. Der Aufstand muß ernster Natur gewesen sein, denn der Chronist Estoile berichtet, daß er zwei Tage gedauert und 40 bis 50 Tote gefordert habe.⁹²

*

Den Unwillen des Volkes über die Ämterpolitik der Könige brachten auch die Ständeversammlungen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zum Ausdruck. Und ihre Haltung bedingte nicht unwesentlich die Zickzacklinie, die wir die Regierung auf diesem Gebiet verfolgen sahen. Nicht weniger scharf als früher bewerteten sie sich über die Innenpolitik der Könige, insbesondere über die unheilvollen Finanzmethoden, die immer mehr zur Anwendung gelangten. In diesem Punkte waren sich die Stände einig. Auch der dritte Stand, der vom Ämterhandel am meisten profitierte, fing an, sich über die eingerissene Unordnung ernstlich zu beunruhigen.⁹³ Er beklagte sich über das System, dessen Hauptcharakter es sei, den „ehrlichen Leuten, die ihre Zeit zum Erwerb von Wissen verwandt haben, den Zugang zu den Würden zu verschließen und ihn den Unwissenden und Unfähigen, aber reichlich mit Talern Versehenen zu eröffnen“. Über seine Folgen urteilend sagte der Jurist François Grimaudet auf der Versammlung des dritten Standes von Angers: die Gerichtshöfe seien Orte („Butiken“), wo im Kleinhandel vertrieben werde, was im Großen

92. *Registre journal de Henri III*, p. 205.

93. z. Folgenden vgl. Picot, *Histoire des Etats généraux*. Paris 1888, t. 2, p. 265 ff.

eingekauft worden sei. „Adlige, Geistliche, Rotüriers, Witwen, Waisen, Arme und Bettler, sie alle können keinen gerichtlichen Bescheid erwirken, nicht einmal einen vorläufigen, wenn er nicht im voraus bezahlt wird.“⁹⁴ Jede geringste Handlung verursache Kosten.

Die Cahiers der Stände von 1560 waren in der Feststellung einig, daß die Ämter nur zum Zwecke der schnellen Bereicherung auf Kosten einer guten Verwaltung und einwandfreien Rechtssprechung gekauft würden. Die unabsehbare Zahl — *le nombre effrené* — der Beamten mache aus der Unordnung ein heilloses Durcheinander.

Wie sehr es von amtierenden Personen aller Art wimmelte, zeigt die Tatsache, daß es in Amiens, einem Städtchen mit ungefähr 4000 Einwohnern, bereits 1552 weit über hundert königliche Beamte gab.⁹⁵ Im Gerichtswesen wie in der Finanzverwaltung waren viele Beamte überflüssig. Alle nur erdenklichen Ämter hatte Heinrich II. geschaffen, um Geld zu bekommen. Er scheute sich gar nicht, die der öffentlichen Geldverwaltung doppelt zu errichten, neben den Ancien einen Alternatif zu setzen; diese beiden lösten sich alljährlich im Dienste ab. Heinrich hatte diese fiskalische Maßregel mit der merkwürdigen Begründung zu rechtfertigen gesucht, eine derartige Abwechslung im Dienst mache Betrügereien unmöglich, weil sich die Betreffenden gegenseitig kontrollierten. Das traf jedoch nicht zu. Und mochten auch die Stände übersehen, daß der Ausbau des Verwaltungsapparats eine staatliche Notwendigkeit war, mochten kurzsichtige, eigennützige Beweggründe ihre Haltung mitbestimmen, wahr bleibt, daß von ihren Beschwerden nur allzu vieles zutraf.

In seiner Antwort auf das Cahier der Stände führte der Kanzler aus, der König habe bereits die Abschaffung des Büros der Parties casuelles als einer überflüssigen Einrichtung beschlossen, die Ämter

94. Ebd. t. 2, p. 120 (éd. 1872).

95. Maugis, *Essai sur le recrutement et les attributions des principaux offices du siège du bailliage d'Amiens*. 1906. „Au total 123 officiers et 81 praticiens, auxquels s'ajoutent bon nombre des 300 offices de la ville, sans compter ceux de l'évêque et du chapitre qui composent, et au-delà, les doubles emplois et la basoche qui pullule dans toutes ces officines. Négligeons les subalternes, gardes, sergents, huissiers etc. Il reste encore une centaine d'officiers et presque autant de praticiens ...“

dürften nicht mehr in den Handel kommen, denn sie seien ein heiliges und unantastbares Gut.⁹⁶ Auf dieses Zugeständnis hin erklärten sich die Stände bereit, Unterstützungen zu bewilligen, falls das Gleichgewicht der Staatsfinanzen durch die versprochene Maßnahme gefährdet werde. Angesichts dieses Entgegenkommens zeigte sich die Regierung sehr versöhnlich, vor allem, um die in Aussicht gestellte Steuerbewilligung zu sichern; aber sie spielte bereits mit dem Gedanken, das gegebene Versprechen nach dem Auseinandergehen der Stände und der Füllung der Kassen nicht einzulösen.

Die Beschwerden der Stände fanden zunächst ihren Niederschlag in der 1560 erlassenen Ordonnanz von Orléans.⁹⁷ In ihr fand die von Ludwig XII. im Jahre 1498 veröffentlichte Ordonnanz eine ausdrückliche Bestätigung und Erneuerung. Das Wahlprinzip wurde für alle Gerichtshöfe anerkannt und den Parlamenten das Vorschlagsrecht wieder voll zugesprochen. Von praktischer Bedeutung sind diese Bestimmungen zwar nicht geworden, aber die Ordonnanz läßt uns einen tiefen Blick tun in den französischen Staat des 16. Jahrhunderts; sie umfaßt so ziemlich alle Hauptgebiete des staatlichen Organismus und stellt einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zum zentral regierten Staate dar. Dem König gab sie eine weitere Handhabe, in die Befugnisse der Seigneurs einzugreifen und die feudalen Rechte weiter zu beschneiden. Denn die Klagen der Stände, besonders des dritten Standes, richteten sich auch gegen die Seigneurs, die, dem königlichen Beispiel folgend, einen schwunghaften Ämterhandel in ihren Gebieten betrieben, was zu einer förmlichen Überschwemmung der Gerichtsprengel mit amtierenden Personen führte sowie zu einer maßlosen Erhöhung der Gerichtssporteln; denn jeder Beamte wollte von seinem Amte leben.⁹⁸

Die umfassenden und eindeutigen Bestimmungen der veröffentlichten Ordonnanz bewirkten jedoch keine anhaltende Besserung; die Voraussetzung für eine solche wäre gewesen, das Übel bei der Wurzel zu fassen. Dann aber hätte die Regierung das Ämter-

96. s. bes. Picot, a. a. O.

97. Isambert, 14.

98. Picot, t. 2, p. 277.

kapital ablösen müssen. Da dies sich als unmöglich erwies, mußte sie sich darauf beschränken, die Aufhebung aller seit Ludwig XII. errichteten Ämter zu verordnen *par voie d'extinction des titulaires*.⁹⁹ Daß dies einen langen Zeitraum erfordern werde, lag auf der Hand; somit konnte das Übel weiter wuchern, und die schönsten Verordnungen des Kanzlers Hôpital waren dazu verurteilt, unausgeführt zu bleiben. So bewegte sich die Regierung bereits in einem *circulus vitiosus*. An dieser Tatsache vermochte auch die Ordonnanz von Moulins (1566) nichts zu ändern, die ihre Vorgängerin in manchen Punkten erweiterte und erneut die Absicht verkündete, grundlegenden Wandel zu schaffen. Den Verzicht auf jegliche Reform gestand die Regierung Karls IX. schon im folgenden Jahre dadurch ein, daß sie ein Edikt erließ, das die in den genannten Ordonnanzen ausgesprochenen Aufhebungen für ungültig erklärte, die Ämter von neuem bestätigte und die Beamten wieder als ständig anerkannte; es bezog sich auf alle im Königreich bestehenden Gerichtssitze.¹⁰⁰ Damit nahm auch die Regierung erneut ihre Zuflucht zu dem üblichen Mittel der Geldbeschaffung. Ein Ämteredikt folgte dem andern. Bald waren es Präsidenten in den Präsidialhöfen, bald *élus*, Beisitzer, Anwälte, Räte, bald Schatzmeister, Steuereinnehmer usw., deren Vermehrung sich als „nützlich für das Wohl des Volkes“ erwies. Die Käuflichkeit der Ämter hatte sich also erneut behauptet, und im Büro der *Parties casuelles* herrschte wieder Hochbetrieb. Nicht mit Unrecht sagte das Parlament von Paris 1567 in einer *Remontrance*, wohlgeordnete Dinge seien in Unordnung geraten, die Ämterpraxis spreche allen Grundsätzen Hohn und laufe hinaus „nicht nur auf die Veränderung, sondern auf die totale Auflösung und Zerstörung des Staates“.¹⁰¹

99. Die Motivierung des Edikts ist sehr bezeichnend: „... comme à nostre nouvel advenement à la couronne nous ayons trouvé en tous estats nombre d'officiers que le feu roy ... pour la nécessité du temps et pour subvenir aux affaires de ses guerres auroit créés et érigés, lesquels officiers ... nous ayons advisé de reduire au nombre due et ancien pour autant que nous cognoissons que ceste multitude effrénée d'officiers ne peut venir sinon à la grande foule de nostre peuple et de nos finances ...“ (Edit pour la suppression des offices surnuméraires; Girard, *Trois livres des offices de France*. 1644).

100. Fontanon, *Edits, ordon.*, t. 2, p. 583.

101. ms. fr. 4400, fol. 95; s. a. Coll. Dupuy 225.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die im Jahre 1576 in Blois zusammentretenden Generalstände mit größerer Entschiedenheit denn je gegen die Mißachtung ihrer Beschwerden und der auf sie zurückgehenden Ordonnanzen Einspruch erhoben. Energisch forderten sie wiederum die Aufhebung aller seit Ludwig XII. errichteten Ämter. Der Adel verlangte, daß der König „den häßlichen und abscheulichen“ Ämterhandel abschaffe, die Ämterkäuflichkeit ohne Ausnahme aus dem Königreich verbanne und diejenigen „für ehrlos erkläre und mit körperlichen Züchtigungen belege, die Gerichtsämter kaufen oder verkaufen, ebenso die Richter, die solche Beamten in ihre Körperschaft aufnehmen und anerkennen“.¹⁰² Sehr lehrreich ist eine Rede, die der Erzbischof von Lyon hielt. Als erste Ursache der Mißstände in der Finanzverwaltung und der Überlastung des Volkes mit Steuern nannte er die Unmenge der Finanzbeamten. „Deren Zahl“, so führte der Redner aus, „ist so außerordentlich, so über die Massen angewachsen, daß ihre Gagen, Spesen und Aufwände beinahe die Hälfte der Einnahmen Frankreichs aufsaugen. Zur Zeit Karls VI beschwerten sich die Stände sehr darüber, daß da, wo früher zwei Schatzmeister waren, es nun fünf gab. Aber was würden die braven Leute jener Zeit angesichts des jetzigen Gewimmels der nutzlosen Finanziers sagen, wenn sie da, wo nur ein Steuereinnahmer sein dürfte, mehr als vierzig solcher sähen? Und wenn sie feststellen müßten, daß in der *Chambre des comptes* an Stelle eines Präsidenten, vier Rentmeistern und sechs Rechnungsrevisoren nun beinahe zweihundert Beamte sind, zumal da man noch weitere sechs solcher Verwaltungshöfe errichtet hat?“^{102a}

Nicht weniger dringlich wandte sich der dritte Stand an den König. Drei oder vier unerträgliche Mißstände habe die Ämterkäuflichkeit zur Folge: den Ehrgeiz der Richter, ihre Bestechlichkeit, ihre Unwissenheit, ihr jugendliches Alter und die Vernachlässigung des Rechtsstudiums, „denn die jungen Leute werden Bachelier und Lizentiat an einem Tag“.¹⁰³ Heinrich III. mußte nachgeben, wenigstens zum Scheine. In der Ordonnanz von Blois, die,

102. Picot, a. a. O., t. 3, p. 182.

102a. Harangue prononcée devant le Roi par Pierre d'Epinaç archevêque, comte de Lyon (1577).

103. Picot, a. a. O.

den Beanstandungen der Stände Rechnung tragend, 1579 erschien, erklärte er, daß es seine Absicht sei, mit jeglichem Verkauf der Gerichtsämter aufzuhören, der „zu Unsrem großen Bedauern wegen der äußerst dringenden *nécessités des affaires* des Königreichs geduldet wurde“; sie hätten ihn gezwungen, Geld von allen Seiten zu nehmen. Der Zustand der Finanzen machte dies glaubhaft. War doch die Staatsschuld seit 1561 von 43 Millionen auf 101 Millionen angewachsen. In derselben Zeit beliefen sich die Ausgaben auf 225 Millionen. Mehr als 20 Millionen soll der Ämterhandel eingebracht haben. Ein Fehlbetrag von mehreren Millionen belastete alljährlich das Budget, obgleich die Jahreseinnahmen des Staates die ansehnliche Summe von mindestens 14 Millionen betrug; nach Angaben des Königs allerdings nur 12, aber Kenner, wie Guillaume de Taix, ein Abgeordneter der Geistlichkeit, schätzten die Einnahmen auf 16 Millionen.¹⁰⁴

Die Ordonnanz von Blois ist mit ihren 363 Artikeln die umfangreichste des Jahrhunderts; 120 Artikel widmete sie allein der Reform des Gerichtswesens an sich, das sie im Sinne der früheren Bestimmungen verbessern wollte. Das Verbot der Ämterkäuflichkeit wurde verschärft; hohe Geldstrafen bedrohten die Zuwiderhandelnden. Käufer und Verkäufer sollten den doppelten Preis der Sache als Strafe bezahlen und für unfähig erklärt werden, ein Amt zu bekleiden. Dasselbe galt auch für die feudalen Gerichtsherren, die Seigneurs. Sie durften für kein Amt mehr eine materielle Vergütung annehmen bei Verlust ihres Ernennungs- und Vorstellungsrechts. Ferner verbot die Ordonnanz für die Zukunft alle Resignationen, selbst die ausdrücklich unentgeltlichen; sie hob sämtliche Vergünstigungen auf, die die Erblichkeit der Ämter gefördert hatten — darunter fielen in erster Linie die sogenannten *survivances* —, und anerkannte wieder das Prinzip der Wahl und Auslese der Beamten. Eine ganze Anzahl Bestimmungen schrieb die Art und Weise seiner Anwendung vor. Keine Hintertür wollte mehr das Gesetz dem verwerflichen Brauch der Ämterkäuflichkeit lassen; strenge, eindeutige Vorschriften über Examen und Aufnahmebedingungen der Kandidaten sollten gewährleisten, daß nur noch die würdigsten unter ihnen in staatliche Ämter kämen.

104. s. Guillaume de Taix, *Mémoires des affaires du clergé de France*, (Estats de Blois) Paris 1625, p. 69.

Einen weit größeren Platz als die früheren Ordonnanzen räumte diese den Maßnahmen ein, die bezwecken sollten, die „ungeheure Zahl“ der Beamten zu vermindern, ein Punkt, den sie in 45 Artikeln zu regeln suchte.¹⁰⁵ Aufgehoben wurden vor allem viele Stellen für Richter (bes. lieutenants criminels), Räte, Prokuratoren, Schreiber, Sergeanten, Notare, Kommissare, Schatzmeister, Steuer-einnehmer, Siegelbewahrer und dgl., im Prinzip alle seit Heinrich II. geschaffenen Ämter; denn, so heißt es in der Begründung, diese seien so zahlreich, daß der größte Teil der Staatseinnahmen für die Gagen verwandt werden müsse. Mit sofortiger Wirkung wurden jedoch nur wenige Ämter aufgehoben; größtenteils handelte es sich um das langsame und mechanische Verfahren des Erlöschens mit dem Abgang ihres augenblicklichen Inhabers. Doch erhielten die Provinzen, Städte und Gemeinden eine Vergünstigung: Wenn sie sich von den Ämtern „überlastet und niedergedrückt fühlten“, konnten sie dieselben ablösen durch Bezahlung der Summen, die dafür an die Schatzkammer gegangen waren. Aber das Lockmittel verfiel nicht mehr. Allzu oft hatten es die Könige bereits angewandt. Nach dem Zeugnis des Juristen Guy Coquille ließen sich früher die Provinzen mit Sondersteuern belegen, um die neuen Ämter damit abzulösen. Doch kam es vor, daß sofort nach vollzogener Ablösung der König dieselben Ämter wieder errichtete. „Deshalb sind die Dinge wenig beständig und sicher, jeder tut am besten, das Übel zu tragen, wie es ist.“¹⁰⁶

Wie wenig ernst der König die Forderungen der Stände nahm, zeigte er dadurch, daß er sogar während ihrer Tagung Ämter errichtete und verkaufte; er nahm nicht die geringste Rücksicht auf sie. Unverhohlen bewies er dies, als er 1580, ein Jahr nach der Ordonnanz von Blois, alle auf Veranlassung der Stände aufgehobenen Ämter, die also, die nach dem Abgang des derzeitigen Inhabers zum Erlöschen kommen sollten, wieder herstellte und ihre Inhaber erneut bestätigte. Daran änderte das Edikt vom Juli 1582 nichts, das die Durchführung der Bestimmungen der Ordonnanz von Blois anordnete. Nichts derartiges geschah; es wiederholte sich der Vorgang, den wir nach der Ständeversammlung von 1560

105. s. art. 210—255.

106. Nach Picot, a. a. O. p. 206.

feststellten. Ausschlaggebender Grund des Handelns war stets der, daß die Regierung große Ausgaben zu machen gezwungen sei und deshalb versuchen müsse, mit allen Mitteln Geld aufzutreiben.¹⁰⁷

Auch die Bestätigungsoperationen bedeuteten Ernte für die *Parties casuelles*. Die Wiedereinsetzung der Beamten geschah nämlich nur gegen Bezahlung der Taxen, die für sie „modérément“ im Conseil festgesetzt wurden.

Wie sehr bei den Aufhebungen von Ämtern in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts der rein fiskalische Gedanke im Vordergrund stand, möge ein weiteres Beispiel veranschaulichen. Im Dezember 1583 schränkte ein Edikt die Zahl der Beamten in den Generalitäten, Bailliages, Electionen usw. so weit ein, daß in einer Durchschnittselektion in Zukunft nur noch sein sollten: drei Steuerräte (*élus*), zwei Steuereinnahmer (*receveurs*), ein Kontrolleur und ein Schreiber. In der Begründung der Maßnahme hieß es, die Vervielfachung der Beamtenzahl habe große Verwirrung angerichtet, hohe Ausgaben verursacht und infolgedessen zum Rückgang der Reineinnahmen und zur Überlastung des Volkes geführt. Die belassenen Beamten hatten nun eine Taxe zu bezahlen, weil sich angeblich ihr Ressort und damit ihre Einnahmen vergrößerten. (Diese Taxe sollte der Regierung ermöglichen, die aufgehobenen Ämter abzulösen.) Nur zwei Jahre vergingen, bis ein anderes Edikt erschien, das die abgeschafften Ämter in vollem Umfange wieder herstellte, und zwar hatten sowohl die alten wie die neu zu bestätigenden Beamten bei dieser Gelegenheit die Summen zu bezahlen, die im Conseil für sie festgesetzt wurden.¹⁰⁸ So bezahlten also die alten Beamten für ihre Belassung, die wiederbestätigten für ihre erneute Einsetzung.

Trotz alledem herrschte auf dem Ämtermarkt stets eine lebhaft Nachfrage. Häufig wurden die Ämter serienweise ausgeschrieben, zusammen mit Veräußerungen des Kronguts, Dominalrechten und dgl. Es war fast eine Ausnahme, wenn ein solches

107. „En quoy il nous est requis faire de grandes despenses pour lesquelles subvenir nous sommes forcez de nous ayder de tous les moyens que nous pourrons adviser avec la moindre foule de nos subjects qu'il nous sera possible“. (Edit de juin 1580 sur le restablissement et érection des offices qui estoient supprimés par le cahier des estats de Blois; Fontanon, II, p. 588).

108. Fontanon, II, p. 948 (édit mai 1585).

Edikt einzeln erschien; das hatte seinen Grund zu einem großen Teile darin, daß das Parlament die Einregistrierung höchst ungern vollzog. Oft bedurfte es eines *lit de justice*, um die Edikte durchzubringen. Im Juli 1581 kam der König eigens nach Paris und ließ in einer solchen Kessensitzung neun *édits bursaux* registrieren.¹⁰⁹ Derartige Vorkommnisse scheinen fast die Regel gewesen zu sein. Man zählte zwanzig solcher Edikte innerhalb von zwei Monaten.¹¹⁰ Das Jahr 1586 brachte eine Rekordleistung. Im Juli fand ein *lit de justice* statt, in dem 27 *édits bursaux* auf einmal registriert wurden. Das Parlament hatte angesichts der Erbitterung des Volkes gegen sie remonstriert, und da die Verhandlungen des Kanzlers ergebnislos geblieben waren, mußte sich der König selbst ins Parlament begeben.¹¹¹

*

Für die gerechte Würdigung unsrer Frage ist es von großem Wert, das Urteil der Zeitgenossen und der öffentlichen Meinung kennen zu lernen.

Von den Edikten selber sagt der Chronist Estoile, sie seien „nur eine Stichprobe der unerträglichen Lasten, die die Ligue dem Volke verursachte“; dieses gleiche nicht nur „einer dreimal jährlich abgemähten Wiese, sondern einem geschundenen oder vielmehr zerfleischten Körper“. Der ganze Haß des Volkes wandte sich gegen den König und seine ersten Diener, die man „Mignons“ nannte; denn der König, der 10 Millionen reguläre Einnahmen besaß, lebte „in der Hauptsache von neuen Steuern, die das Volk drückten und es veranlaßten, ihn zu hassen und zu verabscheuen gemäß dem Sprichwort: *Hortulanum odi qui ab radice olera abcidit*“.¹¹² Und in einer Flugschrift heißt es: „27 neue Edikte auf

109. *Registre journal de Henri III. (Estoile) nouv. coll. des Mémoires pour servir à l'histoire de France* pub. p. Michaud et Ponjoulat, p. 133.

110. Déon de Beaumont, a. a. O., p. 142.

111. „... laquelle cour avoit toujours différé et fui à les homologuer (à cause du mauvais temps et de la grande misère, affliction et) nécessité du pauvre peuple, (lequel en murmuroit et tumultoit fort, et comme le corbeau vilain qui abboie toujours contre l'aigle du jupitre.“ (*Registre journal*, p. 203.)

112. Ebd.

einen Schlag! Sie enthalten mehr, als 27 Jahre zu bringen vermochten. Die für jedermann drückenden Edikte sind der Ausbund aller Erfindungen der italienischen Wechsler.“ (Anspielung auf die Traitants, die unter Heinrich II. bzw. Katharina von Medici, der die Begünstigung, ja „Importierung“ dieser Agenten zugeschrieben wurde, hochkamen.) Man beklagte sich, so hieß es weiter, auf der Ständeversammlung darüber, daß die vielen Beamten im Gerichtswesen schuld seien an den massenhaften und langwierigen Prozessen, und „jetzt werden die Präsidenten, Räte und andere Beamte in den Parlamenten und Präsidialhöfen vervielfacht“. Neue Sporteleinnehmer seien eingesetzt, und zwar seien zu den alten Beamten, den Anciens, neue, Alternatifs, hinzugekommen. „Unzählige Male wurde die Aufhebung bzw. Herabsetzung der erschreckenden Zahl der Prokuratoren erörtert; und nun gibt es deren nicht nur unzählige, sie haben obendrein ihre Ämter erblich. Unzählige Rechtssachen laufen fortan von Hand zu Hand, vom Anwalt auf dessen Sohn, sie verewigen sich durch alle Generationen unserer Nachkommen hindurch“.¹¹³

Daß der aus dem Lager der Hugenotten kommende Protest besonders scharf war, nimmt nicht wunder; hatte doch schon Calvin auf der Kanzel den Ämterhandel gebrandmarkt. Aber welche Töne schlug erst Franz Hotman in seiner *Franco Gallia* an! Nichts schade so sehr dem Ruf Frankreichs, heißt es in dieser Kampfschrift, als der frevelhafte Schacher mit dem Heiligsten, das es gibt: den Gerichtsämtern. „Palasträuberei“ nennt Hotman die in der Rechtsprechung herrschenden Sitten. Angelockt vom großen Gewinn, widme sich in den Städten, wo in „diesem Königreich der Rechtshandel“ ein Gerichtssitz bestehe, fast ein Drittel der Bürger keiner andern Beschäftigung und Studie als der „schönen Kunst der Schikane“. So groß sei die Ansteckungskraft dieser pestartigen Krankheit, daß der größte Teil der Franzosen sich vorzugsweise mit Prozessieren abgebe, und seiner, Hotmans, Meinung nach gäbe es in Frankreich mehr Schreiber, Anwälte, Advokaten „und ähnliche Rechtsverdreher, als in der gesamten andern Christenheit“. „Das Recht wird verkauft, wie ein Artikel auf dem Jahrmarkt“.

113. Remonstrances aux trois estats de la France (*Mémoires de la Ligue*, 1758, t. 1, p. 335). Verfasser ist Duplessis Mornay, s. p. 327, note.

Aber das sei bereits ein gesetzlicher Zustand, denn: Man hat wohl ein Recht, das wieder zu verkaufen, was man selbst gekauft hat!¹¹⁴

Ähnlich urteilten viele andere, sogar auch Männer, die nicht zur Opposition gehörten, sondern vielmehr als entschiedene Verteidiger des Königtums anzusehen sind. Lassen wir einige von ihnen zu Worte kommen.

Der edle, charaktervolle Kanzler Hôpital bezeichnete es angesichts der herrschenden Sitte bereits um die Mitte des 16. Jahrhunderts als Schande, die Rechtsprechung als Beruf auszuüben.¹¹⁵ Konnten die Zustände noch schärfer kritisiert werden, als wie er es tat? Er drückt unverhohlen seine Verwunderung darüber aus, daß es „unsern allerchristlichen Königen jemals in den Sinn kommen konnte, diesen schändlichen Handel mit Ämtern der Justiz zu betreiben, der zum Häßlichsten und Unehrenhaftesten gehört, was in einem Staat gemacht werden kann“.¹¹⁶ Die Beamten seien so zahlreich, daß im größten Palais kein Zimmer, keine Ecke, ja kein Loch mehr vorhanden sei, das sie nicht in Beschlag genommen hätten. „Und trotzdem kann man nicht so viele Ämter auf den Markt werfen, wie Liebhaber dafür da sind. Diese verkaufen ihr Hab und Gut, verpfänden das ihrer Frauen, Kinder und Freunde, nehmen Geld zu hohen Zinsen auf, um jene Ware zu erwerben. Die Versicherung, daß sie bald alles zurückzahlen werden auf Kosten derer, die jenen ehrenwerten Amtshändlern durch die Hände gehen, genügt“. Auf die Käuflichkeit der Ämter, welche wie Wein, Getreide, oder auf den Markt geführtes Vieh verhandelt würden, führt er alle Übel zurück, unter denen die menschliche Gesellschaft leide, weil sie die Habgier, „diese verwünschte Pest und Wurzel aller Übel“, zur Mutter habe. Es sei nicht möglich, unter hundert zwei zu finden, die nicht bestrebt seien, en gros oder en détail sich bezahlt zu machen, „aber nicht doppelt oder vierfach, sondern

114. Franco Gallia, chap. XXI., u. a. „... comme les bouchers ayans acheté un bœuf gras le vendent puis après par pièces et lopins en leurs estaux, ainsi l'on achete un estat d'une somme de deniers en un coup, afin de le revendre puis après par le menu à ceux qui demandent justice.“

115. Oeuvres, I, p. 327.

116. Seine Empörung kommt besonders zum Ausdruck in *Traité de la réforme de la justice*. Oeuvres, I, p. 395 ff. Allerdings scheint auch der bekannte Magistrat Refuge zu dem *Traité* beigesteuert zu haben.

zehn, zwanzigfach“, sofern sie nur Gelegenheit dazu hätten. Die hohen Preise, die sie für die Ämter bezahlten, wollten sie aus dem Volke wieder herauspressen, es „bis aufs Mark aussaugen“ und zur Steuerzahlung unfähig machen. Denn in dem Maße, wie die Ämterpreise stiegen, erhöhten sich auch die Sporteln — *épices* genannt —, über deren schamlose Höhe er ebenfalls heftig klagt. Fast unglaublich scheint es, wenn er sagt, daß Ämter, die vordem vom Büro der *Parties casuelles* für 2000 l. auf den Markt geworfen wurden, in wenigen Jahren, während der Bürgerkriege, um das Zehnfache im Preise gestiegen seien, nämlich auf 21 und 22 000 l.¹¹⁷ Alle gutgesinnten Leute des Königreichs seien von diesen Zuständen angeekelt, und die Ausländer wunderten sich darüber, daß die Monarchie „inmitten solcher Unordnung, so vieler Ungerechtigkeiten und Unverschämtheiten“ überhaupt noch stehe.

Ebenso scharf geißelte diese Zustände der bekannte Jurist Jean Bodin. Auch er erhob sich gegen die vom Staat geförderte und zur Gewohnheit gewordene Verschandelung der Rechtsprechung, die eingerissen sei, weil die Ämter öffentlich an die Meistbietenden versteigert würden und ganz in den Besitz der Familien übergingen. „Es steht fest, daß diejenigen, die die Ämter und Rechte zum Verkauf bringen, zugleich das Heiligste der Welt, die Gerechtigkeit, verkaufen. Sie verkaufen den Staat, das Blut der Untertanen und die Gesetze. Der Ehre, der Tugend, dem Wissen, dem Mitgefühl und der Religion vorenthalten sie den Lohn, aber der Dieberei, der Unterschlagung, der Habgier, der Ungerechtigkeit und Unwissenheit, kurz allen häßlichen Lastern öffnen sie Tür und Tor“. Die Käuflichkeit bezeichnete er als die „schändlichste Pest“ in einem Staat. Sonderbar sei es in diesem Königreich, daß so viele Leute ihr Geld ihrem Herrn, dem König, anbieten, um hernach seine Kasse plündern zu können. Und all die neuen Beamten „schlüpfen ohne Unterbrechung das Blut der Untertanen, nagen ihnen an den Knochen und saugen ihnen das Mark aus, das sie noch haben“.¹¹⁸

Mit Entrüstung spricht auch Montaigne von diesem Staat, wo durch „gesetzliche Regelung der Beruf, Recht zu sprechen, verkauft

117. Ebd. Hôpital starb 1573.

118. Bodin, *Les six livres de la République*, éd. 1583; bes. liv. V, ch. 4 und liv. VI, ch. 2; s. a. H. Baudrillart, *J. Bodin et son temps*. Paris 1853, p. 370 ff.

wird, wo der Richterspruch mit klingender Münze bezahlt und demjenigen das Recht mit Rechtsgründen verweigert wird, der seinen Richter nicht bezahlen kann, wo die Ämterware in so hohem Ansehen steht, daß neben dem Klerus, dem Adel und dem Volke sich ein vierter Stand bildet, der aus Leuten besteht, die sich nur mit der Führung von Prozessen abgeben“.¹¹⁹

Bei dieser Sachlage blieb es. Sie zu ändern hatte auch die 1588 tagende Versammlung der Stände nicht vermocht, obgleich ihre Cahiers in nahezu 100 Artikeln die Aufhebung neu geschaffener Ämter verlangten — 74 Artikel widmete allein das Cahier des dritten Standes diesem Punkt — und die Stände die Ämterkäuflichkeit hinstellten als Ursache der Habsucht der Richter, „die grausame Raubzüge unternehmen“, der tagtäglich begangenen Ungerechtigkeiten, des Zustandes, daß der Reiche den Armen bedrücke, eine Zügellosigkeit sondergleichen herrsche und „niemand mehr seiner Güter und seines Lebens sicher ist“.¹²⁰

Wandel zu schaffen war in der Tat schwer, wenn nicht unmöglich geworden. Nicht nur die finanzielle Notlage hinderte die Regierung daran, sondern auch das Verhältnis, in dem der Beamte seit langer Zeit zu seinem Amt einerseits und zum König anderseits stand. Dieses soll nun etwas näher beleuchtet werden.

*

Die Erhebung des Ämterhandels zu einer staatlichen Dauer-einrichtung beschleunigte die Wandlung des Amtscharakters. Die Stetigkeit erhielt nun eine reale Grundlage. Der Beamte wurde zum Eigentümer. Es war nämlich eine Forderung der Billigkeit, daß der König für die Ware, die er vertrieb, eine bestimmte Sicherheit leistete, wie das jeder Kaufmann tat. Daß ein Beamter, der gleichsam als Gläubiger des Staats im Büro der Parties casuelles verzeichnet stand, nur unter der Voraussetzung einer vollen Entschädigung wieder abgesetzt werden könnte, schien nicht mehr als recht und billig. Da aber die Errichtung der meisten Ämter eine Folge des Geldbedürfnisses war, mußte eine Ablösung als illusor-

119. Montaigne, Essais, éd. 1873—75, p. Motheau et Jouaust, t. 1, p. 405.

120. Remonstrances au Roi par les Etats de la France (Mémoires de la Ligue, 1758), t. 2, p. 109.

risch angesehen werden. Aus diesem Zusammenhang ergab sich als juristische Folgerung die Unabsetzbarkeit (Inamovibilität) der Beamten.¹²¹ Ähnlich verhielt es sich mit der Erbllichkeit. Wenn der König die Resignation gegen Geld genehmigte, konnte er einem Beamten gegenüber, der ordnungsgemäß resignierte, den von ihm vorgeschlagenen Resignatär nicht ablehnen.¹²²

Beachtenswert ist die Tatsache, daß logischerweise im alten Frankreich den Beamten der Finanz- und Steuerverwaltung die Inamovibilität vor denen der Justiz zukommen mußte; denn die Ämter jener galten im 16. Jahrhundert als käuflich, die der letzteren nicht.

Die Entwicklung der Festigung der Ämter hatte ein Analogon im Lehnwesen. Aus dem bedingten Besitz war hier im Laufe der Zeit ein bedingtes persönliches Eigentum geworden. Die Wandlung der Anschauung über diesen Punkt beeinflusste zweifellos auch die Auffassung vom Amt. Denn viele Lehnsbesitzer waren Chargenträger, und für das 16. Jahrhundert ist die Umwandlung vieler Chargen in dauernde Ämter charakteristisch.

Die angedeutete Entwicklung vollzog sich im Laufe eines Jahrhunderts. Gefördert wurde sie außer durch die stets käuflichen Resignationen durch das Aufkommen der *survivalances*, die den Resignanten von der 40-Tageklausel befreiten und, falls er starb, ohne resigniert zu haben, seinen Erben das Recht der Verfügung über das Amt einräumten; dieses war somit erblich im vollsten Sinne des Wortes. Mit dem Erwerb einer *survivalance* wurden auch die Voraussetzungen hinsichtlich der Amtsfähigkeit des Resignatärs, die an die gewöhnliche, der 40-Tageklausel unterworfenen Resignation geknüpft waren, praktisch bedeutungslos. Da weiterhin der Besitz einer *survivalance* den Realwert des Amts er-

121. Darauf weist auch La Roche Flavin hin: „Car, depuis que du regne du roy François I la vénalité des offices fut permise, tant du costé du roy, qui prenoit le quart de la finance (Resignation!) que des particuliers (n'estant raisonnable de priver un officier de son estat financé sans le rembourser) il fust trouvé juste par le roy, les sieurs de son conseil et par tous les parlements que le roy ne pourroit déposer ni priver ses subjects des offices qu'en trois cas, sçavoir par mort, forfaiture ou incompatibilité d'office“.

122. ms. fr. 11 108, Des résignations des offices. Als Zähltag galt der Tag, an dem die Resignationsgebühr entrichtet wurde.

höhte, ist es verständlich, daß diese Vergünstigung sehr angestrebt wurde.

Survivances wurden freilich schon von Vorfahren Franz I., z. B. von Karl VIII., erteilt, aber es handelte sich um Ausnahmeerscheinungen, um gelegentliche Vergünstigungen, die nach einiger Zeit eine Widerrufung erfuhren.¹²³ In den ersten Jahren Franz' I. waren diese häufig. Auch er hob sie 1521 auf, setzte aber ihre Gewährung nachher erneut fort; dieses Verfahren stand ganz im Einklang mit seiner Ämterpolitik, es bildete einen Teil davon. Im Jahre 1541 erging eine weitere allgemeine Widerrufung der survivances, und zwar mit der Begründung, viele Ämter seien jungen und untauglichen Personen zugesichert, die sie nicht ausüben könnten.¹²⁴ Es scheint aber, als sei dies nur ein Vorwand gewesen, denn eine Klausel bestimmte ausdrücklich, daß die Revokation sich nur auf unentgeltlich erteilte survivances erstrecke. Das bedeutete die Verkündigung des fiskalischen Prinzips: derartige Vergünstigungen sollten nur gültig sein, wenn sie für eine im Conseil festgesetzte Taxe erkauft waren. Die Praxis der Nachfolger Franz' I. zeigt dies mit großer Deutlichkeit. In den Jahren 1557 und 1559 erschienen ähnlich lautende Erklärungen, die die inzwischen wieder erteilten survivances mit derselben Begründung wie früher für ungültig erklärten, jedoch nicht, ohne die erwähnte Ausnahme einzuräumen.¹²⁵ Karl IX. ging einen Schritt weiter: er führte die survivances allgemein ein, und zwar aus finanziellen Gründen. Mit Recht sagt der beste Kenner des Ämterwesens jener Zeit, Loyseau, daß die Bürgerkriege sie gebracht hätten, wie einst die italienischen Kriege die Käuflichkeit der Ämter.¹²⁶ Eine Deklaration vom Januar 1568¹²⁷ macht keinen Hehl daraus, daß die großen Ausgaben der letzten Zeit außerordentliche Mittel ver-

123. s. Dupont-Ferrier, *Les officiers roy.*, p. 74.

124. Déclaration portant révocation de toutes les survivances accordées pour les offices de judicature, finances et autres, 26 déc. 1541.

125. s. Loyseau, III, ch. X, 13.

126. Ebd. III, ch. III, 12; doch unterscheidet Loyseau hier nicht scharf genug zwischen survivances und résignations; letzte waren bekanntlich nichts Neues mehr.

127. Déclar. portant permission à toutes personnes tenant Estats et offices d'un pouvoir disposer et les résigner en payant le tiers denier, 22 janvier 1568. (A D IX, 447 B, Arch. nat.)

langten und die Regierung sich gezwungen sehe, überall nach solchen zu suchen.¹²⁸ Die Deklaration erweiterte eine andere vom November des vorhergehenden Jahres, die allen Inhabern von sogenannten käuflichen Ämtern — *offices réputés vénaux*, d. h. denen der Finanzverwaltung, im Unterschied von denen der Justiz, die, wie bereits gesagt, zwar gekauft und verkauft wurden, aber nicht zu den „käuflichen“ zählten —, die Resignationsfreiheit mit Einschluß der *survivance* gegen Entrichtung einer nicht näher bezeichneten Summe gestattete. Der Hinweis darauf, daß viele Beamte ihr Hauptvermögen im Amte angelegt hätten und gestorben seien, ohne rechtzeitig über dasselbe verfügt zu haben, so daß ihre Familien ins Elend geraten seien, sollte zweifellos als Ansporn dienen. Diese Erklärungen erhielten eine Bestätigung und Ausdehnung im Juni des gleichen Jahres. Nun sollte die erwähnte Vergünstigung sich erstrecken auf alle Ämter ohne Ausnahme. Jeder Beamte, der den *tiers denier*, d. i. ein Drittel seines Amtskapitals, innerhalb einer bestimmten Zeit entrichtete, konnte über sein Amt nach Belieben verfügen, es von *personnes suffisantes et capables* ausüben lassen, war von der Klausel der 40 Tage befreit; und wenn er starb, ohne resigniert zu haben, blieb das Amt seinen nächsten Erben zur freien Verfügung. Als maßgebender Titel galt die vom Schatzmeister des Büros der *Parties casuelles* ausgestellte Quittung über die Zahlung der festgesetzten Taxe. Die *Lettres de provision* scheinen reine Formsache geworden zu sein, denn die Erklärung erlaubte ausdrücklich die Ausübung des Amts *par commission*, d. h. durch einen von dem Erben bestellten Vertreter, falls er selbst nicht amtsfähig sein sollte. Dies kam vor allem in Betracht, wenn ein Beamter kinderlos starb und das Amt an die Frau fiel, oder wenn die Kinder nicht volljährig waren. Von der Ausübung *par commission* blieben nur die Ämter der *Chambre des comptes* und der *Cour des aides*

128. s. Fontanon, *Edits, ordon.*, II, p. 567: „Les grandes et excessives despenses que nous avons supportées depuis neuf mois en ça à cause des dernières guerres et séditions advenues en nostre royaume nous ont fait aider de tous moyens qu'avons peu rechercher pour recouvrer deniers par créations nouvelles et restablissement d'offices, ventes et aliénations de nos domaines et aides, . . . tellement qu'il ne nous reste aucun moyen pour satisfaire à nos despenses ordinaires . . .“; s. a. p. 561, 563 und 564, wo dieselben Argumente wiederkehren.

ausgenommen. Zweifellos mit gutem Grund. Der Vertreter übte nämlich eine Funktion im Namen einer nicht amtsfähigen Person aus, einer Person also, die nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Eine weitergehende Veräußerung von Hoheitsrechten seitens der Regierung war kaum möglich. Die Erbllichkeit der Ämter wurde in einer Form anerkannt, die die fast 40 Jahre später eingeführte Paulette nicht erweitern konnte.

Freilich schufen die genannten Erklärungen keinen Dauerzustand; sie konnten jederzeit widerrufen werden, was gewöhnlich geschah, sobald der fiskalische Zweck erreicht war. Dieser wurde 1568 mit allen Mitteln angestrebt. Um die Beamten zu veranlassen, von der Vergünstigung Gebrauch zu machen, folgte die Bestimmung, daß diejenigen, die den tiers denier nicht in der vorgeschriebenen Zeit bezahlten, die Resignationsfreiheit nur gegen Zahlung der Hälfte des Amtswerts und bei Gebundensein an die 40-Tageklausel erhalten könnten. Unter normalen Umständen hatte bisher die bei der Resignation zu leistende Abgabe, *droit de résignation* genannt, ein Viertel betragen.¹²⁹ Den Realwert ermittelte der Schatzmeister der *Parties casuelles*, bei dem die *Rôle des offices* auflag. So hatte also der Fiskus die Beamten völlig in der Hand; sein Bedürfnis diktierte auch die *Ordonnance* vom 17. November 1569, die, von der Käuflichkeit als dem Wesenszug der Ämter ausgehend, für diese eine Veräußerungsabgabe festsetzte, die, je nach Amt, zwischen einem Drittel und einem Zehntel der *finance* schwankte.

Die genannten Verfügungen erfuhren in der Folgezeit mehrere Bestätigungen; der Staat brauchte Geld.¹³⁰ Er ließ auch die Inhaber der „nichtkäuflchen“ Ämter, die der Justiz, weiterhin ausnahmslos zum Erwerb von *survivances* zu, drängte sie ihnen sogar auf. So erschien im April 1574 ein Edikt, das allen, die nicht vor Ablauf eines halben Jahres den tiers denier entrichteten, den Verlust der Resignationsfreiheit im Sinne der *survivance* für alle Zeiten

129. Loyseau sucht dies allerdings zu bestreiten: „Or bien que les fiscaux appellent la taxe des résignations quart denier, si ne pense-je point qu'il n'y a aucune ordonnance générale qui l'ait arrêtée à ceste quote“.

130. „... avons esté contraints de rechercher plusieurs moyens extraordinaires pour recouvrer deniers“; édit avril 1574.

androhte. Manche Beamte ließen sich anscheinend dadurch nicht beeinflussen, und zwei Jahre später öffnete sich den Säumigen die Tür nochmals zu denselben Bedingungen, aber nur dank dem Umstand, daß der Staat neue, außerordentliche Gelder brauchte.¹³¹ Die Verlockungen verfielen jedoch nicht im gewünschten Maße; die staatlichen Verfahren der Geldbeschaffung waren allmählich hinreichend bekannt geworden. Wer sein Amt nicht abzugeben beabsichtigte, verzichtete auf den Kauf der so verlockend geschilderten Vorteile, die in kurzen Abständen bald gewährt, bald aufgehoben wurden und die stets der nutzlos erwarb, der sich ihrer nicht alsbald zu bedienen beabsichtigte. Bestätigungen und Widerrufen lösten einander ab. Letztere erfolgten z. B. 1577 und 1579, erstere 1586 von neuem.¹³² Von den erwähnten 27 Edikten des Juli dieses Jahres enthielt eins die Erneuerung der 1568 gewährten Vergünstigung. Die Erkaufung der *survivaunce* wurde sogar Zwang; somit bekam die Erblichkeit der Ämter eine weitere Bestätigung. Allerdings mußte diese 1592 erneut mit einer Taxe bezahlt werden, und auch jetzt war sie nicht von langer Wirkung. Heinrich IV. hob nach einer Notabelnversammlung in Rouen die *survivances* 1597 ein weiteres Mal auf und führte die gewöhnliche *Resignation* unter Beibehaltung der 40-Tageklausel wieder ein, wobei er das *droit de résignation* auf den *quart denier*, d. h. ein Viertel der *finance*, festsetzte. Die Käufllichkeit der Ämter aber wurde von neuem bestätigt in der 1597 vollzogenen Abschaffung des über hundert Jahre alten *Eidpassus der non pecunia numerata*, was dem Anwärter fortan ermöglichte, sein Amt ohne Meineid anzutreten; und in der Einrichtung des *Paulettesystems* im Jahre 1604.

Im 16. Jahrhundert gelangte die Entwicklung des Amtscharakters nahezu zum Abschluß. Das Amt wurde betrachtet als übertragbarer Familienbesitz, eine Anschauung, die zu ver-

131. „... déclarons que la grâce que nous faisons à nosdits officiers, est seulement pour avoir moyen de satisfaire ausdites despenses de la présente guerre“.

132. Edit qui permet aux pourvus d'offices vénaux de les résigner en payant le tiers denier de leur valeur aux parties casuelles, et qui réserve à S. M. de pourvoir aux résignations à survivaunce des offices de judicature et autres non réputés vénaux; juillet 1586; (A D IX 447 B). s. a. Loyseau, II, ch. X, 13.

schiedenen Malen die Bestätigung der Könige fand, also von höchster Stelle großgezogen wurde. Dieser Zustand ist also nicht, wie vielfach angenommen wird, ein Ergebnis späterer Zeiten.

Der Beamte stand zum König in einem ähnlichen fiskalischen Verhältnis wie der Vasall; er leistete den *hommage*, der seinen materiellen Ausdruck fand in einer Abgabe, *marc d'or* genannt, die bei der Aushändigung der *Lettres de provision* entrichtet wurde, und bei der Veräußerung zahlte er das *droit de résignation* oder *mutation*, eine *Taxe*, die den Abgaben bei der Veräußerung der Lehnsgüter, den *lods et ventes*, entsprach.

Das Verhältnis zwischen König und Vasall war freilich fester geblieben als zwischen dem König und Beamten. Dort wahrte sich der König eine starke Kontrolle und besaß als Druckmittel den *retrait féodal*. Der Vasall war außerdem gebunden an den *ban* und *arrière-ban* und an andere Abhängigkeitsverpflichtungen. Nicht so der Beamte. Er entzog sich fast ganz der Aufsicht durch den König und konnte eigentlich nur auf Grund einer schweren Verfehlung, *forfaiture*, die vom Parlament anerkannt sein mußte, abgesetzt werden. Diese weitgehende Unabhängigkeit war eine Auswirkung der Ämterkäufllichkeit; ihr hatte ein großer Teil des Beamtentums dieses Jahrhunderts das Dasein zu verdanken, und sie gab dem Amt des Ancien régime sein charakteristisches Gepräge.

Einen Kampf gegen diese Nationalsitte nahm Heinrich IV. nicht mehr auf; er scheint von allem Anfang an von seiner Erfolglosigkeit überzeugt gewesen zu sein. Deshalb suchte auch er Vorteil aus dem Ämterhandel zu ziehen, besonders in der ersten Zeit seiner Regierung, wo es um die Staatsfinanzen tatsächlich schlecht stand. Als Beispiel sei nur ein Fall erwähnt. Heinrich IV. erließ 1594 nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Parlament in einem *lit de justice* zehn Finanzedikte auf einen Schlag, die die Beschaffung außerordentlicher Mittel bezweckten und sich größtenteils auf Ämtererrichtungen bezogen. Sie sollten ihn von seinen Geldsorgen befreien und ihm die Belagerung von Amiens ermöglichen. Er brauchte nämlich schnell 1,2 Millionen Taler sowie 150 000 Taler im Monat, um eine Armee aufstellen und unterhalten zu können.¹³³ Wenngleich er sich von seinen Vorgängern dadurch

133. Maugis, a. a. O., t. 2, p. 217.

unterschied, daß er weniger gewissenlos vorging, so trifft doch auch auf ihn in gewissem Sinne folgendes Urteil Loyseaus zu. „Nachdem einmal von unsern Vätern (er meint die Könige) das schöne Geheimnis entdeckt war, aus dem Ehrgeiz und der Narrheit der Reichen mittels der Ämter eine ungeheure und doch unmerkliche, ja freiwillige Taille zu ziehen, bediente man sich täglich dieses Mittels nach Bedürfnis und selbst ohne Bedürfnis. Das ist ein Manna, an dem es nie gebricht, eine Quelle, an der man ständig schöpft, ohne sie erschöpfen zu können. Ämter lassen sich leicht errichten; das Gerücht über eine neue Auflage bewirkt allein schon, daß sie alle belegt sind, bevor auch nur das betreffende Edikt erscheint. Der König mag Ämter schaffen, soviel er will, er wird sie stets loswerden, denn die Narren werden nicht alle, und es ist sprichwörtlich geworden, daß es mehr Narren gibt als Ämter.“ Mittels dieser könne der König Hab und Gut seiner Untertanen an sich bringen, jeder werde ihm seine Börse anbieten, um ein Amt zu erhalten. „Wer kein Geld hat, verkauft sich selbst, sofern man es ihm erlaubt, und er wird gerne Sklave sein, um Beamter werden zu können.“¹³⁴

Daß es von solchen wimmelte, liegt auf der Hand, sollen doch allein in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts rund 50 000 Ämter geschaffen worden sein.¹³⁵

Alle maßgeblichen Beurteiler sahen im Ämterwesen bzw. -unwesen die Hauptursache der schreienden Mißstände im Staat. Jean de Guesle, ein Parlamentspräsident, sagte treffend, wenn man auf diesem Gebiet Wandel schaffe, könne allen andern Mißständen leicht abgeholfen werden, andernfalls sei es unmöglich, das Ende der Verheerungen abzusehen. Tief bedauerte er, daß alle Würden, welcher Art sie auch seien, für schnödes Geld verkauft würden. Auf alles erstreckte sich der öffentlich betriebene „schändliche Handel“; er sei eine Schmach für die französische Nation, die es dahin gebracht habe, das Laster als Tugend anzusehen. „Das ist ein sicheres Zeichen des Ruins und der großen Zersetzung eines Staatswesens“. — „Jeder will von seinem Amte leben, will darin verdienen und auf alle mögliche Art und Weise aus ihm heraus-

134. Loyseau, III, ch. II, IV, 1—9.

135. Ebd., ch. I.

schlagen, was er dafür angelegt hat. Deshalb ist es unvermeidlich, daß die, die sich Ämter gekauft haben, sich nicht auf Kosten derer entschädigen, die ihrer bedürfen. Sie verkaufen im kleinen das, was sie als Ganzes erworben haben“.¹³⁶ So urteilt auch der kundige Loyseau. Nicht nur das Amt folge dem Gesetz des Marktes, sondern die Gerechtigkeit selber. Die Rechtsprechung sei parteiisch und obendrein unerschwinglich teuer. Aber, meint er, die Magistrate wären eigentlich sehr einfältig, wenn sie nicht versuchten, wieder zu ihrem ausgelegten Gelde zu kommen: *atqui cum labor in damno est, crescit mortalis egestas*.¹³⁷

Genug der Urteile! Decken sich die vielen andern, die noch angeführt werden könnten, ja nur mit den uns bereits bekannten Zeugnissen Hôpitals, Hotmans, Bodins, Montaignes u. a. Der Erwähnung wert scheinen sie uns deshalb, weil sie von ergebenen Dienern eines großen Königs stammen und sich auf die unter seiner Regierung herrschenden Zustände beziehen, weil sie am Ende eines Jahrhunderts gefällt wurden und gewissermaßen das Ergebnis der Ämterpolitik des französischen Königtums in der hinter uns liegenden Epoche umreißen. Nun ließe sich dem freilich eines entgegenhalten. War denn nicht ein gewaltiger Verwaltungsapparat mit einem vielgliedrigen Beamtentum entstanden, zeugend von der allumfassenden Macht der Krone? Gewiß; aber die zahlenmäßige Größe drückte bei weitem nicht den wahren Wert aus. Wertmäßig war das Beamtentum von sehr zweifelhaftem Charakter. Seine ihm schon unter Karl VIII. und Ludwig XII. anhaftenden bedenklichen Wesenszüge finden sich nun voll ausgeprägt; seine innere Entwicklung entbehrte fast ganz eines staatspolitischen Ethos, sie bewegte sich in negativer Richtung. Wird das anbrechende Jahrhundert diese Entwicklung aufhalten oder beschleunigen?

136. „Ce dangier, Sire, qui consiste à la vendition des gouvernements, cappitaineries, d'hommes d'armes et autres charges militaires est petit au prix de celui qui est en la vendition des estats et offices de votre cour et maison lesquelles pareillement ne sont exempts de ces abominables achaptes et venditions, comme cappitaines des garaes, maîtres d'hôtel, gentilshommes servants, valets de chambre, qui tous depuis le plus grand jusques au plus petit ont leurs prix certain et déterminé. Où sommes nous réduits, Sire, à quelle pire fortune sommes nous réservé?“ (ms. fr. Coll. Dupuy 240, p. 218 ff. Discours de Jean de la Guesle sur la vénalité des charges et offices).

137. Loyseau, IV, ch. VII.

Viertes Kapitel.

Entstehung des Paulettesystems und seine Entwicklung bis Colbert.

Das 16. Jahrhundert hatte fast alle Ämter zur Handelsware zu machen verstanden. Unterschiede bestanden zwar noch; aber ihre Bedeutung lag mehr auf rechtlichem als auf rein praktischem Gebiet. Bei allem Handel war nämlich zwischen den Ämtern noch eine Scheidung erhalten geblieben in *offices réputés vénaux*, *offices non vénaux*, *offices héréditaires* und *offices domaniaux*.¹ Als käuflich galten die Ämter, deren Verkauf die Ordonnanzen nicht untersagten. Zu ihnen gehörten die Finanz- und Steuerämter aller Arten, wie die der Schatzmeister, Steuereinnnehmer, Zahlmeister, *Kontroleure*, *Steuerräte* (*élus*) und im gewissen Sinne auch die Stellen der Zünfte. Sowohl der König als auch einzelne brachten sie in den Handel, und aus dem Kaufvertrag ergaben sich bestimmte rechtliche Auswirkungen. Als nichtkäuflich galten die Ämter der Magistratur; in praxi waren sie jedoch die „käufllichsten aller Ämter“. Nur besaßen sie noch nicht die rechtliche Grundlage wie die andern; sie konnten deshalb nicht, gleich den als käuflich geltenden Ämtern, wie ein Grundeigentum behandelt werden. Dies bedeutete aber in gewisser Hinsicht einen Vorteil: der Gläubiger des Inhabers eines „nichtkäuflichen“ Amtes konnte dieses nicht pfänden lassen, noch weniger seine Zwangsversteigerung durchsetzen, selbst dann nicht, wenn er das Geld zum Erwerb des Amtes geliehen hatte. Zwar stand der Errichtung einer Hypothek auf dasselbe nichts im Wege, aber dies hinderte eine Weiterveräußerung nicht, und der neue Erwerber übernahm das Amt als unbelastetes. Waren die *Lettres de provision* erteilt, dann bot das Recht dem Gläubiger überhaupt keine Handhabe mehr zu einem

1. Wir folgen hier im wesentlichen Loyseau, dem besten Kenner des Ämterwesens seiner Zeit.

Vorgehen.² Einheitlich war allerdings die Rechtsprechung nicht, sie folgte teils dem römischen, teils dem Gewohnheitsrecht, dessen Verschiedenartigkeit auch wieder zu Schwankungen führte. Dem Staat gegenüber galt das Amt, auch das „käufliche“, nur als Immobilienwert mit unpersönlichem Charakter, weil er sich stets, stillschweigend oder ausdrücklich, das Recht der Amortisation vorbehielt. Für das Amt galt ähnliches wie für einen auf eine Anleihe zurückgehenden Rententitel.

Als nicht-venal wurden auch die Ämter der Krone, des königlichen Hauses und die Militärchargen angesehen, soweit ihr Verkauf durch Ordonnanzen nicht ausdrücklich erlaubt war.³ Die hohen Hofämter befanden sich um 1600 noch durchweg in der Hand des Adels, der Grandseigneurs. Ihre Würde schloß den Verkauf aus. Beim Tode des Inhabers trat die Vakanz ein; durch königliche Gunst gingen diese Chargen jedoch meist auf die direkten Nachkommen über, und zwar mittels Resignation, allerdings nicht ohne Zahlung einer erklecklichen Summe. Daher kam es, daß man auch diese Ämter „durchweg im engeren Kreise kaufte und verhandelte“. Überall, sagt Loyseau, habe sich das Gold Eingang zu verschaffen gewußt, und „gegenwärtig gibt es kein Amt, so wichtig oder nebensächlich und so schlecht gesichert es auch sei, das nicht im Handel ist. Wie die Dinge sein sollten, dürfte kein Amt käuflich sein, in Anbetracht dessen, was tatsächlich geschieht, sind es alle Ämter“.⁴ Die Empörung darüber führt diesem Rechtsgelehrten die Feder. Unbarmherzig geißelt er die „Archomanie“ seiner Zeitgenossen. Kein Pöstchen sei zu gering, den Ehrgeiz zu kitzeln und „unsre Narrheit zu wecken“. Es gebe kein Amt im Staate mehr, das nicht käuflich sei, „der Staat selbst wäre zu kaufen, wenn sich ein Käufer für ihn fände“.

Die als domanial und hereditär bezeichneten Ämter nahmen damals schon, wie im ganzen Ancien régime, eine Sonderstellung ein. Erstere beruhten auf einem ähnlichen Prinzip wie das Krongut, sie hingen teils von diesem ab, teils waren sie mit ihm veräußert worden, gewöhnlich unter dem Vorbehalt des Rückkaufs.

2. Loyseau, III, ch. 5 und IV, ch. 8.

3. Dazu gehörten beispielsweise das Amt des Kanzlers, des Grand trésorier de France, eines Maréchal de France, Intendant des finances, etc.

4. Loyseau, III, ch. 2, IV, ch. 1—9.

Die Kanzleien mit ihren Rechten galten als domanial, ebenso die Ämter der Schreiber, Notare, Kanzlisten, Siegelbewahrer, Einnnehmer und Kontrolleure der consignations. Sie wurden nie vakant im eigentlichen Sinne, z. B. durch Resignation, und ihre Inhaber entrichteten deshalb auch keine Bestätigungs- und Veräußerungsgebühren. Zu einem Verkauf bedurfte es der königlichen Zustimmung nicht.⁵ Praktisch konnten sie als erblich angesehen werden. Den Ämtern der andern Kategorie war, wie schon aus ihrer Bezeichnung hervorgeht, die Erblichkeit „inhärent“, und der Eigentumscharakter war bei ihnen am deutlichsten ausgeprägt. Vakant im Sinne der Ämter kasueller Natur wurden sie nicht; näher auf sie einzugehen lohnt sich hier nicht. Ihrer rechtlichen Form nach nahmen sie eine Sonderstellung ein, aber in einer Hinsicht glichen sie den andern: auch sie waren käuflich. Das Merkmal der Käuflichkeit ist also zu Beginn des 17. Jahrhunderts der gemeinsame Charakterzug aller Ämter.

„Die Käuflichkeit der Ämter“, sagte der scharfsinnige Jurist Savaron, „erzeugte das Jährliche Recht (Annuel); es ist deren Ausgeburt“.⁶ So scheint es in der Tat gewesen zu sein. Denn wie die Dinge um die Jahrhundertwende lagen, schien es geboten, das Ämterwesen einem festen Regime zu unterwerfen, eine allgemeine Regelung zu treffen. Diese erfolgte im Dezember 1604, in Form eines Edikts, das bekannt geworden ist unter dem Namen *Paulette*, den es nach seinem Urheber, dem Sekretär Karl Paulet erhielt.

Nach dem Wortlaut des Edikts erhielt der Beamte in Zukunft weitgehende Verfügung über sein Amt, sofern er der fiskalischen Vorschrift Genüge leistete. Sie bestand in der jährlichen Entrichtung von vier deniers pro livre (1 livre = 240 deniers) bzw. $\frac{1}{60}$ des geschätzten Amtspreises, weshalb die Abgabe *droit du 60^{me} denier*, *droit annuel*, oder auch kurzerhand *Paulette* hieß, denn die Erfüllung der Geldleistung wurde fast allgemein mit *pauleter* bezeichnet. Das *Annuel* bzw. die *Paulette* war zu entrichten in der Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar. Damit befreite sich der In-

5. ms. fr. 613 (Coll. Clair.) *Traité des offices de France*, p. 753—795; ms. fr. 11 152, fol. 9.

6. *Traité de l'annuel et vénalité des charges*. 1615.

haber eines Amtes für das betreffende Jahr von der Klausel der 40 Tage, und wenn er im Amte starb, ohne resigniert zu haben, hatten seine Erben zwar nicht das volle Erbrecht, aber doch das volle Verfügungsrecht über das vakante Amt,⁷ sofern der König seine reservatio nicht geltend machte. Die Erben hatten nur die Verpflichtung, das Amt innerhalb Jahresfrist neu zu besetzen. Die Inanspruchnahme der Vergünstigung war zwanglos; wer von ihr keinen Gebrauch machen wollte, besaß ebenfalls die Möglichkeit der Resignation. Auch survivances ließen sich weiterhin erkaufen, aber ihre Taxe betrug immer noch den tiers denier, also ein Drittel des Amtspreises; das droit de résignation ein Viertel, während es für den Beamten, der das Annuel entrichtete, auf ein Achtel ermäßigt wurde. So bedeutete also die Inanspruchnahme der Paulette nicht nur eine finanzielle Erleichterung, sie gewährte auch größere Sicherheit als die erkaufte survivance, deren Widerrufung stets zu befürchten war; zeigte doch die Regierung andauernd das Bestreben, Ämter bei eintretender Vakanz zu den Parties casuelles zu schlagen, um von neuem über sie verfügen zu können.⁸ Bemerkenswert ist, daß die Ämter der Justiz in die neue Regelung einbezogen wurden; in praxi hieß das nichts anderes, als sie den ausgesprochen „käuflichen“ Ämtern amtlich gleichzustellen.

Auch der König wußte seinen Vorteil zu wahren: Er konnte in Zukunft alljährlich eine feste Summe in das Budget einsetzen; das mit den survivances verbundene Recht, ein Amt en commission ausüben zu dürfen für den Fall der Minderjährigkeit oder Amtsunfähigkeit des Erben, fiel; ferner bestimmte das Edikt, daß von der jetzigen Regelung die Chargen der ersten Präsidenten der Parlamente sowie ihrer Generalprokuratoren und -advokaten ausgeschlossen seien und stets vom König nach freiem Ermessen vergeben würden; auch solle ihm das Recht zustehen, über alle frei werdenden Stellen, die der Paulette unterworfen waren, zu verfügen, sofern er den Erben des Inhabers den Preis auszahlte, zu dem jeweils das betreffende Amt veranschlagt war. Das bedeutete ein ausdrückliches Rückkaufsrecht, ein droit de retrait; jede Rechtsgrundlage für die Erblichkeit der Paulette-Ämter fehlte somit.

7. „Qui en disposeront à leur profit ainsi que bon leur semblera, comme des choses à eux appartenant“.

8. s. a. Loyseau, II, ch. 10.

Wenn die Erbllichkeit als praktische Folge der Regelung tatsächlich eintrat, so nur auf Grund weitherziger Nachsicht und vor allem dadurch, daß unter der Regierung Ludwigs XIII. das *droit de retrait* wegfiel, was faktisch die Ämter erblich machte. Heinrich IV. aber wollte soweit nicht gehen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß das Paulette-Regime jederzeit kündbar sein sollte. Seine Verwaltung wurde zunächst einem Pächter übertragen, der einen festen jährlichen Betrag an die Staatskasse abzuführen hatte. Auf die Gewinnsucht des Pächters rechnend, der ein Interesse daran hatte, daß möglichst viele Beamte von der Regelung Gebrauch machten, hoffte die Regierung überdies, einem weitverbreiteten Mißbrauch steuern zu können: Oft geschah es, daß Ämter sich in der Hand von Personen befanden, die nie um *Lettres de provision* eingekommen waren. Dem Fiskus entging damit die Taxe, die der Beamte anlässlich seiner Beglaubigung zu entrichten hatte, oft auch die Resignationsgebühr des Resignanten; schlimmer aber war, daß Leute im Namen des Königs amtierten, die keinerlei Berechtigung dazu hatten und die der Regierung gänzlich unbekannt waren. Eine Änderung dieses Zustandes trat freilich auch jetzt nicht ein. In der ganzen ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts führte, wie zahlreiche Erlasse zeigen, die Regierung einen Kampf gegen unrechtmäßige Beamte, gegen solche, die ohne *Lettres de provision* Ämter ausübten.

Paulet, der Erfinder des Systems, wurde erster Pächter. Die Pachtzeit sollte 6 Jahre dauern, bei einer jährlichen Pachtsumme von 1 Million. Aber schon vor Ablauf eines Jahres trat Paulet von dem Vertrage zurück.^{8a} Sein Nachfolger hielt es zwar länger aus, doch hatte auch er nicht viel Glück. Schließlich schaltete die Regierung das Pachtverfahren aus und wies die Erhebung der Pauletteabgaben den *Tresoriers der Parties casuelles* zu.

Der Neuordnung lagen nach dem Zeugnis Richelieus auch politische Erwägungen zugrunde:⁹ In der Ligue hatte der Herzog von Guise den stärksten Rückhalt in der großen Zahl der Beamten

^{8a}. Permezel, *La politique financière de Sully dans la généralité de Lyon*. 1935. p. 14 f. s. a. Fontanon II, p. 878/79, ferner G. Pagès, *La vénalité des offices dans l'ancienne France*. *Revue hist.* 1932, t. 169, p. 490.

⁹. Richelieu, *Politisches Testament*, übersetzt von F. Schmid, eingeleitet von W. Mommsen. *Klassiker der Politik*, Bd. 14, Berlin 1926.

gehabt, die seinem Einfluß ihre Stellen verdankten. Um solche Vorkommnisse künftighin zu verhindern, habe Heinrich IV. das *Annuel* eingeführt. Daß tatsächlich versucht wurde, auf diese Weise den Feinden der Regierung eine Beeinflussung der Beamten unmöglich zu machen und diesen eine neue Bürgschaft für ihr Amt zu geben, um ihre Ergebenheit zu gewinnen, ist durchaus glaubhaft.

Mag die Staatsräson ein Wort bei der neuen Regelung mitgesprochen haben, unbestreitbar ist, daß die *Paulette* im wesentlichen aufzufassen ist als eine finanzielle Maßnahme, deren Zweck es sein sollte, eine bessere Verwaltung der Einnahmen aus dem Ämterumsatz zu gewährleisten. In anderer, besonders rechtlicher Hinsicht wird die Bedeutung der *Paulette* oft überschätzt. In Wirklichkeit führte sie kein grundsätzlich neues Prinzip ein, sondern bestätigte höchstens einen seit langem bestehenden Zustand; der Käuflichkeit der Ämter konnte sie keinen großen Vorschub mehr leisten; und auf keinen Fall hatte das Edikt vom Dezember 1604 den Zweck, die Erblichkeit der Ämter einzuführen, diese bestand schon längst. Der Besitz einer *survivance* bedeutete ja volle Erblichkeit, und daß solche im Laufe des 16. Jahrhunderts in verschiedenen Edikten gewährt und sogar oktroyiert wurden, haben wir gezeigt.

Von der neuen Einrichtung machten die Beamten allgemein Gebrauch. Loyseau berichtet sehr reizvoll darüber. Anfang Januar 1608 begab er sich ins Büro der *Parties casuelles*, um sich über das *Annuel* zu unterrichten. Dort traf er eine Menge Beamte, die sich drängten und stießen, bis sie ihre Angelegenheit in Ordnung bringen konnten. War dies geschehen, so gingen sie schnurstracks zu einem Notar, um ihre Resignation abzuschließen. Diejenigen, die nach Eintreten der Dunkelheit nicht mehr abgefertigt werden konnten, jammerten und klagten, weil sie fürchteten, den kommenden Tag vielleicht nicht zu erleben. Dieser Geschäftseifer entlockte Loyseau den Ausruf: „Guter Gott, um wieviel eiliger haben wir es doch mit der Sicherstellung unsres Amtes als mit der Errettung unsrer Seele“.¹⁰

10. „J'avais mal choisy le temps. Je trouvay la dedans une grande troupe d'officiers se pressans et poussans, à qui le premier luy bailleroit son argent, aucuns, d'eux estoient encore bottez, venans de dehors, qui ne s'estoient donné le loisir de se débouter . . .“ (s. liv. II, ch. X, 1.)

Das Paulettesystem hielt sich mit einigen Unterbrechungen und Wandlungen bis zum Ausbruch der Revolution. Die erste Unterbrechung trat verhältnismäßig bald ein. Den Anstoß dazu gab die Ständeversammlung von 1614. Die Cahiers der drei Stände und die öffentliche Meinung setzten an der Paulette bereits in aller Schärfe das aus, was bis zur Revolution die Mängel des Systems blieben: Habgier der Richter, Vernachlässigung und Verachtung aller beruflichen Vorbildung, und als Folge davon große Unwissenheit der Beamten, insbesondere der Richter, Steigerung der Gerichtssporteln und sonstigen Gebühren, ferner die unwürdige Spekulation mit den Ämtern, die unsinnige Erhöhung ihrer Preise, das Aufkommen einer volksschädlichen Geldaristokratie und schließlich das, was Heinrich IV. gerade vermeiden wollte, nämlich Unabhängigkeit des Beamtentums dem Fürsten gegenüber.¹¹ All die Mängel also, die wir bereits feststellten, erhielten neuen Nährboden.

Der erste Ruf zum Angriff auf die Paulette ging vom Adel aus. Dieser trat in den ersten Sitzungstagen mit dem Klerus in Verbindung und bat ihn, die Forderung der Aufhebung der Paulette zu unterstützen.¹² Da auch ihm sein Cahier gebot, „diese verwünschte Wurzel alles Übels, dieses Monstrum“, nämlich die Paulette, wirksam zu bekämpfen, sagte er zu und setzte sich seinerseits mit den Abgeordneten des dritten Standes in Verbindung, um auch deren Beistand zu gewinnen. Scheinbar nahmen sie die Anregung mit großer Bereitwilligkeit auf. Schon in der Sitzung vom 15. No-

11. Dasselbe prophezeite Estoile schon im Jahre 1605: „On fit aussl en ce temps en France un partie de la justice en l'édit de Paulet tout propre pour la ruiner et abolir. Car la dispense des quarante jours que les officiers achetent fera, comme dit quelqu'un, qu' ils se dispenseront aisément de bien faire et feront porter injustement au peuple le tribut qu'elle leur coûte, tout ainsi qu'ils ont déjà fait et font encore tous les jours Il y a encore deux inconvenients qu'on côte qui proviendront de cette dispense: c'est qu'elle rendra tous offices patrimoniaux aux officiers et diminuera d'autant l'autorité du Roy, les tirant du pouvoir de Sa Majesté. L'autre inconvenient sera un vrai établissement de l'ignorance et par conséquent de toute confusion, car il ne sera pas grand besoin aux pères de faire étudier leurs enfants qui sans cela n'étudient déjà guère.“ (Mémoires-journaux, t. 8, p. 199 éd. 1876.)

12. Florimont Rapine, Recueil très exact et curieux Paris 1651, p. 127.

vember 1614 hatte der Obrichter von Saintes, Raymond de Montagne, drei Vorschläge eingebracht, die dem König unterbreitet werden sollten: Herabsetzung der Taille, Abschaffung der Pensionen und Aufhebung der Paulette. Mit eindringlichen Worten ließ er sich besonders über den letzten Punkt aus: „Wie werden wir in unsern Provinzen geachtet werden, wenn man hören wird, daß wir mit männlichem Mut unsern persönlichen Vorteil zurückgestellt und verlangt haben, daß die Ämter, die wir erblich besitzen, der Allgemeinheit, den Fähigsten und Geachtetsten zur Verfügung gestellt werden, um nicht denen zu gehören, die am begütertsten, am reichsten sind und am meisten Einfluß besitzen! Können wir unsern Mitbürgern einen besseren Beweis unsrer Rechtschaffenheit geben, als wenn durch unser Opfer der Preis der Ämter entsprechend niedrig wird, wie er augenblicklich hoch ist?“ Es sei eine Gewissenspflicht, die Abschaffung der Paulette zu verlangen, „die die Unwissenheit nährt und der Tugend und Gelehrsamkeit die Türe verschließt“.¹³ Diese mutige Rede eines selbstlosen Mannes erregte großes Aufsehen. Aber während die einen sie wunderbar fanden, fanden andere an ihr nur verba et voces. Die Versammlung billigte allgemein nach außen hin den Vorschlag im Prinzip, in Wirklichkeit aber trachtete die Mehrzahl ihrer Mitglieder seine Ausführung zu hintertreiben. Die meisten hätten nämlich ihr persönliches Interesse dem Gemeininteresse opfern müssen, denn unter den 192 Abgeordneten des dritten Standes befanden sich 132 Inhaber von Ämtern.¹⁴ Diese dachten an ihre Frauen, Kinder, an ihre Maitressen, an ihren Rang in der Gesellschaft und an den hohen Wert ihrer Ämter, Dinge, die ihnen mehr als alles andre am Herzen lagen. Auch den oberen Ständen paßte der Vorschlag in dieser Form nicht. Der Erzbischof von Aix teilte mit frommer Miene im Auftrag seines Standes mit, daß Raymond de Montagne gut gesprochen habe, daß seine Vorschläge wunderbar, aber — undurchführbar seien. Dem Adel und der Geistlichkeit lag an den Pensionen mindestens ebensoviel wie den Beamten vom dritten Stande an der Paulette. Der dritte Stand ging nun sehr strategisch vor. Seinem Mandat getreu nahm er die

13. Recueil des Etats généraux et autres assemblées nationales, Paris 1789, t. 16, p. 167 ff.

14. Normand, la Bourgeoisie franç. au 17^e siècle. Paris 1908, p. 17.

Forderung der andern Stände mit berechneter Bereitwilligkeit auf, ja er tat noch mehr. Auf sein Cahier sich berufend bat er jene, auch seine eigenen Wünsche nach Kräften zu unterstützen und auf die Entlastung des unter seiner Steuerbürde seufzenden Volkes in dem Sinne mit hinzuwirken, daß die Taille um ein Viertel herabgesetzt werde. Daran anschließend machte er einen weiteren Vorschlag, den auch Montagne gemacht hatte, und dessen wirklicher Zweck es war, den andern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der durch die Ermäßigung der Taille und die Aufhebung der Paulette entstehende Ausfall, erklärten sie, vermehre den Fehlbetrag und steigere die Verwirrung in der Finanzverwaltung, wenn nicht sofort ausgleichende Maßnahmen getroffen würden. Der König solle deshalb veranlaßt werden, alle im Etat eingeschriebenen Zuwendungen und Pensionen zu streichen.¹⁵ Dadurch könnten die Finanzen für immer auf gesunden Boden gestellt werden. Savaron, ein Wortführer des dritten Standes, sagte in einer Rede: „Man verlangt von Euch, Sire, daß Ihr die Paulette abschaffen möget, daß Ihr somit aus Eurem Schatze 1 600 000 l. auswerfet, die Eure Beamten Euch alljährlich bezahlen. Wie furchtbar dagegen, angesichts des herrschenden Elends, ist es, daß Eure Majestät im selben Zeitraum 5 660 000 l. an Pensionen dem Adel auszahlen“. Savaron ging noch einen Schritt weiter. Im Auftrag seines Standes erklärte er in der Kammer des Klerus, daß mit der Abschaffung der Paulette den Belangen des Staates nicht gedient sei; damit entstünde die Gefahr der Wiederkehr der zur Zeit der Ligue herrschenden Zustände, es müsse mit der Ämterkäuflichkeit überhaupt aufgeräumt werden.

15. In einer *Repuête* présentée au Roi par les députés du Tiers Etat en 1614 heißt es: „V. M., Sire, jugera, s'il lui plaît, quelle apparence il y a que la vénalité s'abolisse au dépens de son pauvre peuple, et qu'il en reçoive l'incommodité plus grande sans aucun profit présent et Sensible . . . mais, Sire, il y a un moyen de remplacer vos parties casuelles, plein de justice, sur les demandes que les trois ordres ont fait communément, si bien que nul aura occasion de s'en plaindre, c'est le retranchement des pensions excessives accordées à des personnes de tous les ordres, conditions et qualités, à la grande oppression de votre peuple, diminution de vos finances et mécontentement de plusieurs de vos sujets.“ s. a. Picot, *Hist. des Etats gén.* t. 4; Lalourcée-Duval, *Recueil des Etats gén.* t. 10; Richelieu, *Mémoires*, publ. p. la soc. de l'hist. de France, Paris 1907, t. 1. p. 317 ff.

Daß es den Abgeordneten des dritten Standes tatsächlich nicht um die Aufhebung der Paulette zu tun war, zeigte sich, als sie den Antrag der andern Stände ablehnten, eine Sondersteuer auf das Salz zu legen, in Höhe von 30 sous pro livre. Der Ertrag aus dieser Steuer sollte als Ersatz für das Annuel dienen, das nach den Angaben der Regierung jährlich 1 500 000 l. eintrug. Da die Salzsteuer eine indirekte und von allen Ständen zu tragende Steuer war, hätte diese Lösung keine Zurücksetzung für den dritten Stand bedeutet. Aber seinen Abgeordneten erschien sie nicht annehmbar, weil sie, wie sie sagten, von ihren Mandanten den Auftrag erhalten hatten, Steuerermäßigung zu erwirken und nicht, neue Steuern zu bewilligen. Sooft nun die ersten Stände die erwähnte Forderung erhoben, stellte ihnen der dritte Stand unter Hinweis auf die Lage der öffentlichen Finanzen die Notwendigkeit der Tailleverminderung und Streichung der Pensionen entgegen. Auf diese Weise stritten sich die Stände herum. Jeder sprach von der Entlastung des Volkes, von der Abschaffung der Mißbräuche, aber kein Stand zeigte sich bereit, Opfer zu bringen; jeder wollte eine Reform allein zu seinen Gunsten. Es war ein fruchtloses Hin und Her, eine gegenseitige Beschimpfung.

An der Auseinandersetzung nahm auch die breite Öffentlichkeit teil. Zahlreiche Broschüren erschienen, die teils für, teils gegen die Paulette Stellung nahmen. Ihren leidenschaftlichen Ton verrät oft schon der Titel. „Abhandlung über den unverschämten und phantastischen Vorschlag, den einige gemacht haben, welche hartnäckig behaupten, daß die Käuflichkeit der Ämter untersagt werden müsse“, ist eine solche Broschüre betitelt; dementsprechend sind auch ihre Ausführungen. Die Paulette und die Käuflichkeit der Ämter werden als große Wohltat gepriesen, und ihre Abschaffung wird hingestellt als grober Fehlgriff, als „reine Tollheit, als Wahnsinn, hinter dem sich verderbliche Absichten verbergen“. Andere Flugschriften dagegen, wie die „Paulette im Fieber“, das „Testament der Paulette“, oder „Die vom Annuel im Staat verursachten Übel“, vertreten nicht weniger scharf den entgegengesetzten Standpunkt. Die Paulette sei schuld an dem ungeheuren Steigen der Ämterpreise, behauptete die letztgenannte Schrift, sie sei schuld daran, daß die „Kinder der Sünde“, deren Väter auf verwerfliche Weise reich geworden seien, in die höchsten

Ämter gelangten, daß die Gerichtskörperschaften mit Leuten niederer Herkunft angefüllt seien, daß die Finanzleute einen Staat im Staate bildeten und die ersten Ämter am Parlament, der *Chambre des comptes* und die *Chargen* des königlichen Hauses kauften, um ihre Kinder und Freunde damit auszustatten und umso besser betrügen zu können, und endlich, daß Bestechlichkeit der Richter und Rechtslosigkeit an der Tagesordnung seien. Bestehe die *Paulette* noch zwei Jahre, dann werde ein Ratsamt am Parlament 100 000 l. kosten, und die andern Ämter würden in dem gleichen Verhältnis steigen. (In Wirklichkeit kostete damals ein Ratsamt 60 000 l., s. u. Kap. 8.) Sogar der Untergang des Staates wird vorausgesagt; „die Königreiche dauern nur solange als Gerechtigkeit in ihnen herrscht“.

Schließlich triumphierte die viel gescholtene und gehaßte *Paulette*. Der König versprach zwar den Ständen vor ihrem Auseinandergehen ihre Aufhebung; aber es geschah nichts. Daran war nicht nur die zwiespältige Haltung der Stände schuld, sondern ebenso sehr die der oberen Gerichtshöfe von Paris, die in dieser Frage jetzt schon ihr wahres Gesicht zeigten.

Gleich nach dem ersten Angriff des Adels auf die *Paulette* richtete die *Chambre des comptes* eine *Remontrance* an den König, in der es hieß: „Der, welcher zuerst das barbarische Gesetz der 40-Tageregel vorschlug, war ein Feind der Menschheit. Ist denn ein neuer Platon erstanden, der von Griechenland nach Frankreich kam, um sie (die Gegner der *Paulette*) zu unterweisen? Die Früchte, die Sie, Sire, von der Aufhebung des *Annuel* ernten werden, sind, daß Sie 1 500 000 l. des sichersten und zulässigsten Einkommens, das es in Europa gibt, verlieren. Es ist an der Zeit, Sie über Ihren wahren Vorteil aufzuklären und Sie anzuflehen, sich des unsrigen wohlwollend anzunehmen.“¹⁶ Kurze Zeit darauf erfolgte eine weitere Vorstellung beim König und schließlich eine dritte,¹⁷ in der die *Chambre des comptes* nach pathetischen Treue- und Dankesversicherungen und langen Wiederholungen den König

16. ms. fr. 11043, *Remonstrances sur la suppression du droit annuel*, 7 janvier 1615, fol. 271—273.

17. ebd. fol. 276. „Sire, voyez la troisième fois que les gens de vos comptes . . . se présentent devant Votre Majesté pour recueillir le fruit de leurs espérances, . . .“

inständig um die Erhaltung des Annuel bat, denn damit „wird an einem Tag, ja in einer Stunde, Eure Majestät hunderttausend Seelen, die in allen Städten und Provinzen des Königreichs zerstreut sind, verpflichten, Eure Regierung zu segnen“. Das Parlament billigte ausdrücklich diese Remontrances, und der Erfolg war, daß im Mai 1615 ein Erlaß erschien, der ein bereits abgefaßtes, den Beschwerden der Stände Rechnung tragendes Edikt widerrief und das Annuel bis zum 1. Januar 1618 verlängerte, sowie alle diesbezüglichen Verfügungen bis dahin zurückstellte.

Drei Jahre später nahm die in Rouen tagende Notabelnversammlung die Forderungen der Cahiers von 1614 wieder auf. Auch sie verlangte in erster Linie die Beseitigung der Paulette, weil seit ihrer Einführung die Ämterpreise über die Maßen gestiegen seien, so daß nur noch die ganz Reichen in die Ämter gelangten. Der König sicherte der Versammlung die Abschaffung der kritisierten Einrichtung erneut zu, und tatsächlich wurde das Annuel bald beseitigt. Ein Erlaß vom 15. Januar 1618 hob den „Dispens von den 40 Tagen“ für immer auf; niemals sollte er „unter irgendeinem Vorwand wieder eingeführt werden können“.¹⁸ Die Maßnahme begründend, führte die Präambel aus, daß das Annuel dem König die Möglichkeit nehme, diejenigen in Amt und Würden zu bringen, die es durch ihre Lauterkeit und Tüchtigkeit verdient hätten. Sie könnten nur dahin gelangen, wenn sie Hab und Gut für ein Amt opferten; meistens müßten sie noch den Kredit ihrer Freunde zu Hilfe nehmen, um den übermäßigen Preis bezahlen zu können, auf den das Annuel die Ämter getrieben habe.

Diese Verordnung sollte, wie es ausdrücklich hieß, der erste Schritt zur Beseitigung der Käuflichkeit überhaupt sein. Aber die Regierung erachtete ein Übergangsstadium für notwendig. Sie hielt vorerst die Resignationsfreiheit aufrecht, um den Beamten die Möglichkeit zu lassen, „ihre Angelegenheiten zu regeln, und um selbst einen Fonds zu finden, den Ausfall in den Parties casuelles zu ersetzen“.¹⁹

Auch diesmal hatten die oberen Gerichtshöfe versucht, im entgegengesetzten Sinne auf den König einzuwirken. Das Parla-

18. Arrêt du conseil d'Etat du 15 janvier 1618. (A. N. AD IX 447 B.)

19. s. Picot, a. a. O., t. 4, p. 425.

ment von Rouen marschierte an der Spitze. Freilich mußte es zugeben, daß die Käuflichkeit der Ämter und die Paulette dem Staate nachteilig seien, meinte aber, man müsse sie achten, weil sie den Bedürfnissen des Staates gedient hätten.²⁰ Die *Chambre des comptes*, die sich bereits 1614 so eifrig gezeigt hatte, schickte in diesem kritischen Augenblick eine Abordnung nach Rouen, um den König daran zu erinnern, daß sie bereits zum vierten Male für ihre Beamten und die des ganzen Königreichs um die Erhaltung der Paulette einkomme. Sie berief sich auf die weise Verlegung Heinrichs des Großen (gemeint ist Heinrich IV.) und die darauf beruhenden festen Einnahmen. Die Paulette sei vergleichbar mit „nie versiegenden, labenden Milchbrüsten, mit einer ständig fließenden Quelle und mit einer sanft dahinlaufenden, alle Teile des Körpers erquickenden Blutsader“.²¹

Als der König im Februar 1618 nach Paris zurückgekehrt war, wiederholte die *Chambre des comptes* ihre Vorstellungen. Sie wagte sogar, die aus der Aufhebung der Paulette sich ergebenden Folgen als unheilvoll, für den einzelnen und den Staat in gleicher Weise schädlich zu bezeichnen.²² Ihre vom Parlament unterstützten *Remontrances* vermochten jedoch nicht, die erlassene Verfügung rückgängig zu machen. Bedeutungsvoll wurden sie aber dadurch, daß sie der Regierung Argumente für die Wiederherstellung des alten Zustandes lieferten. Trotz seiner starken Sprache sollte nämlich der Erlaß vom Januar 1618 nicht lange in Kraft sein. Schon nach zwei Jahren erschien eine Deklaration, die für alle Ämter, welche vorher von den *Parties casuelles* abhängig gewesen waren, das *Annuel* wieder einführte. Nur für die ersten Präsidenten der Parlamente und deren Generalprokuratoren wurde es nicht zugelassen.²³ Als Begründung für die Rückkehr zum früheren System führte die Regierung an, die Widerrufung des *Annuel* habe nicht die Früchte getragen, die man erwartete, die Ämterpreise seien gestiegen, die Eignung der Beamten habe sich verschlechtert und die Gesuche betreffs der Wiederherstellung hätten sich ständig

20. Floquet, a. a. O., t. 4, p. 364.

21. de Boislisle, *La Chambre des Comptes*, Paris 1873, pièces justificatives No. 396.

22. ms. fr. 11 043, fol. 282 ff.

23. Déclaration . . . du 31 juillet (AD IX 447 B).

gemehrt. Ferner sei die Regierung durch den Ausfall in den Parties casuelles „eines der gesichertsten Hauptfonds in den Staatsfinanzen“ beraubt worden. Der Hinweis auf die affaires pressantes und die nécessités der Zeit fehlte ebenfalls nicht.²⁴

Es kamen nun die neunjährigen Perioden auf, für deren Dauer die Regierung die Aufrechterhaltung der Paulette zusicherte; das förderte die Ständigkeit dieser Einrichtung weitgehend und leistete faktisch der Erbllichkeit der Ämter großen Vorschub. Zum Zeichen der Erkenntlichkeit mußten — das war die fiskalische Verbesserung — die Beamten sich zu einem „Prêt“ bequemen, der fortan mit jeder Erneuerung der Paulette fällig wurde und in den ersten drei Jahren der betreffenden Periode zu entrichten war. Vor der Zulassung zum Annuel mußte die Hälfte des Prêt bezahlt werden. Eine Deklaration vom Juli 1620 setzte ihn auf den „20. denier“ des 1604 geschätzten Amtspreises fest, das Annuel auf den „100. denier“. Diese letzte Taxe war angesichts der gewaltigen Steigerung der Ämterpreise sehr niedrig und zweifellos nur deshalb so angesetzt, damit sie als Lockmittel diene. Im folgenden Jahr wurde nämlich das Annuel auf den 60. denier erhöht und damit der Satz von 1604 wieder eingeführt. Die Beamten der cours souveraines — darunter versteht man die Parlements, die Chambres des comptes und die Cours des aides — und der Bureaux des finances erlangten Befreiung vom Prêt; alle andern mußten ihn zum 15. denier entrichten.²⁵ Die Resignationsgebühr betrug für die dem Regime der Paulette Unterworfenen wie früher ein Achtel des geschätzten Amtspreises. In sämtlichen andern Fällen behielt sich der König vor, die Höhe dieser Abgabe von Fall zu Fall festzusetzen sowie unter Umständen die höheren und mittleren Ämter beim Freiwerden selbst zu vergeben.²⁶ Diese Bestimmungen

24. „Et bien que la nécessité de nos affaires nous peust dissuader de changer les conditions de nostredite déclaration, estant contraint de faire fonds d'une notable somme de deniers pour satisfaire aux grandes despenses ausquelles nous sommes obligez pour affermir et maintenir la tranquillité publique . . .“

25. Déclaration du Roy pour le rétablissement du droit annuel, 22 février 1621.

26. „Nonobstant toutes lettres qui pourroient avoir esté accordées lesquelles nous avons révoquées et révoquons.“

wurden natürlich nur getroffen, um alle Beamten zu veranlassen, von der Paulette Gebrauch zu machen.

In der Folgezeit wechselten die Taxensätze oft. Als 1630 eine neue Periode der Paulette begann, erschien zunächst eine Deklaration, die den Prêt auf den 4. denier erhöhte, das Annuel jedoch beim 60. denier beließ.²⁷ Aber auf den Protest des Parlaments hin ermäßigte die Regierung jenen bedeutend;²⁸ für die cours souveraines auf den 8., die Bureaux des finances und die Präsidialhöfe auf den 6. und für alle übrigen Körperschaften auf den 5. denier. Da als amtliche Schätzung immer noch die des Jahres 1604 galt, waren die Taxen tragbar, denn der Marktpreis lag um ein Mehrfaches über ihr. Die angegebenen Sätze erhielten auch bei der folgenden Erneuerung der Paulette ihre Bestätigung;²⁹ die Schätzungsgrundlage änderte sich jedoch. Angesichts der Preissteigerung der Ämter erhöhte sie sich dem Wortlaut einer Deklaration gemäß um ein Viertel.³⁰ Ungeachtet aller Schwankungen der Marktpreise blieb dieser Satz das ganze Jahrhundert hindurch maßgebend für die Entrichtung des Annuel und Prêt. Auch die Handhabung des Annuel wurde nun in mancher Hinsicht verbessert; jeder, der in der neuen Periode von der Paulette Gebrauch machen wollte, hatte sämtliche neun Jahresbeträge zu zahlen;¹ man konnte also nicht beliebig aussetzen.

Rechtmäßigerweise hätte der Prêt nicht entrichtet zu werden brauchen, denn zwei Jahre vorher³² hatte die Regierung alle Beamten für die folgende Periode von ihm befreit unter der Bedingung, daß sie das Annuel für die nächsten neun Jahre in drei gleichen Zahlungen leisteten. Diese Ablösung nahm im darauffolgenden Jahre die Form des Zwangs an. Wer sie nicht vornahm,

27. Déclaration, 21 juin 1630.

28. Déclaration, 21 dec. 1630.

29. Déclaration, 6 oct. 1638.

30. In Wirklichkeit war das Verhältnis der Erhöhungen keineswegs einheitlich, wie ein Vergleich der Estats d'évaluation von 1604 und 1638 zeigt (s. ms. fr. 3435 und ms. fr. 11 109—11 110). Manche Ämter erhöhten sich um mehr als das Doppelte, manche um zwei Drittel, andere um ein Drittel und wieder andere um ungefähr ein Viertel oder noch weniger.

31. s. a. ms. fr. 613 (Coll. Clair.), *Traité des offices de France*.

32. Déclaration, oct. 1636.

mußte sich darauf gefaßt machen, in den kommenden neun Jahren nicht zur Paulette zugelassen zu werden; die Betreffenden liefen also Gefahr, daß ihre Ämter im Todesfalle als vakant an die Parties casuelles zurückfielen.³³ In Wirklichkeit handelte es sich, wie die Regelung von 1638 deutlich zeigt, um eine der vielen Verordnungen rein fiskalischer Art, die in jener Zeit sozusagen am laufenden Bande erlassen wurden.

Auch in der Folgezeit hatte das Paulettesystem mancherlei Schwankungen durchzumachen. Die Oktroyierung der Erblichkeit der Ämter spielte dabei eine Hauptrolle. Einer ganzen Reihe von Beamten war sie schon längst gewährt worden, so den Beamten der Marktpolizei, den Prokuratoren,³⁴ den Gerichtsdienern und Sergeanten in den Präsidialhöfen, Bailliages und andern Gerichtssitzen.³⁵ Als Vorwand hatte die Behauptung gedient, daß diese kleinen Beamten nur schwer in der Lage seien, die üblichen Gebühren zu entrichten, weshalb ihre Ämter oft vakant und ihre Familien ruiniert würden. Trotzdem mußten sie die neue Gunsterweisung mit einer im Conseil festgesetzten Taxe bezahlen, und der gleichen „Formalität“ entgingen sie auch späterhin nicht; die Regierung bestätigte ihre Vergünstigung von Zeit zu Zeit gegen neue Zahlungen. Dieser Fall trat schon nach neun Jahren (1638) ein,³⁶ und zwar kam die verordnete Taxe der Jahreseinnahme aus allen direkten und indirekten Einkünften dieser Beamten gleich. Drei Jahre später (1641) hob ein Edikt alle gewährten Erblichkeiten und survivances auf, weil die Regierung sich zu ihrem „großen Bedauern“ gezwungen sah, außerordentliche Mittel zu suchen, um die Kosten, die der Krieg verursachte, bestreiten zu können.³⁷ Eine Berücksichtigung der geleisteten Summen geschah insofern, als diesen Beamten der auf die Jahre 1638 bis 1641 entfallende Betrag für das Annuel in Abrechnung gebracht wurde. An die Stelle des Prêt trat eine augmentation de gages,

33. Déclaration, mars 1637, vgl. ms. fr. n. a. 2495, p. 141 ff. (Dictionnaire hist. et chron. des offices de France, par Bertin, Trésorier des Parties casuelles.)

34. Im Jahre 1620.

35. Im Jahre 1629.

36. Déclaration, 6 déc. 1638.

37. Déclaration, oct. 1641.

eine Benennung, auf die wir noch oft stoßen werden, und die einer Erläuterung bedarf.

Die augmentations de gages spielten im Ämterwesen des Ancien régime eine große Rolle. Mit den Gagen dürfen sie nicht verwechselt werden; der König gewährte sie nicht etwa in Form von Gehaltszulagen, sondern er oktroyierte ihre Annahme unter dem Vorwand irgend einer Begünstigung. Die betroffenen Beamtenkörperschaften erhielten freilich einen Zusatzbetrag zu ihren jährlichen Gagen ausbezahlt, aber nur auf Grund eines vorher von ihnen hergegebenen Kapitals. Die augmentations de gages gingen im Grunde genommen auf regelrechte Zwangsanleihen zurück; die Benennung war also mit „Zins“ gleichbedeutend, und sie verschleierten die Tatsache, daß die Beamten die Gläubiger des Königs waren. Die in dieser Form von ihnen an den Staat bezahlten Summen beliefen sich auf viele Millionen. Meist handelte es sich um verlorenes Geld, weil die Hauptsumme nach einigen Jahren nur noch unvollständig und schließlich überhaupt nicht mehr verzinst wurde. Mit den taxations und attributions aller Arten, die in eine Reihe mit den augmentations de gages zu stellen sind, verhielt es sich ähnlich. Der Beamte bekam das Recht, unter irgendeinem Vorwand eine Sondertaxe zu erheben, oder er erhielt eine kleine Obliegenheit zu seinen bisherigen Amtsaufgaben hinzu und als Entgelt dafür einige deniers, die pro livre der Steuersumme zu berechnen und zu einem bestimmten Zinsfuß angesetzt waren. Das Hauptkapital aber hatte vorher die Beamtenschaft, der die Zubilligung galt, an den König abzuführen. Taxationen und Attributionsen unterschieden sich von den augmentations de gages im Prinzip nur dadurch, daß die Zinsen nicht direkt aus der königlichen Kasse bestritten wurden, sondern das Volk die entsprechende Summe aufzubringen hatte; sie wurde in den einzelnen Bezirken gleich von der Hauptsteuersumme berechnet.

Keihen wir zur Paulette zurück! Die Zulassung der erwähnten Beamten zum Annuel wäre an sich nicht zu teuer erkaufte gewesen, denn die augmentations de gages bekamen sie zum denier 14, d. h. zu einem Zinsfuß von 7%. Aber schon im folgenden Jahr erschien ein neues Edikt, das den alten Zustand nicht nur für sie, sondern

allgemein wiederherstellte. Alle Ämter ohne Ausnahme erhielten die Erblichkeit zugesprochen.³⁸ Den großen Vorteil, den die Regierung den Beamten in diesem Zusammenhang versprach, ließ sie sich aber mit einer im Conseil festgesetzten Summe abkaufen. An die Stelle des *Annuel* trat nun das *droit royal* in derselben Höhe. Die Rechte, Gagen und Attributionen unterlagen einer Sonder-taxierung. Das *droit de résignation* blieb ebenfalls in Form eines *droit de mutation* bestehen. Auf unpünktlicher Zahlung stand Pfändung der Güter der Säumigen. Diese Regelung sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Ein Edikt vom Januar 1644 entband die dominalen Ämter, die Schreiber (*greffiers*) der Parlamente und der andern Gerichtshöfe vom *droit royal* gegen eine *augmentation de gages* in Höhe von 123 000 l., was einem Kapital von über zwei Millionen entsprach. Im Juni desselben Jahres befreite ein weiteres Edikt die gesamte Beamtenschaft vom *droit royal* gegen Zahlung einer Abgabe, die einem Zehntel des Amtswerts gleichkam.³⁹ Nur zwei Jahre verflossen, bis eine neue Verordnung erschien. Die Regierung hatte entdeckt, daß durch die Verleihung der Erblichkeit ein großer Ausfall in den *Parties casuelles* entstanden war, in dem Fonds, „der stets eine der besten Einnahmequellen des Königreichs darstellte“, und weil es „nicht vernünftig wäre“, diesen Ausfall länger zu tragen, widerrief sie alle gewährten Erblichkeiten und *survivances* und machte sämtliche Ämter wieder kasueller Natur.⁴⁰ Das Regime der *Paulette* trat in der 1638 festgelegten Form von neuem in Kraft, nur mußte das *Annuel* sowohl vom Amt als auch von den mit ihm verbundenen Rechten bezahlt werden. Der *Prêt* fand ebenfalls wieder Eingang. Eine Verfügung vom März 1648 setzte ihn zunächst für die Präsidialhöfe auf den 6. denier fest, für die andern niederen Körperschaften auf den 5. denier.⁴¹ Die *cours souveraines* dagegen waren von ihm befreit. Sie genossen überhaupt oft Sondervergünstigungen, und der *Prêt* wurde ihnen häufig gegen *augmentations de gages* erlassen.⁴² Auch andere Beamten-körperschaften erlangten für diesmal die gleiche Vergünstigung;

38. Déclaration, 25 janvier 1642, vgl. Décl., 24 janvier und 9 avril 1643.

39. Edit du Roy port. décharge et extinction du droit royal, du juin 1644.

40. Edit port. révoCAT. des hérédités, oct. 1646 (AD IX, 447 B).

41. s. Déclar., 13 mars, 30 juillet und 3 août 1648.

42. s. ms. fr. n. a. 2495—2496.

zumindest ermäßigte die Regierung den Satz des Prêt bedeutend. Das geschah nicht ohne Grund. Die Gagen waren nämlich seit einer Reihe von Jahren nur sehr mangelhaft ausbezahlt worden; ein Viertel war seit 1640 ganz gestrichen, und später nahm die Regierung noch weitere Abstriche vor. Da der Staat 1648 so gut wie bankrott war und die Gagen mehrere Jahre lang überhaupt nicht bezahlt werden konnten, mußte die Regierung den Prêt größtenteils fallen lassen.

Das sind nicht die letzten Änderungen. Die geschilderten Vorgänge wiederholten sich in ähnlicher Weise im folgenden Jahrzehnt. Im Jahre 1657 stellte die Regierung den Beamten die Erneuerung der Paulette wie bisher in Aussicht. Da sie in den letzten Jahren durchweg mit hohen augmentations de gages bedacht worden waren, erhielten sie zunächst Befreiung vom Prêt. Aber im März dieses Jahres verordnete die Regierung ihn für die cours souveraines; alle andern Körperschaften mußten sich erneut zu augmentations de gages bequemen, deren Höhe jedoch nicht einheitlich, sondern gestaffelt war und von den in den letzten Jahren vorgenommenen und für die kommenden Jahre geplanten Abstrichen von den wirklichen Gagen abhing. Bald folgte ein grundsätzlich anderes Unternehmen. Eine Deklaration vom September stellte die im Jahre 1646 aufgehobene Erbllichkeit der Ämter und der mit ihnen verbundenen Rechte wieder her, um in Verbindung mit einer neuen Bezeigung königlicher Huld eine der vielen klaffenden Lücken im Budget auszufüllen. Die Regierung gab sich mit wenigem zufrieden, sie begnügte sich mit einer weiteren Beschneidung der Gagen, Rechte und Taxationen für die Jahre 1657 bis 1659 und führte das droit de mutation in Höhe des 20. denier wieder ein, das beim Amtswechsel entrichtet werden mußte.⁴³ Diese Maßnahme erhält erst ihren richtigen Sinn, wenn wir in Betracht ziehen, daß sie unter Fouquet, dem berüchtigtsten aller Finanzminister, getroffen wurde. Sie ist als rein fiskalischer Kniff zu bewerten und stellt nur einen der vielen Tricks dar, mit denen er die Kassen immer wieder zu füllen verstand. Die Betrachtung des Ämterhandels in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird dies unmißverständlich dartun.

43. Edit mars 1659.

Auch die Regelung von 1657 dauerte nicht lange. Als Colbert Finanzminister geworden war, stellte er den normalen Zustand wieder her, d. h. die Paulette.⁴⁴ Von nun an sollte jedes Amt beim Tode seines Inhabers als vakant gelten, wenn die vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt, insbesondere das Annuel und der Prêt nicht regelmäßig entrichtet worden waren. Colberts Handeln zielte hin auf eine Vereinheitlichung aller Ämter und Rechte mit kasuellem Charakter, um so die Voraussetzung zu schaffen für die Verwirklichung seines Endziels: mit aller Käuflichkeit der Ämter aufzuräumen und einen Beamtenstand zu schaffen, der dem absolutistischen Staate als solide Säule diene.

44. Edit port. révocat. de l'hérédité et survivance accordées à tous offices, mai 1661 (AD IX, 448).

Fünftes Kapitel.

Ämterschacher großen Stils und Richelieus Finanzpolitik.

Unter der Regierung Heinrichs IV. verlangsamte sich das Tempo der Ämtererrichtungen erheblich. Sein Finanzminister Sully hat daran das Hauptverdienst. Durch Sparsamkeit, Ordnung und strenge Überwachung brachte er — zum ersten Male im 16. Jahrhundert — die Staatsfinanzen dauernd ins Gleichgewicht. Dabei bediente er sich der berüchtigten Mittel seiner Vorgänger nur mit einem gewissen Widerstreben, denn er erblickte, wie bereits erwähnt, in dem erschreckenden Anschwellen der Zahl der Beamten eine schwere Gefahr für das Staatswesen, und er versuchte dem Unheil zu steuern. Wenige Worte mögen den zu Beginn des 17. Jahrhunderts herrschenden Zustand umreißen.

In den Sitzen der Präsidialhöfe, Bailliages, Sénéchaussées, Elektionen, Greniers à sel, Bureaux des finances etc. wimmelte es von Beamten. Jeder Bailliage wies auf: einen Präsidenten, die Leutnants — den lieutenant général, particulier und criminel bzw. den Oberrichter, Hilfrichter und Strafrichter —, die Räte, Beisitzer (assesseurs), Prokuratoren, Advokaten, den Staatsanwalt, den Siegelbewahrer (garde des sceaux), den Amtmann (prévôt) mit dem Stab usw., durchschnittlich ungefähr 25 Beamte. In den Elektionen gab es einige weniger, aber auch noch mehr als genug. Die Einnehmer (receveurs) der Taille, des Taillon, einer zusätzlichen Steuer zur Taille, der Aides usw. und deren Kontrollleurs waren alle mindestens doppelt vorhanden. Am schlimmsten stand es in den Bureaux des finances. Hier waren es vor allem viele Schatzmeister (trésoriers), die den Rahm abschöpften.¹ Nicht vergessen werden darf das zahlreiche Volk der Sergeanten, Gerichtsdieners, Notare etc.; und das alles bei einer wenig verschlungenen Verwal-

1. Einen guten Einblick geben auch die Estats d'évaluation von 1604, z. B. ms. fr. 3435.

tung, die nur eine direkte Steuer kannte. Konnte es da wundernehmen, daß überall Klagen laut wurden? Ein besonderer Fonds, den Sully anlegte, sollte die Mittel liefern, alle vakant werdenden überzähligen Ämter abzulösen.² Viele Stellen in der Finanzverwaltung waren, wie sich bereits zeigte, nicht nur doppelt, sondern dreifach besetzt, mit einem Ancien, Alternatif und Triennal. Die Aufhebung zahlreicher Triennalstellen gelang Sully dadurch, daß er sie durch den Ancien und Alternatif ablösen ließ; jeder von ihnen mußte das halbe Amt des Dritten für sich erwerben. Für die damit verbundene Erweiterung ihres Amts waren sie verpflichtet, einen eigens zu diesem Zweck festgesetzten Betrag zu zahlen. Mit dem auf diese Weise gebildeten Kapital vollzog die Regierung die amtliche Ablösung. Oft betrug es so viel, daß der König noch einen beträchtlichen Gewinn herausschlug. Derartige Verfahren wurden Amtsreunionen oder Inkorporierungen genannt.^{2a}

Wie weit Sully jedoch noch von seinem Ziel, der Schaffung gesunder Verhältnisse entfernt blieb, zeigte sich auf der vier Jahre nach seinem Sturz zusammentretenden Versammlung der Generalstände, wie bereits im Zusammenhang mit der Paulette erwähnt wurde. In deren Cahiers spielt die Frage der Ämterkäuflichkeit eine wichtige Rolle. Hier mögen sie uns einen lehrreichen Einblick in das Ämterwesen und die Stellung der verschiedenen Stände zu ihm gewähren.

Der Klerus beklagte sich darüber, daß jetzt selbst mit den Chargen des königlichen Hauses und den Ämtern, die man ehemals nur auf Grund größerer Verdienste verliehen erhielt, ein schändlicher Handel getrieben werde, und nicht Tugend, sondern das Gold, das Meistgebot, ausschlaggebend sei. Er forderte Aufhebung aller Ämterkäuflichkeit, ferner die Durchführung der Ordonnanz von Blois, denn „das Geld hat sich zum Herrn der Rechtsprechung gemacht, aus der es Ehre, Reinheit und Lauterkeit verdrängt“.³ In

2. s. Mémoires, lettres, instructions de Colbert, publ. p. Clément. Paris, 1859, t. 7, p. 412.

2a. s. a. Permezel, La politique financière de Sully dans la généralité de Lyon. 1935, p. 14 f.

3. s. Recueil des cahiers gén., p. Lalourcée-Duval, 1789, t. 16, bes. Art. 159 und 233 ff.

ähnlichen Worten drückte sich der Adel in seinem Beschwerdeheft aus, das dieselben Forderungen stellte.⁴ Unter den von ihm angeführten Gründen taucht nun ein beachtenswerter Einwand auf: die Ämterkäufllichkeit raube den Gentilshommes jegliche Hoffnung, in die Cours souveraines zu gelangen, die mindestens zu einem Drittel aus Adligen par extraction bestehen müßten.⁵

Das Beschwerdeheft des dritten Standes endlich schließt sich der Klage der anderen Stände an; es läßt sich aus vor allem über die ungeheuerliche Zahl — le nombre effréné — der Beamten im Königreich als eine der Lasten, die das arme Volk am meisten drückten. Von dieser Tatsache leitet es her die Feilheit der Rechtsprechung, die Unordnung der Finanzen, das Darniederliegen des Handels und die Begünstigung des Ehrgeizes und der Prunksucht. Auch es verlangt die Durchführung der Ordonnanz von Blois, was in erster Linie die Aufhebung der seither errichteten Ämter, insbesondere die den Parlamenten und der Körperschaft der königlichen Sekretäre aufgezwungenen in sich schließt. Mit sofortiger Wirkung sollen auch aufgehoben werden die Stellen der Präsidenten in den Präsidialhöfen, der Hilfsrichter, Strafrichter und von deren Beisitzern (assesseurs criminels), ein großer Teil der Posten der Räte in den Bailliages und Sénéchaussées, der Kontrolleure, Kommissare, Prüfer, Schreiber, Schatzmeister, Salzverkäufer, Advokaten, Prokuratoren usw. Es würde zu weit führen, die lange Liste der in 50 Artikeln aufgezählten Ämter vorzuführen, die alle der Aufhebung anheimfallen sollten. Das Cahier selbst weist auf die Unmöglichkeit einer genauen Aufzählung hin. „Weil es ausgeschlossen ist, alle Ämter und Chargen im einzelnen anzuführen, die zum Schaden der alten Beamten und aller Untertanen errichtet worden sind“, bittet es, sämtliche Edikte und Deklarationen zu widerrufen, deren Zweck es war, Ämter zu errichten oder wiederherzustellen; ja es verlangt ein Gesetz, das Vorschläge, die auf

4. „La vénalité qui s'est glissée et introduite dans les charges de la guerre, de la maison de votre Majesté . . . ôte le courage à tout le monde de bien faire et ne laisse aux hommes que le soin de se faire riche par toutes sortes de moyens ravissant l'espérance à ceulx qui, par services, se sont voulu rendre dignes de telles récompenses.“

5. ebd. Chap. de la noblesse.

Erschließung derartiger finanzieller Hilfsquellen hinauslaufen, verbietet und unter Strafe stellt.⁶

Die Cahiers der drei Stände zeigen in ihren Forderungen deutliche Unterschiede. Den oberen Ständen lag vor allem das Grundsätzliche der Frage am Herzen, denn die Ämterkäuflichkeit beraubte sie ihres politischen Einflusses; dem dritten Stande dagegen war in erster Linie das Übermaß der geschaffenen Ämter ein Dorn im Auge. Auf diesen Gegensatz ist es in der Hauptsache zurückzuführen, daß der Frage der Ämterkäuflichkeit ein ähnliches Schicksal beschieden ward wie der Paulette, mit der sie eng zusammenhing. Von Anfang an war der dritte Stand anderer Meinung als die oberen Stände. Der Mehrzahl seiner Abgeordneten lag weniger an der Aufhebung der Ämterkäuflichkeit als daran, daß das Königtum in Zukunft von dieser Einrichtung keinen zu starken Gebrauch machte. Sorge bereitete ihnen auch die Regelung der Liquidation, die allein schon durch die seit dem Bestehen der Paulette andauernde Steigerung der Ämterpreise erschwert war. Würde die Regierung nicht versuchen, auf der Grundlage der amtlichen Schätzung von 1604 zu liquidieren? Woher wollte sie, die kaum über die notwendigsten Mittel verfügte, das Kapital zur Ablösung nehmen? Es konnte nur beschafft werden durch neue Steuern, die zu bewilligen die Abgeordneten keine Vollmacht hatten. So bewegte man sich im Kreise, und da der Regierung eine Preisgabe der Ämterkäuflichkeit, die eine Goldgrube für sie bedeutete, innerlich widerstrebte, hatten die Verhandlungen, bei denen jeder Stand sich an dem andern schadlos halten wollte, keinen andern Zweck, als die Unmöglichkeit einer Änderung darzutun.⁷

Eine Anzahl Traitants erbot sich allerdings, sämtliche Ämter für den König abzulösen, und zwar auf dem Fuße der ursprünglichen finance unter der Bedingung, daß sie dieselben zwölf Jahre lang durch eigene Kommis ausüben und während dieser Zeit alle mit ihnen verbundenen Rechte und Gagen in Anspruch nehmen dürften. Außerdem verlangten sie für sich eine Steuer von 50 sous

6. „Et d'autant que l'expérience a fait reconnoître que l'introduction pernicieuse de tout ce que dessus est provenue, de ce que certaines personnes accoustumées de s'enrichir à la ruine de vos pauvres subjects et du désordre et désolation publique surprenant à cette fin la religion des rois vos prédécesseurs, supposant quelque prétexte du bien public et faisant des funestes conséquences de telles nouveautés ...“

7. Literatur s. o. S. 90.

auf das Minot Salz in dem genannten Zeitraum. Dagegen aber machte der dritte Stand geltend, daß dieses Verfahren zahlreiche Bedrückungen des Volkes mit sich bringen würde; das Volk würde ganz den Traitants ausgeliefert, die nur bestrebt wären, das sich auf ungefähr 200 Millionen belaufende Ämterkapital auf alle erdenkliche Arten aus ihm herauszupressen.⁸

Bei der Uneinigkeit der Stände hatte der Hof leichtes Spiel. Er nahm alle ihre Bitten scheinbar wohlwollend auf, nur verlangte er die Abfassung des Cahier général, damit es als Grundlage und Richtlinie für Reformgesetze dienen könne. Die Erfüllung dieser Forderung aber scheiterte an der Zwiespältigkeit der Stände.⁹ Als der Hof sich das Hin und Her einige Monate mitangesehen hatte, erinnerte er die Abgeordneten an ihre Pflichten in der Heimat, denen sie sich nicht zu lange entziehen dürften, an die ihren Mandanten erwachsenden Kosten, und schließlich schickte er die Generalstände in einer wenig würdigen und mit ihrer verfassungsmäßigen Stellung kaum zu vereinbarenden Weise nach Hause.

Vor ihrer Auflösung Ende März 1615 hatte ihnen der König mitteilen lassen, daß er entschlossen sei, neben der Paulette auch die Ämterkäufllichkeit zu beseitigen und alles zu regeln, was damit im Zusammenhang stehe, die Pensionen zu kürzen und eine *Chambre de justice* einzusetzen zur Ahndung der in der Finanzverwaltung begangenen Veruntreuungen. Diesen so laut bekundeten Absichten handelte die Regierung aber stracks zuwider, indem sie ohne Unterbrechung mit Ämtererrichtungen fortfuhr. Sogar während der Tagung der Stände hatte sie unbekümmert neue Ämteredikte erlassen, unter anderem 100 königliche Sekretäre eingesetzt, die das Parlament als Phantasiebeamte bezeichnete, von denen man nicht zu sagen wisse, zu welchem Zweck sie eigentlich da seien.¹⁰ Die Paulette, sahen wir bereits, wurde ebenfalls verlängert, und die *Chambre de justice* trat nicht zusammen. An diesem Ergebnis trugen aber letzten Endes die Stände selbst die Hauptschuld. Sie hatten nur Forderungen zu stellen verstanden, nicht aber der Regierung gangbare Wege zu ihrer Verwirklichung zu zeigen gewußt.

8. Forbonnais, *Considérations et recherches sur les finances de France*. 1758, t. 1, p. 141 ff.

9. *Recueil de pièces orig. con. la tenue des Etats gén.* t. 10, p. 10.

10. *Remontrances du Parl. de Paris*, 22 mai 1615 (Isam., 16, p. 64).

Als Sully im Jahre 1610 abging, hatte, dank der von ihm geschaffenen Ordnung, der Staat noch für einige Jahre normale Lebensmöglichkeiten. Aber schon beim Zusammentreten der Generalstände waren die von ihm angesammelten Schätze aufgebraucht, größtenteils von den Höflingen verpraßt oder sonst vergeudet. Damals hielt das Parlament dem König vor: die Verschwendung, die seit dem Tode Heinrichs IV. stattgefunden habe, sei unglaublich. Die Einnahmen seien inzwischen keineswegs gesunken, aber während Sully jährlich zwei Millionen zurücklegte, zehre man jetzt von den Ersparnissen. Für Pensionen und Gratifikationen seien im Jahre 1610 1 823 540 l. ausgegeben worden, im darauffolgenden Jahre dagegen schon 4 117 456 l.^{10a}

Nachdem die Ersparnisse vollends verbraucht waren, deckte die Regierung des minderjährigen Ludwigs XIII. ihre außerordentlichen und stets wachsenden Bedürfnisse mit Hilfe außerordentlicher Mittel, der „altbewährten“ Mittel: Veräußerungen von Domänen und dominaler Rechte, Errichtung neuer Ämter und Neubestätigungen früher beseitigter, hauptsächlich der von Sully aufgehobenen Triennialstellen. Ein Edikt vom November 1615 stellte eine ganze Reihe von solchen wieder her.¹¹

Der von der Regierung weiter betriebene Ämterschacher forderte den schärfsten Protest der 1617 in Rouen zusammentretenden Notabelnversammlung heraus. Die altbekannte, bald langweilig und lächerlich wirkende Forderung wurde wieder laut: Abschaffung der Käuflichkeit der Ämter und Herabsetzung ihrer Zahl. Denn dem Handel, dem Handwerk und andern dem Staat nützlichen Berufen würden die besten Kräfte entzogen, „die in größtenteils unnützen Ämtern herumfaulenzten und dort Gelegenheit suchen, das Volk durch Prozesse, Schikanen und Schliche auszubeuten“.¹²

Die Versammlung bat den König, das Büro der Parties casuelles zu schließen, hinsichtlich eines Ersatzes für den finanziellen Ausfall wußte sie ihm aber nichts vorzuschlagen. Sie stellte die

10^a. Ebd. p. 72.

11. Insbesondere die im Jahre 1597 aufgehobenen. Darunter fielen die verschiedenen Arten von trésoriers, contrôleurs, receveurs, payeurs, visiteurs, grenetiers etc., s. *Rôle des offices triennaux du mois de novembre*.

12. s. *Mémoires de Mathieu Molé* (éd. de la soc. de l'hist. de France), t. 1, p. 206—212, 18^e et 20^e proposition.

Durchführung ihrer Forderungen der Weisheit des königlichen Rats anheim, verlangte jedoch, daß man das Volk mit neuen Steuern verschone. Ein Edikt vom Juli 1618 leistete den Wünschen der Versammlung Genüge, freilich nur in Form einer rein platonischen Erklärung. Das Königtum war längst ein Gefangener seines Systems; selbst wenn es tatsächlich den Willen zu einer gründlichen Reform aufgebracht hätte, so würde der Widerstand seiner Beamten es zweifellos zur Preisgabe gezwungen haben. Das Problem schien unlöslich — selbst einem Richelieu.

*

Als wenig später die inneren Wirren wieder einsetzten, einige Großen und die Hugenotten sich gegen die Regierung erhoben, gingen die normalen Einnahmen des Staates zurück, seine Bedürfnisse aber stiegen. So blieb zur Deckung des Fehlbetrags nur die gesteigerte Inanspruchnahme der außerordentlichen Hilfsquellen übrig,^{12a} und man tat es sogar mit zynischer Offenheit. Nichts könnte dies besser bezeugen als ein Edikt, das den Agenten des Versorgungswesens die Erbllichkeit ihrer Ämter verlieh. Als Beweggrund wurden lediglich die großen öffentlichen Ausgaben angeführt.¹³ So war es auch mit den Edikten, die neue Ämter schufen.

12a. Zum Folgenden s. a. G. Pagès, *Le Conseil du Roi et la vénalité des offices pendant les premières années du ministère de Richelieu*. *Revue hist. T.* CLXXXII (1938). Da die Drucklegung dieses Buches beim Erscheinen des Aufsatzes schon weit vorangeschritten war, konnten seine Ergebnisse nicht mehr verwertet werden. Unsere Feststellungen werden von P. durch typische Einzelbeispiele erhärtet.

13. Les mouvements qui n'ont esté que trop fréquents en ce Royaume depuis nostre avènement à la couronne . . . nous estant contraint (pour supporter les dépenses de Notre Maison et de l'Estat) d'avoir recours à des moyens extraordinaires à mesure que les occasions des dépenses se sont présentées et nous y contraignans encore pour remplacer le fonds et revenu ordinaire, tant de cette année prochaine pris par anticipation et consommé pour servir aux dépenses du dernier mouvement et à celles qu'il a convenu faire pour établir et affermir la paix et payer le dot et frais du mariage de nostre très chere Soeur la la Princesse de Piedmont: toutefois nous ne nous sommes servis que de ceux qui ont esté les plus tolérables et moins à la foule et charges de nos subjects ayant mieux aimé prendre sur nous mêmes et avec quelque legère diminution sur nos finances que d'y procéder par nouvelle imposition sur eux et désirans témoigner toujours à nosdits sujets le soin

Mit welch großer, ja kaum übertreffbarer Gerissenheit dabei verfahren wurde, davon gibt ein sehr anschauliches Bild ein im Februar 1620 erschienenes Edikt, das in allen Gerichtshöfen neue Prokuratorenstellen schuf. Daß es bisher an ihnen nicht gemangelt hatte, ist aus der Präambel ersichtlich, wo auf die Klagen über die große Zahl dieser Beamten hingewiesen wird. „Sie hat sich so erhöht, und jene Beamten sind in den Gerichtssitzen so zahlreich geworden, daß sie ihren Lebensunterhalt durch ehrliche und gewissenhafte Amtsführung nicht mehr verdienen können. Das ist der Grund dafür, daß die, die keine sonstigen Güter und Verdienstmöglichkeiten besitzen, gezwungen sind, allerlei Kniffe anzuwenden, um die Prozesse zu vermehren und in die Länge zu ziehen, unnütze Verfahren einzuleiten, die den Parteien sehr nachteilig sind und der Rechtsprechung und den Magistraten zur Schande und Verachtung gereichen“.^{13a} Die Regierung sah keinen andern Ausweg, diesen „Mißbräuchen und dieser Unordnung“ abzuhelpen, als die betreffenden Ämter aufzuheben, sie aber in demselben Augenblick neu zu errichten und ihre Zahl dem Bedarf anzugleichen. Eine Auslese fand nicht statt. Die amtierenden Prokuratoren konnten neue Lettres de provision nehmen, und zwar mittels einer „finance à laquelle ils seront modérément taxés en notre Conseil“, wie die bei solchen Gelegenheiten übliche Formel lautete. Zweck der Sache war, nach alter Sitte die betroffene Beamtenkörperschaft etwas zu verkleinern und den (restlichen) Beamten bei diesem Anlaß eine Geldsumme abzuknöpfen. Gewöhnlich stellte die Regierung nach einiger Zeit fest, daß durch die Aufhebung von Stellen ein Personal-

particulier que nous avons de les bien traiter, encore que nostre nécessité présente soit telle et si urgente qu'elle mériterait d'estre secourue par des moyens prompts. Néanmoins sur la proposition faite en nostre Conseil de mettre en hérédité aucuns petits offices sans gages ... nous nous sommes arrêtés à ce moyen. Unter dieser Begründung wurden die Ämter der courtiers de vin, laines, cuirs et toutes autres marchandises, aulneurs et visiteurs de draps et toiles, vendeurs de poissons de mer, frais, sec et salé, vendeurs de bestial, mesureurs et porteurs de bled etc. für erblich erklärt ... à la charge de nous payer par les pourvus desdits offices finance modérée par forme de supplément pour l'attribution dudit droit de hérédité. (Edikt v. 1620; P. Neron et E. Girard, Les édits et ordonnances des Rois Francois I, Henry II, Charles IX, Henry III, Henry IV et Louis XIII et Louis XIV sur lefaict de la justice. Paris 1646.)

13a. s. Isambert, 16, p. 136.

mangel entstanden sei; nur durch eine Neuerrichtung könne er behoben werden. So auch hier. Schon nach zwei Jahren ernannte der König zu den Überzähligen, die ihr Brot nicht auf ehrliche Weise verdienen konnten, auf einen Schlag 400 neue Prokuratoren.¹⁴

Dieselbe Behandlung erfuhren die Kollekteurs der Taille, die seit dem Jahre 1581 in allen Paroisses (Kirchenspielen) vorhanden waren.¹⁵ Unter dem Vorwand, daß ihre Amtstätigkeit mangelhaft und mit Bedrückungen des Volkes verbunden sei — daß die „Mehrzahl von ihnen weder lesen noch schreiben“ könne, wurde ebenfalls hervorgehoben —, wurden sie jetzt entlassen und „im Interesse Unserer Angelegenheiten und des öffentlichen Wohls“ neue Kollekteurs eingesetzt, und zwar soweit Bedarf vorhanden sei; dies zu beurteilen blieb den Beauftragten überlassen, die die Regierung zwecks Ausführung des Edikts entsandte. Gemeint sind natürlich die Traitants. Nach dem Wortlaut des Gesetzes entfiel auf jede Paroisse ein sergent collecteur, auf die mit über 600 Feuerstellen kamen zwei. Auch hier konnten die bisherigen Inhaber das Amt wieder erwerben. Verzichteten sie darauf, so brauchten ihnen die neuen Erwerber nur die alte finance zurückzuzahlen, was die Gesamtabfindung darstellte. Angesichts der starken Steigerung der Ämterpreise in den letzten Jahrzehnten bedeutete aber ein Verzicht einen großen materiellen Schaden, dem gegenüber der Erkauf einer neuen Bestätigung noch verhältnismäßig leicht wog. Die Position der Regierung war also günstig, und der Zweck, den sie mit diesen Manövern außerdem noch verfolgte, bestand darin, die Vakanz alter Ämter herbeizuführen, um sie zum augenblicklichen Handelspreis nochmals verkaufen zu können.

Die Zahl der außerordentlichen Finanzedikte (édits bursaux) wuchs andauernd. Besonders im Jahr 1622 sind deren eine große Anzahl erschienen; den verschiedensten Körperschaften brachten sie Zuwachs: den Präsidialhöfen, den Bailliages, Prévôtés und Electionen, den Salzkammern (greniers à sel), den Finanzbüros der Generalitäten, den Fermes usw.¹⁶ Und alle diese Beamtschaften

14. vgl. G. d'Avenel, Richelieu et la monarchie absolue, t. 2, p. 310 f.

15. Edit sept. 1581, s. Präambel von Edit févr. 1621.

16. Forbonnais, a. a. O., t. 1, p. 170. Im Jahre 1622 wurden u. a. eingesetzt: in jedem Präsidialhof, Bailliage und jeder Prévôté je zwei neue Räte;

wurden außerdem mit augmentations de gages bedacht. In jedem Berui und Handwerk (art et métier) kam ein Meisterbrief zum Verkauf. Neben den Ämtern allgemeinen Charakters entstanden noch eine ganze Anzahl für einzelne Provinzen und bestimmte Obliegenheiten. So in jeder Election zwei Räte als Sonderkommissare für die Lebensmittelversorgung; zugesprochen erhielten sie eine attribution von zwei deniers pro livre der von den Taillepflichtigen entrichteten Steuern, d. h. als Entgelt für ihre Tätigkeit bekamen sie 0,83% (1 livre = 240 deniers) der direkten Steuern zugesprochen (vgl. o. S. 98); ferner entstanden neue Räte und Kontrolleurs für die auf die Gabelle basierten Renten. Die Beamten der Electionen erhielten taxations, die Einnehmer der Taille eine attribution von einem denier pro livre, die Schreiber der Electionen 6 deniers pro livre aller Steuerbeträge. Außerdem fanden statt: Neuerrichtungen, Verkäufe und Wiederverkäufe von Ämtern für maîtres clerics — eine Art Gerichtsschreiber — und Bewahrer der kleinen Siegel in den Electionen, ausgestattet mit einer attribution von vier denier pro livre, die ebenfalls von den Steuersummen der Taillepflichtigen zu nehmen waren. Welch eine Fruchtbarkeit in der Erfindung fiskalischer Hilfsmittel! Die Stände der Normandie beklagten sich 1623 darüber, daß in den letzten vier oder fünf Jahren mehr Ämter errichtet worden seien, als seit dem Bestehen der Monarchie überhaupt. Sie entrüsteten sich über die „Tausende von unnützen Beamten, die, Heuschrecken ähnlich, nur dazu da sind, das Volk zu schinden und auszusaugen und keinen andern Grund ihres Daseins nachweisen können, als daß sie einige deniers finanziert haben, von denen sie aber hundertprozentige Zinsen nehmen“.¹⁷ Mehr als einmal mußte die Regierung be-

die Staatsanwälte in den Gerichtssitzen erhielten gegen eine angemessene finance den Titel eines Rats; jede Election bekam einen neuen Rat als ersten Beisitzer der élus, einen élu, einen Staatsanwalt und einen königlichen Prokurator. Das Personal der greniers à sel vermehrte sich um je drei Einnehmer (receveurs particuliers) mit erblichem Amt, in den Bureaux des finances der Generalitäten ebenfalls um je drei Obereinnehmer (receveurs généraux et provinciaux) und drei Oberkontrolleure. Die Fermes de gabelles erhielten je drei weitere trésoriers, die Fermes domaniales je drei Räte (conseillers généraux) und drei Oberkontrolleure.

17. Remontrances des Etats de Normandie, déc. 1623, zit. nach Floquet, t. 4, p. 474.

sondere Beauftragte in die Normandie entsenden, um den Widerstand der Beamtenkörperschaften zu brechen, die Einregistrierung der Ämteredikte zu erzwingen und die neuen Beamten einzuführen, denn häufig weigerten sich die Gerichte, sie zuzulassen und in ihre Körperschaften aufzunehmen.¹⁸

In dem Maße wie die Zahl der Ämter wuchs, mehrten sich die mit ihnen verbundenen Privilegien; denn deren Häufung war im Interesse eines schnellen Absatzes erforderlich. Mit ihnen nahmen die Formalitäten überhand, denn die unnützen Ämter verlangten irgendeine Tätigkeit; die Formalitäten verursachten Kosten, und die öffentlichen Lasten stiegen an. Diese wiederum wurden dadurch weiter erschwert, daß die Klasse derer, die mittels der Ämter „ehrenhaft“ in der Untätigkeit lebten und Steuerfreiheiten genossen, von Jahr zu Jahr zunahm. Sehr wahr ist, was die *Chambre des comptes* zu wiederholten Malen in ihren *Remontrances* sagte, daß nämlich die vielen Beamten nur zur Bedrückung des Volkes dienten; immer seien es die Reichsten, die Ämter kauften und sich damit von der *Taille* und andern öffentlichen Lasten befreiten. Besonders die als *élus* bekannten *Steuerräte* wurden von ihr gerügt, die „wie Blutegel dem Volke das Blut aussaugen und nichts anderes tun als sich am Hab und Gut der armen Untertanen bereichern“.¹⁹ Energisch begehrte sie auch auf, als der König jedem der 1621 eingesetzten *Taille-Kommissare* einen zweiten zur Seite stellte und so dem Königreich „mit einem Schlage und an einem einzigen Tag mehr als 50 000 Beamte“ bescherte.²⁰ Diese Maßnahme forderte umso mehr die Kritik heraus, als neben die 1621 eingesetzten Kommissare zwei Jahre später je ein *Beigeordneter des Kollekteurs* getreten war. Jetzt stellte die Regierung fest, daß das nur Unordnung in der Steuerverwaltung angerichtet habe und es deshalb besser sei, diese Beamtenstellen aufzuheben und einen weiteren Kommissar in jeder *Paroisse* (Kirchspiel) einzusetzen; diesem sicherte sie 12 *deniers pro livre* aller erhobenen Steuern in Form

18. ebd. Eine Menge Streitfragen tauchten in diesem Zusammenhang auf. Ihre Behandlung erschließt zugleich die interne Seite des Ämterwesens, die wir hier nicht berücksichtigen können; sie wäre eine Sonderstudie wert. Dafür gäben die *Arrêts du Conseil*, Serie E (*Arch. nat.*) eine unerschöpfliche Fundgrube ab.

19. Boislisle, *La Chambre des Comptes*, *pièces justificatives*, No. 437, avril 1624.

20. ebd. No. 440, 26 sept. 1624.

einer attribution zu,²¹ eine Beigabe, deren Zweck es war, einen guten Erlös aus den Ämtern zu erzielen.

Gelegentlich antwortete der König oder sein allmächtiger Minister Richelieu besänftigend auf die Beschwerden der Körperschaften; aber ihre Vertröstungen waren formaler Natur. Schon im August 1623 hatte der König auf eine Remonstranze der Oberrechnungskammer erwidert, von allen Mitteln, die zur Anwendung kämen, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, bedürfe nur noch „dieses“ der Ausführung.²² Aber die Hoffnung auf eine Besserung der Dinge mußte von Jahr zu Jahr zurückgestellt werden. Jeder Versuch, ein Defizit zu beseitigen, führte zur Entstehung eines neuen, größeren. Daß es notwendig sei, die Ausgaben aus den Fonds ordinaires zu bestreiten und sie nach den Einnahmen zu bemessen, betonte Richelieu wiederholt. Um aber die Schulden tilgen und die gemachten Veräußerungen zurückkaufen zu können, war es seiner Meinung nach notwendig, mit Aufbietung aller Kräfte einen letzten Tilgungsfonds anzulegen. „Wie man an den blutärmsten Körpern, die bereits viel Blut verloren haben, noch einen Aderlaß vornehmen muß, um ihnen die Gesundheit wiederzugeben, so ist es möglich, diesen Staat ganz in Ordnung zu bringen und ihn für immer reich zu machen, wenn nur mit letzter Anstrengung noch einmal ein Fonds extraordinaire geschaffen wird, der dann einen andern stets dauernden Fonds ordinaire erzeugt“.²³ Diesen für das Gleichgewicht der Finanzen notwendigen Fonds zu schaffen, gelang Richelieu nicht. Ein Jahr später mußte er gestehen, daß es dem König unmöglich sei, die Ausgaben zu bestreiten, wenn er nicht „eine große Menge“ außerordentlicher Mittel auftreibe, wobei aber die bisher angewandten Verfahren unzureichend seien: „Es ist ausgeschlossen, sie (die Mittel) alle auf dem in Frankreich üblichen Wege zu beschaffen, d. h. durch sogenannte *advis* (Rat-

21. De sorte que par ce moyen nous pourrions sans aucune foulle de nostre peuple ny de nos finances retirer un notable secours en la nécessité de nos affaires; édit mai 1624.

22. Boislisle, a. a. O. No. 436, 29 aout 1623.

23. Lettres, instructions et papiers d'Etat du Cardinal de Richelieu, pub. p. d'Avenel, t. 2, p. 330 (Propositions qui doivent estre faites de la part du Roy à l'assemblée des notables de 1626).

schläge), die, obgleich sie als harmlos (innocens) bezeichnet werden, das Volk äußerst bedrücken“.²⁴

Trotz aller Proteste schwoll die Zahl der Beamten immer weiter an. So erhielt z. B. in jeder der 16 Elektionen der Generalität Guyenne der Substitut des Generalprokurators einen eigenen Substituten, ferner die genannten Elektionen, insgesamt 112 neue Sachwalter (procureurs postulants).²⁵ Und ein Jahr später bekam diese Generalität 22 neue Elektionen mit je 28 Beamten.²⁶ Durch ein anderes Edikt errichtete der König 10 Elektionen im Dauphiné, und zwar mit je einem Präsidenten, einem Richter, einem ersten Steuerrat (premier élu assesseur), vier gewöhnlichen Steuerräten (élus), einem Prokurator, einem Anwalt, drei Einnehmern der Taille, des Taillon, der Aides, zwei Schreibern, zwei Gerichtsdienern, zwei Sergeanten und sechs Sachwaltern.²⁷

Richelieu versuchte so, die Elektionen in den pays d'Etat einzuführen, die sie bisher nur vom Hörensagen kannten. Auf seine Absicht wollte er aber verzichten, wenn diese Provinzen sich bereit erklärten, angemessene Summen zu bezahlen, um den Einrichtungen zu entgehen. Um ihnen den Entschluß zu erleichtern, scheute er sich nicht, die Steuerräte als „die wahre Quelle für das Elend des Volkes“ hinzustellen, einerseits wegen ihrer Zahl, die 4000 übersteige, anderseits wegen ihrer Bestechlichkeit, Veruntreuungen und sonstigen Vergehen. Die in so düsteren Farben geschilderten Einrichtungen machten die betreffenden Provinzen häufig geneigt, auf den Handel einzugehen, d. h. die Edikte abzulösen.²⁸

Ein anderes Edikt bescherte dem Parlament in Grenoble zwei Präsidenten, zehn Räte, zwei Gerichtsdienere und drei Einnehmer und Zahlmeister der Gagen.²⁹ — Auch in den übrigen Teilen des Königreichs erhielten in diesem Jahr die Elektionen eine beträchtliche Erweiterung: zunächst je zwei Steuerräte,³⁰ dann zwei Räte

24. ebd. t. 2, p. 627, sept. 1627.

25. Edit août 1628.

26. Edit juillet 1629.

27. Edit mars 1628. (Die Mehrzahl dieser Edikte findet sich in der Serie AD*, Arch. nat.)

28. M. Marion, Dictionnaire des institutions aux 17^e et 18^e siècles. Paris 1923, s. Elections.

29. Edit mars 1628.

30. Edit septembre 1628.

mit dem Beittitel „intendant particulier“ für die Überwachung der Vermögen der Gemeinden und Oktrois der Städte und einen Oberverwalter (intendant général) für diese Gelder;³¹ die Körperschaft als solche bekam eine „attribution de 6 deniers pro Livre“ aller ordentlichen und außerordentlichen Steuern, die von den Taillepflichtigen erhoben wurden.

Um der „Unordnung und den Mißbräuchen, die täglich in der Beamtenwelt zum Vorschein“ kämen, abzuhelpen, setzte der König in allen Gerichtssitzen Kontrolleure für die Gerichtsschreiber, Notare usw. ein, denn es sei zwecklos, „gute Gesetze und Ordonnanzen zu erlassen“, wenn niemand da sei, der für ihre Beachtung Sorge.³² Damit aber der König in der bedrängten Lage seiner Finanzen, der urgente nécessité des affaires, wie es so oft heißt, eine schnelle Hilfe erhalte, erlaubte er allen Beamten ohne Ausnahme, mittels einer finance das neue Amt zu erwerben. So konnten also die Gerichtsschreiber die angeblich zu ihrer Beaufsichtigung geschaffenen Kontrollämter an sich bringen, sie ablösen, bzw. ihrer Körperschaft einverleiben (inkorporieren), und konnten sich so selbst kontrollieren. Die Erlaubnis zur Inkorporierung eines Amtes ist schon daraus erklärlich, daß bestimmte Ämter keinen reißenden Absatz mehr fanden. Aus manchen Verfügungen geht dies hervor, und sie enthalten dann auch die entsprechende Konsequenz. Dies zeigt z. B. ein Edikt vom August 1628 sehr gut. Es errichtete an allen Gerichtssitzen, wo für die Einnehmer und Zahlmeister der Gagen und Rechte Kontrolleure, und zwar Anciens, Alternatifs und Triennale, noch fehlten, Stellen für solche, um den Klagen über verspätete Gagenauszahlungen abzuhelpen. Da aber wegen der „großen Zahl der neuerrichteten Ämter, die noch zu verkaufen sind, und der in den letzten Zeiten gewährten Attributionen Schwierigkeiten entstehen könnten, für die Ämter der Kontrolleure genügend Leute aufzutreiben“, erlaubte die Regierung allen Untertanen, im Büro der Parties casuelles um den Erwerb einer Lettre de provision einzukommen; der Name des Erwerbers brauchte darin nicht eingeschrieben zu sein. Auf Grund der Quittung bezog der Käufer Gagen und beanspruchte die mit dem Amt verbundenen Rechte. Kaufte aber ein Traitant ein ganzes Los Ämter in Bausch und

31. Edit décembre 1628.

32. Edit juin 1628.

Bogen, so erwarb er zugleich auch die erforderlichen Lettres de provision; in diese wurde dann nachträglich der Name des Käufers eingetragen. Daraus wird eindeutig klar, daß der Ämterhandel von Seiten der Regierung lediglich zum Zwecke der Geldbeschaffung betrieben wurde. Ähnlich verhielt es sich mit den Attributionen, Taxationen und augmentations de gages. Auch hier war der Zinsendienst verbürgt durch die Hand in Hand damit gehende Verpfändung eines Teils der Steuereinnahmen. Der Besitzer einer Quittung über einen geleisteten Betrag besaß das Anrecht auf das ausgesetzte Pfand. Da die augmentations de gages auch von Personen erworben werden durften, die keiner Beamtenkörperschaft angehörten, so konnte der Fall eintreten, daß beliebige Bürger nicht nur Rechte auf einen Fonds der öffentlichen Finanzen besaßen, sondern auch eine erste Hypothek auf die Amtsrechte und selbst die Ämter der Beamten erhielten. Bei diesen Dingen handelte es sich um nichts anderes als um versteckte Anleihen; dem König brachten sie freilich einen mageren Gewinn, und für die breite Masse waren sie äußerst drückend. Doch wird über ihre verheerende Auswirkung noch an anderer Stelle zu sprechen sein.

Im Jahre 1629 erfuhr das Personal der alten Elektionen ebenfalls eine Vermehrung. Zunächst wurden je drei Schreiber für die Taille-rôles der Paroisses und je drei maîtres clerks eingestellt; ihrem Amt wurde die Erbllichkeit ausdrücklich verliehen.³³ Die

33. Edit janvier/mai 1629. Als Beispiel für die Verkaufsoperationen geben wir bezeichnende Stellen aus einem Versteigerungsprotokoll. „Les commissaires généraux députez par le Roy pour la vente et établissement en hérédité des offices de greffiers et maîtres clerks des roolles des tailles des paroisses de ce royaume créés par l'édit du mois de janvier 1629 ... à l'exécution duquel nous aurions pour y satisfaire fait faire proclamation et apposer affiches, contenant qu'à certain jour et heure limité par icelles, il seroit par nous en la sale des Augustins de Paris fait vente et adjudication au plus offrant et dernier enchérisseur à l'extinction des chandelles en la manière accoustumée de tous les offices de greffiers et maîtres clerks des roolles de l'eslection de Bourges pour jouir par l'adjudicataire héréditairement aux droits ... Nous estans assemblez audit lieu des Augustins, le premier février 1630, aurions fait publier à haute voix par l'huissier en ladite commission que lesdits offices estoient à vendre au plus offrant et dernier enchérisseur, et limité chacune enchere à cent livres et allumé trois chandelles les unes après les autres pendant le feu desquelles l'office de greffier et alternatif héréditaire des roolles des tailles de paroisses de ladite eslection de (Bourges) auroit

Attributionen, die die Regierung mit den Ämtern verband und die allmählich ins Ungeheure wuchsen, lieferten ihr den Vorwand, für ihre Verwaltung und Zuteilung neue Ämter zu errichten,³⁴ umso mehr, als die für die Steuerrollen verantwortlichen assessesurs in den Paroisses angeblich meistens des Lesens und Schreibens unkundige Leute waren.³⁵

Die großen Ausgaben zwangen die Regierung auch in den folgenden Jahren, zur Deckung des Ausfalls in den regulären Einnahmen nach außerordentlichen Mitteln zu suchen. Von mehreren ihr unterbreiteten Vorschlägen hielt sie keinen für „unschädlicher und weniger zu Lasten des Volkes“, als den Sachwaltern (*procureurs postulants*) die Erbllichkeit ihrer Ämter zuzubilligen, und zwar gegen Zahlung der im Conseil modérément dafür festgesetzten Summen. Deren Entrichtung hatte innerhalb 14 Tagen zu erfolgen, andernfalls die Sachwalter „mit allen angebrachten und vernünftigen Mitteln“ dazu gezwungen werden sollten.³⁶

Andere „unschuldige“ Auswege bot auch die Sorge um das leibliche Wohl der Untertanen. So z. B. die angeblichen Klagen, daß bei der Herstellung und dem Verkauf des Biers Mißstände herrschten und deswegen „vielen Personen, die dieses Gebräu kauften, Unfälle zugestoßen sind und sie sich Krankheiten zugezogen haben“, weil „die meisten Bierbrauer ihr Bier aus abgestandenem und verdorbenem Wasser herstellen und mehrere schlechte Drogerieartikel, wie auch sonstige Spezereien der gröbsten Sorte hineinmischen, um dem Bier eine schöne Farbe und

esté enchery ... à la somme de 29 060 livres“. (Arch. nat. K 662, s. a. K 673.)

34. Edit portant création en hérédité en chacune eslection de trois receveurs, collecteurs des droits alienez sur les tailles, taillon, solde des prevost, crues et levées extraordinaires et ordinaires; déc. 1629.

35. In der Präambel heißt es: „Il se trouve à present en chacune eslection des généralitez jusques au nombre de 19 acquerieurs propriétaires desdits droits sçavoir: 2 commissaires des tailles 5 sols (pro livre), 1 garde scel 4 deniers, les acquerieurs du doublement d'iceluy 4 deniers, 1 greffier des affirmations 4 deniers, 1 greffier et maître clerc ancien 6 deniers, 2 autres greffiers alt. et triennaux et leurs maîtres clercs 5 deniers, 2 commissaires des vivres 3 deniers, 3 greffiers des roolles des tailles et trois maîtres clercs 12 deniers, ...“

36. Déclaration, janvier 1630.

einen scharfen pikanten Geschmack zu geben“. So habe es alle entgegengesetzten Eigenschaften eines guten Getränks, denn „anstatt zu nähren, zu erfrischen und den Durst zu löschen, erhitzt und verdirbt es das Blut, verursacht Katarrhe, Entzündungen, Wassersucht, Fieber und andere schwere Krankheiten“.³⁷ Deshalb setzte der König im ganzen Lande, bis in die kleinsten Orte. „je nach Bedarf“ Bierkontrolleure ein; die für sie errichteten Ämter waren erblich; sie befreiten den Inhaber von den öffentlichen Lasten und sprachen ihm außer den Gagen sechs sous pro muid Bier zu. Würdig an die Seite stellt sich dieser Leistung eine andere. Unter dem Vorwand, daß viele Schweine mit Aussatz und andern ansteckenden Krankheiten behaftet seien, wurden Ämter — ebenfalls mit erblichem Charakter und mit den gleichen Privilegien versehen — für Schweinezungenbeschauer (*visiteurs et langueyeurs de porcs*) geschaffen. Die Aufgabe ihrer Erwerber bestand, wie schon der Name sagt, darin, den Schweinen die Zungen zu prüfen, ob sie nicht seuchenverdächtig seien.³⁸

Gegen die Errichtung solcher Ämter wäre an sich nichts zu sagen, denn ein praktisches Bedürfnis konnte sie tatsächlich erfordern. Diesem aber wurde, wie die Ausführung der Edikte unmißverständlich zeigt, kaum Genüge geleistet, vielmehr war der finanzielle Gesichtspunkt ausschlaggebend. Darin, und daß an die unbedeutendsten Sinekuren verlockende Steuerprivilegien geknüpft wurden, um ja recht viel Geld aus ihnen zu erlösen, liegt das Verwerfliche.

Selbst Literatur und Wissenschaft mußten der Gewinnsucht als Vorwand dienen. Verschiedene Klagen über Mißstände in der Papierfabrikation und dem Papierhandel waren dem Wortlaut eines Edikts zufolge bis zum König gedrungen. Die Hochwertigkeit der einst sehr berühmten Ware sei dahin und minderwertiges Fabrikat an ihre Stelle getreten, *du tout corrompu*, so daß die französischen Druckereierzeugnisse, „die einst denen des Altertums gleichkamen und von den Literaten, selbst den Ausländern gepriesen wurden, heute am wenigsten begehrt sind“. Dadurch komme der Buch- und Papierhandel in Verruf, und sogar die

37. Édít février 1630.

38. d'Avenel, a. a. O. t. 2, p. 310.

Wissenschaft sei in gewisser Hinsicht bedroht. Der Niedergang auf diesem Gebiet habe hauptsächlich nur deshalb eintreten können, weil die Papierfabrikation nicht überwacht sei — *ne visité ni contrôlé par personnes expressément préposées*. Nach „gründlicher Beratung im Conseil“ entschloß sich der König zur Einsetzung von Kontrolleuren, Stemplern (*marqueurs*) und Aufsehern (*visiteurs*), deren Zahl nach dem „Bedarf“ zu regeln sein sollte. Fachmänner brauchten sie aber nicht zu sein, jedermann war der Erwerb eines solchen Amtes gestattet, selbst den — Papierfabrikanten.³⁹

Alle Augenblicke griff die Regierung wieder zu dem Mittel, die Beamtenkörperschaften zu vermehren. So stellte sie 1631 den in jeder Paroisse mindestens in doppelter Auflage vorhandenen Kommissaren der Taille einen Triennal zur Seite, vermehrte also, um mit den Remonstranzen der Oberrechnungskammer zu sprechen, diese Körperschaft um weitere 50 000 Beamte. Sie griff angeblich deshalb zu diesem Ausweg, weil deren „Tätigkeit den Untertanen bekannt und daher für sie weniger lästig ist, als die Schaffung neuer Aufgaben, die durch ihre Neuheit stets neue Lasten mit sich bringen“.⁴⁰ Als Sonderattribut erhielten sie 12 deniers pro livre der Steuerbeträge. Bald erschien ein weiteres Edikt, dessen Grund nicht mehr die großen Bedürfnisse des Staates bildeten, sondern das hinwies auf die Notwendigkeit, die Mißbräuche und Betrügereien in der Verwaltung der Taille zu bekämpfen, die sowohl durch die Unwissenheit, Schwäche und Furchtsamkeit der Beigeordneten und Kollekteure der Taille als auch durch den Einfluß der unrechtmäßigen Adligen und Reichen der Gemeinden ermöglicht würden. Diese Übelstände gaben einen neuen Anlaß, in jeder Paroisse einen Prüfer der Assiette der Taille einzusetzen, dessen Amt erblichen Charakter erhielt.⁴¹ Daß aber das stets wachsende Beamtenheer dem Staat nicht nützte, gab die Regierung selbst zu: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Unmenge der Beamten in der Steuerverwaltung weit mehr Verwirrung bringt als Nutzen“.⁴²

39. Edit juin 1633, vgl. d'Avenel, a. a. O. t. 2, p. 309.

40. Aber auch diese Beamten genossen die gleichen „Privilegien, Immunitäten, Freiheiten, Exemptionen ensemble leurs commis ou procureurs qu'ils pourroient commettre en leur bien.“

41. Edit février 1631.

42. Edit mars 1631.

Ein Blick auf die Ämtererrichtungen eines einzelnen Jahres vermittelt am besten ein einigermaßen genaues Bild von dem Umfang des Wirkens der Regierung Ludwigs XIII. auf diesem Gebiet. Es sei deshalb verwiesen auf die Ediktreihe des Jahres 1635.⁴³ In diesem Jahr entstanden besonders viele neue Ämter. Der Grund liegt zweifellos darin, daß Frankreich in dieser Zeit in den Dreißigjährigen Krieg eingriff und infolgedessen sein Budget mit größeren Ausgaben belasten mußte. Wie sehr zu deren Bestreitung der Ämterhandel herhalten mußte, ist aus der Begründung ersichtlich, mit welcher Ludwig XIII. eine dritte Kammer an der Cour des aides schuf: „Die großen und außergewöhnlichen Ausgaben, die zu tragen sind, um den Sold und die Unterhaltung der verschiedenen Armeen inner- und außerhalb des Königreichs, die über 200 000 Mann und 30 000 Pferde umfassen, bestreiten zu können, zwingen dazu, nach allen Arten von Mitteln zu suchen, die in dieser großen Bedrängnis eine sofortige Unterstützung einbringen.“ Viele Beamtenkörperschaften, so wurde hinzugefügt, seien derart überlastet, daß es nicht möglich wäre, weitere Gelder von ihnen zu erhoffen.⁴⁴ Auch das Pariser Parlament erlebte damals, wie andere hohe Gerichtshöfe, eine Vermehrung seines Personals.⁴⁵ Als es aber im Jahre 1640 noch einmal mit 24 Räten bedacht wurde, remonstrierte es und weigerte sich, die Bewerber aufzunehmen, was zur Folge hatte, daß Richelieu fünf Magistrate einsperren ließ, um den Widerstand der andern zu brechen.⁴⁶

Unter den vielen Finanzkniffen soll schließlich noch ein sehr bezeichnender Erwähnung finden. Durch eine Deklaration vom November 1635 wurden den Beamten in den Präsidialhöfen, *Bailliages* und anderen Gerichtssitzen die Befreiung von der *Taille* sowie *augmentations de gages* oktroyiert. Als Begründung diente wiederum, „die großen, fast unerhörten Ausgaben“, die die Regierung zu machen gezwungen sei, hätten den Fonds der *finances ordinaires* so erschöpft, daß man nicht erstaunt sein dürfe über die Notwendigkeit, außerordentliche Hilfsquellen zu erschließen. Für

43. Wir verweisen auf Exkurs No. I (Anhang).

44. Edit du Roy portant création d'une Troisième chambre en la Cour des Aides de Paris, déc. 1635.

45. vgl. Exkurs No. I.

46. Bastard d'Estang, *Les Parlements de France*. 1857, t. 1, p. 106.

die gewährte Vergünstigung mußten die Beamten die Summen bezahlen, die für sie aus diesem Anlaß, jedoch modérément, im Conseil festgesetzt wurden. Nun aber hatte die Regierung andert-halb Jahre vorher (April 1634) ein sehr bekanntes Edikt erlassen, durch das sie fast alle Beamten der Taille unterwarf,⁴⁷ da sie, wie sie ausführte, einen ernsthaften Versuch machen wollte, eine große Reform in die Wege zu leiten. Die Überlastung der Bevölkerung durch die Taille wurde damals auf die Attributionen und Ver-äußerungen sowie auf die Unmenge der Privilegien, die königliche Beamte kraft dem aus ihrer Charge fließenden Ansehen sich un-gebührlicherweise angeeignet hätten, zurückgeführt,⁴⁸ ferner auf die Steuerfreiheiten der reichsten und mächtigsten Gemeindebewohner, die mit ihren Phantasieämtern (offices imaginaires) Vergünsti-gungen erworben hätten, von denen sie, gestützt auf „Klauseln, die sich in die königlichen Edikte und Erlasse einschlichen“,⁴⁹ einen unrechtmäßigen Gebrauch machten. Dieses Edikt machte in den Augen derer, die diese Epoche schlecht kannten, Richelieu zu einem großen Reformer. Man sagte ihm nach, er habe 100 000 Ämter und Sonderrechte aufgehoben. Aber das ist ein Irrtum. Dieses Beispiel ist vielmehr geradezu typisch für die vom französischen Absolutismus betriebene Steuerpolitik. Es zeigt schlagend, wie verfehlt es wäre, die Regierungstätigkeit und den Zustand des Landes nach solchen Reformedikten zu beurteilen. Denn von dem umfassenden, im April 1634 erschienenen Steuerreformgesetz läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß es ohne jede positive prak-tische Wirkung blieb. Die Taille wurde nicht gerechter umgelegt und die Privilegien wurden nicht beschnitten, das Gesetz machte lediglich den Weg frei für ein neues fiskalisches Unternehmen, näm-lich die als schädlich unterdrückten Privilegien und Steuerfreiheiten von neuem verkaufen oder oktroyieren zu können. An ihre dauernde Abschaffung konnte schon deshalb nicht gedacht werden, weil die

47. Edit sur le règlement général des tailles, portant injonction d'imposer ausdites tailles tous ceux qui se sont prétendus exempts par le passé, avril 1634.

48. „... et s'il y a quelque augmentation elle n'est causée que des levées qui se font au profit des particuliers acquereurs des droits aliénés sur nos tailles“.

49. s. Präambel.

Regierung täglich neue Ämter schuf, die nur wegen der mit ihnen verbundenen Privilegien Absatz fanden. Ein Amt ohne Ausnahme-rechte war unverkäuflich. Diese aber mußten ausgedehnt werden in dem Maße, wie die Zahl der Ämter sich steigerte, da sie, aus Gründen der Geldbeschaffung verkauft, nur dann hohe Summen einbrachten, wenn sie in vortrefflicher Ausstattung auf den Markt kamen und dem Käufer die Aussicht boten, mit Zinsen und Zinseszinsen wieder in den Besitz seines Kapitals zu gelangen. So wurde dieser Beamtenstab zu einem Staat im Staate; er wurde geschaffen, um erpreßt werden zu können, und hielt sich nur dadurch, daß er selbst erpreßte.

Dank der unzähligen Edikte, Ordonnanzen und Erklärungen nahm schließlich der Beamtenapparat des französischen Absolutismus Ausmaße an, die der Vernunft Hohn sprachen. Hierarchisch aufgebaut und streng korporativ gegliedert, stellte jede Beamtenklasse gewissermaßen eine besondere Körperschaft dar, und es gab ihrer sehr viele. Dieser Aufbau und die straffe Gliederung der Beamten beruhte auf einem fiskalischen Gedanken. Die Mitglieder einer Körperschaft waren gesamtbürgend, Verordnungen betrafen sie häufig en bloc. Die Körperschaft nahm Anleihen auf und haftete dafür, besaß also eine unvergleichlich größere Kreditwürdigkeit als der einzelne Beamte. Aus diesem Grunde bot sie dem Staat weitgehende Ausbeutungsmöglichkeiten, die gesteigert wurden durch das Vielerlei der nebeneinander bestehenden Gebilde. Hinzu kam, daß die große Zersplitterung der Beamtenschaft in eine Unmenge scharf voneinander abgegrenzter hierarchischer Corps, die Ständedünkel und Eifersucht trennten, einen geschlossenen Widerstand gegen die fiskalischen Maßnahmen des Staates erschwerte. Von der großen Zahl dieser Gebilde zeugt das Reglement von 1656 über die Marc d'or (eine Abgabe, die beim Amtsantritt entrichtet werden mußte), das 629 verschiedene Ämterklassen kennt. Nichts in diesem Staat blieb verschont von Ämtern; alle Betätigungen im öffentlichen Leben, selbst die unscheinbarsten, wurden zu Ämtern erhoben, und die Zahl der offices imaginaires, wie das Tailleedikt von 1634 sehr treffend sagt, wuchs lawinenartig an. Ganze Heere von kleinen Beamten, deren Amt nur einige hundert livres kostete, mußten aus dem Boden gestampft werden, sollte eine Operation nur eine Million abwerfen. Handel und Ge-

werke hatte dieses Übel ebenfalls seit langem befallen. Nicht nur Meisterbriefe aller Handwerkszweige kamen in kurzen Zeitabständen massenweise auf den Markt, auch der Handel mit den alltäglichsten Bedarfsartikeln, wie Holz, Kohle, Wein, Futter, Getreide, Papier usw., war privilegiert. Sie zu verkaufen, wägen, messen, tragen, transportieren, verifizieren und zu kontrollieren, wurde zur amtlichen Funktion der eigens zu diesem Zweck eingesetzten Verkäufer, Wäger, Abmesser, Träger, Spediteure, Beschauer, Kontrolleure, Zähler, Stempler usw., die trotz der Lächerlichkeit ihres Dienstes Ausnahmerechte und Steuerprivilegien genossen. Jede Tätigkeit bot Anlaß, zu ihrer Überwachung ein neues Amt zu schaffen, das wiederum ein Gegenamt forderte. Jede Sinekure aber brachte neue Mißstände und vermehrte die Unordnung, wie die Regierung dies gelegentlich in ihren Edikten aussprach. Für die Abhilfe hatte sie jedoch immer nur die fast klassische Formel: *nos chers et bienaimés sujets nous ayant fait remontrer qu'ils désireraient ardemment*, und die Quintessenz war stets eine neue Ämtererrichtung, trotz heftiger Protestationen und inständiger Bitten der betroffenen Körperschaften.

Die Regierung scheute sich nicht, selbst den Ehrgeiz der einzelnen Städte und Provinzen auszubeuten. Bei der Errichtung der Generalität Riom hatte diese Stadt zunächst 20 000 l. geboten für das Privileg, Sitz des Bureau des finances zu werden. Clermont-Ferrand hätte dieses Vorrecht ebenfalls gerne besessen und bot deshalb 60 000 l. Der König verlegte nun abwechselnd sein Büro von einer Stadt in die andere, je nachdem diese oder jene das größere Angebot machte.⁵⁰

Wie weit Richelieu die Aufblähung des Beamtenapparats trieb, mögen noch einige Beispiele zeigen. Das am Hauptort einer Generalität eingesetzte Bureau des finances, das unter Sully nicht mehr als 10 Oberschatzmeister (*trésoriers de France*) aufwies, denen noch ein kleines Hilfspersonal beigegeben war, zählte 1640 mindestens 70 Personen, unter denen insbesondere zu nennen sind: vier präsidierende Finanzgeneräle (*présidents généraux de France*) und mindestens siebzehn Oberschatzmeister, drei Obersteuer-einnehmer und drei Hauptkontrolleure; für den Taillon, die Aides,

50. d'Avenel, a. a. O. t. 2, p. 313.

Renten usw. waren je drei Einnehmer und drei Kontrolleure vorhanden.⁵¹

Richelieu selbst gestand, daß ungefähr ein Zehntel dieser Beamten ausreichend gewesen wäre. Ein Obersteuereinehmer und ein oder zwei Oberschatzmeister hätten seiner Ansicht nach genügt, die Geschäfte in den Bureaux des finances zu erledigen, ferner zwei oder drei Schatzmeister und ebensoviele Steuereinehmer in den kleineren Bezirken.⁵²

Einen Blick in die Zusammensetzung der mittleren Körperschaften gestattet uns die Verordnung, durch die im Jahre 1640 die Stadt Langres vom gewöhnlichen königlichen Gerichtssitz zum Bailliagesitz mit präsidialem Charakter erhoben wurde.⁵³ Diese Körperschaft zählte nach der Beförderung mehr als 130 Beamte. Dazu kamen die an einem Hauptsitz stets noch vorhandenen Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen, wie die Elektion des betreffenden Bezirks, das Salzamt (*grenier à sel*), das Polizeigericht (*prévôté de la maréchaussée*), die Forst- und Wasserverwaltung (*eaux et forêts*), was für Langres schätzungsweise eine Gesamtzahl von 300 königlichen Steuer- und Gerichtsbeamten ergeben mußte. Ähnlich lagen die Dinge in den übrigen Bailliages.⁵⁴ Zu dieser Masse kamen die Verwaltungs- und Polizeibeamten der Städte, der Sondergerichte, der Seigneurien, und diese in so hoher Zahl, daß sich in einem Flecken oft vier oder fünf fanden, die von verschiedenen Seigneurs eingesetzt waren.⁵⁵ Sehr hoch ist auch die Zahl der Advokaten, Sachwalter, Schreiber, Notare und Sergeanten anzusetzen. Tatsächlich gewinnt man den Eindruck, als habe ein Intendant, der über das Städtchen Bresse berichtete, nicht sehr übertrieben, wenn er in seinem Bericht sagte: „Die Bewohner dieser Stadt sind im allgemeinen wenig begütert. Sie beschäftigen sich in der Hauptsache mit der Ausübung der Rechtsprechung.“⁵⁶

51. s. Exkurs No. 1.

52. Politisches Testament, übersetzt von F. Schmid, eingeleitet von W. Mommsen, Klassiker der Politik, Bd. 14, Berlin 1926, S. 118.

53. Edit janvier 1640. Die Zusammensetzung ist ersichtlich aus Exkurs No. 2 (Anhang).

54. s. ms. fr. 18 612/13, *Recueil des offices de judicature, royaux etc.*, zeigt dies sehr gut.

55. d'Avenel, a. a. O. t. 1, p. 57.

56. ebd.

Ein großes Heer für sich stellten ferner die Kommis der verschiedenen Fermes, die Kommissare und Kollekteurs der Taille; würde man lediglich nach den verschiedenen Edikten schließen, so käme man auf einige hunderttausend. So hoch darf aber in Wirklichkeit nicht gegriffen werden, weil häufig die Anciens und Alternatifs ihren dritten Kollegen ablösten und dessen Amt für sich erwarben. Diesen Cumul begünstigte die Regierung in allen Körperschaften, weil er belebend auf den Ämtermarkt wirkte, wo schließlich das Angebot die Nachfrage überstieg. Die Stellen in den Tribunalen wurden so zahlreich, daß ihr Absatz ohne den Cumul nicht denkbar gewesen wäre. Manche erwarben ein ganzes Los auf einmal und vereinigten einen Teil der Ämter des Gerichtssitzes in ihrer Hand. So konnte ein einzelner das Amt des Bailli, des Obergerichters, Hilfsrichters, des Beisitzers (*assesseur criminel*) und des Gerichtskommissars gleichzeitig innehaben, also die wichtigsten Ämter auf sich oder seine Familie vereinigen und so das ganze Ressort beherrschen. Aber trotz alledem zeigten die mittleren Tribunale eine außerordentlich hohe Besetzung. Die 88 Präsidialhöfe zählten damals so viele Richter wie die 359 Tribunale erster Instanz, die Frankreich 1890 besaß, und dabei hatte es zur Zeit Richelieus nur halb soviel Einwohner, war erheblich kleiner, und sein Verwaltungsapparat war im Vergleich zu dem eines modernen Staates primitiv.⁵⁷ Die *Chambre des comptes* übertrieb nicht viel in einer Remonstranz, wenn sie den in der Präambel eines Edikts angeführten Grund für die angebliche Nützlichkeit der betreffenden Ämtererrichtung mit den Worten zurückwies: „Im Gegenteil, es ist öffentliche Plünderung, die man unter dem Vorwand, man diene der Gerechtigkeit, begeht. Bei allem ist der König nicht besser daran als vorher, der Gewinn geht in die Taschen der *Traitants* und der *donneurs d'avis*. — Die Zahl der Beamten ist derart angeschwollen, daß es nichts mehr gibt, wofür nicht ein Beamter da wäre. Zudem hat die Korruption einen Grad erreicht, daß nicht einmal ein ganzes Jahrhundert ausreicht, sie zu beseitigen“.⁵⁸

Diese Behauptung bestätigt uns Richelieu in seinem Politischen Testament mit dem Geständnis: „Die Unregelmäßigkeiten

57. d'Avenel, a. a. O. t. 1, p. 9.

58. Boislisle, a. a. O. *pièces justificatives*, No. 471, 10 févr. 1631.

in der Justiz haben einen solchen Umfang angenommen, daß sie nicht mehr überboten werden können“.⁵⁹ Es scheint nun angebracht, die Stellung dieses Staatsmannes zur Ämterfrage zu umreißen, der wie kaum ein anderer dem Staat seinen Stempel aufdrückte.

Das unfehlbare Heilmittel bestehe, meint Richelieu, nach dem Urteil der meisten Leute darin, die Käuflichkeit und Erblichkeit der Ämter zu beseitigen. Seine Anwendung sei jedoch unmöglich, und nach dem, was man für die Zukunft voraussehen könne, sei es besser, „die Käuflichkeit und Erblichkeit der Ämter bestehen zu lassen als die ganze Einrichtung zu ändern“. Mißbräuche in der Vergabung der Ämter wären auch dann unvermeidlich, wenn sie ganz vom Willen des Königs abhingen. „Sie würden in diesem Falle von der Gunst und den Ränken derjenigen abhängen, die sich als die Mächtigsten beim König erweisen, und die Art, wie man heute dazu gelangt, würde erträglicher erscheinen als die, deren man sich in der Vergangenheit bediente, und zwar wegen der großen Schäden, von denen sie stets begleitet war“. Die Aufhebung der Ämterkäuflichkeit „würde statt der Tugend Ränken und Parteilungen Tür und Tor öffnen und in die hohen Stellungen vielfach Beamte niedriger Herkunft hineinbringen, die oft reichlicher über lateinische Kenntnisse als über Hab und Gut verfügten, woraus viele Mißlichkeiten erwachsen würden“. Bei der Gründung eines neuen Staates wäre es ein Verbrechen, aus ihm die Ämterkäuflichkeit nicht fernzuhalten, aber „die Klugheit gestattet nicht, in einer alten Monarchie so zu handeln, deren Unvollkommenheiten Gewohnheit geworden sind und in der das Durcheinander einen Teil der Staatsordnung bildet“.⁶⁰ Richelieu gibt die Schäden der Einrichtung zu, betrachtet sie aber im ganzen als das kleinere von zwei Übeln und zeigt sich uns so als Verteidiger der Ämterkäuflichkeit. Wie anders hatte doch sein Urteil gelaute, als er noch nicht Staatsminister war! Er selbst hatte auf der Ständerversammlung von 1614 in die Kritik an dieser Einrichtung eingestimmt und dabei drei Punkte hervorgehoben: die Ämterkäuflichkeit trage zur großen Vermehrung der Beamten bei zum schweren Nachteil des

59. S. 102.

60. S. 104.

armen Volkes, auf dessen Kosten sie lebten, sowie zur Erhöhung aller Sporteln, was die schon schwer mit Abgaben aller Art Belasteten ganz zu Grunde richte und das Ende von Recht und Gerechtigkeit bedeute; die Habgier bestimme alles und verleite die Beamten dazu, „zu Lasten der einzelnen im Kleinhandel zu verkaufen, was sie en gros eingekauft haben“; und endlich, jener Schacher raube der Tugend, was ihr gebühre, lasse das Gold und Silber an ihre Stelle treten und sei den Fundamentalgesetzen der Monarchie zuwider.⁶¹

Läßt sich dieser Widerspruch daraus erklären, daß hier der Abgeordnete einer ungebärdigen Ständeversammlung spricht, dort aber der Mann der Staatsräson? In Wirklichkeit war es so, daß die Ämterkäuflichkeit für Richelieu das Mittel par excellence darstellte, das ihm die zur Verwirklichung seiner politischen Pläne erforderlichen Summen lieferte. Diese Einrichtung, die ihm hunderte von Millionen eingebracht und deren er sich bis zum Übermaß in einer aller Vernunft Hohn sprechenden Weise bedient hatte, nun zu verurteilen, wäre sowohl unklug als auch undankbar gewesen. Er mußte sie deshalb zum Scheine aus Gründen der Staatsräson verteidigen, und sein Politisches Testament bedeutet in bezug auf diesen Punkt nur den Versuch, eine verderbliche Innenpolitik zu rechtfertigen bzw. zu verschleiern.

In ihrer wirklichen Bedeutung erfaßbar werden die außerordentlichen Finanzoperationen erst, wenn man ihre Erträge mit den ordentlichen Einkünften des Staates vergleicht. Ein solcher Vergleich veranschaulicht besser als alles andere die Tragweite des Ämterhandels.

Die ordentlichen und regelmäßigen Reineinnahmen werden für das Jahr 1635 mit 18 098 760 l. angegeben;⁶² die Einnahmen der

61. „... et exemptent de la part qu'ils doivent porter de leurs charges, le laissent tellement opprimer qu'il ne peut plus payer les tailles et subvenir aux nécessités de l'Etat.“ s. *Mémoires de Richelieu*, t. 1, p. 317 ff.

62. Nach ms. fr. 7752 *Mémoires sur les finances*, attribués à Mallet, vgl. ms. fr. 7750 *Abrégé historique sur les finances* (présenté au Régent, 1716). Obgleich beide Aufstellungen unabhängig voneinander entstanden sind, zeigen sie eine sehr weitgehende, in vielen Fällen, besonders hinsichtlich der Parties casuelles, vollständige Übereinstimmung. Anspruch auf absolute Gültigkeit können freilich diese Quellen so wenig wie alle andern machen.

Parties casuelles beliefen sich dagegen auf 33 450 996 l., also fast auf das Doppelte. Dieser Betrag umfaßt neben den Einkünften aus den Ämterverkäufen, Taxationen, Attributionen und dgl. auch die regulären Eingänge der Parties casuelles, d. h. die aus der Paulette, den Survivances usw. fließenden Posten. Diese erreichten aber fast nie zwei Millionen. Eine starke Verschiebung des Verhältnisses zwischen den unter „Revenus ordinaires“ und „Parties casuelles“ gebuchten Einnahmen zugunsten der letzteren zeigt sich besonders seit 1620. In diesem Jahre betrugen die ordentlichen staatlichen Reineinnahmen 18 875 000 l., die der Parties casuelles dagegen 13 267 000 l. — 1625 war die Verschiebung bereits weit ausgeprägter. Während erstere rund 13 Millionen ausmachten, beliefen letztere sich auf stark 16 Millionen. Für das Jahr 1630 werden für beide Rubriken annähernd gleiche Summen angegeben,⁶³ anders jedoch 1633, wo die ordentlichen Einnahmen auf 24,5 Millionen anstiegen, für die Parties casuelles aber 35,8 Millionen eingingen. Dieses Jahr scheint den Rekord in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts aufzuweisen. 1639 nahm das Büro der Parties casuelles allerdings auch noch 33,3 Millionen ein, aber die regulären Einnahmen waren inzwischen auf 33 Millionen angewachsen.⁶⁴ In der Folgezeit scheint eine gewisse Erschöpfung eingetreten zu sein. Dank der Herabsetzung oder Zurückbehaltung der Gagen und Verminderung der Rentensätze steigerten sich die gewöhnlichen Einnahmen im folgenden Jahre auf 43 454 000 l.,

Die Ziffern für die Einnahmen der Parties casuelles bekommen aber einen hohen Wahrscheinlichkeitsgrad dadurch, daß sie mit den in ms. fr. 10 410 (Comptes de l'Epargne, betr. die Jahre 1630, 1633, 1636, 1639, 1642 und 1645) angegebenen Gesamtposten nahezu übereinstimmen.

63. Revenus ordinaires (nach Abzug der Belastungen): 18 282 776; Parties casuelles: 18 917 005 l.

64. nach ms. fr. 7752 betrugen in den Jahren 1630 bis 1640 die Revenus ordinaires (nach Abzug der Belastungen) für 1631 rund: 17 936 000 l., 1632: 18 815 000 l., 1633: 24 495 000 l., 1634: 25 212 000 l., 1635: 18 098 000 l., 1636: 23 471 000 l., 1637: 29 089 000 l., 1638: 33 183 000 l., 1639: 32 176 000 l., 1640: 43 454 000 l. — Die Einnahmen der Parties casuelles betrugen (nach ms. fr. 7750) in den entsprechenden Jahren: 17 227 000 l., 28 231 000 l., 35 854 000 l., 28 370 000 l., 33 450 000 l., 28 847 000 l., 20 396 000 l., 27 789 000 l., 33 334 000 l., 18 267 000 l. Selbst wenn diesen Zahlen die absolute Gültigkeit abgeht, geben sie doch das Verhältnis der beiden Einnahmezwäge ziemlich genau wieder.

aber die Parties casuelles warfen nur noch 18 267 000 l. ab. In der Zeit von 1640 bis 1656 weist diese Rubrik nur für die Jahre 1644 und 1645 Beträge auf, die höher als 20 Millionen sind.⁶⁵

Bereitet es schon Schwierigkeiten, die ordentlichen Reineinnahmen einigermaßen festzustellen, so ist es angesichts der lückenhaften und einander widersprechenden Dokumente noch schwerer, wenn nicht unmöglich, zu einer genauen Schätzung der ordentlichen Bruttoeinnahmen zu gelangen. Diese übersteigen jene meist um mehr als das Doppelte. Weist doch das Jahr 1627 eine Bruttoeinnahme von 38,7 Millionen auf; davon gingen aber als Belastung mehr als 22 Millionen ab, so daß in den Tresor nur 16,5 Millionen flossen. 1630 betrug die Bruttoeinnahme 43 Millionen, aber in den Tresor gingen, wie gezeigt, nur etwas über 18 Millionen. Die steigende Belastung erklärt sich aus dem Wachsen des Ämter- und Anleihekapitals. Der Zinsendienst verschlang immer größere Summen. (vgl. S. 137 ff.)

Den Aufschwung des Ämterhandels zur Zeit Richelieus zeigt auch der Vergleich mit den Einnahmen aus Ämterveräußerungen im ersten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts. Sie beliefen sich in dieser Zeit auf nur 20,6 Millionen. Nehmen wir als Minimalsumme für die jährlichen ordentlichen Einkünfte (aus der Paulette!) der Parties casuelles 1,2 Millionen an (also 12 Millionen in der Zeit von 1600 bis 1610), so bleiben für die außerordentlichen Operationen rund 8 Millionen. Im zweiten Jahrzehnt fallen bereits 51,4 Millionen unter diese Rubrik, von 1621 bis 1630 rund 158,6 Millionen, von 1631 bis 1640 rund 271,7 Millionen. Hierauf verzeichnet diese Einnahmequelle ein Nachlassen der Ergiebigkeit. Nur 142,5 Millionen buchen die Parties casuelles in den folgenden Jahren bis 1656. Von den 645 Millionen Einnahmen dieses Büros in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts entfallen also auf den Zeitraum von 1610 bis 1640 nahezu 482 Millionen. Die regulären staatlichen Reineinnahmen in derselben Zeit sind etwas höher, sie betragen rund 620 Millionen.⁶⁶ Nun aber ist die genannte Ziffer von 482 Millionen sehr relativ; es muß eine wesentlich höhere angenommen werden, denn neben den Rubriken „Revenus ordinaires“ und „Parties casuelles“ findet sich noch eine, die den Namen

65. 1644: 27 444 000 l., 1645: 21 088 000 l., dagegen 1642: 8,67 Millionen, 1646: 13,5 Mill. und 1649 nur 2,29 Mill.

66. nach ms. fr. 7750.

Deniers extraordinaires führt. Darunter versteht man die Einnahmen aus den sonstigen außerordentlichen Finanzoperationen: Rentenauflagen, Veräußerungen von Krongütern, domanialen Rechten und Ämtern, Aufhebung bzw. Ablösung solcher Ämter, Attributionen, Taxationen für die officiers domaniaux; hierher fallen z. T. auch Ablösungen von Ämtern und Rechten durch einzelne Städte oder Provinzen, vornehmlich der pays d'Etats.⁶⁷ Für die Bedeutung des Fonds der Deniers extraordinaires spricht die Tatsache, daß er in dem entsprechenden Zeitabschnitt (1610 bis 1640) fast genau soviel lieferte wie die regulären Reineinnahmen.⁶⁸ Mindestens ein Viertel davon muß jedoch streng genommen den Parties casuelles zugerechnet werden.⁶⁹

Wie sah nun ungefähr deren Jahresabschluß aus?⁷⁰ Im Jahre 1630 gingen, wie wir sahen, für die Parties casuelles 18,9 Millionen ein.⁷¹ Fünf Millionen dieser Summe sind gebucht als Eingänge aus dem Annuel, Prêt und Quart denier. Die Restsumme setzt sich zusammen aus 71 Posten,⁷² von denen 29 auf augmentations de gages, Attributionen, Taxationen mit einer Summe von 4,9 Millionen entfallen. Neun Millionen gingen also für neuerrichtete Ämter ein, was der Reineinnahme aus der Taille gleichkam. Ähnlich war es 1633, wo die Parties casuelles 35,8 Millionen verzeichnen, darunter aber nur 1,4 Millionen an Eingängen aus der Paulette; 130 Posten ergeben jene Summe, 50 davon beziehen sich auf Attributionen, Taxationen usw. mit einem Betrag von 16,7 Millionen.⁷³ Schließlich sei noch das Jahr 1636 genannt, für das wir 163 Posten finden mit einer Gesamthöhe von 28,8 Millionen; davon entfallen

67. s. ms. fr. 10 410, Comptes de l'Epargne, wo dies deutlich sichtbar ist.

68. 616 Millionen (nach ms. fr. 7752), Beispiele für diese Rubrik: 1611 betrug diese Einnahmen 8,87 Millionen, 1615: 3,38 Mill., 1620: 6,8 Mill., 1625: 21,7 Mill., 1630: 5,6 Mill., 1635: 156,7 Mill., 1636: 56,3 Mill., 1637: 35,6 Mill., 1640: 28,9 Millionen.

69. Für den damaligen Geldwert s. d'Avenel, Histoire écon. de la propriété des salaires, des denrées et des prix. Paris 1894—1926. Er war 5—6mal höher als 1900.

70. Wir folgen ms. fr. 10 410 (Comptes de l'Epargne) und dem Estat au vray des eslections nouvellement créés et officiers créés ès anciennes eslections du royaume (Lf^{ss} 2, Bibl. nat.).

71. Die Einnahmen aus der Taille betrug: 9,1 Millionen.

72. s. ms. fr. 10 410, fol. 10—16.

73. ebd. fol. 40—49; also fast 18 Millionen für neue Ämter.

ca. 2 Millionen auf Einkünfte aus der Paulette, 61 Posten mit 7,1 Millionen auf Taxationen, Attributionen und dgl., der Restbetrag kam zustande durch Errichtung von Ämtern. In den folgenden Jahren lagen die Dinge ähnlich, höchstens verschob sich das Verhältnis zugunsten der Attributionen und Taxationen, was zweifellos in der sich allmählich bemerkbar machenden Übersättigung des Volkes mit Ämtern seinen Grund hatte.⁷⁴ Aber welche eine gesetzgeberische Tätigkeit entsprach diesen Summen! Jeder Einzelposten setzte mindestens eine Verfügung, ein Dekret oder ein Edikt voraus.

Nicht uninteressant wäre es, der Frage nachzugeben, welche Beträge der König aus den einzelnen Unternehmungen zog. Dies festzustellen ist allerdings nicht leicht, weil die Ausführung der Finanzunternehmen, besonders der größeren, meist mehrere Jahre beanspruchte, zusammenhängende, aufeinander fußende Etats aber nicht vorhanden oder jedenfalls schwer auffindbar sind und eine Rekonstruierung somit in vielen Fällen unmöglich ist. Immerhin mangelt es uns an Beispielen nicht.⁷⁵

74. 1639: 33,3 Mill., davon 3,4 Mill. für gewöhnliche Einnahmen, ca. 20 Mill. für taxations, attributions etc. Unter den taxations befand sich eine in Höhe von 12,3 Millionen für Bestätigung der offices héréditaires et domaniaux.

75. Die 1622 in den Electionen errichteten Ämter für Räte, erste Beisitzer der élus, élus, Staatsanwälte und Prokuratoren brachten 6 Millionen ein; die 1624 den Präsidenten und Richtern der Electionen für die Bestätigung in ihren Ämtern auferlegten Taxen 300 000 l.; eine Errichtung von je 2 élus-Stellen in allen Electionen ergab 6 Millionen; den gleichen Betrag erbrachte 1632 eine Attribution von 12 deniers für die Beamten der Electionen; die im Dezember desselben Jahres geschaffenen Ämter für einen zweiten Präsidenten und einen Strafrichter in allen Electionen 5,5 Millionen. Von den 1633 für die Konstituierung des Beamtenkörpers des Parlaments in Metz geschaffenen Ämter gingen in diesem Jahre bereits 2,14 Millionen ein, für Ämter von Präsidenten in den greniers à sel 1,18 Millionen, für eine Attribution von 6 deniers auf das Minot Salz an die Beamten der greniers à sel 981 639 l., für eine andere von 3 deniers pro livre aller Steuersummen zugunsten der Einnahmer der Taille 431 438 (im Jahre 1638 erhielten sie eine neue Bestätigung ihrer erblichen Rechte, Ämter und Gagen; die Höhe der Summe ist jedoch nicht angegeben). Eine 1634 dekretierte Attribution von 3 deniers pro livre aller Steuersummen zugunsten der Kontrolleure und Steuerräte (élus) erbrachte 1,1 Millionen (im Estat au vrai steht, zweifellos fälschlicherweise, 11 Millionen!), eine andere für die Beamten der Electionen verordnete und mit augmentation de gages verbundene 4,7 Millionen (Mai 1635, Dezember 1637), und eine 1637 diesen Beamten verordnete Taxe für die Bestätigung ihrer Rechte 3 Millionen. Die Errichtung einer ganzen Election warf oft 400 000 l. und noch mehr ab

Es gab wenige Beamtenkörperschaften, die das Glück hatten, bei den alljährlich verordneten Attributionen, Taxationen oder neuen Bestätigungen der Ämter übergangen zu werden.⁷⁶ Zwar erscheint oft die Angelegenheit für die Beamten nach außen hin zunächst nicht allzu drückend, denn der Zinsfuß für die geleisteten Summen war gewöhnlich ziemlich hoch: 5, 6, 7, 8 ja 10% und noch mehr betrug er anfangs.⁷⁷ Aber nach einiger Zeit erfolgte stets eine Herabsetzung. Jederzeit fand die Regierung einen Beweggrund ihrer Maßnahmen, wenn es auch nur das Geständnis war, daß sie augenblicklich kein Geld habe. In den 40er Jahren kam es überhaupt nicht vor, daß Gagen voll ausbezahlt wurden. Zunächst erfolgte ein Abzug von einem Viertel,⁷⁸ und bald erhöhte er sich auf drei Achtel,⁷⁹ dann auf die Hälfte, und schließlich bekamen die Beamten überhaupt keine Gagen mehr und nur noch ein Viertel der an sie veräußerten Rechte.⁸⁰ Das war die Einleitung zum Staatsbankerott, der 1648 tatsächlich auch hereinbrach. Eine solche Behandlung der Beamten bewirkte natürlich ein Abflauen der Kauflust auf dem Ämtermarkt; die verhältnismäßig mageren Einnahmen der Parties casuelles in jenen Jahren zeigen dies deutlich. Nach Abrechnung der den Beamten auferlegten Taxen bleiben im Etat für die Ämterverkäufe keine großen Beträge mehr.⁸¹ Eine Ausnahme machen nur die Jahre 1644, 1645 und 1646;⁸² dabei dürften aber die Widerrufung des Droit royal (s. o.), seine Ablösung und die im Zusammenhang damit stehenden Machenschaften eine wesentliche Rolle spielen.⁸³

(aus der Errichtung der Election Rouanne gingen 1630, dem Jahre der Errichtung, allein 342 978 l. ein). Estat ou vray, s. Anm. 70.

76. Am ehesten geschont wurden die Parlamente, und zwar aus politischen Gründen.

77. d. h. er stand zum denier 20, 18, 15, 12 und 10.

78. von 1640 ab.

79. Im Jahre 1644.

80. In den Jahren 1647, 1648 und wohl auch 1649.

81. Ein solcher war allerdings der Verkauf von Schreiberämtern, der im Jahre 1641 ca. 4 Mill. und im folgenden Jahr weitere 1,2 Millionen einbrachte; s. G⁷ 1563 (A. N.) Estat des traités et affaires de Guillaume de Flandre, trésorier des parties casuelles.

82. mit 27,4 Mill., 21, und 13,5 Mill. gegen 6,5, 5,3 und 2,3 Millionen in den folgenden drei Jahren.

83. s. o. S. 99; nennenswerte Taxen sind außerdem die 1643 auf die Beamten der Electionen gelegten in Höhe von 3,14 Mill. für die Zubilligung von 1 denier pro livre aller Steuersummen, ferner eine solche von 2,17 Mill.,

Nach einem Etat au vrai⁸⁴ steigen allein die Operationen, welche sich die Beamten der Elektionen in der Zeit von 1622 bis 1648 gefallen lassen mußten, auf über 200 Millionen, „die sie auf außerordentlichem Wege kraft arrêts du Conseil zu zahlen gezwungen wurden, so daß sie und ihre Familien vielfach genötigt sind, ihre Güter zu veräußern, um imstande zu sein, die Anleihen zurückzuzahlen, welche sie aufnehmen mußten, damit sie die verordneten Taxen entrichten konnten“.⁸⁵ Es zeigt sich hier recht deutlich die Berechtigung des auf die Beamten angewandten Ausdrucks: dazu verdammt zu sein, seinem Gelde nachzurrennen. Wer einmal vom Räderwerk dieser fiskalischen Mühle erfaßt war, für den gab es kein Entrinnen mehr, wollte er nicht alles im Stich lassen, was er bereits bezahlt hatte. Um die Beschlagnahme seines Amtes, in dem er den Hauptteil seines Vermögens angelegt hatte, zu vermeiden, entschloß sich der Beamte, eine Taxe nach der andern zu entrichten und die ihm zugedachten augmentations de gages oder andere Attributionen anzunehmen, blieb doch als ultima ratio die Möglichkeit, von den „Klienten“ und Steuerzahlern das wieder einzutreiben, was man selbst abgegeben hatte. Wären letzten Endes nicht alle Lasten auf die Taillepflichtigen gefallen, so wären diese weit glücklicher zu preisen gewesen als die Beamten.

Was die Höhe der diesen abgenötigten Gesamtsumme betrifft, so kann immer nur ein sehr relativer Betrag genannt werden, der weit unter dem absoluten liegt. Die Frage nach diesem werden wir stets mit einem Ignorabimus beantworten müssen. Neben den amtlichen Ziffern gab es nämlich noch einkassierte Beträge, die geheimgehalten und der Chambre des comptes nie zur Überprüfung vorgelegt wurden; und zwar handelt es sich um Millionenbeträge.⁸⁶

die 1646 den Beamten der greniers à sel oktroiert wurde gegen Inkorporierung der quatriennaux und Gewährung von 60 000 l. als gages héréditaires; (s. G⁷ 1563). Die Zahl der Beispiele könnte beliebig erhöht werden.

84. aus dem Jahre 1648.

85. „... en ce non compris les taxes payées par lesdits receveurs des tailles, taillon, payeurs de gages et droits des officiers desd. eslections et greffiers d'icelles, pour les quatriennaux de leursdits offices, pour n'avoir pu voir les traités d'icelles dites taxes qui montent à des sommes énormes.“

86. Das zeigt ein Estat des traités et affaires de Guillaume de Flandre, trésorier des Parties casuelles (G⁷ 1563, Arch. nat.). Ein auf die Jahre 1640 bis 1659 sich beziehender Etat weist mit 45 Posten eine Gesamthöhe von

Ja, wir haben Grund zu der Annahme, daß sie in die Hunderte von Millionen gingen. Der Unterschied zwischen der etatmäßig verzeichneten und der tatsächlichen Höhe der außerordentlichen Einnahmen war ferner bedingt durch die ebenfalls nur annäherungsweise feststellbaren Gewinne der Traitants und Ratgeber, *donneurs d'avis*, in deren Hände die Durchführung der Finanzoperationen lag. Spielten diese Leute schon zur Zeit Heinrichs III. eine große Rolle, so bildeten sie jetzt die Klasse, auf die der Staat geradezu angewiesen war. In den Vorzimmern der einflußreichen und vornehmen Leute scherwenzelnd, geheimnisvolle Verbindungen unterhaltend, waren sie die Spekulanten der Zeit, rührige, mit Intelligenz, Geschäftssinn und Gewissenlosigkeit ausgestattete Geldleute ohne Vergangenheit, aber mit hoffnungsreicher Zukunft, bei denen die berühmte Million nur die erste Stufe des Reichtums darstellte.⁸⁷

Von diesen Geldleuten gingen die *avis* (Vorschläge) aus, daher der Name *donneurs d'avis*. Über die „Markt“-Lage genau im Bilde, beeinflussten sie die Edikte. Ihr Spürsinn war berüchtigt. Loyseau schon verglich sie mit Blutegeln; diese Menschen würden „bis ins Erdinnere dringen“, wenn sie wüßten, daß dort etwas zu holen wäre.“⁸⁸ Ihre *avis* waren geschätzt, sofern sie sich als durchführbar erwiesen, und wer einen guten Rat gab, erhielt eine fette Provision. Der Rat bestand gewöhnlich in dem Vorschlag, den Beamten Attributionen, Taxationen und dgl. zu oktroyieren, neue Ämter zu errichten, Renten aufzulegen oder Krongüter zu veräußern. Kam ein Edikt zustande, so wurden aus den *donneurs d'avis* Partisans und Traitants. Sie schlossen mit dem König einen Vertrag, durch den sie mit der Ausführung der betreffenden Edikte beauftragt wurden. Daher ihre Namen, die sich von *parti* bzw. *traité* ableiten.

Unter einem *parti* verstand man also vorzugsweise eine Finanzoperation, die auf ein *édit* bursal zurückging und bezweckte, dem

59 129 726 l. auf, von denen mindestens 90% auf Taxationen entfallen. Neben diesem besteht noch ein weiterer Etat, der 175 *traités* umfaßt und 53 *survivances*, ohne die Summen anzugeben. Nach Analogie zu schließen haben wir es mit einem Betrag von 150—200 Millionen zu tun.

87. s. Normand, *La Bourgeoisie française au XVII^e siècle*. Paris 1908, p. 187.

88. s. bes. liv. III, ch. 1.

König zu Vorschüssen einer spekulierenden Finanzgruppe zu verhelfen. Der Mechanismus bestand in einer privaten Finanzverwaltung, die neben der Verwaltung des Königs bestand, ihm aber große Gelder einbrachte. Die partis teilten sich, nachdem die Vereinbarung mit der Krone zustande gekommen war, in sous-partis und die Partisans in sous-Partisans oder Traitants. Sie hatten ihre Büros und viele Kommis und führten auf eigene Faust, aber unter staatlichem Schutze, die Unternehmungen aus. Die sich schließlich ergebende Spanne zwischen der Höhe des Vertragsabschlusses und dem Gesamtergebnis bildete für sie das eigentliche „Geschäft“. Wichtig für sie war also, daß zwischen beiden ein großer Abstand herauskam, denn nur so konnten sie ihre märchenhaften Reichtümer sammeln. Feste Gewinnanteile waren ihnen von vornherein sicher. Zunächst die Anregungsprämie, die ihnen in der Eigenschaft als *donneur d'avis* zustand; sie betrug häufig 10% oder noch mehr. Im eigentlichen Vertrag war den Partisans eine „remise“ zugesichert, d. i. der offizielle Gewinnanteil; er schwankte je nach Art und Erfolgsaussicht des Unternehmens. Dem Wortlaut der im Conseil abgeschlossenen *traités* zufolge lag er gewöhnlich zwischen einem Sechstel und einem Viertel des Gesamtbetrags und wurde „remise en dedans“ genannt. In vielen Fällen, insbesondere bei den Ämterverkäufen, kamen dazu noch die zwei *sous pro livre*, die der Käufer als Zuschlag an den Traitant zu zahlen hatte; das hieß man „remise en dehors“. Die Gegenleistung des Traitant bestand darin, daß er dem Staat für die abgemachte Summe haftete und ihm Beträge vorschob, deren Höhe von der Bedeutung der in Frage stehenden Unternehmung abhing.⁸⁹ Schätzungsgrundlage für diese bildeten die Tarifsätze, die unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktverhältnisse im Conseil festgelegt wurden und als Mindestsätze zu gelten hatten, die die Traitants nicht unterschreiten durften. Das kam praktisch auch kaum vor. Denn sie standen stets in reger Verbindung mit den hohen Finanzbeamten, häufig dienten sie sogar nur als Strohmannen, die im Auftrag hoher Chargeninhaber, vorzugsweise der *trésoriers de l'Epargne*, der Schatzmeister der *Parties casuelles* oder der Finanzintendanten Angebote einreichten und Verträge ab-

89. vgl. d'Avenel, a. a. O. 2, p. 347.

schlossen. Dafür, daß beide Teile auf ihre Rechnung kamen, war gesorgt, denn jene Hintermänner saßen als Referenten für Finanzangelegenheiten im Conseil, und ihre Stimme gab den Ausschlag.⁹⁰ Nie wurden Könige großzügiger betrogen und Völker skrupelloser bestohlen und ausgepreßt, als unter dem Regime der Traitants. Den Satz der verordneten Taxen überschritten sie stets, und den Mehrerlös aus den verkauften Ämtern, der gelegentlich den ursprünglichen und amtlich festgelegten Preis um ein Drittel überstieg, steckten sie in die Tasche.⁹¹ „Die Behauptung ist nicht übertrieben“, heißt es in einem Avis important, „daß von allen Abschlüssen der letzten drei Jahre,⁹² die sich auf mehr als 50 Millionen belaufen, nur 20, allerhöchstens 25 Millionen in den königlichen Tresor flossen“. Die noch erhaltenen Verträge und Abschlüsse stützen diese Behauptung. Sie zeigen, daß die remise en dedans meist weit mehr als ein Sechstel betrug. Als Beispiel dafür möge ein Abschluß dienen, durch den eine Ämterserie für 1 200 000 l. verkauft wurde, der Traitant aber eine remise von 500 000 l. erhielt.⁹³ Dies zeigt recht gut die innere Beziehung zwischen Strohmänn und Hintermann, der im Conseil die Sache durchbrachte, jenen mit der Ausführung beauftragte und den

90. Sehr bezeichnend ist ein Avis important au Roy des abus et malversations qui se commettent par les trésoriers dans le maniement des Finances, ms. fr. 18 510, fol. 264, wo es heißt: „Les trésoriers de l'Epargne, les trésoriers des Parties casuelles et de l'ordinaire et Extraordinaire des guerres soubz noms suposez de Duriel et autres, prennent tous les parties qui se font principalement de toutes créations d'offices, attributions de droicts, gaiges et taxations ou suplements en quoy le Roy est grandement trompé et circonvenu par l'intelligence de aucuns de son conseil et de ses intendants, cet article se prouvera aisement.“

91. ebd. u. a. „Les partisans des esleuz (élus) representez par Duriel, ont vendu lesdicts offices un tiers plus que la finance qui en est entrée aux Parties casuelles qui se justifie par son propre registre, et par la déposition des officiers pourvus, on luy a donné par son traité un six ou septiesme des taxes pour ses prétendues avances qu'il n'a point faictes, pour ce que devant les termes des payements il avoit vendu lesdicts offices pour beaucoup plus que le payement qu'il devoit faire ...“

92. ebd., das Mskr. trägt zwar kein Datum, bezieht sich aber zweifellos auf die 40er Jahre.

93. ms. fr. 18 510, fol. 523, Traité sur la création de receveurs et collecteurs des tailles en Languedoc.

Löwenanteil am Gewinn einsackte. Wenn wir nun die in den Händen der Finanzleute bleibenden Summen, ihre direkt und indirekt erschlichenen Gewinne berücksichtigen, den Teil der Deniers extraordinaires in Betracht ziehen, der korrekterweise in die Parties casuelles hätte fließen müssen,⁹⁴ für die nichtgebuchten Summen nur einen Betrag von 150 bis 200 Millionen annehmen, so kommen wir zu der zwar nie beweisbaren, aber größte Wahrscheinlichkeit bietenden Behauptung, daß in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts allein in Form von Ämtererrichtungen, Ämteraufhebungen, Taxationen, Bestätigungen und all den sonstigen erwähnten Manövern ungefähr 1,5 Milliarden aus dem Volke herausgeholt wurden. Ziehen wir die Bevölkerungszunahme Frankreichs und die seither stattgefundene Münzverschlechterung in Betracht, so entspricht diese Summe heute einem Betrag, der mit 200 bis 220 Milliarden Franken eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürfte. (Bei Annahme des Frankenwerts von 1935.)

*

Die außerordentlichen Finanzoperationen hatten fatale Rückwirkungen, insbesondere auf die Steuerverwaltung. Reinem Geldmangel entsprungen, konnten sie nur gelingen, wenn der Staat hohe Zinssätze gewährte und Sicherheiten bot. Diese bestanden gewöhnlich in einer Art Hypothek auf das Krongut oder in einer Belastung bzw. Verpfändung eines Teils der ordentlichen Einnahmen. Z. B. wurden die für neugeschaffene Ämter in Aussicht gestellten Gagen und die Zinsen für die Attributionen und die Rentenkapitalien auf die Steuer basiert. Ihre Auszahlung geschah an Ort und Stelle, also' nicht durch den Tresor, so daß die aus den Generalitäten der Staatskasse zufließenden Gelder nur den nach Abzug der Lasten übrig bleibenden Reinbetrag aus den gesamten Einnahmen darstellten. Richelieu hat diesen Mechanismus nicht erst geschaffen, er ist schon alt und eine der wichtigsten Ursachen für die mißliche Finanzlage des Staates in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewesen. Bereits beim Regierungsantritt Heinrichs IV. waren, wie bereits gezeigt, die Finanzen total zerrüttet.

94. Die Trennung dieser beiden außerordentlichen Einnahmefonds war geestzlich, in der Praxis erwies sie sich aber als künstlich und imaginär.

Und noch im Jahre 1598 gingen von den 23 Millionen der ordentlichen Einnahmen 16 Millionen für Lasten, charges, ab, die in Zinsendienst, Gagen u. dgl. bestanden; dem Rest standen laufende Ausgaben von über 20 Millionen gegenüber.⁹⁵ Von der trostlosen Lage des durch die Geldleute beherrschten Staates vermag nichts einen besseren Begriff zu geben als der bekannte Brief Heinrichs IV. an Sully,⁹⁶ in dem er seiner Erbitterung über den Conseil des finances Luft macht, den er „gebeten und beschworen“ hatte, ihm einen Fonds von 800 000 Talern zu beschaffen. Dessen endgültige Antwort, der viele Entschuldigungen und sich widersprechende Verlegenheitsphrasen vorausgingen, bestand jedoch nur in Hinweisen auf die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit der Sache.⁹⁷ Frankreich war aber in Wirklichkeit nicht arm, sondern nur derart schlecht verwaltet, daß der größte Teil der Einnahmen in den Händen der Finanziers und der unzähligen Beamten blieb. Die Tätigkeit Sullys ist der schlagendste Beweis dafür. Als er 1599 das Amt des Surintendant des finances übernahm, betrugen die

95. M. Marion, *Ce qu'il faut connaître* . . . , p. 18. Vgl. H. Carré, Sully. Sa vie et son œuvre. Paris 1932, p. 225 ff. Ms. fr. 7750.

96. vom 15. April 1596.

97. „... voire n'ont pas craint de me mander que tant s'en fallait qu'ils me pussent fournir une si notable somme, qu'ils se trouvaient bien empêchés à recouvrer des fonds pour faire rouler ma maison, ce qui m'afflige infiniment On m'a donné pour certain, et s'est-on fait fort de le vérifier, que ces huit personnes que j'ai mises en mes finances ont bien encore fait pis que leurs devanciers, et qu'en l'année dernière et la présente, que j'ai eu tant d'affaires sur le bras faute d'argent, ces Messieurs-là et cette effrénée quantité d'intendants qui se sont fourrés avec eux par compère et commère, ont bien augmenté leurs grivelées, et mangeant le cochon ensemble, ont consommé plus de 1 500 000 écus, qui étaient somme suffisante pour chasser l'Espagnol de France, en payant de vieilles dettes par eux prétendues Je n'ai quasi pas un cheval sur lequel je puisse combattre, ni un harnais complet que je puisse endosser; mes chemises sont toutes déchirées, mes pourpoints troués au coude, ma marmite est souvent renversée, et depuis deux jours je dine et soupe chez les uns et chez les autres, mes pourvoyeurs disant n'avoir plus moyen de rien fournir pour ma table, d'autant qu'il y a plus de six mois qu'ils ont reçu d'argent Pourtant jugez, si je mérite d'être ainsi traité et si je dois plus longtemps souffrir que les financiers et trésoriers me fassent mourir de faim, et qu'eux tiennent des tables brandies et bien servies, que ma maison soit pleine de nécessité et les leurs de richesse et d'opulence“. (zit. nach Marion, *Ce qu'il faut connaître*, p. 16).

Staatsschulden 296 Millionen.⁹⁸ Beim Tode Heinrichs IV. betrugen die Einnahmen über 26 Millionen, für Lasten, charges, gingen aber nur noch knapp 6 Millionen ab. Die ganze Schuld war getilgt, die Taille bedeutend ermäßigt und der Fehlbetrag beseitigt, ja sogar ein Reservefonds von 13 Millionen angelegt.⁹⁹ Die Tatsache, daß sich das Budget im Gleichgewicht befand, läßt sich in der Finanzgeschichte des Ancien régime nur noch einmal feststellen: zur Zeit Colberts.

Als bald nach dem Tode Heinrichs IV. Sully in Ungnade fiel, begann eine neue Epoche der Finanziers und der Günstlinge. Wir sahen, daß die Ständeversammlung von 1614 heftig gegen diesen Kurswechsel und insbesondere gegen die wieder eingetretene Erhöhung der Taille protestierte. Die Taille ergab damals 12 Millionen, aber nur 4,6 Millionen gingen beim Tresor ein; mitsamt dem Taillon betrug sie fast 17 Millionen, und sämtliche Zusatzsteuern, crues extraordinaires, eingerechnet, belief sie sich auf über 21 Millionen; die Pachtsumme der verschiedenen Fermes lautete auf 14 Millionen.¹⁰⁰ Aber die Belastung des 36 Millionen übersteigenden Etats wirkte schon wieder so stark, daß nur etwas über 16 Millionen in die königlichen Kassen flossen. Bedenklicher sah es 1617 aus, wo der größte Teil der Einnahmen der folgenden drei Jahre vorweggenommen war, wie sich auf der Notabelnversammlung von Rouen herausstellte. Als 1626 eine ähnliche Versammlung berufen wurde, zog der Surintendant (Finanzminister) Effiat eine erschreckende Bilanz: „Wie man sich aller Mittel bedient, ein altes, vom Einsturz bedrohtes Gebäude zu stützen, so sahen sich die Finanzdirektoren beim Anblick dieses alten, vom Druck der Lasten niedergebeugten und der Hilfsquellen entbehrenden Königreichs gezwungen, alle Jahre nach Edikten, Reglements und Ämtererrichtungen zu suchen, um die schweren Zeiten überstehen und den dringenden Anforderungen Genüge leisten zu

98. nach Forbonnais, a. a. O. t. 1, p. 39; nach ms. fr. 7752 sogar 339,6 Millionen.

99. Marion, a. a. O. p. 19; s. a. Remontrances du Parlement de Paris, 22 mai 1615 (Isambert, t. 16, p. 64 ff.). H. Carré, Sully, p. 253 gibt sogar als Staatsschatz der Bastille 15 870 000 l. an.

100. *Traité de revenu et dépense des Finances de France*, in *Des Etats gén. et autres assemblées nationales*, t. 17, p. 185 ff.

können. Trotz Aufbietung aller Kräfte gelang es ihnen nicht, den Etat in Ordnung zu bringen. Um instande zu sein, die Ausgaben eines Jahres zu bestreiten, mußten sie die Einnahmen des kommenden verpfänden, manchmal auch die von anderthalb und zwei Jahren Verlangten die dringenden Bedürfnisse, daß die Partisans ihre Verträge voll erfüllten und klingende Münze vorschossen, so gewährte man ihnen Zinsen bis zu 15, 18 und 20%. Rechnet man die andern remises hinzu, so folgt, daß aus den vorteilhaftesten Verträgen nicht einmal die Hälfte ihrer Summe in die Staatskasse gelangte. An diesem Punkt angekommen, war man gezwungen, an die Kassen der Partisans zu appellieren. Bei dieser Unordnung stiegen die Ausgaben, die vorher 20 Millionen nicht überschritten, bis auf 50 Millionen, die nur mit außerordentlichen Mitteln aufgebracht werden konnten. Wenn schon im Tresor Gelder eingingen, dann dank der Errichtung von Ämtern, deren Gagen und Rechte aber von der königlichen Domäne getragen werden und ihren Inhabern so gut gewährelistet sind, daß selbst der kleinste non-valeur zu Lasten des Tresors geht. Damit wird das Einkommen aus der Domäne gleich Null. Auch die Taille nützt dem König nicht viel, weil von den 19 Millionen, die sie jährlich erbringen sollte, nur sechs Millionen für den Tresor übrigbleiben. Sie geht durch die Hände von 22 000 Kollekteurs, die sie zu 160 Einnehmern (receveurs des tailles) bringen, von diesen geht sie an 21 Generalsteuereinnehmer (receveurs généraux), die sie endlich dem Tresor zuführen¹⁰¹. — Diese Charakteristik ist noch vorsichtig, denn Effiat rechnet für jede Gemeinde nur einen Kollekteur, für jede Elektion einen Steuereinnehmer und für jede Generalität einen Generalsteuereinnehmer.

Die Frage nach dem Zustandekommen des Etats und dem Mechanismus der Steuerverwaltung drängt sich hier auf. Die Antwort darauf liefert den Schlüssel zur Erklärung vieler Mißbräuche der Finanzbeamten.

An Hauptsteuern sind zu nennen die Taille, der Taillon, eine im 16. Jahrhundert aufgekommene Ergänzungssteuer der Taille, ein sogenannter accessoire, die Gabelle und die Aides. Daneben

101. Des Etats gén. et autres ass. nat., t. 18, p. 238 ff., vgl. Forbonnais, t. 1, année 1626.

gab es noch eine ganze Anzahl kleinerer Einkünfte, wie Zölle, Wasserpachten, kleine Fermes usw.¹⁰²

Am Anfang jedes Jahres wurde ein Etat der verschiedenen Fonds aufgestellt, deren Höhe mit annähernder Sicherheit feststand. Die Einnahmen des vorhergehenden Jahres gaben dabei die Schätzungsgrundlage ab. Diesem einstweiligen Etat wurde ein anderer von gleicher Höhe an die Seite gestellt, der die Ausgaben umfaßte. Beide gingen dem trésorier de l'Epargne zu, der die im Ausgaberegister verzeichneten Posten von den Summen bestritt, die ihm von den im andern Register verzeichneten Einnehmern zufließen. Damit war das formale Geschäft der Oberintendanz fertig, sagte später Fouquet bei seiner Verteidigung.¹⁰³ Nachdem im Conseil des Königs die Summe festgesetzt war, die aus den Steuern eingehen mußte, ging den in den Generalitäten sitzenden Oberschatzmeistern (trésoriers généraux) die auf ihren Bereich entfallende Ziffer zu. Hier, in den Generalitäten, herrschte aber noch keineswegs eine scharfe Trennung der administrativen Zuständigkeiten. In den pays d'élections verteilten sich die Geschäfte auf die Gerichts- und Finanzkörperschaften, die Parlamente und Präsidialhöfe einerseits und die Oberschatzmeister und die Steuerräte (élus) anderseits, wodurch eine gegenseitige Kontrolle der Register stattfinden sollte. Das Personal des im Hauptort einer Generalität errichteten Bureau des finances teilte sich in drei Gruppen; die erste war mit der Assiette der direkten Steuern, der Regelung der örtlichen Ausgaben und Schlichtung der fiskalischen Streitangelegenheiten beauftragt, die zweite mit der Buchführung und dem Rechnungswesen und die dritte mit der Kontrolle. Assiette und Erhebung erscheinen so zwar getrennt; da aber in den Händen der Präsidenten und trésoriers de France, Angehöriger der ersten Gruppe, die Steuerverwaltung und Regelung der örtlichen

102. nach ms. fr. 7752 bestanden sie aus: Domaines de France, autres fermes et droits domaniaux, Domaines de Roussillon, Alsace, Sedan et Blois, Gabelles de France, droits et fermes dépendants de la ferme générale des gabelles; Gabelles de Languedoc, Lyonnais, Dauphiné, Provence et Lorraine; Aides de France, droits annexés aux aides; Entrées de Paris et Rouen et ferme du pied fourché; cinq grosses fermes, fermes et droits compris dans le bail des cinq grosses fermes; Tiers surtaux et quarantième de Lyon.

103. J. Lair, Nicolas Fouquet, Procureur général, Surintendant des Finances, Ministre d'Etat sous Louis XIV. Paris 1890, t. 1, p. 312.

finanziellen Verpflichtungen lagen, gingen die ganzen Steuerbeträge doch durch ihre Hände, und die Vermengung der Funktionen barg für sie große Versuchungen. Sie regelten nämlich auch die den Körperschaften oktroyierten Gagen, Rechte und Attributionen und waren in eigener Sache zuständig. Ferner überprüften und beurkundeten sie die Steuerrollen. Ihnen kamen alle Befugnisse zu, die gegen Ende der Richelieu'schen Epoche in immer steigendem Maße auf die Intendants übergingen, die dann unter Ludwig XIV. die allmächtigen Träger der Staatsgewalt in den Provinzen wurden. Anfangs waren sie nur eine Art Kontrollbeamte; sie präsidierten die Sitzungen der *trésoriers de France* und wirkten mit an der Festlegung der auf die einzelnen Elektionen entfallenden Steuerbeträge. Die Verteilung innerhalb eines solchen Bezirks auf die *Paroisses* geschah durch einen *trésorier de France* im Verein mit den Steuer-räten, die dem Gerichtscorps angehörten.

Auf der Steuerrolle standen neben der *Taille* auch ihre *accessoires*, wie *Taillon* und die Heeressteuern (*substances crue, quartier d'hiver*), eingetragen. Die für die Beurkundung der Steuerrollen geschaffenen Kommissare (*commissaires des tailles*) und ähnliche Beamte hatten keine Bedeutung verwaltungstechnischer Art, es handelte sich bei ihnen, wie bei so vielen andern, um rein fiktive Ämter; ihre Inhaber lebten von der *Taille*, aber verbesserten sie nicht. Erhoben wurden die Steuern durch die *Kollekteurs*, die ihre einkassierten Beträge an die Einnehmer der Elektionen ablieferten. Diese leiteten den einen Teil den Generalsteuereinnehmern zu, den andern, vorher festgelegten und für die Bestreitung örtlicher Ausgaben, wie für Bauten und Verbesserungen, bestimmten Teil den *trésoriers provinciaux des Ponts et Chaussées*. Für den *Taillon* gab es besondere Einnehmer, die ihre Eingänge ebenfalls an besondere Generalsteuereinnehmer der *Bureaux des finances* ablieferten. Nach Abzug der von den Einnahmen verpfändeten und für Gagen, Attributionen und Renten veräußerten Summen wurde der Restbetrag dem *Tresor* zugeleitet, „in den alle Einnahmen fließen, wie die Bäche und Ströme sich in das Meer ergießen“.¹⁰⁴

Die Verwaltung des *Tresors* lag in den Händen von drei *trésoriers de l'Epargne*. Franz I. hatte diese Charge geschaffen;

104. *Le vray estat de la France*, 1654; vgl. d'Avenel, Richelieu et la monarchie absolue, t. 2, und J. Lair, a. a. O.

Heinrich II. stellte dem ersten Schatzmeister einen Alternatif an die Seite, Ludwig XIII. schuf bald nach seinem Regierungsantritt einen Triennal, und die Regentin wollte später sogar einen Quatriennal einsetzen, aber die andern Schatzmeister lösten ihn ab mittels einer Summe von 650 000 l.¹⁰⁵ Das Amt eines solchen Schatzmeisters stand sehr hoch im Kurse; eine Million wurde dafür bezahlt, obwohl es an Gagen nur 12 000 l. eintrug. Außer diesen bezog aber der Inhaber drei deniers pro livre der eingehenden Summen, was bei einem Eingang von 80 Millionen eine Million Provision ausmachte.¹⁰⁶

Der Schatzmeister des Staatsschatzes speiste die Ausgabenfonds und leitete den betreffenden trésoriers ihre Beträge zu. Das Bindeglied zwischen den Schatzmeistern der Einnahmen- und Ausgabenkassen bildete der Generalkontrolleur (*Contrôleur général*), der die Register der verschiedenen Finanzzweige und die Kohtrolle über die Quittungen führte. Ihm zur Seite standen eine Anzahl Finanzintendanten, die auch als Berichterstatter im königlichen Conseil des finances Dienst taten. Auf dem Gipfel der Hierarchie thronte der Surintendant als höchsten Finanzbeamter, der „über die königlichen Finanzen nach freiem Ermessen verfügte, ohne jemand Rechenschaft ablegen zu müssen“.¹⁰⁷ Ausschließlich dem König verantwortlich, war er in Finanzangelegenheiten tatsächlich allmächtig, solange er sein Vertrauen besaß. Wehe dem Staat, wenn dieser Beamte seine Befugnisse mißbrauchte! Und wie groß war die Versuchung unter einem Richelieu, der zur Verwirklichung seiner ehrgeizigen politischen Pläne stets zu neuen Unternehmen drängte, dem es weit weniger darauf ankam, wie das Geld beschafft, als daß es beschafft wurde, und der sich, wenn ihn die Surintendanten um Rat fragten, nicht scheute, seine Unkenntnis in Finanzangelegenheiten ganz offen einzugestehen und ihnen nur empfehlen konnte, sich an die zu wenden, die diese Dinge besser verstünden.¹⁰⁸ Das hieß den Finanzleuten freie Hand lassen.

105. J. Lair, a. a. O. p. 315.

106. Die parties casuelles hatten ihre eigenen Trésoriers, einen ancien, alternatif, triennal und zuzeiten einen quatriennal.

107. Le vrai estat, p. 309.

108. „Je confesse tellement mon ignorance en affaire de finance que le seul avis que je vous puisse donner est de vous servir de ceux que vous trouvez

So kam es, daß der Staat nach dem Zeugnis Colberts in zwölf Jahren an Rechten für 18 Millionen veräußerte,¹⁰⁹ die hauptsächlich auf die Taille geschlagen und vom Volk aufgebracht wurden. „Während sie 1618 nicht einmal 20 Millionen betrugen, waren sie 1630 bereits auf 38 Millionen angewachsen. Von dieser unglaublichen Überlastung profitierten lediglich einige Personen. Eine Entlastung des Staats fand nicht statt, im Gegenteil, denn die Zahl der Ämter und die augmentations de gages nahmen andauernd zu“.¹¹⁰

Die Rechteveräußerungen bestanden hauptsächlich in den Attributionen, Taxationen und augmentations de gages, die die Beamten unter allen möglichen Vorwänden oktroyiert bekamen. Welchen Umfang sie 1633 angenommen hatten, zeigt auch ein Edikt vom Dezember, das eine jährlich auf den Staat entfallende Belastung von 20 Millionen auf 13,8 Millionen herabsetzte und Bestimmungen über eine bessere Verwaltung dieser veräußerten Rechte erließ. Und zwar diente als Begründung, die Erwerber der Attributionen, d. h. die Beamten, hätten sich nicht mit ihnen begnügt, „sondern ihre Einnahmen so übermäßig gesteigert, daß manche von ihnen das Doppelte und Dreifache von dem hereinbrachten, was sie als finance dafür (an den Staat) zahlen mußten. Das Übel ist derart, daß das Volk weit mehr überlastet ist von den Erhebungen, die für die Eigentümer jener Rechte angestellt werden, als von denen, die zugunsten des Staates gehen“. Den Wortlaut der Edikte mißbrauchend, erhoben sie dieselben Gebühren mehrere Male, um große Überschüsse zu erzielen.¹¹¹ Dieses Edikt war nicht

plus utiles“. Lettres et papiers d'Etat de Richelieu, t. 4, p. 728; vgl. d'Avenel, a. a. O. t. 2, p. 180 ff.

109. Zum denier 20 gerechnet würde das einem Kapital von 360 Millionen entsprechen.

110. s. Clément, Lettres, instructions et mémoires de Colbert, t. 2, p. 20 f.

111. „Car sous prétexte que par nos édits, toutes les natures de deniers sur lesquels les propriétaires doivent prendre leurs droits, sont particulièrement désignés et qu'en outre il est expressement ordonné que les droits seront levés sur tout le contenu aux rolles, mesmes sur les droits les uns des autres. Nous avons esté advertis que lesdits officiers desdites eslections faisant leurs départements, imposent lesdits droits en conséquence de nosdits édits sur les sommes naissantes et renaissantes autant de fois qu'une somme de meniers peust estre partagée et divisée, en sorte qu'un mesme droit est imposé bien souvent jusques à huit ou neuf.“

das einzige, das gegen die Machenschaften der Beamten zu Felde zog. Schon einige Jahre vorher hatte die Regierung gerügt, daß „außer durch die großen Lasten, die auf dem armen Volk liegen, dieses noch bedrückt wird durch Erhebungen, die einzelne unter dem Vorwand, es handle sich um ihre Attributionen, oder kraft der Autorität, die sie besitzen, für sich anordnen“, oder „Steuern auflegen und so die Untertanen stark schädigen“,¹¹² daß also die Beamten wichtige fiskalische Akte im Namen des Königs vollzogen ohne dessen Wissen und Befehl. Leider entsprangen diese Rügen und die sich daran anschließenden Verordnungen keiner wirklichen Reformabsicht, sie gaben nur die Rechtfertigung ab für Maßnahmen, die dem Tresor einen augenblicklichen Vorteil brachten und Raum schafften für neue Operationen, die, sofern es möglich war, die alten Übel verschlimmerten. Eine solche Maßnahme war auch die im Februar 1634 erfolgte Umwandlung der genannten 13,8 Millionen in eine feste Rentensumme von 11 Millionen, deren Zinsendienst mit 8 zu Lasten der Taille und mit 3 Millionen zu Lasten der Gabelle ging. Sie geschah deswegen, weil es theoretisch nicht möglich war, die Taille weiter zu belasten. Über 80% ihres Ertrags mußten als veräußert angesehen werden; die Summe der Attributionen und Taxationen überstieg pro livre 200 deniers.¹¹³ Die Umwandlung machte sich auch tatsächlich sofort in einer beträchtlichen Steigerung der Tailleinnahmen bemerkbar. Sie gingen aber bald wieder zurück. Bereits in demselben Jahr begann die Regierung von neuem mit der Zuteilung von Attributionen; die Beamten mußten auch die ihnen kurz vorher entzogenen Steuerprivilegien erneut zurückkaufen. Weil die Rechteveräußerungen die Einnahmen aus den Steuern herabdrückten, mußten diese ständig erhöht werden. Da aber die Attributionen meist pro livre der Steuersumme angesetzt waren, so steigerte sich auch der Ertrag für die Beamten mit jeder Erhöhung. Das wiederum gab der Regierung den Vorwand, jene mit einer neuen Taxe oder Anleihe zu

112. Edit janvier 1629, s. art. 409 und 345: „Et d'autant qu'il se commet infinis abus à l'assiette et département desdites tailles, et qu'il se fait plusieurs levées extraordinaires sur nos sujets, dont nous avons aucune connaissance“. (Isambert, 16.)

113. z. B. 8 deniers pro livre aux gardes des petits sceaux et maîtres clerks, 6 deniers des greffiers anciens, 4 deniers des greffiers d'affirmation, 2 sols aux premiers et seconds commissaires des tailles, 6 deniers des élus, etc. etc.

belegen, die aber ebenfalls einen Zinsendienst erforderten. So trieb ein Keil den andern.

Mehr als Worte besagen Ziffern. Während aus der Taille trotz der Belastung durch die Umwandlung des Jahres 1634 nahezu 13,5 Millionen — gegenüber 9,3 Millionen im Jahre 1632 — im Tresor eingingen, sank die Einnahme 1635 auf 10 Millionen, stieg dann aber allerdings bis 1639 auf nahezu 20 Millionen an. Wie aber sah der Etat dann aus? Die Bruttoeinnahmen aus den direkten Steuern, der Taille, dem Taillon und den *crues*, waren auf 43,6 Millionen beziffert;¹¹⁴ die im Etat verzeichnete Gesamteinnahme betrug 78 910 185 l. Von dieser Summe aber blieben fast 47 Millionen in den Provinzen für die Bestreitung der örtlichen Ausgaben und Lasten, die von Veräußerungen herrührten. Letztere umfaßten mindestens neun Zehntel jener Summe und bestanden in Verpflichtungen für Renten, Attributionen, Taxationen und *augmentations de gages*. Der größte Teil der ordentlichen Einnahmen des Staats war also den Erwerbern jener Titel verpfändet; unter ihnen stellten die Beamten das Gros. Dies ist der Grund dafür, daß die Steuerlasten andauernd drückender wurden, daß sich seit 1611 die Taille mit ihren *accessoires* vervierfacht hatte, von 11 Millionen auf nahezu 44 Millionen, die Gabelles um 15 Millionen angewachsen und ähnlich die andern Lasten gestiegen waren. Berücksichtigen wir noch die für die *Parties casuelles* und die *Deniers extraordinaires* eingegangenen Summen in Höhe von 33,3 und 23,6 Millionen, so stellt sich heraus, daß im Jahre 1639 mindestens 135 Millionen vom Staat erhoben wurden. Die aus dem französischen Volke gezogene Summe ist zweifellos erheblich höher, denn es ist anzunehmen, daß die *étapes et subsistances* und das *quartier d'hiver* — beides besondere Heeressteuern —, die 25,6 Millionen ausmachten, nicht darin inbegriffen sind.¹¹⁵ Berücksichtigt sind auch nicht die Gewinne und *remises* der *Traitants*, die Gebühren und Rechte der Bankiers und Agenten des Fiskus, die zum größten Teile auf das Volk zurückfielen und kaum weniger als ein Viertel des Etats betrugen. Dafür spricht auch die 1644 von den *trésoriers de France* in Paris aufgestellte Behauptung, daß allein durch Her-

114. s. ms. fr. 7736, *Estat général de la valeur des finances*, dressé sur l'ordre de Richelieu; vgl. *Estat général*, ms. fr. 11 142.

115. Es handelt sich um eine im Verhältnis zur Taillequote umgelegte Heeressteuer, s. d'Avenel, t. 2, p. 204.

absetzung der remises auf 10 oder 12% mehr als 15 Millionen jährlich eingespart werden könnten.¹¹⁶

Ungeheure Hilfsquellen mußte dieses Land besitzen, dessen Bevölkerung damals kaum 17 Millionen Menschen zählte, von denen vier Millionen als steuerprivilegiert galten.¹¹⁷

Diese Darlegungen genügen, um die Bedeutung darzutun, die die Ämtererrichtungen, Attributionen, augmentations de gages, Renten usw. im Finanz- und Steuersystem des Richelieu'schen Staates hatten. Ihr einziger Vorteil für ihn war, daß die Summen, die im Conseil festgesetzt wurden, auf diese Art schnell und bequem beschafft werden konnten. Der große Nachteil bestand darin, daß ihre Verzinsung sich nur durch Belastung der ordentlichen Einnahmen bestreiten ließ, und die Belastung wuchs an in dem Maße wie von jenen Mitteln Gebrauch gemacht wurde, wie die Zahl der Ämteredikte und der Veräußerungen stieg. Davon rührt es her, daß sich die Reineinnahmen aus den Steuern seit dem Tode Heinrichs IV. bis 1643 nicht einmal verdoppelt, die Steuern selbst sich aber mindestens um das Vierfache erhöht hatten. Ihr Ertrag war zum größten Teil an die Beamten und Finanziers vergeben oder übereignet.

Leitgedanke bei der Aufstellung des Budgets war, mit dem Überschlag dessen zu beginnen, was von den ordentlichen Einnahmen für die Bezahlung der Gagen, Renten usw. abgestrichen werden mußte. Der Abstand zwischen dem Rest und der für die Ausgaben veranschlagten Summen wurde ausgeglichen durch außerordentliche Finanzoperationen; von ihnen lebte der Staat in der Hauptsache. Die Ausgaben richteten sich nie nach den Einnahmen, sondern die geschilderten Unternehmen gaben dem Staat die Möglichkeit, stets so viel einzunehmen, wie er ausgeben wollte. Was nicht beglichen werden konnte, fiel unter eine weitere Rubrik: die Staatsschuld. So bestimmte die Ämterpolitik im weitesten Sinne das ganze Finanz- und Steuersystem. Den Beamten und

116. d'Avenel, t. 2, p. 348, sagt: „En effet, c'est par 20 et 30 millions, dissimulés chaque année dans les comptants, qu'il faut faire figurer les pots de vins officiels donnés à ces hardis spéculateurs. En 1639 nous n'estimons pas à moins de 40 millions les sommes qui ont été payées à divers titres, soit par l'État, soit par les contribuables, aux agents de fisc et aux banquiers du Trésor“.

117. ebd.

Geldleuten ward das Volk, d. h. die, welche sich nicht durch den Erwerb einer Sinekure retteten, als Ausbeutungsobjekt überantwortet. „Das Übel besserte sich nach Richelieus Regierung nicht, im Gegenteil, es verschlimmerte sich, wie sich besonders im Jahre 1648 zeigte, wo die gesamten Einkünfte der folgenden zwei Jahre an die Finanzleute als Entschädigung für die geleisteten Vorschüsse veräußert waren. So kam es schließlich (1648) zum Staatsbankerott. Alle Abschlüsse und Verpflichtungen wurden widerrufen. Aber nachher betrug die Staatsschuld immer noch 170 Millionen. Hinzu kam die Fronde; sie tat das Übrige und zerrüttete, was noch zu zerrütten war.

Das Urteil, das Colbert über die leitenden Maximen der Finanzverwaltung in dieser Epoche fällt, trifft den Nagel auf den Kopf: „Dieses Königreich bestand nur aus Unordnung und Wirrwar. Das Geheimnis der Finanzen beruhte darin: à faire et à défaire, Gagen und Ehren an die Beamten zu vergeben, neue Ämter aller Arten und Eigenschaften zu errichten, Rechte, Gagen, Renten zu veräußern, zu beschneiden, aufzuheben und wiederherzustellen; Taxen unter allen möglichen Vorwänden bezahlen zu lassen, sie zu erhöhen, zu verringern, zu beseitigen und von neuem zu verordnen; zur Bestreitung der Ausgaben eines Jahres die ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen der zwei folgenden Jahre vorwegzunehmen; staunenswerte remises zu gewähren, nicht nur für die affaires extraordinaires, sondern sogar für die Erhebung der ordentlichen Einnahmen, wobei die remises und die Zinsen für die Vorschüsse immer mehr als die Hälfte davon verzehrten; den Schatzmeistern des Staatsschatzes und andern hohen Finanzbeamten, Fermiers und Traitants Gelegenheit zu geben, unglaubliche Gewinne einzustecken, und zwar mit der Begründung, daß die Größe eines Staates darin bestehe, eine kleine Anzahl kapitalkräftiger Leute zu haben, die große Summen vorzuschießen imstande sind und die Bewunderung der auswärtigen Fürsten erwecken“.¹¹⁸

*

118. Lettres, mémoires de Colbert, t. 2, p. 20; vgl. Chérueil, zit. p. 305. Die Kritik Colberts wird von einem aus dem Jahre 1651 stammenden *Estat déplorable des affaires de finances*, ms. fr. 18 510, bekräftigt. Als Hauptgrund für die trostlose Lage wird genannt die „dissipation des deniers de la taille qui est si grande que c'est chose pitoyable à reciter, on

Zur Vervollständigung unseres Bildes über die Entwicklung der Finanzmethoden, des Beamtenstandes und des vorherrschenden Staatsethos seit dem 16. Jahrhundert bis zu den Anfängen Ludwigs XIV. mögen noch einige zeitgenössische Zeugnisse beibringen. Lassen wir zunächst Sully noch einmal zu Worte kommen. Im ersten Jahrzehnt der Regierung Heinrichs IV., meint er, hätten alle, die Ämter in der Finanzverwaltung erwarben, nur den einen Vorsatz gekannt, möglichst bald in die Höhe zu kommen. Sie seien wie besessen von der Sucht nach Geld gewesen. „Selbst wenn der Durst nach Reichtum anfangs nicht vorhanden war, so stellte er sich bald ein, wuchs und erstreckte sich auf alles Geld, das ihnen durch die Hände ging.“ Die erstaunliche Zahl der Büros, der Beamten, besonders der trésoriers de France, „der nutzlosesten und unlenkbarsten aller Körperschaften“, bezeichnete er als den Krebschaden. Was mußte er feststellen, als er die Etats prüfte! „Wie soll man die Schliche und Abgefemtheiten der so verderblichen Kunst der Verschleierungen, Fälschungen und Doppelbuchungen im einzelnen darlegen? Ganz zu schweigen von dem künstlich herbeigeführten Kunterbunt! In ihm fanden sich die Übeltäter gut zurecht, und mit seiner Hilfe verbargen sie ihre Schiebungen; andere aber konnten nichts als Wirrwar und Durcheinander erkennen“.¹¹⁹ Sully liebte es allerdings, sich kraß auszudrücken, und oft übertrieb er, um seine Verdienste ins stärkste Licht zu rücken. Greifbar übertrieben ist es z. B., wenn er sagt: „Mit einem Abscheu, der meinen Eifer anspornte, stellte ich fest, daß bei 30 Millionen, die in die Staatskasse flossen, aus den Taschen der Einzelnen — ich schäme mich fast, es auszusprechen — 150 Millionen

donne cinq sols six deniers (= 27%) pour livre de remise et remboursement à des personnes auxquelles il n'est rien deub, qui n'avancent rien et qui recoivent plustost qu'ils ne payent; et cela est si vray qu'on justifiera qu'en plusieurs généralités du royaume il y a presentement plus de reçu de l'année 1650 qu'il n'en a esté payé à l'Epargne; et cest article n'est point si peu considérable qu'il n'en couste au Roy tous les ans plus de six ou sept millions de livres, sans les deniers qu'on laisse en nonvailleurs“.

119. „Il suffit de dire que des deux seuls vieux Debets que je fis appurer des acquits et lettres de changes, tant de l'année courante que des trois précédentes que je rassemblai, je ramassai sans peine plus de cinq cent mille écus qui étaient perdus pour le roi. A combien la somme aurait-elle monté si l'on avait exigé de tous ces employés les justes réstitutions d'une si longue malversation, et sur tous les différents deniers qui leur avaient passé par les mains“. (Mémoires, s. année 1596).

gezogen wurden“ . Wir dürfen aus solchen Behauptungen nur folgern, daß die Unregelmäßigkeiten einen erschreckenden Umfang angenommen hatten.

Als wenige Jahre nach Sullys Rücktritt die Generalstände zusammentraten, hatte das Treiben der Finanzleute und -beamten schon wieder solche Ausmaße erreicht, daß die Stände ein Sondergericht gegen sie forderten. Marmiesse, ein Abgeordneter des Adels, wettete mit Erbitterung gegen sie: „Ihr von großem Geld-
durst geplagte Partisans, heißhungrige und unersättliche Menschen, wann werdet ihr zufrieden sein? Wie lange werdet ihr euer schändliches Gewerbe noch fortsetzen? Wann werdet ihr mit euren Verfolgungen aufhören? Wann werden eure Monopole, eure Nachstellungen und Mittel, neue Steuern und Subventionen zu erpressen, zu Ende sein?“¹²⁰ In einer „Denkschrift an die Stände“ heißt es, viele Beamte des Königs seien Partisans. Unter dem Vorwand, Vorschüsse geleistet zu haben, plünderten sie die Einnahmen des Königs, und „um sich zu sichern, nehmen sie zu Bürgen ihrer Verträge trésoriers de France, königliche Sekretäre oder Beisitzer im Staatsrat“.¹²¹

Nach der Tagung der Generalstände dauerten die Rufe nach einem Ausnahmegricht fort. Beaufort, der Abgeordneter des Adels gewesen war, veröffentlichte seinen Trésor des trésors de France,¹²² in dem er nachwies, daß die Krone durch die Unterschlagungen der Finanzbeamten und Partisans viele Millionen verloren habe.¹²³ Und in der Vorrede der 1618 erschienenen, von dem Finanzsachverständigen Bourgoïn verfaßten Chasse aux Larrons¹²⁴ lesen wir:

120. s. Florimont Rapine, Ass. gén. des trois états en 1614.

121. Mémoires adressés à MM. les Estats, 1614 (Bib. nat. Lf 7^o 40), so auch im Cahier de la noblesse, art. „Noblesse“: „Que les non-nobles ayant acquis les terres et seigneuries des plus nobles et anciennes maisons de votre royaume ...“

122. Erschienen 1615.

123. Arnauld veröffentlichte die Propositions au Roy sur la réforme de l'Estat (1617); hier heißt es u. a. „D'age en age les malheurs ont engendré les affaires, les affaires les necessitez, les necessitez les désordres. Entre autres la corruption dans le clergé, la licence parmy les gouverneurs, l'injustice dans la justice, la malversation des officiers, l'exces des aydes, du sel, peages, tailles, crues, ventes d'offices etc.“

124. Ou avant coureur de l'histoire de la Chambre de justice.

„Sie (auf die Larrons, d. h. Diebe,anspielend) plündern alles. Um mehr als zehn Millionen schädigen sie alljährlich das Königreich durch ihre Kniffe, und mehr als sechs Millionen gehen drauf für Gagen und unzählige Rechte, Gewinne, Einkünfte und Spesen, die infolge der schrecklichen Unzahl der Ämter aus den Finanzen gezogen werden. Da sie in doppelter und dreifacher Auflage vorhanden sind, dienen sie zu nichts anderem, als den Geldbeutel vom Dieb und das Schaf vom Wolf hüten zu lassen. Lange ist es her, daß man sich darüber beschwert, daß man weint, schimpft, sich beklagt und die Bekämpfung dieser Räuber fordert, fordert, daß man diese Larrons ihren Reichtum ausspeien lasse“.¹²⁵ Was würden angesichts dieser Zustände diejenigen sagen, fragt er, die bereits unter Karl VI. gegen die große Zahl der Beamten protestierten, beim Anblick dieser Armee von Betrügern, „durch deren klebrige Hände, oder besser gesagt, räuberische Tatzen die Gelder des Königs gehen und wieder gehen, die sie unzählige Male drehen und nochmals drehen? Was würden sie dazu sagen, daß es mehr Finanziers gibt als Finnazen, mehr Schatzmeister als Kassen, mehr Beamte als Ämter und mehr Rechner als Rechnungen? Was würden sie sagen, wenn sie sähen, wie die Beamten die Preise für die Ämter geradezu ungeheuerlich in die Höhe getrieben haben, was sagen von den hohen Gagen, die sie nehmen, den großen Gewinnen, die sie daraus ziehen, den unglaublichen Diebereien, die sie verüben, den geheimen Kabalen, die unter ihnen herrschen und den vielen Unterschlagungen, die sie begehen? Die einen spekulieren mit hundert, die andern mit 300, andere mit 500 und wieder andere mit 700, 800 oder 900 000 l. Heilige Einfalt! Welche Scheußlichkeiten! Daher kommt es, daß unter den Händlern, Unterhändlern und Vertreibern dieser Ware die allgemeine Regel herrscht, ein gut gekauftes Amt müsse seinem Herrn in zwei oder drei Jahren das

125. „Car s'il y eût jamais temps de reduire l'effrenée multitude de tels officiers au nombre ancien, c'est celui auquel nous sommes. S'il y eût jamais temps de les contraindre à restituer leurs voleries, sacrilèges et Pécultats, c'est celui auquel nous sommes. S'il y eût jamais temps de mettre au pressoir de justice telles sponges enflées de rapine d'extorsion et d'excez c'est celui auquel nous sommes. S'il y eût jamais temps d'escraser sur nostre playe telles sangsues et basilics qui rongent nostre corps et crevent de nostre sang, c'est celui auquel nous sommes“. (éd. 1618).

angelegte Kapital hereinbringen“.¹²⁶ Unbarmherzig geht Bourgoïn mit den Geldleuten und Beamten ins Gericht, brandmarkt die „Blutsauger“, die das „heilige Krongut des Königs zu eigen besitzen und denen alle schönen Güter und Seigneurien gehören“. Ähnlich heißt es in der bekannten „Confession des financiers“.¹²⁷ „Die Schatzmeister sind es, die so viel Unzufriedenheit im Königreich verursachen; sie denken nur daran, ihren Töchtern 100 000 Pistolen als Mitgift zu schenken, herrliche Gebäude zu errichten, ihre Frauen mit kostbaren Edelsteinen zu schmücken, schöne Möbel und Silbergeschirr zu haben, besser gekleidet zu sein als Prinzen, Kutschen und teure Pferde zu halten, große Ländereien zu erwerben, ihren Kindern Chargen wie die eines maître des requêtes zu kaufen, um das Volk und den König besser bestehlen zu können“. Die Parlamente, Bailliages und andere königliche Gerichte seien der Sitz des Übels, „von dort droht der totale Ruin des Staates, denn Gerechtigkeit gibt es nicht mehr, sondern nur noch Stehlerei und Räuberei“.¹²⁸

Da sich bei dieser Kritik besonders adlige Kreise hervortaten, mögen Standesinteressen ein Wort mitgesprochen haben. Aber wird ihre Berechtigung nicht von höchster Seite bestätigt? Auf der Notabelnversammlung von Rouen (1626) geißelte der Surintendant Effiat die Finanzbeamten heftig, insbesondere die Oberschatzmeister. Er verglich sie mit Tintenfischen, die das Wasser trüben, um den Fischer irre zu führen; er klagt sie der gleichen Machenschaften an wie Sully. „Wenn endlich im Epargne an sich etwas Übersicht geschaffen ist, dann bleiben immer noch die Rechenberichte der Generalitäten übrig, die einem verworrenen Fadenknäuel gleichen, dessen Verwirrung noch größer wird, wenn man

126. „Hé, pourquoi mettre en la main des infâmes tous les offices grands et petits, sinon pour leur faire occuper le lieu et remplir la place des anciens prud'hommes? Pourquoi laisser soir sur la fleur de lys l'exécrable engeance des coupables de Pécumat sinon à fin qu'ils honnissent et tâchent contre raison ceste belle fleur, symbole de toute la pureté? Qu'est tant d'offices sur offices de finance, sinon bailler la bourse au larron, et la brebis à garder au loup?“

127. La confession au Roi, 1624.

128. s. a. L'anti-pécumat, par J. Bourgoïn, 1620; Le financier réformé, 1623; Le manifeste des financiers au Roi contre les mouches bourdonnantes, 1624; Le Salve Regina des Financiers à la Reine mère; Le Responsorium au Salve Regina des Financiers; Propositions au Roi sur la réforme de l'Estat.

an einem Fadenende zieht“.¹²⁹ Dem Zeugnis Effiats stellt sich an die Seite eine Stelle aus einer Remonstranze, die die *Chambre des comptes* anlässlich einer Finanzoperation desselben Jahres an den König richtete. Dort heißt es: „Sire, Euer Tresor gleicht einem Meer, in dem es viele gefährliche Untiefen und Klippen gibt, einem Meer, das nur zu oft von einer Art Piraten heimgesucht wird, die Euch den schönsten Teil der Einnahmen wegnehmen, bevor sie in den Hafen gelangen. Es sind diejenigen, die man *faiseurs de partys* nennt“. Aber auch die Schatzmeister und Steuereinnahmer werden gebrandmarkt, „die man in wenigen Jahren reich und begütert werden sieht. Taxationen, die sie für wenig Geld erwerben, geben ihnen die Handhabe, den Rahm von Euren Einnahmen abzuschöpfen“.¹³⁰

Richelieu endlich stellte, diese Urteile in vollem Maße bekräftigend, fest, „die Ausschreitungen und Wirrnisse, die sich bei den Finanzbeamten eingeschlichen“, hätten „einen solchen Grad erreicht, daß sie nicht mehr zu ertragen sind. Ihre Macht kann nicht noch mehr anwachsen, ohne daß sie sich selbst und den Staat zugrunde richten“. Ihre Diebereien veränderten das Königreich so sehr, „daß es, wenn man dem Treiben nicht Einhalt geböte, in kurzer Zeit kaum noch zu erkennen wäre“.¹³¹

Aber konnte man Besseres verlangen, wenn selbst die Finanzminister ihre Stellung dazu mißbrauchten, ungeheure Reichtümer zusammenzuraffen? Mit Ausnahme Effiats bleibt von dem Vorwurf, es getan zu haben, in der Zeit von Sully bis Colbert keiner frei. Viel Zutreffendes enthalten die heftigen Ausfälle der 1653 erschienenen „*Nackten Wahrheit*“. „Anstatt die Charge des *Surintendants* mit würdigen Männern zu besetzen“, heißt es da, „sah

129. Diesen Vergleich zog Effiat (s. *Des Etats gén. et autres ass. nat.*, t. 18, p. 238 ff.).

130. Boislisle, *La Chambre des comptes, pièces justific.* No. 452, Dez. 1626. Da heißt es noch: „En votre Epargne, il y a certaines chapitres de dépenses intitulés *Comptants*, en vos mains, lesquels absorbent les plus clairs deniers de vos finances, et bien qu'il semble que V. M. les ait touchés, toutefois la vérité est qu'ils ont été dévorés par les *Charybdes*, c'est à dire des gens insatiables et qui publient bien souvent n'avoir reçu aucun bienfait de V. M., jaçoit que tout soit tourné à leur profit.

131. „L'abus des comptants est venu jusqu'à tel point que n'y remédier pas et perdre l'Etat, c'est la même chose...“ *Oeuvres du Cardinal Richelieu*, p. R. Gaucheron. 1929, p. 100; s. a. *Polit. Testament*, S. 118.

man mit ihrer Ausübung einen Boullion betraut, der ein Ausbund von Unmenschlichkeit, Unverschämtheit und Geiz war, der mit so großer Frechheit gestohlen hat, wie andere Sorgfalt auf die Verwaltung der öffentlichen Gelder verwenden würden, und der so große Güter hinterlassen hat, daß eine ganze Provinz damit gebildet werden könnte“. In ähnlicher Weise wird einer ganzen Anzahl hoher Finanzbeamter der Prozeß gemacht, so einem Cornnel, einem Bordier, einem Bordeaux, einem Galland, einem Lambert, einem Bretonvilliers, „der als Generalsteuereinnnehmer von Limoges Millionen erwarb, aber immerhin noch so anständig war, daß er sich seines Reichthums schämte“. Daß diese Anschuldigungen nicht viel übertrieben waren, zeigt folgendes Beispiel: Der 1660 verstorbene, vorhin genannte Finanzintendant Bordier war der Sohn eines Kerzenziehers; während seiner Tätigkeit als Finanzbeamter hatte er sich ein so großes Vermögen erworben, daß er in Raincys ein Schloß für vier Millionen bauen konnte. Einer seiner Söhne kaufte sich eine Ratscharge am Pariser Parlament und später die eines Präsidenten an der Cour des aides.¹³²

Alle diese Zeugnisse stimmen mit dem überein, was Colbert sagte: „Man sah die Surindentanden sich mit dem Gut der Untertanen schamlos bereichern (gorger), und ihrem Beispiel folgten alle Geldleute. Befanden sich ehrbare unter ihnen, so besaßen sie zu wenig Kenntnisse, um hinter all die Mißbräuche, Unterschlagungen, Diebereien und Verschwendungen zu kommen, die sie mit ihrer Autorität deckten, so daß der Staat andauernd in Geldverlegenheit war“.¹³³

Diesen Zuständen stand das Königtum fast untätig gegenüber. An Ansätzen, sie zu bessern, hatte es allerdings nicht gefehlt. So hatte schon Sully, einer Anregung der Ständeversammlung von 1588 folgend, mehrere Male Sondergerichte, Chambres de justice, berufen und sie beauftragt, alle begangenen Veruntreuungen aufzudecken und zu ahnden. Der erste im Jahre 1597 unternommene Versuch hatte freilich wenig Erfolg. Kaum begonnen, mußte er wieder aufgegeben werden, weil infolge der mangelhaften Ordnung während der inneren Wirren viele Familien

132. Normand, *La Bourgeoisie franç.*, p. 181.

133. Clément, *Lettres, mémoires, instr. de Colbert*, t. 2, p. 20 f.

in Mitleidschaft gezogen werden könnten“. Das hieß mit andern Worten: die Korruption war so groß, daß man ihr auf diese Weise nicht beikommen konnte. Eine Amnestie folgte. Den Beamten wurde zugute gehalten, daß die „allgemeine Unordnung in der Staatsverwaltung nicht erlaubte“, die Finanzen den gesetzlichen Vorschriften gemäß zu verwalten.¹³⁴ Heilsam scheint diese Güte jedoch nicht gewirkt zu haben. Vier Jahre später setzte Sully neue Sondergerichte ein, aber bevor nur die königlichen Kommissare ihre Untersuchungen aufnahmen, verließen viele Finanzbeamten fluchtartig ihre Posten.¹³⁵ Doch endete auch diesmal die Sache nicht gar so schlimm, wie es zuerst den Anschein gehabt hatte. Und Sully stellte fest, daß es mit den *Chambres de justice* ging, wie es immer geht: „Einige kleine *Larroneaux* (d. s. Diebe) büßten für alle andern. Die Hauptschuldigen fanden eine sichere Hilfe in dem Metall, um dessenwillen man sie verfolgte; sie verwandten einen kleinen Teil des Gewonnenen für Geschenke und retteten den Rest“. Für ihr Geld fanden sie Gönner am Hofe, und das Endergebnis war, „daß das Gewitter nur über die wütete, die sich vorwerfen mußten, nicht genug gestohlen zu haben, um sich in Sicherheit bringen zu können“. ¹³⁶ Ähnlich urteilte auch Estoile: „Das Verfahren war derart gerecht, daß die kleinen und die am wenigsten belasteten Diebe am höchsten taxiert wurden, die großen dagegen fast frei ausgingen“. ¹³⁷ Im Grunde genommen lag dem König nicht allzu viel an ihrer Bestrafung; die *Chambre de justice* sollte wohl nur den Zweck verfolgen, das über die „Diebe“ aufgebrachte Volk zu beruhigen. Heinrich IV. sagte nämlich einmal, als man ein Sondergericht gegen die Geldleute forderte: „Diejenigen, die man bestraft, werden mir nicht mehr helfen“. So fand man schließlich einen Ausweg, der auch dem fiskalischen Bedürfnis des Staates gerecht wurde: Die Finanzbeamten durften sich von der Kontrolle des Sondergerichts loskaufen, indem sie Anleihen zeichneten, deren Höhe im *Conseil* festgesetzt wurde. ^{137a} Zur besonderen

134. Edit juin 1597 (*Fontanon II*, p. 692), 1601 und 1607.

135. J. Permezel, *La Politique financière de Sully dans le Généralité de Lyon*. Paris 1935, p. 35.

136. *Mémoires*, t. 3, p. 69, année 1601 (éd. 1827).

137. *Registre journal de Henri III.*, p. 445.

137a. s. Permezel, a. a. O. p. 37.

Ehre Sullys gereicht dies freilich nicht; aber die Verhältnisse waren wohl mächtiger als er.

Unter Hinweis auf die vorgekommenen Unterschlagungen verlangten, wie wir sahen, die Generalstände von 1614 ebenfalls eine *Chambre de justice*. Diesem Ansuchen kam Richelieu zehn Jahre später nach. Er ließ die *Etats* untersuchen und die Schuldigen unter Anklage stellen. Aber die Hauptmissetäter machten sich beizeiten aus dem Staube. Wegen ihres Nichterscheins vor Gericht wurden sie verurteilt und *en effigie* gehängt. Nur ein *Traitant* erlitt dieses Mißgeschick *in persona*; andere erhielten sonstige Strafen; die meisten ließen ihr Geld arbeiten und wußten sich Gönner in den Hofkreisen zu gewinnen. Außerdem setzten sie die Regierung unter Druck. Nach Verlauf von sechs Monaten mußte Richelieu einsehen, daß er falsch vorgegangen war. Die Geldquellen versiegten, und er, der zum großen Teil von den Geldleuten lebte, kam vor verschlossene Türen. So mußte er sich zu einem Mittelweg bereitfinden. Die Angeklagten kauften sich mittels einer Taxe von 10,8 Millionen¹³⁸ von der *Chambre de justice* los, und das Verfahren wurde eingestellt. Ein Edikt vom Juni 1625 ordnete die Einsetzung einer solchen Kammer in zehnjährigen Abständen an; vor Colberts Zeit trat jedoch keine mehr zusammen.

Richelieu und sein Nachfolger Mazarin hielten ein anderes Verfahren für praktischer und einträglicher: sie zwangen von Zeit zu Zeit die *Traitants* und alle in der Finanzverwaltung irgendwie tätigen Beamten, die *Chambre de justice* abzulösen.¹³⁹ Jeden

138. Forbonnais, a. a. O., t. 1, p. 341.

139. z. B. ms. franç. 7735. *Rolles des taxes ordonnées par le Roy . . . estre payées par tous les officiers comptables, fermiers, traitants, soustraitants . . . pour jouir de la décharge, révocation et extinction de l'établissement de la Chambre de justice et de toutes recherches qui pourroient estre faictes à l'avenir contre eux à cause de l'exercice et fonction de leurs charges, maniment des finances et autres choses depuis le premier jour de janvier 1658 jusques et compris ce dernier jour de décembre 1659 suivant l'édit de mai 1656 et arrest du Conseil du 5 septembre 1658.* — An Taxen wurden u. a. verordnet: Les deux présidents du grenier à sel de Paris à 3 500 l., les trois grenetiers à 3 400 l., les trois conseillers à 2 000 l., l'avocat du roi (!) 1 000 l., l'avocat du roi alternatif 1 100 l., le procureur du roi (!) 1 100 l., le procureur du roi alternatif 1 100 l., les trois greffiers chacun 1 000 l.; die *receveurs des tailles* in der Election Soisson zahlten je 500 l., die *des taillon* je 100 l.; ähnlich waren die Taxen für die andern Electionen, *Bailliages* etc.

einzelnen belegte die Regierung seinem Amte entsprechend mit einer Geldsumme für die Mißbräuche und Veruntreuungen, die er, wie sie großzügig als selbstverständlich voraussetzte, begangen hatte. Ein solcher Ablass mußte mindestens alle zehn Jahre — in den 40er und 50er Jahren alle drei bis vier Jahre — erkauft werden. Zwischendurch kamen dann jeweils noch eine oder mehrere kleinere Taxen für die Bestätigung der Widerrufung der *Chambre de justice*. Was lohnte es sich da, ein ehrlicher und gewissenhafter Beamter zu sein, wenn man auf alle Fälle für Diebstahl bestraft wurde! Richelieu selbst gab das Verwerfliche dieser Methode zu. Man behandle die Beamten und die Geldleute gewöhnlich wie Blutegel, „denen man mittels eines Körnchen Salz alles Blut wieder entzieht, das sie gesogen haben, oder wie Schwämme, die man sich vollsaugen läßt, denen man aber die eingesogene Flüssigkeit wieder entzieht, indem man sie zusammenpreßt. Freilich ist das nach meiner Meinung ein schlechter Ausweg, und ich glaube, daß die Verträge und Vergleiche, die man manchmal mit den Finanzleuten abschließt, ein Heilmittel darstellen, das schlimmer als das Übel ist, da man ihnen, um die Sache beim rechten Namen zu nennen, einen Rechtstitel gibt, um von neuem in der Hoffnung auf erneute Gnade zu stehlen; sollte man durch dieses Heilmittel wirklich etwas aus ihrem Geldbeutel herausziehen, so erlangen sie nicht nur das von ihnen gegebene Kapital zurück, sondern noch dazu Zinsen“.¹⁴⁰ Fürwahr ein wenig rühmliches Zeugnis aus dem Munde des Mannes, der als Hauptbegründer des absolutistischen Staates gilt, des Staates, der so oft als modern, vorbildlich und stark hingestellt wird. In seinem Aufbau bestimmt durch rein machtpolitische, jeder sittlichen Grundlage entbehrende Erwägungen, sozusagen nur der Korruption sein Bestehen verdankend, war der französische Staat von schwersten Gefahren bedroht; sein Schicksal mußte sich besiegeln, wenn die Entwicklung nicht eine andere Richtung einschlug. Inwieweit Ludwig XIV. aus den Lehren seiner Vorgänger Nutzen zog, wird nun zu zeigen sein.

140. Polit. Testament, S. 118.

Sechstes Kapitel.

Colberts Reformpläne und die Erpresserpolitik Ludwigs XIV.

Die Wirren der Fronde erschütterten Frankreich auf das schwerste. Seine Steuerquellen versiegt zu einem großen Teil. Nicht minder als früher sah sich der Staat auf Finanzoperationen angewiesen, die auf außergewöhnlichem Wege zustande kamen. Deren Charakter wurde freilich immer fraglicher, wie der 1648 unternommene Versuch zeigt, die Beamten in den Präsidualhöfen zu verdoppeln durch Einführung des „Semesters“, d. h. der halbjährlichen Amtszeit.¹ Nichts ward unversucht gelassen, was dem durch den Dreißigjährigen Krieg erschöpften und noch in den Spanischen Krieg verwickelten Staat einige Sous einzubringen versprach. Freilich mußte Talon, der Generaladvokat am Pariser Parlament, der Königin erklären, daß von den Untertanen nur noch die Seelen zur Verfügung stünden, die, „würden sie verkäuflich sein, schon längst zur Versteigerung gebracht worden wären“.² Was von den Beamten noch zu nehmen war, nahm die Regierung. Von der Ausbezahlung der Gagen war, wie wir sahen, mehrere Jahre überhaupt nicht die Rede.

Da die Neuerrichtung von Ämtern nicht immer den gewünschten Erfolg hatte, schritt die Regierung abwechselungsweise zu Aufhebungen, um wieder etwas Platz zu schaffen. So wurde z. B. 1654 ein Teil der Beamten der Elektionen entlassen, und zwar unter dem Hinweis auf ihre große Zahl, die stets von ihnen begangenen Veruntreuungen, ihre vielen Steuerprivilegien und auf die Notlage des Staates, die *nécessité publique*.³ Die platonische Versicherung,

1. Laurain, *Essai sur les Présidiaux*. Rev. droit franç. 1895, p. 523.

2. s. Omer Talon, *Mémoires* (Coll. Petitot, 2^{me} série), t. 4, p. 183; vgl. Isambert, 17, p. 67.

3. Edit mars 1654. In den Elektionen über 100 Paroisses sollten nur noch sein: 2 présidents, 1 lieutenant, 1 assesseur, 4 élus, 1 procureur, 1 receveur des tailles, 1 receveur du taillon, die greffiers, huissiers und sergents des tailles.

daß die Abfindung der ihres Amtes Entsetzten nicht ausbleiben werde, fehlte nicht; ebenfalls nicht die Bestimmung, daß die im Amte Bleibenden dem Schatzmeister der Parties casuelles innerhalb zweier Monate die Beträge zu zahlen hätten, die modérément für sie festgesetzt würden.

Flotter gingen die Geschäfte, als der Surintendant Fouquet maßgebenden Einfluß erlangte. Seine Geschmeidigkeit und Gefälligkeit eroberten das Vertrauen der Geldleute schnell zurück, und er bot ihnen auch reichlich Gelegenheit, sich für die während der Fronde erlittene Unbill zu entschädigen. Gerne schossen sie wieder etwas vor; sie bekamen dafür den größten Teil der Einkünfte der kommenden zwei oder drei Jahre übereignet. Die vor der Fronde geübten Methoden hatten wieder Erfolg, und zwar scheint das Jahr 1655 sehr unter ihrem Zeichen gestanden zu haben. Denn die Mittel für den Feldzug dieses Jahres konnten nur beschafft werden durch neue Steuern, die die Finanziere in Pacht nahmen, und durch Ämtererrichtungen. Auf einen Schlag kamen 17 sogenannte édits bursaux an das Parlament; der größte Teil von ihnen bezog sich auf die Schaffung neuer Ämter. Hervorgehoben zu werden verdient die in diesem Zusammenhang erfolgte Vermehrung des Kollegiums der 54 königlichen Sekretäre um 50 neue Mitglieder. Kontrolleure, Schatzmeister aller Arten wurden eingestellt, und insbesondere erhielten die Körperschaften der Elektionen wieder einen bedeutenden Zuwachs, mindestens je sechs Beamte. Selbst die Bildung neuer Bezirke erfolgte, so in Pontoise, Montmorillon und Issoudun. Jede Gemeinde bekam einen directeur der Taille und des Taillon. Die Berufung einer Chambre de justice wurde zugunsten der Finanzbeamten und Fermiers für die Zeit vom 1. Januar 1653 bis Januar 1655 ausgesetzt und an sie eine Attribution veräußert, die den Staat mit 200 000 l. jährlich belastete,⁴ also einem Grundkapital von 3—4 Millionen entsprechen mochte.

Diese Edikte gaben den Anlaß zu dem bekannten lit de justice vom 20. März 1655, durch das der Widerstand des Parlaments gegen ihre Einregistrierung gebrochen wurde. Als es aber nachher wiederum Einspruch erhob, kam es zu der dramatischen Sitzung vom 13. April, zu der der König ganz überraschend und in unge-

wohntem Aufzuge erschien, um von den Herren des Parlaments gebieterisch Gehorsam zu verlangen. Der Legende zufolge kam Ludwig sogar mit der Reitpeitsche, und als sich der erste Präsident auf das Interesse des Staates berief, soll er ihm das bekannte Wort entgegengeschleudert haben: „L'Etat c'est moi“.⁵ Selbst wenn dieses Wort nicht gefallen ist, was sehr wahrscheinlich ist, so bewirkte doch das Auftreten des Königs, daß ähnliche édits bursaux, die in diesem und den folgenden Jahren in zahlreicher Auflage erschienen, gefügig registriert wurden.

Zur Veranschaulichung der Ämterpraxis in der Zeit Fouquets dient in ausgezeichnete Weise das den Elektionen gegenüber angewandte Verfahren. Die eben erst in diesen Bezirken aufgehobenen Ämter stellte der König bereits 1656 wieder in vollem Umfange her⁶ und fügte sie den im vorhergehenden Jahre errichteten hinzu. Als Begründung führte er nun an, die frühere Maßnahme sei zwecklos gewesen, sie habe dem Volk keine Erleichterung gebracht und die Finanzen seien trotz der Aufhebung der Ämter infolge der Veräußerung von Attributionen nicht weniger belastet als vorher. Aber die Wiedereinsetzung der Beamten erfolgte nur gegen Zahlung der für sie modérément im Conseil festgesetzten Beträge. Da sie vorher keine Entschädigung erhalten hatten, mußten sie, um ihr Kapital nicht zu verlieren, wohl oder übel in der vorgeschriebenen Zeit von sechs Wochen bezahlen, weil sie sonst als taillepflchtig betrachtet und ihre Ämter konfisziert worden wären. Vielleicht wirkte tröstend, daß die Regierung der Hoffnung Ausdruck gab, die Beamten würden die betreffenden Taxen umso lieber entrichten, als sie wüßten, daß die von ihnen aufgebrauchten Beträge nur zur Bestreitung der notwendigsten Ausgaben dienten.⁷

Durch diese Vermehrung der Ämter kam es schließlich dahin, daß die Kassen- und Kontrollämter nicht nur dreifach, sondern vierfach besetzt waren. So gab es beispielsweise in den Elektionen vierfach den Einnehmer der Taille, vierfach den Einnehmer des Taillon und ebenso der Aides; es gab vier Zahlmeister der Gagen

5. vgl. Chéruel, *Hist. de France sous Mazarin*, 1882, t. 2, p. 253.

6. Arrêt du Conseil, 21 févr. 1656.

7. s. Prämbel.

usw., nämlich je einen Ancien, Alternatif, Triennal und einen Quatriennal, die sich alljährlich im Dienst ablösten. Zu den directeurs des tailles kamen durch ein Edikt vom Dezember 1657 neue Taillekommissare, Ämter, aus denen die Regierung nahezu 12 Millionen zog.⁸ Welche Beträge sie sich in diesen Jahren durch außerordentliche Mittel beschaffte, wird sich unserer Kenntnis wohl stets entziehen. Fouquet, der Mazarin so viel Geld verschaffte, wie dieser verlangte, und selbst ungeheure Summen verschwendete, machte einen Einblick in seine Verwaltung unmöglich, indem er die Rechnungsbücher zum Teil vernichtete oder überhaupt keine ins Einzelne gehende Etats aufstellte.⁹ Mit Sicherheit kann von ihm nur gesagt werden, daß er alle seine Vorgänger im Amte an fiskalischer Findigkeit weit übertraf. Und das will schon etwas heißen. Colbert urteilte über seine Verwaltung sehr hart; er warf ihm vor, mit Hilfe vorgetäuschter Rechnungen und Buchungen von angeblich für den König gemachten Barzahlungen ungeheure Summen verschwendet zu haben. Die Belege dafür seien aus Gründen der Geheimhaltung der *Chambre des comptes* nicht zur Beurkundung vorgelegt worden, sondern mit dem königlichen Siegel verschlossen dem Schatzmeister des Staatsschatzes zugegangen. Unter der „Decke des Geheimnisses“ verbargen sich nach dem Zeugnis Colberts sämtliche Mißbräuche, alle in der Finanzverwaltung begangenen Unterschlagungen. Während er diese bis 1630 jährlich auf 10 Millionen berechnete, gingen im Jahre 1636 auf dieses Konto 51 Millionen, im Jahr 1657 nahezu 67 Millionen; 105,5 nimmt er für das folgende Jahr an und 96,7 Millionen für 1659, so daß nach dieser Berechnung allein in diesen vier Jahren 320 Millionen angeblich zur Bestreitung königlicher Ausgaben nebenher verbraucht bzw. unterschlagen wurden.¹⁰

Alles mußten die *affaires extraordinaires* decken. Das Geschäft der *Traitants* und Finanziers blühte wie nie zuvor; ihre Ge-

8. G⁷ 1563, (*Estats de Guillaume de Flandre*).

9. Außer Lair, a. a. O. s. über Fouquet: Chérueil, *Mémoires sur la vie publique et privée de Fouquet*. 1862.

10. *Lettres, mémoires*, . . . t. 2, p. 29. „En sorte qu'en ces quatre années seulement il se trouvait 320 Millions de livres consommés en comptans passés sous prétexte de soutenir tous les articles du roy.“

winnanteile (remises) und Zinsgewinne waren höher denn je. Aus solchen nahmen sie von 1656 bis 1660 mehr als 80 Millionen ein.¹¹ Umso schlimmer sah der Etat aus. Die ordentlichen Einnahmen des Staates beliefen sich auf 84 Millionen, aber nur 31 bis 32 Millionen flossen in den Tresor. Der größere Teil war also veräußert, verpfändet oder sonstwie belastet, wenn nicht unterschlagen; der Fehlbetrag machte über 28 Millionen aus.¹²

Mit dem Jahre 1661, dem Jahre, wo Colbert nach dem Sturz Fouquets die Leitung der Geschäfte übernahm, fängt in der Finanzgeschichte des alten Frankreich eine neue Epoche an. Sofort traf er geeignete Maßnahmen, um Ordnung in das zerrüttete Staatsgefüge zu bringen. Die Geldleute sollten das bald erfahren. Bereits im Dezember 1661 erschien ein Edikt, das eine *Chambre de justice* ankündigte. Hinweisend auf die in den letzten Jahren in der Finanzverwaltung eingerissene Unordnung und die begangenen Veruntreuungen, beklagend, daß dadurch das Volk übermäßig belastet worden sei und viele Übel habe erdulden müssen, stellt die Regierung fest, einige gewissenlose Geldleute hätten unter Ausnützung der dringlichen Bedürfnisse des Staates auf „illegitime Weise“ in kürzester Zeit „unglaubliche Reichtümer“ zusammengerafft und dem Volk durch ihr verschwenderisches und prunkvolles Leben ein anstößiges Beispiel gegeben — und folglich Strafe verdient.

So erhielt die *Chambre de justice* die Aufgabe, die ganze Finanzverwaltung der letzten 25 Jahre zu überprüfen. Und sie machte sich auch so energisch an die Arbeit, daß die Finanziers zitterten. Untersuchungen, Konfiszierungen, Inhaftnahmen erfolgten, die ihrerseits Klagen, Reklamationen und Jammergeschrei auslösten. Groß war der Kreis, den die strengen Magistrate zogen, um die Schuldigen zu erfassen, und so stark wurden die Rückwirkungen der unter den Geldleuten ausgelösten Panik, daß selbst Colbert erschrak und der Strenge des Gesetzes Einhalt gebot. Die Regierung ließ sich zu einem Kompromiß herbei: die Schuldiggesprochenen — es mögen nahezu 400 gewesen sein — kamen, von einigen Fällen abgesehen, mit Geldstrafen davon, die sich

11. ms. fr. 7752, p. 315.

12. *Lettres, mémoires*, t. 1, p. CXV ff.; a. ms. fr. 7750.

zwischen einigen hundert Livres und 3,8 Millionen bewegten.^{12a} Die insgesamt auferlegten Zahlungen erreichten die beträchtliche Höhe von ungefähr 110 Millionen;¹³ eine gewaltige Summe, gewiß, aber dafür erhielten die Finanziers entgegen den bestehenden Bestimmungen Zugang zu allen Chargen der Epée, Magistratur und Finanzverwaltung.¹⁴ Fouquet, den berüchtigsten aller Finanziers, behandelte die Chambre de justice, trotz dem König und trotz Colbert, sehr gnädig, indem sie ihn nur mit Verbannung bestrafte.

Nicht weniger gründlich untersuchte Colbert die Belastung des Etats; damit rührte er an die Stellung der Rentiers und Beamten. Rücksichten auf Einzelinteressen spielten bei dieser Säuberungsaktion kaum eine Rolle. Sie erfolgte auch tatsächlich in dem Augenblick, als der Staat vor dem Zusammenbruch stand. Fast alle Krongüter und Domanialrechte waren veräußert, der größte Teil der Taille, Aides und Gabelles wurde vom Zinsendienst verschlungen; die Parties casuelles waren ohne ordentliche Einnahmen, da die meisten Ämter erblichen Charakter hatten. Ferner galten alle Wohlhabenden infolge ihrer Ämter, Privilegien oder der Erwerbung des Adelstitels für privilegiert, weshalb die Steuerrollen gewaltige Ausfälle aufwiesen. Die Renten auf die Gabelles wurden häufig zum denier drei und vier ausbezahlt; der für den Staat noch am vorteilhafteste Zinsfuß war der denier acht; das entsprach Anleihen zu einem Zinsfuß von 33, 25 und 12,5%. Im Jahre 1659 waren sogar 1 200 000 l. auf die Taille basierte Renten zum denier zwei, also zu einem Zinsfuß von 50% angeboten worden. So hoch mußte eine Anleihe von 2,4 Millionen bezahlt werden.¹⁵ Diese Auflage strich die Chambre de justice. Viele Abschlüsse in den

12^a. P. de Faucher, Un des juges de Fouquet: Roquesante (*Mémoires de l'Académie d'Aix* 1895, t. 16, p. 149—428), gibt eine Liste von 357 verurteilten Personen, die insgesamt 95 253 574 l. bezahlten. Die mindeste Strafe nach dieser Liste ist 600 l. Die höchsten sind: 1 509 733 l., 3 485 000 l. und 3 881 596 l.

13. s. *Journal d'Olivier Lefèvre d'Ormesson*, pub. p. Chérue! 1860, t. II, p. 400; vgl. Chérue!, *Hist. de l'administration monarchique en France*. Paris 1855, t. 2, p. 165.

14. *Mémoire sur les finances, 1717*, in Boislisle, *Correspondance du Contrôleur général avec les intendants*, t. 3, append. X.

15. *Mémoire de Desmaretz sur l'état présent des affaires* (1686), ebd. t. 1, app. II.

finances extraordinaires waren für den Staat so ungünstig gewesen, daß sie ihm fast gar nichts nützten, weil die Zinsen für die gewährten Vorschüsse und die remises von einem Drittel das meiste aufzehrten.¹⁶

Die hohen Rentensätze beschchnitt Colbert kräftig, und in gleicher Weise setzte er einen Teil der Attributionen herunter. Dadurch wollte er nicht nur den Staat entlasten, sondern auch dem Volk für immer den Geschmack an den Renten und Ämtern nehmen, denn er vertrat die Ansicht, „daß der König von Frankreich „der Herr der Welt“ wäre, wenn seine Untertanen nützlichen Beschäftigungen nachgingen, nämlich dem Ackerbau, Handel und Kriegshandwerk.¹⁷ Er beklagte die durch die Kriege verursachten Finanzbedürfnisse, die zur Schaffung zahlloser Ämter und somit zu einer solch maßlosen Erhöhung der Zahl der Beamten geführt hätten, daß der beste Teil der Bevölkerung die einträglichen und wertvollen Berufe aufgegeben habe, um sich dem Erwerb von Chargen zu widmen. Nicht nur seien dem Handel und Gewerbe die besten Kräfte entzogen, sondern es habe sich auch das Heer der Taillefreien ungeheuer vermehrt und damit die Prozesse in Steuerangelegenheiten. Der größte Ehrgeiz der jungen Leute, selbst der Kaufmannssöhne, bestehe darin, eine Charge in den oberen, möglichst in den höchsten Gerichtshöfen zu erwerben. „Mangelt es ihnen an Geld, so borgen sie, in der Hoffnung eine gute Heirat machen und die Schuld zurückzahlen zu können“. Diese Narrheit sei soweit gediehen, daß ohne Übertreibung gesagt werden dürfe, jeder Beamte schulde mindestens einen Teil seines Amtskapitals.¹⁸ So sei auf diese Weise nicht nur das Vermögen der Beamten gebunden, sondern auch das ihrer Gläubiger. Colbert sah hier richtig. Die Tatsache, daß der größte Teil des Volksvermögens in Ämtern angelegt war,¹⁹ mußte äußerst hemmend auf das Wirt-

16. Mémoire de Desmaretz au Roi (1705), ebd. t. 3, app., und Forbonnais, t. 2, p. 274—284.

17. s. Clément, Histoire de l'administ. de Colbert.

18. Avis sur l'Annuel, in „Lettres, mémoires“, t. 6, p. 247.

19. La considération, le crédit et cette vénalité avec ce que la malice des hommes ajoute de droits, d'épices et autres avantages directs en ont augmenté prodigieusement le prix, en telle sorte, que peut-estre toutes les terres du royaume estimées suivant leur juste valeur ne pourroient pas payer le prix

schaftsleben wirken. Deshalb folgten einander von 1661 ab zahlreiche Verordnungen und Edikte, die darauf abzielten, die Beamtschaft zu verringern. Bald verschwand denn auch eine erhebliche Anzahl von Finanzbeamten, unter ihnen viele intendants des finances und Schatzmeister aller Arten. Im Zusammenhang damit erfolgte die Einsetzung des Conseil royal des finances, einer Einrichtung, die sich erhielt und in verwaltungstechnischer Hinsicht eine Verbesserung bedeutete.

Von den Abbaumaßnahmen wurden auch die Triennale und Quatriennale betroffen; meistens mußten die Inhaber der nicht aufgehobenen Ämter die abgesetzten Beamten entschädigen. Dem Verwaltungspersonal der Electionen erging es nicht besser. Gerade der Verkleinerung dieser Körperschaften widmete Colbert besondere Sorgfalt; er war der Ansicht, daß nichts dem Volk mehr schade als die vielen Beamten in den Electionsverwaltungen, „wo jeweils 22 und 23 Personen vorhanden sind, die nicht nur mittels ihres Amtes auf Kosten der andern leben, sondern obendrein durch Begünstigungen und Steuerermäßigungen, die sie den Reichen gewähren, eine Unmenge Prozesse verursachen“.²⁰ Allerdings ging auch hier der Abbau auf Kosten der beibehaltenen Beamten, die für ihre Belassung „angemessene“ im Conseil festgesetzte Summen bezahlen mußten. Alle seit 1630 errichteten Electionen sollten eingehen; die Zahl der Beamten in den übrigen wurde erheblich verringert.

Die Erblichkeit der Ämter, selbst wenn es sich um solche handelte, die als erbliche errichtet worden waren, ebenso die survivances, wurden widerrufen und die Ämter wieder kasueller Natur gemacht; desgleichen die erblichen Gagen und Attributionen. Das alles bedeutete die Wiederherstellung des Paulettesystems. Nur einige Beamtengruppen blieben davon unberührt, so die königlichen Sekretäre vom Großen Kollegium der 120. Zum Annuel ließ

de toutes les charges de judicature et des finances“. Lettres, mémoires, t. 6, p. 247.

20. Lettres, mémoires etc. t. II, p. 60 f., u. Edit août 1661; in den Electionen mit über 100 Paroisses sollten nur noch sein: 2 présidents, 1 lieutenant civil et criminel, 1 assesseur, 4 élus, 1 procureur, 1 greffier, 2 receveurs des tailles; in den Electionen unter 100 Paroisses dieselben Beamten, jedoch nur 1 président und 2 élus.

Colbert allerdings vorerst nicht alle Beamten zu, z. B. nicht die Notare, Prokuratoren, Gerichtsdieners und Sergeanten; wegen ihrer Schikanen und Habgier haßte er sie geradezu. An sie dachte der Finanzminister in einer 1664 an den König gerichteten Denkschrift, in der er sagt, die Rechtspflege habe die Eigentümlichkeit, daß sie nicht nur mehr als 70 000 Menschen voll beanspruche, sondern auch im Namen des Königs der übrigen Bevölkerung ein schweres und tyrannisches Joch auferlege. „Sie beschäftigt infolge der verübten Schikanen über eine Million Menschen und beutet mehr als eine Million anderer aus, die sie derart arm und elend macht, daß sie Zeit ihres Lebens an keinen andern Beruf mehr denken können“.²¹

Colbert erwog eingehend den Plan, das Annuel überhaupt abzuschaffen, und er stellte die Vorteile scharf heraus, die sich für den König daraus ergeben mußten: die Parlamente und oberen Körperschaften würden ihren ganzen Einfluß verlieren und politisch ausgeschaltet werden; die Macht des Königs werde vollkommen und unbeschränkt; weil er selbst alle Stellen nach freiem Ermessen besetze, habe er die Beamtenschaft in der Gewalt, was die Herrschaft der „Familiendynastien“ brechen werde. Damit sah Colbert gleichzeitig die Haupthindernisse der von ihm geplanten Justizreform beseitigt. Ferner versprach er sich unermesslichen Gewinn davon, wenn Handel und Gewerbe wieder zu Ehren und damit zur Blüte kämen, wenn das augenblicklich in Ämtern angelegte und für den Staat nutzlose Kapital im Dienste der Wirtschaft stünde, die dadurch einen ungeheuren Auftrieb erhalten würde.²² Daß das Maßnahmen weittragender Bedeutung waren, wußte Colbert sehr wohl. Aber er hielt die Autorität des Königs für stark genug, einen solchen Schlag wagen zu können. Günstig wären tatsächlich die Umstände gewesen; denn im Innern war die Ordnung nahezu hergestellt, und es herrschte Friede. Die Ergebnisse der straffen

21. Mémoires, lettres, t. 6, p. 3. Schon im Jahre 1659 schrieb Colbert an Mazarin: „Estant très certain que les officiers de justice tirent des peuples du royaume tous les ans par une infinité de moyens plus de 20 millions de livres dont il aurait beaucoup de justice de retrancher plus de trois quarts . . .“ ebd. t. 7, p. 182.

22. ebd. t. 6, p. 247.

Organisation zeigten sich bereits deutlich, so daß es nicht viel zu befürchten gegeben hätte.

Um für seinen Plan freie Hand zu bekommen, versagte Colbert außer den genannten Beamten auch einem Teil der in den Salzkammern eingesetzten die Zulassung zum *Annuel*, und anstatt auf neun Jahre verlängerte er die *Paulette* zunächst nur auf drei Jahre. Den damit verbundenen *Prêt* berechnete er für die mittleren und unteren Beamten der Justiz und Finanz auf ein Fünftel bzw. ein Sechstel des Amtswerts; die *cours souverains* brauchten ihn nicht zu entrichten. Da sich voraussehen ließ, daß die überlasteten Beamten keine hohen Taxen mehr zu bezahlen imstande sein würden, sollte wahrscheinlich diese Maßnahme bewirken, die Vakanz vieler Ämter herbeizuführen.

Mit den in den ersten Jahren seines Ministeriums verordneten Reformbestimmungen konnte Colbert die gewünschte Wirkung nicht voll erzielen. Als er im Jahre 1665 eine Aufstellung aller kasuellen Ämter anfertigen ließ, stellte sich heraus, daß es noch $7\frac{1}{2}$ mal mehr Beamte in der Justiz- und Finanzverwaltung gab, als normalerweise notwendig waren. Die Zahl der Hauptämter betrug 45 780; sie war nach der Meinung des Finanzministers um ungefähr 40 000 zu hoch. Das Kapital dieser Ämter, geschätzt zum augenblicklichen Handelswert, belief sich auf 419 630 842 l., die jährlich schuldigen Gagen auf 8 346 847 l.²³

Die Reform des Beamtenwesens bildete jedoch nur einen Teil der Reformpläne, die ein Ganzes darstellten und auf weite Sicht angelegt waren. Ein Staat, wie Colbert ihn angetroffen hatte, ließ sich nicht in einigen Jahren reformieren. Dies brachte er auch dem König gegenüber offen zum Ausdruck: Weder in einem noch in zwei Jahren könne das Ziel erreicht werden, „sondern vielleicht in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren. Deshalb muß sofort begonnen und eine einheitliche und feste Richtlinie eingehalten werden, ohne daß überhaupt jemand den wahren Zweck unsres Bemühens erkennt“.²⁴ Dieser Zweck war die Vollendung der absoluten Monarchie, die Herstellung einer gesunden leistungsfähigen Verwaltung, welche imstande sein sollte, dem König jederzeit die

23. 500 de Colbert, No. 259 (B. N.), s. u. S.

24. *Mémoire au roi*, oct. 1664. (Lettres, mém., t. 6, p. 3.)

Mittel zu liefern, weitgreifende politische und wirtschaftliche Ziele zu verwirklichen. Hätte Colbert sich durchgesetzt, so wäre die Vormachtstellung Frankreichs in Europa für lange Zeiten gesichert gewesen, weil die von ihm geplante Gründung eines großen Kolonialreichs Frankreich auch zur beherrschenden wirtschaftlichen Macht erhoben und ihm unerschöpfliche Hilfsquellen verschafft hätte. Aber was Colbert im Geiste vor sich sah, war dazu verurteilt, ein Traum zu bleiben. Es nützte ihm im Grunde nicht viel, daß sich bereits im Jahre 1670 die Einkünfte des Staates von 84 Millionen (im Jahre 1661) auf 94 bzw. 96 Millionen²⁵ erhöht und die Belastungen des Etats in derselben Zeit von 52,3 auf 25,8 Millionen verringert hatten, daß die Taille, die 1660 über 50 Millionen betrug, auf nahezu 34 Millionen ermäßigt worden war, eine Tatsache, die sich erklärt zu einem Teil aus der Rückgängigmachung der Veräußerungen des Kronguts, der Beschneidung der Attributionen und augmentations de gages der Beamten, zum andern daraus, daß vor Colbert für die Erhebung und Verwaltung der Taille von den Einnehmern in jeder Election durchschnittlich 30 000 l. in die Taschen gesteckt wurden, einige Jahre nach Beginn seiner Tätigkeit aber nur noch ein Ausfall von 1600 bis 1800 l. pro Election entstand.²⁶ Es nützte ihm ferner nicht viel, daß es ihm gelang, zu vollbringen, was seit Sullys Tagen nicht mehr geschehen war und als Wunder galt: das Budget auf gesunde Weise im Gleichgewicht zu halten, unter Verzicht auf alle künstlichen Machenschaften und affaires extraordinaires. Es nützte alles nichts, denn sein junger Herrscher zog Kriege, Ruhm, kostspielige Unternehmungen, Prunk und Pomp einer arbeits-, aber segensreichen und letzten Endes dauernden Gewinn bringenden Regierungstätigkeit vor. Die Paläste, die der Sonnenkönig baute, und die Kriege,

25. Forbonnais gibt 96 Millionen an, ms. fr. 7752 dagegen 94,6 Mill. Diese Angaben halten wir für zuverlässiger. Übereinstimmende Ziffern finden sich überhaupt nicht. Ein *Abrégé des fonds et dépenses pendant les années du ministère Colbert*, ms. fr. 7750, fol. 88, gibt für 1670 die Einnahmeziffer: 95,1 Mill. Ähnliche Schwankungen weisen alle diese Quellen für die andern Jahre auf; außerdem ist zu erwähnen: *Mémoire présenté au Roi par Le Pelletier, après avoir quitté les finances*, ms. fr. 7750, fol. 72 ff.

26. *Mémoire de Desmaretz* (s. o. No. 15).

die er führte, beanspruchten große Summen. Zwar hatte Colbert den zweiten Raubkrieg, den Krieg gegen Holland, zuerst gebilligt, weil ihm der seegewaltige und wirtschaftlich mächtige Staat ein Dorn im Auge war. Als sich der Krieg aber zu lange hinzog und der Erfolg nicht den Erwartungen entsprach, als dadurch sein Aufbauwerk in Gefahr geriet und die Finanzen in Unordnung zu kommen drohten, drängte er zum Frieden. Dieser kam jedoch erst zustande, als seine Reformtätigkeit längst unterbrochen war. Seine Leistungen scheinen geradezu eine Verlockung für Ludwig XIV. gewesen zu sein, sich in große Unternehmungen zu stürzen, weil er glaubte, sein tüchtiger Finanzminister könne ihm alle erforderlichen Mittel beschaffen.

Die Sachlage änderte sich eigentlich schon mit dem Jahre 1673. Der Krieg gegen Holland verursachte eine jährliche Mehrausgabe von 50 bis 60 Millionen. Um solche Summen auf die Dauer aufbringen zu können, war Colbert gezwungen, das zu tun, was er seinen Vorgängern vorgeworfen hatte: zu den *affaires extraordinaires* seine Zuflucht zu nehmen. Zweimal versicherte er bereits im Mai 1674 dem König, daß er die *affaires extraordinaires* nach Kräften fördere, „damit S. M. die Unterstützung daraus ziehen kann, die sie erwartet“.²⁷ Den entsprechenden Druck übte er auf die Intendanten aus,²⁸ denen er meistens die Ausführung der Finanzunternehmungen übertrug, um die *Traitants* möglichst auszuschalten. Er mußte sogar so weit gehen, ihnen zu empfehlen, zur Anwendung von Gewalt zu schreiten und den Widerspenstigen Truppen ins Haus zu legen, wenn die Durchführung der Unternehmungen sich sonst als unmöglich erweisen sollte.²⁹

27. *Lettres, mém.*, t. 2, p. CCXLI.

28. So schrieb er z. B. im November 1673 an sie: „Entre toutes les affaires que le Roy examine tous les jours pour pouvoir fournir aux prodigieuses dépenses que S. M. est obligée de faire pour soutenir la guerre présente sans augmenter les impositions sur les peuples, elle a résolu d'en faire deux Le premier est la recherche des usuriers et la seconde une taxe sur les officiers des justices royales et des seigneurs pour être exempts des tailles S. M. veut que s'il est encore temps, vous les taxiez tous d'office, afin de les porter plus fortement à payer les taxes qui seront faites en Conseil pour leur exemption“.

29. Clément, *Histoire de l'administration de Colbert*. Paris 1874, t. 1, ch. 9.

Domänenveräußerungen, Verkäufe von Rechten, Oktroyierungen von Attributionen und augmentations de gages, Dinge, die sich früher als einträglich erwiesen hatten, kamen erneut zur Anwendung. Beamte, die bisher nicht zum Annuel zugelassen worden waren, erlangten gegen entsprechende Taxen den Zugang. So die trésoriers de France und viele Beamte in den Salzkammern (greniers à sel). Aufgehobene Ämter erhielten eine neue Bestätigung und selbst neue wurden geschaffen. Die Verkäufer von Fischen, Fleisch und Geflügel sahen sich durch königliche Verfügung zu „Beamten“ erhoben. Zu den überzähligen Notaren, Schreibern, Sergeanten kamen neue hinzu.³⁰ Die Angehörigen der cours souveraines mußten augmentations de gages finanzieren, und dafür wurden für sie die 1665 amtlich festgesetzten Ämterpreise als unverbindlich erklärt; sie durften den bereits sinnlosen Preis ihrer Ämter um ein Sechstel erhöhen.³¹

Allerdings nahmen diese Operationen nicht den Umfang an, den wir aus früheren Zeiten kennen. Dies bezeugen auch die Reineinnahmen der Parties casuelles; 9,6 Millionen im Jahre 1675 und 5,6 Millionen im Jahre 1677 scheinen die höchsten Beträge zu sein.³² Von den 149 Millionen, die die affaires extraordinaires der Jahre 1673 bis 1678 ausmachen, dürften die Ämterverkäufe und die auf die Beamten gelegten Taxen kaum mehr als 40 Millionen eingebracht haben;³³ zum größten Teil wurden sie aus den Städten gezogen; das platte Land wollte Colbert möglichst schonen. Nur ungern hatte er die Taille in den Kriegsjahren auf 40 Millionen erhöht. Diese Steigerung scheint ziffermäßig nicht allzu stark, sie wirkte sich jedoch empfindlich aus, denn Colbert hatte fast alle Beamten gezwungen, sich von der Taille loszukaufen, wodurch er bedeutende Summen herauschlug. Eine solche Erpressung hielt er für weniger schlimm als das allzu heftige Anziehen der Steuer-schraube. Er befürchtete nämlich, daß das Landvolk schließlich unter seiner Last erstickte. Auf dessen Verarmung wies er in ver-

30. Mémoire de Desmaretz.

31. Déclaration, 7 novembre 1676.

32. ms. fr. 7752, p. 440.

33. Forbonnais, t. 1, p. 483 f. Da es nicht unsre Aufgabe sein kann, eine Finanzgeschichte zu geben, übergehen wir die Schilderung der andern Maßnahmen.

schiedenen Denkschriften an den König nachdrücklich hin. Zu einer Zeit, wo die Steuern schon wieder stark gesenkt waren, im Jahre 1681, schrieb er ihm, die wichtigste Angelegenheit und das, was ihm am meisten Sorge mache, sei das große Elend der Landbevölkerung. „Alle Berichte, die von den Intendanten, Generalsteuereinnehmern und andern Personen, selbst von den Bischöfen, aus der Provinz kommen, sprechen davon“.³⁴

Nur mit Mühe gelang es Colbert nach dem Friedensschluß von 1678 den Etat wieder einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Auch jetzt waren nämlich die Ansprüche Ludwigs nicht gering. Es sei nur erinnert an die ungeheuren Summen, die der Bau des Schlosses in Versailles verschlang. Die Reformen gehörten von nun an ins Reich der Träume. Der Einfluß des Finanzministers schwand immer mehr. Seine Gegner, Louvois an der Spitze, brachten es fertig, das Vertrauen des Königs zu ihm ins Wanken zu bringen. Dies wirkte sowohl auf seine Tätigkeit als auch auf seine Gesundheit ein. Während er sich früher bei der Arbeit vor Vergnügen und Eifer die Hände rieb, sah man ihn in seinen letzten Lebensjahren nur noch mit verdrießlicher Miene und seufzend arbeiten. Bei weitem nicht mehr so viel Geschäfte wurden erledigt wie ehemals. Den weitschauenden und für seinen König sich aufopfernden Minister drückte das Gefühl der Ohnmacht nieder, der Gedanke, die dem Staat drohenden Gefahren nicht abwenden zu können. Doch befanden sich die Finanzen im Jahre 1683, seinem Abgangs- und Todesjahr, noch in verhältnismäßig guter Ordnung. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 118 Millionen, und zwar lieferte die Taille 37 Millionen. Allerdings verminderten Belastungen jene Summe auf 93,5 Millionen Reineinnahmen, denen ein Ausgabeetat von 115 Millionen gegenüberstand.³⁵

*

Die 32 Jahre, die zwischen dem Tode Colberts und dem Ludwig XIV. liegen, sind zweifellos als die trübste Epoche der Finanz-

34. Clément, Hist. de Colbert et de son administr., p. 186, und ein andermal schreibt Colbert: „Toutes les affaires ont leur cours ordinaire, les intendants visitent les généralités et en rendent compte par toutes leurs lettres qui sont pleines de misère des peuples“.

35. Mémoire présenté au Roi par Le Pelletier (1691), ms. fr. 7750.

geschichte des alten Frankreichs anzusehen. Zwar gelang es Le Pelletier, dem Nachfolger des großen Finanzministers, bis 1686 ohne große außerordentliche Hilfsmittel durchzukommen. An affaires extraordinaires, soweit sie sich auf Ämter bezogen, nahm er von 1685 bis 1687 nur für ungefähr 25 Millionen in Anspruch; andere deniers extraordinaires lieferten ihm 40 Millionen. Als aber im September 1688 der Pfälzer Erbschaftskrieg ausbrach, war es mit der Zeit der kleinen Mittel vorbei. Unter den sich auf 106 Millionen belaufenden Einnahmen dieses Jahres befand sich bereits ein Posten von 22 Millionen, der sich aus außerordentlichen Mitteln zusammensetzte; im folgenden Jahre waren es 58 Millionen. Als Le Pelletier im Herbst 1689 das Amt des Generalkontrolleurs abgab, hatte er durch Abschlüsse dem König für die Bestreitung der Kriegsausgaben bereits 80 Millionen an außerordentlichen Mitteln gesichert.³⁶ Aber er hätte ein Finanzgenie sein müssen, um die von Ludwig XIV. angeforderten Summen beibringen zu können. Seine „Unzulänglichkeit“ sah er bald ein, und dies scheint der wahre Grund für seinen Rücktritt gewesen zu sein, nicht, wie er sagte, sein erschütterter Gesundheitszustand. Pontchartrain, der neue Generalkontrollleur, war auf dem Gebiet außerordentlicher Finanzmaßnahmen ein Mann größeren Formats, mit äußerst reger Phantasie, erfinderisch in Mitteln, die zum Lachen reizen könnten, wenn sie nicht dem Volk unzählige Tränen und Verwünschungen abgepreßt hätten.

An erster Stelle stand der Ämterhandel, der jetzt in wohl nie erreichtem Ausmaße betrieben wurde. Die ersten großen Neuerrichtungen betrafen die Parlamente. Nach Ansicht Ludwigs XIV. konnten sie am besten einen Beitrag zur Bestreitung der „ungeheuren Ausgaben“ leisten. Zunächst wurde der Pariser Gerichtshof um acht maîtres des requêtes vermehrt, was 1 520 000 l einbrachte, denn jedes dieser Ämter kostete 190 000 l.³⁷ Sechzehn neue Ämter für Hochmeister der Forst- und Wasserverwaltung ergaben 1 960 000 l.,³⁸ vier weitere Stellen für Rentenzahlmeister auf dem Pariser Rathaus 400 000 l., zwei für Einnehmer der „Parties“

36. ebd.

37. Edit janvier 1689.

38. Edit février 1689.

am Parlament 800 000 l. Den Wiederverkauf der Ämter der Einnehmer und Kommiss (anciens, alternatifs, triennaux und quadriennaux) der consignations³⁹ (bei den Gerichten), Ämter, die in früherer Zeit errichtet, aber immer wieder beseitigt worden waren, und die jetzt in allen Gerichtshöfen, ausgenommen die Bezirke der Parlamente von Paris und Rouen, eingeführt wurden, übernahm ein Traitant für zwei Millionen. Sämtliche Ämter sowie die mit ihnen verbundenen Rechte blieben sein Eigentum bis zu ihrer endgültigen Besetzung, und mit ihrer Ausübung betraute er vorläufig aus eigener Machtvollkommenheit ihm genehme Personen.⁴⁰

Mit den Ämtern setzten auch die Taxationen und augmentations de gages wieder ein; auch sie brachten die Traitants an den Mann. Unter den zahlreichen Posten seien nur genannt eine augmentation de gages zum denier 18, die von den Gerichtshöfen des Königreichs mit 10,8 Millionen erkaufte werden mußte;⁴¹ eine Attribution von erblichen Gagen in Höhe von 140 000 l. pro Jahr für die Beamten der Präsidialhöfe, die 1 966 000 l. dafür zu zahlen hatten.⁴² Sechs Millionen zog Ludwig XIV. aus den Elektionen und Salzkammern für neue Beamte, wie Richter (lieutenants), Steuerräte und Beisitzer, sowie für diesen Körperschaften ver-

39. Edit févr.

40. Wir lassen die Hauptstellen des Vertrags folgen. „Le Roy ayant fait examiner en son Conseil les propositions faites à S.M. par mr. Henri Lorry, bourgeois de Paris, de faire valoir jusqu'à la somme de deux millions de livres le recouvrement de la finance qui proviendra de la vente ordonnée par l'édit du mois de février dernier (1689) des offices de receveurs, contrôleurs et commis anciens, alternatifs, triennaux et quadriennaux des consignations . . . sur laquelle somme de deux millions de livres sera accordé aud. Lorry le sixième de remise montant à trois cent trente mil trois cent trente trois livres pour tous les frais des recouvrements ports et voitures de deniers et autres . . .“ Es folgen die Zahlungsbedingungen „. . . Il sera incessamment procédé à la vente et revende de ces offices, . . . et en attendant de ces offices à établir sera permis aud. Lorry de commettre à l'exercice d'iceux telles personnes qu'il jugera à propos aux caution du présent traité, pour lesquels commis sera expédié des commissions en la Grande Chancellerie sur la nomination et présentation dud. Lorry.“ Hierauf folgen die Kautionsklauseln. (G⁷ 1495 aff. extr.)

41. Edit juillet 1689. Die Edikte sind jeweils mit den finanziellen Abschlüssen verglichen.

42. Dezember 1639.

ordnete augmentations de gages.⁴³ Durch ähnliche Tricks gelang es der Regierung, in diesem Jahr 37 240 000 l. hereinzubringen.⁴⁴

Einen größeren Raum im Budget nahmen diese Unternehmen in den folgenden Jahren ein. Besonders das Jahr 1690 ist fruchtbar hinsichtlich der Schaffung von Sinekuren. Charakteristisch dafür sind: die neuen Ämter für vereidigte Leichenbitter (*jurés crieurs d'enterrement*) in allen Städten und Bourgs des Landes;⁴⁵ für 60 Ochsen-, Kühe- und Schafhändler⁴⁶ sowie 20 Packer in Paris, die mit den bereits vorhandenen Packern das erbliche Recht besaßen, alle Arten von Warenballen, Päckchen und dgl. zu packen;⁴⁷ für 10 Hafenwächter und 40 Faßwälzer,⁴⁸ die nötig wurden, weil „die Menge der Leute ohne Beruf, die sich erdreisten, Wein-, Bier- und Schnapsfässer von den Schiffen zu rollen und sie auf Wagen zu laden, von den Kaufleuten für ihre Arbeit übermäßige Löhne verlangen“, ein Mißbrauch, dem der König nur durch Ernennung von privilegierten Faßwälzern abhelfen zu können glaubte. Paris erhielt ferner 60 neue Warenvertreiber, 50 Papiersachverständige und eine Serie Bauholzhändler. Alle Städte, die Parlamente, *Chambres des comptes* und *Cours des aides* beherbergten, bekamen ebenfalls je vier, die Sitze der Generalitäten und Präsidialhöfe je drei Papiersachverständige.⁵⁰ Weiterhin wurden ernannt Sachverständige für Maurer- und Zimmerarbeiten in allen Städten des Königreichs; sie hatten als eine Art Gebäudepolizei zu amtieren.

Reinem Geldbedürfnis verdankten ihr Amt auch die drei vereidigten Sachverständigen, die in jedem Gerichtshof eingesetzt,⁵¹ sowie die königlichen Prokuratoren und Schreiber, mit denen die Rathäuser der Städte beehrt wurden,⁵² damit sie den aus der Wahl hervorgehenden Schöffen und Stadträten zur Seite stünden; diese

43. November 1689, s. G⁷ 1494—1496, *Baux et résultats des affaires extraordinaires*.

44. nach ms. fr. 7734.

45. Januar 1690.

46. Edit janvier 1690.

47. Edit févr. 1690.

48. Mai 1690.

49. Edit août 1690.

50. Mai 1690.

51. Edit juillet.

52. Edit juillet.

Operation ergab nahezu sieben Millionen.⁵³ Die Einstellung von Schreibern für die Taillerollen ist ebenfalls nicht anders zu werten. Jede Stadt, Gemeinde und jeder Bourg erhielt einen solchen Beamten, damit er der Assiette der Taille beiwohne, die Steuerrolle unterzeichne, weil die Beigeordneten und Kollekteurs meistens Leute seien, „die weder lesen noch schreiben können“.⁵⁴ Ob die bemängelten Mißstände auf diese Weise beseitigt wurden, darf mit Recht bezweifelt werden, denn das Amt konnte von „allen möglichen Personen, gleichgültig welcher Eigenschaft und Stellung“, erworben werden, sie brauchten es nicht einmal selbst auszuüben, sondern durften mit der Ausübung ihnen geeignet erscheinende Leute beauftragen. Auch dieses Unternehmen warf nicht weniger als 5 131 830 l. ab.⁵⁵

Sehr einträglich waren auch folgende Unternehmungen: die Einsetzung von vier Finanzintendanten, deren Charge je 400 000 l. kostete,⁵⁶ die eines zweiten Ehrenrats in den Präsidialhöfen des Landes,⁵⁷ die eines Ersten und acht gewöhnlicher Präsidenten am Grand Conseil in Paris, was 1 680 000 l. abwarf, die von zwei Präsidenten, einem Generaladvokaten, sechzehn Räten und kleineren Beamten am Pariser Parlament, was der Regierung nicht weniger als 3 050 000 l. eintrug. Bei dieser Gelegenheit wurden die Preise für die Chargen der Präsidenten von 350 000 l. auf 350 000 l. erhöht.⁵⁸ — Die Chambre des comptes von Montpellier erhielt neue Ämter im Werte von 400 000 l., und zwar für einen Präsidenten, fünf Räte, einen Korrekteur, zwei Rechnungsrevisoren (auditeurs) und untere Beamte.⁵⁹ Der Verwaltungshof gleichen Namens in Paris bekam einen ersten und zwei andere Präsidenten, einen Generalprokurator, vier Rentmeister (maîtres des comptes), vier Korrekteurs, vier Revisoren (auditeurs), zwei Substitute des Generalprokurators, zwei Gerichtsdienner und zwei Prokuratoren.⁶⁰

53. G⁷ 1494, bestehend aus fünf résultats von insgesamt 6 920 000 l.

54. Edit août 1690.

55. G⁷ 1494.

56. Edit février.

57. Edit février.

58. Edit novembre.

59. Edit novembre.

60. Edit déc. 1690.

Auch hier fand eine Erhöhung der Preise statt. Die Charge des ersten Präsidenten von 400 000 l. auf 550 000 l., die der Präsidenten von 200 auf 300 000 l. Das ganze Edikt führte zu einem Abschluß in Höhe von 2 830 000 l.⁶¹

Unverhohlen sprach der König den Beweggrund für diese Maßnahmen in den Präambeln der Edikte aus: „Die übermäßigen Ausgaben, die Wir zu machen gezwungen sind, um das Königreich gegen die große Zahl der Feinde, die es angreifen, verteidigen zu können, nötigen Uns, mittels Fonds extraordinaires die ordentlichen Einnahmen zu ergänzen und zu Mitteln zu greifen, deren man sich durchweg in Lagen bediente, die weniger dringlich waren“.⁶² Daß der Ämterschacher der beste Weg sei, begründete die Regierung, genau wie in früheren Zeiten, mit der mehr als zweifelhaften Behauptung, daß dadurch weder die öffentlichen Finanzen noch das Volk belastet würden.

Maßnahmen fiskalischer Art waren auch die aufgezwungenen Bestätigungen von Privilegien. Die Notare, Einnehmer und Gerichtsdienere mußten sich die Erblichkeit ihrer Ämter erneut erkaufen, und zwar zu den im Conseil dafür festgesetzten Summen. Damit sie sich schnell dazu entschlossen, wurde ihnen gleichzeitig die Beschlagnahme ihrer Ämter und Versteigerung an den Meistbietenden angedroht, wenn die Taxen nicht in der vorgeschriebenen Zeit bezahlt sein sollten.

In demselben Tempo ging es im nächsten Jahre fort. Der Cour des aides in Paris wußte die Regierung die Pille zu versüßen durch den Hinweis, daß sie dem Vorschlage, einen ähnlichen Verwaltungshof in Lyon zu errichten — „was beträchtliche Summen eingebracht hätte“ —, nicht gefolgt sei und so eine Schmälerung ihres Ressorts vermieden habe. Sie erhielt zwei neue Präsidenten, die vorerst als Stellvertreter der zwei andern amtieren sollten, sechs Räte, einen dritten Generaladvokaten und zwei Gerichtsdienere. Die Ämterpreise rückten ebenfalls etwas in die Höhe, die der Präsidenten von 150 auf 160 000 l., des Generaladvokaten von 110 auf

61. G⁷ 1494, vgl. K 887 (29, 30), dieser Estat des affaires extraordinaires enthält allerdings zahlreiche Lücken und ist nicht sehr präzise.

62. Edit portant création de deux présidents, 16 conseillers et autres officiers au Parlement de Paris, Requêtes de l'Hôtel et Requêtes du Palais, Novembre 1690.

150 000 l.,⁶³ so daß auch dieses Geschäft mehr als eine Million abwarf.

Die Zünfte der Händler und Handwerker erhielten in allen Städten einen Syndikus, was vier Millionen einbrachte;⁶⁴ die Provence bekam Schatzmeister (*trésoriers généraux*) für 2,5 Millionen;⁶⁵ die Körperschaft der königlichen Sekretäre einen Zuwachs von 60 Mitgliedern, was nicht weniger als 3 300 000 l. abwarf, und für die Bureaux des finances wurden erste Präsidenten-Chargen im Werte von 1 356 000 l. geschaffen. Eine Attribution in erblicher Form ergab 3,7 Millionen,⁶⁶ ein Edikt vom Dezember, das 180 Stellen für *contrôleurs* und *commissaires des guerres* schuf, die ansehnliche Summe von 6 767 000 l., die Einsetzung von 26 Rentenzahlern und -kontrolleuren für das Rathaus in Paris 2 580 000 l., eine Taxation in erblicher Form für die Obersteuereinnahmer und die Einnahmer der *Taille* über vier Millionen, und endlich ergab der Erlös aus 100 Barbierstellen in Paris 300 000 l.⁶⁷

Mehrere der obersten Gerichtshöfe in den Provinzen erfuhren eine weitere Vermehrung ihrer Beamten. Meist ist keine genaue Zahl genannt. Da aber die Ämter in den Provinzen bei weitem nicht so hoch im Preise standen wie in Paris, so kann sie nicht gering gewesen sein. Denn es ergaben Edikte für die Parlamente von Pau 600 000 l.,⁶⁸ der Bretagne 380 000 l., der Guyenne 166 500 l., von Dijon 400 000 l., Metz 636 000 l., für die *Chambres des comptes* in Montpellier 550 000 l., Grenoble 400 000 l., Nantes 352 000 l.⁶⁹ und endlich für das Parlament in Tournay 1 550 000 l.⁷⁰

Die ziemlich weitgehende Selbstverwaltung der Städte erhielt 1692 durch den Ämterhandel einen schweren Schlag. Ein Edikt erschien, das ein ganz neues System einführte und die Beteiligung der Städte bei der Bildung ihres Verwaltungskörpers zunächst

63. Edit mars 1691, für die andern Chargen nennt das Edikt nur noch die Preise für die Chargen der ersten Präsidenten, 450 000 l. statt 350 000 l., der *Procureurs généraux* 250 000 l. statt 200 000 l.

64. Edit mars 1691. (Die Summen sind aus den *Etats* der Abschlüsse ermittelt.)

65. Edit avril.

66. Edit juillet.

67. Edit novembre.

68. Edit nov.

69. Alle im Jahre 1692.

70. März 1693.

wesentlich einschränkte und schließlich ganz aufhob. Unter dem Vorwand, daß bei der Wahl der Maires und Beisitzer stets die Intrige den Ausschlag gegeben habe und infolgedessen eine Parteiherrschaft bestehe, die an der schlechten Verwaltung der Gemeinden schuld sei, wurden in allen Städten, mit Ausnahme von Paris und Lyon, „im Interesse einer kontinuierlichen Verwaltung“ die Ämter der Maires und Beisitzer in erblicher Form errichtet mit allen Ehren und Privilegien der Beamten, die bisher diese Stellen bekleidet hatten.⁷¹ In Wirklichkeit war der Zweck ein rein materieller: die Regierung erschloß hier ein Gebiet, das reiche Einnahmen verhieß. Der Unternehmungsvertrag für die Maireämter wies daher auch den hohen Betrag von 8 529 000 l. auf. Allerdings mußte der Traitant später für einen Teil die „Reunion“ beantragen, d. h. die Gemeinden zwingen lassen, die nicht verkauften Ämter abzulösen.⁷² Ähnlich war es mit den Ämtern für Beisitzer; die Gesamtsumme betrug 1 517 328 l.; davon mußten nach einigen Jahren die Städte 203 000 l. für Ablösungen bezahlen, weil nicht alle Ämter verkauft werden konnten.

Aus der Fülle der zur Verfügung stehenden Beispiele seien noch einige Abschlüsse genannt. Die Einsetzung von Strafrichtern (*lieutenants criminels*) und Inspektoren (*commissaires vérificateurs*) der Taillerollen in den Electionen des Königreichs ergab 1,2 Millionen,⁷³ von Vorsitzenden der militärischen Ehrengerichte (*lieutenants des maréchaux de France*) und Stadtwächtern 3,5 Millionen,⁷⁴ eine *augmentation de gages* in Höhe von 2,1 Millionen für die Beamten der Electionen, Präsidialhöfe, die Baillis und Oberforstmeister (*maîtres des Eaux et Forêts*) 37,8 Millionen; 518 000 l. erbliche Gagen in Form von *augmentations* sollten erbringen 9 980 000 l., weitere 640 000 l. erbliche Gagenzulagen 11 520 000 l., also eine Gesamtsumme von fast 60 Millionen gegen einen jährlichen Zins von 3,3 Millionen.⁷⁵ Die Einsetzung erster Gerichtsdieners in den *cours souverains* führte zu einem Abschluß in Höhe von 2 Millionen; neue Beamtenstellen in den *greniers à sel*, zu-

71. Edit août 1692.

72. s. G⁷ 1494 *Estats des aff. extraord.*

73. s. Edit août 1693, für die Beträge: G⁷ 1494, 1495 u. K 887 (*Arch. nat.*).

74. Edit mars 1693.

75. s. Edits août et oct. 1693, G⁷ 1494 (*Estats*).

sammen mit einer Attribution von Rechten, sollten ergeben 4 320 000 l., weitere Posten für Einnehmer in den Gabelles und den vereinigten Fermes 9 Millionen,⁷⁶ für Revisoren der Rechnungen der Zünfte in allen Städten des Königreichs 6 Millionen,⁷⁷ für Räte, Substitute von Advokaten und Prokuratoren in allen ordentlichen und außerordentlichen Gerichtssitzen⁷⁸ 1,2 Millionen. Die Ernennung von Gouverneuren in den befestigten Städten des Königreichs brachte nicht weniger als 6 Millionen ein.⁷⁹ Aus der Einsetzung von Möbelverkäufern und Taxatoren erhoffte der König 1,6 Millionen, von Salzverkäufern in den greniers à sel 4 Millionen,⁸⁰ 8 Millionen aus dem Verkauf von Ämtern für Kontrolleure der Akten und Verträge der Notare, Gerichts- und Amtsschreiber; weitere 4 Millionen sollten erbringen die überall ernannten Eicher von Wein und andern geistigen Getränken und 16 Austeiler von Stempelpapier, für die in Paris erbliche Ämter errichtet wurden.⁸¹

Alle diese kleinen „Beamten“ genossen Befreiung von den öffentlichen Lasten, wie der Einquartierungspflicht (logement des gens de guerre), der Kollekte, dem ustensile (Heeressteuer), tutelle und curatelle (Vormundschaftspflicht) und dgl., und sie zahlten die königlichen Hauptsteuern nur auf Grund der sogenannten taxe d'office. Dergleichen Privilegien erhielten auch die vereidigten Binder, Zähler, Abmesser und Wäger von Brenholz und Kohlen, die der König in allen Orten, je nach Bedarf, einsetzte⁸² und deren Ämter er einem Traitant für 3 600 000 l. überließ. Für 3,5 Millionen verkaufte er die Ämter der Kalbs- und Geflügelverkäufer.⁸³ Die Errichtung der Election En brachte 80 000 l., die der Election La Charité ebensoviel. Steuereinnehmer kauften die Ämter dieser Electionen; sie konnten sie verkaufen wie sie wollten, „ohne jemand Rechenschaft ablegen zu müssen“; die einzige Bedingung war die, daß der König sein Geld pünktlich erhalte. Bis zum end-

76. Edits oct., déc. 1694.

77. Edit mars 1694.

78. Edict avril 1696.

79. Edit août 1696.

80. Edits févr., mars 1696.

81. Edit avril 1696.

82. Edit mars 1696.

83. Edit mai 1696.

gültigen Verkauf eines Amtes konnten sie mit dessen Ausübung betrauen, wen sie wollten. Unter den gleichen Bedingungen wurden die in Joinville, Montreau und St.-Menehould errichteten Electionen für 200 000 l. verkauft, nur war diesmal der Käufer kein Steuereinnahmer, sondern ein „Bourgeois“ aus Paris.⁸⁴ Als solche werden nämlich in den Abschlüssen die meisten Traitants bezeichnet. Was es hieß, sämtliche Verwaltungsämter einer Election einem Traitant anzuliefern, kann man sich unschwer vorstellen.

So kam es, daß es an allen Orten wimmelte von „beamteten“ und privilegierten Schatz- und Zahlmeistern, Räten, Syndizi, Kontrollen, Sachverständigen, Siegelbewahrern, Gerichtsdienern, Substituten, Schreibern, Prokuratoren, Notaren, Steuereinnahmern, Sergeanten, vereidigten Gerbern, Barbieren, Perückenmachern, Weinsachverständigen, Maklern, Trägern, Droschkenkommissaren, Gebäudeinspektoren, Verkäufern, Ausrufern, Taxatoren, Holzbindern, Feldmessern, Tuchmessern, Wicklern, Wälzern, Stemplern usw. usw. Alle erdenklichen Arten waren vertreten, selbst Hut- und Perückenkontrolleure und Schweinezungenbeschauer fehlten nicht.

Von der Schöpferkraft der Phantasie des Finanzministers Pontchartrain zeugt am besten die Zahl der während seiner Amtstätigkeit, 1689—1699, erlassenen Ämteredikte, die mit 250 kaum zu hoch gegriffen sein dürfte.⁸⁵ Sie beziehen sich, wie wir sehen, nicht nur auf die Verwaltung, sondern auf alle irgendwie erfaßbaren Bereiche beruflicher Tätigkeit des menschlichen Lebens. Hinzu kommen noch die zahlreichen Wiederbestätigungen, Rehabilitationen, Attributionen, Privilegienverkäufe, von denen jeder Akt eine Ordonnanz, Deklaration oder ein Edikt bedingte. Führwahr eine gesetzgeberische Tätigkeit, der man zumindest hinsichtlich der formalen Arbeitsleistung die Anerkennung nicht versagen kann.

Die Edikte der Regierung bewegten sich freilich in ausgefahrenen Geleisen. Da die Phantasie sich schließlich erschöpfte, blieb nur noch die Teilung der Befugnisse, wobei jeder Teil wieder ein Ämtchen abgab. Dabei wechselte die Ware etwas den Namen, und unter dem neuen Titel fand sie wieder Liebhaber, die entweder der Ehrgeiz plagte, oder die glaubten, als Beamte den Fiskus

84. s. G⁷ 1495 (Etats).

85. Die Verträge dafür liegen zerstreut in der Serie G⁷ 1491—1583 (A.N.).

weniger hart zu spüren. Als Ludwig XIV., so wird berichtet, eines Tages selber verwundert fragte, wie es denn möglich sei, alle die vielen Ämter loszuwerden, erwiderte ihm sein Finanzminister: „Eure Majestät vergißt eines der schönsten Hoheitsrechte der Könige von Frankreich: sobald der König ein Amt errichtet, schafft Gott im selben Augenblick einen Dummen, der es kauft“. Freilich mußte er anderseits die Unmöglichkeit eingestehen, „andere Geschäfte als die teuflischsten machen zu können“, da er sich in der Notlage befand, „solche machen zu müssen, welcher Art sie auch seien“.^{85a}

Im Vorstehenden sind hauptsächlich die größeren Abschlüsse genannt; außerdem gab es aber noch zahlreiche Edikte, die nur zu einem Vertrag von einigen hunderttausend livres führten. Von dem Umfang der neu erstandenen Ämter und den für Attributionen, augmentations de gages, Rehabilitationen und sonstigen Rechteveräußerungen an die Beamten diesen auferlegten Taxen können wir uns jedoch einen Begriff machen, wenn wir die Einnahmen betrachten, die pro Jahr aus den abgeschlossenen Verträgen in das Büro der Parties casuelles flossen und als Mindestziffern gewertet werden müssen.⁸⁶ So ergaben die Jahre 1689: 37,2 Millionen, 1690: 18,3 Millionen, 1691: 67,7 Millionen, 1693: 50 Millionen, 1697: 62,8 Millionen; insgesamt lieferten die zwischen 1689 und 1699 abgeschlossenen Verträge dieser Art von affaires extraordinaires mindestens 351 497 991 l.⁸⁷ Die Gesamteinkünfte aus den Revenus casuels unter Einrechnung der ordentlichen (des Prêt und Annuel) sind jedoch weit höher und auf mindestens 415 Millionen anzusetzen.⁸⁸ Von den erwähnten 351 Millionen gingen allerdings rund 82 Millionen als Gewinnanteile (remises)

85^a. s. Vuitry, *Le désordre des finances . . . à la fin du règne de Louis XIV.* p. 95 f., vgl. Depping, *Correspondance administrative*, t. III, p. 313.

86. Hauptquellen sind G⁷ 1494 (Arch. nat.) ms. fr. 7752 und 7734 (Bibl. nat.), auch Forbonnais gibt für die Gesamtergebnisse manches. Jede Quelle gibt verschiedene Ziffern. Es ist außerdem als sicher anzunehmen, daß eine große Anzahl von Ämtererrichtungen, die zu keinen Abschlüssen mit Traitants führten, nicht in den Etats gebucht sind.

87. ms. fr. 7752, ms. fr. n. a. 343.

88. Wir stützen uns auf die von Boisliste, *Correspond. du Cont. gén. avec les intendants*, t. I, Anhang, gegebenen Etats. Da aber dort die Angaben für die Jahre 1696 und 1698 fehlen, stellen wir für diese Jahre nur die in ms. fr. 7734 angegebenen Ziffern in Rechnung.

an die Traitants ab,⁸⁹ denen in den meisten Fällen außerdem noch eine Gebühr von zwei sous pro livre (= 10%, remise en dehors) zustand, die vom Erwerber des Amts oder der Attribution und dgl. zu zahlen war, so daß ihr nachweisbarer Gewinn sich in den zehn Jahren auf über 107 Millionen belief,⁹⁰ eine Summe, für die es sich bei der Gewissenlosigkeit der Traitants wohl lohnen mochte, die Verwünschungen eines Volkes auf sich zu nehmen.

Von der Auswirkung der Tätigkeit der Traitants auf die öffentliche Verwaltung vermögen wir uns nur dann eine richtige Vorstellung zu machen, wenn wir uns vor Augen halten, daß die durch ein Edikt geschaffenen und von ihnen im Bausch und Bogen gekauften Ämter mitsamt den daranhängenden direkten und indirekten Rechten so lange ihr Eigentum blieben, bis sie feste Abnehmer gefunden hatten. Neben der königlichen Verwaltung bestand also eine solche der Traitants. Da die Gagen der Beamten und die sogenannten droits d'office, ebenso die Attributionen und Taxationen gewöhnlich auf die Steuern basiert waren, weil der König den Zinsendienst anderweitig nicht zu bestreiten vermochte, so erlangten die Traitants nichts anderes als eine Hypothek auf die öffentlichen Finanzen, und der Staat gehörte zum Teil ihnen. Die oft über das ganze Königreich sich erstreckenden Ämterserien konnten sie natürlich nicht allein an den Mann bringen; deshalb teilten sie ihre Verträge in Unterverträge, indem sie je einem sous-Traitant die Ämter für einen bestimmten Bezirk, eine Provinz oder Generalität verkauften oder zum Verkauf übertrugen. Hierzu benötigten diese Unternehmer ein ganzes Heer von Kommis, die ebenfalls verdienen wollten. Hinzu kam, daß die Ausführung der Verträge sich oft mehrere Jahre, nicht selten fünf und sechs Jahre hinzog, was immer eintrat, wenn die Ämter schlecht weggingen. Gleichzeitig aber liefen noch andere Verträge, häufig dreißig bis vierzig im Jahr, und da nahezu 200 Traitants sich in die Unternehmungen der gesamten affaires extraordinaires des erwähnten Zeitraums teilten, war die Bevölkerung in einer ähnlichen Lage wie die Besatzung eines Schiffes, das Seeräubern in die Hände fällt. Ludwig XIV. gab sein Volk den Traitants preis, nur weil er auf diese Weise schnell und regelmäßig seine Millionen erhielt.

89. s. a. Forbonnais, t. 2, p. 122.

90. ebd.

Aber auch die Lage der Beamten war nicht beneidenswert. Als immerhin noch erträglich wird sie von der bekanntesten Flugschrift jener Zeit, den *Soupirs de la France esclave*, geschildert, die freilich erschien, als die neuen Ämterunternehmungen großen Stils eben erst begannen. Wenn die Regierung Geld brauche, lesen wir da,⁹¹ vermehre sie die alten Ämter. „Der König errichtet neue, die er teuer verkauft. Er setzt Beamte ein in der Forst- und Wasserverwaltung, schafft Ämter für Schatzmeister, Rentmeister, königliche Sekretäre; er errichtet Bailliages, Elektionen, neue Tribunale, die er zu hohen Preisen anbietet. Für alle diese Ämter setzt er hohe Gagen aus, die auf die Einnahmen des Tresors basiert sind und als Lockspeise und Falle dienen. Wenn die Zeiten besser werden, schafft man die neuen Ämter wieder ab, selbst alte. Das ist im Grunde genommen ein Raub, eine Ungerechtigkeit, ähnlich der eines Kaufmannes, welcher kostbare Waren ausstellt, sie teuer verkauft und bare Münze dafür erhält, nachher aber mit der Waffe in der Hand zu jedem einzelnen Käufer geht und ihm das Gekaufte wieder mit Gewalt abnimmt. Es ist nichts anderes als Raub. Wenn die Könige Händler sein wollen, dann sollen sie wenigstens ehrlich sein. Aber einem Menschen sein Vermögen entlocken, häufig sogar das seiner Freunde, indem man ihm ein Amt anbietet, das ihm aus seiner Niedrigkeit und seinem Elend heraushelfen könnte, dies aber nach einigen Jahren wieder aufhebt, das stellt sowohl einen tyrannischen als auch einen betrügerischen Übergriff dar. Manchmal sind diese Amtsenthebungen nur ein Mittel, das Amt zweimal verkaufen zu können. Sobald nämlich das Aufhebungsdekret bekannt ist, sieht man von allen Seiten Unglückliche an den Hof strömen; sie klagen über das ihnen widerfahrne Unrecht, beschreiben ihr Elend, bitten um Gerechtigkeit und flehen das Mitleid des Königs an. Schließlich läßt man sich rühren; man sagt ihnen: der König zieht eure Lage in Erwägung, er will euch zufriedenstellen, euch wieder in die Ämter einsetzen; da er aber in Geldverlegenheit ist, müßt ihr etwas bezahlen. — Das heißt, ein zweites Mal bezahlen. Freilich nicht den ganzen Wert, sondern ein Viertel, ein Drittel und manchmal noch mehr. Dieses kleine

91. 3^{me} mémoire, Les tristes effets de la puissance arbitraire et despotique de la cour de France.

Spiel wiederholt sich oft. Auf diese Weise läßt man die Richter der Elektionen, die Prokuratoren der Parlamente ihre Ämter drei oder viermal bezahlen“. Hebe die Regierung tatsächlich einige Ämter auf, dann hätten ihre Inhaber unzählige Umstände, und nach vielen Scherereien und Untersuchungen erhielten sie schließlich eine kleine Entschädigung, nie aber das ganze Kapital. Die Einzelnen seien ruiniert. Aber diese Aufhebungen „sind nicht von langer Dauer. Beim ersten Krieg oder nach der ersten kostspieligen Unternehmung, die zur Erschöpfung des Tresors führt, ruft man alle die begrabenen Chargen wieder ins Leben; und wie oft ein der Erde entsprossenes Korn einen vielfältigen Ertrag gibt, so erstehen die aufgehobenen Ämter in größerer Zahl als je zuvor. Ausgesuchte Vorwände, die das Gewand der Deklarationen zieren, fehlen nicht; manchmal findet sich sogar lächerlich Wirkendes, Spaßhaftes darunter. Das tut aber nichts zur Sache; alles ist recht, sofern es Geld einbringt. An die Meistbietenden werden die Ämter vergeben“. Erstaunlich findet der Verfasser der *Soupirs*, daß man trotz der trüben Erfahrungen stets von neuem in dieselbe Falle geht, daß die Ämter immer wieder Absatz finden und er beklagt „diese Verrücktheit der Franzosen“, diese Sucht nach Auszeichnungen, nach „Distinktionen, großen Equipagen und prächtigen Häusern“, die sie zu befriedigen suchen durch den Erwerb von Chargen, die große Gewinne abwerfen. Hinsichtlich des Ämterabsatzes hätte er sein Urteil sicherlich berichtigt, wären die *Soupirs* zehn Jahre später erschienen; aber zu welchen Ausdrücken hätte er dann greifen müssen bei einer wahrheitsgetreuen Schilderung des Ämterwesens!

Diese Darstellung wird von den höchsten Chargenträgern in den Provinzen, von den Intendanten, vollauf bestätigt. Ihre Berichte an den Finanzminister geben uns einen erschütternden Einblick in den „Vertrieb“ der *affaires extraordinaires*. Sie selbst waren auf diesem Feld tätig, und ihre Aufgabe bestand nicht nur darin, den *Traitants* mit allen Kräften beizustehen, sondern sie wurden auch zu wirklichen Ratgebern, *donneurs d'avis* im berichtigten Sinne, hinsichtlich der Möglichkeit neuer Abschlüsse. Ihre Gutachten dienten der Regierung oft als Grundlage für die Verhandlungen mit den *Traitants*. Wie diese, so berichteten sie dem Generalkontrolleur über den Verlauf der Unternehmungen, und falls

die Ausführung eines Vertrags auf Schwierigkeiten stieß, machten sie Vorschläge, wie die betreffende Summe aufgebracht werden könnte, kurz, sie wurden zu einer kräftigen Stütze der Traitants, über die sie schützend die Hand zu halten hatten. Der nun folgende Einblick in den Vertrieb der Ämterware wird uns dies zeigen.

Als 1689 die affaires extraordinaires in Massen auftauchten, richtete Le Pelletier, der damalige Finanzminister, ein Rundschreiben an die Intendants, in dem er sie aufforderte, in ihrer Provinz für ein gutes Gelingen der Finanzunternehmungen zu arbeiten.⁹² „Ich schicke Ihnen Ausfertigungen einer Ediktserie, deren Einregistrierung ich plane. Sie ersehen daraus die Bemühungen des Königs, Geld zur Bestreitung der hohen Kriegskosten aufzutreiben. Wenn Sie nach dem Muster der Ausfertigungen Mittel und Wege aufzuspüren vermögen, die Ihrer Ansicht nach geeignet sind, dem König einige Unterstützungen aus Ihrem Departement zu verschaffen, so reichen Sie Vorschläge darüber ein, damit ich ihm seinem Wunsch gemäß Bericht erstatten kann“. Dieser Aufforderung kam z. B. der Intendant des Dauphiné eilfertig nach; sein Vorschlag ging dahin, in seiner Provinz bei den Gemeinden wieder Schreibsekretäre anzustellen; „dadurch könnten zugleich die Klagen der ehemaligen Eigentümer jener Ämter unterbunden werden, die sie seit langem mit Recht erheben, weil sie ihrer Ämter und Gagen ohne jegliche Entschädigung enthoben wurden, obgleich sie eine solche im Aufhebungsedikt und in verschiedenen Erlassen versprochen bekamen“.⁹³ Auf die Annahme dieses Vorschlags verzichtete jedoch der König, „um die Provinz jetzt durch eine solche Auflage nicht zu überlasten“. Der Intendant der Auvergne schlug vor, die Hauptbeamten der Präsidialhöfe zu zwingen, sich von sämtlichen Steuern loszukaufen, und die unteren Beamten die Befreiung von der Einquartierungspflicht (logement des gens de guerre) bezahlen zu lassen, weil sie sich dieser

92. „Il est très important pour le service du Roy que vous vous appliquiez, dans votre département, à inspirer à tous les corps qui le composent de suivre l'exemple de Paris et de s'empressez de le donner aux autres de leur voisinage et de tout le royaume.“ Es ist die Rede von augmentations de gages. Bois, lisle, Correspondance, t. 1, No. 740.

93. ebd. No. 744.

größtenteils entzogen.⁹⁴ Ein Steuereinnahmer der Bretagne riet, in allen Gerichtsorten der Provinz Einnahmer der Sporteln (*épices*) einzusetzen, was mindestens 240 000 l. erbringen könne.⁹⁵ Der Intendant in Rouen empfahl, Schreiber (*greffiers des assurances*) in verschiedenen Städten des Königreichs zu ernennen, was mindestens 600 000 l. ergeben würde.⁹⁶

Was in den Provinzen an *affaires extraordinaires* ohne Verträge, d. h. unter Ausschluß der *Traitants*, vertrieben wurde, stand unter der unmittelbaren Leitung der Intendanten. Sie brachten den größten Teil der für die Parlamente errichteten Ämter auf den Markt und betätigten sich als Zwischenhändler zwischen der Regierung und den Körperschaften.

Als der König 1689 im Parlament der Guyenne Ämter errichten wollte, ließ er zuerst durch den Intendanten in Bordeaux Erkundigungen einziehen, um den Preis gebührend festsetzen zu können. „Fahren Sie fort“, schrieb der Generalkontrolleur an den Intendanten, „auf alles zu hören, was im Parlament und in der Stadt über die Sache gesprochen wird und halten Sie mich auf dem laufenden“. Doch solle er sich stellen, als habe er keinerlei Anweisungen, damit das Geschäft abgeschlossen werden könne, wenn es am einträglichsten erscheine.⁹⁷ Die Sache mutet an wie ein richtiger Kuhhandel. Als sie endlich spruchreif geworden war, verlangte der König vom Parlament 400 000 l.; dieses bot von sich aus 100 000 l. und schlug vor, den Restbetrag zu decken durch Errichtung von sechs Ratschergen, die der König für je 40 000 l. verkaufen könne. Um den genannten Betrag voll zu machen, stellte es die Schaffung kleinerer Ämter anheim. Hierauf erließ der König das entsprechende Dekret. Nun handelte es sich nur noch darum, geeignete Liebhaber zu bekommen; das war nicht ganz leicht. Zwar fand für die letzten Plätze der Präsident schließlich ehrbare Kandidaten, aber dem einen fehlte es an Geld und der andere war zu jung.⁹⁸ In beiden Fällen fand sich trotzdem eine Lösung. Hinsichtlich der formalen Seite wich dabei die Regierung so weit von

94. ebd. No. 775.

95. ebd. No. 832.

96. ebd. No. 897.

97. ebd. No. 771.

98. ebd. No. 1013 (s. Kap. 9, S. 314).

den geltenden Vorschriften ab, daß der Generalkontrolleur es unverständlich fand, als die restlichen Chargen nicht sogleich an den Mann kamen.⁹⁹

Ähnliches trug sich am Parlament der Bretagne zu, das sich damals in der Verbannung in Vannes befand. Es wollte gerne wieder nach Rennes zurück, und auch diese Stadt legte großen Wert auf seine Rückkehr. Der König gedachte Kapital aus der Sache zu schlagen und verlangte, die Stadt solle 300 000 l. und ihre Bürger 200 000 l. für die Rückkehr des Parlaments bezahlen. Von diesem selbst verlangte er, daß es seine Gunst mit Ämtern für sechs Räte und einen Präsidenten (à mortier) erkaufe. Dies erschien der Körperschaft zu hoch, und sie verlegte sich aufs Handeln. Ponchartrain schrieb hierauf dem ersten Präsidenten: „Was die Herabsetzung der neuen Ratschargen von sechs auf vier betrifft, so kann ich Ihnen nur wiederholen, was ich bereits gesagt habe: der König beharrt auf 500 000 l. Diese Summe muß zustande kommen, gleichgültig auf welche Weise; der König läßt Ihnen gerne die Wahl der Mittel“.¹⁰⁰ Wenn derselbe Zweck durch Schaffung kleinerer Ämter erreicht werden könne, so sei er bereit, dem König die betreffenden Vorschläge zu unterbreiten.

Wesentlich schwieriger scheint die Unterbringung der nach 1691 dekretierten Chargen gewesen zu sein. Als solche dem Toulouser Parlament verordnet werden sollten, sagte der Intendant, das Geld sei in dieser Stadt so rar, daß der Verkauf der Ämter zwangsweise bewerkstelligt werden müsse, wolle die Regierung 300 oder 400 000 l. daraus ziehen. Und als nachher das Parlament keine Neigung zeigte, die Ämter zu erwerben, bot ein Traitant gegen freien Vertrieb und eine remise von einem Sechstel eine halbe Million dafür. Die Cour des comptes löste die ihr verordneten neuen Ämter für 429 400 l. ab. Derartige Vergleiche kamen auch mit andern Gerichts- und Verwaltungshöfen zustande.

Gediehen die Verhandlungen nicht zur vollen Befriedigung der Regierung, oder konnten die Traitants ihre Verträge nicht pünktlich ausführen, so lag die Schuld gewöhnlich nicht beim Intendanten. Schrieb doch der von der Provence, zu seiner Verteidigung, an den Finanzminister: „Wenn die Traitants hinsichtlich der

99. ebd. s. Anmerkung zu No. 1013.

100. ebd. No. 756 (Sept. 1689).

Ämter der Einnehmer ihre Ware nicht so schnell absetzen, wie ich wünschen möchte, so liegt der Grund nicht in mangelnder Unterstützung meinerseits — vielmehr ließ ich sie ihnen angedeihen, so sehr sie es wünschen konnten —, sondern weil die Leute hierzulande selbst von den verlockendsten Angeboten kein Aufheben mehr machen. Das Geld wird rar, und die große Zahl der Ämter, die gleichzeitig und von verschiedenen Personen zum Verkauf angeboten worden sind, wirkt äußerst nachteilig auf den Absatz der neuen“.¹⁰¹ Die Provence war zudem ein pays d'Etat, wo die Zahl der Ämter infolge der immer wieder vollzogenen Ablösungen nicht so hoch war wie in den pays d'élections.¹⁰² Und ähnlich berichtete der Gouverneur von der Bourgogne dem Finanzminister: „Die Provinz ist durch die neuen Ämterserien so erschöpft, daß weder Geld für die Bezahlung der Gehälter vorhanden ist noch der Dienst der Etappen unterhalten werden kann“.¹⁰³ Trotzdem zahlte diese Provinz wenig später für die Ablösung von 24 Ämteredikten über 1,5 Millionen l.^{103a}

Anspielungen auf das in den Provinzen herrschende Elend finden sich in den Berichten über den Vertrieb der Ämter sehr häufig. „Ich glaube nicht“, schreibt der Intendant von Montauban an den Minister, „daß es eine Provinz im Königreich gibt, die in so ärmlichen Zustand ist wie diese hier“. Die Mehrzahl der Gemeinden seien in unvorstellbarer Weise verelendet und so erschöpft, „daß es nicht möglich wäre, irgendetwas aus ihnen herauszuholen,

101. ebd. No. 943 (Aug. 1691).

102. So votierten die Stände dieser Provinz 1692 für die Ablösung der auf Vorschlag des Intendanten im November 1691 eingesetzten syndics-greffiers 270 000 l., der courtiers 100 000 l., der crieurs 30 000 l. Mehrere Städte lieferten außerdem 1692 beträchtliche Summen: Toulon bezahlte 250 000 l. für die Bestätigung des Adels der capitouls und die Ablösung der jurés marchands, Beziers bot 30 000 l., Nîmes 45 000 l., Beaucaire 12 000 l., Montpellier 180 000 l., Castres und Pézenas 15 000 l., Villeneuve-les-Avignon 7 000 l., s. Boislisle, I, No. 1153.

103. ebd. No. 956.

103*. A. Thomas, Une province sous Louis XIV. Situation politique et administrative de la Bourgogne de 1661 à 1715. Paris 1844. — Im Jahre 1700 bot diese Provinz 922 000 l. für die Ablösung von 24 Ämteredikten und zahlte dann schließlich noch weitere 590 000 l. für diesen Zweck. 1703 wurde dann eine Anzahl dieser Ämter wieder hergestellt. s. p. 113.

wie sehr man sich auch anstrenge“.¹⁰⁴ „Die affaires nouvelles, die sehr zahlreich waren, und deren Vertrieb von mehreren Traitants mit Härte und folglich mit vielen Unkosten durchgeführt wurde, haben das Volk ganz arm gemacht, was auf die Aufbringung der Taille äußerst nachteilig wirkt“. Die Zahl der Taillepflichtigen verminderte sich durch die Ämterverkäufe andauernd, die der Privilegierten im weitesten Sinne des Worts stieg ständig. Denn kein Amt, so unscheinbar es auch sein mochte, war ohne Privilegien; und je mehr Ämter geschaffen wurden, desto umfangreichere Rechte mußten gewährt werden, damit die Ware Absatz fand.

Ein bedeutendes, fast allen Ämtern anhaftendes Sonderrecht war allein schon die Befreiung von der Einquartierungspflicht, und manche kauften sich lediglich um dieses Vorteils willen ein Ämtchen. So gab es in Metz 1695 nur noch 2200 Hauseigentümer, die nicht von der Einquartierungspflicht frei waren. Aber drei Viertel von ihnen besaßen nur ärmliche Hütten mit niederen Zimmern, und jeder Handwerksmann logierte täglich mindestens sechs Soldaten in seiner Hinterstube. Und trotzdem hielt es der Intendant für notwendig, im Interesse eines schnellen Absatzes der neuen Ämter weiterhin Befreiung von der Einquartierungspflicht zu gewähren.¹⁰⁵

Aus der Provence berichtete bereits 1693 der Intendant, daß die Mehrzahl der Bürger in den Städten sich von jener Pflicht befreit hätten, entweder durch den Erwerb eines Amtes oder durch Betätigung als Kommiss im Dienste irgendeines Fermier oder Traitant. Die andern, die dazu zu arm seien, verließen beim Herannahen des Winters — in dieser Zeit bezogen die Soldaten ihre Quartiere — die Städte.¹⁰⁶

Auf Grund ihres Amtes nahmen die Beamten auch Rechte in Anspruch, die das Errichtungsedikt nicht gewährte. Schon 1691 sandte der Intendant von Tours eine Liste von neuen „Privilegierten“, die sich selbst vom ustensile¹⁰⁷ befreiten, obwohl das betreffende Edikt nur Befreiung von der Einquartierungspflicht ge-

104. ebd. No. 1432 (Mai 1695).

105. ebd. No. 1431 (Mai 1695).

106. ebd. Anmerkung.

107. Ustensile bedeutete die Unterhaltungspflicht der einquartierten Truppen, bzw. eine auf die Taille geschlagene Sondersteuer, ein accessoire, der diese Last repräsentierte.

währte.¹⁰⁸ Es handelte sich um Angehörige der verschiedensten Beamtenkörperschaften, Ausrufcr inbegriffen, insgesamt um 4275 Personen. Aus der Generalität Bordeaux wird von einem Einnchmer (receveur des consignations) berichtet, daß er sein Amt für 1500 l. gekauft habe und daraufhin Befreiung von der Taille und dem ustensile, die er bisher jährlich in Höhe von 400 l. bezahlt hatte, beanspruchte. Der Intendant befürchtete schon im November 1692, daß in einem Jahr nur noch die Ärmsten zur Bezahlung der Steuern übrig bleiben würden; derart stark nahm die Masse der Steuerfreien zu.¹⁰⁹ Erwirkten die Taillepflichtigen ein Urteil gegen sie, das die Steuerprivilegien einschränkte, so war die Nichtigkeits-erklärung durch den Intendanten fast sicher. Denn die Beamten mußten hinsichtlich der Steuer geschont werden, damit die Ämter nicht in zu großen Mißkredit kamen und ihre Inhaber für die oft stattfindenden Ablösungen und die Aufbringung der verordneten Taxen leistungskräftig blieben. Eine derartige Handlungsweise fand dann etwa folgende Rechtfertigung: „Ich spreche freilich gegen meine Empfindungen, ich weiß, daß eine Entlastung der Taillepflichtigen notwendig ist; in dieser Form würde sie aber den Angelegenheiten des Königs schaden und zu allgemein werden“.¹¹⁰

Ließen sich die Ämter nicht in der gewünschten Zeit absetzen, so fanden sich Mittel zur Beschleunigung des Absatzes, wie z. B. eine vom Intendanten der Provinz Flandern gegebene Anregung zeigt. Um die Ämter der vereidigten Brauer, die auf seinen Vorschlag hin errichtet worden waren — für den Erlös daraus hatte er mehr als eine Million in Aussicht gestellt —, schneller an den Mann zu bringen, schlug er folgendes vor: „Die Traitants brauchen Leute, die in die Städte gehen und sich den Anschein geben, als hätten sie bereits Käufer für die Ämter, oder die, falls sie tatsächlich keine finden, irgendeinen der ärmsten Brauer zum Brauen verpflichten und allen andern verbieten, ihr Gewerbe weiter zu betreiben. Das ist das sicherste Mittel, sie zum Kauf zu bestimmen“.¹¹¹ Dieser Kniff scheint in diesem Falle von Erfolg gewesen zu sein, denn im November konnte der Intendant mitteilen, daß die ur-

108. Boislisle, I, No. 1016.

109. ebd.

110. ebd. No. 1495 (Januar 1696), der Intendant der Bourgogne an den Contrôleur gén., der beistimmte.

111. ebd. No. 1225.

sprünglich angesetzte Vertragssumme bereits überstiegen sei und mit einem Gesamtergebnis von 2,4 Millionen gerechnet werden dürfe.¹¹²

Der von den Intendanten ausgeübte Druck ging meist auf die Anregung des Generalkontrollieurs zurück, dem am schnellen Eingehen der in Aussicht gestellten Beträge alles lag. Deshalb sparte er auch nicht mit Ratschlägen. So schrieb er nach Alençon,¹¹³ daß ein von verschiedenen Intendanten beim Verkauf von Ämtern angewandter Trick große Erfolge gebracht habe. Er bestand darin, daß der Intendant die Beamten der Elektionen in die Steuerrollen als leistungspflichtig für das ustensile eintrug (obgleich sie von dieser Last befreit waren), und nur diejenigen wieder strich, die eins von den angebotenen Ämtern erwarben.¹¹⁴ Wo es nicht schnell genug ging, drängte der Finanzminister, bat, „mit allen zur Verfügung stehenden vernünftigen Mitteln“ die Traitants und ihre Kommis zu unterstützen, damit sie den König bezahlen könnten.¹¹⁵ Und wenn die Sache gar zu langsam voranschritt, konnte es vorkommen, daß er riet, dem Traitant die Ergreifung von Zwangsmaßnahmen zu gestatten, „Exempel zu statuieren“, die die Säumigen mahnen und eine allgemeine psychologische Wirkung ausüben, nämlich einschüchtern würden.¹¹⁶

Die Zwangsmaßnahmen bestanden in Geldstrafen, Beschlagnahmen, Gefängnis und Garnisonen, d. h. Zwangseinquartierungen von Militär. Aber auch damit ließ sich der Zweck nicht erreichen. Schrieb doch der Intendant von Berry,¹¹⁷ gleichsam sich rechtfertigend: „Die Garnisonen, die tagtäglich verordnet und die gerichtlichen Verfolgungen, die jeden Tag angestrengt werden, machen der Bevölkerung die Notwendigkeit der Zahlungen deutlich. Ich muß sogar hinzufügen, daß der Kommis, der diese Angelegenheit in der Hand hat und selber daran interessiert ist, sie keines-

112. Die Mehrzahl der größeren Städte lösten diese Beamten ab, Tournai z. B. zahlte für 30 Ämter 132 000 l., Namur 36 000 l.

113. G⁷ 7 A l'intendant, 10 janvier 1696.

114. Es handelte sich um Gerichtsämter für die Gabelles, édit oct. 1694.

115. ebd. Lettre à l'intendant d'Auvergne, févr. 1696, und an den Intendanten von Bourges schrieb er im April: „Je vous prie de donner au commis du traitant tous les secours dont il aura besoin pour l'exécution de ce rôle“.

116. Boislisle, I, No. 1051.

117. April 1695.

wegs verschleppen läßt, vielmehr ihre Durchführung mit einer Energie betreibt, die sich ohne Gefahr nicht mehr steigern läßt“.¹¹⁸ Gelegentlich konnte der Intendant jedoch nicht umhin, seinem Schrecken über die immer wiederkehrenden Auflagen neuer Ämter Ausdruck zu geben.¹¹⁹ Denn es war allmählich unmöglich, sie alle abzusetzen. In vielen Fällen mußte der indirekte Weg beschritten werden. Er bestand darin, daß die Regierung den Beamtenkörperschaften, Zünften und Städten nahelegte, die Ämter in ihrer Gesamtheit zu übernehmen, zu inkorporieren. Als Gegengabe billigte sie ihnen Rechte und Gebühren zu, die ihnen die Beschaffung der zur Ablösung notwendigen Gelder ermöglichen sollten. „Diese Auswege müssen zuerst versucht werden, bevor man seine Zuflucht zu einer allgemeinen Umlage in Form einer Steuer nimmt, die an den Orten und in den Fällen, wo die ersten Mittel versagen, jedoch notwendig wird“.¹²⁰ Fehlbeträge, die bei Ämteroperationen entstanden, wurden also gedeckt durch zusätzliche Steuern, die die Taillepflichtigen der betreffenden Provinz zu tragen hatten. Dieses Verfahren fand als letztes Mittel häufig Anwendung. Als z. B. die

118. In einem Rapport über die Election Châteauroux (oct. 1695) heißt es: „L'on ne peut vous exprimer le désespoir des malheureux qui payent les arts et métiers; les diminutions qu'on leur offre ne les touchent point; l'on n'en tire rien qu'en mettant garnison chez eux et en emportant leurs meubles, en sorte que les frais iront à des sommes excessives . . .“

119. Der Intendant der Provence schrieb am 5. Oktober 1696 an den Contrôleur général: „Je vous avoue que j'ay esté effrayé en faisant icy la récapitulation des nouvelles affaires dont vous m'avez fait l'honneur de me parler ou de m'écrire en dernier lieu, et de celles dont MM. les intendants des finances m'ont parlé par vostre ordre qu'on prétend faire tomber sur les communautés (des arts et métiers) de Provence; car j'ay trouvé qu'elles se montent toutes à plus de 2 000 000 l. savoir: celle de la suppression des offices des mouleurs de bois à 222 000 l., celle des experts jurés à environ 150 000 l., celle de la réunion des nouveaux offices de jaugeurs aux offices de courtiers cy-devant acquis par les communautés, 250 000 l., l'aliénation des 10 sols d'augmentation sur chacun minot de sel, à plus de 360 000 l., le rachat des 35 000 l. de rente dues au domaine du Roy, à 577 500 l., la nouvelle création d'auditeurs des comptes des communautés, à 5 à 600 000 l., et enfin la suppression des offices de contrôleurs des communautés aux saisies réelles, à 25 000 l.“ Boislisle, I, No. 1564.

120. G⁷ 7 Lettre du Contrôleur général à l'intendant de Bourges, 25 mai 1695.

Inkorporierung der certificateurs des criés (gerichtliche Ausrufer der Zwangsversteigerungen und dgl.) in die Korporation der Prokuratoren in der Generalität Bordeaux nicht vollständig gelang, schrieb der Finanzminister an den dortigen Intendanten: „Um diese Angelegenheit in Ihrer Generalität zu Ende zu bringen, müssen Sie sich entschließen, das zu tun, was gegenwärtig in andern Generalitäten gemacht wird, nämlich möglichst bald auf beste Weise die Umlegung der auf Ihr Département entfallenden Summe von 60 000 l. regeln. In anderen Provinzen ist sie verhältnismäßig viel höher“.¹²¹

Den Maßnahmen des Fiskus entsprechend scheint auch der Widerstand gewesen zu sein, auf den mancherorts die Durchführung der außerordentlichen Finanzedikte stieß. In Limoges sollten verschiedene Prokuratoren die Taxe für eine Inkorporierung bezahlen; sie zogen es jedoch vor, ihre Häuser zu räumen und sie den Soldaten zu überlassen, die ihnen als Garnison hineingelegt worden waren. Der Intendant wußte nichts Besseres zu tun, als über die Widerspenstigen die Verbannung zu verhängen, um die andern gefügig zu machen.¹²²

Gelegentlich machte sich die durch die Ämteredikte und Zwangsmaßnahmen hervorgerufene Erbitterung in förmlichen Aufständen Luft. Als z. B. die Regierung im Januar 1690 in den Provinzen Leichenbitter einsetzte, deren Aufgabe es war, die Begräbnisfeierlichkeiten bekannt zu machen und die Besorgung des Leichenschmucks zu übernehmen, führte dies zu Unruhen. In Dijon verursachte die Einführung dieser Beamten, die ihr Amt in öffentlicher Versteigerung für 6000 l. erstanden hatten, eine Menschenansammlung, die eine drohende Haltung annahm.¹²³ Schlimmeres trug sich in Aix zu, wo die Kommis des Traitant vor der Wut der Bevölkerung geschützt werden mußten. Einer von ihnen geriet sogar in Lebensgefahr. Ein Volkshaufe erstürmte sein Haus unter den Rufen: „Tötet, tötet diesen Schuft von Totenpartisan“, richtete Verwüstungen an, und er selbst wäre wohl „in Stücke zerrissen worden“, hätte er sich nicht über das Dach eines andern Hauses in

121. Boislisle, I, No. 1536, Mai 1696.

122. ebd., note.

123. G. Roupnel, Les populations de la ville et de la campagne Dijonaises au 17^e siècle. Paris 1922, p. 127, note 1.

Sicherheit gebracht.¹²⁴ Ausschreitungen des Volkes fanden beim Verkauf ähnlicher Ämter¹²⁵ in Toulouse statt, wo die Ausschreier von Lebensmitteln auch von den Waren Taxen verlangten, die der Bekanntmachungspflicht nicht unterlagen. Einer der Kommis des Traitant wurde mißhandelt.¹²⁶ Ähnliches wird aus Alençon berichtet. Obwohl auch dort das ungebührliche Verhalten der Leute des Traitant zu den Vorfällen Anlaß gab und der Intendant eine Strafe gegen jenen beantragte, befahl der Finanzminister, die Sache auf sich beruhen zu lassen und dem Traitant bei der Ausführung seiner Verträge Beistand zu leisten.

Wie sehr von der Möglichkeit, Ämter zu erwerben, Gebrauch gemacht wurde, ist aus einer Studie über Dijon und seine Umgebung ersichtlich.¹²⁷ Ende des 17. Jahrhunderts zählte diese Stadt ungefähr 22 000 Einwohner. Unter ihnen befanden sich, das Parlament eingerechnet, 993 Personen, die irgendwelche öffentlichen und militärische Funktionen ausübten und als Beamte galten. Neben ihnen gab es noch eine Menge Direktoren, Steuereinnahmer, Kontrolleure, Kommis der Fermes, Gabelles, Traités, Domäne usw.; ihre Zahl läßt sich nicht genau feststellen, da sie in den Registern nur sumamrisch genannt sind; sie darf aber auf über 200 geschätzt werden. Mit ihren Familien und dem Dienstpersonal bildeten somit die Beamten in dieser Stadt eine Gruppe von 6 bis 8000 Menschen; über ein Drittel der Einwohner lebten also von den Ämtern. Der Klerus bildete mit seinen 889 Priestern, Mönchen und Nonnen ein weiteres Corps der Privilegierten. Um deren Zahl voll zu machen, müssen noch hinzugerechnet werden 500 in der Garnison diensttuende Offiziere und 100 in der Stadt wohnende Edelleute, so daß der „privilegierten“ Schicht nahezu 10 000 Einwohner angehörten, d. i. mindestens zwei Fünftel der Gesamteinwohnerschaft.¹²⁸ Freilich stellte diese Schicht keine innere Einheit dar; eine Rangstufe sah auf die andere mit derselben Verachtung herab, wie sie alle den gemeinen Mann, den Taillepflichtigen, verachteten. Gemeinsam war ihnen nur dies, daß sie keine oder nur wenig Steuern be-

124. Boislisle, I, No. 1471.

125. von jurés crieurs public.

126. ebd. No. 955.

127. Roupnel, a. a. O.

128. ebd. p. 108 f. und 130.

zahlten und vom größten Teil der örtlichen Lasten befreit waren. Um dieser Vorteile willen hatte der Erwerb der Ämter in den meisten Fällen stattgefunden, und man scheute sich auch gar nicht, dies offen einzugestehen.

Die Zahl der „Privilegierten“ wäre zweifellos noch weit höher gestiegen, wenn Ludwig XIV. es fertig gebracht hätte, alle von ihm während des Pfälzischen Erbschaftskrieges ausgeschriebenen Ämter an den Mann zu bringen. Aber der Druck, den er auf den Markt ausübte, die Zwangsmaßnahmen und Inkorporierungen, die er verordnen mußte, um die durch die *affaires extraordinaires* errechneten Summen hereinzubringen, beweisen, daß die Grundvoraussetzung des Ämterhandels nicht mehr bestand: Gott war es bereits müde geworden, so viele Dumme zu erschaffen, wie der König Ämter errichtete.

Der 1697 zu Rijswijk geschlossenen Friede brachte Frankreich eine merkliche Entlastung seines Etats, was sich auch auf die *affaires extraordinaires* auswirkte. Diese ließen in den folgenden Jahren etwas nach, ja die Regierung konnte sogar mehrere Aufhebungsdekrete erlassen und früher gewährte Privilegien und Befreiungen von der Taille rückgängig machen. Sie belegte sogar die *Traitants* mit einer Taxe von 24 Millionen¹²⁹ für die großen Gewinne, die ihnen ihre Unternehmungen gebracht hatten. Bezahlt wurden die Millionen allerdings nicht,¹³⁰ denn vorläufig mußten deren Besitzer geschont werden, da der Staat ihre Hilfe noch nicht entbehren konnte.^{130a}

*

129. s. Forbonnais, t. 2, p. 122.

130. s. *Mémoire de Chamillart au Roi sur l'état des finances*, (Nov.), in *Boisliste*, II, app. 3.

130a. Ein Libellist mißbilligte in einer Schrift „*Les Partisans démasqués*“ dieses Strafverfahren. Er urteilte folgendermaßen: „Wenn ich in dieser Sache das Wort gehabt hätte, dann hätte ich damit angefangen, zehn oder zwölf der schuldigen Hauptfermiers und *Traitants généraux* zu köpfen, denn es sind königliche Sekretäre, und diesem berühmten Corps sollte man eine besondere Ehre erweisen“. Hundert weitere Hauptschuldige hätte er dem gerechten Zorn des Volkes geopfert, — „es wäre keiner davongekommen“. Zehn wollte er auf „den Hauptplätzen in Paris aufhängen lassen und je vier in den Generalitäten“, hundert der zweiten Klasse lebenslänglich auf die Galeere schicken und die übrigen mitsamt ihren Commis einsperren lassen. „Denn die Taxen,

Als Chamillart im Herbst 1699 Pontchartrain im Amte des Generalkontrolleurs ablöste, wartete seiner eine schwere Aufgabe. Die Unordnung in der Finanzverwaltung war groß, das Defizit bedängstigend. Zur Deckung der Fehlbeträge mußte er alsbald einige größere Ämteredikte erlassen, die u. a. (im Oktober und November 1699) in allen Städten, „soweit Bedürfnis vorhanden sein sollte“, Polizeileutnants, Prokuratoren, Schreiber und Kommissare einsetzten,¹³¹ eine Operation, die acht Millionen erbringen sollte. Im Dezember erhielten alle Gerichtshöfe Hauptschreiber (*greffiers en chef*), was zu einem Abschluß in Höhe von 2 670 000 l. führte.^{131a} Ordnung im Staate zu schaffen, hätte der Arbeit vieler Jahre und des Reformgeistes eines Colbert bedurft. Aber viele Friedensjahre waren der Regierung nicht beschert. Ein neuer Krieg, der Spanische Erbfolgekrieg, brach aus und legte dem bereits tief erschöpften Volke neue schwere Prüfungen auf.

Zur Bestreitung der Kriegskosten schien sich dem Finanzminister keine andere Möglichkeit zu bieten als die Anwendung der alten Mittel. Als Desmaretz 1708 das Amt des Generalkontrolleurs übernahm, faßte er sein Urteil über die Tätigkeit seines Vorgängers in folgende Worte zusammen: „Die gangbarsten Mittel

die sie bezahlen sollen, hindern sie nicht, die schönsten Lehen und Ländereien zu besitzen, in der Kutsche zu fahren und den Titel Marquis oder Graf zu führen.“ Daß diese Entrüstung nicht ganz unangebracht war, erfahren wir auch aus den *Annales de la Cour et de Paris* (T. 2, p. 190, éd. 1711): „Der Krieg hatte eine Unmenge Leute auf den Plan gerufen, die sich darauf verlegten, Geschäfte zu machen, mit denen sie so viel gewannen, wie sie wollten. Leichter als sie das Geld erwarben, gaben sie es wieder aus. Die meisten von ihnen stellten ihrer Maitresse eine Kutsche zur Verfügung . . . Die Zahl der Kutschen hatte seit sieben oder acht Jahren um mehr als 2000 zugenommen. Der Krieg machte zwar viele Leute arm, aber die Verarmten mußte man auf dem Lande suchen. Paris dagegen war nie reicher und prächtiger gewesen, und mehr als 160 Millionen kamen in Umlauf, die allein aus den durch den Krieg verursachten Abschlüssen gewonnen wurden; diejenigen nicht gerechnet, die auf alle möglichen Arten verdienten. Denn während die einen große Gewinne mit den Partisans erzielten, indem sie ihnen Geld zu hohen Zinsen liehen, spekulierten die andern mit Lieferungen oder sonstigen Unternehmungen“.

131. Einen Einblick in den Vertrieb dieser Ämter und ihre Geschichte gibt J. Ricommand, *La lieutenance générale de Police à Troyes au XVIII^e siècle*. Troyes 1934.

131^a. s. G⁷ 1494 (A. N.).

waren nach seiner Ansicht, den Zinsfuß der Renten vom denier 18 auf den denier 20 (5%) herabzusetzen, neue aufzunehmen, die finances der errichteten Charges zu erhöhen, ihre Zahl in den Bureaux des finances, Elektionen und Präsidialhöfen zu steigern, neue Ämter und Taxen aufzulegen, mit der Untersuchung der Adelstitel fortzufahren,¹³² neue Adelsbriefe zu erlassen, den cours souverains und trésoriers de France je zwei Befreiungen von den Dienstvorschriften (in bezug auf die Erlangung des Adelstitels) zu gewähren,¹³³ die Finanzintendanten zu vermehren, neue Ämter in der Justiz-, Steuer- und Finanzverwaltung zu schaffen, Alternatifs und Triennals einzusetzen, die erblich errichteten Ämter neu beständigen zu lassen“ etc. etc.¹³⁴

Diese Zusammenfassung deckte sich mit der Wirklichkeit. Bereits im Jahre 1701 verzeichneten die Parties casuelles wieder eine Einnahme von über 32 Millionen.¹³⁵ Die Inhaber erblicher oder à survivance errichteter Ämter mußten allein für die Bestätigung ihrer Erblichkeit 4,2 Millionen bezahlen.¹³⁶ Diesen Abschluß erhielt derselbe Traitant, der 1699 den Vertrieb der Polizeiamter für acht Millionen übernommen hatte, dabei aber angeblich nicht auf seine Kosten gekommen war.¹³⁷ Den Beamten der Maréchaussée kostete die zwangsweise Verleihung der Erblichkeit ihrer Ämter und die Bestätigung ihrer Privilegien eine Million,¹³⁸ die der Elektionen zahlten als Zusatz zu ihrer finance auf Grund einer Attribution 1,4 Millionen. Keine Körperschaft blieb verschont; stets fand sich ein Vorwand für eine Erpressung. Eine weitere Bestätigung ihrer Privilegien, Befreiung von der Taille und andern öffentlichen Lasten erlangten die Beamten der Präsidialhöfe, Bailliages, Sénéchaussées und greniers à sel gegen Zahlung der „zu diesem Zweck im Conseil festgesetzten Summe“.¹³⁹ Schon

132. s. u. S. 211 ff.

133. Zum Zwecke der schnelleren Erlangung des übertragbaren Adels.

134. Mémoire de Desmaretz au Roi (1715), vgl. Forbonnais, t. 2, p. 274 bis 284.

135. G⁷ 1324, Estats des revenus casuels gibt 32 192 201 l., ms. fr. 7734 dagegen nur 28,4 Millionen. Richtig ist unstreitbar erstere Ziffer, nur umfaßt sie auch die ordentlichen Einnahmen der Parties casuelles.

136. ms. fr. 11 104, 2^{me} partie, p. 3.

137. Résultat du 30 août 1701 (G⁷ 1496).

138. Résultat, nov. 1701 (édit nov.).

139. Edit mai 1702.

1689 hatten sie diese Privilegien erneut erlangt, 1696 mußten sie eine weitere Bestätigung hinnehmen und jetzt eine dritte. Eine Neuerrichtung von Ämtern folgt auf die andere. In den Gemeinden und Städten wurden Stellvertreter (*lieutenants*) für den Maire und Beisitzer eingesetzt.¹⁴⁰ Die Zahl letzterer sollte sich nach dem Bedürfnis richten, d. h. das Angebot hing ab von der Nachfrage; der Vertrag lautete auf 6 650 000 l.; ein solcher über die Einsetzung von Kontrolleuren (*contrôleurs audienciers*) und Sekretären in den Kanzleien der Parlamente und Präsidialhöfe auf 2,5 Millionen.¹⁴¹ Ämter für Oberinspektoren (*conseillers vérificateurs généraux et particuliers*) der Taillerollen sowie Ämter in den *greniers à sel* der Gabelle de France ergaben einen Abschluß von fünf Millionen.¹⁴² Aus der Einsetzung eines zweiten Präsidenten in den Elektionen wurde 1,2 Millionen erhofft.¹⁴³ Die Parlamente, *Chambres des comptes* und *Cours des aides* der Provinzen erhielten je zwei Chevaliers,¹⁴⁴ die *Bailliages* und andere höhere Gerichtssitze je einen Oberrichter für die Ehrengerichte (*lieutenant général d'épée*).¹⁴⁵

Von der Emsigkeit und Findigkeit des Finanzministers vermögen die bisher angeführten Edikte und Verträge nur ein unvollkommenes Bild zu geben. Ein den Verhältnissen entsprechender Begriff ergibt sich erst durch Betrachtung der innerhalb eines Jahres abgeschlossenen Verträge und erlassenen Edikte. Es sei deshalb verwiesen auf die Ergebnisse des Jahres 1704, das in dieser Hinsicht zweifellos als das ergiebigste der Zeit des Spanischen Erbfolgekriegs anzusehen ist.¹⁴⁶

Um Vorwände war die Regierung bei diesen Ämtererrichtungen nie verlegen. Nicht selten führte sie als einzige Begründung die dringenden Geldbedürfnisse an, wie z. B. bei der Schaffung hoher Ämter an der *Cour des aides* in Paris:¹⁴⁷ „Die durch den Krieg be-

140. s. édits nov. 1701 und mai 1702.

141. Edit oct. 1701.

142. Résultat, mai 1702, ms. fr. 11 104, 2^{me} partie, p. 10.

143. Edit mai 1702.

144. Edit juillet 1702.

145. Edit oct. 1703.

146. s. Exkurs No. 3 (Anhang).

147. Edit nov.

dingte Häufung der notwendigen und unumgänglichen Ausgaben nötigt Uns, Zuflucht zu nehmen zu verschiedenen Auswegen, die Wir für die Beschaffung der Mittel, deren Wir bedürfen, als die geeignetsten ansehen. Neben dem, was Wir bis jetzt unternehmen mußten, gibt es nichts, das mehr Erfolg gehabt hätte und weniger zu Lasten der Untertanen gegangen wäre als die Errichtung von Beamtenstellen und Vermehrung der Körperschaften Aus diesen und andern Gründen de l'avis de nostre Conseil et de nostre certaine science, pleine puissance et autorité royale. Nous avons par le présent édit perpétuel et irrévocable, créé et érigé et établie, créons et établissons“¹⁴⁸

Mindestens 70 Ämterverträge kamen in diesem Jahre mit den Traitants zum Abschluß; ihre Gesamtsumme beläuft sich auf mindestens 84 Millionen. Von den Zahlungsklauseln abgesehen geschah die Übernahme bedingungslos. Dafür, daß der König die vertraglich festgelegte Summe bekam, überließ er jeweils den Traitants die ganze ediktierte Ämterserie. Diese mußten sehen, wie sie sie absetzten. In vielen Fällen ließen sie sich eine Blankovollmacht erteilen. Auch ward ihnen in den meisten Verträgen ausdrücklich zugesichert, daß sie mit der vorläufigen Ausübung der Ämter die Personen betrauen dürften, die ihnen paßten — „comme bon lui semblera“ —, sie erwarben auch alle die mit den Ämtern verbundenen Gagen, Rechte und Attributionen, „ohne verpflichtet zu sein, Rechenschaft darüber abzulegen“, sie brauchten „weder über die zwei sous pro livre noch über die Ausführung des Vertrages den Chambres de comptes oder sonstwo Rede zu stehen“, sondern waren nur dem Conseil für die Vertragssumme verantwortlich. Die zwei sous pro livre standen ihnen neben der remise von $\frac{1}{6}$ in den meisten Fällen zu.¹⁴⁹

Die ohne Verträge zustandegekommenen affaires extra-

148. Das war die traditionelle Formel aller dieser Edikte. In der Präambel heißt es weiter: „Nous voyons avec plaisir le succès de celles que nous venons de faire dans Nos Parlements et Chambres de comptes et le zèle avec lequel les officiers de Nostre cour de Parlement et de Nostre Chambre des comptes de Paris, se sont portés à faciliter le débit des nouvelles charges, Nous donne lieu d'espérer que ceux de la Cour des aides suivront sans peine leur exemple à ces causes de l'avis de nostre Conseil“

149. vgl. o. No. 40.

ordinaires des Jahres 1704 umfassen mindestens 14 278 000 l.¹⁵⁰ Daraus folgt, daß in diesem Jahre der König für nahezu hundert Millionen Ämter zum Verkauf anbot.¹⁵¹ Im Etat dieses Jahres stehen als Gesamteinnahmen der Parties casuelles jedoch nur 69 057 000 l. verzeichnet.¹⁵² Diese Abweichung hat verschiedene Ursachen: schlechte Trennung der Fonds, Unübersichtlichkeit in der Finanzverwaltung,¹⁵³ Vorschüsse der Finanziers, die die Regierung häufig mit der Ausbeutung von affaires extraordinaires entschädigte, non-valeurs, d. h. die Nichterfüllbarkeit mancher Verträge, wobei dann der nicht auftreibbare Teil einer Vertragssumme entweder fallen gelassen oder auf die Steuern geschlagen wurde und somit unmittelbar in den Tresor, anstatt in die Kasse der Parties casuelles floß. Teilweise geschah dies auch bei den Inkorporierungen, sofern sie nicht zwischen den Körperschaften und den Traitants zustande kamen, sondern zwischen ersteren und der Regierung. Dies geschah sogar sehr häufig, denn in den meisten Fällen erfolgte die Errichtung von Ämtern mit dem Hintergedanken, sie von den Körperschaften, die sie betrafen, ablösen zu lassen. Einige Beispiele mögen dies veranschaulichen.

Die durch Edikt vom Februar 1704 in Paris geschaffenen Ämter für Holzversorgung ließ der König schnell durch die Pariser Holzhändler ablösen, als diese ihm, wie vorausszusehen war, darlegten, daß die Versorgung seiner Hauptstadt mit Holz nichts zu wünschen übrig lasse und die Zahl der Beamten „mehr als genügend sei“. Die Ablösungssumme betrug 1,6 Millionen. Nicht anders lag der Fall bei den 52 Eichmeistern für Weinfässer. Die bereits Vorhandenen versicherten, daß ihre Zahl „mehr als genügend“ sei, und erlangten daraufhin die Ablösung der neuen Ämter für

150. s. Forbonnais, t. 2, p. 149 (année 1704), es sind dort aber bei weitem nicht alle Posten inbegriffen.

151. Wir sehen hierbei fast ganz ab von den Edikten, für die wir die Vertragsabschlüsse nicht zur Hand hatten. 10 Millionen für sie einzusetzen, wäre eine sehr mäßige Schätzung.

152. ms. fr. 7734, ms. fr. 7752, und Forbonnais, t. 2, p. 149 ff.

153. Diese zeigt sich auch in den Widersprüchen der von den verschiedenen Finanzministern angefertigten Gesamtaufstellungen, die keine einheitlichen Ziffern aufweisen, manchmal sogar sehr auseinandergehen, und in den Denkschriften hoher Finanzbeamter, die die Unmöglichkeit genauer Zifferangaben ausdrücklich betonen.

690 000 l.¹⁵⁴ Einen Betrag von 660 000 l. bezahlten die Heuhändler für die Inkorporierung der 32 neuen Verkäufer.¹⁵⁵ Die für Lyon vorgesehenen Stellen für Wäger und Träger von Kohlen wurden der betreffenden Zunft für 388 000 l. verkauft bzw. inkorporiert,¹⁵⁶ so auch die durch Edikt vom Juli in Paris errichteten 30 Schiedsrichterposten der vereidigten Ausrufer für 66 000 l.,¹⁵⁷ die Stellen für Kommissare und Syndizi bei den Fischverkäufern für 850 000 l.,¹⁵⁸ die den Weineichnern oktroyierten 4 Syndikstellen für 120 000 l.¹⁵⁹ Für die Ablösung der gleichen Ämter zahlten die Weinverkäufer 60 000 l.,¹⁶⁰ die Abmesser und Beschauer von Leinenstoffen 54 000 l.,¹⁶¹ die Nachtwächter 49 000 l., die Wäger und Kontrolleure von Kohle 66 000 l., die Holzlader 120 000 l., ebensoviel die Holzbinder¹⁶² und so noch eine ganze Menge anderer. Die Zünfte der Stadt Paris lieferten auf diese Weise ungeheure Summen an den König. Achtzehn von ihnen zahlten z. B. 1707/08 als Ablösung für 330 Ämter 5 517 581 l.¹⁶³ Doch konnten sie bei weitem nicht alle Ämtererrichtungen, die sich in kurzen Zeitabständen wiederholten, ablösen; viele Stellen erhielten dauernde Liebhaber. Allein aus der Stadt Paris zog der König von 1689 bis 1715 mittels Ämterauflagen im Versorgungs- und Polizeiwesen (in der Hauptsache die Zünfte betreffend) 77 479 526 l.; die Ämter wurden von 2461 Personen erworben.¹⁶⁴ Daher die ungemein starke Verteuerung aller Verbrauchsgegenstände; denn mit jedem

154. plus 68 000 l. (2 sous pro livre!). Die Inkorporierung erfolgte durch Deklarat. v. 8. Juli.

155. Edit oct. 1704.

156. Edit février 1705.

157. Edit févr. 1705.

158. plus 80 000 l. (2 sous pro liv.), eingesetzt Aug. 1704, inkorporiert durch édit mars 1705; 1702 hatte die gleiche Zunft für eine ähnliche Reunion 600 000 l. bezahlt; s. Décl. 8 juillet 1702.

159. Edit nov., Déclar. mars 1705.

160. Déclar. 24 mars, 26 mai 1705.

161. Die Folgenden gehen auf Deklarationen v. 11. Aug. 1704 zurück.

162. Im Laufe dieses und der folgenden Jahre.

163. G⁷ 1546, Bordereau, ville de Paris, 17 avril 1708, z. B. La communauté des commissaires, contrôleurs jurés mouleurs de bois à brûler pour l'union de 40 pareils offices: 1 023 272 l., les contrôleurs des quantités du bois pour l'union de 8 pareils offices 187 860 l., und ähnlich die andern.

164. ms. fr. 11 152, Mémoires sur les finances présentés au Régent, fol. 52.

neuen Amt kam eine neue Abgabe auf, und jeder Erwerber eines solchen wollte sein angelegtes Kapital wieder herauswirtschaften.

Selbst wenn eine Ablösung der Ämter stattfand, blieben die mit ihnen verbundenen Rechte erhalten; sie dienten dann der in Frage kommenden Korporation als Entschädigung für die aufgebraachte Geldsumme. Selbstverständlich bedeuteten sie keine vollwertige Entschädigung, wie die Tatsache zeigt, daß die einst so reichen Zünfte in den letzten Jahren der Regierung Ludwigs XIV. tief in Schulden gerieten; diese betrugen rund 55 Millionen¹⁶⁵ und rührten größtenteils her von aufgezwungenen Ablösungen. Deren Praxis zeigten obige Beispiele. Wie unbedenklich die Regierung in der Wahl ihrer Mittel war, soll nun noch an einem besonderen Fall dargelegt werden.

Durch Edikte vom Mai und August 1690, Mai und Juli 1703 und Juli 1704 hatte sie in Paris die Ämter von insgesamt 120 Verladern von Wein und andern Getränken errichtet. Ein Edikt vom Januar 1705 hob alle diese Ämter auf unter dem Vorwand, daß sie mit Leuten ohne Erfahrung in diesem Geschäft besetzt seien, die überdies noch andere Ämter besäßen. Um den daraus entstehenden Übelständen abzuhelpen, hob ein Dekret die Ämter auf, stellte den Inhabern eine Entschädigung in Aussicht und — errichtete gleichzeitig diese Ämter von neuem. Sie konnten von beliebigen Personen erworben werden, eine Person konnte sogar mehrere erwerben, und die Privilegien waren dieselben wie vorher: Befreiung von der Einquartierungspflicht, von der curatelle, tutelle und andern öffentlichen Lasten, auch durfte die Quote der Taille und Capitation für sie nicht erhöht werden. Der Zweck des Ganzen war also, die Inhaber dieser Ämter zu zwingen, das Gekaufte nochmals zu kaufen. Für ähnliche Fälle könnten noch zahlreiche Beispiele angeführt werden; oft hob die Regierung Ämter serienweise auf, um angeblich irgendeinen Mißstand zu beseitigen, ließ sie aber in demselben Edikt in etwas anderer Form neu erstehen. Da ihre Inhaber genau wußten, daß die Regierung nicht in der Lage war, eine Entschädigung zu zahlen, blieb ihnen nichts anderes übrig, als das Amt ein weiteres Mal zu kaufen. Abgesetzte Beamte aus Marseille schrieben einmal an den Generalkontrolleur, daß es keine unglücklicheren

165. Forbonnais, t. 2, p. 382.

Menschen gebe als sie, denn „nun haben wir weder Amt noch Entschädigung“.¹⁶⁶

Den Zünften der Provinz erging es wie denen von Paris. Auch sie mußten Inkorporierungen über sich ergehen lassen. Die für die Tuchmanufakturen errichteten Inspektoren- und Kontrolleurstellen wurden zwangsweise einverleibt,¹⁶⁷ ebenso die allen Zünften verordneten Stellen von Schreibern für die Einregistrierung der Brevets der Lehrlinge, immer gegen Zahlung der Summen, die zu diesem Zweck im Conseil festgesetzt wurden,¹⁶⁸ weiterhin die Stellen für Schatzmeister in den Fabriken und „Bruderschaften“, die zu Beginn des Jahres 1705 noch nicht verkauft waren.¹⁶⁹ Die durch Edikt vom Dezember geschaffenen Stellen für Hilfsbeamte der Gerichtsdieners (commissaires huissiers) wurden der Körperschaft der Gerichtsdieners der Parlamente und Chambres des comptes einverleibt, wiederum gegen Entrichtung der „Summen, die für die finance jener Ämter festzusetzen Uns belieben wird, und gegen Gewährung von Rechten, mittels der sie instand gesetzt werden, die Beträge aufzunehmen (durch Anleihen), die sie zum Zwecke der Ablösung bezahlen müssen“.¹⁷⁰

Auch die 40 neuen Ämter für königliche Sekretäre waren bald untergebracht. Das „Kollegium der 300“ löste sie ab zum vollen Preis, obgleich diese Körperschaft in den Jahren 1701 und 1703 dem König dieselben Summen, nämlich je 2,4 Millionen bezahlt hatte, teils für Ablösung neuer Ämter, teils für augmentations de gages.¹⁷¹ Die Übernahme der in den Bureaux des finances errich-

166. G⁷ 1563 (Arch. nat.).

167. Arrêt du Conseil, 10 févr. 1705. Aufschlußreich ist ein Brief des Contrôleur général vom Okt. 1704 an die Intendants, in dem er sie zur Betreibung der Ablösung aufforderte: „Les députés du Commerce ont fait depuis de vives représentations sur les inconvénients qui pourroient arriver de l'exécution de cet édit, et sur leurs remontrances, S.M. a préféré au produit de la vente de tous ces offices qui auroit pu se monter à plus de trois millions (in Wirklichkeit lautete der Vertrag nur auf 1,2 Millionen) de prendre du commerce une somme certaine de 1 200 000 l. que les députés ont fait entendre que les corps des marchands des principales villes pourroient fournir pour aider S.M. dans ses pressants besoins d'affaires“. (G⁷ 9.)

168. Déclar. v. mai 1705.

169. Arrêt, 24. jan. 1705.

170. Edikt févr. 1705.

171. G⁷ 1536, auch 1706 erfolgte eine Zahlung von 2,4 Mill., 1707 weitere

teten Präsidentenstellen durch die Körperschaft der trésoriers de France mußte ebenfalls verfügt werden. Ein Fehlschlag war auch die Errichtung einer Cour des Monnaies in Lyon. Nach diesen Ämtern herrschte keine große Nachfrage, und der Generalkontrollleur konnte nicht umhin, dem dortigen Stadtvogt gegenüber seiner Verwunderung Ausdruck zu geben: „Ich kann nicht glauben, daß Ihr Einfluß und das Vertrauen, dessen Sie sich in Lyon erfreuen, so sehr erschöpft sind, daß es Ihnen unmöglich ist, den Verkauf dieser Ämter zu bewerkstelligen und mit Erfolg an der Bildung jener Körperschaft zu arbeiten“. Er bittet um Vorschläge zur Durchführung der Aktion und schließt: „Wenn diese Einrichtung nicht auf einfachem und natürlichem Wege geschehen kann, wird es darauf ankommen, andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, wie z. B. die zwangsweise Inkorporierung in den Präsidialhof“. ¹⁷² Einige Monate später erfolgte tatsächlich diese Zwangsmaßnahme. ¹⁷³

Wie sehr dererlei Errichtungen darauf hinausliefen, die hohen Körperschaften zu erpressen, zeigt sehr deutlich ein Schreiben des Finanzministers an das Parlament in Toulouse. Er gibt darin seiner Verstimmung Ausdruck, indem er den dortigen Magistraten vorhält, man hätte hoffen dürfen, daß die Einsetzung einer Forstkammer in Toulouse sie veranlassen würde, Ablösungsvorschläge zu machen, um diese Einrichtung zu verhindern, „die Eurer Körperschaft nur nachteilig sein könnte“. Obwohl aus verschiedenen Denkschriften hervorgehe, daß der König aus der Errichtung eine „beträchtliche Geldsumme“ ziehen könne, werde sie sich doch umgehen lassen, wenn das Parlament, „ohne Zeit zu verlieren“, „vernünftige Vorschläge“ für die Ablösung mache. Und er ermahnt es, „nicht unter den letzten zu sein, die ihren Eifer beweisen, S. Majestät die Unter-

2 Millionen, die durch eine Anleihe aufgebracht wurden. Einer Vermehrung um 40 secrétaires konnte das Corps der 300 schließlich doch nicht umgehen. Dieses Schicksal ereilte alle Körperschaften ohne Ausnahme. So zahlte die Chambre des Comptes von Paris dem König von 1701—1708 als Folge von créations, augmentations de gages etc. 5 797 991 l., für das Annuel und die Capitation 1 392 000 l., für die Ablösung von zwei Ämtern im Jahre 1709 weitere 650 000 l. (Boislisle, Chambre des Comptes, pièces justific. No. 698.)

172. G⁷ 9, Lettre du Cont. gén. à Mr. de Montezan, 30 déc. 1704.

173. Edit avril 1705.

stützung zuteil werden zu lassen, deren sie unter den gegenwärtigen Umständen bedarf“.^{173a}

Viele Ämteredikte kamen zustande auf Anregung der Traitants. Über die Nachfrage auf dem Ämtermarkt stets unterrichtet, wußten sie genau, welche Ämter mit Aussicht auf Erfolg ausgeschrieben werden konnten bzw. welche Korporationen noch zahlungskräftig waren. In zahlreichen Fällen boten sie dem König im voraus eine feste Summe für ein Unternehmen, und wenn diesem die Sache einträglich genug erschien, erließ er das entsprechende Edikt. So wurden also die Ämter vielfach vor ihrer Errichtung verkauft. Die Findigkeit der Traitants war fast unerschöpflich. Niemanden und nichts verschonten sie mit ihren Plänen und Unternehmungen, selbst nicht die ältesten Ämter, die sie der mancherlei Attributionen wegen „aufteilen“ ließen. „Fand sich ein Amt, mit dem drei oder vier Ehrenprivilegien oder Nutzungsrechte verbunden waren, so machten sie nacheinander aus ihm ebensoviele verschiedene und voneinander getrennte corps d'office, wobei sie dem Inhaber die Möglichkeit ließen, sie gegen eine bestimmte Summe wieder an sich zu bringen. Der Beamte erwarb so sein eigenes Gut und brachte die auf seine Kosten geschaffene Charge an sich. Bald darauf erschien ein zweites Errichtungsedikt. Der Beamte geriet in Verzweiflung, erhob Vorstellungen, — vergebens. So zahlte er von neuem, um die Zerstücklung seines Amts zu verhindern. Einige Zeit später erschien ein neues Errichtungsedikt; diesmal fand er keinen Gläubiger mehr, der ihm etwas lieb, und ein anderer erwarb nun den schönsten Teil

173^a. Das Schreiben des Finanzministers ist datiert vom 5. Juli 1704. Es heißt da u. a. noch: „Vous pouvez d'autant moins vous dispenser d'entrer dans ce parti, que presque tous les autres parlements du royaume qui n'ont pas plus d'intérêt que vous n'ont pas laissé d'y entrer; celui de Paris a consenti à l'augmentation de sept présidents et quinze conseillers qui ont produit à S. Majesté une somme plus considérable que la finance qu'elle aurait tirée des offices de la nouvelle chambre, celui de Rouen a demandé l'union aux requêtes du Palais avec une crue d'officiers, celui de Rennes fait aussi de propositions, celui de Bordeaux consent au rétablissement de la Table de marbre, et à une crue de nouveaux présidents et conseillers à l'instar de Paris, celui de Franche-Comté consent la création d'une chambre de requêtes du Palais qu'on aurait proposée depuis longtemps d'y établir, à laquelle on réunira la juridiction des Eaux et Forêts, et l'on attend incessamment des propositions des autres Parlements ...“

seines Amtes. Der Beamte und seine Familie waren damit ruiniert.“¹⁷⁴

Von diesem Schicksal blieben selbst Präsidenten der Präsidialhöfe nicht verschont, wie ein Fall in Laon zeigt. Hier mußte 1708 der Präsident auf Grund verschiedener Attributionen eine augmentation de gages nehmen, für die er 12 000 l. zahlen sollte. Als er nach fünf Jahren noch im Rückstand war, drohte der Intendant, an ihm ein Exempel für die ganze Provinz zu statuieren. Nun wandte sich der Präsident, der auch die Charge des Obergerichters (lieutenant général) innehatte, an den Generalkontrollleur und legte ihm seine Verhältnisse dar: seine ganze Erbschaft habe bestanden in 50 000 l.; die ursprüngliche finance seines Amtes betrage 45 000 l. Der König habe es zerstückelt, ihm die Hauptbefugnisse genommen, um sie Ämtern neuer Schöpfung zu verleihen, habe aber ihm, dem Präsidenten, nicht die geringste Entschädigung gewährt; „im Gegenteil, ich wurde zur Zahlung verschiedener Taxen gezwungen, die mindestens 20 000 l. betragen, ohne Gagen oder sonstige Vorteile zugesichert zu erhalten. Diese Zahlungen konnte ich nur leisten durch Aufnahme von Darlehen, die ich verzinsen muß. Die wenigen Möbel, die ich gemeinsam mit meiner Schwägerin besaß, wurden öffentlich verkauft, und als Pfand für die Taxe der robe rouge — es war den Präsidenten erlaubt worden, ein schöneres Amtskleid zu tragen¹⁷⁵ — haben die Traitants sogar die Portraits meiner Ahnen weggenommen“. Der Generalkontrollleur ermäßigte schließlich die Taxe der robe rouge auf 3000 l. Da der Präsident auch jetzt noch nicht zahlen konnte oder wollte, legte man ihm eine Garnison von sechs Mann für drei Wochen ins Haus und untersagte ihm die Ausübung seines Amtes. Die Gesamtsumme der Taxen ermäßigte die Regierung auf 6400 l.; für das Annuel und den Prêt war außerdem noch ein Betrag von 10 000 l. fällig. Der Präsident bot den Verzicht auf seine Gagen an, die 800 l. pro Jahr betrugen, um die Schuld abzutragen. Als die Regierung dieses Angebot nicht annahm, erklärte er sich bereit, auf eins seiner beiden Ämter zu verzichten. Zur Zahlung muß er sich aber doch entschlossen haben, denn der Intendant konnte etwas später in diesem Sinne berichten;

174. ms. fr. 7769, *Mémoire sur les finances* (1716); diese Charakteristik stammt von einer kompetenten Persönlichkeit.

175. s. édit oct. 1708.

er gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß dies der einzige Beamte der Provinz sei, der ihn zur Anwendung von solch großer Strenge gezwungen habe.¹⁷⁶

Für die Darstellung der Ämtererrichtungen bis zum Tode Ludwigs XIV. möge Vorstehendes genügen. Von den Operationen der einzelnen Jahre sich ein Bild zu machen, ist mit Hilfe eines Vergleichs der Ziffern nicht schwer. Für das Jahr 1704, das als Grundlage des Vergleichs dienen kann (vgl. Exkurs Nr. 3), betrugen, wie wir sahen, die in die Etats eingetragenen Einnahmen aus den Vertragsabschlüssen rund 69 Millionen,¹⁷⁷ für die Jahre 1701: 28,4 Millionen, 1702: 45,8 Millionen, 1703: 29,5 Millionen, 1705: 17,2 Millionen, 1706: 25 und 1707: 39,3 Millionen, was in diesen sieben Jahren über 259 Millionen ausmachen würde.¹⁷⁸ Aber eine andere Zusammenstellung ergibt eine Gesamtsumme von 340 390 834 l., herrührend aus 256 Verträgen,¹⁷⁹ und endlich eine dritte, wohl die zuverlässigste, 393 893 824 l.¹⁸⁰ Die gesamten affaires extraordinaires dieser Jahre ergaben fast 450 Millionen.¹⁸¹ In der Folgezeit trat ein Abflauen in der Tätigkeit der Ämterschaffung ein. Dies äußerte sich auch in dem erheblichen Rückgang der von 1708 bis 1715 erzielten Einnahmen aus dieser Quelle; sie belaufen sich insgesamt auf nur 147 571 849 l.¹⁸² Der Grund für diese Abnahme liegt aber nicht in der Mäßigung des Königs, sondern in den auf dem Ämtermarkt herrschenden Zuständen.

176. Laurain, *Essai sur les Présidiaux*, Rev. droit fr. 1896, p. 95 f.

177. Es zeigte sich aber, daß in Wirklichkeit für mindestens 100 Millionen Ämter ediktirt wurden. Ein entsprechendes Verhältnis ist auch für die andern Jahre in Betracht zu ziehen.

178. s. ms. fr. 7734; nach dem Jahresertrag von 1704 zu schließen, müßte der Wert aller in dieser Zeit ediktirten Ämter auf mindestens 340 Millionen angenommen werden.

179. ms. fr. 7734, *Abrégé des aff. extraord.*, fol. 111; es wird hier ausdrücklich vermerkt, daß nur Vertragsabschlüsse berücksichtigt sind und die Aufstellung wegen Unerreichbarkeit vieler Verträge unvollständig ist. Somit muß auf eine wesentlich höhere Summe geschlossen werden.

180. ms. fr. 7752 (*Comptes rendus de Mallet*), hier sind auch Erlöse inbegriffen, die ohne Verträge eingingen.

181. Nach Forbonnais, t. 2, p. 172 betragen für diesen Zeitraum die gesamten aff. extraord. (créations d'offices, rentes, aliénations, attributions, augmentations de gages etc.) 448 919 883 l.

182. Nach ms. fr. 7734 für 1708: 63,2 Mill., 1709: 30,9 Mill., 1710: 22,8 Mill.,

Das bisher entworfene Bild bliebe unvollständig, würde nicht auch der Operationen gedacht, die in engstem Zusammenhang mit dem Ämterschacher standen, sozusagen ein Seitenstück von ihm bildeten: der käuflichen Nobilitierungen. Sie datieren allerdings nicht erst aus der Zeit Ludwigs XIV. Um dem Ehrgeiz der Franzosen Genüge zu leisten, erließen die Könige von Zeit zu Zeit, natürlich nur für „notable“ Personen, die sich um das Vaterland verdient gemacht hatten, Adelsbriefe serienweise;¹⁸³ sie vergaßen aber nie, zugleich eine angemessene Summe zu verlangen. Das war stets der Zweck der Sache.¹⁸⁴ Damit jedoch der Adelsbrief und die vergebenen Privilegien nicht zu billig zu stehen kamen, verfuhr der König ähnlich mit ihnen wie mit den Ämtern: er widerrief sie in gewissen Zeitabständen, oder er ließ die so Anoblierten angemessene Summen für die Bestätigung ihres Adels bezahlen. Auch hierin überbot Ludwig XIV. seine Vorgänger. Nachdem sich infolge der Ämtererrichtungen und Privilegienverkäufe die Zahl der Steuerfreien so gesteigert hatte, „daß in den Gemeinden nur noch die Ärmsten für die Taillezahlung übrig geblieben waren“,¹⁸⁵ hob er 1655 die Nobilitierungen und Privilegien auf, erklärte sich aber bereit, gegen Entrichtung einer angemessenen Summe eine erneute Bestätigung auszustellen.¹⁸⁶ Eine abermalige Widerrufung ließ jedoch nicht lange auf sich warten; sie erfolgte mit einer ähnlichen Begründung unter Colbert; 1664 wurden alle seit 1634 verkauften Adelsbriefe für ungültig erklärt.¹⁸⁷

1711: 4,1 Mill., 1712: 14,5 Mill., 1713: 7,7 Mill., 1714: 3,3 Mill., 1715: 945 666 l. Somit dürften für diese Periode die Gesamteinnahmen aus den Ämterverkäufen und den sich auf die Beamten beziehenden Operationen 200 Millionen kaum übersteigen. Die oben genannte Gesamtsumme stimmt mit Forbonnais angenähert überein. Einen ähnlichen Betrag nennt auch Levasseur, *Recherches historiques sur le système de Law*. Paris, 1854, p. 6/7, note 3, nämlich 542 063 078 l. für die Zeit von 1700 bis 1715.

183. Dieses Verfahren wurde bereits im 16. Jahrhundert angewandt, s. bes. Chérin, *Abrégé d'édits et ordonnances*.

184. Heinrich III. gab 1576 tausend Adelsbriefe frei und gestand das treibende Motiv offen ein: moyennant quelque honeste secours en deniers comptans en l'urgents nécessité de nos affaires et finances; ms. fr. 22 356, fol. 4.

185. Déclarat. 15 mars 1655.

186. Ebd.

187. La quantité des lettres de noblesse accordées depuis trente ans par

Freilich war es nie ganz einfach, solche Erlasse auf ordentlichem Wege durchzuführen; denn dem Staat stand keine eigentliche Polizei zur Verfügung, sondern höchstens Beamte, die sich durch die königlichen Erlasse geschädigt fühlten, weil sie, besonders die höheren Beamten, dieselben Privilegien besaßen wie der Adel. Deshalb machte die Regierung diese Angelegenheit zu einem Geschäft, indem sie sie einem Traitant übertrug. Daß viele falsche Adlige vorhanden waren, d. h. solche, deren Titel nicht mehr rechtsgültig war oder die überhaupt keinen Adelstitel besaßen, konnte mit Sicherheit angenommen werden. Die widerrechtliche Beilegung des Adelstitels war ein häufig beklagter Mißbrauch. Aus dem Wirrwar der zahllosen Titel und Ämten ließ sich auf jeden Fall viel herausholen. Der Traitant schloß also mit dem König einen Vertrag, in dem er sich verpflichtete, durch die Ermittlung der falschen Adligen eine bestimmte Summe beizubringen. Das Verfahren an sich ist mehr als bezeichnend. Bevor die Zahl der Schuldigen bekannt war, stand die Summe, die sie unter allen Umständen bezahlen mußten, bereits fest, ja sie war dem König vom Traitant zu einem Teile ausbezahlt worden; dieser erhielt einen Freibrief gegen den Adel. Seine Kommis überschwemmten das Land und führten die Nichteinwandfreien dem Gericht zu.

Tatsächlich verlief die im Zusammenhang mit der 1664 ausgesprochenen Widerrufung der verkauften Adelstitel veranstaltete „Recherche des faux-nobles“ nicht ergebnislos. Die Zahl derer, die für die widerrechtliche Anmaßung des Titels Strafen bezahlen mußten, war ziemlich hoch, wie örtliche Ergebnisse zeigen. In Aix z. B. wurden 1667 rund 100 Personen verurteilt, in Arles 26, in Apt 40, in Toulon 74, in Marseille 244.¹⁸⁸ Die Gesamtzahl der Verurteilten geht in die Tausende;¹⁸⁹ unter ihnen befanden sich auch

faveur ou surprise à divers particuliers, la plupart gens sans service et de peu de mérite, a fait un notable préjudice non seulement à l'ancienne noblesse, mais encore aux sujets contribuables aux tailles. (Isambert, 18, p. 41.)

188. ms. fr. nouv. acqu. 22 356, Recherche de la noblesse, fol. 39; sie bezahlten je 50 l. als Strafe.

189. ms. fr. n. a. 22 357—58 enthält allein einen Etat, der 860 Verurteilte aufweist, von denen die meisten zwischen 100 und 400 l. Strafe bezahlten. In der Hauptsache kommen die Jahre 1668 bis 1673 in Betracht.

solche, deren Titel vom Ausgang des 16. und Beginn des 17. Jahrhunderts datierte.¹⁹⁰

Da mit diesem Verfahren vielfach grobe Mißbräuche getrieben wurden, kam es 1674 zu seiner Einstellung. Oft ließen nämlich die Traitants echte Gentilshommes verurteilen und erklärten die falschen für echt. Der Intendant von Moulins urteilte, daß infolge der Untersuchung die Zahl der Adligen gestiegen sei, „der Traitant war gegen Geld für alles zu haben“.¹⁹¹ Und in ähnlichem Sinne äußerte sich 1670 der Intendant von Rouen, der von 1655 bis 1667 in dieser Angelegenheit selbst 300 Urteile mit einer Strafsumme von 180 000 l. hatte ergehen lassen.¹⁹² „Seit langem bin ich überzeugt von den Mißbräuchen und Plagereien, die im Zusammenhang mit dieser Untersuchung begangen werden und meistens zu nichts anderem dienen, als die echten Gentilshommes zu belästigen und neue zu machen, die ihren Titel der Gunst der Traitants und der Protektion, welche sie mittels ihres Geldes und ihrer Freunde finden, zu verdanken haben“. Wie bei den Ämterverkäufen, so war auch hier der Intendant oft der Helfershelfer des Traitant. Denn in Wirklichkeit lag der Fall so, wie die *Soupirs de la France* esclave ihn darstellten: „Im Grunde genommen wollte man nur Geld, und bei allen, die große Summen bezahlen konnten, stellte es sich heraus, daß ihre Papiere in Ordnung waren“.¹⁹³ Die Hauptsache war, daß Geld in die Staatskasse strömte, und das wurde tatsächlich auch erreicht. Der echte Adlige bezahlte lieber, als daß er sich vom Traitant vor die Tribunale laden ließ, der Rotürrier zahlte dafür, daß er adlig wurde und der falsche Adlige dafür, daß er echtes Blut bekam. Boileau drückte die Angelegenheit in satirischer, aber treffender Form aus:

Mais quand un homme est riche, il vaut toujours son prix
Et l'eût-on vu porter la mandille à Paris
N'eût-il de son vrai nom ni titre ni mémoire
D'Hozier lui trouvera cent aieux dans l'histoire.¹⁹⁴

190. ms. fr. n. a. 22 356.

191. Boislisle, *Correspond. des Contr. gén. avec les intend.*, t. 1, No. 136.

192. Esmonin, *La taille en Normandie*, p. 220.

193. 3^{me} mémoire, p. 47—48, éd. 1689.

194. Nach Esmonin, a. a. O. p. 218; d'Hozier war ein bekannter Genealogist, anscheinend etwas bestechlich. — Boursault läßt einen reichen Bürger sagen: Je fait chercher un généalogiste / qui, pour quelques louis qe je lui

Das Geld war also das Zaubermittel gegen alles. Deshalb mußte La Bruyère konstatieren, daß es immer noch Leute gebe, die nicht die Mittel dazu hätten, adlig zu werden, die nicht „sich abends als Roturier ins Bett legen und morgens als Adlige aufstehen könnten“.¹⁹⁵

Als Ludwig XIV. mit dem Jahre 1689 die Ämterverkäufe en masse organisierte, hatte dies entsprechende Rückwirkungen auf den Adel. Wenn die Ämter Absatz finden sollten, mußte den Privilegien, soweit sie frei bestanden, der Krieg erklärt werden, damit sie entweder zusammen mit einem Amt erworben oder auf dem Wege der Bestätigung zurückgekauft wurden. Deshalb erklärte der König 1692 alle seit 1600 erteilten Wiederbestätigungen der Titel für nichtig und zwang die in Frage kommenden Beamten und zweifelhaften Adligen, sich ihre Adelsrechte „gegen Zahlung einer gewissen Summe“ erneut bestätigen zu lassen.¹⁹⁶

Um alle Bedürfnisse voll zu befriedigen, gab Ludwig XIV. in einem Edikt vom März 1696 fünfhundert Adelsbriefe frei, die mittels einer finance in Höhe von 6000 l. (plus 2 sous pro livre) von den „ehrenwertesten Personen des Königreiches“ erworben werden konnten.¹⁹⁷ Lesen wir aber die Anweisung für den Verkauf der Adelsbriefe, so zeigt sich, daß „ehrenwert“ im Sinne von „zahlungskräftig“ verstanden werden mußte, denn „sie sind nur an solvente Personen zu verkaufen, die imstande sind, sofort zu bezahlen“.¹⁹⁸ Um den Absatz zu fördern, wurde nicht nur die Ware durch öffentliche Anschläge der Allgemeinheit angepriesen, sondern gleichzeitig eine neue Ermittlung der widerrechtlichen Beilegung des Adelstitels angekündigt und in die Wege geleitet. Ein Traitant erbot sich, bis zu zwei Millionen einzutreiben, die von den unechten Adligen für ihre Anmaßung bezahlt werden sollten. Seine Ermitt-

donnerai, / me fera sur le champ, venir d'où je voudrai; ebd. Boursault schrieb auch an den Bischof von Langres, daß er keine Roturiers in der Gascogne kenne „jusqu'aux freres chirurgiens (barbiers) tout y est noble“; zit. nach Lange, La Bruyère, critique des conditions et des institutions sociales. Paris, 1909, p. 264.

195. Lange, a. a. O. p. 252.

196. „Laquelle sera modérément taxée par les commissaires de S.M.“, vgl. Isambert, 20, p. 272.

197. ebd., p. 261, und arrêt du conseil, 7 aout 1696.

198. ms. fr. (Coll. Clairambault) 1006, vgl. 1066, fol. 49.

lungsergebnisse dienten dem Conseil als Unterlage für die zu verhängenden Strafen.¹⁹⁹ Doch konnte man sich durch den Erwerb eines Briefes von Unannehmlichkeiten befreien;²⁰⁰ solche konnten sich stets einstellen, denn selbst gerichtlich anerkannte Adelstitel durften angefochten werden, wenn aus ihnen hervorging, daß der Inhaber früher nichtadlig war.

Wir sahen bereits, daß nach Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges die Ämter- und Privilegienverkäufe wieder einsetzten. Nach der Oktroyierung neuer Wiederbestätigungen erkaufte Titel und Rechte erfolgte 1702 eine weitere Auflage von 200 Adelsbriefen,²⁰¹ die an einen Traitant namens Ferrand gingen, der sie en bloc zusammen mit den zu gleicher Zeit errichteten Ämter zweiter Präsidenten der Elektionen erwarb. Die Wiederaufnahme der Nachforschung nach falschen Adligen fehlte nicht in dem Abschluß, der sich auf 3,1 Millionen belief. Die zweihundert Adelsbriefe und die Adelsnachprüfung sollten 1,5 Millionen erbringen. Ferrand löste diesen Teil seines Vertrages in dreizehn Unterverträge auf, die er an sous-Traitants vergab.²⁰² Aber die Anoblierung für Geld scheint nicht mehr in der Mode gewesen zu sein; er konnte nämlich seinen Vertrag nicht erfüllen. Trotz der Jagd auf die falschen Adligen und trotzdem die neuen alle Privilegien der alten genießen sollten, Wappen führen durften, zwei Jahre lang von allen Steuern ganz, vom franc-fief bis zu 1000 l. befreit waren (eine Abgabe, die der Roturier beim Erwerb eines Lehns zu entrichten hatte) und ihre Nobilitierungen „niemals widerrufen noch irgend-einer Taxe unterworfen werden konnten“ — was freilich auch alle früheren Erwerber zugesichert bekommen hatten —, fanden sich nach Ablauf von mehr als zwei Jahren im ganzen Königreich nur

199. G⁷ 1495, résultat du 4 sept. 1696; 333 333 l. gingen allerdings als remise an den Traitant ab, dazu kamen 2 sous pro livre, so daß sein legaler Gewinn 533 333 l. betrug.

200. „Le roi a accordé à tous ceux qui ont ou leur pères usurpé les titres de noblesse, privilèges et exemptions avant et depuis la déclaration du 8 février 1661 demeureront déchargés tant de la recherche ordonnée . . . que de toutes les peines, amendes et restitutions qu'ils pourraient avoir encourues en obtenant des lettres de noblesse du nombre des 500 créées par l'édit du mois de mars 1696“. (ms. fr., coll. Clair., 1099, fol. 267).

201. Edit mai.

202. G⁷ 1495 (résultats) und G⁷ 1521, noblesse.

68 kapitalkräftige Leute,²⁰³ die für einen Adelsbrief — 6000 l. kostete er — Interesse zeigten, und selbst bei ihnen war es nicht ganz ohne Zwang abgegangen. Aus dem Dauphiné schrieb der Intendant Ende 1703, die Sache habe noch nichts eingetragen — er meinte auch die Suche nach falschen Adligen —, obgleich der Traitant alle Anstrengungen mache, die im Conseil festgesetzten Summen herbeizuschaffen, sogar an vielen Orten Garnisonen in die Häuser lege.²⁰⁴ Erst zwei Personen hätten auf die neuen Adelsbriefe geboten. Der Intendant von Montauban berichtete in demselben Sinne; er schlug deshalb vor, eine Summe (40 000 l.) festzusetzen und allgemein umzulegen, damit der errechnete Betrag hereinkäme.²⁰⁵

Da außerdem die Suche nach den falschen Adligen insgesamt erst 68 000 l. erbracht hatte, sah sich der König veranlaßt, von den zweihundert Adelsbriefen hundert zurückzunehmen, die restlichen einem andern Traitant zum Vertrieb zu übergeben und die Erwerber der Briefe von 1696 und der jüngst aufgelegten mit einer jährlichen Rente von 150 l. zu bedenken gegen Zahlung von je 3000 l. Diese Erwerber waren nun die Betroffenen; die mangelnde Kauflust der andern hatten sie mit 1 671 000 l. zu büßen.²⁰⁶ Wie die Beamten, so wurden allmählich auch die restlichen kapitalkräftigen Bürger ruiniert.²⁰⁷ Fürwahr, die Befriedigung des Ehrgeizes war teuer bezahlt!

203. Nach résultat v. 7. Okt. 1704 nur 61 Adelsbriefe.

204. G⁷ 1494; von Moulins berichtete der Intendant: „Il ne s'est encore vendu aucune (lettre), la recherche de la noblesse en pourra procurer le débit“.

205. H 1588³⁶ (A. N.).

206. s. G⁷ 1495, rés. 7 oct., affaire Clouet, édit oct. 1704; G⁷ 1521, Bordereau arrêté au Conseil, 11 nov. 1704, pour les taxes des acquéreurs des lettres de noblesse. Auf der Rolle sind 557 Erwerber eingetragen (darunter auch die des Jahres 1696).

207. Dies illustriert sehr wohl folgender Brief eines trésorier de France (von Alençon), den er an den König richtete, als er eine Taxe von 3000 l. bezahlen sollte. Es heißt u. a.: „... quoy que sa charge qu'il possède depuis vingt cinq ans lui donnât les privilèges et exemptions des gentilshommes cependant il prit en 1698 une des lettres qu'il avait plû à S.M. de créer et paya pour cela dans vos coffres la somme de 6 600 l. ... Le suppliant qui depuis qu'il est revêtu de sa charge a payé plus de 30 000 l. de taxes et notamment dans la dernière guerre plus de 12 000 l. dont il n'a que 100 l. d'augmentation

Die Suche nach den falschen Adligen setzte die Regierung fort. Da aber die Verurteilten vielfach ihre Strafen nicht bezahlen konnten, erging es ihnen nicht anders als den Beamten: Pfändungen, Garnisonen waren auch bei ihnen an der Tagesordnung,²⁰⁸ selbst die ältesten und vornehmsten Familien scheinen davon nicht verschont geblieben zu sein.²⁰⁹ Kein Verfahren erschien zu gewagt, wenn es nur das Errechnete erbringen konnte. Der Kurs der Adelsbriefe stieg daher unter Ludwig XIV. nicht mehr. Im Jahre 1711 versuchte der König noch einmal hundert Anoblierungen mittels Briefen an den Mann zu bringen.²¹⁰ Doch mußte nach zwei Jahren festgestellt werden: „Da der Verkauf freiwillig ist, haben sich erst zwölf oder dreizehn Liebhaber gefunden“.²¹¹

✱

Von der ganzen Trostlosigkeit der Lage am Markt für Privilegien, Adelsbriefe, Ämter usw. wird uns auch das folgende einen Begriff geben. — Im Oktober 1703 richtete der Generalkontrollleur ein Rundschreiben an die Intendanten, in dem er zum Ausdruck brachte, daß der Eingang der aus den affaires extraordinaires zu erwartenden Beträge sehr zu wünschen übrig lasse und die Traitants über die dadurch entstehenden Schwierigkeiten klagten, in den Besitz der Vorschüsse zu gelangen, die sie der Regierung gewährt hatten.²¹² Er verlangte eine möglichst genaue Zusammenstellung der im Gange befindlichen Operationen und bat, deren

de gages, a encore été taxé pour cette même charge depuis 1701 à une somme de 3 800 l. en trois fois dont il n'a encore pu fournir qu'une partie par ce qu'il est épuisé par toutes ces premières taxes et par 400 l. qu'il paye tous les ans à S.M. pour le droit annuel et la capitation“. (G⁷ 1521, ohne Datum, fällt ungefähr in das Jahr 1704) und in einem Annexe heißt es: „Au mois d'octobre dernier le roy a réuni à la compagnie (des trésoriers) une charge de second président fixée à 40 000 l. dont il payera pour sa part plus de 2500 l.“

208. Der Intendant der Provence schrieb bereits 1698 an den Generalkontrollleur: „Les taxes faites depuis la fin de la guerre pour l'enregistrement des armoires, pour la capitation, l'usurpation des titres de noblesse et la confirmation des lettres de naturalité ont donné lieu à plus de contraintes et d'emprisonnements qu'il n'y en avait eu par le passé“. (Boislisle, I, No. 1732.)

209. H 1588^{7a} (Provence).

210. Edit déc. 1711.

211. G⁷ 1521 (Mémoire Goujon).

212. Boislisle, Corresp. avec les int. II, No. 539.

Ausführung zu beschleunigen, um die Unternehmungen „aus der Erinnerung des Volkes auszulöschen“. Die Berichte,²¹³ die er erhielt, waren nicht sehr ermutigend. Chargen, die unter normalen Verhältnissen reißend weggingen, konnten nicht an den Mann gebracht werden. So hatte z. B. in der Auvergne von den im Mai 1702 geschaffenen Chargen für zweite Präsidenten der Electionen Ende 1703 erst eine einen Liebhaber gefunden, für die andern war es „angesichts der Geldknappheit noch nicht möglich gewesen, Käufer zu finden“. Ebenso hatte man Mühe, die zu gleicher Zeit ausgeschriebenen Ämter für Stellvertreter der Maires und Beisitzer anzubringen.

Von den vier an der Cour des aides in Clermont Ferrand errichteten Ämtern für Sekretäre²¹⁴ war noch kein einziges verkauft. Über die neuerrichteten Stellen für Oberrichter der Ehrengerichte (*lieutenants généraux d'épée*) heißt es: „Die erforderlichen Verkaufsanzeigen wurden gemacht, man gibt sich alle erdenkliche Mühe, Käufer zu finden“.²¹⁵ — Aus der Bretagne wurde über die Ämter für Stellvertreter der Maires und Beisitzer berichtet: „Die Verkaufsversuche sind erfolglos, diese Ämter werden kaum anzubringen sein“. Das einzige Mittel, aus der Angelegenheit etwas Geld zu ziehen, sei, den Preis zu ermäßigen und die Inkorporierung zu Lasten der Gemeinden und Städte zu verordnen. Von den 224 600 l., die der Abschluß erbringen sollte, waren erst 700 l. eingegangen. Auch die am Parlament in Rennes und an der Chambre des comptes geschaffenen Sitze für *chevaliers d'honneur*²¹⁶ hatten noch keine Liebhaber gefunden. Und von den 155 790 l., die die Beamten der Präsidialhöfe und königlichen Gerichte für *augmentations de gages*²¹⁷ schuldeten, waren erst 31 677 l. eingegangen. Der Intendant versicherte, daß der Traitant trotz aller Anstrengungen die Beitreibung des Geldes nicht mehr beschleunigen könne.²¹⁸

213. Eine Anzahl sind unter G⁷ 1494 zu finden. Das Folgende stützt sich darauf.

214. Edit janvier 1703.

215. Généralité d'Auvergne (G⁷ 1494).

216. Edit juillet 1702.

217. Edits juillet 02 und janvier 1703.

218. „Les officiers des judicatures royales ont payé tant de finances depuis quelques années qu'ils ne sont plus en estat de satisfaire aussi

Nicht besser stand es hinsichtlich der Erhebung der Summe, die die ersten Gerichtsdienere der Generalität Moulins für eine Taxation entrichten mußten. Obgleich diese Beamten gerichtlich verfolgt wurden, konnten von dem seit über zwei Jahren fälligen Betrag in Höhe von 12 151 l. erst 2235 l. eingetrieben werden. Ämter und Mobiliar ließen die Traitants pfänden und zum Verkauf anbieten. Aber der Intendant befürchtete, daß das Gerichtsverfahren mehr Kosten verursachen werde als die Ämter für den König wert seien. Bei den höheren Beamten war es nicht anders als bei den unteren; die Beamten der Präsidialhöfe und der Bailliages, die für die 1702 gewährte Befreiung von der Taille²¹⁹ und augmentations de gages 325 285 l. hätten bezahlen sollen, hatten Ende 1703 noch nicht die Hälfte bezahlt.²²⁰ Der Intendant konnte nur raten, den Satz zu ermäßigen und einigen Beamten ihre Ämter zu pfänden, um dadurch die andern unter Druck zu setzen. Viele Ämter hatten zwar verkauft werden können, aber den für das Bureau des finances bestimmten Stellen für chevaliers d'honneurs mangelte es noch ganz an Abnehmern.

Der Bericht des Intendanten von Bourges lautete nicht viel erfreulicher. Von den für die Electionen bestimmten Steuer-ratsstellen (élus contrôleurs)²²¹ war es ihm erst gelungen, fünf auf gültlichem Wege zu besetzen; verschiedene Personen hatte er zum Erwerb dieser Ämter zwingen wollen, indem er sie hoch besteuerte; seine Bemühungen hatten aber noch wenig Erfolg gehabt. Falls diese Methode nicht zum gewünschten Ziele führen sollte, mußten die Steuerräte, so meinte er, das Gesetz der Inkorporierung über sich ergehen lassen. Die neuen Posten der Electionspräsidenten hatten erst einen Käufer gefunden; sechs harrten noch der Abnehmer. Auch für diese schlug er die „Reunion“ vor. Von neun solcher Ämter waren in der Generalität C a e n drei verkauft, in der Generalität B o r d e a u x ebenfalls drei, und zwar für 9900 l., 8 800 und 11 100 l.²²² Die 1702 errichteten Syndikenstellen²²³

promptement qu'on le pouvoit souhaiter aux nouvelles taxes qu'on leur a signifié.“

219. Edit juillet 1702; es hatte allgemeine Gültigkeit.

220. 161 096 l.

221. Edit déc. 1702.

222. Nämlich in Bordeaux, Sarlat und Périgueux.

223. Edit mars.

hätten in der Generalität Montauban 300 000 l. erbringen sollen; bis Ende des Jahres konnte kein einziges Amt davon verkauft werden. Deshalb verzichtete die Regierung darauf, daß der Traitant seine Verkaufsbemühungen fortsetzte,²²⁴ sie schlug die ausgebliebene Summe auf die Steuern der Jahre 1703 und 1704.²²⁵ Von den der Verwaltung in Metz zugedachten Stellen für acht königliche Sekretäre,²²⁶ die 128 000 l. einbringen sollten, hatten erst zwei für 32 000 l. Absatz gefunden, „für den Erwerb der sechs restlichen meldet sich kein Mensch“.²²⁷

Die Berichte der Intendanten sind nicht alle in gleicher Weise pessimistisch. Zwar zeugen sie alle von einer großen Übersättigung des Volkes mit Ämtern, von dem Mißkredit, in den diese geraten waren; aber in Anbetracht der vielen Ämteredikte muß doch festgestellt werden, daß sich mancherorts ein beträchtlicher Absatz erzielen ließ, wenngleich es auch in vielen Fällen nicht ohne Anwendung von Gewalt abging. Und trotzdem kamen immer neue Ämteredikte.

Waren die angewandten Methoden bisher hart, so gestalteten sie sich in der Folgezeit zur förmlichen Erpressung. Mit dem Beamten verfuhr man nun, wie man mit dem Taillepflichtigen schon immer verfahren war und jetzt, im Juli 1702, wieder verfuhr. Ein Edikt ermöglichte dem gewöhnlichen Bürger, sich von der Taille auf „Lebenszeit“ zu befreien. Diese bemaß die Regierung stets kurz, gewöhnlich nur auf zwei oder drei Jahre, ein Verfahren, mit dem sie bedeutende Sondereinnahmen zu erzielen suchte, denn die Höhe der Gesamtauflage der Taille blieb gleich oder wuchs eher noch. Aber mit dem Angebot der Steuervergünstigung mußte die Regierung infolge der allzuhäufigen Wiederholungen schließlich dieselbe Erfahrung machen wie auf dem Ämtermarkt: die Untertanen zeigten wenig Neigung, sich von der Taille loszukaufen. „Es war unmöglich, einen einzigen Menschen zu bestimmen, die Befreiung zu erwerben“, schrieb der Intendant von Moulins,²²⁸ und der in Limoges hatte nur mit vieler Mühe fünf Loskäufe tätigen können, denn die wohlhabendsten Bewohner waren ein Jahr zuvor gezwungen worden, Ämter der Syndizis zu kaufen; außerdem machte

224. Edit déc. 1702.

225. H 1588⁹⁸ (Généralité Montauban).

226. s. édit oct. 1701.

227. Généralité de Metz (G⁷ 1494).

228. Dez. 1703 (G⁷ 1494).

sich die Geldknappheit sehr fühlbar.²²⁹ Besser gelang die Sache in der Generalität Montauban; 275 250 l. waren für freiwillige Loskäufe von der Taille eingegangen. Doch hatte die Regierung 540 000 l. erhofft; deshalb legte der Intendant den Fehlbetrag von 264 750 l. auf die Steuersumme der folgenden drei Jahre um.²³⁰

Da aber der Generalkontrolleur aus diesen Ablösungen jährlich mindestens 9 665 000 l. erwartete,²³¹ blieb den Intendanten nichts anderes übrig als dieses Unternehmen nach Kräften zu betreiben. Die diesbezügliche Ermahnung unterblieb auch nicht: „Arbeiten Sie mit größtmöglicher Umsicht, damit die Ablösungen Erfolg haben“, schrieb der Finanzminister an sie. Es gelte, mit Hilfe der Subdelegierten, Steuereinnahmer und Steuerräte wohlhabende Leute aufzuspüren, festzustellen, was sie besitzen, und sie dann auf gütlichem Wege oder durch Drohungen zu veranlassen, sich eine Befreiung zu erkaufen.²³² „Wenn dieses Unternehmen nicht gelingt, wird sich der König gezwungen sehen, aus seinen Untertanen auf andere Weise Geld zu ziehen, die für sie drückender ist, die Beitreibung weit umständlicher macht und Ihnen mehr Arbeit verursacht“.²³³

Von den Beamten der Präsidialhöfe, Bailliages und Electionen mußte die Befreiung von der Taille teuer genug bezahlt werden. Für die Generalität Limoges hatte der Intendant dafür 257 472 l. vorgeschlagen,²³⁴ der Generalkontrolleur verlangte 272 644 l.; bei diesem Betrag blieb es, und bereits 1703 gingen über 170 000 l. ein. Besser kam die Generalität Rouen weg. Ihre Beamten bezahlten 85 000 l.; der Generalkontrolleur hatte zuerst 113 370 l. gefordert, sich aber zu einer Ermäßigung der Forderung bewegen lassen.²³⁵

229. Ebd.

230. H 1588 ³⁶ (Généralité de Montauban). In der Generalität Rouen gingen für freiwillige „affranchissements“ nur 4395 l. ein.

231. Sie sollten sich beziehen auf 15 Generalitäten (die pays d'Etats waren nicht inbegriffen) mit 19 350 Paroisses. Der Mindestsatz für eine Befreiung betrug 500 l. (s. Lettre circulaire 1 sept. 1703 à MM. les intendants. G⁷ 1494).

232. „les engager en les inspirant de la confiance ou de la crainte“.

233. ebd. (Lettre circulaire).

234. Für die Beamten der Présidiaux und Sénéchaussées: 91 110 l., die der sièges subalternes: 10 125 l., die der Electionen: 126 837 l.; als augmentation de gages: 29 400 l. (ebd.).

235. H 1588 ⁴⁴.

Die Befreiung von der Taille genossen freilich nicht alle Beamten, besonders nicht die kleineren. Aber diese hatten dann immerhin den großen Vorteil, nicht in der allgemeinen Taillerolle eingetragen zu sein, sondern diese Steuer in Form der *taxe d'office* entrichten zu können, was eine weitgehende Ermäßigung bedeutete und vor Schikanen schützte; und sie alle waren befreit von den andern öffentlichen Lasten. Ihre Privilegien standen an sich in keinem Verhältnis zu den oft geringen Summen, die sie für ihre Ämter bezahlt hatten. Dadurch aber, daß der Finanzminister ihnen alle Augenblicke unter irgendeinem Vorwand Geldsummen abknöpfte, kamen sie teuer genug zu stehen.

Nachdem die Privilegierungen ein Höchstmaß erreicht hatten, entzog ein Edikt vom August 1705 allen Beamten, sofern der Kaufwert ihres Amtes 4 000 l. nicht überstieg und sofern sie es 1689 nicht bereits besessen hatten, sämtliche verliehenen und verkauften Privilegien, weil angeblich die reichsten Einwohner der Gemeinden, also die kräftigsten Steuerzahler sie erworben hatten. „Die Zahl der Steuerprivilegierten ist dadurch so sehr angewachsen, daß die noch vorhandenen Steuerzahler die öffentlichen und staatlichen Lasten kaum zu tragen vermögen“.²³⁶ Aber ein Ergänzungsedikt bestimmte,²³⁷ daß alle in Frage kommenden Beamten der Aufhebung ihrer Privilegien entgehen könnten durch Zahlung einer zusätzlichen Summe, durch die die *finance* ihrer Ämter auf 4 000 l. erhöht würde, die jedoch auf keinen Fall weniger als 1 000 l. betragen dürfe und vor dem 1. Januar 1707 bezahlt sein müsse.²³⁸ Überdies bot jetzt die Regierung die aufgehobenen Privilegien erneut zum Verkauf an. Sie konnten von Privaten erworben werden, ohne daß diese zum Erwerb eines Amtes verpflichtet waren. Allerdings äußerten sich verschiedene Intendanten wenig hoffnungsvoll über die Maßnahme, und ihre Befürchtungen bestätigten sich. Vielfach mußte man nach Erwerbern suchen und sie zum Kauf der Privilegien zwingen, wie man andere zum Kauf von Ämtern gezwungen hatte und immer noch zwang.²³⁹

236. Präambel.

237. Sept. 1706, s. art. X, XI.

238. Eine Deklaration v. 11. Juni nahm allen Beamten, deren Amt nach 1689 errichtet wurde und eine *finance* unter 10 000 l. aufwies, für die Dauer von drei Jahren ihre Privilegien und Steuerfreiheiten.

239. vgl. No. 1065 (Boislisle, II). Die 1703 mit so großem Eifer betriebenen

Diese Verordnungen waren wirklich dazu angetan, den Untertanen den Geschmack an den Ämtern vollends zu nehmen. Aber wo die Ware nicht von selbst wegging, wußte die Regierung nachzuhelfen. Erwiesen sich die Inkorporierungen als unmöglich, so wurden die Fehlbeträge auf die Gemeinden, Städte oder Provinzen umgelegt, und der Taillepflichtige hatte sie in Form einer levée extraordinaire bzw. einer zusätzlichen Steuer im Verhältnis zur Taillequote aufzubringen. Doch war dies gewöhnlich der letzte Ausweg, und er kam erst in Frage, wenn die andern Eintreibungsversuche versagt hatten.²⁴⁰

Den Traitants gewährte die Regierung weitgehende Befugnisse. Als z. B. die Maires, Beisitzer und andere Gemeindebeamten, die ein Edikt vom November 1704 mit einer augmentation de gages belegt hatte, mit der Zahlung der finance im Verzug blieben, erwirkte der Traitant einen Erlaß,²⁴¹ der ihn ermächtigte, die Ämter der Säumigen zu pfänden und öffentlich zu verkaufen, ungeachtet bestehender Hypotheken, denn „anstatt zu zahlen verschoben die meisten Beamten ihr Hab und Gut, oder ließen es durch tatsächliche oder angebliche Gläubiger pfänden“, um sich gegen

Befreiungen von der Taille erlitten durch das Edikt von 1705 ihre Annullierung. Auch sie konnten jetzt auf eine zweite Lebenszeit erkauft werden.

240. Sehr instruktiv sind folgende Stellen aus Berichten der Intendanten. Aus der Auvergne wird gemeldet: „Le recouvrement des affaires extraordinaires est fort retardé. Celles qui sont rachetées par les communautés forment une imposition supplémentaire de plus de 300 000 l. qui, avec la taille, l'ustensile et la capitation, achevera d'écraser les taillables. Dans celles que les cominis des traitants mettent à exécution, ils n'ont d'autre objet que de faire de frais immenses, lorsque la grande misère des peuples empêche les contribuables de payer, et ils ne manquent pas d'établir des garnisons quinze jours après la signification des rôles“. Sept. 1704 (Boislisle, II, No. 667). Vom Languedoc berichtet der Intendant: „Les impôts ordinaires de la province, pour 1707, montaient à 7 043 061 l., elles se sont augmentés de 374 552 l. pour l'année 1708, et, avec les impositions extraordinaires, dont le montant s'élève à 3 720 000 l., elles forment un total de 11 137 613 l. En outre, on doit emprunter 800 000 l. pour le rachat des offices de receveurs des octrois et de contrôleurs des tailles. Les dettes de la province et celles des diocèses et villes montent à 28 000 000 l. (ebd. No. 1380, 28 janv. 1708). Die außerordentlichen Steuern kamen zustande durch Ablösung von aff. extraordinaires.

241. Arrêt du conseil, 9 juin 1705.

den Traitant zu decken. Die Erwirkung derartiger Erlasse war keine Seltenheit.²⁴²

Eine häufig angewandte Methode, den Verkauf der Ämter zu bewerkstelligen oder zu beschleunigen, war das Taxierungsverfahren. Der Intendant schätzte diejenigen, die ihm vom Traitant als wohlhabend angegeben wurden, so hoch in der Steuer ein, daß sie sich schließlich geneigt zeigten, ein Amt zu erwerben, das sie von den lästigen Steuern befreite. Auf diese Weise brachte 1703 der Intendant von Berry sämtliche neuerrichteten Syndikämter unter. Ungefähr 6 bis 700 taxes d'offices verordnete er zu diesem Zweck.²⁴³ Hierzu ermutigte der Generalkontrollleur, indem er an die Intendanten schrieb, die dringenden Bedürfnisse des Staates erforderten, daß sie sich im Interesse einer schnellen Ausführung der Unternehmen der Autorität bedienten, die der König ihnen verliehen habe.²⁴⁴ Allerdings sollte die Gewaltanwendung nicht unbeschränkt sein. Einmal richtete er ein Rundschreiben an sie, in dem er sagte, daß Klagen über die hohen Unkosten einliefen, die die Kommis der Traitants in den Provinzen bei der Ausführung der affaires extraordinaires verursachten. „Man beklagt sich besonders darüber, daß sie aus eigener Machtvollkommenheit zur Verordnung von Garnisonen schreiten“. Jemandem Soldaten in das Haus legen, um ihn gefügig zu machen, sei den Traitants nur noch mit Genehmigung der Intendanten erlaubt.²⁴⁵

Allerdings war die Anwendung der königlichen Machtmittel häufig nutzlos. Nichts kann dies besser veranschaulichen als ein

242. Am 15. Januar 1704 war auch ein solcher gegen die Beamten der Prèsidiaux erwirkt worden, weil sie sich in der Finanzierung der Bestätigung ihrer Steuerprivilegien säumig zeigten.

243. Boislisle, II, No. 481, „... je me suis fait nommer les personnes les plus propres, par leur bien, leur âge et leur état, à les remplir“; vgl. Ch. Godard, Les pouvoirs des intendants sous Louis XIV. Paris 1891, p. 286 ff. (289).

244. ebd. No. 681.

245. ebd. No. 816. Daß es nachher aber doch zu Ausschreitungen kam, zeigt ein Bericht des Intendanten der Provence vom 2. April 1707. „Le plus grand des abus qui se commettent dans les recouvrements extraordinaires vient des huissiers que les directeurs leur remettent des états des redevables, avec lesquels ces huissiers vont de paroisse en paroisse, font leurs exploits, et commencent toujours par se faire payer de leurs frais, après quoi ils reviennent, presque toujours sans rien apporter du principal qu'ils sont chargés de recouvrer“. (ebd. No. 816.)

bereits aus dem Jahre 1703 stammender Bericht des Intendanten der Auvergne.²⁴⁶ „Es trifft zu, daß bei der Eintreibung der finance für die Ämter der Steuerräte (élus contrôleurs) der Kommis des Traitant die Beamten der Elektionen gerichtlich verfolgen und ihnen Garnisonen in das Haus legen wollte; ich verbot es ihm aber, weil alle diese Verfolgungen nur große Kosten verursachen und kein Geld einbringen. Vielmehr riet ich ihm, sich mit der vorgenommenen Pfändung der Gagen zu begnügen, auf die er gemeinsam mit dem Traitant, der die augmentation de gages betreibt, Anspruch hat. Ich muß Ihnen sagen, daß es für die Steuerräte ganz unmöglich ist, diese zweite Taxe zu bezahlen, zu einer Zeit, wo sie durch die augmentation de gages äußerst erschöpft sind; für diese konnten sie bisher nur mäßige Summen aufbringen, trotz der Garnisonen und Vollstreckungen, die sie täglich über sich ergehen lassen müssen. Ich wiederhole, daß die Zwangsmaßnahmen, die man gegen diese Beamten verfügt, nur dazu dienen, ihnen das bißchen Kredit, das sie noch besitzen, vollends zu nehmen. Ihre kleinen Vermögen sind durch die vorgenommenen Pfändungen und Vollstreckungen ganz in Unordnung geraten. Der Hauptschreiber der Steuerräte von Clermont hat eine Garnison von 39 Tagen erhalten und konnte doch nur 100 l. bezahlen“.²⁴⁷

Wenn bei dem einzelnen nichts zu holen war, mußte die Körperschaft, der er angehörte, oder ein beliebiges Mitglied derselben herhalten; dazu bot die herrschende Gesamthaftung die Handhabe. Auch Anleihen nahm häufig nicht der einzelne auf, sondern die Gesamtheit, aber jeder haftete mit seinem Vermögen für die Schuld. Dies erleichterte dem Traitant das Vorgehen; er erwirkte sich einen Solidaritätserlaß, mit dem er der Körperschaft zu Leibe ging, d. h. mit dem er gegen jeden einzelnen vorgehen konnte, selbst wenn er die auf ihn entfallende Summe bereits bezahlt hatte.²⁴⁸

246. ebd. No. 522 (Sept. 1703).

247. Von der wirklich elenden Lage vieler Beamtenkörperschaften zeugen zahlreiche von ihnen an den Contrôleur général gerichtete Denkschriften.

248. ms. fr. 7769, Mémoire sur les finances. Über die Praxis der Solidaritätserlasse heißt es hier sehr treffend: „On juge à propos des taxes: un corps entiers d'officiers, chacun selon la mesure de son pouvoir fait des efforts pour payer afin d'éviter les vexations du traitant, de ses commis et de ses huissiers; la moitié satisfait en se privant du nécessaire, l'autre moitié est absolument

Wie den Körperschaften erging es den Zünften. Die Menge der Beamten, die ihnen im Laufe der Jahre oktroyiert und die Taxen, die ihnen auferlegt worden waren, vernichteten ihren einstigen Wohlstand und überhäuften sie mit Schulden. Auch von ihnen ließ sich nicht mehr viel erwarten. „Vollstreckungen, Garnisonen und selbst Gefängnisstrafen erwiesen sich als fruchtlos und verursachten dem Staat nur Kosten“.²⁴⁰ Ein großer Teil der Handwerker kam an den Bettelstab.²⁵⁰ Im Jahre 1710 mußte d'Argenson, der Polizeioberst (lieutenant général de police) von Paris, dem Finanzminister Desmaretz, der beabsichtigte, den Handwerkern ihre maîtrises bestätigen und diese für erblich erklären zu lassen, sagen: „Es überrascht, daß man daran denkt, aus den unglücklichen Zünften neue Gelder zu ziehen, zu einer Zeit, wo man das Verfahren zur Beitreibung von mehreren Millionen, die sie noch schulden, einstellen und sie sogar gegen die berechtigten Ansprüche ihrer Gläubiger in Schutz nehmen muß“.²⁵¹

Analoge Feststellungen sind in bezug auf die Gemeinden und Städte zu machen. Obgleich der Absatz ziemlich zu wünschen übrig ließ, erfuhren die 1692, 1702 und 1704 für die Rathäuser errichteten Ämter im Laufe der Jahre eine Verdoppelung und Verdreifachung. Den Maires, denen als Stellvertreter bereits ein lieutenant zur Seite stand, wurde ein Alternatif-mitriennal beigegeben, ebenso den lieutenants der Maires.²⁵² Die Errichtung einer vollen Triennialstelle hätte, streng genommen, eine sechsfache Besetzung jeder Mairestelle zur Folge gehabt. Aber das scheint der Regierung doch etwas zu gewagt gewesen zu sein; sie übertrug deshalb jeweils die eine halbe Triennialstelle (mitriennal) dem Ancien, die andere dem Alternatif, und zwar in Form der Inkorporierung. Hinzu

hors d'état fournir ce qu'on veut exiger. Le traitant, qui n'a que son intérêt en vue imagine, compose, obtient un arrêt ou une déclaration de solidité au moyen duquel il rend tout le corps responsable de ce qui lui manque du côté de ceux qui n'ont pu fournir leur contingent, il persécute de nouveau ceux-là même qui ne doivent rien de leur chef; exécutions, ventes de meubles, garnisons, retentions de gages, il n'y a sorte de cruautés qu'il n'exerce à leur égard . . .“ (p. 456).

249. Boislisle, II, No. 1126 (Febr. 1707).

250. ebd. No. 1215.

251. T. III, No. 789 (Juni 1710).

252. Edit déc. 1706.

kamen 1708 Staatsanwälte²⁵³ und 1709 neue Schöffen, Handelsrichter, Ratsherren usw.,²⁵⁴ ebenfalls, wie die früheren, mit einem Alternatif-triennal, wobei ein halber Triennalposten an den Ancien ging, der andere konnte vom Alternatif oder aber auch von der Gemeinde en corps erworben werden. Die Zulassung zu diesen Ämtern war an keine Voraussetzungen geknüpft; die ihren Erwerbern zugesicherten Privilegien waren dieselben wie die ihrer nunmehrigen Kollegen.²⁵⁵ Außer ihnen kamen auf: Sergeanten, Häscher, Herolde, Polizeireiter, Stadtdiener, Trompeter, Trommler, Flöter, Portiers und Wächter für die Rathäuser.²⁵⁶ Die Schreiber bestanden in voller dreifacher Auflage, ebenso die für sie bestimmten Kontrolleure.

Bereits im November 1704 war eine Deklaration erschienen, die alle in den letzten zwei Jahren in den Rathäusern geschaffenen, aber noch nicht verkauften Stellen den Gemeinden und Städten en corps zuteilte und ihnen erlaubte, sie geeignet erscheinenden Personen zu übertragen und die Schöffen wieder zu wählen. Den entstandenen Ausfall hatten die Gemeindebeamten zu decken, und zwar in Form einer augmentation de gages in Höhe von 300 000 l.²⁵⁷ Ähnlich verfuhr nun die Regierung 1710 mit den inzwischen erfolgten Neuauflagen. Die nicht verkauften Beamtenstellen konnten sowohl von den Städten als auch von den Beamten abgelöst werden. Diese Verordnung erhielt im September 1714 eine Ergänzung durch ein Edikt, das alle noch nicht inkorporierten oder nicht verkauften Ämter, die zu errichten „die Umstände und eine lange Kriegszeit“ erfordert hatten, für gestrichen erklärte. Auch jetzt mußte der entstandene Ausfall gedeckt werden. Es geschah durch eine Sondersteuer, die die Allgemeinheit zu tragen hatte.²⁵⁸ Überdies erlaubte nun der König den Städten, innerhalb von drei Jahren die ihnen oktroyierten und von einzelnen gekauften

253. Edit oct. 1708.

254. Edit mars 1709.

255. Befreiung von der Taille personnelle und den öffentlichen Lasten wie curatelle, tutelle, ustensile u. dgl., ihre Ämter hatten erbliche Form.

256. Edit mars/avril.

257. Edits novembre 1704, avril 1710.

258. s. a. Thierry, Recueil des monuments inédits de l'histoire du tiers état (Région du Nord) 1856, t. III, p. 163, 179, 201, 217. Amiens z. B. zahlte für die Ablösung der durch Ludwig XIV. errichteten Stadtämter 240 800 l.

Ämter zurückzuerwerben. Ihre Inhaber zur Resignation geneigt zu machen, bezweckte zweifellos auch ein 1715 erlassenes Edikt,²⁵⁹ das ihnen alle ihre Privilegien und damit das entzog, was ein Amt begehrenswert zu machen geeignet war.

So wird es verständlich, daß die Einnahmen aus diesen affaires extraordinaires zurückgingen. Diese Quelle drohte zu versiegen; der Finanzminister hielt sie schon 1709 für erschöpft. „Die Parlamente und die andern hohen Gerichtshöfe, die Präsidialhöfe, die Beamten der ordentlichen Gerichtsbarkeiten und der Finanzverwaltung haben ungeheure Summen bezahlt. Alle diese Beamtenkörperschaften schulden en corps ein Kapital in Höhe des Werts ihrer Ämter und sind nicht mehr fähig, die neuen Unterstützungen zu liefern, die die fruchtbare Phantasie der Finanziers noch ersinnen kann“.²⁶⁰ Eindeutig zeigten dies auch die Aufstellungen, die sich der Finanzminister, allerdings drei Jahre später, Ende 1712, nachdem inzwischen noch manches Ämteredikt erlassen worden war, über die schwebenden Unternehmungen vorlegen ließ.

Aus der P r o v e n c e berichtete damals der Intendant über die Sekretäre der Gerichtshöfe, die 1708 für eine augmentation de gages 33 000 l. hätten bezahlen sollen: „Diese Beamten sind total verarmt (dans la dernière pauvreté). Es ist keine Aussicht vorhanden, aus ihnen noch etwas herauszuholen. Zwangsmaßnahmen und Pfändungen wurden bereits verordnet“.²⁶¹ Die in demselben Jahr errichteten²⁶² und nicht verkauften Ämter der königlichen Sekretäre bekamen die Sénéchaussées einverleibt. Ursprünglich hätte diese Operation 207 000 l. eintragen sollen; die Regierung setzte diese Summe schließlich auf 138 000 l. herab; bezahlt hatten die Körperschaften aber erst 60 500 l., obgleich die Gagen der Beamten beschlagnahmt worden waren, um sie zur Ablösung zu zwingen.²⁶³ Ähnlich verhielt es sich mit diesen Ämtern in der Generalität C a e n.²⁶⁴ Und noch schlimmer stand es hier um die neuen Ämter für Kommissare und Schreiber der zweiten und dritten Besetzung

259. Edit août.

260. Mémoire au Roi, 26 août 1709. Boislisle, III, app. 2.

261. H 1588^{7a}.

262. Edit nov. 1708.

263. H 1588^{7a}.

264. H 1588^{18b}.

(alternatifs mitriennaux).²⁶⁵ Deren Inkorporierung hatte wegen des schlechten Absatzes ebenfalls angeordnet werden müssen,²⁶⁶ und zwar zu Lasten der Anciens. Von 142 000 l., die sie bezahlen sollten, waren erst 300 l. eingegangen. Der Intendant bemerkte: „Die Beamten, denen die Alternatifs einverleibt wurden, haben ihr ganzes Vermögen geopfert für den Erwerb ihrer Ämter und die Bezahlung der Taxen, wozu sie unter verschiedenen Vorwänden gezwungen wurden. Sie sind außerstande, die für die Ablösung verlangte Summe zu bezahlen“. So war es auch in andern Fällen. Die neu errichteten Ämter fanden wenig oder keine Abnehmer, und die Körperschaften wollten sie nicht ablösen. „Es gab Anzeigen, gerichtliche Untersuchungen, Pfändungen, Erlasse, Zwangsmaßnahmen, Strafen“, schreibt der Intendant über die Ämteroperationen der letzten Jahre, „die Beamten sind nicht imstande, die Taxen zu entrichten und sie versuchen alles Mögliche, ihre Möbel und sonstiges Hab und Gut in Sicherheit zu bringen“. Die Gagen der meisten von ihnen waren von den Traitants beschlagnahmt.

Dasselbe erklärte der Intendant von Rouen. Aus den verordneten „Reunionen“ konnte auch er nur einen Teil der Gelder einbringen. Da waren z. B. die 1704 für die Prokureurs und Gerichtsdieners (huissiers audienciers) eingesetzten Syndizi²⁶⁷ im Dezember desselben Jahres für insgesamt 141 000 l. inkorporiert worden.²⁶⁸ Die Hälfte des Betrages²⁶⁹ konnte eingetrieben werden; aber unter welchen Schwierigkeiten! Die Prokureurs der Election Evreux sollten 2 500 l. aufbringen. Nach vielen Pfändungen und „einer langen Garnison“ zahlten sie schließlich 400 l.²⁷⁰ Ganz ergebnislos blieben die Bemühungen in der Election Gisors, deren Prokureurs 1 000 l. aufzubringen hatten. „Mehrere Beitreibungsversuche wurden gemacht und eine Garnison verordnet, die aber nach zwei Monaten wieder zurückgezogen werden mußte, ohne daß sie die Zahlung eines Teils der Hauptsumme oder der Unkosten,

265. Edit janvier 1709.

266. Edit févr. 1710.

267. Edit mars 1704.

268. 84 927 l. für die syndics der procureurs, 56 450 l. für die huissiers audienciers.

269. 70 209 l.

270. Die Unkosten betrugen 250 l.

die 300 l. betragen, erwirken konnte“.²⁷¹ — Keine geringeren Schwierigkeiten hatte der Intendant von T o u r s bei der Inkorporierung der gleichen Ämter. Auch hier brachten die Prokureurs die verlangten Summen nicht auf; Zwangsvollstreckungen erwiesen sich mangels Masse als unmöglich, „man fand bei ihnen weder Möbel noch sonstiges pfändbares Gut“.²⁷² Bei den Gerichtsdienern waren ebenfalls alle Anstrengungen umsonst. „Es ist ausgeschlossen, etwas von ihnen zu erlangen, welche gerichtlichen Verfolgungen man auch anstellt“. — Seit fünf, sechs und mehr Jahren fällige Taxen waren 1712 von Korporationen, die im allgemeinen nicht zu den schlechtgestellten gehörten, noch nicht bzw. nur teilweise bezahlt.²⁷³

Den allgemein herrschenden Zustand schilderte der Intendant von B o r d e a u x sehr treffend.²⁷⁴ „Man darf nicht damit rechnen, aus Errichtungen von Ämtern, deren Verkauf freiwillig ist, noch etwas herausziehen zu können. Der Eifer, mit dem man einst die Ämter kaufte, ist verschwunden wegen der vielen Taxen, die zu zahlen man ihre Inhaber zwang. Auch sind seit einigen Jahren die ihnen zustehenden Gagen nicht mehr regelmäßig bezahlt worden. Zu hoffen bleibt ferner nichts mehr von den Posten, die die subalternen Körperschaften, wie Präsidialhöfe, Elektionen etc., für Inkorporierungen schulden. Sie alle haben gegeben, was ihnen zu geben möglich war. Da mehrere Taxen gleichzeitig auf ihnen lasten, die viel mehr betragen, als sie zu zahlen imstande sind, ziehen sie es vor, ihre Ämter niederzulegen. Gagen erhalten sie nicht, und selbst wenn sie solche bekämen, würden sie nicht aus-

271. H 1588 ⁴⁴.

272. H 1588 ⁴⁵ (10).

273. In der Generalität Limoges sollten die Beamten auf Grund eines Edikts vom August bezahlen: die *maîtres des villes* 28 261 l., *assesseurs aux hôtels de ville* 2 100 l., *commissaires aux revues des étapes* 7 200 l., *commissaires des saisies réelles* 6 025 l., *vérificateurs et rapporteurs des défauts* 12 040 l., *conseillers honoraires* 8 550 l., *chevaliers d'honneur* 6 800 l., *sergents gardes bois* 750 l., *receveurs des traites et deniers patrim.* 31 415 l., *greffiers des Hôtels de ville* 70 495 l., *procureurs du roi des Hôtels de ville* 4 750 l., *tiers référendaires et contrôleurs des dépenses* 29 335 l., insgesamt 277 249 l. Die gewährte Ermäßigung betrug 53 734 l., aber im November 1711 waren noch zu zahlen: 145 670 l. (H. 1588 ^{29c}).

274. H 1588 ^{7a} (70).

reichen, die Capitation, den Dixième und die andern Steuern zu bestreiten“. Bald werde es so weit sein, daß die untern Gerichtshöfe infolge Beamtenmangels eingehen. Diese Sachlage hoben auch andere Intendanten hervor; einer sagte sogar, daß es Bailliages gebe, deren Hauptsitz nur noch zwei oder drei Beamte aufweise.²⁷⁵

Daß zehn, ja fünfzehn Chargen an Präsidialhöfen seit Jahren vakant und trotz des Sturzes der Ämterpreise, trotz der Gewährung formaler Erleichterungen unbesetzt blieben, ist eine Tatsache.²⁷⁶ An dem bekannten Präsidialsitz Blois waren von den 25 Hauptämtern, die 1715 die normale Zahl darstellen sollten, zehn Chargen an die Parties casuelles gefallen, weil niemand sie erwerben wollte.²⁷⁷ Über den Präsidialhof Carcassonne schrieb bereits 1708 der Intendant der Provinz Languedoc: „Die verzweifelte Lage, in der sich dieses Gericht befindet, kann nicht eindringlich genug geschildert werden. Es ist sehr traurig, sehen zu müssen, daß eine der ältesten Sénéchaussées des Königreichs fast außerstande ist, die Rechtsprechung auszuüben. Von 26 Beamten, die jene Körperschaft umfassen sollte, sind nur neun übrig; einige können wegen ihres Alters und krankheitshalber keinen Dienst mehr tun. Alle andern Chargen sind den Parties casuelles verfallen, mit Ausnahme von zwei Ratsämtern, die abgegeben worden sind. Hervorzuheben ist, daß die Chargen des Strafrichters, Hilfsrichters, Siegelbewahrs, des königlichen Prokurators und des Staatsanwalts sich unter ihnen befinden. Die Ursache dieser Verhältnisse ist in der Schuldenlast der Präsidialbeamtenschaft zu suchen, die samt Zinsen 100 000 l. übersteigt; diese wurde eingegangen, damit die wiederholt vom König auferlegten Taxen bezahlt werden konnten. Da neu eintretende Beamte für die Schulden des Präsidialhofs mithaften müssen, was den sicheren Ruin bedeutet, denkt niemand daran, jene Ämter zu erwerben. So wird das Übel unheilbar, wenn der König keine Hilfe schafft. Es steht fest, daß die restlichen neun Chargen nicht in dem Maße besetzt werden können, wie ihre Inhaber abgehen; deshalb wird die Rechtsprechung bald ganz auf-

275. Généralité de Caen, H 1588 ^{1a}b.

276. s. Laurain, *Essai sur les Présidiaux*, Rev. droit fr. 1895, p. 535 ff.

277. AD H³ No. 204.

hören. Schon heute kann man häufig keine Präsidialgerichte mehr abhalten, weil es unmöglich ist, sieben Richter zusammenzubringen. Den Beamten sind ihre Gläubiger aufsässig, ebenso den Erben der verstorbenen Beamten wegen der Mithaftung für früher gemachte Anleihen; dies führt zu zahlreichen Prozessen und verursacht den Ruin vieler Familien. Es gibt Ämter, die seit fünfzehn Jahren vakant sind, und kein Mensch hat sich um sie beworben“.²⁷⁸ Wahrhaftig, erschütternde Bilder!

Das war also das Ergebnis der Ämterpolitik Ludwigs XIV. Die 600 Ämter edikte, die er erlassen haben mag und denen zufolge die Zahl der Beamten ungeheuer hätte gestiegen und die Ämter mindestens doppelt, die allermeisten aber drei- und vierfach hätten besetzt sein müssen — denn viele Triennale und Quatriennale wurden ausdrücklich errichtet —, hatten nichts anderes bewirkt als den Zerfall der einst so stolzen Beamtenkörperschaften. Und die Diener des Staates selbst waren verelendet, verbittert, ausgesogen; von positiver Staatsgesinnung war keine Spur mehr. Fast wie ein Wunder erscheint es, daß der Zusammenbruch der Staatswesens nicht sogleich erfolgte. War die Lage der Beamten viel besser als die des gewöhnlichen Taillepflichtigen? Diesen nahm der König gegen die Kollekteurs wenigstens etwas in Schutz durch das Verbot, ihm seine Fenster, Türen, sein Bett, seine Wäsche oder seine Kleider zu pfänden und wegzunehmen, damit er nicht „nackt gehen und auf dem Stroh schlafen“ müsse, wie das vorgekommen sei.²⁸⁰ Die Armut der Beamten war sprichwörtlich geworden. Sie lebten, wie der Volksmund sagte, „der Ordonnanz gemäß“, d. h. ihre Wohnungseinrichtung bestand aus „einem Bett ohne Vorhang, einem eisernen Suppentopf und Holzlöffeln“.²⁸¹

Trotz allem „gewährte“ der König seinen Beamten im Jahre 1712 noch einmal die Erlaubnis, d. h. er zwang sie, sich das Eigentum an ihren Ämtern, Rechten und Privilegien, soweit sie sie seit

278. Boislisle, III, No. 50 (Mai 1708).

279. Eine große Anzahl davon nennt ms. fr. 21 014—016, Table d'édits, déclarations.

280. Arrêt de la cour des Aides portant défenses aux huissiers et sergents, assesseurs et collecteurs des tailles, de saisir et enlever les lits, linceuls, couvertures, habits, pain, portes et fenêtres des maisons des contribuables aux tailles ... du 17 novembre 1712.

281. ms. fr. 7769, Mémoire sur les finances, p. 456.

dem 1. Januar 1688 erworben hatten, mittels einer finance bestätigen zu lassen. Die Ämter waren nämlich 1709 zum regelrechten Eigentum geworden; ein Edikt vom Dezember d. J. hatte ihren kasuellen Charakter beseitigt, das Annuel und den Prêt aufgehoben und deren Ablösung zum denier 16 eines Normaljahrs (also die 16-fache Höhe) verordnet. Diese Maßnahme wurde getroffen, weil angeblich viele Ämter infolge Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften und Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen seitens der Beamten an die Parties casuelles fielen, „zum großen Nachteil der Erben, Witwen und Gläubiger“. Hinfort sollten die Ämter erblich bzw. à survivance sein. Von nun an hatte der Beamte nur noch eine Veräußerungsabgabe zu entrichten, die einmal fällig wurde. In Wirklichkeit aber bezweckte der König, auf diese Weise schnell einige Millionen eintreiben zu können. Tatsächlich ergab die Operation allein im Jahre 1710 nahezu 24 Millionen.²⁸³



Richten wir noch einen Blick auf die zahlenmäßige Seite der außerordentlichen Finanzoperationen. In die affaires extraordinaires von 1688 bis 1715 teilten sich nahezu 700 Unternehmer.²⁸⁴ In erster Linie führten sie aus: Veräußerungen von Krongütern, Rechten und Domanialämtern, freiwillige und oktroyierte Ablösungen der Taille und Capitation, Aufnahme von Rentenskapitalien, Vertrieb von Attributionen, Taxationen, augmentations de gages, Bestätigungen von Rechten und Privilegien zugunsten der Beamten, Verkäufe neuer Ämter und Adelsbriefe. Die auf diese Weise gewonnenen Summen gingen in die Milliarden. Über 3 400 Verträge aller Arten kamen in dem genannten Zeitraum zustande.²⁸⁵ Auf jeden Traitant entfielen also mehrere Abschlüsse; es gab Traitants, die als Haupt- oder Nebenpartner oder Bürgen an Operationen von gewaltigem Ausmaße beteiligt waren. Da war einer,

282. Edit oct. 1712.

283. Mémoire de Desmaretz au Roi, 1715, Boislisle, III, p. 617.

284. ms. fr. n. a. 343, Projet d'une liste générale des traitants et cautions d'affaires extraordinaires de Finances de 1688 jusques et compris 1715, gibt 698 Traitants an.

285. nach demselben Mskr. beträgt die Zahl der traités: 3478.

der von 1688 bis 1699 für sich allein zehn Verträge in einer Gesamthöhe von 31 400 000 l. abschloß und sich in der Zeit von 1700 bis 1715 an 80 weiteren mit 106 Millionen beteiligte, wobei er vielfach der Haupttraitant war.²⁸⁶ Ein anderer beteiligte sich an 74 Verträgen, die ein Kapital von 211 Millionen darstellten,²⁸⁷ und ein dritter war an 125 Verträgen interessiert; ihr Kapital überstieg 255 Millionen.²⁸⁸

Was die *affaires extraordinaires* im engeren Sinne, d. h. die Ämterverkäufe, Attributions- und Privilegienveräußerungen betrifft, Dinge also, die sich lediglich auf die Beamtenschaft bezogen, so floß der von uns festgestellte Betrag von 828 472 670 l.²⁸⁹ aus mindestens 564 Verträgen. Möglich ist aber auch, daß es sich hierbei um die Zahl der Traitants handelt und daß die Zahl der Verträge weit größer war,²⁹⁰ denn auch hier schlossen viele Unternehmer mehrere, manche eine erhebliche Anzahl Verträge ab. Zu bedenken ist freilich, daß viele Verträge nicht zur Ausführung gelangten, weil häufig die Körperschaften ganze Ediktserien ablösten, — inkorporierten. Wie dem auch sei, die Beamtenschaft mußte allein in der Zeit von 1700 bis 1715 ungefähr 400 von Traitants ausgeführte Unternehmungen, deren Kapital mindestens 542 Millionen betrug, über sich ergehen lassen.²⁹¹ Von den erwähnten 828 Millionen bezog aber der König nur 718 626 000 l.; die übrigen Millionen flossen als *remise* in die Taschen der Traitants. Ihre vertraglich festgelegten Gewinne beliefen sich auf 172 690 000 l. Da die *remises en dehors* nahezu 63 Millionen ausmachten, betrug die auf Grund der Verträge aus der Beamtenschaft erpreßte Summe in Wirklichkeit mindestens 891 Millionen.²⁹² Be-

286. ebd. fol. 88/89.

287. fol. 126/27.

288. fol. 17/18.

289. s. ms. fr. 7769, ms. fr. 7750, fol. 89—111, und ms. fr. 11 152, fol. 107, ms. fr. 7734 und 7752.

290. In den genannten Quellen steht bald *traité* für *traitant*, bald umgekehrt.

291. s. E. Levasseur, *Recherches historiques sur le système de Law*. (Paris 1854), p. 6/7, note 3.

292. In ms. fr. n. a. 343 heißt es dazu noch: „on n'a pu comprendre dans le gain des traitants les recouvrements dont ils ont été chargés par les arrêts particuliers, sans faire d'avances, la plus grande partie des excédents des

rücksichtigt ist dabei nicht, daß die Traitants durch Falschbuchungen, unfaire Verfahren und Plagereien, die sie infolge der ihnen eingeräumten Freiheiten fast ungehindert anwenden konnten, ihre gesetzlichen Gewinne stark steigerten, nach dem Urteil zuverlässiger Zeitgenossen auf das Doppelte.²⁹³

Die Frage nach den Gesamteinkünften aus den uns vorzugsweise interessierenden affaires extraordinaires wird sich nie mit Sicherheit beantworten lassen. Die vielen Millionen, die die Gemeinden, Städte und Körperschaften für Ämterablösungen zahlten, sind unter verschiedenen Rubriken gebucht, und zwar so, daß sie im einzelnen in den wenigsten Fällen genau feststellbar sind; was nicht aufgebraucht werden konnte und einfach auf die Steuern geschlagen und von der Allgemeinheit getragen wurde, entzieht sich ebenfalls einer Feststellung. Ähnlich ist es mit den Beträgen für Ämter, die ohne Traitant, also nicht durch Vertrag, vertrieben wurden. In Betracht kommen dabei meist die einträglichsten und teuersten Chargen. Nicht ganz leicht feststellbar sind auch die von den Beamten für Attributionen aller Arten bezahlten Summen; für augmentations de gages brachten sie allein über 200 Millionen auf.²⁹⁴ Eine Schätzung, die als Ertrag aus den Ämteredikten und den Finanzmanövern auf Kosten der Beamten 1,3 Milliarden annimmt, dürfte auf keinen Fall zu hoch gegriffen sein.

Diese Summe erhält eine besondere Note bei Berücksichtigung der allgemeinen Finanzlage. Bei Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges waren die Finanzen des Staates durch die vorhergegangenen Kriege bereits schwer belastet. Die Ausgaben von 1689 bis 1699 beliefen sich auf über zwei Milliarden,²⁹⁵ die ordentlichen Bruttoeinnahmen dagegen in der gleichen Zeit auf kaum 1200 Millionen. Der Fehlbetrag konnte nur zu einem Teil gedeckt

forfaits; les intérêts considérables qu'ils peuvent avoir tirés des deniers restants en leurs caisses jusqu'à la reddition de leurs comptes, et leurs droits d'expédition pour la provision d'offices, droits de présence, pots de vin pour les préférences etc."

293. s. a. Forbonnais, t. 2, 514.

294. ms. fr. 11 152, fol. 48 f.; K 886, No. 5 (Arch. nat.) gibt das Kapital der aug. de gages auf 205 371 971 l. an.

295. ms. fr. 7769, Mémoire sur les finances; nach den von Boislesle gegebenen Etats rund 2200 Millionen, s. t. I, append.

werden durch außerordentliche Maßnahmen,²⁹⁶ darunter auch 30 Millionen Veräußerungen der ordentlichen Einnahmen. Deren Belastung war erheblich gestiegen: von 22,3 Millionen im Jahre 1683 auf 47,7 Millionen im Jahre 1699, was einen Rückgang der Reineinnahmen von 93,5 auf 69 Millionen verursachte.²⁹⁷

Im Laufe des Spanischen Erbfolgekrieges wurde die Finanzlage noch viel trostloser. Der Generalkontrolleur Chamillart konnte von 1701 bis 1707 nur rund 387 Millionen ordentliche Einnahmen erzielen; ihnen standen 1 346 Millionen Ausgaben gegenüber,²⁹⁸ die trotz aller Anstrengungen mit den vielerlei affaires extraordinaires nicht beglichen werden konnten. Denn als Desmaretz im Februar 1708 Chamillart im Amte ablöste, bestanden außer dem Rentendienst, den Gagen für die Beamten und den laufenden Ausgaben Verpflichtungen in Höhe von 494 Millionen. Von den Einnahmen des Jahres 1708, von denen nach Abzug der Belastungen theoretisch noch 82 Millionen übrigblieben — trotz der Capitation —, waren für die Bestreitung der Ausgaben von 1706 und 1707 nahezu 55 Millionen vorweggenommen.²⁹⁹ So konnten die ordentlichen Einnahmen dieses Jahres nur noch 20 Millionen liefern; ihnen stand aber unter Einschluß des Ausgabeetats von 202 Millionen eine Gesamtverpflichtung von 729,5 Millionen gegenüber.³⁰⁰ Nur 135 Millionen gelang es Desmaretz bis 1715 davon zu begleichen. Aber den Staat jahrelang bei der immer schwieriger werdenden Lage über Wasser zu halten, bedeutete eine anerkennenswerte Leistung, so wenig mit einem solchen Urteil die Mittel gebilligt werden sollen, die zur Anwendung gelangten.

Daß aus den affaires extraordinaires herausgeholt wurde, was herauszuholen war, leuchtet angesichts dieser Sachlage ein. Die ordentlichen Einnahmen betrugen von 1708 bis 1715 nur insgesamt 269 Millionen, denen Ausgaben in Höhe von mindestens 1564 gegenüberstanden. Zwar lieferten die ordentlichen Einnahmen auch 1715 noch 109 Millionen, aber die hauptsächlich durch die

296. Deren Bruttoertrag war 350 Millionen; s. ms. fr. 7769, p. 471.

297. Marion, Dictinnaire, s. Budget. Zum denier 18 gerechnet, würde diese Veräußerung einem Kapital von 540 Millionen entsprechen.

298. Marion, Ce qu'il faut connaître, p. 24; nach Dictionnaire: 1 346 358 763 l.

299. s. Mémoire de Desmaretz, nov. 1709 (Boislisle, III, app. 2).

300. Mémoire de Desmaretz au roi, 1715 (Boislisle, III, p. 616).

vielen Rentenaufgaben und Ämtererrichtungen bedingte Belastung betrug 84,5 Millionen;³⁰¹ sie hatte sich also seit 1683 um 61 Millionen erhöht. Während damals rund 93 Millionen jährlich in die Staatskasse flossen, erhielt diese jetzt nur noch etwas über 30 Millionen. Von den Eingängen aus der Taille und ihren accessoires in den pays d'élections, die 41 Millionen betragen sollten, waren 1715 über 27 Millionen veräußert oder verpfändet. Die Fermes waren noch stärker belastet. Der Rentendienst verschlang 42, die Gagen und augmentations de gages 37,5 Millionen pro Jahr,³⁰² was, zum denier 18 berechnet, ein Kapital von über 1 400 Millionen repräsentiert. Wie sehr mußte das Volk verarmt sein, wenn selbst die Beamten, die ihre Ämter zum denier 12 oder gar 10, ihre augmentations de gages, Attributionen usw. zum denier 18 oder 16 und noch höher erworben hatten und die Zinsen des angelegten Kapitals aus dem Volke ziehen konnten, ruiniert wurden! In weit elenderem Zustande befand sich Frankreich jetzt als beim Tode Ludwigs XIII., des Sonnenkönigs Vorfahren.

Zu den alten Steuern waren noch die Capitation und der Dixième gekommen. Zunächst zählte ihr Ertrag zu den außerordentlichen Einnahmen, da sie als Kriegskontribution galten. Sie lieferten im Jahr 45 Millionen, was die Durchschnittsreineinnahme aus den Steuern auf 75 Millionen ansteigen ließ. Ihnen stand in den letzten Kriegsjahren eine jährliche Ausgabe von ungefähr 219 Millionen gegenüber; der Krieg allein erforderte pro Jahr 150 Millionen. Desmaretz mußte deshalb außer den neuen Steuern einen außerordentlichen Fonds von mehr als einer Milliarde zu beschaffen suchen. Seinen eigenen Angaben zufolge hatte er sich dafür bis Ende 1714 rund 691,6 Millionen verschafft.³⁰³ Zudem schuldete die Regierung den Beamten der Pariser Gerichts- und Verwaltungshöfe die Gagen und augmentations de gages für zwei Jahre, den Parlamenten der Provinz gegenüber war sie für fünf oder sechs Jahre im Rückstand. Genau so lagen, mit ganz wenigen

301. s. K. 886, No. 18, Bordereaux des rentes et charges assignées sur les revenus du Roi, gibt sogar 86 267 026 l. an, vgl. *Mémoire qui a servi au rapport de Mgr. le duc de Noailles sur l'administration des finances* (ebd.).

302. ms. fr. 7752, p. 109.

303. ms. fr. 14 091, *Mémoire de Desmaretz*, vgl. *Compte rendu au Régent*, (Boislisle, III, app. 7).

Ausnahmen, die Dinge hinsichtlich der Beamten der niederen Körperschaften der Justiz und Finanz. Dieser Posten machte allein eine Schuld von 71 Millionen aus.³⁰⁴ Angesichts dieser Sachlage standen die Traitants, die so viele Millionen eingesteckt hatten, der Regierung kühl bis ans Herz hinan gegenüber. „Einige schlugen freilich den Abschluß von affaires extraordinaires vor, obgleich man annehmen mußte, daß diese Quelle versiegt sei“. Es fanden sich ganze zwei Personen, die sich geneigt zeigten, dem König 2,5 Millionen vorzuschießen.³⁰⁵

Ziehen wir die Bilanz der Finanzverwaltung der französischen Könige von Franz I. bis Ludwig XIV., so zeigt sich, daß die Einnahmen des Staates in weniger als zweihundert Jahren um ungefähr das Fünffache gestiegen waren, die Capitation und den Dixième nicht inbegriffen. Die Summen, die ihre Erhebung dem Volke kostete, die Löhne des großen Heeres der Steuerkommiss, die Schikanen, Mehrerhebungen und alles, was sich sonst an Mißbräuchen eingeschlichen hatte, läßt sich zahlenmäßig nicht erfassen. Zu den ordentlichen Einnahmen dieses Staates, die unter Ludwig XIV. um ein Mehrfaches höher waren als die der Staaten des deutschen Reiches, kamen aus den verschiedensten Quellen die außerordentlichen Einnahmen. Sie lieferten von 1600 bis 1715 an nachweisbaren Summen den ansehnlichen Ertrag von 4 894 114 312 l.; in der Zeit von 1689 bis 1715 allein über zwei Milliarden.³⁰⁶

Am Ende der Regierungszeit Ludwigs XIV. sah die finanzielle Lage des Staates verzweifelt aus. Den Gesamteinnahmen von 69 Millionen (bei Berücksichtigung der Capitation und des Dixième) stand ein Ausgabeetat von 146 Millionen gegenüber. Überdies waren die Einnahmen der Jahre 1716 und 1717 fast ganz, die der folgenden Jahre bis 1722 zu einem Teile vorweggenommen

304. ms. fr. 11 152.

305. ebd.

306. Nach ms. fr. 7752; von 1600 bis 1610 rund: 105,5 Mill., von 1611 bis 1640: 1205,5 Mill., von 1641 bis 1656: 1095,2 Mill., von 1661 bis 1688: 369 Mill., von 1689 bis 1699: 579 Mill., von 1700 bis 1715: 1 539 672 010 l. — Die Zeit des Ministeriums Fouquet ist nicht inbegriffen, da für sie keine Unterlagen vorhanden sind. 400 Millionen dafür anzunehmen dürfte nicht zu hoch gegriffen sein, denn der Staat lebte unter ihm fast nur von affaires extraordinaires. Somit würde sich der Gesamtbetrag auf ungefähr 5,3 Milliarden erheben.

bzw. verpfändet zur Rückzahlung gewährter Vorschüsse.³⁰⁷ Nahezu 600 Millionen Staatspapiere galten als wertlos. Das Kapital der Renten stieg auf 1 100 Millionen, dazu kam das der Ämter, der veräußerten Attributionen und der augmentations de gages; die Staatsschuld des Staates wurde auf 2 936 Millionen geschätzt.³⁰⁸

Es stellte sich heraus, bekannte die Regierung, „daß die Kron-güter veräußert, die Staatseinnahmen durch eine Unmenge von Belastungen und Konstituierungen fast gleich Null, die ordentlichen Steuern zum voraus verbraucht waren und Rückstände aller Arten sich seit mehreren Jahren angehäuft hatten. Billets, Anweisungen und Assignationen von so großer Zahl, so verschiedener Natur und so hohen Summen sind ausgegeben, daß es kaum möglich ist, den Überschlag zu machen“.³⁰⁹

Das in den letzten 27 Jahren herrschende Finanzsystem zeigte dieselben Begleiterscheinungen wie die Zeit vor Colbert: Veruntreuungen, Betrugereien, Bedrückungen, eine schamlose Bereicherung der Geldleute und Finanzbeamten auf Kosten des Staates. Die auf Grund einer Deklaration vom 7. Dezember 1715 eingesetzte Untersuchungskommission stellte beim Überprüfen der Schuldverpflichtungen des Staats fest, daß allein mehrere Schatzmeister, die angeblich im Besitz von Assignationen in Höhe von 218 Millionen waren, ungefähr 100 Millionen zuviel zu ihren Gunsten berechnet hatten, als sie die Einlösung jener Scheine beantragten.³¹⁰

Die öffentliche Meinung forderte gebieterisch die Bestrafung der Schuldigen. Ihrem Verlangen entsprach ein Edikt vom März 1716, das eine *Chambre de justice* einsetzte. Bezugnehmend auf die früheren Sondergerichte, heißt es in der Präambel: „Der Zustand der Erschöpfung, in der Wir unser Königreich vorgefunden haben und die Verschwendung, die während der letzten zwei Kriege mit den öffentlichen Geldern getrieben wurde, zwingen Uns

307. ms. fr. 11 152.

308. Marion, *Ce qu'il faut connaître*, p. 27, gibt nur 2 382 Millionen an; anscheinend sind darin die 600 Millionen Staatspapiere nicht inbegriffen. Ganz genaue Schätzungen sind unmöglich. Es finden sich auch Angaben für die Staatsschuld in Höhe von 3,5 Milliarden.

309. *Déclaration*, 7 déc. 1715, *Isambert*, 21, p. 67.

310. ms. fr. 11 152, fol. 55.

zur Anwendung der früher erprobten Mittel und dazu, dem Volke die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die es von Uns verlangt gegen die Traitants und Geldleute, ihre Kommis und Helfer, welche es durch ihre Plagereien zwangen, weit mehr zu bezahlen, als die Not der Zeit Uns drängte, von ihm zu verlangen, gegen die Finanzbeamten, die Kriegslieferanten und andere, die durch das Verbrechen des Peculats (Kassendiebstahl) den größten Teil der Summen, die dem Tresor hätten zugeleitet werden müssen, entwendet haben. Die ungeheuren und schnell entstandenen Vermögen derjenigen, die sich auf sträfliche Weise bereichert haben, das Übermaß ihres Luxusses und Prunks, das eine Verhöhnung des Elends zu sein scheint, in dem sich die Mehrzahl der Untertanen befinden, ist a priori ein offenkundiger Beweis ihrer Veruntreuungen. Es ist nicht verwunderlich, daß sie das, was sie unrechtmäßig erwarben, verprassen; die Reichtümer, die sie durch Bereaubung Unserer Provinzen angesammelt haben, sind die Substanz Unseres Volkes und das Eigentum des Staates“.

Die Chambre de justice entfaltete bald eine eifrige Tätigkeit, eine Tätigkeit, die sich auf die Prüfung der gesamten Finanz- und Steuerverwaltung erstreckte.³¹¹ Über ein Jahr lang tagte sie. Alle an den finanziellen Unternehmungen des Königs Beteiligten mußten ihre Etats vorlegen; eine eingehende Untersuchung durch die Kammer hätte zuviel Zeit erfordert. Nach den von den Vorgeordneten selbst gemachten Erklärungen betrug ihr Vermögen 712 922 688 l.³¹² Rund 4 400 Personen³¹³ erhielten eine Geldstrafe. Ungefähr zwei Siebentel ihres Vermögens sollten sie herausgeben. Dementsprechend betrugen die ihnen auferlegten Taxen 220 Millionen; davon waren im Juni 1717 bereits 70 Millionen bezahlt.³¹⁴ Diejenigen, die ihre Etats nicht vorlegten, mußten sich eine amtliche Einschätzung gefallen lassen.

311. s. Instructions sur lesquelles les subdélégués pour la Chambre de justice exécuteront leur commission.

312. ms. fr. 11 152, fol. 62—63.

313. ebd., es ist die Zahl 4 510 angegeben; nach Liste des gens d'affaires qui ont été taxés (B.N. Lf^{re} 95) waren es 4 366 Personen; vgl. G⁷ 1832 (Arch. nat.).

314. ms. fr. 11 152; nach Liste des gens d'affaires betrugen die verordneten Taxen 212 325 267 l.

Die von der *Chambre de justice* verhängten Geldstrafen erreichten im einzelnen oft eine beträchtliche Höhe; einige belaufen sich auf 200, 300, 500, 900 000 l., ja 1,4 Millionen.³¹⁵ Am stärksten wurden die Generalpächter getroffen; sie erhielten insgesamt Strafen von 28 Millionen,³¹⁶ die Generalsteuereinnahmer (*receveurs généraux*) 19,7 Millionen, die Oberschatzmeister (*trésoriers généraux*) 15 Millionen und die Einnehmer der *Taille* 10,3 Millionen.³¹⁷

Aber bei diesem Sondergerichtsverfahren geschah das, was bei den früheren getadelt und beklagt worden war: den kleinen Dieben erging es am schlechtesten, die großen dagegen konnten sich in Sicherheit bringen. Denn Gönnerschaften und Freisprechungen ließen sich erkaufen, und die Finanziers scheinen für Bestechungsgelder mehr geopfert zu haben als für Strafen. So wurde der Prozeß zu einem unsauberen Geschäft zwischen denen, die der Gunst bedurften und denen, die sie verkauften, d. h. zwischen der Finanz und den Höflingen. Selbst Damen des Hofes betätigten sich als Vermittler. Was die Mitglieder der *Chambre de justice* betrifft, so scheinen sie nicht weniger bestechlich gewesen zu sein. Unter Ausnutzung der Begehrlichkeit ihrer Beschützer und Richter wußten nun die Angeklagten sich einer gerechten Strafe zu entziehen. Ein mit 1 200 000 l. bestrafter *Traitant* erwiderte einem Adligen, der ihm anbot, für 300 000 l. seine Befreiung zu erwirken: „Meiner Treu, Sie kommen zu spät, Herr Graf, ich habe bereits mit Madame für 150 000 l. den Handel abgeschlossen“.³¹⁸ Zahlreiche Witze kamen anläßlich dieser Dinge in Umlauf; bald trat ein Wandel der öffentlichen Meinung ein, und die allgemeine Entrüstung wandte sich gegen die Richter. Vor Ablauf eines Jahres war die *Chambre de justice* unpopulärer, als die Finanziers es je gewesen.

Nun zögerte die Regierung denn auch nicht, das Verfahren einzustellen und die Kammer abzurufen. Die Begründung hierfür ist nicht uninteressant. „Die Untersuchungen, die das Gericht durchführte, und die Aufstellungen, die ein großer Teil der Vorge-

315. s. ms. fr. 7741, premier rôle, art. 33, 39, troisième rôle, art. 19, *passim*.

316. 28 369 500 l.

317. nach ms. fr. 7741.

318. s. Isambert, 21, p. 80, note 1.

ladenen über ihr Vermögen vorlegten, ließen sowohl die Größe des Übels als auch die Schwierigkeiten, ihm abzuhelpen, in Erscheinung treten. Je mehr man seine Ursache und seinen Umfang erforschen wollte, desto deutlicher zeigte sich, wie sehr die Korruption um sich gegriffen hatte, und daß fast alles von ihr angesteckt war; deshalb mußte darauf verzichtet werden, mit unerbittlicher Strenge vorzugehen. Die Bestrafung aller Schuldigen hätte zu einer nachteiligen Unterbindung des Handels und zu einer allgemeinen Erschütterung aller Teile des Staates geführt³¹⁹. Hierauf erfolgte eine völlige Amnestierung derjenigen Personen, die ihre Etats vorschriftsmäßig vorgelegt hatten; es waren nahezu 3 000, die die verhängten und noch nicht bezahlten Taxen erlassen bekamen.

Der Auflösung der Kammer folgte die Zusicherung, in Zukunft auf Chambres de justice zu verzichten. Tatsächlich war sie auch die letzte; das ist vielleicht das Rühmlichste, was von ihr gesagt werden kann. Sie stellt in gewissem Sinne den Schlußstrich unter die großen Finanzoperationen des Sonnenkönigs dar, Operationen, die den charakteristischsten Zug der Finanzmethoden des alten Frankreichs zeigen. Die affaires extraordinaires bildeten eine wesentliche Grundlage der Staatsfinanzen und ergaben den Fonds, mit dessen Hilfe das Ancien régime vegetierte; wie im 16. und 17., so auch in etwas anderer Form im 18. Jahrhundert.

319. Edit portant suppression de la Chambre de justice, mars 1717. Isambert, 21, p. 140.

Siebentes Kapitel.

Ludwigs XIV. Vermächtnis.

Einen Teil der Erbschaft, die Ludwig XIV. seinem Lande hinterlassen hatte, zu liquidieren, war zunächst das Bemühen der Regierung des Regenten. Sie konnte dabei anknüpfen an das Edikt Ludwigs vom August 1715. Dieses hatte sämtliche Privilegien der seit 1689 verkauften Ämter beseitigt, deren finance nicht 10 000 l. erreichte, alle gewährten Adelsbriefe für ungültig erklärt, die Ämter der Subdelegierten, ihrer Schreiber sowie sämtliche seit 1689 in den Elektionsverwaltungen errichtete Stellen aufgehoben. In der Folgezeit unternahm die neue Regierung eine Säuberungsaktion, die, nach den gesetzgeberischen Akten zu schließen, ziemlich umfangreich war. Vom Oktober 1715 bis November 1717 gab sie allein 75 Edikte, Erklärungen und Erlasse heraus,¹ die sich mit der Aufhebung von Ämtern und Rechten befaßten. Freilich, so beträchtlich diese Zahl ist, sie ist gering im Vergleich zu der Zahl der früher erlassenen „Schöpfungsedikte“. Auch stand vieles nur auf dem Papier, denn die Liquidation wurde erschwert durch die Unmöglichkeit, die Inhaber der aufgehobenen Ämter abzufinden.

Wie es in Wirklichkeit stand, zeigt die Liquidierung der Hallen-, Markt- und Polizeiämter, die in Massen in Paris geschaffen worden waren. Bereits Ludwig XIV. hob sie auf.² Da er aber gleichzeitig bekennen mußte, die Ablösung aus der Staatskasse nicht bestreiten zu können, ließ er die mit ihnen verbundenen Rechte zu drei Viertel bestehen. Sie sollten das Ablösungskapital liefern. Als jedoch die Ausführung des Planes auf Schwierigkeiten

1. s. Table des édits et déclarations portant suppression d'offices et de droits, rendus depuis le mois d'octobre 1715 jusqu'au mois de novembre 1717 (G⁷ 1567—68).

2. Edit mai 1715.

stieß, wurde er zurückgestellt und eine Anzahl der aufgehobenen Ämter sogar neu bestätigt.³ Erst Ende 1719 sollte die Liquidation stattfinden. Aber sie kam auch jetzt nicht zustande, eine neue Verschiebung erfolgte. In den Jahren 1727 und 1730 stellte sogar Ludwig XV. die in Rede stehenden Ämter wieder in vollem Umfange her. Die alten Besitzer hatten das Vorkaufsrecht. Ein Edikt vom September 1759 hob diese Ämter abermals auf, ließ aber die mit ihnen verbundenen Rechte unangetastet; der Ertrag aus ihnen sollte in eine Sonderkasse fließen und die Ablösung ermöglichen. Aber die finanzielle Lage des Staates nötigte schon im folgenden Jahre zu einer Änderung des Planes. Die abgesetzten Beamten durften vorläufig gegen Zahlung einer kleinen finance ihre Tätigkeit wieder aufnehmen; die Gründung der Sonderklasse sollte 1771 erfolgen und die Ablösung 1782 beendet sein. Da aber die Regierung das Liquidationsverfahren zum angegebenen Zeitpunkt (1771) nicht aufnehmen konnte, verschob sie den Beginn um sechs Jahre und sah seine Beendigung für das Jahr 1788 vor. Turgot suchte dieser Regelung endgültigen Charakter zu geben; er bestätigte durch ein Edikt vom Februar 1776 die 1759 ausgesprochene Aufhebung, ließ aber die Rechte bestehen; sie wurden in Pacht gegeben, und der Ertrag daraus sollte die Entschädigungssumme liefern.⁴ — In dieser Regelung dürfen wir ein Schulbeispiel für die Art und Weise der Ämterliquidationen sehen.

In den allermeisten Verfahren hatte die Beamtenschaft das Kapital zur Ablösung der aufgehobenen Ämter selbst zu liefern. Die Methode ist uns bereits bekannt; sie ist die des 16. und 17. Jahrhunderts. Hand in Hand mit der Aufhebung eines Amtes ging nämlich meist eine Taxierung oder Erhöhung des Amtspreises mit der Begründung, daß sich durch den Abbau das Ressort jedes verbleibenden Beamten vergrößere und seine Einkünfte sich vermehrten. Aber auch die Methode der früheren Regierungen, Ämter aufzuheben und sie bald darauf oder gar gleichzeitig wieder zu bestätigen, kam erneut zur Anwendung. Solche Fälle sind zahlreich. Und diese Vorgänge setzten schon zu einer Zeit ein, als Lud-

3. Edit sept. 1719.

4. s. Schelle, Oeuvres de Turgot, t. 5, p. 234 ff., 286; vgl. Encyclopédie des finances, III, p. 249.

wig XIV. noch in lebhafter Erinnerung war. Selbst umfangreiche Neuerrichtungen von Ämtern sind zu verzeichnen.

So erschienen im August 1722 mehrere Edikte, durch die die Käufllichkeit der Stadt- und Gemeindeämter unter dem Vorwand, es müßte Geld beschafft werden, wieder eingeführt wurde,⁵ obgleich ein Edikt vom Juni 1716 sie „endgültig“ beseitigt hatte. Die Gouverneure, Leutnants, Majore, Maires, Stellvertreter der Maires, Schöffen, Konsuln, Beisitzer etc. kamen wieder nach früherem Muster auf, und von den 77 Millionen,⁶ die die Regierung aus diesen Ämtern zu ziehen beabsichtigte, gingen allein bis November 1723 über 33 Millionen ein.⁷ Aus andern Ämtern und aus Adelsbestätigungen zog die Regierung vom Juli 1725 bis Juni 1726 nicht weniger als 30 Millionen. Die Wiederbestätigungen und der Verkauf von Meisterbriefen hatten allein 5,7 Millionen eingebracht.⁸ Doch nahmen die Unternehmen nie einen Umfang an wie zur Zeit Ludwigs XIV. Viele Ämter waren in Mißkredit geraten, und dies zwang die Regierung, sich den Hauptfonds der außerordentlichen Mittel auf andere Weise, nämlich in Form von Rentenkonstituierungen, Tontinen, überhaupt der Anleihe zu beschaffen. Doch verzichteten deswegen die beiden letzten Könige nicht auf das Prinzip, das der Ämterpolitik der früheren Könige zugrunde gelegen hatte. Sie behielten es unverändert bei und holten aus dem Ämterhandel heraus, was herauszuholen war. Bezeichnend ist hierfür die hinsichtlich der Stadt- und Gemeindeämter betriebene Politik.

Als die Regierung die 1722 ausgeschriebenen Ämter zum größten Teile verkauft hatte, hob sie 1724 deren Käufllichkeit wieder auf und ließ den Rest durch die Städte ablösen. Ein Edikt

5. Edit aout 1722. „La nécessité de pourvoir au payement exact des arrérages, et au remboursement des capitaux des dettes de l'Etat nous a obligé à chercher les moyens les plus convénables pour y parvenir; et il ne nous a point paru d'expédient plus sûr et moins onéreux à nos peuples que le rétablissement des différents offices supprimés depuis notre avènement à la couronne, et dont les finances font actuellement une partie considérable des mêmes dettes de l'Etat“. (Isambert, 21, p. 209.)

6. ms. fr. 11 043, fol. 160 ff.

7. Verkauft waren bis dahin für 57,3 Millionen, s. G⁷ 1567—68, (Relevé général des soumissions et enchères pour les offices municipaux), vgl. a. mr. fr. 11 043 fol. 160 ff., Recettes des parties casuelles.

8. ebd. s. Etat du recouvrement.

vom Juli 1733 beseitigte sie wiederum ausdrücklich, um den Städten erneut die Rückkehr zum Wahlregime zu ermöglichen. Aber schon nach drei Monaten stellte der König dieselben Ämter wieder her,⁹ weil angeblich die Freiheit der Wahl durch die Intrigen fast überall beeinträchtigt werde, die Willkür herrsche und weil die gewählten Beamten sich wegen der kurzen Amtsdauer keine genügende Kenntnis der Geschäftsführung erwerben könnten. Die Bestimmungen des Errichtungsedikts strafften aber die Regierung Lügen, denn sie erlaubten allen Personen ohne Ausnahme den Erwerb der Ämter, von denen mehrere in doppelter Auflage erschienen: Anciens, vereinigt mit dem mi-Triennal, und Alternatifs, ebenfalls mit dem andern mi-Triennal vereinigt. Es war gestattet, mehrere Ämter zu kaufen; die Inhaber konnten sie „zusammen ausüben, oder sie trennen, verkaufen oder gesondert ausüben lassen“. Jegliche „Inkompatibilität“ fiel, und um Beamte zum Kauf dieser Ämter anzuspornen, wurden für sie die Zulassungsgebühren bedeutend, das Annuel auf die Hälfte ermäßigt. Mit diesen Ämtern waren wieder die Privilegien verbunden, die ihnen bereits Ludwig XIV. verliehen hatte. Die Befreiung von der *taille personnelle* und dem *franc-fief* (Abgabe, die der Roturier beim Erwerb eines Lehns entrichtete) war jedoch nur denen eigen, deren *finance* mindestens 6 000 l. betrug. Die Gesamtmasse dieser Ämter war zu 31,5 Millionen berechnet.

Aber der von der Regierung erwartete Erfolg blieb aus. Das Angebot überstieg die Nachfrage bei weitem. Obgleich sich die *Traitants* ein Jahrzehnt um den Absatz der Ämter bemühten, konnten sie ihre Ware doch nicht loswerden. Schließlich ermäßigte die Regierung die ursprünglich festgesetzten Preise um zwei Fünftel und erhöhte die *Gagen* von 3 auf 5%.¹⁰ Da selbst dieses Entgegenkommen nicht genügte, gestattete sie den Städten und Gemeinden, die ihnen zugedachten und nicht verkauften Ämter abzulösen.¹¹ Aus dieser Erlaubnis machte sie bald einen Zwang. „Der einzige Weg, S. Majestät die Unterstützung zu verschaffen, die sie von dem Verkauf der Ämter erwartet, ist, diese den Städten und Gemeinden einzuverleihen“, hieß es in dem Erlaß, der der Generalität

9. Edit nov. 1733.

10. Arrêt du Conseil, 22 déc. 1744. AD IX 448.

11. Arrêt du Conseil, 22 mars 1746.

Limoges zu diesem Zweck die Zahlung von 400 000 l. auferlegte.¹² Mit dem gleichen Betrag wurde die Generalität Riom herangezogen.¹³ Eine Million zahlte die Generalität Auch, die Generalität Montauban 500 000 l., das Dauphiné 532 000 l.,¹⁴ die Provinz Languedoc 11,4 Millionen.¹⁵ Auf diese Weise gelang es der Regierung, sich die Beträge zu verschaffen, die nach dem Einzelverkauf der Ämter und den freiwilligen Ablösungen seitens der Städte noch ausstanden. Die Summen, die die Städte bezahlten, waren ebenfalls nicht unbeträchtlich. Amiens z. B. entrichtete 220 871 l.,¹⁶ Angers 170 000 l.,¹⁷ Calais 320 000 l.,¹⁸ Caen, das von 1722 bis 1733 für die Ablösung der damals geschaffenen Ämter 550 000 l. gegeben hatte, sollte jetzt 262 000 l. bezahlen;¹⁹ ähnlich erging es den andern Städten und Gemeinden. Da die allermeisten nicht über flüssige Mittel verfügten, mußten Anleihen aufgenommen werden. Um diese wieder tilgen zu können, bewilligte ihnen die Regierung die Einführung einer Sondersteuer, die zunächst zeitlich beschränkt war, aber gewöhnlich für dauernd beibehalten wurde, weil die Regierung im Laufe der Zeit eine königliche Steuer aus ihr zu machen verstand. Tocqueville hat dieses Verfahren als Musterbeispiel für die Politik der Krone den Städten gegenüber bezeichnet,²⁰ und ganz mit Recht.

Die Inkorporierung dieser Ämter zog sich viele Jahre hin; sie erforderte zahlreiche Verhandlungen und Abmachungen. Als die finanzielle Seite erledigt war, erließ die Regierung die bekannten Edikte vom August 1764 und Mai 1765, die das seitherige System

12. AD IX 452 (11 mars 1749).

13. Arrêt, 4 mai 1751.

14. Arrêts, 10 nov. 1750, 17 avril 1751, 22 août 1751.

15. Babeau, *La ville sous l'ancien régime*. Paris 1880, p. 81.

16. Thierry, *Recueil de monuments*, II, p. 318, note.

17. Tocqueville, *L'Ancien régime et la Révol.*, p. 361, notes.

18. Babeau, a. a. O. p. 81, note 2.

19. J. Yver, *Les offices municipaux à Caen au 18^e siècle*, p. 8 f.

20. *L'Ancien rég. et la Révol.*, notes, p. 361. Ein Intendant schrieb 1764 an den Contrôleur général: „Je suis frappé de l'énormité des finances qui ont été payées dans tous les temps pour racheter les offices municipaux. Le montant de cette finance employé en ouvrages utiles, aurait tourné au profit de la ville, qui, au contraire, n'a senti que le poids de l'autorité et des privilèges de ces offices“; zit. nach Tocqueville, p. 65.

aufhoben, die Wahl der Beamten wiedereinführten und eine neue Verwaltungsordnung schufen. Mochte diese auch viel zu wünschen übrig lassen, sicher ist, daß sie Ansätze zu einer Weiterentwicklung bot, die die Vereinheitlichung des Verwaltungs- und Regierungsapparats ein gutes Stück hätte vorwärts treiben können. Aber daran lag der Regierung nicht viel; für sie war in erster Linie der fiskalische Gesichtspunkt maßgebend.

Dem vom Geldbedürfnis gequälten Abbé Terray wurde der Auftrieb, den das kommunale Leben durch jene Edikte erfahren hatte, zu einer unwiderstehlichen Versuchung. Im November 1771 führte die Regierung das Regime der Käuflichkeit der Stadtämter von neuem ein und setzte an Stelle der gewählten wieder die „königlichen“ Beamten. Als Vorwand diente ihr die Behauptung, daß sich das neue System nicht bewährt habe, daß Intrigen und Parteiwirtschaft eingekehrt, die Beamten oft untüchtig seien, ruinöse Prozesse entstünden und die Verwirrung in der Verwaltung größer als vorher sei, eine Behauptung, die übrigens auch 80 Jahre vorher für die Beseitigung der ursprünglichen Ordnung als Rechtfertigung gedient hatte.²¹ Daß unliebsame Erscheinungen sich gezeigt hatten, soll nicht bestritten werden; warum aber das Kind mit dem Bade ausschütten? Es wäre am Platze gewesen, geeignete Maßnahmen zu treffen. Allein schon die Verschuldung der Städte hätte die Wiedereinführung der Ämterkäuflichkeit auf diesem Gebiet verbieten müssen. Der erbliche Besitz der Ämter schloß überdies die getadelten Übelstände nicht aus; und wie zersetzend die Käuflichkeit der Ämter auf den gesamten Verwaltungsapparat wirkte, zeigte sich jeden Tag.

Daß die Beweggründe der Regierung rein fiskalische waren, ging aus den Anwendungsbestimmungen des Edikts hervor. Wie früher, so wurden wieder alle Personen ohne Ausnahme zum Erwerb der Ämter zugelassen, auch solche, die bereits Ämter besaßen; „Inkompatibilität“ gab es auch diesmal nicht. Die Zu-

21. Edit août 1692. „La cabale et les brigues ont eu le plus souvent beaucoup de part à l'élection des magistrats; ... les officiers ainsi élus pour ménager les particuliers auxquels ils étaient redevables de leur emploi ont surchargé les autres habitants des villes et surtout ceux qui leur avaient refusé leurs suffrages étant perpétuels, ils seront en état d'acquérir une connaissance parfaite des affaires de leur communauté“.

lassungsbedingungen deckten sich mit denen des Edikts vom November 1733, und die jetzt gewährten Privilegien waren nicht weniger umfangreich als die der Inhaber der früheren Ämter. Feststeht, daß Reformen auf diesem Wege nicht durchgeführt werden konnten. Mit Recht betont Tocqueville, daß man so die Mißachtung der Tradition, die Zerstörung des Alten vorbereitete, die die Revolution vollbrachte. Nichts Beständiges gab es in diesem Reich, alles wechselte andauernd; Rechte wurden verliehen, zurückgenommen, wiedergegeben, vermehrt, vermindert, auf die verschiedensten Arten und unaufhörlich geändert.²²

Die neue Regelung steigerte auch die ohnehin schon große Uneinheitlichkeit in der Verwaltung. Denn nun begann ein neues Feilschen und Handeln zwischen den Provinzen und Städten einerseits und der Regierung andererseits. Diese verlangte für die Ämter Summen, die aufzubringen jene nicht in der Lage waren. Klugerweise hatte die Regierung die Ämter zur Ablösung freigegeben. Der Absatz an die einzelnen scheint nämlich nicht weniger flau gewesen zu sein als nach 1733. Terray, der Finanzminister, lehnte zunächst ein Entgegenkommen ab; aber es nützte nichts, er mußte bedeutende Ermäßigungen gewähren. So hatte er z. B. von der Stadt Amiens 161 000 l. verlangt, mußte ihr aber schließlich die Ämter für 70 000 l. überlassen.²³ Von der Stadt Caen, die für die Ablösung der früheren Ämter insgesamt 686 000 l. gegeben hatte, bis 1777 mit einer Sondersteuer belastet war, um die genannte Ablösungssumme tilgen zu können und dicht vor dem Bankerott stand, so daß sie die Straßen im Winter wegen Geldmangels nicht beleuchten konnte, verlangte die Regierung 118 000 l. Die Stadt setzte alle Hebel dagegen in Bewegung, sie protestierte, handelte und suchte selbst die Kaufabschlüsse einzelner zu hintertreiben. Terray nahm selbst dann nicht an, als Caen 80 000 l. bot. Nach langjährigen Verhandlungen erwirkte die Stadt einen Erlaß, durch den ihr die Ablösung für 12 000 l. genehmigt wurde.²⁴

Auch andere Städte erlangten bedeutende Ermäßigungen. So betrug die 1780 für Limoges festgesetzte finance nur noch 10 500 l.,

22. *L'Ancien rég. et la Révol.*, p. 68.

23. Thierry, *Recueil*, a. a. O. 3, p. 318.

24. J. Yver, a. a. O. p. 22 ff.

Rouen sollte jetzt 80 000 l. bezahlen.²⁵ Kleinere Städte leisteten noch entsprechend weniger: Epernay 6 000 l., ebenso Ay und Verdun, Sezanne 14 000 l.²⁶ Die Liquidation dieser Serie der Stadt- und Gemeindeämter zog sich in die Länge, und darüber brach die Revolution aus.

Von allen Ämteredikten des ausgehenden Ancien régime sind diese wohl die bedeutendsten und weitesttragenden. Sie gaben der Munizipalmagistratur ihr eigentümliches Gepräge und bedingten die große Verschiedenheit des administrativen Gefüges der Städte. Diese suchten bei ihren Verhandlungen mit der Regierung so viel wie irgend möglich herauszuschlagen, nicht nur nach der finanziellen Seite, sondern auch nach der verwaltungstechnischen. Da sich die Regierung alles abkaufen ließ, gelang es den Städten, einen Teil der in den Edikten der 60er Jahre gewährten, dann wieder verloren gegangenen Freiheiten zurückzugewinnen. Tocqueville meint, daß es vielleicht nicht zwei Städte im Königreich gegeben habe, deren Verwaltungen sich völlig glichen, daß sich aber unter dieser äußeren Verschiedenheit die Ähnlichkeit verbarg.²⁷ Aber eine Ähnlichkeit dem Wesen nach scheint auch nicht mehr bestanden zu haben.²⁸ Und anstatt zur Einheit zu streben, wurde hier die Auflösung vorbereitet.²⁹

Auch die Zünfte mußten verschiedene Male in der gleichen Weise wie früher das fiskalische Bedürfnis des Staates befriedigen. Eine größere Auflage von Ämtern kam schon 1722,³⁰ drei Jahre später eine andere, die „einen Beitrag zu den außerordentlichen Ausgaben dieses Jahres“ erbringen sollte.³¹ Später wiederholte

25. E 3628 (A.N.).

26. ebd. Rôle de 1775 und 1776.

27. L'Ancien rég. . . p. 65.

28. s. F. Mourlot, *La fin de l'Ancien régime et les débuts de la Révol. en Caen*. Paris 1913, p. 91.

29. Diese Frage in diesem Zusammenhang weiterzuspinnen, ist nicht unsre Aufgabe.

30. z. B. édit nov. 1722, portant création et établissement de maîtrises d'arts et métiers dans toutes les villes du royaume; für jede Zunft in Paris 8 Meisterbriefe, 6 in den Städten mit Parlamentssitzen, je 4 in denen mit einem Présidial-Sénéchaussée- oder Bailliagesitz, und je zwei in den Zünften der kleineren Städte. (Isambert, 21, p. 211.)

31. Edit juin 1725.

sich der Vorgang. Auch Ämter für Inspektoren und Kontrolleure nach Art der von Ludwig XIV. eingesetzten kehrten wieder, insbesondere in den Kriegsjahren, wobei der König ganz ungeschminkt den wahren Grund dafür angab: die finanzielle Notlage.³² Doch muß auch hier gesagt werden, daß die aus diesen Operationen gewonnenen Beträge nicht die Höhe der früheren erreichten. Dagegen kamen die Folgen der besonders seit dem Abgange Colberts von der Regierung betriebenen Finanzpolitik umso deutlicher zum Vorschein; sie verdienen eine besondere Erörterung.

Beim Tode Ludwigs XIV. waren die Zünfte, die Colbert zur Blüte gebracht hatte, nahezu ruiniert. Denn die ihnen massenhaft aufgezwungenen Ämter hatten sie in der Mehrzahl teils freiwillig, teils auf Drängen der Regierung hin abgelöst. Die Ablösungen aber verschlangen das Kapital, erforderten große Anleihen, brachten Schulden. Zu ihrer Tilgung gewährte die Regierung zwar auf Kosten der Allgemeinheit neue Rechte und Freiheiten, doch bedeuteten diese Gegengaben eine magere Entschädigung; sie konnten den Niedergang der Zünfte nicht aufhalten. Deren Lage glich aufs Haar der Beamtenschaft, und ihre Leistungen ließen deshalb stark nach. Jeder Konkurrenz feind, dachten die Zünfte nur an die Erhaltung ihrer Monopole.

Der Zugang zum Handwerk war insbesondere für diejenigen erschwert, die nicht den Zünften mittelbar oder unmittelbar angehörten; sie hatten erhöhte Gebühren und Taxen aller Art zu leisten. Als „Fremdlinge“ betrachtet, unterlagen sie Sonderbestimmungen. Die Aufnahmegebühr war für sie in Lyon innerhalb 70 Jahren auf das Zehnfache gestiegen, nämlich von 40 auf 400 l. In Paris betrug sie um die Mitte des 18. Jahrhunderts häufig über 1000 l., in Bordeaux 500 l.³³ Natürlich war sie nicht bei allen Zünften gleich, jede

32. „Les dépenses auxquelles nous expose la continuation de la guerre nous mettent dans la nécessité de nous procurer de nouveaux secours; et comme nous désirons user à cet effet des moyens qui nous paraissent les moins onéreux à nos sujets et qu'il nous a été représenté qu'il avait été créé dans les corps des marchands et dans les communautés des arts et métiers différents offices, ...“; vgl. Levasseur, *Histoire des classes ouvrières*, t. 2, p. 458.

33. *Mémoire sur les corps de métiers*, p. Cliquet de Blervache. 1757. Über die Zünfte s. Levasseur, a. a. O. und E. Martin Saint-Léon, *Histoire des*

Zunft hatte besondere Sätze, die von ihren Schulden und sonstigen Verpflichtungen abhingen. Das *droit d'entrée* für die Zunft der Tuchmacher in Paris betrug vor dem Reformversuch Turgots (1776) 3 240 l., für die Zunft der Strumpfwirker 1 500 l., der Weinhändler 800 l.³⁴ Dazu kamen die Kosten für die Meisterstellen und viele andere Gebühren. Die Lehrzeit war lang; ihre Dauer schwankte zwischen drei und zehn Jahren; noch länger dauerte häufig die Gesellenzeit. Nach deren Beendigung stand dem Gesellen oft keine Meisterstelle offen. Geld und gute Verbindungen waren weit wichtiger als Fleiß und Tüchtigkeit. Vielen blieb der Zugang zum Handwerk überhaupt verschlossen, weil sie die pekuniären Verpflichtungen nicht erfüllen konnten.³⁵ Die Reglements wurden auf alle mögliche Weise durchbrochen, was die gewährten Privilegien noch erleichterten. Hatten doch die Zünfte die zu ihrer Überwachung geschaffenen Ämter größtenteils dem staatlichen Wunsche gemäß abgelöst, so daß z. B. ein Meister sein eigener Kontrolleur sein konnte.

Diese Zustände riefen die Kritik wach. Insbesondere wurde sie geübt von den Physiokraten, den Vertretern des Wirtschaftsliberalismus; heftig griffen sie das bestehende Regime an und erschütterten es in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso stark wie es die Parlamente in politischer taten. Wir haben hier ein Beispiel *par excellence* für die reale Bedingtheit einer Wirtschaftstheorie. Freilich spielte bei diesem Liberalismus ausländisches Gedankengut eine gewisse Rolle, aber er hätte keine Wurzel fassen können, wenn der Boden dafür nicht günstig, wenn die Verhältnisse andere gewesen wären.

Wie die Städte und Zünfte litten auch die Beamtenkörperschaften unter der Überschuldung. Die ihnen von Ludwig XIV. aufgebürdete Last wurden sie nicht mehr los, sie wuchs vielmehr immer weiter, und zwar hauptsächlich wegen des Verfahrens der Inkorporierung und Liquidation von Ämtern. Diejenigen, die keinen

corporations de métiers. Paris, 2. éd. 1909. s. a. R. Nigeon, *Etat financier des corporations d'arts et métier au XVIII^e siècle*. Paris 1934.

34. *Encyclopédie des finances*, III, p. 15 ff.

35. Der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs im 18. Jahrhundert ist keineswegs den Zünften zuzuschreiben. Er vollzog sich trotz und neben ihnen.

Absatz fanden, mußten von den Körperschaften abgelöst werden, und auch jede Aufhebung ging zu ihren Lasten. Aus vielen Erlassen und Edikten geht dies eindeutig hervor.³⁶ Meistens stellte sich heraus, daß es den Körperschaften unmöglich war, die Ablösungsgelder in dem festgesetzten Umfange aufzubringen. Dies führte gewöhnlich dazu, daß die Regierung dann einen Teil der betroffenen Beamten gegen Geld wieder bestätigte und aus der Bestätigungssumme, die sie und die nichtabgebauten Beamten zu leisten hatten, die Ablösung derjenigen Ämter bestritt, die in der Tat aufgehoben blieben. So erfuhren im Zusammenhange mit der Parlamentsreform des Kanzlers Maupeou die Stellen der Prokuratoren am Pariser Parlament eine Verminderung von 400 auf 200.³⁷ Das hätte eine ziemlich hohe Ablösungssumme erfordert. Da aber die Finanzen des Staates eine solche Belastung anscheinend nicht tragen konnten, erfolgte bald wieder die Bestätigung der zweihundert abgebauten Prokuratoren gegen Zahlung einer angemessenen Erkenntlichkeitssumme.³⁸ Nach Wiederherstellung des alten Parlaments erschien ein Edikt, das die Zahl der Prokuratoren endgültig auf 300 festsetzte. Ein Artikel aber bestimmte: um die Finanzen des Staates zu einem Teil für die Liquidation der erledigten Ämter zu entschädigen, „ist die Körperschaft der Prokuratoren verpflichtet, dem Schatzmeister der Parties casuelles in Form einer Erhöhung der finance der 300 erhalten gebliebenen Ämter die Summe von 100 000 l. zu bezahlen“.³⁹ Da weiterhin die finance particulière dieser Ämter nun 12 000 l. betrug, liegt es auf der Hand, daß die Körperschaft mindestens die volle Ablösungssumme bezahlte.

Andere Beispiele: die Prokuratoren am Präsidialhof von Toulouse hatten bei Ausbruch der Revolution eine Schuldverpflichtung in Höhe von 282 000 l., die auf oben geschilderte Weise zustand gekommen war. So hob z. B. die Regierung 1768 in dieser Körperschaft 47 Ämter auf, die bei eintretender Vakanz von ihr abgelöst

36. z. B. Reduzierung der königlichen Sekretäre von 340 auf 240. édit juillet 1724, „... nous trouverons dans les offres qui nous sont faits par nos conseillers secrétaires réservés, pour réunir à leur corps la finance desdits offices supprimés, les secours nécessaires pour le remboursement desdits offices supprimés ...“. (Isambert, 21, p. 275.)

37. Edit févr. 1771.

38. Edit nov. 1774.

39. Edit févr. 1776, art. 7.

werden mußten.⁴⁰ — Die Prokuratoren der *Chambre des comptes* der *Provence* hatten rund 50 000 l. Schulden, die sich im Laufe der Zeit infolge der geschilderten Praktiken der Regierung angehäuften.⁴¹ Als die Revolution mit der Ämterkäuflichkeit aufräumte und das Regime liquidierte, zeigte sich auch die mißliche Lage des Beamtenstandes in den zahlreichen an die Konstituante gerichteten Denkschriften und Beanstandungen.

Aus der allgemein schlechten Lage des Beamtenums erklärt es sich, daß keine massenweise Errichtungen neuer Ämter mehr erfolgten. Eigentlich nur während des Siebenjährigen Krieges und des Amerikanischen Freiheitskrieges hatte das Büro der *Parties casuelles* Hochbetrieb. Taxierungen, *augmentations de gages* und dgl. spielten aber mindestens eine ebenso große Rolle wie die Schaffung neuer Ämter. Mit den Operationen des vorhergehenden Jahrhunderts und zur Zeit des Spanischen Erbfolgekrieges sind jene Unternehmungen aber keineswegs vergleichbar. Fünfzehn oder zwanzig Millionen Jahreseinnahmen in „Notzeiten“ stellten bereits eine hohe Summe dar. Eine Ausnahme machte das Jahr 1760; da gingen für neue Ämter und Rechte über 30, für *augmentation de gages* 40 Millionen ein.^{41a} Drei oder vier Millionen außerordentliche Einnahmen der *Parties casuelles* in Friedenszeiten scheint schon ein ansehnlicher Betrag gewesen zu sein.⁴² Und dabei stand das Verkaufsbüro jedermann offen; wer ein Amt haben wollte, brauchte sich nur an das Büro der *Parties casuelles* zu wenden. So baten z. B. 1784 die Bürger von *Toulouse* um die Gewährung von acht neuen *Brevets* für Barbieri. Sofort kam die Regierung der Bitte nach und errichtete diese Stellen für je 1 200 l.⁴³ Oder die Schatzmeister (*trésoriers généraux des finances*) der *Bretagne* ersuchten um Verleihung der *survivance* für ihre Ämter. Auch diesem Gesuch gab die Regierung statt gegen Zahlung von 72 000 l.⁴⁴ Auf diese Weise entstanden viele Ämter, insbesondere solche für Notare, Prokuratoren, Gerichtsdienner etc.

40. D XVII 4, (43).

41. D XVII 2 (24), *Mémoire pour les procureurs à la cour des comptes, aides et finances de Provence*.

41a. ms. fr. 14 081.

42. 1771 betrugen sie 4,5 Mill., 1772: 2,7 Mill., 1773: 3,1 Millionen (A.N. H 1680).

43. H 1456 (203) A.N.

44. ebd. (205), noch viele Beispiele wären anzuführen.

Die Praxis des Ämterhandels im ausgehenden Ancien régime wird in einem satirischen „Dialog zwischen einem Einnehmer der Parties casuelles und einem Provinzialen, der eine Charge kaufen will“, ⁴⁵ in einer Weise geschildert, die, nach vielen andern Zeugnissen zu schließen, den wirklichen Zustand kaum übertreibt. Bezeichnende Stellen mögen folgen. Der Provinziale erscheint beim Einnehmer und trägt ihm sein Anliegen vor. „Ausgezeichnet!“ ruft dieser, „welcher Art soll das Amt sein? Es gibt hier alle Sorten, die Auswahl ist groß. Vielleicht möchten Sie Schatzmeister (trésorier de France) werden? Dieses Amt ist nicht oft zu haben, und es ist preiswert und gut; nehmen Sie also die Gelegenheit wahr. Es gibt keine schönere Auszeichnung; wenn man Sie sieht, wird jedermann glauben, einen Gentilhomme vor sich zu haben; Sie selbst werden meinen, ein solcher zu sein“. Der Provinziale läßt sich jedoch nicht überreden, sein Sinn steht nach etwas anderem. „Gut“, antwortet ihm der Einnehmer, „vielleicht paßt Ihnen ein Amt in einer Elektion. Auch diese Chargen sind sehr vorteilhaft; sie befreien von der Taille, von Frondiensten, von der tutelle und curatelle, verleihen das Recht, einmal im Jahr mit dem Intendanten sprechen zu dürfen, ferner empfängt man alljährlich ein Zuckerbrot von den Generalpächtern und eine Kerze von der Gemeinde, um zur Prozession gehen zu können“. Aber auch das paßt dem Provinzialen nicht. Er möchte ein Amt, in dem es etwas zu arbeiten gibt. Schließlich interessiert er sich für das eines Rats am Präsidialhof, findet jedoch den Preis etwas zu hoch. Der Einnehmer sucht ihn zu trösten und stellt ihm die Privilegien des Amtes und seine Bedeutung vor Augen. „Der König will Ihnen gerne die Ausübung seiner Autorität anvertrauen. An Stelle eines häßlichen enganliegenden Kleides, das weder Anmut noch Form besitzt, erlaubt er Ihnen, ein großes schwarzes, majestätisch gefaltetes zu tragen, und anstatt einen ebenso unnützen wie unbequemen Degen zu tragen, über den Sie und Ihr Nebenmann stolpern, dürfen Sie eine lange mit Eleganz wallende Perücke aufsetzen.“ Selbst bei der Fron werde er, der Kandidat, vor andern mit Auszeichnung be-

45. Nécessité d'une réforme dans l'administration de la justice et dans les lois civiles en France, 1764. Die Satire ist Linguet zugeschrieben, s. Barbier, Dict. des anonymes.

handelt, und für all die gewährten Vergünstigungen habe er jährlich nur 1 050 l. zu zahlen; „die andern 516 l. sind ein kleines Homagium, durch das Sie vermeiden, daß man Sie vergißt. Auf diese Weise erhalten Sie sich und Ihrer Familie die ehrenwerten Titel“. All diese Anpreisungen bewirken jedoch nur, daß der Provinziale seine ursprüngliche Absicht aufgibt und sich vom Einnnehmer mit den Worten verabschiedet: „Sie gleichen sehr jenen Trödelmännern, die Kleider aller Arten und Größen zur Schau stellen; aber das, was Sie mir anbieten, vermindert etwas meine Lust, mich in Ihrer Bude einzudecken. Ich will sehen, ob ich anderswo nicht besser auf meine Rechnung komme“.

Daß die Ämter im allgemeinen an Ansehen verloren hatten, daß sie nur der Auszeichnungen und Privilegien wegen gekauft wurden, ist tatsächlich nicht zu leugnen. Es zeigt sich auch in der Art der Veräußerungen. Ein Amt wurde erworben wie ein Grundstück. Der Anwärter auf ein solches meldete sich durch öffentliche Bekanntmachung oder in einer Zeitung mit Angabe seiner besonderen Wünsche und des Betrages, den er anlegen wollte. Der Verkäufer beschritt denselben Weg; er annoncierte das Amt unter Beifügung seines Preises, seiner Einkünfte usw.⁴⁶ Auf diesem Weg konnten alle möglichen Ämter erworben werden, solche von Räten am Parlament genau so wie von Notaren, Gerichtsdienern und Sachwaltern.

Neben dieser Verkaufsmethode gab es noch eine andere, sehr häufig angewandte: der Resignant bzw. seine Erben ließen das vakante Amt am Sitz der zuständigen Körperschaft ausschreiben und gaben zugleich den Termin bekannt, an dem es öffentlich nach dem Gesetz der Meist- und Letztbietung versteigert wurde.⁴⁷ Daß

46. s. Journal de Barbier. So konnte man im Journal de Troyes folgende Verkaufsanzeige lesen: „Office et charge de conseiller au grenier à sel de Sézanne. Rapport annuel: 8 à 900 l. On désirerait en trouver 10 000 l.“ oder: „Une personne désirerait acheter en cette ville une charge de magistrature ou de finance; elle y mettra depuis 25 jusqu'à 60 000 l. et plus; cette personne paiera comptant si on l'exige“. Zit. nach Babeau, La ville sous l'ancien régime, p. 26.

47. Als Beispiel geben wir den Wortlaut des Protokolls eines am Pariser Parlament versteigerten procureur-Amtes: „Par adjudication faite à la barre des Requêtes du Palais . . . avons vendu et adjugé, vendons et adjugeons purement et simplement et définitivement audit Mr. . . . comme plus offrant

es mit der königlichen Bestätigung keine Schwierigkeiten hatte, erhellt aus den Lettres de provision unzweideutig. Ihr Wortlaut aber mutet angesichts der herrschenden Praxis oft an wie ein Hohn auf die guten Grundsätze.^{47a}

Diese Freiheit des Schaltens und Waltens gab dem Amt in den Augen seines Besitzers vollen Eigentumscharakter. Er betrachtete es als ein erbliches, jedem immobilien Werte gleichrangiges Eigentum, das „mehr noch als die beweglichen Güter heilig und unverletzlich war“.⁴⁸

Blieb sich die rechtliche Seite des Ämterwesens in der praktischen Auswirkung bis zur Revolution gleich, so wechselte die fiskalische grundlegend. Ludwig XIV. hatte bekanntlich durch sein Edikt vom Dezember 1709 die Ablösung des Annuel und Prêt befohlen und alle Ämter für erblich oder à survivance erklärt. Das Ablösungsverfahren, dessen Abschluß der König bis 1710 erhoffte, zog sich bis zum Jahre 1722 hin. Nun traf Ludwig XV. wieder eine Änderung. Eine Deklaration stellte die Paulette für die ehemals

et dernier enchérisseur et moyennant ladite somme de 5050 l. l'état et office de procureur postulant tiers et référendaire ès cour de Parlement, Cour des aides“ (Z⁵B 6, A.N.).

47a. Wir geben als Beispiel den Wortlaut einer Lettre de provision: „Louis par la grâce de Dieu Roi de France et de Navarre savoir faisons que pour la pleine entière confiance que nous avons en la personne de notre cher et bien aimé le sieur, avocat au Parlement, et en sa probité, capacité et expérience, fidélité et affection à notre service pour ces causes et autres avons donné et octroyé donnons et octroyons par ces présentes l'office de notre conseiller lieutenant particulier au siège royal de, dont était pourvu Mr. qui s'en est volontairement démis en nos mains au profit du lequel a payé en Nos Revenus casuels le droit de Quart denier pour ledit office avoir tenir et exercer en jouir et user, par le sieur aux honneurs, pouvoirs, libertés, fonctions, prééminence, entrée, rang, séance, gages, attributions, fruits, profits, revenus et émoluments y appartenants“

Eine solche Lettre de provision wurde schon ausgestellt auf Grund der Vorweisung einer notariellen Beglaubigung der Existenz des Kaufvertrags etwa folgenden Wortlauts: „Par contrat passé devant M., notaire à mil sept cent ... apert que M., conseiller au, a vendu à M. l'office de, duquel était pourvu ledit sieur avec les gages, fruits, profits et émoluments y attachés et en dépendant tels et tout ainsi qu'en jouissait et devait jouir ledit sieur à commencer la jouissance desdits gages au premier janvier“ (K 654 enthält eine ganze Menge solcher Verträge).

48. D XVII 2 (29) Mémoire des procureurs du Parl. de Provence, 1790.

kasuellen Ämter mitsamt dem Prêt wieder her.⁴⁹ Die Beamten der Parlamente, Chancellerien, der hohen Verwaltungshöfe und der Bureaux des finances behielten jedoch ihre Ämter à survivance, teils mit sofortiger Wirkung, teils in der Folgezeit. Als Entrichtungssatz der Paulette wurde der frühere angenommen. Das Annuel betrug den „60. denier“ des offiziellen Amtspreises, der Prêt für die Beamten der Präsidialhöfe den „6. denier“, für die andern den „5. denier“ der amtlichen finance; er mußte in den ersten drei Jahren der neunjährigen Pauletteperiode entrichtet werden. Das Veräußerungsrecht, droit de mutation, wurde wieder auf den „8. denier“ festgesetzt.⁵⁰ Dafür erhielten die Beamten Dispens von der bekannten 40-Tageklausel; sie konnten über ihr Amt nach freiem Ermessen verfügen, „wie über eine chose à eux appartenant“.⁵¹ Das droit de mutation mußte sechs Monate nach dem Abgang bzw. dem Tode des Inhabers bezahlt sein; nach Ablauf der Frist verdoppelte sich der Satz, das double droit wurde fällig; war es nach zwei Jahren nicht bezahlt, so trat der dreifache Satz an seine Stelle, das triple droit genannt.

Damit ist die Reihe der Abgaben noch nicht vollzählig. Eine sehr wichtige stellte die marc d'or oder droit de serment dar, die jeder Beamte ohne Ausnahme vor seiner Beglaubigung entrichten mußte.⁵² Sie entsprach der foi et hommage, die der Vasall seinem Suzerän erwies. Diese Gebühr bestand seit langem, sie war fast mit den Ämtern entstanden; selbst die Römer, bei denen es ebenfalls eine Art Ämterkauf gab, kannten sie unter dem Namen Aurum oblatitium. Im allgemeinen betrug sie seit Mitte des 17. Jahr-

49. Vom 9. August 1722.

50. Die offices non-évalués entrichteten analog.

51. Déclaration, 8 juillet 1749.

52. Über die marc d'or: AD IX 438, G⁷ 1326—28 (A.N.), ms. fr. 1099 (Coll. Clairambault) fol. 283 ff., Mémoire sur le marc d'or; Règlement fait par le Roi sur les taxes du droit de marc d'or; janvier 1657. — Für einige Beamte, die notaires und secrétaires des Königs, existierte die marc d'or seit 1365 und betrug eine halbe Goldmark. 1572 erhöhte sie Karl IX. auf eine ganze Goldmark und durch ein Edikt vom Oktober dehnte er diese Abgabe auf alle Beamten aus. Der Ertrag daraus wurde 1582 dem Orden Saint-Esprit zugewiesen und blieb in seinem Besitz bis 1720, wo die marc d'or wieder an den König zurückfiel gegen eine jährliche Rente an den Orden in Höhe von 400 000 l.

hundreds ein Sechzigstel des Amtswertes;⁵³ ihre Quote schwankte zwischen 42 l. und 3 024 l. Eine neue Abstufung erfolgte 1748, die die ganze Beamtenschaft in 174 Klassen mit verschiedenen Tarifsätzen einteilte.⁵⁴

Zu den amtlichen Abgaben kamen noch zahlreiche andere Verpflichtungen, die der Beamte bei der Übernahme seines Amtes und während seiner Amtszeit zu erfüllen hatte. Unter ihnen waren zweifellos das für die Aufnahme in die Körperschaft zu leistende *droit d'entrée*, das für einen Parlamentsrat 1 500 l. betrug, und der Zwang der Mithaftung für die Schulden der Körperschaft die bedeutendsten.⁵⁵

Das Regime der Paulette erfuhr 1771 seine letzte und wesentlichste Änderung.⁵⁶ Sie geschah im Zusammenhang mit der Parlamentsreform des Kanzlers Maupeou und war von ihm gedacht als Einleitung eines Kampfes gegen die Käuflichkeit, die er von den neu geschaffenen Gerichtshöfen fern zu halten beabsichtigte. Im Edikt vom Februar 1771 stellte der König die grundsätzliche Scheidung zwischen Titel und *finance* eines Amtes scharf heraus;⁵⁷ dabei verkündigte er sein Verfügungsrecht über die Ämter gegen Rückzahlung der *finance*. Maupeou plante eine allgemeine Ablösung der Ämter und erwog die Möglichkeit neuer Steuern, um sich das hierzu notwendige Kapital zu beschaffen.⁵⁸

Bei der Paulette waren auch Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Viele Beamten genossen Dispens vom *Annuel*, andere

53. Für den ersten Präsidenten des Pariser Parlaments betrug die Abgabe 3024 l., für die gewöhnlichen Präsidenten 2592 l., für die *conseillers, maîtres des requêtes* und *enquêtes*, *lieutenants généraux* der *Présidiaux* 1080 l., die *receveurs, contrôleurs, visiteurs* etc. an kleinen Orten 42 l. Das *Reglement* von 1656/57 kennt 629 verschiedene Ämterklassen.

54. *Déclaration*, 30 avril 1748. Ämter mit dem amtlichen Schätzungswert bis 333 l. zahlten 54 l., bis 666 l.: 81 l., von 666 bis 1000 l.: 108 l., bis 1666 l.: 162 l., von 4000 l. bis 5333 l.: 324 l., von 10 000 l. bis 13 333 l.: 648 l. und dementsprechend die folgenden.

55. Andere waren: *Le droit de sceau ou de provision*, les *épices* honnêtes et modérées, la *prestation des bougies*, le *répas de confraternité*, etc. s. *Bastard d'Estang*, *Les Parlements de France*, 1857, t. 1, p. 110.

56. *Edit févr.*

57. s. o. Kapitel I.

58. *Flammermont*, *Le chancelier Maupeou et le Parlements*. Paris 1883, p. 610.

hatten die Erbllichkeit ausdrücklich oder in Form von *survivances* erhalten. Diese Vorrechte hob das Edikt auf. Ferner verlangte es von jedem Beamten eine Schätzung seines Amtes; an sie sollte er beim Verkauf, die Regierung dagegen bei einer etwaigen Ablösung gebunden sein. Eine Überschreitung des einmal festgesetzten Amtswertes war zwar verboten, doch fanden sich in der Praxis genug Mittel und Wege, die amtlichen Bestimmungen zu umgehen.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung fielen das *Annuel* und der *Prêt*. An ihre Stelle trat der *centième denier* (1-prozentige Abgabe), der auf Grund der von den Beamten eingereichten Schätzung bezahlt werden mußte. Das Veräußerungsrecht, *droit de résignation*, betrug nun ein Vierundzwanzigstel, bzw. ein Zwölftel für den Fall, daß der *centième denier* nicht ordnungsgemäß entrichtet wurde, die *marc d'or* $\frac{1}{40}$ bzw. $\frac{1}{50}$ des Amtspreises. Mit Ausnahme der Parlamente und obersten Verwaltungshöfe erhielten vorerst im Prinzip alle Ämter wieder kasuellen Charakter; jene behielten ihre *survivances*, deren Quote auf $\frac{1}{16}$ des Amtspreises blieb. Die *survivance* war aber nachher auch für die oberen Finanzbeamten erwerbbar. Selbst die zeitlich beschränkte Ablösung des *centième denier* gestattete die Regierung 1780 für die Dauer von acht Jahren gegen Zahlung einer Pauschalsumme in Höhe des sechsfachen Jahresbeitrags innerhalb Jahresfrist. Für Geld wich sie gerne von einem Prinzip ab; diesmal zwang die finanzielle Notlage sie dazu.⁵⁹

Die im Jahre 1771 eingeführte Änderung baute sich auf einem richtigen Gedanken auf. Da die Preise vieler Ämter in den letzten Jahrzehnten erheblich gefallen waren, nahm Maupeou an, die Beamten würden, die Möglichkeit einer allgemeinen Aufhebung nicht in Erwägung ziehend, eine möglichst niedere Wertziffer angeben, weil sie ja auf Grund ihrer eigenen Schätzung den *centième denier* entrichten mußten. Das traf auch ein. Aber Maupeou kam nicht dazu, die Ablösung durchzuführen. Und als Ludwig XVI. nach seinem Regierungsantritt die Parlamente wieder herstellte, fiel der Vorsatz für immer.

Trotzdem wirkte sich die getroffene Regelung in finanzieller Hinsicht sehr vorteilhaft für den Staat aus. Die letzte *Paulette*-

59. „Obligé de chercher à rassembler des fonds assez considérables pour suppléer à la continuation de la guerre . . .“ (Lettres patentes 27 février 1780).

periode (1759 bis 1767) hatte an Einnahmen 12 991 801 l. erbracht.⁶⁰ Vier Jahre der neuen Periode (1773 bis 1776) dagegen ergaben 14 454 014 l. Während das Durchschnittsjahr der letzten Pauletteperiode nur 1,4 Millionen eintrug, stiegen die Einnahmen jetzt auf 3,6 Millionen pro Jahr.⁶¹ Die Einkünfte aus der marc d'or, die jährlich etwa 1,3 Millionen betragen hatten, blieben in dieser Summe unberücksichtigt.

Werfen wir noch einen Blick auf die finanzielle Seite des Ämterwesens, wie sie sich 1779 darstellte. Die 1771 eingeleitete Schätzungsaktion war damals noch nicht abgeschlossen. Obwohl die Beamten ihre Etats innerhalb sechs Monaten hätten vorlegen sollen, fehlten (acht Jahre nachher) noch eine große Anzahl.⁶² Die vom Finanzminister Necker angeregte Ermittlung ergab, daß die Zahl der in der Rechtsprechung, Polizei, Finanzverwaltung und den Chanceryen hauptamtlich tätigen Beamten schätzungsweise 51 000 betrug; das Kapital ihrer Ämter belief sich auf 585 Millionen.⁶³ In dieser Schätzung wurde aber nicht berücksichtigt ein

60. Sie setzten sich aus folgenden Posten zusammen: Prêt: 2,4 Mill., Annuel: 2,4 Mill.; droit de survivance: 4,2 Mill., 8^{me} denier: 1,5 Mill., quart denier: 282 327 l., tripple droit: 85 798 l., offices vacants: 2 Mill.

61. H 1680, doc. sur le trésorier des Revenus casuels; ms. fr. 11 043, fol. 232; und ms. fr. 14 084, Mémoire sur l'état actuel des offices, par Harvouix, receveur général, 1779. — Die 14 454 014 l. setzten sich zusammen aus: centième denier: 9,5 Mill., droits de survivance: 1,7 Mill., 24^{me} denier 1,8 Mill., 12^{me} denier 207 997 l., triple droit, offices vacants: 1,08 Mill.

62. Encyclopédie des finances, II, p. 143 f.

63. K 651, No. 1, Mémoire sur les offices du royaume.

64. In diesem Kapital entfielen auf die verschiedenen Kategorien der Justizämter folgende Summen: les juges: 196 663 517 l., les officiers du parquet: 23 630 583 l., les greffiers: 19 291 233 l., les huissiers sergents gardes et archers: 12 413 911 l., les dépositaires des deniers: 6 592 796 l., les procureurs: 20 276 643 l., les notaires: 23 859 607 l., les concierges buvetiers: 206 450 l., les arpenteurs: 338 366 l., les jurés priseurs: 9 620 580 l., les jurés crieurs: 726 650 l., les officiers de navigation: 666 141 l., les officiers municipaux: 8 600 248 l., les officiers du point d'honneur: 4 530 000 l., insgesamt: 327 416 726 l.; innerhalb dieser Kategorien entfielen auf: Conseil: 10 333 000 l., le Grand Conseil et la Prévôté de l'Hôtel: 2 499 000 l., les Parlements, Table de marbre et Conseil prov. d'Artois: 62 756 514 l., les Chambres des Comptes: 44 153 255 l., les Cours des Aides: 16 547 080 l., Cour, Prévôté et sièges de monnaies: 3 381 998 l., tribunaux de justices ordinaires: 70 995 417 l., tribunaux des points d'honneurs: 4 530 000 l., grand maîtres des Eaux et Forêts,

großer Teil der Schreiber — oft wurden die greffes in Form eines emphyteotischen Pachtes vergeben —, was einen nicht unbeträchtlichen Posten ausmachte, denn „es gab viele Kanzleien, deren Kaufwert so hoch war wie der aller Ämter des betreffenden Tribunals“;⁶⁵ nicht berücksichtigt wurde ferner eine Anzahl Ämter, für die keine Schätzung vorlag, und deren Wert nicht genau ermittelt werden konnte.

Nach einer sehr eingehenden, auf den Etats der Parties casuelles fußenden Zusammenstellung⁶⁶ betrug die Zahl der in kasueller Form oder à survivance bestehenden Ämter 49 956,⁶⁷ ihr Kapital auf Grund der gelieferten Unterlagen 406 665 702 l. und der Gesamtwert aller dieser Ämter 481 596 018 l.⁶⁸ Für Gagen und augmentations de gages hatte die Regierung jährlich zu zahlen 9 700 560 l.⁶⁹ Nun aber änderte sich das Verhältnis durch folgende Tatsachen. Das Kapital der (geschätzten) kasuellen Ämter betrug 291 664 208 l., was für den centième denier jährlich 2,9 Millionen ergab; dazu kamen 476 895 l., die die Inhaber der nicht geschätzten Ämter für dieselbe Abgabe zahlten.⁷⁰ Geht man nun von der Gesamtzahl der Inhaber kasueller Ämter, die sich auf 47 682 belief,

mâitres et grueries: 20 008 256 l., Bureaux des finances: 26 064 484 l., les élections: 14 054 497 l., juridictions des Gabelles: 9 621 358 l., juridictions des Traités: 889 814 l., des consulaires: 842 133 l., offices municipaux: 8 600 238 l., notaires royaux: 19 339 607 l., les arpenteurs près les bailliages et maîtrises: 338 366 l., officiers de navigation: 666 141 l., huissiers archers gardes: 1 208 452 l., jurés priseurs: 9 620 580 l., jurés crieurs: 726 650 l.; (K. 651, No. 2, note justificative). In Wirklichkeit lag die Ziffer erheblich über 327 Millionen, was auch in der Denkschrift ausdrücklich vermerkt wird; sie kommt zu einer Finanzmasse von 460 Millionen. Nicht inbegriffen sind die Finanzämter, die Ämter der Militärverwaltung und des königl. Hauses; vgl. das Folgende.

65. ebd.; tatsächlich zeigte sich später, daß der Betrag viel höher lag; s. u.

66. ms. fr. 14 084, Mémoire sur l'état actuel des offices.

67. offices créés sans (muß wohl heißen „avec“) gages: 33 885, avec (muß wohl heißen „sans“ — es handelt sich zweifellos um eine Verwechslung im ms.) gages: 12 119, non évalués 3 592.

68. offices créés sans gages: 92 266 725 l., avec gages: 314 398 977 l., non évalués avec gages: 60 609 819 l., und die augmentations des finances: 14 300 497 l. Gesamtmasse: 481 576 018 l.

69. für Gagen: 9 013 940 l., für argumentations de gages: 686 620 l.

70. Deren Kapital betrug: 47 689 575 l., der Gesamtertrag aus dem centième denier also: 3 393 537 l.

aus, und nimmt man an, daß durchschnittlich jedes Amt alle zwanzig Jahre seinen Herrn wechselte, so entfielen auf das Jahr 2 384 Veräußerungen, denen ein Kapital von 16 967 689 l. entsprach.⁷¹ Die Quote für das *droit de résignation* betrug $\frac{1}{24}$, die jährlichen Einnahmen aus dieser Abgabe also 777 685 l.⁷² Aus den Veräußerungen der Ämter à *survivance* — die Quote für diese Abgabe stand auf $\frac{1}{16}$ — gingen jährlich 439 730 l. ein.⁷³ Der *centième denier* und die Veräußerungsabgaben erbrachten demnach alljährlich 4 610 952 l. Außerdem hatten die Beamten die beiden *Vingtièmes* zu zahlen, die ihnen von den *Gagen* und *augmentations de gages* abgerechnet wurden, so daß sich dieser Posten für den König auf 8 633 499 l. ermäßigte. Hinsichtlich der Ämter à *gages* im Werte von 375 Millionen entsprach dies einem Zinsfuß von 2,15%, bei Berücksichtigung der Gesamtmasse aller Ämter in Höhe von 481,5 Millionen einem Zinsfuß von 1,75%. In Wirklichkeit betrug aber die zu Lasten des Königs gehende Summe, das Gehalt für die Beamten, nur etwas über vier Millionen, denn die Normal-einnahmen der *Parties casuelles*, die ja auch durch die Zahlungen der Beamten zustande kamen, beliefen sich, wie wir sahen, auf 4 610 952 l. Das heißt: der König zahlte seiner Beamtenschaft jährlich als Besoldung 0,83% des Wertes, den ihre Ämter darstellten. Wahrlich, ein billiger Beamtenapparat!

Dieses Verhältnis verschiebt sich allerdings etwas bei Einrechnung der Ämter der Chancellerien, die in einer Sonderrubrik geführt wurden. Es handelte sich um 1 013 Stellen,⁷⁴ deren ursprünglicher Wert 43 665 751 l. betrug;⁷⁵ doch hatten sie im Laufe des 18. Jahrhunderts eine Erhöhung ihrer *finance* erfahren,⁷⁶ so daß die Gesamtmasse dieser Ämter nun auf über 103 Millionen anstieg.⁷⁷ Die an ihre Inhaber zu zahlenden *Gagen* und *augmenta-*

71. Das Kapital der *offices casuels* betrug, wie wir sahen, 339 353 783 l. (291,6 plus 47,6 Millionen).

72. Die 2 *sous pro livre*, die der Beamte stets mitbezahlen mußte, sind inbegriffen.

73. Die Zahl dieser Ämter betrug 2 274 mit einem Kapital von 6 396 086 l.

74. Grande Chancellerie: 330, Chancelleries près les cours: 683 Ämter.

75. Grande Chancellerie: 27 227 500 l., Chancelleries près les cours: 16 438 251 l.

76. Die Grande Chancellerie mit 33 557 500 l., die andern Chancelleries mit 25 900 907 l.

77. Genau 103 124 158 l.

tions de gages waren demzufolge verhältnismäßig hoch;⁷⁸ sie beliefen sich auf 3,9 Millionen. Aber dieser Betrag ermäßigte sich nach Abzug der angeführten Lasten mit Ausnahme des centième denier, von dem sie Befreiung genossen, auf 2 957 796 l., was einem Zinsfuß von ungefähr 3,5% entsprach. Dies erhöhte den allgemeinen Durchschnittszinssatz von 0,83% auf 1,2%. Doch auch darüber konnte sich die Regierung noch nicht beklagen. Sie zahlte wohl einem Beamtenkörper, dessen Chargen einen Schätzungswert von 585 Millionen aufwiesen, pro Jahr sieben Millionen, sehen wir aber genauer hin, so zeigt sich, daß sie in Wirklichkeit nicht nur nichts bezahlte, sondern sogar noch ein Plus zu verzeichnen hatte. In den genannten Einnahmen der Parties casuelles war der Ertrag aus der marc d'or, der für damals auf jährlich 1,5 Millionen anzusetzen ist,⁷⁹ nicht inbegriffen,⁸⁰ ferner nicht die Steuerbeträge aus der Capitation, welcher die Mehrzahl der Beamten unterworfen war. Viele von ihnen zahlten außerdem die Taille, und ihr Vorteil bestand nur darin, daß sie nicht in der allgemeinen Steuerrolle standen, sondern d'office taxiert wurden, d. h. nach Gutachten der Intendants oder von deren Subdelegierten, was natürlich immer eine bevorzugte Behandlung bedeutete.

Die allermeisten Ämter waren alten Datums, gingen in die Zeit vor 1689 zurück. Ihre Inhaber bezogen sehr niedere Gagen, höchstens 2% der finance. Auch die Gagen für die neueren Ämter⁸¹ hatten im Laufe der Zeit ähnliche Abstriche erfahren. Ursprünglich zum denier 18, 15 selbst 12 vergeben, erlitten sie 1716 eine Senkung auf den denier 25, die allermeisten mußten sich 1721 eine weitere Herabsetzung auf den denier 50, also auf 2%, gefallen lassen.⁸² So bezogen z. B. die Beamten der Elektionen 1787 nur 417 972 l. Gagen, die der Bailliages und königlichen Gerichte 320 299 l., die der Bureaux des finances 1 392 185 l.⁸³ Das Parla-

78. Gagen für die Grand Chancellerie: 701 100 l., für die andern Chancelleries: 453 090 l., augmentation de gages für jene: 1 557 875 l., für letztere: 1 193 286 l.

79. Im Jahre 1786 ergab die marc d'or 1 900 000 l., s. Bailly, Hist. financière de la France. Paris 1830, p. 386; vgl. Encyclopédie des finances, s. marc d'or.

80. K 651, No. 1.

81. Die seit 1688 errichteten Ämter galten als offices de nouvelle création.

82. D VI, 9 (84) art. 16.

83. ebd. art. 20, 16, 13.

ment in Grenoble, dessen Ämter ein Kapital von nahezu drei Millionen ausmachten,⁸⁴ bezog 55 920 l.⁸⁵ Dementsprechend waren die Gagen der andern Parlamente.⁸⁶

Die geringen Gagen, die die Regierung ihren alten Beamten gewährte, erlaubten ihr, jederzeit neue Ämter mit hohem Zinsfuß zu schaffen. Sie sicherte deren Erwerbern stets hohe Gagen zu, 5% war der Normalsatz. Dies ist auch der Grund dafür, daß sie nach Möglichkeit immer wieder von diesem finanziellen Ausweg Gebrauch machte. **Ämtererrichtungen waren billiger als Anleihen.** Selbst wenn der König für 100 Millionen neue Ämter auflegte und 5% Gagen gewährte, so stellte sich dieser Satz für ihn nach den bekannten Abzügen auf kaum 3%, und in die Gesamtmasse eingechnet, erhöhte sich der durchschnittliche Zinsfuß nur unmerklich.

Ein Vergleich des Ämterkapitals am Ende des Ancien régime mit der einst von Colbert ermittelten Finanzmasse ist nun am Platze; er gibt eine gute Ergänzung zu den gemachten Feststellungen. Mitte des 17. Jahrhunderts, als Frankreich vielleicht 16 bis 17 Millionen Einwohner zählte, wies seine Verwaltung 45 780 Beamte auf mit einem Ämterkapital von 419 630 842 l. Jetzt, bei einer Bevölkerung von 24 Millionen, war die Zahl der hauptsächlich beschäftigten Personen auf rund 51 000 angestiegen; die Finanzmasse ihrer Ämter betrug nun angenähert 600 Millionen. Eine große Verschiebung ist also nicht eingetreten. Und da der Verwaltungsapparat eine wesentliche Ausdehnung nicht erfahren hatte, war die Zahl der überflüssigen Beamten kaum niedriger als ein Jahrhundert vorher; Colberts Feststellungen trafen auch jetzt noch zu. Nicht übertrieben war, wie wir noch näher sehen werden, die Äußerung eines Bürgers, der von den Gerichtsbeamten Epernays sagte: „Wie viele Leute, die an e i n e m Knochen nagen. in den Hallen spazieren gehen, Neuigkeiten austauschen und ihre Nahrung suchen wie die Raupen“.⁸⁷

84. D XVII 4, (54).

85. D VI 9 (84) art. 6.

86. Das Parlament in Bordeaux bezog 1787 für Gagen: 35 196 l., in Rouen: 45 114, Besançon: 39 503 l., Flandern: 43 405 l., Nancy: 132 956 l., Metz: 75 840 l. Die Gagen sämtlicher Beamten der mittleren und unteren Gerichte (officiers des bailliages et autres justices roiales et de police) betrugen 330 299 l. (D VI 9, No. 84, art. 6, 13.)

87. zit. nach Babeau, La ville sous l'ancien régime, p. 26.

Der Beamte, der nicht reich genug war, um von seinem Vermögen leben zu können, konnte nur bestehen, wenn der Staat ihm bei der Ausübung seines Amtes weitgehend freie Hand ließ und zuließ, daß er seinen und seiner Familie Lebensunterhalt aus dem Volke preßte. Eine Handhabe dazu boten die vielen Sporteln und Rechte aller Arten, die mit den amtlichen Handlungen verbunden waren. Sie stiegen immer wieder. Denn jede Beschneidung der Gagen mußte irgendwie vergolten werden. So wurde z. B. die Streichung von sechs bis sieben Millionen Gagen im Jahre 1744 für die Beamten des Richterstandes aufgewogen durch Erhöhung der Schreibgebühren und der Sporteln um zwei sous pro livre.⁸⁸ Die den Beamten der königlichen Gerichte zustehenden Sonderrechte betrugen 1758 jährlich zwölf Millionen.⁸⁹ Was aber auf direktem und indirektem Wege zuviel erhoben wurde, kann nicht auch nur annähernd festgestellt werden. Meist bezogen die subalternen Beamten der Gerichte, die Kommissare, Sachwalter, Gerichtsdieners und dgl. keine Gagen; ihr Gehalt bestand in Rechten, besser Provisionen, die ihnen für ihre Amtshandlungen zustanden, und die sie erhöhten durch Schikanen und Schliche, „die keineswegs erlaubt sind, die man aber vielfach duldet, weil man weiß, daß die Mehrzahl dieser Beamten, besonders die in den Städten der Provinz, sich in schlechten Verhältnissen befinden“.⁹⁰

In dem genannten Ämterkapital sind die Chargen des königlichen Hauses und der Armee nicht inbegriffen. Für die Mitte des 17. Jahrhunderts schätzte Forbonnais ihren Wert auf nahezu 400 Millionen.⁹¹ Ende des Ancien régime ist ihr Kapital kaum weniger hoch anzuschlagen, wenngleich mit der Liquidation der finance vieler Militärchargen bereits begonnen war, denn unter Ludwig XVI. wurde ernstlich versucht, die Käufllichkeit der Militärstellen zu beseitigen. Daß der Wert der zivilen Ämter beträchtlich höher war, als aus früheren Schätzungen hervorging, zeigte sich,

88. s. Collection de Comptes rendus conc. les finances de France depuis 1758 jusqu'en 1787, p. Mathion de la Cour, 1788, p. 16.

89. ebd.

90. ebd. p. 16, Observation sur les charges des offices des cours souveraines. So kamen z. B. den berichtigten jurés priseurs folgende Rechte zu: un droit de voyage à 2 l. 5 sous par lieu, un droit de 3 livres par vacation, un droit de 4 deniers par livre sur le produit des ventes, un droit de 8 sous 6 deniers par chaque rôle d'expédition.

91. T. 1, p. 329 f.

als auf Grund eines Beschlusses der Nachtsitzung vom 4. August 1789, der die Ämterkäufllichkeit für abgeschafft erklärte, zur Liquidation dieser Vermögenswerte geschritten wurde.⁹² Diese Operation gestaltete sich langwierig und umständlich; sie zog sich hin bis in die Zeit des Nationalkonvents. Eine Abfindung aller Ämter überhaupt fand nicht statt; viele Beamte, die die Liquidation beantragt hatten, harrten noch 1795 der Entschädigung.⁹³ Für die andern, die ihre Titel nicht vorgewiesen hatten, stand keine Entschädigung mehr in Aussicht. Bis zum September 1794 war die Liquidationsmasse auf 795 813 120 l. angewachsen, und 64 960 Liquidanten hatten Ansprüche.⁹⁴ Diese Akten zeigen auch, daß der Cumul bis zur Revolution fortbestand. Viele Petitionen sind darin verzeichnet, die sich im Besitz von 2, 3, 5, 10 und noch mehr Ämtern befanden. Zu der erwähnten Finanzmasse kamen noch die Maîtrises mit einem Kapital von 9 305 225 l. und 45 320 Beteiligten. Hinzugerechnet werden müssen ferner noch die Kapitalien der Ämter, für die die Inhaber die Liquidation verweigerten oder nicht beantragten. Schätzungsweise betrugen sie 51,5 Millionen. Viele Chargenträger des königlichen Hauses, der Armee und der hohen Gerichtskörperschaften fallen unter diese Rubrik; der größte Teil von ihnen waren Emigranten. Selbst wenn der zuletzt genannte Posten höher angeschlagen werden müßte, so dürfte der Wert der bei Ausbruch der Revolution vorhandenen Ämter eine Milliarde wohl nicht überstiegen haben. Die Ziffer von 8 Milliarden Frs. (im Geldwert von 1900), zu welchem Wert d'Avenel diese Objekte anschlägt, ist auf jeden Fall zu hoch gegriffen.⁹⁵

92. s. Rapport de Montesquiou à l'ass. nat. oct. 1790.

93. Loi du 23 Prairial an III (11 juin 1795).

94. Rapport sur le compte rendu des finances par le directeur général de la liquidation des offices de toute nature, des maîtrises et jurandes, par P. Borsas, 30 Fructidor an II. (AD IX 540.) Auf die offices casuels et héréditaires de judicature, des municipalités, des chancelleries ministériels et offices de perruquiers entfielen: 60 655 parties liquidées, Kapital: 460 131 045 l.; Domaniaux, fieffés et inféodés 312 parties liquidées, Kapital: 5 260 053 l., militaires, de finances et cautionnements: 3 993 parties liquidées, Kapital: 330 422 022 l.

95. G. d'Avenel, Hist. écon. de la propriété, des salaires et des denrées, t. 5, p. 60. Dieser Historiker legt seiner Schätzung allerdings den modernen Geldwert (von 1900) zugrunde.

Die Betrachtung der finanziellen Seite des Ämterwesens zeigt, wie schwierig schon eine bloße Reform gewesen wäre. Das Übel mit der Wurzel auszurotten, nämlich mit aller Käuflichkeit Schluß zu machen und die Ämter abzulösen, wäre vollends unmöglich gewesen. Ganz abgesehen davon, daß der auf der Ämterkäuflichkeit beruhende Beamtenapparat dem Staat fast keine Kosten verursachte, hätten die stets mißliche, häufig katastrophale Lage der öffentlichen Finanzen und das ständig wachsende Defizit eine Ablösung nicht gestattet. Überdies gab es im Regierungslager selbst Kreise, die Reformen auf diesem Gebiet ablehnend gegenüberstanden: an erster Stelle die Apanagefürsten. Es handelte sich um die Prinzen von Geblüt, die im Besitz von Apanagen waren. Zwar besaßen sie nur eine untergeordnete Gerichtsbarkeit und eine beschränkte Polizeigewalt, auch stand die Ernennung der höheren und mittleren Beamten im Prinzip dem König zu; lag sie in ihrer Hand, so nicht auf Grund der Apanageakte, sondern nur in Form einer bedingten Verleihung. Aber die Sache hatte eine finanzielle Seite. Die *droits casuels*, die Einkünfte aus den Ämtern, wie *centième denier* und Veräußerungsabgaben, gehörten ihnen. Deshalb hatten sie ein Interesse daran, daß der König keine Ämter aufhob, und daß er keine Verordnungen erließ, die ihre Einnahmen schmälerten. Als z. B. Ludwig XVI. auf Anraten Turgots gewisse Ämter abschaffen und für eine Anzahl anderer den *centième denier* aufheben wollte, stieß er auf heftigen Widerstand bei den Prinzen von Geblüt, die das als Eingriff in ihre Apanagen ansahen. Bevor eine endgültige Regelung getroffen war, erfolgte der Sturz Turgots, und Clugny, sein Nachfolger, zog das vorgeschlagene Gesetz zurück.⁹⁶

Als entschiedenster Gegner durchgreifender Reformierung der Einrichtung ist zweifellos die Beamtenschaft selbst anzusehen. Ihre unabhängige Stellung beruhte gerade auf der Käuflichkeit der Ämter; sie abzuschaffen hätte tiefgreifende Änderungen im gesamten staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben nach sich gezogen, hätte eine Umwertung aller Vermögenswerte bedeutet. Welch große finanzielle Macht aber gerade die einflußreichsten Schichten der Beamtenschaft darstellten, wird eine Betrachtung der Ämterpreise erhellen.

96. s. H 1447 (337) *Mémoire*. (A. N.)

Achtes Kapitel.

Die Preise der Ämter.*)

Die Ämterpreise wiesen im Laufe der Jahrhunderte große Schwankungen auf. Es gab Zeiten der Hausse und Baisse, wie bei Werten, die an der Börse gehandelt werden. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, die von der Regierung gewährten Sicherheiten, die wirtschaftliche Konjunktur und nicht zuletzt das Sinken des Metallwerts des Livre im 16. und 17. Jahrhundert bestimmten die Marktpreise der Ämter, die bei weitem nicht so stetig waren wie die amtlichen Tarife, von denen sie sich grundsätzlich unterschieden. Unter diesen verstehen wir den von der Regierung angenommenen Schätzungspreis, den sie der Erhebung der Paulette-abgaben, dem Annuel, Prêt und den Veräußerungsrechten zugrunde legte. Von 1604, dem Geburtsjahr der Paulette, bis 1638 galt ein und derselbe Satz. Das enorme Ansteigen der Preise veranlaßte dann die Regierung, die angenommene finance durchschnittlich um ein Viertel zu erhöhen. Dieser Tarif diente bekanntlich allen künftigen Regelungen als Grundlage. Er läßt sich leicht erschließen aus der Schätzung des Jahres 1604, die sehr wertvoll und wichtig ist, besonders deshalb, weil wir annehmen dürfen, daß bei dieser ersten Gesamtaufstellung, der ein fiskalischer Gedanke zugrunde lag, der angenommene Schätzungswert und der Handelspreis fast übereinstimmten; ersterer lag jedenfalls nicht viel unter letzterem. Dies darf auch aus den Preisermittlungen, die wir aus dem 16. Jahrhundert besitzen, geschlossen werden. Leider sind die Belege für diese Zeit verhältnismäßig spärlich.

Franz I. errichtete, wie wir gesehen, das Büro der Parties casuelles, in dem die Ämter gehandelt wurden; aber dessen Unterlagen sind weit davon entfernt, vollständig zu sein. Aus dem Jahre 1525 wissen wir z. B., daß vom Januar bis August aus Ämtern

*) Wir geben im folgenden nur einen Ausschnitt. Die Ämterpreise im Ancien régime würden eine gesonderte u. eingehende Untersuchung verdienen.

98 808 l. eingingen.¹ In dieser Summe sind aber auch die Resignationsgebühren einbezogen. Ein Prévôt der Bailliage Sens bezahlte damals für eine Resignation 150 l., ein Notar am Pariser Parlament für den gleichen Zweck 1000 l. Dieselbe Summe kostete das Amt eines königlichen Prokurators in Bas-Limousin. Ein Schreiber (greffier) am Parlament in Paris kaufte sein Amt für 4 327 l., ein königlicher Sekretär (secrétaire du roi) für 3 200 l., ein Salzbeamter (grenetier) im grenier à sel von Sens für 2 400 l., ein Steuerrat (élu) zahlte ebensoviel. Das Amt eines Rechnungsrevisors (auditeur) und Rentmeisters (maître des comptes) in der Bretagne kostete 4 000 l., das eines Rats am Pariser Parlament 6 bis 7 000 l. bzw. der König nahm von den Bewerbern einen Prêt in dieser Höhe.²

Ein starkes Anziehen der Preise scheint in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht stattgefunden zu haben. Ein Ratsamt am Pariser Parlament kam über 10 000 l. kaum hinaus.³ Anders in den folgenden Jahrzehnten. Wir sehen, daß z. B. die Charge eines Präsidenten der Grande chambre 1580 für 60 000 l., die eines Staatsanwalts (avocat du roi) am Parlament für 40 000 l. und die eines Bittschriftenmeisters bzw. Beisitzers im Staatsrat (maître des requêtes) für 25 000 l. verkauft wurde;⁴ die eines Oberschatzmeisters und Präsidenten in den Bureaux des finances kostete in derselben Zeit bis zu 12 000 Taler.⁵

Ein wichtiger Grund dieser starken Preissteigerung ist in der von höchster Stelle genährten Ämter-, „Wut“ zu suchen. Da die Ämter errichtet wurden, um Geld zu bekommen, hatte die Regierung auch ein Interesse daran, daß möglichst viel aus ihnen einging. Noch 1570 hatte ein Ratsamt 10 000 l. gekostet, das eines maître des requêtes 17 bis 18 000 l. Aber zur großen Entrüstung des Parlaments erklärte nun der König, künftighin keine Bewerber mehr anzunehmen, die nicht höhere Summen bieten würden.⁶

1. KK 351—352 (Finances extraord. des Parties casuelles).

2. ebd. entnommen; vgl. F. Aubert, Recherches sur l'organisation du Parl. de Paris au 16^e s, Rev. droit fr. 1912, p. 54 f. u. 91.

3. vgl. Maugis, a. a. O. t. 2.

4. Registre journal de Henri III, p. 126.

5. ebd. p. 131; über das Steigen der Preise berichtet auch der Kanzler Hôpital, Oeuvres inéd. I, p. 403; vgl. o. S. 72.

Andererseits haben bei der Steigerung der Ämterpreise auch wirtschaftliche Gründe mitgespielt; ein starkes Anziehen der Preise ist ebenfalls auf andern Gebieten zu verzeichnen. Parallel damit ging ein Sinken des Geldwerts.

Nach der 1604 gemachten Aufstellung war die Lage am Ämtermarkt folgende.⁷ Am Pariser Parlament kostete die Charge eines Präsidenten (*président à mortier*) 50 000 l., eines *président des enquêtes* 27 000 l., des *requêtes* 30 000 l., eines *maître des requêtes* 21 000 l., ein Laiensitz (*conseiller laïc*) 18 000 l., ein Klerikersitz 15 000 l., die Stelle eines Prokurators der *requêtes* 3 000 l., eines Advokaten 2 000 l. und die des obersten Gerichtsdieners (*premier huissier*) 18 000 l. In derselben Höhe bewegten sich die Preise der Ämter an der *Chambre des comptes*: 50 000 l. für die Stelle eines Präsidenten, 27 000 l. für die eines *maître* (Rentmeister), 13 500 l. für die eines *auditeur* (Rechnungsrevisor) und 16 000 l. für die eines *correcteur*. Ähnlich standen die Preise der Ämter an der *Cour des aides* und am *Grand Conseil*, nämlich 15 000 l. für eine Ratsstelle. Die entsprechenden Ämter in der Provinz standen erheblich niedriger im Kurse. So kostete die Charge eines *président à mortier* am Parlament in Bordeaux nur 25 000 l., eines *président des enquêtes* 27 000 l., der *requêtes* 24 000 l., ein Ratssitz 18 bzw. 15 000 l.⁸

Es würde zu weit führen, wollten wir Beispiele aus allen Beamtenkörperschaften zusammenstellen. Wir wählen deshalb eine andere Methode: wir greifen die in einem bestimmten Verwaltungs- oder Gerichtssitz bestehenden königlichen Ämter heraus. Dies gibt überdies einen weiteren Einblick in die Zusammensetzung der Beamtenkörperschaften.

Nehmen wir also beispielsweise den *Bailliage-* bzw. *Präsidial-*sitz *Meaux* heraus,⁹ der als ein Durchschnittsbezirk anzusehen ist.

6. Maugis, a. a. O. I, p. 263.

7. Entnommen aus ms. fr. 3435, *Estat de la vailleur et estimation faicte au Conseil du Roy. 1604.*

8. Fol. 327, in Grenoble kostete ein *président à mortier* 21 000 l. der *Enquêtes* 17 000 l., ein *Conseiller* 10 000 l. (fol. 387); in Aix ein *président à mortier* 18 000 l., der *Requêtes* 12 000 l., ein *conseiller laïc* 6 000 l., *clerc* 3 000 l., eine *procureur-Charge* 1 500 l. (fol. 394).

9. Fol. 12 ff.

In der Korporation der Bailliagebeamten hatten die Ämter folgende Preise: président, verbunden mit lieutenant général (Oberrichter) 7 000 l., lieutenant particulier (Hilfsrichter) 6 000 l., lieutenant criminel (Strafrichter) 7 000 l., lieutenant particulier assesseur criminel (zweiter Strafrichter) 3 000 l., procureur du roi (Generalprokurator) 12 000 l., avocat du roi (Staatsanwalt) 6 000 l., conseiller garde sceaux (Siegelbewahrer) 3 600 l., die Räte je 3 000 l., die commissaires examinateurs (Rechnungsprüfer) 1 600 l., prévôt der maréchaussée (Befehlshaber der Landpolizei) . . . (?), dessen lieutenant . . . (?), commissaire à faire la monstre 3 000 l., conseiller de la monstre 2 000 l., payeur (Zahlmeister) 1 200 l., die assesseurs (Beisitzer) des prévôt der maréchaussée 1 000 l., prévôt royal (Amtshauptmann) 10 500 l., dessen lieutenant 3 000 l., dessen Räte je 1 200 l., der Prokurator 2 400 l., dessen Substitut 1 000 l., der recepteur et payeur (Sporteleinnehmer und Gagenzahler) am Präsidialhof 1 500 l., die huissiers audienciers (Gerichtsdienner) je 900 l., die sergents je 600 l. und die commissaires je 1 000 l.¹⁰

Neben dieser Körperschaft bestand in Meaux noch die der Election. Die Ämter des président und der lieutenants waren geschätzt zu je 3 500 l., der élus zu 4 000 l., die Stelle des Generalprokurators galt 2 000 l., des Staatsanwalts 1 500 l., der zwei receveurs (Einnehmer) des aides je 2 000 l., der drei receveurs des tailles je 9 000 l., der receveurs du domaine je 2 400 l., deren contrôleurs je 1 000 l., der receveurs du taillon je 2 600 l., der huissiers audienciers je 500 l., der sergents des tailles je 450 l.; dazu kommen sechs weitere Nebenämter, deren Wert zwischen 900 und 145 l. schwankte.¹¹

Außer der Election gab es noch das grenier à sel mit einem grenetier (Salzverkäufer), dessen Amt auf 4 000 l. geschätzt war; das des contrôleur kostete 3 000 l., des procureur du roi 1 800 l., des avocat du roi 700 l., der mesureurs je 300 l. und der sergents je 200 l.¹²

10. Für die entsprechende Körperschaft in Auxerre galten folgende Sätze: ein président 6000 l., lieutenant général 5 000 l., lieutenant criminel 7 000 l., avocat du roi 4 000 l., conseiller 2 000 l., prévôt royal 8 000 l. usw. (fol. 3).

11. Der élu part. 900 l., off. part. de la ferté au col 700 l., dessen lieutenant 700 l., procureur 500 l. und sergent von je 145 l. (fol. 18).

12. fol. 28.

Für die Ämter der in den Generalitäten sitzenden Beamten waren die Preise höher. Die Schatzmeisterstellen galten je nach der Bedeutung des Sitzes 18, 20 oder 24 000 l., die Stellen der *receveurs généraux* (Generalsteuereinnnehmer) 7, 10, 15 000 l. und noch mehr.

Aus den angeführten Zahlen geht hervor, daß in der Zeit von 1580 bis 1604 eine wesentliche Steigerung der Ämterpreise nicht stattgefunden hat, vielmehr scheint zuweilen das Gegenteil der Fall gewesen zu sein. Vielleicht haben die Abbaumaßnahmen Sullys dabei eine Rolle gespielt. Anders wurde es mit der Einführung der *Paulette*. Sie brachte eine bedeutende Sicherung des Amtsbesitzes mit sich; und das wirkte sich auch sofort aus in einem starken Steigen der Ämterpreise, was den heftigsten Protest der Stände von 1614, insbesondere des Adels und der Geistlichkeit auslöste. Die *Paulette*, so sagten sie und alle Gegner der Ämterkäuflichkeit, sei schuld an dem Vorgang; man dürfe nicht daran zweifeln, daß „die Ratsämter am Pariser Parlament in zwei Jahren 100 000 l. kosten und alle andern Ämter in diesem Verhältnis steigen werden“.¹³ Loyseau, der bekannte Jurist, bestätigt diese Feststellung. Während ein Ratsamt zur Zeit Heinrichs III. 9 000 l. kostete, kostete es jetzt (1612) 60 000 l. und das Amt eines Präsidenten viermal so viel. Aber, fügt Loyseau bitter hinzu, es sei keineswegs die gute Behandlung der Beamten, die diese Steigerung verursache. „Nie-mals taxierte man die Resignationen höher, nie sah man schärfer nach den Ämtern der durch Tod Abgehenden, nie war der Dienst beschwerlicher. Bald enthält man den Beamten ihre Gagen vor, bald streicht man sie, um sie nachher gegen eine Geldleistung wieder zu bewilligen, bald zerstückelt man die Ämter, bald verlangt man von den Beamten unter dem Vorwand irgendeiner Attribution Geld. Kurz, es gibt keine teurere Ware auf der ganzen Welt.“ Doch verringerte das die Kauflust nicht; der Ehrgeiz der Franzosen war so groß, daß sie nicht nach dem Preis fragten. Loyseau fand es für notwendig, einen neuen Namen zu prägen, um die Vorliebe für Ämter mit dem richtigen Ausdruck bezeichnen zu können.

13. Les maux que cause le droit annuel . . . 1614; s. a. La fièvre de la *Paulette*. 1614.

14. Livre III, ch. I, 1—11.

„Man muß sie Ämtersucht, Archomanie, benennen. Mit den Kosten steigt die Begierde; je höher die Resignationen taxiert werden, desto eifriger gibt man das Geld dafür hin; je mehr Ämter es gibt, desto größer ist der Andrang.“¹⁵ Und Refuge, ebenfalls ein bekannter Jurist, bemerkt zu der Klage Hôpitals über das Steigen der Ämterpreise in den 60er Jahren des 16. Jahrhunderts, die Ämtersucht sei inzwischen so groß geworden, daß innerhalb neun oder zehn Jahren, seit der Erfindung der Paulette, „ein Richteramt teurer geworden ist, als die Gagen, nicht in fünf oder fünfzig oder hundert, sondern in dreihundert Jahren ausmachen, denn ein Ratsamt in Paris, das 500 l. Gagen einträgt, kostet unter Einzelnen heute 60 000 l. und mehr“.¹⁶ Auch das Wachsen der Finanzmasse der Ämter zeigt die Preissteigerung. Betrug sie 1604 rund 60 Millionen, so wurde sie 1614 bereits auf 200 Millionen geschätzt.

Aber dabei blieb es keineswegs. Der Vater des späteren Surintendanten Fouquet verkaufte 1615 seine Ratscharge am Parlament für 69 000 l. Anschließend kaufte er sich die Charge eines maître des requêtes für 90 000 l., die er zwölf Jahre später für 144 000 l. verkaufte.¹⁷ In diesem Tempo stiegen in der Folgezeit die Preise weiter. Die ganze Entwicklung spiegelt sich in den Preisen, die die bekannte Magistratenfamilie Nicolay für die Charge des ersten Präsidenten der Chambre des comptes, die sie fast 300 Jahre lang innehatte, ansetzte: 1537 zu 36 000 l., 1551 zu 34 000 l., 1623 zu 250 000 l., 1656 zu 300 000 l., 1665 zu 400 000 l.¹⁸ Daß sich diese Ziffern auf der allgemeinen Linie bewegen, ist aus andern Feststellungen ersichtlich. Der Parlamentarier Olivier d'Ormesson wurde 1643 maître des requêtes für 180 000 l.¹⁹ Zu derselben Zeit zahlte man für eine Präsidentencharge am Pariser Parlament bis zu 500 000 l., manche boten 600 000 l.,²⁰ und einige Jahre später wurden tatsächlich die Ämter der présidents à mortier

15. ebd. ch. I, 9.

16. Oeuvres inédites I, p. 360, ... „et pour les offices de judicature sans gaiges, il y en a, non ez plus grandes, mais ez petites villes de ce royaume, qui se vendent de six, sept et huict mille escus, où il n'y a pas ung teston de gaiges“.

17. J. Lair, Nicolas Fouquet, a. a. O. p. 10/11 und 53.

18. Boislisle, La Chambre des Comptes de Paris. 1873, p. LXII, von 1690 bis 1771 blieb der Preis auf 550 000 l.

19. Journal d'O. Lefèvre d'Ormesson, t. 1, p. 5.

20. ebd. p. 4.

auf dieser Basis gehandelt.²¹ Ein einfacher Ratssitz galt 120 000 l.; die Stellen der *maîtres des comptes* standen zu 60 000 Taler im Kurse, die der *correcteurs* und *auditeurs* zu 80 000 Taler (= 130 000 l.).²² Auch in den Provinzen waren die Preise hoch; wurden doch schon in den 30er Jahren am Parlament von Rouen für Ratsämter zwischen 56 und 97 000 l. bezahlt.^{22a}

Ein sehr teures Amt war auch das des *lieutenant civil* am *Châtelet* in Paris; es kostete damals 400 000 l., geboten wurde noch mehr dafür. Als man aber Richelieu zu Ohren brachte, daß sich ein Bewerber finde, der bereit sei, 600 000 l. für diese Charge zu geben, antwortete er: „Nennen Sie ihn nicht, das kann nur ein Dieb sein“.²³ Richelieu sah in den unsinnigen Preisen eine Hauptursache der Mißstände in der Justiz; er hielt es für unbedingt notwendig, sie so herabzusetzen, wie es „der Vernunft entspricht“; sie dürften nicht die Hälfte desjenigen übersteigen, „zu dem die Verwirrung der Geister sie augenblicklich führt“.²⁴

Die Spitzenpreise sind damit noch nicht erreicht. Chargen, die in den 40er und 50er Jahren 700, 800 000 l., ja eine Million und noch mehr kosteten, waren nicht selten. Dazu gehörten Finanzämter. Die Schatzmeister des Staatsschatzes, der *Parties casuelles*, hohe Hof- und Staatsbeamte zahlten diese Preise. Die Charge eines *secrétaire d'Etat* stieg von 1643 bis 1663 von 500 000 l. auf eine Million. Hugues de Lionne erstand die seinige zu diesem Preis.²⁵ Colbert hatte für eine andere 700 000 l. bezahlt.

Zur selben Zeit aber hatten die Preise des amtlichen Tarifs für die Chargen des Pariser Parlaments, gemessen am Tarif von 1604 (s. o.), folgenden Stand erreicht: das Amt eines *président à mortier* wurde eingeschätzt zu 66 666 l., das eines *président des enquêtes* zu 60 000 l., der Räte der ersten Kammer der *requêtes* mit der

21. *Observations curieuses sur l'Estat et gouvernement de France*, 1649 (B. N. Lb³⁷ 1415).

22. ebd.

22a. s. *Mémoires de Bizot de Monville*, publ. p. d'Estainbot, Rouen 187, p. 21, 25, 321.

23. zit. nach d'Avenel, *Hist. écon. de la propr.* . . . t. 5, p. 52.

24. *Polit. Testament*, Kap. IV, 1. Absch.

25. *Lettres inéd. de Hugues de Lionne*, p. 193. Resignant war Brienne, der behauptete, daß ihm 1,6 Millionen geboten worden seien; ebd. p. 91; s. a. ms. fr. n. a. 1631 p. 401 ff.

Eigenschaft eines Präsidenten zu 40 000 l., der Räte der zweiten Kammer zu 36 000 l., der *maîtres des requêtes* zu 28 000 l., der Laienräte zu 24 000 l. und der Kleriker zu 16 660 l. Alle andern Ämter waren in ähnlichem Verhältnis eingeschätzt.²⁶ Der Abstand zwischen amtlichem Tarif und Marktpreis war also gewaltig; seine ganze Größe zeigt die Aufstellung, die Colbert im Jahre 1665 anfertigen ließ. Diese soll uns nun eingehender beschäftigen, denn nichts vermag besser als sie zu zeigen, welche wichtige Rolle das Ämterkapital im Nationalvermögen der Franzosen damals spielte, und ein Vergleich mit den Ziffern von 1604 vermittelt zugleich einen Begriff vom Aufschwung, den der Ämterhandel in der Zwischenzeit nahm. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die seit 1661 dauernde Reform- und Abbautätigkeit Colberts bereits mit vielen Ämtern wieder aufgeräumt hatte, sie scheint auch ein gewisses Sinken der Preise bewirkt zu haben.

Beginnen wir mit den Beamtenkörperschaften der Stadt Paris.²⁷ An erster Stelle steht das Parlament. Da die Charge des ersten Präsidenten als nichtkäuflieh galt — sie wurde bei der jeweiligen Vakanz der Theorie zufolge frei vom König besetzt —, galten hier als die teuersten Ämter die der *présidents à mortier*. Nach dem um 1665 herrschenden Handelspreis kosteten diese sieben Chargen je 500 000 l. (die Gagen betragen pro Jahr und Amt 4 500 l.), die Chargen der zehn Räte der *enquêtes* mit dem Titel *président* je 150 000 l. (Gagen: 1 300 l.), die der zwei *présidents des requêtes* je 180 000 l. (Gagen: 803 l.), zwei weiterer Präsidenten ebensoviel, die der 72 *maîtres des requêtes* je 220 000 l. (Gagen: 1 360 l.), die der 162 Laienräte je 120 000 l. (Gagen: 406 l.), die der 36 Klerikerräte je 110 000 l. (Gagen: 339 l.), die der 28 *commissions des requêtes* je 20 000 l., der zwei *avocats généraux* (Oberstaatsanwälte) je 150 000 l. (Gagen: 4 500 l.), die der 19 Substitute des Generalprokurators je 30 000 l. Die teuerste Charge war die des *receveur des consignations*, die eine Million kostete. Nun kommen noch die Stellen einer Anzahl *secrétaires*, *huissiers*, *contrôleurs*, *commissaires*, so daß nach diesem Etat das

26. s. ms. fr. 18 230, und ms. fr. 11 109—11 110.

27. Wir stützen uns im folgenden auf Coll. 500 de Colbert, No. 259, *Etat général de la valeur et prix courant de tous les offices du royaume*.

Parlament ein Personal von 377 Beamten aufwies; 400 Anwälte (*procureurs*), deren Ämter je einen Wert von 8 000 l. hatten, waren ihm angegliedert. Das Kapital all dieser Ämter betrug 50 723 000 l.²⁸

Das Parlament gliederte sich damals in folgende Kammern: Grande Chambre, Tournelle, Chambre d'Edit, zwei Kammern der *requêtes* und fünf Kammern der *enquêtes*.²⁹ Die ewige Geldnot des absolutistischen Staates war die Ursache, daß sich die Besetzung des Parlaments in Paris in anderthalb Jahrhunderten um ungefähr das Vierfache erhöht hatte, obwohl nach dem Urteil Colberts, Pussorts und anderer erfahrener Staatsmänner die ursprüngliche Besetzung von hundert Mann mit Einschluß der *Pairs* ausgereicht hätte. Dieses reiche Corps war nicht nur ein politischer Faktor, sondern auch ein wirtschaftlicher, denn seine Kaufkraft bestimmte das Wirtschaftsleben einer Stadt entscheidend.

Hinsichtlich der *Chambre des comptes* beobachten wir dieselbe Erscheinung. Während sie zu Beginn des 16. Jahrhunderts zwei Präsidenten, acht *maîtres* (Rentmeister) und zwölf *auditeurs* (Rechnungsrevisoren) zählte,³⁰ bestand sie jetzt aus einem ersten und zehn andern Präsidenten, 70 *maîtres des comptes*, 30 *correcteurs*, 74 *auditeurs*, einem Generalprokurator und einem Oberstaatsanwalt (*procureur général* und *avocat général*). Zu diesen kamen noch Gerichtsdienner, *Kontrollreure*, *Einnehmer*, *Zahlmeister*, *Schreiber* und 20 *Sachwalter*, was einen Personalbestand von 236 Mann ergab mit einem Ämterkapital von 20 289 000 l.³¹ Ludwig XIV. vermehrte, wie am Parlament, die Zahl dieser Beamten durch Errichtung neuer Ämter in den Jahren 1690 bis 1704 auf 284.³² Die dabei festgesetzten Preise kennen wir bereits (s. S. 176).

28. Dazu kommen noch 32 *greffiers*, deren Ämter ursprünglich domanial waren, mit einem Wert von 2 660 000 l. und 12 *greffiers* des *Requêtes du Palais* mit 830 000 l.

29. Borjon, *Des offices de judicature*. 1683, p. 9.

30. Boislisle, a. a. O. p. LI.

31. Preise: *premier président*: 500 000 l., *présidents*: 250 000 l., *maîtres des comptes*: 144 000 l., *procureur général*: 400 000 l., *avocat général*: 40 000 l., *correcteurs des comptes*: 60 000 l., *auditeurs des comptes*: 55 000 l., *contrôleur du trésor*: 10 000 l., *contrôleur général des restes*: 50 000 l., *payeur des gages*: 35 000 l., *Contrôleur des payeurs*: 40 000 l., *greffier en chef*: 80 000 l., *procureurs* à 8 000 l., etc.

32. Boislisle, a. a. O. p. LII ff.

Die Cour des aides, aus kleineren Anfängen hervorgegangen als die Chambre des comptes,^{32a} war in der gleichen Zeit, vom 15. Jahrhundert bis Mitte des 17., auf 175 Beamte angewachsen. Die Preise ihrer Ämter standen erheblich niedriger im Kurse als die der Chambre des comptes; ihr Kapital betrug 6 929 000 l.

Nach diesen Körperschaften ist das Châtelet zu nennen. Hier kostete das Amt des Prévôt 100 000 l., des Oberrichters (lieutenant général civil) 600 000 l., des Strafrichters (lieutenant criminel) 450 000 l., des Generalprokurators ebensoviel, des Hilfsrichters (lieutenant particulier) 200 000 l., des Staatsanwalts 75 000 l., jedes der 34 Kontrolleurs 60 000 l., der 46 Kommissare je 30 000 l., die Ämter der 113 Notare wurden bewertet mit je 15 000 l., die der 202 Sachwalter je 2 500 l., die der 417 Gerichtsdienner je 1 000 l. Das waren 873 Beamte und ein Ämterkapital von 8 436 000 l.; hinzu kamen noch 26 Schreiberstellen im Werte von 500 000 l.

An diesen Gerichtshof reiht sich an der Grand Conseil mit 114 Ämtern. Die teuerste Charge war die des Generalprokurators; sie kostete 250 000 l.; die eines Rats 110 bis 120 000 l. Der Wert sämtlicher Ämter betrug 7 940 000 l. Dieselbe Ämterzahl wies die Cour des Monnaies auf, wo die Charge des ersten Präsidenten 200 000 l., die der anderen je 50 000 l. und die eines Rats nur 35 000 l. kostete. Der Gesamtwert belief sich auf 2 133 700 l.

Die 85 Ämter des Büros der trésoriers de France repräsentierten einen Wert von 2 815 000 l.; jede einzelne Charge der 23 Schatzmeister galt 70 000 l., die des ersten Generalsteuer-einnehmers, des Ancien, 180 000 l., des Alternatifs 190 000 l. und des Triennal 150 000 l.

Neben diesen Körperschaften existierten noch andere, wie die Chambre du Trésor,³³ die Connetablie et Marechaussée,³⁴ der Bail-liage du Palais,³⁵ die Eaux et Forêts, der Table du marbre,³⁶ die

32a. Im Jahre 1483 zählte sie: 1 Präsidenten, 4 Finanzgenräle, 3 Räte, 1 Generalprokurator, 1 Staatsanwalt, 1 Schreiber, 2 Gerichtsdienner und zwei Gagenzahler. (s. Rev. hist. 1932 (170) S. 209.)

33. 20 Ämter für 130 800 l.

34. 9 Ämter für 159 000 l.

35. 14 Ämter für 146 500 l.

36. 29 Ämter für 977 000 l.

Maîtrise des Eaux et Forêts,³⁷ die Amirauté du Palais,³⁸ die Maréchaussée et robe courte,³⁹ es kommen der Chevalier du get⁴⁰ und der Prévôt de l'Isle mit ihren Kompagnien hinzu,⁴¹ ferner der Prévôt général de la Monnaie.⁴² Damit ist die Liste noch lange nicht erschöpft. Es bleiben noch 74 kasuelle Ämter des königlichen Hauses mit einem Gesamtwert von 3 929 000 l. — das Amt des maître de la chambre kostete allein 250 000 l. —, ferner 154 Beamte der Suite des Hofes und des Conseil du roi; der Wert ihrer Chargen wurde mit 8 412 000 l. berechnet. Die teuersten dieser Ämter waren die der vier secrétaires du Conseil des finances, die je 375 000 l., und die der vier greffiers du Conseil des Parties, die je 275 000 l. kosteten.⁴³ Außerdem haben wir noch die Grande Chancellerie mit 351 Ämtern zu insgesamt 16 956 500 l.,⁴⁴ die Petite Chancellerie mit 17 Ämtern zu 396 000 l.

Vergessen dürfen wir nicht die 485 officiers de Police, wie man damals sagte. In Wirklichkeit handelte es sich um die 36 Zünfte, denen die Verproviantierung der Hauptstadt oblag; unter ihnen befanden sich die Verkäufer, Stempler, Wäger, Kontrolleure etc. Das Kapital ihrer Ämter belief sich auf 3 759 400 l. Übergangen werden dürfen auch nicht die 88 Zahlmeister der Renten; der Einzelwert ihrer Ämter bewegte sich zwischen 25 und 90 000 l., der Gesamtwert stand auf 4 728 000 l. Ihnen gesellten sich zu die 86 für

37. 19 Ämter für 92 900 l.

38. 13 Ämter für 52 000 l.

39. 65 Ämter für 270 000 l.

40. 171 Ämter für 311 200 l., darunter 120 archers à pied mit nur je 400 l. und 39 à cheval mit je 800 l. Die Charge des Chevalier kostete allein 150 000 l.

41. 63 Ämter für 341 500 l., der Prévôt kostete 180 000 l.

42. 53 Ämter für 127 000 l.

43. Die 3 trésoriers gén. de la Marine à 120 000 l., die 4 contrôleurs des actes à 100 000 l.

44. Dieses Kapital verteilte sich in der Hauptsache auf folgende Chargen: 4 grands audienciers à 350 000 l., 4 gardes des rôles à 250 000 l., 4 contrôleurs gén. des sceaux à 120 000 l., 3 trésoriers du sceau à 120 000 l., 3 trésoriers du marc d'or à 175 000 l., 2 greffiers à 50 000 l., 3 contrôleurs gén. du marc d'or à 80 000 l., (54) secrétaires du collège des 54 à 40 000 l., 3 payeurs du collège à 12 000 bzw. 30 000 l., 120 secrétaires du collège ancien à 45 000 l., 36 secrétaires à 35 000 l.

sie eingesetzten Kontrolleure; das Kapital ihrer Ämter betrug 911 000 l.

Die Heeresverwaltung wies ebenfalls eine beträchtliche Zahl von Beamten auf. Sie gliederte sich in die Abteilungen *Bâtiments et fortifications*,⁴⁵ *Mines et minières*,⁴⁶ *Artillerie*,⁴⁷ *Extraordinaire des guerres*,⁴⁸ wo die Stellen der sechs Oberschatzmeister je eine halbe Million kosteten, und *Ordinaire des guerres*, das allein mit 571 Ämtern ausgestattet war.⁴⁹

Den Beschluß endlich machen die Election von Paris mit 54 Beamten, deren Ämterkapital 972 300 l. betrug, und das *grenier à sel*, in dem 25 Beamte saßen, deren Chargen 809 400 l. wert waren. In diesem Büro gab es zwei Präsidenten; ihre Charge wurde auf je 80 000 l. veranschlagt, die der drei *grenetiers* auf je 72 000 l., ein Kontrolleuramt kostete 50 000 l., das eines lieutenant 45 000 l. und das eines Prokurators 40 000 l. Die Ämter hatten hier einen wesentlich höheren Preis als in der Elektionsverwaltung, wo nur die Charge des *receveur des tailles* 70 000 l. erreichte, während die des Präsidenten und der lieutenants auf 60 000 bzw. 32 000 l. geschätzt waren.

Zusammen repräsentierten also um 1665 die Ämter der Beamten von Paris, einer Stadt, deren Einwohnerzahl damals 400 000 kaum überstieg, das ansehnliche Kapital von 157 402 100 l.

Die angegebenen Ziffern beweisen die Berechtigung der Klagen über die Höhe der Ämterpreise. Innerhalb eines halben Jahrhunderts waren sie um mindestens das Doppelte, oft um das Drei- und Vierfache, nicht selten um das Fünf- und Sechsfache, ja manchmal um das Zehnfache gestiegen.

In der Provinz waren die Ämterpreise ebenfalls stark in die Höhe gegangen, doch erreichten sie nicht den in Paris herrschenden Stand. Wir wollen uns, um den Leser nicht mit Ziffern zu ermüden, auf wenige Beispiele beschränken. — In Aix war der Preis

45. 23 Ämter für insgesamt 835 000 l.

46. 56 Ämter für 173 000 l.

47. 11 Ämter für 563 000 l.

48. 38 Ämter für 4 807 500 l.

49. Ihr Kapital betrug 3 688 000 l., der *trésorier gén.* kostete 280 000 l.; hier gab es viele Ämter im Wert von nur 4, 3, 2000 l.

50. 500 de Colbert, No. 259, 1ère partie, fol. 81.

für die Charge eines président à mortier auf 150 000 l., die eines président des enquêtes auf 81 000 l., die eines Laienrats auf 75 000 l. und die eines Oberstaatsanwalts auf 45 000 l. gestiegen.⁵¹ Das Parlament selbst, das 1501 mit einem Präsidenten und 11 Räten errichtet worden war,⁵² zählte außer dem ersten Präsidenten jetzt sieben présidents à mortier, drei présidents des enquêtes und 50 Räte. — Am Parlament in Bordeaux standen die entsprechenden Ämter etwas niedriger im Kurse; und auch ihre Zahl hatte sich seit Anfang des 16. Jahrhunderts von 29 auf rund 100 erhöht;⁵³ die verschiedenen Chargen waren ähnlich verteilt wie in der Provence.⁵⁴ In der entgegengesetzten Ecke des Königreichs, in der Bretagne, lagen die Dinge analog. Das Personal des im Jahre 1553 dort errichteten Parlaments war durch die fortgesetzten Ämtererrichtungen auf sieben présidents à mortier und 94 Räte angewachsen. Die Preise der Ämter erreichten eine beträchtliche Höhe.⁵⁵ Dasselbe läßt sich konstatieren in Rouen, Metz, Grenoble, Toulouse, kurz überall, wo es Parlamente, Chambres des comptes und Cours des aides gab. Allerdings waren die Preise der Ämter dieser Verwaltungshöfe etwas niedriger als die der Parlamente.

Wir richten nun unsern Blick noch auf die mittleren und unteren Beamtenkörperschaften. Aus der Fülle des zur Verfügung stehenden Materials greifen wir nur einiges heraus, am besten den Präsidialsitz Meaux, da wir oben die entsprechenden Belege für das Jahr 1604 gegeben haben. Die inzwischen stattgefundene Aufblähung des Beamtenapparats ist hier allerdings weniger zu bemerken, weil die von Colbert aufgehobenen Ämter nicht mehr in der Aufstellung berücksichtigt sind.

51. vgl. o. Anm. No. 8.

52. Fontanon, Edits, ordon. I, p. 101.

53. s. Boscheron des Portes, Hist. du Parl. de Bordeaux. 1878, t. 1, p. 101.

54. 500 de Colbert. No. 259, fol. 106.

55. 6 présidents à mortier à 180 000 l., 1 président à mortier 200 000 l., 2 présidents aux Enquêtes à 100 000 l., 2 weitere à 140 000 l., 2 présidents aux Requêtes à 100 000 l., 43 conseillers non originaires à 60 000 l., 45 conseillers originaires à 120 000 l., 2 conseillers gardes sceaux à 130 000 l., 1 procureur général 200 000 l., 1 avocat général 100 000 l. — Am Parlament in Rouen wurden bereits in den 30er Jahren Ratschargen gehandelt zu 70, 84, 88 und 97 000 l., s. Mémoires de Bizot de Monville, pub. p. d'Estaintot, Rouen 1876, p. 21, 25, 321, 318.

Die Präsidial- und Bailliagekörperschaft umfaßte den Bailli, dessen Charge mit 12 000 l. verzeichnet wird, einen ersten Präsidenten, dessen Charge 15 000 l. kostete (an Gagen bezog er 300 l.); des Oberrichters und Rechnungsprüfers (*lieutenant général et commissaire examinateur; cumul!*) zu 40 000 l. (100 l. Gagen) — 1604 betrug der Chargenwert 7 000 l., s. o. —, des Strafrichters zu 16 000 l. (300 l. Gagen), seines Beigeordneten, des *lieutenant particulier criminel et assesseur civil*, zu 6 000 l. (Gagen 137 l.), die Charge eines jeden der 11 Räte zu je 3 000 l. (75 l. Gagen), die des Staatsanwalts zu 4 000 l., des Generalprokurators zu 8 000 l., die seines Substituts zu 400 l.; ferner waren vorhanden zwei weitere Staatsanwälte mit 3 000 l. pro Charge, 10 Notare mit je 600 l., 18 Sachwalter mit je 800 l., 10 Sergeanten mit je 500 l., ein Beigeordneter für die *enquêtes* mit 400 l., vier Gerichtsdieners mit je 600 l., ein Kontrolleur (*référénaire*) mit 1 500 l., 34 Sergeanten des Ressorts mit je 200 l., 27 Notare, ebenfalls für den Ressort, mit je 200 l. und vier Kohlenzuteiler (*mesureurs*) mit 200 l. pro Amt.

Daneben bestand die *Prévôté Meaux*, umfassend den *prévôt* (Chargenwert 16 000 l.) — er war *commissaire examinateur, président* und *conseiller* zugleich —, den *lieutenant criminel et civil* (5 000 l.), den *procureur* (6 000 l.), dessen *substitut* (300 l.), den *avocat* (2 000 l.), den *huissier audiencier* (400 l.) und den *voyer* (500 l.). Diese Ämter waren zu 236 900 l. geschätzt. — Kommt die Election von Meaux: zwei *présidents*, Chargenwert je 16 000 l. (1604: 3 500 l.), ein *lieutenant* für 13 000 l. (1604: 3 500 l.), ein *assesseur* für 10 000 l., vier *élus* für je 8 000 l. (1604: 4 000 l.), ein Generalprokurator für 10 000 l. (1604: 2 000 l.), zwei *Taille-einnehmer* für je 30 000 l. (1604: 9 000 l.), zwei Gerichtsdieners und zwei Sergeanten für je 400 l., ein Schreiber mit 8 000 l. und schließlich zehn Sachwalter mit je 400 l.⁵⁷ Hier, in der Elektionsverwaltung, springen die Abbaumaßnahmen Colberts besonders in die Augen.

Das neben der Election bestehende *grenier à sel* hatte folgende Besetzung: zwei *présidents* mit einem Chargenwert von je 9 000 l., drei *grenetiers*, je 8 000 l. (1604: 4 000 l.), drei *conseillers*, je

56. 500 de Colbert, No. 260, fol. 97 ff.

57. s. ms. fr. 18 230.

6 000 l., ein avocat du roi für 7 000 l. (1604: 700 l.), zwei mesureurs, je 400 l., ein sergent royal für 200 l. und drei greffiers für je 2 000 l. — Die Forst- und Wasserverwaltung des Bailliage umfaßte zwei maîtres, Amtswert je 8 000 l., ein lieutenant: 6 000 l., ein garde marteau: 8 000 l., ein procureur du roi: 3 500 l., zwei receveurs du domaine, je 2 000 l., zwei contrôleurs du domaine, je 2 000 l., zwei huissiers audienciers, je 300 l., und drei sergents, ebenfalls je 300 l. Und die Maréchaussée verzeichnete 20 Chargenträger.⁵⁸

Der Bailliage Meaux zählte noch eine ganze Anzahl weiterer Electionen. Auf diese einzugehen versagen wir uns, denn ihre Besetzung glich der der Stadt Meaux, nur waren die Preise der Ämter gelegentlich etwas niedriger. Daß Meaux ein mittlerer Sitz war, geht auch daraus hervor, daß die Ämter des Bailliesitzes Senlis mit Compiègne zu 377 450 l., von Beauvais mit Chaumont und Pontoise zu 346 500 l., von Auxerre zu 439 800 l., und von Sens zu 567 640 l. veranschlagt wurden, während Meaux nur mit 236 900 l. geführt ist.

Die Ämter der Generalität Paris, zu der Meaux und die erwähnten Baillies gehörten, wurden zu 7 211 090 l. errechnet; nicht mitzählten dabei die Ämter der Stadt Paris. Zum Vergleich seien noch die Feststellungen für andere Generalitäten erwähnt; z. B. Moulins: 6 626 500 l., Poitiers: 6 861 000 l., Riom: 6 897 700 l., Rouen: 26 373 750 l., Toulouse: 18 977 600 l. und die Bretagne: 20 388 800 l. Mit Einschluß der Stadt Paris belief sich das Kapital aller Justiz- und Finanzämter der 25 Generalitäten, in die Frankreich damals eingeteilt war, auf 419 630 842 l. Die Zahl der Beamten betrug, wie schon erwähnt, 45 780, die jährlichen Gagen 8 346 847 l. Die amtliche Schätzung der Ämter, die der Erhebung der Pauletteabgaben zugrunde lag (sie machten rund zwei Millionen pro Jahr aus), weist nur 187 276 978 l. auf.⁵⁹

Verschiedene Gründe bewogen die Regierung, den Tarif oder amtlichen Schätzungspreis dem Marktpreis nicht anzupassen. In

58. Prévot des marchands: 10 000 l., 1 lieutenant: 4500 l., 1 assesseur: 2 000 l., 1 exempt: 1 000 l., 1 procureur du roi: 3 000 l., 1 exempt du chevalier du guet: 1 000 l., 12 archers à 400 l., 2 archers à 150 l.

59. s. a. Forbonnais, a. a. O. t. 1, p. 329 f.

Zeiten, wo sie auf die Neuerrichtung von Chargen angewiesen war, mußten aus diesen möglichst hohe Preise erzielt werden. Ein zu hohes Annuel drückte aber auf die Preise und somit auf die Nachfrage; anderseits verpflichtete es die Regierung, ihren Beamten entsprechend höhere Gagen zu bezahlen. Zweifellos hielt sie es für taktisch richtiger, bei einem niederen Satz für das Annuel zu bleiben. Es stand ja jederzeit der Weg offen, die Beamten unter irgendeinem Vorwand zu „taxieren“ und auf diese Weise einen Ausfall bei den regulären Einnahmen der Parties casuelles auszugleichen. Der große Unterschied zwischen dem amtlichen und dem Marktpreis war also in finanzpolitischer Hinsicht gerechtfertigt. Da jener sich seit 1604 im Durchschnitt nur um ungefähr ein Viertel erhöht hatte, was bei gleichbleibender Ämterzahl einer Steigerung von 60 auf 75 Millionen entspräche (anstatt auf 187 Millionen), darf angenommen werden, daß die Zahl der Ämter in dieser Zeit um ungefähr das Zweieinhalbfache gestiegen war, ihr Kapital aber sich um das Siebenfache vermehrt hatte. Denn 1604 deckten sich ja amtlicher Tarif und Marktpreis im großen und ganzen. Würde man zu den Ämtern der Justiz und Finanzverwaltung die Chargen der Armee und des königlichen Hauses hinzufügen, so käme man, meint Forbonnais, zweifellos zu einem Kapital, dessen Betrag von 800 Millionen nicht weit entfernt wäre.⁶⁰

Diese Summe stellte den weitaus größten Teil des französischen Nationalvermögens dar. Sagte doch Colbert damals, daß allein die Chargen des Finanz- und Gerichtswesens ein größeres Kapital ausmachten, „als vielleicht alle Ländereien (terres) des Königreichs zu ihrem wahren Wert geschätzt“.^{60a} Ungeheure Möglichkeiten hätten sich eröffnet, wenn es ihm gelungen wäre, seinen Plan auszuführen, nämlich mit der Ämterkäuflichkeit aufzuräumen und das in den Ämtern angelegte Kapital für Handel und Industrie nutzbar zu machen. Die wirtschaftliche Struktur des Landes war

60. ebd. Dieser Annahme legt er folgende Hypothese zugrunde: probablement ce n'est point exagérer que d'évaluer à soixante millions la somme destinée aux projets d'acquisitions qu'au paiement des charges qui se vendent annuellement. Si nous avons 60 000 personnes dans le cas d'acquérir des charges et emplois ce ne sera pas une réserve de 1200 l. par tête, ce qui rend la proportion établie assez vraisemblable.

60a. Avis sur l'Annuel, s. Clément a. a. O. t. 6 p. 247.

weitgehend vom Ämterhandel bestimmt. Denn die Vorteile mannigfacher Art, die mit dem Besitz von Ämtern verbunden waren — das bequeme Leben nicht zu vergessen —, erschienen den Franzosen so verlockend, daß sie sich dadurch abhalten ließen, sich vorzugsweise wirtschaftlich zu betätigen. Andererseits erklärt sich aus dem Umstande, daß die Hugenotten im allgemeinen zu den Ämtern nicht zugelassen wurden, deren wirtschaftliche Machtstellung und auch letzten Endes die schwere Schädigung, die dem Handel und der Industrie Frankreichs aus der Aufhebung des Edikts von Nantes erwuchs.

Colbert, der die verhängnisvollen Wirkungen der unsinnigen Ämterpreise sehr wohl kannte und der zu Beginn seines Ministeriums die Ablösung der Ämter ins Auge faßte, mußte, um diese zu ermöglichen, auf die Senkung der Preise bedacht sein. Im Dezember 1665 erschien ein Edikt, das tatsächlich eine bedeutende Herabsetzung der Preise vorschrieb. So galt als Höchstpreis für die Charge eines *président à mortier* am Pariser Parlament 350 000 l., für die eines *président des enquêtes* 100 000 l., des *requêtes* 90 000 l., eines *maître des requêtes* 150 000 l., eines Laienrats 100 000 l., eines Klerikerrats 90 000 l., eines *commissaire des requêtes* 15 000 l. und eines *avocat général* 150 000 l.⁶¹ Diese Preise vermochte Colbert nur einige Jahre zu halten. Zwar bestätigte er sie 1669 noch einmal ausdrücklich, aber schon 1676 mußte er, um sich Geld zu beschaffen, auf die Einhaltung der Preisvorschriften verzichten und den betroffenen Beamten erlauben, gegen Annahme von *augmentations de gages* ihre Chargenpreise wieder zu erhöhen.

Im allgemeinen hielten sich die Preise der Ämter auf der bekannten Höhe bis 1689. Als aber der König nun seine Beamten-schaft weiter vermehrte, suchte er auch den Erlös aus den Stellen zu steigern. Für die Pariser Gerichts- und Verwaltungshöfe setzte er selbst den Preis der Chargen in die Höhe. Das bedeutete die

⁶¹. Für die *Chambre des Comptes* galten folgende Preise: *premier président* 400 000 l., *président*: 200 000 l., *maître ord.* 120 000 l., *correcteur*: 50 000 l., *auditeur*: 45 000 l., *avocat général*: 30 000 l., *procureur général*: 250 000 l.; für die *Cour des Aides* wurde festgesetzt für den *premier président*: 350 000 l., *président* 150 000 l., *conseiller*: 80 000 l., *avocat général*: 110 000 l., *procureur général* 200 000 l. (AD IX 448).

endgültige Aufgabe der Regelung von 1665. Der erste Präsident an der Cour des aides kam auf 500 000 l. für seine Charge, die des avocat général am Parlament wurde von 150 000 l. auf 350 000 l. heraufgesetzt, die eines maître des requêtes stieg auf 190 000 l. und ähnlich der Preis der andern Ämter.⁶² Für die Parlamentschargen hielt in Paris die Hausse längere Zeit an, während in den Provinzen eine gewisse Baisse eintrat. Die nach 1701 in der Hauptstadt errichteten Ämter erreichten entsprechende Preise, und als Ludwig XIV. die Ablösung des *Annuel* dekretierte und die Ämter à survivance wurden, gingen sie im Preise noch höher. Chargen von présidents à mortier wurden gegen Ende seiner Regierung für 700 und 800 000 l. gehandelt, ebenso die von avocats généraux.⁶³

Anders lag der Fall bei den mittleren und niederen Gerichtsämtern. Die Taxen, mit denen der König ihre Inhaber während der Kriege belegte sowie die massenhaften Neuerrichtungen bewirkten hier eine Senkung der Preise. Das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die affaires extraordinaires wuchs von Jahr zu Jahr. Dies zeigte sich auch darin, daß viele vakante Ämter oft jahrelang unbesetzt blieben.⁶⁴

Wie die Handelspreise der Ämter zu Beginn der 90er Jahre lagen, ist auch ersichtlich aus den Verzeichnissen der Einkassierungen des Schatzmeisters der Parties casuelles; sie zeigen, daß die Preisbewegung keineswegs einheitlich war.⁶⁵ Die Finanzchargen zogen an, wie auch ein Teil der hohen Gerichtschargen, zumindest

62. vgl. o. S. 175 ff.

63. ms. fr. 7760, p. 220.

64. s. G⁷ 1492, Mémoire des charges vacantes; z. B. Généralité de Riom: Lieutenant et visiteur gén. des gabelles: 3 000 l., assesseur civil et criminel: 2000 l., prés. à l'élec. de Brioude: lieutenant gén. de bailliage: 800 l., substitut du proc. du roi au baill. 1 500 l., lieutenant en l'élection de Saint-Flour 8 000 l., etc.

65. Zur Illustration geben wir einiges aus dem Estat des charges de nouvelle création levées pendant le mois de juin 1691 (G⁷ 1323, A.N.). Un office d'auditeur de comptes à Paris: 45 000 l., 3 gardes bois: 2 400 l., 2 substitués en la Chambre des Comptes en Bourgogne: 16 000 l., 1 graveur en la monnaie de Reims: 660 l., 1 chevalier d'honneur du Parl. de Dijon: 24 000 l., 4 arpenteurs: 12 000 l., 1 payeur de gages au Bureau des finances à Dijon 18 000 l., 2 présidents au Parlement de Metz: 100 000 l., 2 secrétaires de la Chambre des Comptes à Dijon: 26 000 l., 2 maître de danse: 9 000 l., 4 conseillers au Parl. de Metz: 112 000 l., 3 conseillers au Parl. de Rouen: 150 000 l.

hielten sie sich.⁶⁶ Während 1665 das Amt eines Generalsteuereintnehmers in Paris 180 000 l. kostete, stieg es 1681 auf 295 000 l.⁶⁷ Später stand es bedeutend höher. Ein Etat von 1720 setzte seinen Preis in Paris auf eine Million fest.⁶⁸ Auf dieser Höhe hielt es sich nicht nur, es stieg gegen Ende des Ancien régime sogar noch, und zwar kostete es in Paris 1 280 000 l., in Bordeaux 1 010 000 l., in Orléans 730 000 l., in Rouen 940 000 l., in Tours 1 070 000 l. und ähnlich in den andern Generalitäten. Die 48 Chargen dieser Art, der *receveurs généraux des finances*, repräsentierten allein ein Kapital von 30 Millionen.⁶⁹

Ebenso hohe Preise wiesen andere Chargen auf. Die des Schatzmeisters der *Parties casuelles* kostete im 18. Jahrhundert mindestens eine Million, ebensoviel die eines *Tresorier général de la Monnaie*; ein *Tresorier de l'Extraordinaire* bezahlte 1,5 Millionen für sein Amt.⁷⁰ Nicht wesentlich im Preise gestiegen waren die Ämter der *Tresoriers de France*, die es in großer Anzahl gab; 50, 60, 70 und 80 000 l. zahlte man Ende des Ancien régime im Durchschnitt dafür, je nach der Bedeutung des Amtsorts. Nur wenig angezogen hatten im allgemeinen auch die Preise der Ämter der kleineren Einnehmer, Zahlmeister usw. In dieser Gruppe ist also ein gewisses Beharren zu beobachten, ebenso bei den Ämtern der Chanceryen, der königlichen Sekretäre und dgl.

Anders bei vielen Justizämtern. Der Niedergang, der sich bei verschiedenen Körperschaften zeigte, wirkte sich auch auf die Chargenpreise aus. Deren Sinken in den Präsidialhöfen haben wir

66. Als die Regierung im Jahre 1691 in Flandern ein *Bureau des finances* errichtete, setzte sie folgende Preise fest, *premier président*: 50 000 l., *président* 37 500 l., *trésoriers* à 25 000 l., *trésorier garde scel*: 30 000 l., *procureur du roi*: 36 000 l., *substitut du proc.*: 12 500 l., *payeur des gages*: 25 000 l., *greffier principal*: 45 000 l., 3 *commis greffiers* à 30 000 l.

67. Diese Chargen erhielten damals folgende Fixierung: z. B. Amiens: 110 000 l., Châlons: 120 000 l., Orléans: 200 000 l., Tours: 240 000 l., Bourges: 100 000 l., Moulins: 150 000 l., Bordeaux: 210 000 l., Riom: 150 000 l., Lyon: 150 000 l. (*mr. fr.* 7765, p. 687).

68. G⁷ 1325, *Rôle des sommes* . . ., für Amiens jetzt: 330 000 l., Châlons: 446 000 l., Orléans: 640 000 l., Tours: 825 000 l., Bourges: 250 000 l., Moulins: 400 000 l., Bordeaux: 790 000 l., Riom: 550 000 l., Lyon: 368 000 l., und ähnlich die andern.

69. *Encyclopédie des finances*, II, p. 457.

70. *ms. fr.* 11 044.

erwähnt. Ihnen folgten in geringem Abstände viele Bailliages und Sénéchaussées. Besonders in der ersten Regierungsperiode Ludwigs XV. ist die Baisse bedeutend. Es handelt sich hierbei um eine Nachwirkung der Finanzoperationen des Sonnenkönigs.

Selbst die Parlamente blieben nicht verschont. Die Gründe dafür waren verschiedenartiger Natur, vor allem wirkte sich auch hier die Ämterpolitik Ludwigs XIV. sehr nachteilig aus; zudem brachten die Chargen nicht mehr so viel ein wie früher; dagegen stiegen die Kosten der Lebenshaltung, und die Robe hielt viel darauf, standesgemäß zu leben; sie zeigte auch immer mehr die Tendenz, sich aus den Schichten des Adels zu ergänzen. Diese aber brachten die im 17. Jahrhundert bezahlten Summen teils nicht auf, teils bevorzugten sie Chargen der Armee, die zunächst ihrem Standesgefühl noch mehr entsprachen. Um die Mitte des Jahrhunderts stand es so, daß eine Ratscharge am Châtelet für 5 000 l. erworben werden konnte; 20 Jahre früher hatte sie noch 30 000 l. gekostet.⁷¹ Ratssitze an der Cour des aides waren für 50 bis 80 000 l. zu bekommen; die Chargen der Rechnungsrevisoren und Rentmeister hielten sich dagegen auf 80 000 bzw. 150 000 l., die der maîtres des requêtes, die das Sprungbrett zur Intendanz bildeten, behaupteten sich ebenfalls; es wurden bis zu 120 und 140 000 l. dafür bezahlt. Turgot erwarb seine Charge für 100 000 l.⁷² In den Provinzen war die fallende Tendenz noch ausgeprägter als in Paris. So konnte damals in der Bretagne das Amt eines conseiller non originaire (Ratssitz für einen Nichteinheimischen) schon für 32 und 20 000 l., gelegentlich sogar schon für 12 000 l. gekauft werden;⁷³ die Ratsstellen für Einheimische (originares) standen zwar höher im Kurse, 40 bis 70 000 l., aber oft hatte man Mühe, sie zu besetzen. Während die Ämter dieses Parlaments 1665 nahezu 11 Millionen ausmachten, betrug ihr Kapital hundert Jahre später nur noch 2 661 000 l.⁷⁴ In Rouen lagen die Dinge ähnlich. Solange die Chargen allgemein zugänglich waren, wurden dort oft die Ratsämter in öffentlicher Versteigerung an den Meist-

71. z. Folgenden vgl. Journal de Barbier, t. 3, p. 276 ff.

72. Oeuvres, I, p. 367.

73. s. Le Moy, Le Parlement de Bretagne, p. 23 und Barth. Pocquet, Le duc d'Aiguillon et la Chatolais, t. 3, p. 546.

74. ebd. (Pocquet).

bietenden verkauft. Nicht selten konnte man öffentliche Bekanntmachungen lesen: „Ein Ratsamt am Parlament zu kaufen gesucht“, oder: „Das von . . . am Parlament in Rouen bekleidete Ratsamt ist zu verkaufen. Kauflustige wollen sich wenden an . . .“⁷⁵ Unter einem bestimmten Satz wurden die Ämter gewöhnlich nicht abgegeben; für Ratsstellen betrug dieser Grundpreis 30 000 l.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist wieder ein Anziehen der Chargenpreise zu konstatieren.⁷⁶ Aber der wesentlichste Grund dafür ist zweifellos in dem Steigen der Preise zu sehen, das sich in jener Zeit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar machte, hier sogar weit stärker und weit einheitlicher als am Ämtermarkt. Diesem scheint auch die Regelung von 1771 einen gewissen Auftrieb gegeben zu haben.

Eine ziemlich genaue Grundlage für die Feststellung der Preise geben einerseits die im Zusammenhang mit der damaligen Parlamentsreform des Kanzlers Maupeou gemachten Ämteraufhebungen und -ablösungen, anderseits die großen Liquidationen der Revolutionszeit. Wir greifen aus der Masse der Beispiele nur einige heraus. Es kamen u. a. in den ersten Jahren der Revolution zur Liquidation:⁷⁷ Ämter der Tresoriers de France in Caen für 57 bis 60 000 l., in Orléans für 46 000 l., in Bordeaux für 65 000 l., in Poitiers für 19 und 22 000 l., der secrétaires du roi in Perpignan für 80 000 l., in Roussillon für 84 000 l., in Artois für 84 000 l., in Bordeaux für 81 000 l. Ein erster Präsident (Nicolay) der Chambre des comptes in Paris ließ sich abfinden für 571 000 l., ein solcher (Hocquart) an der Cour des aides für 506 000 l., ein gewöhnlicher

75. Floquet, *Hist. du Parl. de Normandie*, t. 7, p. 323 f.

76. Die steigende Tendenz zeigt sehr gut folgende Analyse des contrats d'acquisition des offices d'avocats au Conseil du roi (D XVII 3, No. 37) 1750: 20 000 l., 1755: 22 000 l., 1762: 22 000 l. und 30 000 l., 1771: 25 000 l., 1772: 34 000 l., 1773: 13 200 l., 1776: 48 000 l. und 30 000 l., 1777: 38 000 l., 1780: 80 000 l. und 102 400 l., 1781: 62 000 l., 1782: 90 000 l., 1783: 50 000 l. und 62 400 l., 1786: 90 000 l. und 80 000 l., 1789: 90 000 s. — Oder: In Paris wurden huissier-priseur (Gerichtsvollzieher)-Ämter verkauft, und zwar 21 Ämter in der Zeit von 1747—1765 zum Preise von 60—26 000 l., 42 Ämter von 1766 bis 1771 zu 28—34 000 l., 8 Ämter in 1778—1780 zu 40—42 000 l., 42 Ämter von 1781—1789 zu 47—58 600 l. (AD IX 540, Rapport et projet de décret prés. à la conv. nat.)

77. DXI, 1 (Papier du Comité de liquidation), s. Etat des différences en plus et un moins trouvés dans les procès de liquidation d'offices.

Präsident an diesem Verwaltungshof für 314 000 l., ein anderer (Montholon) für 516 000 l., Rechnungsrevisoren in Paris für 82 000 l., Rentmeister für 160 000 l., ein Präsident am Parlament für 537 000 l., Präsidenten à mortier bis zu 500 000 l.; der Oberstaatsanwalt Séguier wurde für 312 000 l. abgefunden; die Ämter von Räten kamen zu allen möglichen Preisen zur Liquidation, für 58, 70, 100 000 l. und noch mehr. Die Abfindungstitel für die gleichen Chargen in den Provinzen lauteten erheblich billiger, für présidents à mortier auf 120 bis 150 000 l. An einem und demselben Gerichtshof schwankten die Preise oft ziemlich stark; so am Parlament in Grenoble für die Ämter der acht présidents à mortier zwischen 49 und 115 000 l., für die Ratssitze zwischen 20 und 50 000 l.⁷⁸

Die Ämter in den mittleren und unteren Körperschaften waren zum Teil wieder beträchtlich im Preise gestiegen. So wurden z. B. liquidiert: die Charge des Oberrichters (lieutenant général) der Sénéchaussée Limoux zu 43 000 l., des Bailliage Beauvais zu 37 000 l., der Sénéchaussée Toulouse zu 80 500 l., des Präsidenten der Election Orléans zu 13 688 l., eines Rats dort zu 7 000 l., eines Prokurators zu 9 700 l., eines Hilfsrichters des Bailliage Arras zu 13 000 l., eines dortigen Advokaten zu 14 000 l., eines Einnehmers (des amendes) zu 13 800 l., eines Rats der Sénéchaussée Riom zu 9 500 l. Ein Richter der Election von Montargis wurde mit 3 900 l. abgefunden, ein Staatsanwalt dort mit 3 600 l., ein Rat mit 7 364 l., ein grenetier des grenier à sel in Vendôme mit 5 800 l.; und der Besitzer von 29 jurés priseurs-Ämter erhielt 27 930 l.

Ziehen wir noch heran die Hauptämter des kleinen Bailliage Pontarlier. Ihre Inhaber erhielten folgende Abfindungssummen: der Oberrichter 34 727 l., der Hilfsrichter (lieutenant particulier) 10 000 l., der Strafrichter 12 000 l., drei Räte — zwei Stellen befanden sich in einer Hand — 4 203, 4 724 und 3 000 l., der Staatsanwalt 4 100 l., der Generalprokurator 17 156 l., sein Substitut 4 100 l., der greffier civil 34 377 l., der greffier criminel 5 100 l. und der Einnehmer und Kontrolleur der épices 3 298 l.⁷⁹

78. s. D XVII, 4, (54).

79. ebd., s. a. D XI, 1 (Etats des différences). Es sei noch eine Aufstellung wiedergegeben, die wir E. Everat, La sénéchaussée d'Auvergne au 18^e s. (1886) entnehmen: Etat d'évaluation et fixation des offices de la géné-

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die in der ersten Hälfte, besonders um die Mitte des Jahrhunderts auf dem Ämtermarkt herrschende Baisse überwunden wurde, daß die Preise fast aller Ämter wieder anzogen, in erster Linie die der einträglichen und wichtigen; allerdings scheint die Hausse für die Chargen der Finanz ausgeprägter gewesen zu sein als für die der Justizverwaltung. Und aus dem Preissystem dieser Vermögenswerte ergibt sich weiterhin, daß am Ende des Ancien régime die von der Ämterkäufllichkeit bestimmte „Ordnung“ gefestigter als jemals sonst im 18. Jahrhundert war. Das beweist auch das Gesamtkapital sämtlicher Hauptämter in der Justiz- und Finanzverwaltung. Obwohl die Zahl der Beamten nur um etwa 6 000 über der 1665 ermittelten lag, hatte sich das Ämterkapital von 420 auf rund 600 Millionen erhöht. Wenngleich es jetzt nicht mehr den hohen Prozentsatz im Volksvermögen ausmachte wie zur Zeit Colberts, so handelte es sich immerhin um ein so großes Kapital, daß der stets vom Bankrott bedrohte Staat den Aufgaben, die seine finanzielle Bewältigung ihm stellte, nicht gewachsen war. Der Revolution blieb die Liquidation vorbehalten, und ihr nur war es möglich, diesem Regime ein Ende zu bereiten.

ralité de Riom (1783) s. Annexe XVII. — In dem Bailliage Riom kostete das Amt eines président: 12 000 l., eines lieutenant général civil: 60 000 l., eines lieutenant criminel: 20 000 l., lieutenant particulier: 12 000 l., assesseur: 8 000 l., conseiller laïc: 8 000 l., conseiller clerc: 2 000 l., conseiller d'honneur: 2000 l., avocat du roi: 6 000 l., procureur du roi: 25 500 l. Die gleichen Ämter kosteten im Bailliage Clermont: 12 000 l., 60 000 l., 14 000 l., 12 000 l., 9 000 l., 8 000 l., —, 11 500 l., (!), 8 000 l., 30 000 l., im Bailliage Aurillac: —, 42 000 l., 24 000 l., 14 000 l., 10 000 l., 6 000 l., 5 000 l., 8 000 l., 8 000 l., 18 000 l. — Wir geben noch die von Bastard d'Estang, Les Parl. de France, t. 1, p. 113/14 angegebenen Preise wieder; sie beziehen sich auf die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts. Für das Parlament von Paris gibt er an: 1. Präsident, présidents à mortier: 500 000 l., conseillers: 80—150 000 l., avocats généraux: 150—300 000 l., procureurs généraux: 700 000 l. Für die entsprechenden Chargen der Chambre des Comptes: 400 000, 200 000, 100 000, 120 000, 250 000 l. Für die der Cour des aides: 350 000, 150 000, 80 000, 110 000, 200 000; für die des Parlements von Toulouse: . . ., 120 000, 30 bis 40 000, 150 000, 120 000 l., für die des Parlements von Dijon: 150 000, 120 000, 30—50 000, 30—50 000, 120 000 l., des Parlements in Metz: . . ., 60 000, 40 000, 32 000, 64 000 l., des Parlements in Rennes: 150 000, 130 000, 30 bis 35 000, 50 000, 150 000 l., des Parlements in Rouen: 150 000, 150 000, 20 bis 35 000, 110 000, 200 000 l.

Neuntes Kapitel.

Gesellschaft, Staat, Beamtentum in ihrer Bedingtheit durch die Ämterkäuflichkeit.

Blutmäßige und geschichtliche Bedingungen, vereint mit dem Wirken staatsbildender Persönlichkeiten, verleihen, besonders wenn dieses Wirken nach einheitlichen Grundsätzen und längere Zeit in streng kontinuierlicher Weise erfolgt, einem Staatswesen Gesellschaftsformen, eine Struktur und ein Ethos, die speziell ihm eigentümlich sind und es dem Wesen nach von anderen Staaten unterscheiden, sogar grundlegend unterscheiden können, selbst wenn gleichnamige Regierungssysteme herrschen. Deshalb unterscheidet sich auch der französische Absolutismus wesentlich vom Absolutismus anderer Staaten; er müßte sich schon weitgehend unterscheiden, wenn nur der eine Faktor ändernd gewirkt hätte: die Käuflichkeit der Ämter. Aufbau und Charakter des Beamtenkörpers waren ganz von ihr bestimmt. Die seit dem 14. Jahrhundert immer mehr aufkommende Sitte der *resignatio in favorem* ermöglichte die Erhaltung der Ämter in den Familien, und dies führte schnell zur Entstehung von „Beamtendynastien“. Zunächst erzeugte dies einen *esprit de corps*, ein Standesbewußtsein, das zur Wahrung der Stetigkeit in der Verwaltung viel beitrug. Als aber aus der Resignation sich die offene Käuflichkeit herausbildete und schließlich gar die Regierung den Verkauf von Ämtern zu einer Geldquelle *par excellence* machte, zeigten sich in immer steigendem Maße die negativen Folgen des Systems. Die fortgesetzte Inanspruchnahme der Ämtererrichtungen zum Zwecke der Geldbeschaffung führte zur Häufung der Beamten, zur Entstehung zahlloser Beamtenkörperschaften, der Kollegien, die die alten Gebilde, die Agenten der Feudalherren und die Freiheiten der Städte und Provinzen überwucherten. Der Amtseifer des auf diese Weise herangebildeten Beamtentums war je länger je mehr materiell bedingt. Da der Erwerb des Amtes zugleich als Kapitalanlage gedacht war,

mußte es Zinsen tragen. Einen Teil, und zwar den geringeren, warfen die Gagen ab, den andern die dem Beamten mit seinem Amt gewährten Rechte, die er bis zum äußersten in Anspruch nahm. Wer ein Amt besaß, war überdies geachtet und genoß Ansehen. Von dem Geldwert des Amtes hing die Gesellschaftsfähigkeit seines Inhabers ab. Daß dies naturnotwendig eine neue Auffassung vom Amt und seinen Pflichten zeitigen mußte, liegt auf der Hand. Das Verantwortungsgefühl des einzelnen erlitt eine Schwächung auch dadurch, daß immer mehr die Körperschaft in den Vordergrund trat, der er angehörte und angehören mußte. Eine Art Kollektivität und Gesamtverpflichtung traten an die Stelle der Einzelverpflichtung. Damit entstand aber auch der falsche esprit de corps, der darauf abzielte, das Staatsinteresse durch das korporative Sonderinteresse zu ersetzen. Diese Entwicklung förderte das Königtum aus der fiskalischen Erwägung heraus, daß eine Körperschaft in ihrer Gesamtheit für eine Leistung viel besser haftbar gemacht werden konnte als der einzelne. Dessen Belange aber fanden anderseits durch die Körperschaft eine Sicherung; allein konnte er sich nicht so durchsetzen, wie sie es zu tun imstande war. Das Beamtentum wuchs auf diese Weise zu einer wirklichen Macht im Staate heran; mit Recht hat man früher von einem vierten Stande gesprochen: dem Beamtenstande. Er blieb so lange ein zuverlässiges Werkzeug der Krone, ein Wegbereiter des Absolutismus, als ihn materielle Interessen mit dem Königtum verbanden und seine Abhängigkeit von diesem es gebot, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, wo die Ämter durch Sitte und Recht zu einem festen persönlichen Eigentum geworden waren. Die Einführung der Paulette besiegelte diese Wendung; und die mit dem Ämterverkauf verbundene Souveränitätsveräußerung wurde nun zu einem dauernden und schweren Nachteil für den Staat. Doch wußte dieser, gerade noch rechtzeitig, die Macht, die die Körperschaften nach und nach erlangt hatten, zu brechen durch die Einsetzung der Intendanten, welche die Beamtenschaft allmählich wieder des größten Teils der autoritären Befugnisse entkleideten und zum Hauptträger des absolutistischen Staates wurden.¹

1. s. G. Pagès, L'évolution des institutions administratives, Rev. d'hist. mod. 1932.

Ämter als Handelsware zu vertreiben, konnte für die Könige nur einträglich sein, wenn die Zulassung zum Markt möglichst uneingeschränkt blieb. Das war, wie wir gesehen, in der Tat der Fall. Das Bürgertum fand seit dem 15. Jahrhundert immer mehr Zugang zu den Ämtern. Alle seine Schichten beteiligten sich am Ämterkauf. Sonst wäre es auch gar nicht möglich gewesen, die 50 000 Ämter an den Mann zu bringen, die nach Loyseau in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts errichtet wurden. Wer Geld anzulegen hatte, kaufte ein Ämtchen, selbst wenn es nur ein ganz miserables war, wie z. B. das eines Sergeanten oder eines Kontrolleurs von irgendeinem kleinen Einnehmer. Das Bedürfnis des Fiskus und die Archomanie oder Ämtersucht ergänzten sich vortrefflich. Loyseau übertrieb kaum, wenn er urteilte: wie jeder Mönch im Kloster seine bestimmte Beschäftigung habe, so besitze in den Städten jeder ehrenwerte Mann sein Amt. „Heute sind die Hälfte der Städter Beamte, der Handel ist vernachlässigt und die Arbeit den Bauern überlassen“.² Ähnlich hatte sich vor ihm Hotman ausgedrückt. Er sprach von dem Vernarttsein der Franzosen in die Ämter und behauptete, daß fast der dritte Teil der Städter, vom großen Gewinn angelockt, sich nur der einen Beschäftigung hingebe, „der Kunst der Schikane“.³ Und die mehr als ein Jahrhundert vorher gemachte Feststellung Commynes, daß die Ämter in keiner Stadt der Welt so begehrt seien wie in Paris, kennen wir bereits.⁴

Indem so das Königtum der Bourgeoisie den Zutritt zu den Staatsstellen fast uneingeschränkt frei gab, verschaffte es sich einen Bundesgenossen, der ihm half, von der Gebundenheit des Feudalstaates loszukommen und den Adel aus seiner politischen Machtstellung zu verdrängen, um so mehr als bei der Stellenbesetzung in erster Linie fiskalische Gesichtspunkte ausschlaggebend waren. Was früher als Auszeichnung für geleistete Dienste, für Tüchtigkeit und Können verliehen wurde, konnte jetzt mittels

2. Loyseau, liv. III, ch. I, 88, 102.

3. Franco Gallia, éd. Cologne 1574, p. 197 ff., weiter schreibt Hotman: „Tout ainsi comme la plupart des Egyptiens estoit contrainte de s'occuper à élever des pyramides . . . ainsi aujourd'hui la plus grande partie du peuple de France ne s'employe à autre meilleure occupation qu'à mener procès.“

4. s. o. S. 27.

Geld erworben werden. Schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts klagte Sully Heinrich IV. gegenüber, daß viele hohen Stellen, insbesondere in der Finanzverwaltung, von Personen besetzt seien, „die keineswegs zugelassen sein dürften“.⁵ Sullys Klage ist im Grunde genommen die Klage über eine gewaltige Umwertung aller gesellschaftlichen Werte; sie bestimmte tatsächlich das Zeitalter des französischen Absolutismus entscheidend, und diese Wandlung darf geradezu als *bouleversement social* bezeichnet werden. In erster Linie war es das Geld, das die soziale Laufbahn des einzelnen bestimmte; Reichtum förderte sie, Armut hemmte sie; der Weg zu Ehren und Würden ging über die käufliche Charge.

Die durch die Ämterkäuflichkeit geweckte und durch die materiellen Vorteile des Amtsbesitzes genährte Leidenschaft der Franzosen, sich als Staatsbeamte zu betätigen, erfuhr einen starken Antrieb durch die gesellschaftlichen Vorurteile des *Ancien régime*. Das Amt hob die Person eine Stufe höher, heraus aus der Menge, den Nichtprivilegierten und den Taillepflichtigen; und innerhalb der *Roture* bildete sich die vielschichtige Beamtenkaste, die den hierarchischen Aufbau der Gesellschaft weitgehend bestimmte. Denn die Person wurde nach dem Amte taxiert; ein hoher Beamter war stets auch ein sehr reicher Beamter. Eine Charge bildete das beste Sprungbett für eine gute „Partie“. „Deshalb sind unsre Franzosen so versessen darauf und wollen um jeden Preis eine Charge haben“, sagte der Schriftsteller Furetière.⁶ Amüsant, der Wirklichkeit sehr nahe kommend, ist sein „Tarif oder Schätzung der schicklichen Partien“, in dem er die Heiratsmöglichkeiten der verschiedenen Beamtenklassen angibt. Während z. B. ein Prokurator am *Châtelet* nur eine Mitgift von 10 bis 12 000 l. für seine Frau verlangen konnte, durfte der *président à mortier* 100 bis 200 000 Taler beanspruchen; er wird auf eine Stufe gestellt mit einem *Marquis*, *Surintendanten*, *Herzog* oder *Pair*.⁷ Der kleinste und unbedeutendste Beamte dieser Hierarchie hatte als Angehöriger Anteil an der überragenden Stellung der großen Kaste. Denn jedes Amt schloß eine Würde in sich, sein Träger besaß oder repräsentierte einen Teil der Souveränität des Herrschers.

5. *Mémoires*, (coll. Michaud et Ponjoulat) t. 2, p. 185.

6. In seinem „*Roman Bourgeois*“. Paris 1666, p. 58.

7. s. a. M. Bertin, *Les mariages dans l'ancienne société française*.

Überall drängte sich die neue Schicht ein; sie riß sogar den größten Teil der an den Parlamenten und hohen Verwaltungshöfen errichteten Chargen an sich. Das Pariser Parlament, dessen Mitglieder bis Anfang des 16. Jahrhunderts vorzugsweise dem alten Adel angehört hatten,⁸ erhielt nun Zuwachs aus Händlerkreisen. Wir erinnern uns der seit Franz I. geübten Praktiken der Ämterverleihung; sie hatten zur Folge, daß Ende des 17. Jahrhunderts die Mehrzahl der Mitglieder des inzwischen gewaltig angewachsenen Corps den Bürger- und Finanzkreisen entstammten. Daß der Vater eines Parlamentsrats irgendein Händler war, kann sehr häufig konstatiert werden.⁹ Nach dem Aufstieg des Sohnes kaufte oft der Vater eine *secrétaire du roi*-Charge, um so den bürgerlichen Ursprung der Familie zu verdecken. Außer aus den Finanz- und Händlerkreisen ergänzten sich die Mitglieder der obersten Gerichtshöfe vorzugsweise aus Familien der Präsidenten der *Bailliages* und *Elektionen* sowie aus Familien der *Oberrichter* und dgl., die aber ebenfalls direkt dem Bürgertum entsprossen waren. Alter Adel spielte nur noch eine geringe Rolle. Ausschlaggebend war das Geld geworden, und dies zu ändern vermochten selbst die Beschwerden des Parlaments nicht, das sich entehrt fühlte durch die Elemente, die es aufzunehmen gezwungen worden war. Sehr bezeichnend dafür ist eine Entschließung aus der Zeit der Fronde, in der die Abgeordneten der Pariser Gerichts- und Verwaltungshöfe verlangten, „in Zukunft keine *Traitants*, *Partisans*, auch nicht ihre Geschäftsbeteiligten und Bürgen, deren Söhne und Schwiegersöhne“ mehr aufnehmen zu müssen.¹⁰

Innerhalb der adligen Schichten trat ein bedeutsamer Wandel ein, seitdem das Geld das Monopol für die höchsten Ämter im Staate besaß. Denn diese, insbesondere die Chargen der Magistratur, verliehen den Adel. Dieser war ursprünglich nur persönlicher Natur, ein *Amtsadel*, der erst dann zum *Erbadel* wurde und sich auf die Kinder übertrug, wenn drei Generationen fortlaufend dem *Amtsadel* angehört hatten. *Loyseau* gebrauchte Anfang des

8. MM. 821, *Généalogie des magistrats du Conseil et du Parlement*.

9. s. Exkurs No. 4 (Anhang).

10. *Articles arrêtées par les députés des quatre compagnies souveraines de Paris en l'année 1648*, s. art. 15 (K 695, No. 158).

17. Jahrhunderts für diesen Vorgang folgendes Bild. „Wie nach Behauptung der Alchimisten sich das Gold dreimal ändert, bis es seine richtige Qualität erlangt, so reinigt die dritte Amtsübertragung das Blut und die Rasse und tilgt die letzte Spur der Roture“. ¹¹ Unter Ludwig XIV. bedurfte es keiner drei Generationen mehr, bis das Blut eines Rotürriers adlige Beschaffenheit angenommen hatte; der Erbadel trat ein au premier degré.

An sich spielte es keine große Rolle, daß die endgültige Anoblierung schon im ersten Glied erfolgte, weil einerseits die hohen Ämter fast stets in den Familien blieben, anderseits der Erbadel ausdrücklich verliehen wurde. Dies geschah insbesondere in der Zeit von 1689 bis 1715. Die an den hohen Gerichtshöfen von Paris errichteten Ämter bekamen diesen Adelscharakter für den Fall, daß ihre Erwerber nicht de race noble sein sollten. Sie, ihre Frauen oder Witwen und ehelichen Kinder beiderlei Geschlechts wurden als adlig angesehen und genossen alle Privilegien und Vorrechte, die jedem Adligen von Geburt zustanden. ¹² Nur eine Bedingung für die Verleihung des erblichen Adelstitels bestand: die Charge mußte 20 Jahre lang ausgeübt werden. Den hohen Gerichtshöfen der Provinzen gewährte der König die Verleihung des erblichen Adelstitels ebenfalls, wenn auch in beschränktem Maße. Ein Edikt vom Oktober 1704 bewilligte ihnen je vier Dispense zugunsten des Adels au premier degré; die Erwerber dieser Dispense übertrugen den Erbadel unmittelbar auf ihre Nachkommen wie die höheren Beamten der Pariser Gerichtshöfe. Freilich, diese Vergünstigung sollte sie geneigt machen, dem König freiwillig einige Hilfsmittel zu liefern, ¹³ ihnen vielleicht auch die 60 000 l. augmentations versüßen, mit denen er sie gleichzeitig belegte. Der Dispens allein kostete 6 000 l. Doch scheinen die Parlamente und Verwaltungshöfe der Provinz, sowie die Bureaux des finances, die der König huldreich einbezog, nicht allzu sehr von der königlichen Gnade entzückt gewesen zu sein, denn der Finanzminister Chamillart mußte im Juli 1706 dem Parlament in Rennes mit einem Arrêt drohen, um die Zahlung der Taxe zu veranlassen; wie es scheint,

11. Liv. I, chap. IX, 24.

12. Edit nov. 1690, s. a. édits mars 1691, avril 1704.

13. Edit oct. 1704.

hatten sich nicht einmal vier Mitglieder dieses Parlaments um die Vergünstigung beworben.¹⁴

Bei dieser Politik handelte es sich um eine absichtliche Demütigung des alten Adels. Nie vergaß der König die Rolle, die dieser in der Fronde gespielt hatte. Was Richelieu und Mazarin bereits bedenklich weit getrieben hatten, vollendete er: Richelieu machte der politischen Anmaßung der Großen ein Ende,¹⁵ Ludwig XIV. gab sie der Verachtung preis. Nachdem er sie von sich allein abhängig gemacht hatte, demütigte er sie, indem er ihnen massenweise einen neuen Adel beigesellte, dessen Titel sich nicht auf Blut und Ehre, sondern auf eine gut gefüllte Börse gründete. Damit schändete er den Adelsstand als solchen, der dem Staat nur dann von Wert war, wenn er seinen Vorrang durch besondere Leistungen für die Gesamtheit rechtfertigen, wenn er das Bewußtsein einer sozialen Mission haben konnte. Wurde er aber käuflich und für jedermann erwerbbar, so sank der Stand herab, und der Vorgang mußte zu einer Gefahr für den Staat selbst werden, wenn die Gesellschaftsordnung erschüttert wurde und die traurige Lage der größeren Schicht des Volkes infolge Häufung der Privilegien sich verschlimmerte statt besserte. Denn nunmehr beurteilte man den Adel so, wie bereits Richelieu ihn beurteilt hatte: „Wer der Allgemeinheit nicht nützt, ist ihr damit schädlich; es steht daher fest, daß der Adel, der dem Staat nicht im Kriege dient, ihm nicht nur ohne Nutzen ist, sondern eine Bürde für ihn bedeutet, wie für einen Körper, der den gelähmten Arm als eine Last erträgt, die ihn beschwert, anstatt ihm Erleichterung zu verschaffen“.¹⁶

Zwischen der Entwertung des Adels und dem Ämterschacher besteht eine enge Beziehung. Denn die vielen Privilegien, die sich an die Ämter knüpften und die erhöht werden mußten in dem Maße, wie sich die Zahl der Ämter erhöhte, stellte den Beamten hinsichtlich der Steuern und sonstiger Lasten an den Staat fast auf eine Stufe mit dem Adligen. Da lag die Versuchung sehr nahe, es ihm an Rang und Titel auch gleichzutun. Dies geschah, wir zeigten dies bereits, tatsächlich so häufig, daß die Usurpation des Adelstitels

14. G⁷ 1518 (Arch. nat.).

15. Fénelon, *Dialogues des morts*, LXXIV.

16. Polit. Testament, S. 95.

fast als symptomatische Erscheinung anzusehen ist. Zuweilen förderten die berüchtigten Ermittlungen der falschen Adligen groteske Fälle zutage. Sehr häufig maßte man sich den Titel eines „Ecuyer“ an; es kam aber auch vor, daß Rotüriers ihr Blut durch den Marquis- oder Grafentitel zu veredeln suchten.¹⁷ Saint-Simon übertrieb nicht, als er sagte, der Titel „Graf“ oder „Marquis“ habe sein Ansehen vollständig verloren, weil eine Menge Leute ohne Stand und Besitz ihn widerrechtlich sich aneigneten.¹⁸ Die Geldleute brauchten freilich ihre Zuflucht nicht zur Usurpation zu nehmen, um sich mit dem Grafentitel zu schmücken. Sie benützten zu diesem Zweck die Charge eines *secrétaire du roi*. Da sie reich mit Privilegien und dem übertragbaren Adel ausgestattet war, war sie sehr begehrt und konnte im Ancien régime auf eine Weise erworben werden, die Anlaß zu dem Scherzwort gab: Wenn der Urvater Adam für zwei sous Verstand besessen hätte, würde er sich eine *secrétaire du roi*-Charge gekauft haben, dann wären alle Menschen Gentilshommes.¹⁹ Unter Ludwig XIV. kam es gelegentlich vor, daß wohlhabende Bauern mit Gewalt gezwungen wurden, diese Charge zu erwerben.²⁰ Von den 110 Chargen dieser Art, die der König von 1672 bis 1694 am „Kollegium der 240“ in Paris schuf, scheint die Mehrzahl von Finanzleuten erworben worden zu sein. Bekannte *Traitants* befinden sich unter ihnen: so ein Béchameil, ein Berthelot,²¹ ein Brunet, ein Gournes, ein Rouillé und viele andere;²² und aus Béchameil wurde ein Marquis de Nointel, aus Berthelot ein Comte de Saint-Laurent, aus Gournes ein Marquis d'Antraigues.²³

17. Eine Recherche ergab z. B. 1710, daß zwei in Paris wohnhafte Brüder, deren wirklichen Namen Guillaume bzw. Henri Cheygnard waren, sich folgende Titel beigelegt hatten. Der eine, Guillaume, nannte sich Comte de le Roi-Chavigny, Prince de Brederode, Guidon des gendarmes, de la Garde du roi, Mestre de camp de cavalerie; der andere: Henri-Chavigny, Comte de Brederode, Marquis de la Roche, Comte de Maubeuge et de Saint-Germain, Baron de la Grange. Beide verloren ihre Titel und bezahlten 2000 l. Strafe. Ms. franc. n. acqu. 22 357 fol. 179 f. s. a. 22 358, 32 265, 68, 69—73, 32 319—31.

18. Mémoires, éd. Boislisle, t. 5, p. 318/19, p. 311 note.

19. Marion, Dictionnaire, s. secrét. du roi.

20. Ms. fr. 7760.

21. Saint-Simon, Mémoires, t. 13, p. 622.

22. s. Lange, a. a. O. p. 253.

23. Ebd.

Luxus und Üppigkeit der Geldleute nahmen phantastische Ausmaße an. Aus der Zeit des Pfälzischen Krieges berichten die *Annales de la Cour et de Paris*, der Luxus habe derart geherrscht, daß selbst die kleine Bourgeoisie die angesehensten Personen des Auslandes darin übertraf.²⁴ Lakaien und „unzählige andere Leute“, die aus der „Hefe des Volkes“ stammten, machten sich adlig. „Derart hatten sich die Dinge in diesem Königreich geändert, daß der Adel, der einst angesehen wurde als rechter Arm des Staates, unter dem Ministerium Louvois so sehr der Verachtung anheim fiel, daß man sogar abscheuliche Plakate gegen ihn anschlug“.²⁵

Diese Umschichtung der Gesellschaft und die heillose Mißwirtschaft in der Verwaltung hatten bedeutsame Folgen. Vor allem hing die Opposition, die sich im Lauf des 17. Jahrhunderts immer wieder gegen den Absolutismus erhob, eng mit dem gesellschaftlichen Umbruch zusammen. Sie war eine Reaktion gegen die von ihm herbeigeführten Zustände und die von ihm begünstigten Einrichtungen.

In erster Linie richtete sich die Kritik gegen die Käuflichkeit der Ämter, gegen die zu einem großen Teil von ihr bedingte Finanzverwaltung und gegen das System der Partisans und Traitants, deren Einfluß bis in den Conseil reichte. Viele hohe Finanzbeamte waren ja, wie sich zeigte, schon zu Sullys Zeiten berüchtigte Partisans. Und wie dieser große Finanzminister bezeugt, hatte das Gold einen grundlegenden Wechsel der Anschauungen herbeigeführt. „Man stellte den mutigen Adel den Körperschaften der Finanz, der Rechtsprechung und der Unternehmer gleich und erwies letzteren all die Anerkennung, die rechtmäßigerweise jenem zukam.“²⁶ Doch konnte Sully sich nicht enthalten zu bemerken, daß der Adel selbst zu dieser Entwicklung beitrage, weil er sich nicht scheue, „seine Erde zu düngen“, d. h. reiche Heiraten mit Rotüriers zu schließen. Dies gebot vielen Adligen freilich damals schon ihre schlechte wirtschaftliche Lage. Sie brauchten die Verbindung mit der Finanz, um sich behaupten zu können. Aus den Beschwerden, die Adel und Geistlichkeit auf den Ständeversamm-

24. T. 2, p. 190 (éd. 1711).

25. Ebd., p. 328.

26. Mémoires, t. 2, p. 66 (éd. 1827).

lungen, insbesondere der von 1614 vorbrachten, geht dies eindeutig hervor. Hier und auf den späteren Notabelnversammlungen waren sie die treibenden Kräfte, vornehmlich im Kampfe gegen die Paulette und die Ämterkäuflichkeit. Auch an die Ausdrücke des Protestes, zu welchen manche adlige Broschürenschrreiber sich damals hinreißen ließen, sei hier erinnert.

Wie wenig übertrieben ihre Klagen und Anschuldigungen waren, geht aus den angeführten Zeugnissen hervor. Noch eine Stelle aus dem Politischen Testament Richelieus scheint uns in diesem Zusammenhange der Erwähnung wert. Da heißt es von den Geldleuten: das Gold und Silber, an dem sie Überfluß hätten, sichere ihnen die Verbindung mit den besten Häusern des Königreichs; diese jedoch „entnerven sich dadurch und bringen nur noch solche Abkömmlinge hervor, die so entfernt von dem edlen Sinn ihrer Vorfahren sind wie oft von der Ähnlichkeit ihrer Gesichter“.²⁷

Richelieu brachte die Kritik zwar zum Verstummen, nicht aber vermochte er die Herrschaft der Geldleute zu brechen oder den Staat auf gesündere Grundlagen zu stellen. Wie wäre dies auch nur möglich gewesen? Um die Macht der Großen und der feudalen Gewalten zu zerstören, hatte der Staat alle einflußreichen Ämter in den Handel gebracht, so daß ihm jetzt kein zuverlässiges Beamtentum zur Verfügung stand. Außerdem erforderte die der Innenpolitik gänzlich übergeordnete Außenpolitik Richelieus so gewaltige Mittel, daß die regulären Einnahmen sie kaum zu liefern imstande gewesen wären, selbst bei einer verhältnismäßigen sauberen Verwaltung. So bestand ein verhängnisvoller Kreislauf: in seiner Geldnot sah der Staat sich stets angewiesen auf die Vorschüsse und außerordentlichen Unternehmungen der Geldleute; diese aber machten sich unentbehrlich, weil ihre Hypothek auf die ordentlichen Einnahmen ständig wuchs und weil deren Belastung durch jene Unternehmungen mit jedem Jahr drückender wurde. So blieb es auch unter Mazarin; und dann kam die Fronde.

In dieser Bewegung nur eine politische Demonstration sehen zu wollen, sie lediglich als letztes Aufbäumen der Großen gegen den Absolutismus als solchen aufzufassen, ist ganz abwegig. Sie richtete sich mindestens ebenso sehr gegen die Schäden eines ver-

27. Polit. Testament, S. 117/18, vgl. o. S.

werflichen Regimes, wie sich besonders in den Anfängen der Fronde zeigte, als das erbitterte Volk und die geschädigten Rentiers tätlich gegen die Traitants wurden, so daß sie sich verkriechen mußten wie die Mäuse in ihre Löcher. Gebieterisch verlangte man ihre exemplarische Bestrafung. Und diese Forderung wurde wieder sehr laut, als 1651 die Generalstände zusammentreten sollten. Sie ging da in die Cahiers der Stände über.^{27a}

Die politische Ideenbildung war weitgehend von den damaligen wirtschaftlichen und sozialen Mißständen bestimmt. Ganz folgerichtig erscheint es, daß die willkürliche und übermäßige Besteuerung, die jahrzehntelange Ausbeutung des Volkes durch gerissene Finanziere zum Nachdenken über das Besteuerungsrecht des Königs, über sein Recht den Untertanen gegenüber und über die Grenzen seiner Macht überhaupt führte.

Auch die Opposition, die sich immer stärker gegen Ludwig XIV. erhob, geht letzten Endes ebenfalls auf den Umsturz der alten Ordnung zurück. Ihre Führer gehören ihrer Tendenz nach fast ausschließlich dem aristokratischen Milieu an, und das eigentliche Ziel ihres Kampfes war die Wiederherstellung des ehemaligen „verfassungsmäßigen“ Zustandes, des alten Ständestaats. Um diese Forderung als berechtigt zu erweisen, griffen sie die Außenpolitik der Regierung an, die Steuer- und Finanzmethoden, wiesen

27a. So lautet z. B. Artikel 73 des Cahier de remontrances du Tiers Etat des villes et plat pays de Touraine pour les Etats généraux assignés à Tours en 1651: „Qu'il soit fait une exacte recherche contre ceux qui ont donné des avis à la ruyne et oppression du peuple, vente de nouveaux éditz, offices, dons et subsides, traittans et soubztraittans, et leurs adherans fauteurs et entremetteurs, commis et suppotz; et leur procès fait et parfaict; que les deniers qu'ils ont dûment exigez à la ruyne du pauvre peuple, seront par eux renduz, leurs veufues, hérithiers qui en seront civilement tenuz; et pour ce faire establir en chacune province telz juges qu'il plaira à sa maiesté ordonner pour la recherche des dictes malversations, et qu'il plaise à sa maiesté les exclure de toutes offres qu'ils pourroient faire, pour se rédimir de la punition due à leurs crimes, par composition d'argent ou autrement, et rejeter toutes les prières et requestes qui lui pourroient estre faictes, affins que le public soit satisfait de la punition exemplaire et deschargé par la restitution qu'ils seront tenus faire à sad. Maiesté des impositions ordinaires et pourveu au remboursement des offices qui seront suppriméz, et qu'à l'advenir defiances (sic!) seront faictes de donner pareils avis sur peyne de vye“. (Bulletin de la société archéologique de Touraine 1877—79, t. 4.)

hin auf die Überlastung und Verelendung des Volkes und auf das Willkürregiment im allgemeinen. Als Repräsentanten dieser Richtung sind an erster Stelle zu nennen: Le Vassor mit seinen *Soupirs de la France esclave*,²⁸ Saint-Simon, Fénelon, Le Laboureur und Boulainvilliers.²⁹ Sie sind vor allem auch deshalb wichtig, weil ihr Ideengut den Übergang darstellt von der Staatsauffassung des Mittelalters zu der des 18. Jahrhunderts; es wirkte im ersten Stadium der Ideenbildung von 1789 sehr nachhaltig, war es doch selbst revolutionäres Gedankengut.

Die *Soupirs* greifen den Absolutismus dort am heftigsten an, wo sie sprechen von der Unterdrückung des Adels, der Parlamente, von der Mißachtung der städtischen und provinziellen Rechte und von der Despotie der Intendanten.³⁰ Früher war der Adel alles im Staate, jetzt ist er nichts mehr; seine Privilegien sind wertlos, „nur noch Schein und Spinnengewebe, sie schützen vor nichts“. „Man hat die Intendanten in die Provinzen geschickt, wo sie über den Adel eine unerträgliche Herrschaft ausüben und ihn zur Sklaverei führen Der alte französische Adel ist verarmt“. Seinen ursprünglichen Platz haben die eingenommen, die den Hof- und Finanzkreisen entstammen. Sie kaufen und besitzen die schönsten Güter im Königreich und üben auf die alten *Gentilshommes* einen despotischen Druck aus. „Diese neuen Großen, die von ganz unten herkommen und bis zum Thron emporsteigen, dienen zu nichts als zur Demütigung und Ruinierung der alten Adelsgeschlechter“. Sie sind die Tyrannen des Volkes, seine „Blut-sauger“.³¹

Die Chargenkäuflichkeit, sagen die *Soupirs* sehr richtig, gab ihnen die Handhabe, die höchsten Stellen in ihren Besitz zu bringen,

28. s. Gotth. Riemann, Der Verfasser der *Soupirs de la France esclave*. Berlin 1936 (Hist. Stud. Heft Nr. 8 der Schriftenreihe: Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution, hrsg. von Prof. Dr. O. Becker). Hier ist die Streitfrage über die Verfasserschaft dieser bekannten Flugschrift wohl endgültig entschieden.

29. s. a. F. Kleyser, Der Flugschriftenkampf gegen Ludwig XIV. zur Zeit der pfälzischen Kriege. Berlin 1935 (Hist. Stud. Hefte 270, Nr. 6 der Schriftenreihe: Forschungen zur Geschichte des Ancien régime u. der großen Revolution, hrsg. von Prof. Dr. O. Becker). Diese Arbeit gibt einen guten Einblick.

30. bes. *Mémoires* 1—3.

31. 2. *Mémoire*, vgl. a. 5. *Mémoire*.

denn für Geld war alles zu haben; das Geldbedürfnis wurde zu einer Hydra, die nichts verschonte. Ein Louvois, ein Colbert und andere gingen, wie es zutreffend heißt, aus dem gemeinen Volk hervor. „Niederträchtige Geschöpfe“ kommen zu Ehren und Würden; sie regieren, „während die Prinzen von Geblüt Kohl auf ihren Landsitzen pflanzen“.³² Auf die Intendanten kommt Le Vassor verschiedene Male zu sprechen, auf diese „Plenipotentiäre“, diese „mit Vollmachten ausgerüstete Menschen, die alles niederreißen und das ganze Königreich in den Staub legen; die ersten Gentilshommes müssen vor ihnen kriechen, sie lassen sie durch ihre Lakaien herholen“.³³ Tyrannisch unterjochen sie alles und verüben Gewalttätigkeiten: „Man rädert, hängt, verbannt, verweist, nimmt den Städten ihre Privilegien und versetzt die Parlamente“.

Daß der Punkt „Intendanten“ tatsächlich auf das Konto der Ämterkäuflichkeit geht, wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß die Intendanten im allgemeinen aus den *maîtres des requêtes* entnommen wurden, die ihre Chargen käuflich erwarben, wie man alle Parlamentschargen kaufte. Zudem standen diese Chargen sehr hoch im Preis, so daß nur diejenigen sie an sich bringen konnten, die reich waren. Davon geht auch *Boulainvilliers* aus bei seiner Kritik. Die Intendanten sind nach seiner Ansicht die Sklaven der Minister und die Tyrannen des Volkes; sie ruinieren Frankreich.³⁴ In erster Linie sind sie ihm deshalb ein Dorn im Auge, weil sie die größten Feinde des alten Adels sind, den sie „unaufhörlich demütigen“.³⁵

Boulainvilliers zufolge trägt die Ämterkäuflichkeit die Hauptschuld; sie hat so weit geführt, „daß alle Würden der Magistratur nur noch für die da sind, die reich genug sind, sie zu bezahlen“. Und sehr reich mußte — das beklagt auch *Boulainvilliers* — der sein, der *maître des requêtes* werden wollte. Dieses *Corps* bezeichnet er als die „Pflanzschule der Intendanten“. Einst habe es nur wenige Mitglieder gezählt, und nur die Tüchtigsten seien hineingekommen; heute dagegen seien die Mitglieder kaum mehr zu zählen, es wimmle von „Leuten aus den niedersten Schichten,

32. 5. *Mémoire*.

33. Ebd.

34. *Etat de la France*, t. 1, p. V ff.

35. Ebd.

Sprößlingen von Händlern, Schreibern, Anwälten und, was hinsichtlich der Auswirkung am schlimmsten ist, von Söhnen der Partisans“.³⁶ Wer eine Provinz regieren wolle, werde maître des requêtes; die Intendanz bedeute zugleich das Sprungbrett für höhere Ämter und eröffne den Zutritt zum Hof, zu Ministerposten.

In der Darstellung und Kritik Boulainvilliers befindet sich ein schwacher Punkt: mußte ein Intendant oder sonstiger hoher Chargenträger, der aus dem Volke stammte, notwendig ein schlechter, rücksichtsloser und tyrannischer Beamter sein? Sein Haß erklärt sich aus der ihm und seinem Kreis eigenen Anschauung, daß der Adel der „wesentliche Eigentümer“ des Staates sei,³⁷ und aus dem Schmerz darüber, daß er aus dieser Stellung verdrängt wurde. Nicht einmal mehr gleichberechtigt mit den andern Ständen sei er, sondern so weit zurückgedrängt, daß man glauben könnte, „er habe nicht einmal existiert, würde man nicht in der Roture eine maßlose Leidenschaft feststellen, seinen Platz einzunehmen, sei es durch Lettres du prince oder durch Kauf von privilegierten Chargen“.³⁸ So wurde der Adel entwurzelt; und weil die Regierung aus allem Geld machte, mußte er sich, sagt Boulainvilliers, so weit erniedrigen, die Verbindung mit der Finanz zu suchen. „Er schämt sich nicht mehr, sein Blut mit den gemeinsten Rotüriers zu mischen und deren Blut in seine eigenen Adern aufzunehmen. Die Töchter der reichen Partisans sind äußerst begehrt, denn nur so ist es möglich, hohe Chargen zu bekommen und die Schulden zu tilgen, welche die alten Adelsfamilien durch den Heeresdienst oder das Leben am Hof haben machen müssen. Es ist keine Seltenheit, unter dem Thronhimmel Kinder derjenigen zu sehen, die unsre Väter als voleurs publics betrachteten“.³⁹

Boulainvilliers zufolge war der einst so mächtige und stolze Adel fast vollständig niedergebrochen, und das bezeichnete er als das Werk des Absolutismus. Ihn galt es deshalb zu bekämpfen.

36. Ebd. p. VIII.

37. Ebd. Lettre XIV. (t. 3, p. 179), vgl. Essai sur la noblesse de France, 249, ... „la noblesse . . . est essentiellement propriétaire de l'Etat par la raison décisive et incontestable qu'elle l'a conquise par les armes et conservée durant tant de siècles“; s. a. p. 173 und 254 note.

38. Ebd., s. a. Etat de la France, III, p. 181.

39. Essai, p. 251 ff.

Und dem Staat der Gegenwart stellte er den Staat der Vergangenheit als Ideal gegenüber, nämlich die ständisch beschränkte Monarchie, die derartige Zustände ausschloß und dem Adel die Vormachtstellung sicherte. Dieser Idealstaat sollte wiederhergestellt werden. Aber nur zu offensichtlich ging es hier um selbstische Zwecke.⁴⁰

Der Ansatzpunkt von Saint-Simons Kritik an den Zuständen seiner Zeit und der Charakter seiner Opposition gegen Ludwig XIV. sind die gleichen wie bei Boulainvilliers. Saint-Simon ist jedoch weit engstirniger und adelsstolzer als dieser und betrachtet alles mit den Augen des Entrechteten. Auf Schritt und Tritt⁴¹ bricht bei ihm die Verachtung der neuen Marquis und Grafen, der aus der „Hefe“ Emporgestiegenen hervor, die aus dem französischen Volk ein Volk von Geldadligen machten.⁴² Sein Zorn richtet sich gegen die Ursache dieses Zustandes: die Käuflichkeit der Ämter, „den einzigen Weg, der zu den höheren Graden führt“. Sie ist der große Schaden, unter dem alle Stände und Teile des Staates seit langem leiden, und der die Monarchie mit dem Untergang bedroht.⁴³ Besonders darüber entrüstet er sich, daß die Militärchargen, auf die früher der Adel ein ausschließliches Anrecht besaß, nicht weniger käuflich waren als die andern, daß Rotüriers sie bekleideten und den durch die vielen Kriege verarmten Adel auch aus diesem Gebiet verdrängten, weil er den Preis der gewaltig im Werte steigenden Regiments- und Kompagniechargen vielfach nicht mehr erschwingen konnte.⁴⁴ Ein großer Teil der Offizierschargen bis zu

40. In verdienstvoller Weise versucht Kleyser (s. o. No. 29) neues Licht auf einen Teil der politischen Opposition gegen Ludwig XIV. zu werfen und ihren Charakter zu erschließen. Bei aller Anerkennung, die diesem Versuch gebührt, darf doch nicht verschwiegen werden, daß es angebracht gewesen wäre, die Bedingtheit der Opposition durch die Zu- und Mißstände kräftiger zu unterstreichen. Denn nur daraus ist sie zu erklären.

41. *Mémoires*, passim.

42. s. Mesnard, *Projets de gouvernement du duc de Bourgogne*, Paris 1860, p. 72.

43. *Mémoires*, t. 10 p. 337 und t. 11 p. 249 (éd. Chéruel).

44. Hinsichtlich der Käuflichkeit der Zivil- und Militärchargen bestand ein Unterschied. Letzte wurden nicht öffentlich versteigert und wurden nie zu einem erblichen Eigentum. Nach der Vakanz fielen sie wieder an den König zurück, der sie direkt und nach einem bestimmten Tarif vergab. Auf

den höchsten Stellen war damals tatsächlich von Nichtadligen besetzt.

Fénelon stimmt ganz in diese Kritik ein. Hart verurteilt auch er die Ämterkäuflichkeit, insbesondere in seinen berühmten *Directions pour la conscience des rois*, wo er dem König vor Augen hält, daß die aus dem Ämterhandel gewonnenen Summen eine viel größere Belastung für das Volk darstellen als die Steuern; 100 000 l., die die Regierung von den Käufern neuerrichteter Stellen erhalte, müsse das Volk mit 500 000 l. und schweren Bedrückungen bezahlen; wo er ferner darauf hinweist, daß dieser Schacher mit den Ämtern den Staat lahm lege und jede Reform unmöglich mache. „Der beste König kann in fünfzig Friedensjahren nicht wieder aufbauen, was in zehn Kriegsjahren durch Ämtererrichtungen zerstört wurde“,⁴⁵ und viele Wunden, die Willkür und fehlerhafte Staatsführung dem Volke schlagen, könnten überhaupt nicht mehr geheilt werden. Deshalb ist es notwendig, daß das Verhältnis zwischen Volk und Herrscher eine andere Grundlage erhält; das Staatsinteresse selbst ist es, das eine Beschränkung der absoluten Macht des Herrschers erfordert, und zwar in ständischer Richtung. Doch, wir müssen es uns versagen, auf die Reformgedanken Fénelons hier näher einzugehen.

Aus dem Gesagten erhellt bereits zur Genüge, daß die politische Ideologie dieser Zeit sehr reale Voraussetzungen hatte, daß sie bestimmt war von den Gegebenheiten des staatlichen Lebens. Man wird diese Ideenbewegung nicht richtig verstehen können, wenn man Art und Wesen des französischen Absolutismus nicht begriffen hat. Nicht ohne Grund war Frankreich das Land, das die Bildung der politischen Ideen so ungemein befruchtete. Hier hat der Absolutismus, im ganzen gesehen, versagt, hat seine Daseinsberechtigung sittlich nicht mehr gerechtfertigt und deshalb zur Kritik und Oppositionsbildung herausgefordert. Die Merkmale staatlicher Zersetzung waren am ausgeprägtesten, als das Regierungssystem nach außen hin auf dem Gipfel seiner Macht stand. So mußten die Menschen dazu geführt werden, über ihre Rechte und den Sinn der staatlichen Macht nachzudenken, über die Mög-

alle Fälle bedurfte eine zwischen einzelnen geschlossene Transaktion stets der ausdrücklichen Genehmigung des Königs.

45. *Direction* XVIII.

lichkeit einer besseren Verfassung Betrachtungen anzustellen und das göttliche Recht des Monarchen anzuzweifeln.

Systematisch vergiftet, vornehmlich im 17. Jahrhundert, verfiel der Staatskörper einer Lähmung, die er nicht mehr zu überwinden vermochte. Hierin ist eine der entscheidenden Ursachen der französischen Revolution zu sehen: Von allen Herrschern, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, hat Ludwig XIV. am verhängnisvollsten versagt. Denn niemals ist die außenpolitische und innenpolitische Machtlage zur Durchführung gründlicher Reformen so günstig gewesen wie unter ihm nach der siegreichen Beendigung des großen Ringens mit dem Hause Habsburg im Pyrenäischen Frieden. Er hat die großen innenpolitischen und außenpolitischen Chancen nicht für eine Sanierung des Staatswesens im Sinne Colberts genutzt, ist vielmehr gerade den entgegengesetzten Weg gegangen. Worin der französische Absolutismus versagte, wird besonders deutlich durch einen Blick auf den Absolutismus der großen Hohenzollern und durch den Vergleich der französischen Armee mit der preußischen.⁴⁶

Die Ämterkäuflichkeit verhinderte auch eine gesunde Staatsgesinnung und zerstörte, wie d'Argenson sagte, jeden Gedanken eines *Gouvernement populaire*.⁴⁷ Ferner veräußerte der König mit dem Amt unwiederbringlich ein Stück seiner Souveränität, er gab eines seiner wichtigsten Vorrechte preis: die Tüchtigsten seines Volkes zu seinen Helfern und zu Dienern des Staats zu machen. Alle juristischen Klauseln und die Behauptung, daß nur die finance

46. Mit Recht sagte der abbé de Saint-Pierre: „pour mieux démontrer ces inconvénients, rien ne paraît plus propre que de comparer deux armées de 30 000 hommes chacune, mais dont l'une n'aura que des officiers qui ont commencé par la vénalité et l'autre dont les officiers auront monté par les degrés de valeur, de vertu et de talents et de scrutin entre trente pareils.“ *Ouvrages polit.*, éd. 1734, t. 8, p. 268 ff.

47. D'Argenson, *Considérations sur le gouvernement ancien et présent de la France* (1764), p. 155 ff., es heißt u. a. da: „Par-là le roi a aliéné pour toujours la plus belle de ses prérogatives. L'hérédité transmet des pères aux enfants le pouvoir qu'il leur communique sous la condition d'un agrément presque forcé. L'amovibilité de l'officier qui ne pousse pas la prévarication jusqu'à la grossièreté n'est plus dans les mains du roi; il faut lui faire son procès et que ce procès soit instruit et jugé par la compagnie dont est l'accusé, et l'intérêt de ces compagnies s'est placé davantage dans l'indépendance que dans le zèle du bien public.

eines Amts im Handel sei, vermochten an dieser Tatsache nichts zu ändern. Faktisch waren die Ämter erblich; die königliche Bestätigung erfolgte sozusagen zwangsläufig. Dies bezeugt uns gegen Ende des Ancien régime auch der bekannte Magistrat Le Trosne. Die Unterscheidung zwischen „finance“ und „Titel“ sei ein Spiel mit Worten, „denn die finance zieht den Titel nach sich, und letzten Endes ist es der Amtsinhaber oder seine Familie, die als Nachfolger denjenigen wählt, der am meisten für das Amt bietet. Tatsache ist: dieser Mann wird bestätigt, und zwar ohne einer Prüfung unterzogen zu werden. Wenn das nicht Mißstände im öffentlichen Leben sind, dann weiß ich nicht, was man als solche bezeichnen soll.“⁴⁸

Einen Beamten ohne Anwendung von Gewalt abzusetzen, vermochte der König nur selten, nämlich im Falle eines schweren Amtsvergehens, und selbst dann erst, wenn eine Verurteilung des Beamten durch die zuständige Körperschaft erfolgte. Das Interesse dieser Körperschaft, sagte d'Argenson ganz richtig, gelte weit mehr der Erhaltung ihrer Unabhängigkeit als der Förderung des öffentlichen Wohles.⁴⁹ Da die Richter Partei waren, lautete ihr Spruch fast stets zugunsten des angeklagten Beamten.

Eine unmittelbare Folge der Ämterkäuflichkeit war auch die Macht, die die Parlamente und Verwaltungshöfe im 18. Jahrhundert besaßen, die Körperschaften, die den Machtkampf mit der Krone führten und der Monarchie schließlich den Todesstoß versetzten. Um fiskalischer Vorteile willen hatte das Königtum von der Errichtung von Ämtern einen so übermäßigen Gebrauch gemacht, daß es nicht nur eine Anzahl neuer Parlamente und Chambres des comptes gab, sondern die Mitgliederzahl der einzelnen Körperschaften um ein Mehrfaches der ursprünglichen Zahl erhöht war. Diese Körperschaften bildeten in den Städten, wo sie ihren Sitz hatten, zusammen mit der von ihnen abhängigen Beamtenschaft, ihrem Personal und sonstigen Anhang eine Stadt für sich, und in ihrer Gesamtheit einen Staat im Staate. Diese reichen Corps mußten eine gefährliche politische Macht werden, sobald es dem

48. De l'administration provinciale et de la réforme de l'impôt. Basel 1779, liv. IX, ch. 18.

49. s. a. a. O. p. 155—159; dasselbe wird ausgeführt in einer umfangreichen Denkschrift, erh. in Coll. Joly de Fleury 2129 fol. 316 ff. (Bibl. nat.)

Staat an Männern wie Richelieu und Mazarin fehlte, die sie niederzuhalten verstanden. Ihre Macht wurde gesteigert durch die „Inamovibilität“. Diese war aber weniger ein mit dem Amt verbundenes Privileg als eine Folge des Privatrechts, nach dem jeder Verkäufer eine bestimmte Sicherheit für die von ihm vertriebene Ware gewähren mußte. Normalerweise konnte der König die Ämter nur aufheben, wenn er gleichzeitig die Ablösung vornahm. Denn wenn er für ein Amt Geld verlangte, war es eine Forderung der Billigkeit, den einmal angenommenen Beamten so lange im Amt zu belassen, wie er ihm sein Geld nicht zurückzahlen konnte.

Die auf diese Weise geschaffene Inamovibilität eignete allen Ämtern, denen der Finanzverwaltung wie den Justizämtern. Hinsichtlich der Parlamente und hohen Verwaltungshöfe erhielt sie eine wesentliche Verstärkung und Sicherheit dadurch, daß ihre Mitglieder faktisch die Ämter als erbliches Eigentum besaßen. Nach der Erneuerung des Pauletteregimes im Jahre 1722 blieben die Ämter jener Beamten *à survivance*. Das bei jeder Veräußerung zu leistende *droit de survivance* sicherte der Familie den Besitz der Charge; sie wurde erblich im wahren Sinne des Worts. Wenn jetzt der König Ämter beseitigte, was tatsächlich nicht selten geschah, so kam das jedesmal einer Kriegserklärung an das Parlament gleich. Dieses erhob Protest und bezeichnete ein solches Verfahren als Rechtsbruch.

Die Inamovibilität konnte die Regierung mißachten, wie dies z. B. die Parlamentsreform des Kanzlers Maupeou bewies; sie konnte auch, und das geschah häufig, den Inhaber des Amts gefügig machen, ohne den Eigentumscharakter des Amts anzutasten, indem sie den Beamten einsperrte oder verbannte und ihn so zur Resignation nötigte. Solche Handlungen galten jedoch stets als despotische Akte und gaben Anlaß, die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufzupeitschen. Da sich ferner mit der Absetzung eines Beamten oder gar der Aufhebung einer ganzen Körperschaft die heikle Frage der Abfindung erhob, die Regierung aber die für eine serienweise Abfindung erforderlichen Millionen schwerlich aufbringen konnte, so folgte aus der Käuflichkeit der Ämter praktisch nicht nur die Unabsetzbarkeit der Beamten, sie wurde auch zum schützenden Wall, hinter dem man ohne große Gefahr eine volks- und staatsfeindliche Opposition treiben konnte.

Dem Unternehmen, etwa im 18. Jahrhundert nachhaltig gegen die Ämterkäufllichkeit anzukämpfen, stellte sich außer den finanziellen Schwierigkeiten auch der Umstand entgegen, daß sich Stimmen erhoben, die diese Einrichtung geradezu als zum Wesen des monarchischen Staates gehörig bezeichneten. Unter ihnen war kein Geringerer als Montesquieu, der in seinem *Esprit des lois* die Frage der Nützlichkeit des Ämterkaufs stellte. Während er ihn für einen despotisch regierten Staat ablehnte, hielt er ihn in einer Monarchie für angebracht; hier mache der Ämterkauf das zu einem Familienberuf, „was man nicht um der Tugend willen unternehmen möchte“; jeder erhalte so seine Pflicht angewiesen, und das gebe den Ständen im Staat mehr Stetigkeit.⁵⁰ Platon, sagt er, verurteilte freilich die „Venalität“, „aber er spricht von einer auf Tugend begründeten Republik, wir dagegen sprechen von einer Monarchie“. Montesquieu zufolge würden in dieser die geldgierigen Höflinge die Chargen verkaufen, wenn der Handel mit ihnen nicht auf Grund einer öffentlichen Regelung stattfände. Schließlich findet er noch einen Vorteil: die Tatsache, daß man auf Grund seines Vermögens aufrückt, regt zur wirtschaftlichen Aktivität an; „sie hat ein solcher Staat äußerst nötig“. Damit gab dieser Politiker nur die Ansicht des Standes wieder, dem er angehörte. In ironischer Weise wies Voltaire darauf hin: „Verzeihen wir ihm. Sein Onkel hatte eine Präsidentencharge gekauft und sie ihm überlassen. Überall entdeckt man den Menschen; niemand ist ohne Schwächen“.⁵¹ Nicht mit Unrecht wirft er Montesquieu verletzenden Standesdünkel vor, der „die göttliche Funktion, Recht zu sprechen, über Hab und Gut und Leben von Menschen zu entscheiden“, zu einem Familiengeschäft mache, das Laster als Prinzip des monarchischen Staates hinstelle und vergesse, daß die Monarchie 1100 Jahre ohne die Ämterkäufllichkeit bestanden habe, Frankreich das einzige Land sei, das diese Einrichtung kenne, und sie folglich nicht zum Wesen eines monarchischen Staates gehöre.⁵²

50. s. liv. V., ch. 19.

51. Dict. philos. (s. *Esprit des lois*) u. *Oeuvres*, t. 45, p. 22 f. „Il (Montesquieu) était président à mortier en province. Je n'ai jamais vu de mortier, mais j'imagine que c'est un superbe ornement. Il est bien difficile à l'esprit le plus philosophique de ne pas payer son tribut à l'amour propre“.

52. *Commentaire sur l'Esprit des lois* (*Oeuvres*, t. 50, p. 82).

Montesquieu nahm das Argument auf, mit dem Richelieu die Ämterkäuflichkeit verteidigt hatte.⁵³ Eine solche Argumentierung aber, sagte Le Trosne sehr treffend, beweise nur, wie groß die Unordnung und die Korruption im Staate seien, der, um sich vor der schlechten Auswahl seiner Beamten zu schützen, „kein anderes Mittel mehr hat, als überhaupt keine mehr zu wählen und dem Zufall die Besetzung der wichtigsten Ämter zu überlassen und den ersten besten zum Richter zu machen, ohne von ihm andere Fähigkeiten zu verlangen, als gut bei Kasse zu sein“.⁵⁴

Im Munde eines Montesquieu kommt der Verteidigung der Ämterkäuflichkeit ein besonderer politischer Sinn zu. Die Macht der Zwischengewalten, der „intermediären Corps“, deren Bestehen er für einen monarchischen Staat als verfassungsmäßig bezeichnete, beruhte, wie wir gezeigt, wesentlich auf der von ihm verteidigten Einrichtung. Das Parlament selbst übernahm bekanntlich Montesquieus Theorie. Sehr deutlich zeigen dies auch die Worte, die der Oberstaatsanwalt Séguier im lit de justice vom 12. November 1774 an den König richtete: er bezeichnete die Wiedereinsetzung der Magistrate in ihre Ämter als eine neue Sanktion des unwandelbaren Eigentumsrechtes und des politischen Gesetzes der Inamovibilität.⁵⁵ Angesichts der vorausgegangenen Ereignisse ist dieser Hinweis verständlich. Und nicht ohne Grund scheint es uns zu sein, daß die Forderungen nach „Unverletzlichkeit des Eigentums“ und „Freiheit des Individuums“ immer lauter erhoben und hauptsächlich durch die Juristen formuliert wurden, daß diese schließlich sogar es waren, die beim Ausbruch des großen Kampfes gegen den Absolutismus die Führung übernahmen. Wenngleich der Schlag, den die Regierung im Sommer 1788 gegen die Parlamente führte, nur bezwecken sollte, deren politische Macht zu brechen, so wußten sie ihn doch hinzustellen als einen despotischen Akt, als schreiende

53. s. o. Kap. 5.

54. a. a. O., liv. IX, ch. 18.

55. „L'appareil éclatant et la pompe que votre majesté a voulu mettre à cette auguste cérémonie ne peuvent qu'ajouter une nouvelle sanction à la loi immuable de la propriété, et à la loi politique de l'inamovibilité des offices; la première est fondée sur le consentement unanime de tous les états, la seconde a toujours été reconnue par vos augustes prédécesseurs“. (Isambert, 23, p. 83).

Verletzung des Eigentumsrechts und als Eingriff in die persönlichen Rechte des Menschen. Wie nachhaltig wirkten ihre Proteste auf die Bildung der revolutionären Ideologie!

Wenn also die hohe Magistratur eine beherrschende Stellung im alten Frankreich einnahm, so dank der Ämterkäufllichkeit, die, wie wir gesehen, das Amt zum Erbgut der Familie machte, und auf diese Weise seinen Besitz auf viele Generationen hinaus sicherte. Zahlreiche Fälle sind zu verzeichnen, daß eine Familie ein Amt Jahrhunderte lang besaß; vielfach handelte es sich da um sehr hohe Chargen. Das führte naturnotwendig zur Herausbildung einer Standesgesinnung, eines Corpsgeistes mit bestimmten politischen Ansprüchen, wie sie z. B. Montesquieu in seinem *Esprit des lois* herausstellte. Den aristokratischen Charakter der hohen Gerichtskörperschaften unterstreicht die Tatsache, daß es im 18. Jahrhundert immer üblicher wurde, neue Mitglieder aus adligen Kreisen zu nehmen. Häufig verlangte man sogar vom Kandidaten nicht nur den persönlichen Adel, sondern den Nachweis mehrerer Adelsgenerationen.⁵⁶ Die Herren vom Parlament, einst zufällig oder automatisch oder gar zwangsweise anobliert und nun zu Seigneurs geworden, fingen an zu vergessen, daß sie selbst von der Roture abstammten, und sie schämten sich, neue Mitglieder aus dieser aufzunehmen.

Als adlige Körperschaften verteidigten die Parlamente aber in erster Linie die Interessen der Privilegierten, und aus Körperschaften von Richtern, deren eigentliche Aufgabe darin hätte bestehen sollen, der Rechtsprechung obzuliegen, waren nun privilegierte Oligarchien geworden, die hartnäckig die angeblichen Volksrechte verteidigten, sich aber mit aller Macht dagegen wehrten, die Lasten des Volkes zu tragen. Dem Despotismus lagen sie zu Füßen, solange ihr eigener Vorteil gewahrt blieb, dagegen gebärdeten sie sich störrisch und anmaßend, wenn er einmal im Namen der Gerechtigkeit und Gleichheit Ansprüche an sie stellte.⁵⁷ Über ihre Standessphäre sahen sie nicht hinaus, und ihre Gesinnung wurde revolutionär, sobald die Regierung den Weg zur Reform

56. Le Moy, *Le Parlement de Bretagne*. Rennes 1910, p. 16; Saulnier de Pinelas, *Les gens du roi*, p. 47; Floquet, *Hist. du Parlement de Normandie*, t. 8, p. 329.

57. Roschach, *Hist. du Languedoc*, t. XIII, p. 1212.

betrat. Zum oligarchischen Charakterzug trat noch der plutokratische, was sich wirtschaftlich stark auswirkte, besonders in den Provinzstädten. Wenn gar die Magistratur einmal „streikte“ oder die Parlamente „verbannt“ wurden, dann löste das immer eine regelrechte Wirtschaftskrise aus. So war in der Tat die Stellung der hohen Gerichtskörperschaften einzigartig.⁵⁸

Diese Magistratur als Kaste zu bezeichnen, ist ganz berechtigt. Schon die Familienbande, die zwischen so vielen ihrer Mitglieder bestanden, machten sie zur Kaste. Saß doch oft als Rat in der einen Kammer der Vater oder Schwiegervater, in der andern der Sohn oder Schwiegersohn; in einer und derselben Kammer hatten häufig Onkel und Neffe oder Vettern nebeneinander Sitz. Wie die Mitglieder einer Körperschaft durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden waren, so waren es auch die Mitglieder verschiedener Körperschaften: *présidents à mortier*, *maîtres des requêtes* und Räte einerseits mit Präsidenten, Rentmeistern und Rechnungsrevisoren anderseits. Die Beziehungen liefen also von Parlament zu Parlament, von Parlamenten zu *Chambres des comptes* und *Cours des aides*. Sie gaben der hohen Magistratur das starke Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der gesellschaftlichen Geschlossenheit, der Exklusivität. Auf diese Tatsache hinzuweisen, ist am Platze, unsre Charakteristik wäre unvollständig, erwähnten wir sie nicht, denn auch sie ist eine Folge der Ämterkäufllichkeit. Eine Begleiterscheinung dieser ist ferner die Aufnahme allzu jugendlicher Mitglieder. Beide Punkte waren freilich durch Gesetze geregelt, aber die Ämterpolitik der Regierung im 17. und 18. Jahrhundert setzte sie praktisch außer Kraft. Einige Beispiele mögen dies dartun.

Damit die in den Körperschaften errichteten Ämter schnell Inhaber fanden — an diese Voraussetzung war ja der fiskalische Erfolg geknüpft —, mußten die strengen Bedingungen, denen der Kandidat unter normalen Umständen zu genügen hatte, gemildert werden. Das taten schon die Könige des 16. Jahrhunderts in weitgehendem Maße. Sie taten es auch, um die Körperschaften versöhnlich zu stimmen, indem sie so einzelnen ihrer Mitglieder ermög-

58. vgl. a. Ardacheff, *Les intendants de Province*, trad. franç. Paris 1909, p. 14 f.

lichten, ihnen nahe stehende Personen in die neuen Ämter zu bringen. So wurden also die Bestimmungen über Aufnahmeprüfung und Alter der Kandidaten weniger streng gehandhabt und die Vorschrift umgangen, daß in einer Kammer keine nah miteinander verwandten Beamten sitzen dürften. Zwar blieben die Vorschriften bezüglich des ersten Verwandtschaftsgrades in der Regel in Geltung, nicht aber die hinsichtlich der folgenden Grade. Allerdings erforderte eine weitgehende Befreiung von den erlassenen Bestimmungen eine besondere *Lettre de dispense*; doch machte auch daraus der König ein Geldgeschäft, so daß sich bald wirkliche Mißstände herausbildeten.

Als Colbert den Versuch machte, das Gerichtswesen zu reformieren, erließ er auch über diese Punkte Gesetze, so 1665, 1667, 1669 und 1670. Um zu verhindern, daß Ämter durch jugendliche, jeder Lebenserfahrung und Sachkenntnis entbehrende Personen besetzt würden, bestimmte ein Edikt vom August 1669 als Mindestalter für einen Präsidenten an einem Parlament oder hohen Verwaltungshof ein Alter von 40 Jahren, für einen Generalprokurator und -advokaten ein Alter von 30 Jahren und für einen Rat, Rentmeister und Rechnungsrevisor ein Alter von 27 Jahren.⁵⁹ Die Präsidenten sollten überdies eine zehnjährige Verwaltungslaufbahn hinter sich haben. Für die Besetzung der Chargen an Gerichtshöfen zweiter Klasse lauteten die Bestimmungen ähnlich.⁶⁰ Aber die erlassenen Reformedikte blieben zum größten Teil unausgeführt. Schon 1672 mußte ein Edikt ihre Durchführung erneut verlangen, und im folgenden Jahre verkündigte der König die Absicht, für eine gewisse Zeit von ihrer Einhaltung abzusehen, weil „die jungen, für die Chargen vorgesehenen Personen während einer beträchtlichen Anzahl von Jahren keine Beschäftigung haben und, anstatt sich die notwendige Ausbildung und Erfahrung zu erwerben, ein ausschweifendes Leben führen und schlechte Gewohnheiten annehmen, die sie später nur mit Mühe wieder ablegen“. Weit wich-

59. AD IX 468 (A.N.).

60. „Nous avons estimé que la réformation principale de la justice consistait en celle des juges, et qu'il importait principalement de n'en commettre la dignité qu'à des personnes choisies qui fussent d'une intégrité et capacité éprouvées et d'un âge assez mûr pour répondre au public de l'expérience nécessaire pour en bien soutenir l'autorité ...“ (ebd.)

tiger scheint jedoch ein anderer Grund gewesen zu sein: In Anbetracht der ungeheuren Ausgaben, die der Krieg erfordere — das altbekannte Motiv —, erklärte der König sich geneigt, den Dispens von den Vorschriften gegen Geld zu erteilen.⁶¹

Von der Erteilung des Dispenses machte die Regierung in der Folgezeit fast uneingeschränkten Gebrauch. Ein Nicolay kam mit 22 Jahren als Generaladvokat an die *Chambre des comptes* in Paris und wurde mit 28 Jahren erster Präsident des dortigen Parlaments. Hier finden wir auch einen Generaladvokaten von 23 Jahren. Räte von 22, und *maîtres des requêtes* von 25 Jahren gehörten nicht zu den Seltenheiten. In der Provinz waren die Dispensationen ebenfalls häufig. Ein Motteville wurde mit 23 Jahren erster Präsident an der *Chambre des comptes* in Rouen, ein Dalon, noch nicht 22jährig, Generaladvokat am Parlament in Bordeaux.⁶² Genau so war es mit der Umgehung der Vorschriften über die Vorbildung und über die Nichtzulassung nah Verwandter in gleiche Kammern. Le Tellier beglückwünschte noch 1682 den ersten Präsidenten des Parlaments in Rouen dazu, daß es ihm gelang, zu verhindern, daß der Sohn eines Parlamentsrats in die Charge seines Vaters ohne Examen aufgenommen wurde. Dagegen befahl fast zur selben Zeit Ludwig XIV. dem Parlament in Dijon, trotz dessen Remonstranzen, Parisot, den Anwärtler auf den Posten des Generalprokurators, ohne Examen aufzunehmen.⁶³ Aber bald gab auch der Kanzler der Strömung nach. Am 28. Dezember 1689 konnte Pontchartrain triumphierend an den Intendanten von Bordeaux schreiben:⁶⁴ „Ich habe endlich beim Kanzler durchgesetzt, daß er kein Dispens von dem vorgeschriebenen Alter und dem Verwandtschaftsgrad mehr verweigert. Hinsichtlich der Vorbildung war sein Widerstand am hartnäckigsten. Doch kommt er den geäußerten Wünschen so weit entgegen, daß er von den Kandidaten nur sechs Monate Studium verlangt, falls sie nicht mehr zur Verfügung hatten.“ So sollte es nicht allzu schwierig sein, meinte er, die restlichen der 1690 und 1691 an den Parlamenten errichteten Ämter unterzubringen. Aber anscheinend ging das doch nicht immer ganz leicht. Das Geld war

61. Déclar. 30 nov. 1673 (AD IX, 468).

62. Nach M. Lange, a. a. O. p. 291.

63. Ebd. p. 294.

64. Boislisle, *Corres. des int.* I, No. 1013, note.

rar, und so stellten sich Kauflustige nicht im gewünschten Maße ein.

Ein Brief des Präsidenten vom Parlament Bordeaux an den Generalkontrolleur gibt uns eine Vorstellung, um was für Leute es sich manchmal bei dem Nachwuchs handelte. Von den ursprünglich in Aussicht genommenen Kandidaten konnte einer nicht mehr in Frage kommen: er befand sich auf der Flucht, weil er seinen Vater getötet hatte. Ein anderer hatte keine Lust, Parlamentsrat zu werden, trotz aller Werbungen des Präsidenten. Ein weiterer, dessen Vorbildung ausreichend war, hatte sich schon für die Offizierslaufbahn entschlossen; nach vielen Verhandlungen konnte er schließlich zur Annahme eines Ratsamts bewogen werden. Man mußte aber noch das nötige Geld auftreiben. „Er sucht mit Eifer darnach, und man sucht für ihn“. Von einer andern Verhandlung berichtet er folgendes: „Der Präsident Lalanne hat einen Sohn, der das Gymnasium von Clermont besucht hat und nun in Paris Rechtswissenschaft studiert. Ich habe ihm vorgeschlagen, eine Charge für ihn zu erwerben. Darauf antwortete er, daß sein Sohn Student wäre und noch nicht 21 Jahre alt sei; angesichts der Jugend seines Sohnes und der gegenwärtigen Umstände könne er also nicht auf die Sache eingehen“. Schließlich gelang es dem Präsidenten, die Angelegenheit so weit vorwärts zu treiben, daß der Generalkontrolleur auf 35 000 l. rechnen konnte, wenn der König die Charge zu diesem Preis abgeben wolle und der Umstand, daß der Kandidat noch Student sei, kein Hindernis darstelle.⁶⁵ Bourdaloue, ein Schriftsteller, traf zweifellos den Kern der Sache, als er über die Besetzung wichtiger Ämter schrieb: „Kinder, denen man nicht einmal die Erledigung von unwichtigen Privatangelegenheiten anvertrauen möchte, entscheiden über Angelegenheiten, bei denen es sich um die Lebensinteressen einer ganzen Provinz handelt. Man leidet darunter, man seufzt; das gute Recht ist verkauft, und die Gerechtigkeit liegt am Boden.“⁶⁶

Die Gesichtspunkte, nach denen unter Ludwig XIV. die Parlamente bei der Neuaufnahme von Mitgliedern verfahren, änderten sich in der Folgezeit nicht wesentlich. Das mußte, im Zusammen-

65. Ebd. No. 1013 (24 nov. 1691).

66. Zit. nach Lange, p. 288.

hang mit der Abschließung der „Kaste“, bedenkliche Folgen auf die Rechtsprechung nach sich ziehen. In dem Maße wie gesellschaftliche Gründe bei der Aufnahme neuer Mitglieder den Ausschlag gaben, trat das Wissen in den Hintergrund. Die fortuite, die ursprünglich darin bestand, daß der Kandidat vor versammelter Kammer aufs Geratewohl das Corpus juris civilis aufschlagen und eine Stelle der gefallenen Seite interpretieren oder aus einer Urne ein Thema auslosen und behandeln mußte, wurde häufig unbeachtet gelassen, oder es wurde dem Kandidat eine Vorbereitungszeit gewährt.⁶⁷ Diese einst wichtigste Prüfung fand nach dem Zeugnis eines Rats des Parlaments in Rennes dort seit zwanzig Jahren (1754) nicht mehr statt.⁶⁸ Häufig war das Examen eine reine Formsache geworden, und manche Richter galten als Nichtwisser.⁶⁹ Und fast die Regel war während des ganzen Ancien régime, daß der Kandidat das vorgeschriebene Alter noch nicht erreicht hatte. Vielfach ist bezeugt, daß es, wie in den andern Gerichtskörperschaften, auch in den Parlamenten Leute ohne Erfahrung gab, wirkliche „Gelbschnäbel“, die, wie der Volksmund sagt, hinter den Ohren noch etwas feucht waren.⁷⁰ So wurde z. B. 1755 am Parlament in Rouen de Bonneval in einem Alter von zwanzig Jahren président à mortier.⁷¹ Feslon de Saint-Aubin war bereits mit 18½ Jahren Präsident der Requêtes am Parlament in Rennes.⁷² Und der älteste Sohn des Präsidenten Maupeou wurde, kaum 18 Jahre alt, président à mortier in Paris.⁷³ Mit 20, 19 Jahren Rat zu sein, war nichts Besonderes, manche gelangten schon mit 17 Jahren in Amt und Würden.⁷⁴ Norvins, ein ehemaliger Rat am

67. Saulnier de Pinelas, *Les gens du roi*, p. 55; Le Moy, a. a. O. p. 18; Floquet, a. a. O. t. 7, p. 335 f.

68. Le Moy, *Le Parl. de Bretagne*, p. 18.

69. Floquet, a. a. O. t. 7, p. 335 f., ebenso Le Moy, p. 18.

70. Im *Le Pot aux roses découvert ou le Parlement démasqué* (1789) heißt es nicht ganz mit Unrecht: „Des enfants anoblis Du college, en un saut, volant aux fleurs de lis“; vgl. Floquet, p. 331, Bastard d'Estang, a. a. O. I, p. 136, Ardacheff, a. a. O. p. 4.

71. Floquet, t. 7, p. 330 ff.

72. Le Moy, a. a. O. p. 20, note 1.

73. J. Flammermont, *Le chancelier Maupeou et la réforme des Parlements*, Paris 1883, p. 292.

74. Ardacheff, a. a. O. p. 13.

Pariser Parlament, erzählt, daß er, noch nicht achtzehnjährig, seine Charge übernommen, aber wie ein Kind geweint habe, als ihm der Großsiegelbewahrer erklärte, in Zukunft keine Kandidaten mehr unter 21 Jahren für dieses Amt zuzulassen.⁷⁵

Daß ein so großes Entgegenkommen der Regierung bedenkliche Folgen haben mußte, liegt klar zutage. Doch darf nicht vergessen werden, daß auch ein Turgot zu den Lettres de dispense seine Zuflucht nahm. Mit 26 Jahren kaufte er sich die Charge eines maître des requêtes, obgleich das vorschriftsmäßige Alter 31 Jahre betrug und überdies eine sechsjährige Amtstätigkeit als Rat vorausgesetzt wurde, von der er erst ein Jahr nachweisen konnte.⁷⁶ Und trotzdem machte er seiner Charge alle Ehre.

Allerdings erteilte die Regierung nicht immer bedingungslos die Genehmigung, zumindest nicht der Kanzler Aguesseau. Als z. B. ein Parlamentsrat in Bordeaux seine Charge einem reichen Bourgeois verkaufen wollte, äußerte er sich dazu: „Wie weit auch infolge der Käuflichkeit der Ämter und der Vermehrung der Stellen die Zulassungsbedingungen erleichtert worden sein mögen, so darf man denn doch nicht meinen, daß es zur Erlangung der Bestätigung (provision du roi) genüge, hinreichend Geld für den Erwerb einer Ratscharge zu haben, daß es auf die für eine würdige Amtsführung erforderliche Fähigkeit und Vorbildung überhaupt nicht mehr ankäme.“⁷⁷ Aber die Hauptschwierigkeit, Rat in einer hohen Körperschaft zu werden, lag nicht in der Erlangung der königlichen Bestätigung, sondern darin, daß der Kandidat der Körperschaft genehm sein mußte. Für Söhne und Verwandte der Magistrate standen die Tore der Gerichtspaläste offen, für die fremden Anwärter dagegen galt der Paragraph.

So wird nun aus diesen Tatsachen verständlich, weshalb es berechtigt ist, die Robe des alten Frankreich eine Kaste zu nennen, weshalb ihre Politisierung eine notwendige Folge der ihren Charakter bedingenden Faktoren, an erster Stelle der Ämterkäuflichkeit, war, und weshalb die Geisteshaltung der hohen Corps nicht

75. *Mémorial*, Paris 1896, t. 1, p. 139 f.

76. Schelle, *Oeuvres de Turgot*, I, p. 367. Die Charge erwarb Turgot 1753 für 100 000 l.

77. *Oeuvres*, éd. 1777, t. 10, p. 236 (28 déc. 1736).

mehr gerichtet sein konnte auf den Dienst an der Allgemeinheit, sondern gerichtet war auf Verfechtung von Sonderinteressen.

Bei aller Kritik, die an den Parlamenten geübt werden muß, darf man nicht übersehen, daß sie auch Männer hervorbrachten, die ihrem Beruf Ehre machten, die der Ruhm ihres Zeitalters waren und ihrem Volke Werke schenkten, die ihnen einen Ehrenplatz in der Literatur verschafften. Von ihnen seien nur genannt Pasquier, Hôpital, La Roche Flavin, Thou, Aguesseau, Ormesson, Lamoignon, Molé, Machault, Maupeou, Turgot, Montesquieu. Aber es besteht auch kein Zweifel darüber, daß das System des Ämterkaufs die Hauptschuld trug an dem ausgesprochenen Mangel Frankreichs an wirklich schöpferischen Männern der Politik im 17. und 18. Jahrhundert. Die Gestalten, die die politische Bühne beherrschten, gingen größtenteils aus dem Richterstande hervor. Mochten sie sich auf ihrem Fachgebiet bewährt haben und Anerkennung verdienen, so brachten sie doch zur Leitung der Staatsgeschäfte die Vorurteile ihres Standes mit, waren befangen, — Turgot und einige andere machten hier eine rühmliche Ausnahme —, pedantisch und deshalb unschöpferisch. Es fehlten die Persönlichkeiten, die ihren Aufstieg lediglich ihrem Charakter und ihrer geistigen Energie verdankten, denn die gefüllte Börse war die erste Voraussetzung.

Auch den Charakter der mittleren Körperschaften des Gerichtswesens bestimmte die Ämterkäuflichkeit von Grund auf, ja sie durchdrang das ganze Wesen der Rechtsprechung. Ausführungen über diese im allgemeinen zu machen, kann jedoch hier nicht unsere Aufgabe sein. Nur das sei erwähnt, was mit der Ämterkäuflichkeit im Zusammenhang steht. Da ist vor allem zu nennen die vielgescholtene Kostspieligkeit der Gerichtsverfahren. Sie hatte ihre Ursache im System der *épices*, das schreiende Mißstände zeitigte. Seine Entwicklung ist klar. Die vom Staat ausgesetzten Gagen wurden vom Paulettedienst nahezu aufgezehrt, konnten also niemals eine Lebensmöglichkeit bieten. Zudem hatte der Beamte häufig sein ganzes Vermögen im Amte angelegt, es vielleicht gar auf Schulden gekauft. Folglich mußte das Amt seinem Inhaber mindestens so viel abwerfen, daß er sein Kapital wieder hereinbrachte. Dem Justizbeamten halfen die Sporteln, *épices* genannt, dazu.

Der Ursprung der *épices* reicht in frühere Jahrhunderte zurück. Als die Richter noch im Lande herumzogen, war es Sitte, daß die Bewohner der Gegenden, in die sie kamen, für ihre Nahrung und Wohnung sorgten. Diese Gewohnheit begünstigte zweifellos Mißbräuche, wie eine Ordonnanz Ludwigs des Heiligen aus dem Jahre 1254 vermuten läßt, die den Richtern verbot, etwas anderes als Essen und Trinken anzunehmen und nur im Werte von zwei sous pro Woche. Anscheinend sollte diese Bestimmung jeder Bestechlichkeit vorbeugen.⁷⁸ Die von den Parteien den Richtern dargebotenen Eßwaren bestanden hauptsächlich in Süßigkeiten, Konfitüren, Waren, die man beim *épicier* kaufte; daher der Name *épices*.⁷⁹ Doch blieb die Gabe bis zu Beginn des 15. Jahrhunderts freiwillig. Hierauf bekam sie gesetzlichen Charakter. „Aus einer Gefälligkeit ward ein Zwang.“⁸⁰ Im Zusammenhang damit wurden die *épices* in eine Geldtaxe umgewandelt,⁸¹ und von dem alten Brauch blieb nur noch der Name. Sie gingen natürlich zu Lasten desjenigen, der den Prozeß verlor.⁸²

Leider standen die Richter das ganze Ancien régime hindurch in dem Rufe, so viel Gebühren wie möglich zu erheben. Ein zuverlässiger Autor berichtet, die Richter würden von einem sehr großen Durst nach *épices* geplagt, der sie derart erhitze, daß der Durst zunehme in dem Maße, wie sie die *épices* erhöhten.⁸³ Zu diesen kamen dann noch die Sollizationen und Vakationen.

Die Sollizationen bestanden darin, daß die streitenden Parteien die Richter vor Beginn des Prozesses aufsuchten und ihnen ihren Fall persönlich darlegten, d. h. sie — bestachen; ein beinahe zur regelrechten Institution gewordener Brauch, der den Moralisten und Satirikern so ungemein viel Stoff lieferte. Der Prozeß Beau-

78. s. Isambert, I, p. 267, Homais, a. a. O. p. 149 und Glasson, *La journée d'un conseiller au Parlement*, p. 24.

79. s. *Grande Encyclopédie*, art. „*épices*“.

80. Pasquier, *Recherches*, II, ch. 6.

81. Nach Pasquier im Mai 1402.

82. Lange Zeit herrschte der Brauch, daß die Parteien sie im voraus hinterlegen mußten gemäß der Regel: *Non deliberetur donec solvantur species*. Erst unter Ludwig XIV. wurde dagegen Front gemacht; s. *décl.* 26 févr. 1685.

83. La Roche Flavin, *Treize livres des Parlements*, II. ch. 22, „*Ils bruslent en leurs ames et consciences, ne se soucians de leur devoir et serment, ny de la justice mesme, pouvu que leurs insatiables appetits soient espezicez*“.

marchais', der Anlaß zu seinem bekannten „Zweiten Mémoire“ gab, ist deswegen berühmt geworden. Besonders bezeichnend ist, daß er vor dem Parlament Maupeou zur Verhandlung kam, aus dem angeblich die Käuflichkeit der Justiz verbannt war.

Unter den Vakationen verstand man die Gebühren für den Zeitaufwand, den die Behandlung einer Rechtssache benötigte. Auch hier wußten die Richter ihren Vorteil wahrzunehmen, indem sie nicht die tatsächlich mit einer Angelegenheit verbrachte Zeit anrechneten, sondern die von ihnen für die Behandlung als notwendig bezeichnete. Sie setzten die Stunden ihres Müheaufwands fast nach Belieben fest. Der unter Ludwig XVI. amtierende erste Präsident des Pariser Parlaments, d'Aligre, wegen seines großen Vermögens und noch größeren Geizes berühmt, wurde ironischerweise *roi des épiciers* genannt. Die von ihm verlangten Vakationen waren erstaunlich hoch, so hoch, daß nach einer witzigen Berechnung der Präsident 400 Jahre hätte im Amt sein müssen, wenn die von ihm berechneten Stunden hätten zutreffen sollen. Der Rechtssuchende mußte nicht nur seinen Anwalt, sondern auch seinen Richter bezahlen.⁸⁴ Und die Magistratur besaß das Geheimnis, das Huhn zu rupfen, ohne daß es allzu laut schrie.

Richelieu schon, der aus gewissen Gründen leicht über die Schäden der Justiz hinwegzugleiten und ihre Hauptursachen zu beschönigen suchte, mußte, wie wir sahen, gestehen, „die Unregelmäßigkeiten in der Justiz“ hätten einen solchen Grad erreicht, „daß sie nicht mehr überboten werden könnten“.⁸⁵ Wie sehr seine Schilderung, wie sehr die von Bodin, Hotman, Montaigne, Loyseau, Lebreton, La Bruyère und andern an der Käuflichkeit der Ämter und ihren Folgen geübte Kritik zutreffen, wie tief sich die Schäden bereits um die Mitte des 17. Jahrhunderts eingefressen hatten, zeigen auch die auf Betreiben Colberts von erfahrenen Mitgliedern des Staatsrats, unter denen vor allem Pussort zu nennen ist, ausgearbeiteten Denkschriften über die Lage der Rechtspflege.⁸⁶ Diesen

84. Esmein, *Cours élémentaires d'hist. du droit franç.*, éd. 1912, p. 461.

85. *Polit. Testament*, S. 102.

86. Gesammelt hauptsächlich in ms. fr., Coll. Clairambault 613, *Mémoires de MM. du Conseil d'Etat pour la réforme de la justice, présentés au Roi Louis XIV.* (1665).

wichtigen Zweig staatlichen Lebens gründlich zu reformieren, war der Plan des Finanzministers. Sein hartes Urteil über die Beamtschaft des Gerichtswesens kennen wir bereits. Es soll nun ergänzt werden durch einige Stellen aus den eindrucksvollsten der vorliegenden Denkschriften.

Die ganze Unordnung im Staate, meinte Pussort, rühre nur her von der schlechten Auslese der Beamten, „oder, besser gesagt, davon, daß überhaupt keine Auswahl mehr stattfindet“. Es sei etwas ganz Alltägliches, daß man zum erhabensten Beruf, zum Richteramt, „unterschiedslos alle Menschen zulasse“, erlaube, „daß Kinder, die erst die Schule verlassen hätten, über Leben und Vermögen der Untertanen entscheiden und in den bedeutendsten Angelegenheiten des Staates ihre Stimme abgäben“, Leute, „die nach dem Gesetz noch nicht fähig seien, sich ohne Ermächtigung ihres Vormundes in den geringsten, ihre eigenen Interessen betreffenden Fragen zu verteidigen“; daß „Unwissende, die ohne ihr Vermögen im Volk geblieben wären, jeder Fähigkeit bar, über Fragen entschieden, die den gelehrtesten Doktoren Kopfzerbrechen machten“, daß „verkommene, der Ausschweifung ergebene und die Gerechtigkeit in den Staub ziehende Menschen die größte und heiligste aller Pflichten“, die die Krone übertragen habe, ausüben.⁸⁷ Deshalb liege die Rechtsprechung so im Argen. Ungeheuer sei die Zahl der Prozesse, aber ihre Dauer nicht weniger erstaunlich. „Es fanden sich welche, die 30, 40 und 50 Jahre dauerten und nach Ruin der Väter und Kinder, nach vielen Spitzfindigkeiten und Verwicklungen der dritten Generation nur ein wenig Dunst und Kummer brachten“.⁸⁸ Pussort verglich die Richter Frankreichs mit dem Schäfer der Fabel, der den Streit zweier Knaben um eine Auster schlichtete,

87. Ebd. p. 407.

88. Ebd. p. 395; und a. a. Stelle heißt es: „La liberté que les officiers de la justice ont de disposer de leurs charges moyennant le payment du droit annuel leur a persuadé aisément que n'ayant rien à espérer de gratification de V.M. ils étoient en état de ne rien craindre et c'est peut-être là une des sources les plus naturelles des mouvements qui ont ébranlé votre Royaume dans les derniers temps“. Von der Selbstherrlichkeit der Beamten sprechend, sagt ein Staatsrat, sie seien „semblables à cette mouche de l'apologue, laquelle assise sur la roue d'un chariot que les chevaux emportoient sur la sable s'écrioit avec admiration d'elle même, combien s'élève de poussière“. (p. 406).

indem er selbst die Auster ausschürfte und den Knaben die leeren Schalen zurückgab. Diese harte Kritik galt auch den Parlamenten.

Auch die andern Räte fällten ähnlich vernichtende Urteile. Ihren Denkschriften zufolge hatten die Übelstände noch folgende Ursachen: die übergroße Zahl der Gerichtsbeamten, die alle an den Rechtssuchenden verdienen wollen, der fast unerschwingliche Preis der Ämter, die hohen *épices* und sonstigen Profite. Von der Überzahl der Gerichtsbeamten rührten her die Umständlichkeit und Langsamkeit der Verfahren, die Erhöhung der Kosten, die Unterschiedlichkeit der Urteile und die Vermehrung der Prozesse. Die hohen Preise der Ämter führten zur Korruption der Beamten und verursachten die Bestechlichkeit; denn es war „fast unmöglich, einen ehrenhaften Gerichtsbeamten zu finden, der, selbst wenn er nur vier Kinder hatte, sein Amt einem davon überlassen konnte, ohne die andern zu ruinieren“. Um viele *épices* einzunehmen, taten die Richter alles, die Verfahren recht umständlich zu machen und in eine Menge kleiner Prozeduren aufzulösen: „Gerichtliche Bescheide, vorläufige und unnütze Entscheidungen, Haussuchungen, Liquidierung der Kosten, Taxen für Dispense, Prüfung der Rechnungen und Beweise“ etc. führten zur „Aufhebung von Erlassen, zu Gesuchen, Nachprüfungen und größeren Streitigkeiten; man erfand immer neue Methoden, um unter dem Deckmantel des Rechts den Rechtssuchenden das Geld aus der Tasche zu ziehen“.⁸⁹ „Wenn Eure Majestät“, so heißt es in einer dieser Denkschriften, „einen festen Fonds bilden könnte, um die Gagen der Beamten zu erhöhen und dadurch alle *épices* und Profite aufzuheben, so wäre das die größte Ruhmestat, die je vollbracht wurde“. Sicher sei, heißt es, gewiß nicht ohne ironische Übertreibung, daß „nach dem Wegfall der Profite, die die Richter aus den Prozessen zögen“, es überhaupt keine Prozesse mehr gäbe.

Was hier ausgesetzt wurde, traf zu. Und nicht viel besser lauteten die Berichte, die in den folgenden Jahren aus den Pro-

89. Ebd. p. 402; ein anderer Staatsrat urteilt: „Le plus grand mal que le temps ait introduit dans le Palais et qui nourrit et entretient la chicane et les procès, c'est ce petit et sordide gain des espèces, qui croist tous les jours, c'est un poison qui se répand insensiblement dans les plus nobles parties et en étouffera la fin de ce qui reste de l'esprit de justice“; vgl. Esmein, *Hist. de la procédure criminel en France*. Paris 1882, p. 182.

vinzen einliefen. So stellten z. B. die Staatsräte d'Aguesseau und d'Ormesson nach einer Besichtigung der Provinzen Maine und Orléanais fest, daß die Bevölkerung sich viel mehr über die miserable Rechtsprechung als über die Steuern beklage; auf gewöhnlichem Wege könnten die Leute fast nicht zu ihrem Recht kommen. „Auf eine Klage über die Steuerkommiss fallen hundert Klagen über die Rechtsprechung.“ Dabei stand voran immer die Klage über die Habgier der Richter. La Bruyère hat deshalb treffend geurteilt, wenn er sagte: Pflicht der Richter sei es, Recht zu sprechen; ihr Beruf bestehe aber darin, die Rechtsprechung zu lähmen; sie kannten zwar ihre Pflicht, übten aber ihren Beruf aus.⁹⁰

Mit den Schäden, an denen der Staat, insbesondere das Justizwesen, zur Zeit Colberts krankte, war er das ganze Ancien régime hindurch behaftet. Wandel hätte nur geschafft werden können, wenn das Beamtentum auf eine andere Grundlage gestellt worden wäre. Das betonen auch die Verfasser der erwähnten Denkschriften, und vielfach gehen sie so weit, als Radikalmittel die Abschaffung der Ämterkäufllichkeit und der Paulette vorzuschlagen. Denn dadurch würden die Haupthindernisse für eine Gerichts- und Verwaltungsreform aus dem Wege geräumt; reine Verwaltungsgesetze zu erlassen, sei zwecklos. Pussort bringt seine Auffassung über die tatsächlichen Verhältnisse auf die gute Formel: „Frankreich hat die Ehre, die schönsten und weisesten Ordonnanzen Europas zu besitzen, aber es steht auch in dem Rufe, daß die Ordonnanzen in keinem Staate eine schlechtere Anwendung erfahren.“⁹¹

War es Colbert gelungen, hie und da Übelstände zu beseitigen und die Beamtschaft etwas zu sichten, so zerstörte nachher Ludwig XIV. alles wieder. Von Beamtenauslese war, wie wir gesehen, da keine Rede. Daß Anforderungen irgendwelcher Art überhaupt nicht gestellt wurden, zeigen die Errichtungsedikte für mittlere und kleinere Justizämter mit erschreckender Klarheit.⁹² Richelieu hatte von den Bewerbern wenigstens noch gesunden Menschenverstand

90. Marion, Dictionnaire, s. art. justice.

91. s. a. Esmein, Hist. de la proc. crim., p. 181.

92. s. z. B. édit août 1693, création de lieutenant criminel dans les élections, éd. févr. 1704, création de lieutenant criminel dans les greniers à sel; hierfür wären viele Beispiele anzuführen.

verlangt, Ludwig XIV. scheint selbst auf diese Forderung verzichtet zu haben. Nach der Errichtung eines Präsidialhofes in Puy schwankte der Generalkontrolleur nur noch, ob man die betreffenden Ämter im Einzelhandel oder vertraglich, d. h. mit Hilfe eines Traitant vertreiben wolle. Vorsichtshalber schrieb er aber an den Intendanten von Languedoc: „Auf alle Fälle wird es gut sein, wenn Sie sich nach Händlern umsehen, um die Ämter an den Mann zu bringen“.⁹³ Da wir jedoch die Ämter- und Erpresserpolitik Ludwigs XIV. eingehend behandelt haben, sei als ihre Folge hier nur noch einmal festgestellt: Auf den allgemeinen moralischen Verfall folgte der äußere bei vielen Körperschaften, ein Zustand, den das 18. Jahrhundert nicht mehr ganz zu überwinden vermochte.

Am deutlichsten zeigte sich der Verfall bei den Präsidialgerichten, die am Ende der Regierungszeit Ludwigs XIV. mit Schulden überlastet waren und unter starkem Mitgliederschwund litten. An eine Abtragung ihrer Schulden konnten sie nicht mehr denken, weil einerseits trotz der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Zuständigkeit sich seit 1551 nicht gewandelt hatte und erst 1774 eine geringfügige Änderung getroffen wurde, anderseits ihre Amtsbezirke durch Abtrennung neuer Bezirke sich andauernd verkleinert hatten. Die Einnahmen dieser Beamten waren deshalb ganz unzulänglich, ihre Gagen gering und die Privilegien, die sie genossen, bedeuteten keine ins Gewicht fallende Entschädigung. Sie zahlten weit mehr an die Regierung, als sie an Gagen bezogen. Der Oberrichter des Präsidialhofes in Riom erhielt z. B. nach Abzug des Dixième jährlich 270 l. Gagen. Das Annuel betrug für ihn 222 l. und der alle neun Jahre zu zahlende Prêt 2 222 l. Die Gagen (= 45 l.) eines Rats wurden vom Annuel verschlungen; obendrein bezahlte er für den Prêt 444 l.⁹⁴ Der Mitgliederschwund dauerte bei diesen Gerichten fort, und Mitte des Jahrhunderts befanden sie sich — neun oder zehn ausgenommen, darunter Riom, Beauvais, Senlis und Orléans — im Zustande ausgesprochenen Verfalls. So waren die Ämter zu einem großen Teil unbesetzt, manche seit vielen Jahren vakant und an die Parties casuelles gefallen, ob-

93. Vuitry, *Le désordre des finances sous Louis XIV.* p. 82/83.

94. E. Everat, *La sénéchaussée d'Auvergne au siècle présidial au 18^e siècle.* 1886, p. 56.

gleich ein Beamter oft mehrere Ämter auf sich vereinigte. Nicht selten kam es vor, daß der Präsident eines solchen Gerichts auch die niederste Charge seiner Körperschaft innehatte, denn für diese erhielt er oft mehr Gagen als für die erste.⁹⁵

Häufig gab es hier nur noch die zwei Präsidenten, die vier Richter (lieutenants), den Siegelbewahrer, einen Rat, die gens du roi, nämlich den Staatsanwalt und den königlichen Prokurator, und den Schreiber.⁹⁶ In Sarlat z. B. waren zwei Drittel der Ämter vakant. Von den zweiundzwanzig Hauptämtern, die die Körperschaft von La Flèche einst hatte, konnten gerade noch sechzehn besetzt gehalten werden.⁹⁷ Das ging noch an; denn der Präsidialhof von Tours, der ehemals dreißig Hauptbeamte zählte, zählte 1775 nur noch vier.⁹⁸ Und der Präsidialsitz Carcassone hatte so viele Beamte verloren, daß er zeitweilig geschlossen werden mußte, weil die vorschriftsmäßige Zahl der Richter nicht erreicht wurde.⁹⁹ Man wußte sich jedoch, wenn die Lage dringlich war, zu helfen: Wies das Richtertribunal die gesetzliche Mindestbesetzung nicht auf, so wurde es vervollständigt durch Advokaten. Der Anwalt einer Partei nahm nach Beendigung seines Plädoyer Sitz im Tribunal und fungierte als Richter in der von ihm vertretenen Sache.¹⁰⁰ An sich war das gar nicht so unnormal. Der fast unbeschränkte Cumul der Ämter brachte das mit sich. Wie oft sehen wir 3, 4, 5, 6 und noch mehr Ämter in einer Hand vereinigt! Zur Folge hatte der Cumul die non-résidence der Beamten, und diese wiederum zog die schlechte und langsame Erledigung der Geschäfte nach sich. Heute diese, morgen jene Tätigkeit ausübend, waren viele Beamten bald da, bald dort, schwer zu erreichen und nie zur Stelle, wenn man sie wirklich brauchte. Dagegen kämpften alle Ordonnanzen vergeblich an, und die Beseitigung der Mißstände war so lange unmöglich, als man das Übel nicht an der Wurzel packte. Darin bestand die Voraussetzung für die Wirksamkeit aller Gerichtsreformen.

95. s. E. Laurain, *Essai sur les présidiaux*. *Revue hist. du droit franç. et étrang.* 1895, p. 537.

96. s. Everat, a. a. O. p. 52.

97. Ebd.

98. Laurain, a. a. O. p. 561.

99. Ebd. p. 562.

100. Ebd.

Hand in Hand mit der rückgängigen Entwicklung bei den Präsidialhöfen ging, daß die Nachfrage nach ihren Ämtern gering wurde. In Tours, Mans und Angers trat in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Fall ein, daß die Staatsanwälte ihre Chargen nicht los werden konnten, obgleich sie die Verkaufsanzeigen auch in den umliegenden Provinzen veröffentlichten.¹⁰¹ Ähnlich verhielt es sich in Puy mit den Ämtern der Räte. Sie fielen an die Parties casuelles, trotzdem der erste beste sie für 1 000 l. erwerben konnte; fünfzig Jahre vorher hatten sie 12 und 14 000 l. gekostet. Viele Familien hielten ihre Ämter, weil sie sie nicht loswerden konnten oder sie nur mit großen Verlusten hätten abstoßen können; sie hofften, daß die Preise eines Tages wieder steigen würden. Diese Magistratur zweiten Grades schien dazu verurteilt zu sein, früher oder später einzugehen. „Wenn einige Tribunale sich noch halten und ihre Auflösung nicht unmittelbar bevorsteht“, sagte der Magistrat Le Trosne, „so leiden fast alle andern unter einem Schwund, der befürchten läßt, daß die Orakel der Justiz mangels Beamten bald verstummen werden. Die einmütige und fast allgemeine Beschwerde darüber kündigt diese traurige Wahrheit an und scheint der letzte Seufzer einer Rechtsprechung zu sein, die drauf und dran ist, für immer zu verstummen“.¹⁰²

Weit besser stand es um die sonst noch bestehenden Körperschaften: die Bailliages, Sénéchaussées, Elektionen usw. Sie wiesen eine beträchtlich höhere Beamtenzahl auf, und an sonstigen Gerichtsbeamten fehlte es auch nicht. Dies zeigt die Tatsache, daß es im Ressortgebiet des Bailliage Riom, der zugleich präsidialen Charakter hatte und der bei Ausbruch der Revolution 32 Magistrate, 61 Prokuratoren und sonst noch eine erhebliche Zahl Rechtspraktiker und Schreiber aufwies,¹⁰³ allein über 800 königliche und

101. s. a. Everat.

102. Le Trosne, Discours sur l'état actuel de la magistrature et sur les causes de sa décadence, prononcé à l'ouverture des audiences du bailliage d'Orléans. 1763.

103. 1 lieutenant général, 2 présidents, davon einer mit der Charge des lieutenant criminel bekleidet, 1 lieutenant particulier, 1 assesseur, 17 conseillers ordinaires, 1 conseiller d'honneur, 1 conseiller clerc, 2 conseillers honoraires, 1 procureur du roi, 2 avocats du roi titulaires und 2 honoraires, 1 greffier en chef und 4 commis greffiers; nach Everat, p. 19. Das war aber eine verhältnismäßig schwache Besetzung, wie aus der Tatsache hervorgeht, daß der kleine

seigneuriale Richter gab.¹⁰⁴ Gesagt muß allerdings werden, daß der Bailliage Riom mit seinen 951 Paroisses einer der größten Bezirke dieses Ranges war. An andern Orten lagen die Dinge ähnlich. Tocqueville berichtet von einem kleinen Provinzstädtchen, in dem 1750 hundertneun Personen in der Rechtsprechung tätig und hundertsechszwanzig Personen damit beschäftigt waren, deren Anordnungen auszuführen.¹⁰⁵ Und Babeau sagt, daß es in einer kleinen Gemeinde des Nivernais 1787 sechs Prokuratoren und sechs Notare gegeben habe. Um dies zu verstehen, muß man an die Tausende von grundherrlichen Gerichten denken, mit denen das Land übersät war, deren Amtsbezirke sich so durchdrangen, daß häufig mehrere Gerichte Ressortgebiete an einem Ort hatten; in ihnen gab es jeweils mindestens zwei oder drei Beamte.¹⁰⁶ Derselbe Le Trosne, der über den Mangel an Beamten in den Präsidialhöfen klagt, beklagt sich über die Überfüllung anderer, über die Unmenge der bestehenden Ämter, von denen „die Mehrzahl den Vorteil besitzt, keine Arbeit zu verlangen, keine Obliegenheit oder eine solche von geringer Bedeutung zu haben, nicht einmal die Anwesenheit des Beamten am zuständigen Ort zu fordern und kein Hindernis für die Ausübung eines andern Gewerbes zu sein“. „Wer wohlhabend geworden ist, verachtet Handel und Gewerbe und strebt nach nichts anderem als sich vom Volke abzusondern“.¹⁰⁷ Eine dem Kanzler d'Aguesseau nahestehende Persönlichkeit bedauerte in einer Denkschrift dasselbe und bemerkte über die Verhältnisse der ersten

Baillagesitz Saint-Lô 1788 für sich allein 38 Gerichtsämter aufwies, und zwar folgende: lieutenant général civil, 1 lieutenant criminel (Cumul mit dem lieutenant gén. civ.), 1 lieutenant gén. honoraire, 1 lieutenant part. civ., 1 lieutenant part. crim., 5 conseillers, 1 proc. du roi, 2 avoc. du roi, 2 cons. substitués, 5 notaires, 8 procureurs postul., 1 greffier, 5 huissiers und eine Anzahl Sergeanten. (Bridrey, Cahiers du baill. second. de Saint-Lô, S. 87/88 note No. 2.)

104. Im Jahre 1772 gab es da mindestens 819 Richter. Dies geht hervor aus den assises générales, ein Brauch, der an die ehemaligen Grands jours erinnerte. Sie tagten jedes Jahr. Aus der Election Gaunat wurden 77 berufen, aus der Election Evaux 11, der Election Riom 111, Clermont 161, Issoire 76, Brioude 127, Saint-Flour 182, Aurillac 174; s. Everat, p. 17 ff. und 39.

105. L'Ancien régime et la Révol., p. 137.

106. Zum Vorhergehenden s. m. Arbeit über die Feudalität in Frankreich vor und in der großen Revolution. 1934. S. 41 ff.

107. Discours sur l'état act. p. 47 und note 7.

Hälfte des 18. Jahrhunderts, es herrsche allgemein die Ansicht, daß in Frankreich die Richter, Advokaten, Sachwalter, Schreiber, Notare, Gerichtsdienner, Kontrolleure, Kommiss, Vollstrecker, Agenten der Fermes usw. mit ihren Frauen, Kindern und ihrem Gesinde sicher ein Drittel des französischen Volkes ausmachten. Das scheint uns doch sehr übertrieben. Weiter behauptet er: Für die Rechtsprechung in einer Sénéchaussée von 8 000 Feuerstellen oder 40 Paroisses würden sechs Richter, zwei Gerichtsdienner und zwei Schreiber genügen. Statt dessen aber gäbe es gegenwärtig im gleichen Gebiet 40 seigneuriale Richter, ebensoviele Prokuratoren und eine gleiche Anzahl Schreiber, 200 Sachwalter, 60 Notare, 150 Sergeanten, ebensoviele Hilfspollstrecker, und das nur für die ordentliche Gerichtsbarkeit, nicht inbegriffen die Beamten des Sénéchal und der außerordentlichen Gerichte.^{107a}

Die hohe Zahl der Gerichtsbeamten und Rechtspraktiker wurde dadurch ermöglicht, daß im alten Frankreich jedes Corps und jede Körperschaft eine eigene Gerichtsbarkeit besaß, so der Klerus sein Offizial, der Adel sein Tribunal du point d'honneur, der Seigneur seine Prévôts, Baillis, Prokuratoren, Richter usw. Auch in den Elektionen saßen Richter, Anwälte und Räte, ebenso in den greniers à sel und den maîtrises der Forst- und Wasserangelegenheiten. Die Maréchaussée hatte ihre eigene Instanz, ein königlicher Prévôt mit seinem Stab war vorhanden, und auch die Zünfte verfügten über juges-consuls, Schöffen und dgl. Sie alle gliederten sich an die mittleren Instanzen, die Bailliages, Sénéchaussées und Präsidialhöfe, an, die ihrerseits das Übergangsglied bildeten zu den Parlamenten, Chambres des comptes, Cours des aides, dem Table de marbre usw. Aber die Grade oder Instanzen, die eine Sache durchlaufen mußte, bis sie vor das Parlament kam, konnten zahlreich sein, vier, fünf, sechs und noch mehr, und wurde sie endlich hier entschieden, so war der Rahm längst von denen abgeschöpft, die sich zuerst mit ihr befaßt hatten. Denn an Windungen reich und lang war der Weg des Rechts. Der „majestätische Strom“ der Gerechtigkeit teilte sich in viele Arme, die aus ihm abzweigten und

107^a. F. Monnier, *Le Chancelier d'Auguesseau*. Paris 1860, p. 479 f. app. VII: *Observations pour faire la justice gratuitement*. Auch hier heißt es: „Tous les gens aisés, à l'envi l'un de l'autre tâchent d'avoir charges au Palais, afin de fouler le reste du peuple“.

nichts anderes bedeuteten, als ein großes Hindernis für seinen regulären Lauf.¹⁰⁸ Zudem griffen die schlecht abgegrenzten Rechte und Befugnisse der vielen Instanzen ineinander und schufen einen Wirrwar. Sagte doch der Generalprokurator Joly de Fleury 1763 in einer Denkschrift über die Notwendigkeit, überflüssige Gerichte aufzuheben: „Kann nicht täglich festgestellt werden, daß die Rechtssuchenden manchmal genötigt sind, bei großem Kostenaufwand zwei oder drei Jahre lang zu prozessieren, um zu wissen, vor welchem Richter sie das Unglück haben, ihren Prozeß zu führen!“

Außerdem bestand zwischen diesen Körperschaften eine Rivalität, die man geradezu als Konkurrenzneid bezeichnen kann. Unter sich prozessierten sie vielleicht nicht weniger, als sie zur Schlichtung von Streitigkeiten angerufen wurden. Daran war wesentlich die mangelhafte Abgrenzung ihrer Zuständigkeitsbereiche schuld. Aber immerhin ist das Bestreben, nur sich zu leben, sich mit den eigenen Angelegenheiten abzugeben, das Interesse der Körperschaft selbst auf Kosten des Allgemeininteresses zum ausschlaggebenden Faktor zu machen, vielleicht der hervorstechendste Charakterzug des Wesens dieser Gebilde.¹⁰⁹ Nur sich zu leben, war das aber nicht der hervorstechendste Charakterzug aller Körperschaften und Stände des Staates?

Von der französischen Nation sagte Turgot: sie sei eine Gesellschaft, die sich aus verschiedenen schlecht geeinigten Ständen zusammensetze, deren Glieder unter sich nur wenig Verbindung hätten und in der folglich jedermann nur mit sich beschäftigt sei. Nirgends bestehe ein auf das Ganze bezogenes Interesse. „Die Städte und Dörfer haben unter sich keine engeren Beziehungen als die Arrondissements, denen sie zugeteilt sind. Sie können sich nicht einmal über die Ausführung der notwendigen öffentlichen Arbeiten einigen“.¹¹⁰ Turgot nannte diesen Zustand einen ewigen Krieg von Anmaßungen und Unternehmungen. Und Tocqueville schreibt: das Volk gleiche jenen Gebilden, in denen die moderne Chemie neue Bestandteile in dem Maße entdeckte, wie sie unter die

108. *Mémoire du présidial d'Orléans*, nach Everat, p. 55.

109. s. Everat, p. 50 ff., Tocqueville, a. a. O. ch. 9 und 10, auch Marion, *Dict. art. justice*.

110. s. Tocqueville, p. 158.

Lupe genommen werden. Die vielen verschiedenen, an sich schon unbedeutenden Corps „arbeiten unaufhörlich daran, sich noch bedeutungsloser zu machen Alle sind voneinander getrennt durch einige kleine Privilegien, von denen die unehrenhaftesten immer noch ein Zeichen von Ehre sind. Ständig toben Kämpfe zwischen ihnen über den Vorrang. Der Intendant und die Tribunale sind betäubt von ihrem Zankgeschrei“.¹¹¹

So glichen also die Körperschaften und Gruppen, aus denen sich der absolutistische Staat zusammensetzte, nicht Komponenten, die eine kraftvolle Resultante ergeben, sie hoben sich in ihrer Kräftewirkung vielmehr auf. Und da es kein auf den Staat gerichtetes Gemeinschaftsinteresse gab, konnte es auch keinen *esprit public*, keine Staatsgesinnung geben. Daran ging der Staat schließlich zugrunde. Seine innere Struktur war nicht das Ergebnis weiser staatsmännischer Überlegung, sondern fiskalischer Berechnung. Die Regierungen dieses Landes schufen, indem sie sich der Ämterkäuflichkeit als eines Mittels der Geldbeschaffung bedienten, im Laufe der Zeit eine so schwerfällige, hinderliche und unwirksame Verwaltungsmaschinerie, daß sie diese in gewisser Hinsicht leerlaufen lassen mußten; und es ergab sich die Notwendigkeit, Organe zu schaffen, die zuverlässiger und handlicher waren, und die in Wirklichkeit das leisteten, was all die Beamten hätten leisten sollen.¹¹² So wurde die Beamtenschaft aus einem Träger des Staates zu seinem Nutznießer, und sie geriet in Opposition zur Regierung, sooft deren Maßnahmen nicht ihrem Vorteil dienten. Es war nicht nur jede vernünftige Verwaltung unmöglich, es verlor auch jede Einrichtung ihre eigentliche Zweckbestimmung. Der gleiche Krebschaden war es, der das ganze System zerfraß; denken wir neben den Schäden der Rechtsprechung an die der Finanz- und Steuerverwaltung.

Vom Staat unter fiskalischem Gesichtspunkt behandelt, stellte die Beamtenschaft sich ihrerseits in entsprechender Weise zu den Schichten des Volkes ein, denen sie zu dienen bestimmt war. Daher die Verachtung, mit der das Volk behandelt wurde, und das Streben, sich von ihm abzusondern, indem man sich irgendwie „privilegiert“

111. Ebd., (Liv. II, ch. X und XI) für diese Stelle p. 141.

112. Ebd. p. 156.

machte. Dieses Streben erfüllte alle Schichten. Jeder Bauer flüchtete, wenn er es zu einem kleinen Vermögen gebracht hatte, in die Stadt. „Sein Leben beherrschte sozusagen nur ein Zweck: danach zu trachten, in seiner Adoptivstadt ein öffentlicher Beamter zu werden“,¹¹³ oder wenigstens seinen Kindern zu ermöglichen, den verachteten Beruf auf der Scholle nicht mehr weitertreiben zu müssen.

Mehrere Jahrhunderte lang nährte und pflegte das Königtum bewußt die Eitelkeit der Franzosen, ihren Ehrgeiz, je nach dem Geldsack etwas im Staate sein zu können, und wußte sich so die Millionen zu verschaffen, die es auf andere Weise nie oder nur unter andauernden Kämpfen mit den Ständen erhalten hätte. „Bis in das Innerste der Nation ließ man die allgemeine Leidenschaft nach Ämtern dringen, die die gemeinsame Quelle der Revolutionen und der Knechtschaft wurde“.¹¹⁴ Ein wahres Wort. Und sehr wahr ist auch, was ein Führer der Bewegung von 1789, Rabaut Saint-Etienne, sagte: alle Begüterten lebten von der Ämterkäuflichkeit, „denn alles im Staate war verkauft“, „selbst die Ehre“, klagte er, wie zweihundert Jahre vor ihm Loyseau. „Dieser Teil der Fiskalität hatte seine Geheimnisse, die nur die Eingeweihten kannten; das Volk aber bezahlte immer. Im Laufe der Zeit und durch die Häufung dieser Mißbräuche bildete sich in der Nation eine besondere und privilegierte Nation: es waren die, denen die Mißstände das Dasein ermöglichten“.¹¹⁵ Und alle die Lasten, besonders die Steuerlasten, von denen sie befreit waren, sie fielen auf das Volk. Je größer aber die Zahl der Steuerfreien wurde, desto drückender wurden die Lasten für die andern.

Da war es kein Wunder, daß der Kampf gegen die Privilegierten entbrannte, als die Dinge zur großen Entscheidung trieben: im Jahre 1788. Auf diesen Kampf wirft die Geschichte der Ämterkäuflichkeit neues Licht. Sie zeigt so recht klar, was unter „privilegiert“ zu verstehen ist: Privilegiert war nicht nur der alte blut-

113. Ebd. p. 136.

114. Ebd. p. 155.

115. Précis de l'histoire de la Révolution, Oeuvres I, p. 261; über diesen Politiker s. m. Darstellung „Rabaut Saint-Etienne. Ein Kämpfer an der Wende zweier Epochen“. 1935 (Hist. Stud. Bd. 279, No. 7 der Schriftenreihe: Forschungen zur Geschichte des Ancien régime u. der großen Revolution, hrsg. von Prof. Dr. O. Becker).

echte Adel, als privilegiert galten alle die, die sich Sonderrechte erworben hatten, sei es durch Kauf eines Amtes oder eines Freibriefes. In diesem Stande aber nahmen die, welche — um ein Wort Sieys zu gebrauchen — aus den „germanischen Wäldern“ stammten, d. h. der alte Adel, zahlenmäßig einen kleinen Platz ein. Gab es doch, einer Berechnung Neckers zufolge, allein mehr als 4 000 Chargen im Staat, die den Erbadel verliehen, Chargen der Verwaltung, deren Inhaber fast ausschließlich dem Bürgertum entsprossen. Außerdem stand noch der käufliche Erwerb von Adelsbriefen frei. Welch eine „Aufrischung“ durch neues Blut! Dabei genoß „der neugebackenste Adlige die gleichen Privilegien wie der Angehörige der ältesten Adelsfamilie“.¹¹⁶

Es liegt nun auf der Hand, daß in diesem Stande wenig Geschlossenheit herrschen konnte; ja, er war sogar reich an Spannungen, und der Gegensatz zwischen seinen verschiedenen Gliedern oder Schichten war nicht viel geringer als der zwischen den Privilegierten und Nichtprivilegierten herrschende Gegensatz. Unter jenen Zerrissenheit, unter diesen Geschlossenheit. Daher das ungleiche Kräfteverhältnis im politischen Kampf und der rasche Sieg der Revolution.

Wenngleich die Ämterkäuflichkeit von weittragender Bedeutung für das Schicksal des alten französischen Staates war, so mußte man es doch als falsch bezeichnen, wollte man alle Schäden, an denen er krankte, auf sie zurückführen und alles nur in ihrem Lichte sehen. Es gab noch viele andere Probleme politischer, finanzieller und sonstiger Natur, es gab auch das Problem der Feudalität. Übertrieben ist es aber keinesfalls, die Ämterkäuflich-

116. Necker, *De l'administration des finances de la France* (1784) Bd. III, ch. XIV. Necker zählt folgende Chargen auf: „80 charges de maître des requêtes. 1000 charges, environ, dans les Parlements, en retranchant celles qui sont possédées par les conseillers clercs. 900 charges, environs, dans les Chambres des comptes, et Cours des aides. 70 dans le grand Conseil. 30 dans la Cour des monnaies. 20 au Conseil provincial d'Artois. 80 au Châtelet de Paris. 740 dans les bureaux des finances. 50 charges de grands baillifs, sénéchaux, gouverneurs et lieutenants généraux d'épée. 900 charges de secrétaires du roi. Enfin, on peut fixer à 200, environs, les offices en commission au parlement de Nanci, et au Conseil souveraine d'Alsace, plusieurs charges tenant en second ordre au Conseil et à la Chancellerie, celles aux tribunaux de la table de marbre, et quelques autres encore“.

keit zu betrachten als charakteristischste und hinsichtlich ihrer Auswirkung bedeutsamste Einrichtung des französischen Absolutismus.

Das 18. Jahrhundert hat die Ursachen der französischen Revolution in ihrer Gesamtheit nicht gezeitigt, sondern nur zur Reife gebracht. Eine ungeheure politische Aufgabe stellte sich dem französischen Absolutismus nach Ludwig XIV. Sie zu lösen besaß er nicht die Kraft. Weder fähig, sich zu behaupten, noch sich zu wandeln, verstand er nicht, die berechtigte Kritik, die sich erhob, positiv zu verwerten; er versuchte sie gewaltsam zu unterdrücken. Auch das gelang ihm nicht, und dadurch vergeudete er seine Kraft und Autorität. An seine Mission glaubte fast niemand mehr; angesichts der herrschenden Zustände wirkte sich das Göttliche Recht, aus dem er sich herleitete, höchst negativ aus. Deshalb konnte in Frankreich keine neue Strömung zum wirklichen Verbündeten des Absolutismus werden, insonderheit nicht die Aufklärung. Naturnotwendig mußte sie sich in Gegensatz zu ihm stellen. Wie konnte man im Zeitalter der Vernunft zu so viel Unvernünftigem schweigen? Forderte das Bestehende nicht dazu auf, nach den Prinzipien des Staates zu forschen, sein wahres Wesen zu erschließen und der Wirklichkeit Ideale entgegenzustellen? Freilich gab die Regierung die Schäden gelegentlich zu, ebenso die Notwendigkeit, Abhilfe zu schaffen. An Ansätzen dazu ließ sie es tatsächlich nicht fehlen; aber die Jahrhunderte alten Sitten und Einrichtungen erwiesen sich mächtiger als das Zepter zweier schwacher Könige. Was sie unternahmen, waren nur Reformversuche, die nicht viel fruchteten oder nach einiger Zeit offen wieder preisgegeben wurden. Vor allem gelang es nicht, Reformen durchzuführen, die getragen waren von einem auf den Staat bezogenen ethischen Gedanken. Allen Verwaltungsmaßnahmen lag ein fiskalisches Prinzip zugrunde, das den Gemeingeist erstickte, nie ein sittliches, das ihn zu heben imstande gewesen wäre. Dieser Klage begegnen wir oft in den Cahiers, die die vielen Forderungen des Volkes enthalten, das 1789 seine Abgeordneten nach Versailles entsandte, um die große Reform des Staates in die Wege zu leiten. Unter den Forderungen findet sich auch die: Abschaffung der Ämterkäufllichkeit. Hart wird diese Einrichtung verurteilt, insbesondere in den Beschwerdeheften der Landgemeinden, die vielfach ein „Verbot des schändlichen Verkaufs mittels Meist-

bietung“ verlangen, verlangen, daß mit jeglicher „Venalität“, der Hauptursache der Schäden in der Rechtsprechung, aufgeräumt werde. Milder ist freilich der Ton im allgemeinen in den Cahiers der Städte, wo der Einfluß des Teils der Bourgeoisie vorherrschte, der aus diesem System Nutzen zog. Als dann die Revolution siegte, da sank die Käuflichkeit der Ämter mit vielen andern angegriffenen Einrichtungen in der Opfernacht vom 4. August 1789 ins Grab, — in das Grab des Ancien régime.

Exkurs I.

Ämtererrichtungen des Jahres 1635.*

Zunächst wurde eine weitere Generalität geschaffen. Sitz ihres Bureau des finances war Montauban; es setzte sich zusammen aus: zwei présidents trésoriers de France et généraux des Finances, sechzehn trésoriers de France, einem trésorier de France garde sel, einem avocat du roi, einem procureur du roi, drei receveurs généraux des Finances, drei contrôleurs des Finances, drei receveurs du taillon et payeurs des gages, einem receveur des épices, drei trésoriers et payeurs des rentes anciennement créées sur les tailles, drei contrôleurs desd. rentes, drei trésoriers und drei contrôleurs des Ponts et Chaussées, drei greffiers, drei maîtres clerks du bureau, einem greffier et maître clerk, einem greffier des présentations du Domaine, zehn procureurs postulants, einem premier huissier garde meubles und vier gewöhnlichen huissiers.

Hierauf kam die Errichtung einer Election mit dem Hauptsitz in Cognac; ihre Beamtenkörperschaft umfaßte 44 Mitglieder (édits mars). Jeder Präsidialhof, Bailliage und jede Sénéchaussée erhielt einen conseiller honoraire. Dieses Amt kam mit der schönen Begründung auf den Markt: „Wenngleich sie (die Erwerber) ohne Kenntnis der Gesetze sind, so können sie sich doch dank ihres gesunden Menschenverstandes und ihrer persönlichen Erfahrung mit ebensoviel Nützlichkeit wie die officiers graduez in der Rechtsprechung ins Mittel legen. Es ist von Wichtigkeit, allen Menschen Anregung zu geben, sich zu befleißigen und tüchtig zu werden für die Betätigung im Interesse des öffentlichen Wohles.“ (édit avril).

Eine im vorhergehenden Jahre erfolgte Konversion von auf die Taille und andere Steuern basierten Attributionen und Rechten in Renten gab jetzt Anlaß zur Einsetzung von drei conseillers rece-

* In den folgenden Exkursen bedienen wir uns absichtlich weitgehend der französischen Nomenklatur. Ihr Verständnis dürfte nach dem Vorausgegangenen kaum Schwierigkeiten machen. Quelle ist: Serie AD+ 233 ff. (Arch. nat.).

veurs généraux et particulier in jeder Generalität, von drei receveurs collecteurs und drei contrôleurs in jeder Elektion und drei receveurs collecteurs in jedem grenier à sel. (édit avril).

Die Bureaux des finances erfuhren ebenfalls eine Erweiterung. In ihnen hatten vier trésoriers de France noch den Titel eines Präsidenten; zwei Chargen fanden sich also vereinigt. Nun kam eine Trennung: die trésoriers blieben, und ihre Präsidentencharge, der die Regierung den Grad eines intendant général verlieh, konnte von andern Bewerbern gekauft werden. (édit mai). Weiter wurde das Personal dieser Büros um einen avocat du roi und einen procureur du roi vermehrt. — Die Zahl der Elektionen stieg weiter. In Sainte-Menehould, La Charité, Saint-Sevre, Libourne, Riom und Montmorillon erstanden neue Sitze mit ähnlich großem Personal wie in den andern Bezirken dieser Art. (édit mai). Ihre Ressortbildung erfolgte nach der bekannten Weise: durch Abtrennung von Gebieten der umliegenden Elektionen, der élections principales. Wie Richelieu die Elektionen bewertete, wurde gezeigt. Welche Beweggründe die Regierung bei ihrer ihnen gegenüber geübten Politik leiteten, geht auch aus folgendem deutlich hervor. Errichtungen, Aufhebungen und Wiederbestätigungen von Elektionen lösten sich andauernd ab. Eine erneute Bestätigung erlangten die Beamten dieser Bezirke durch ein Edikt vom Dezember 1634. Nun aber kam eine neue Aufhebung (édit mai), weil es eine „große Wohltat wäre, diese überflüssigen Glieder der Rechtsprechung abzuschneiden, die nichts anderes bewirken als die Verschlechterung der Finanzlage, die Überlastung des Volkes und den Ruin der Beamten in den élections principales“. Auf diese gingen jetzt die Funktionen und Rechte der abgesetzten Beamten über, aber nicht ohne daß sie an die Parties casuelles die Summen bezahlten, „die aus diesem Anlaß modérément im Conseil für sie festgesetzt wurden“. Die bekannte Liquidationsmethode, deren Zweck es war, auch aus jeder Ämteraufhebung ein Geschäft zu machen!

Die Wiederherstellung des alten Zustandes ließ aber nie lange auf sich warten, wie gerade die Vorgeschichte des Edikts vom Dezember 1634 zeigt. Neun Jahre vorher (édit déc. 1625) waren die élections particulières aufgehoben und im Zusammenhang damit die Körperschaften der élections principales verstärkt worden. In der Präambel des Edikts vom Dezember 1634 heißt es nun, daß einer-

seits aus Geldmangel die Liquidation nicht möglich gewesen sei, anderseits Vorstellungen laut geworden wären, die auf die Notwendigkeit hinwiesen, im Interesse der Ruhe und des Volkswohles jene Körperschaften wiederherzustellen und ihnen ihre Privilegien zurückzugeben. Aber nicht nur das geschah, sie wurden auch vergrößert, ihre Rechte und Privilegien vermehrt und für jedermann erwerbbar gemacht. „Alle Ämter, wie solche für présidents, lieutenants, élus, procureurs, receveurs, greffiers etc. können im allgemeinen von Leuten jeder Qualität und Herkunft erworben werden, auch von Beamten der élections principales und sonstigen Gerichtssitzen; Inkompatibilität besteht für sie nicht“.¹ Sie durften sogar während drei Jahren wie eine Obligation gehandelt werden. Der Name des Erwerbers stand nicht in der vom Schatzmeister der Parties casuelles ausgestellten Quittung; ihr Besitzer hatte jederzeit vollen Anspruch auf den Genuß der Gagen und alle aus dem Amt fließenden Gewinne. Erst nach Ablauf der festgesetzten Zeit mußten ordnungsgemäße Lettres de provision genommen werden.² Inzwischen aber war, wie wir sehen, diese Operation durch eine andere abgelöst, um ihrerseits eine Wiederholung des Falles vorzubereiten.

Fahren wir nun fort in der Betrachtung der Ämtererrichtungen des Jahres 1635. Mit einer Sonderauflage wurde auch die Normandie bedacht: In jedem Präsidialhof wurden eingesetzt ein weiterer lieutenant général civil, ein lieutenant général criminel, ein lieutenant particulier, zwei conseillers clerics, zwei conseiller laics, ein procureur und in allen Bailliages und sonstigen Gerichtssitzen je zwei lieutenants und ein procureur. (édit sept.)

Auch neue Präsidialhöfe erstanden, einer in Rhodéz (édit juillet), der andere mit Brioude als Hauptsitz (édit déc.); dessen Amtsbezirk wurde einfach von den Bezirken Riom und Aurillac abgetrennt. Seine Körperschaft umfaßte 76 Mitglieder, darunter 20 procureurs postulants. Die andern Präsidialhöfe, Bailliages und sonstigen größeren Gerichtssitze erhielten ähnlichen Zuwachs wie

1. Dont nous les avons dispensez et dispensons et sans qu'ils soient tenus d'estre graduez ny subjects de resider aux lieux de l'establissement desdites eslections particuliers, et jouiront aux lieux de leurs demeures.

2. s. Du Lys, Recueil des ordonnances, édits etc. conc. l'origine des esleus particuliers, p. 188 ff.

die Normandie; je einen lieutenant général, einen lieutenant criminel, einen lieutenant particulier, vier Räte und einen Sachwalter; alle andern königlichen Gerichtsbarkeiten einen zweiten Präsidenten. Das Châtelet in Paris erfuhr bei dieser Gelegenheit eine Sonderehrung, und zwar in Form von Ämtern für 27 notaires, 21 commissaires, 1 procureur, 1 lieutenant général, 1 lieutenant criminel und 1 lieutenant particulier. (édit déc.)

Auch in der Finanzverwaltung wurden neue Ämter geschaffen. So drei receveurs généraux, drei contrôleurs généraux und drei commis für die Verwaltung der zum denier 14 ausgegebenen Renten (édit déc.), ferner 48 receveurs généraux payeurs de rentes et consignations, dazu 48 contrôleurs und ebenso viele commis (édit déc.), weitere 30 Ämter für tiers référendaires im Ressortgebiet des Pariser Parlaments, 8 contrôleurs für diese und 1 premier huissier audiencier in allen Gerichtssitzen (édit déc.). Die Forst- und Wasserverwaltung bekam ebenfalls neue Beamte: einen dritten Grand maître des Eaux et Forêts in jedem Departement der Grandes maîtrises, drei contrôleurs, einen maître particulier und drei contrôleurs in allen maîtrises particulières (édit. déc.). Einige unbedeutende Errichtungen einzelner kleinerer Ämter mögen übergangen werden. Dagegen verdienen Erwähnung die Ämtererrichtungen in den hohen Gerichts- und Verwaltungshöfen. Sie mußten sehr dazu beisteuern, den Geldmangel in den königlichen Kassen zu lindern. Ihnen gegenüber bemäntelten die Edikte weit weniger den eigentlichen Zweck, ja sie nannten ihn, wie wir gesehen, ausdrücklich. Die Errichtung einer dritten Kammer mit zwei Präsidenten und 12 Räten an der Cour des aides in Paris fand bereits Erwähnung (s. Darstellung). Unter dem Vorwand der nécessités pressantes sahen noch folgende Gerichts- und Verwaltungshöfe ihr Personal wachsen. Die Cour des aides in Rouen bekam drei, die von Montpellier und Aix, Clermont Ferrand und Libourne je zwei Räte (édit mai). Am Parlament in Paris erhielten die requêtes de l'Hôtel zwei neue maîtres, die enquêtes drei Räte (édit août.), die Grande Chambre einen Präsidenten, 10 Kleriker, 10 Laienräte, 4 weitere Räte für die requêtes, zwei Substituts für den Generalprokurator und vier huissiers (édit déc.). Die Chambre des Comptes in Paris bekam acht maîtres, sieben correcteurs, zehn auditeurs, zwei contrôleurs généraux des restes, einen contrôleur

des greffes, dazu noch elf kleinere Beamte;³ der Grand Conseil zwei Präsidenten und zehn Räte, vier huissiers und drei kleinere Beamte. Die Körperschaft der secrétaires du roi erhielt einen Zuwachs von 90 Mitgliedern.⁴

Auch augmentations de gages bekamen die Beamten verordnet. Auf ein Dekret über 42 000 l. folgten weitere 600 000 l. (déclarat. oct. und édit déc.). Die receveurs des tailles und des taillon erhielten eine Sonderaugmentation von 75 000 l., die verschiedenen Klassen der Schreiber eine solche von 21 000 l. (déclar. déc.), die receveurs und contrôleurs généraux des finances und die Beamten der Maréchaussée eine andere von 80 000 l. Zum denier 15 berechnet machten diese Posten über 12 Millionen aus. Da es an Veräußerungen von Attributionen an die Beamten ebenfalls nicht fehlte, so wird verständlich, daß in diesem Jahre (1635) über 33 Millionen an die Parties casuelles eingingen.

Exkurs II.

Zusammensetzung einer mittleren Gerichtskörperschaft um 1640, gezeigt am Sitz Langres.

Vor der Erhebung zum Bailliagesitz zeigte der Gerichtssitz Langres folgende Besetzung: 1 président, 1 lieutenant général, 1 lieutenant criminel, 1 lieutenant particulier, 1 assesseur, 6 conseillers, 1 avocat du roi, 1 procureur du roi, 1 substitut, 1 commissaire examinateur, 1 enquêteur, 1 greffier en chef, 1 greffier des présentations, 1 contrôleur des actes, 1 clerc d'audience, 1 commis garde-sacs, 1 greffier des affirmations, 1 garde du petit scel, 1 commissaire aux saisies réelles, 1 receveur et contrôleur des consignations, 32 procureurs postulants, 2 référendaires tiers, 1 contrôleur des dépenses, 1 premier huissier, 4 huissiers audienciers und eine Anzahl Sergeanten. Nun wurde in dieser Stadt ein Bailliage-Sitz mit präsidialem Charakter errichtet (édit janvier 1640) und den

3. 1. édit déc., zwei maîtres, zwei correcteurs und zwei auditeurs wurden durch Edikt vom April 1636 wieder aufgehoben.

4. édit sept., 84 secrétaires du roi, drei contrôleurs et payeurs des gages und drei trésoriers.

genannten Ämtern noch die weiteren hinzugefügt: 1 bailli, 1 président, 1 lieutenant criminel de robe courte, 1 conseiller garde scel, 1 conseiller clerc, 6 conseillers laics, 1 conseiller honoraire, 1 second avocat du roi, 1 substitut du procureur du roi, 2 certificateurs des criées, 1 enquêteur, 2 adjoints, 1 commissaire examinateur, 1 notaire et secrétaire, 1 conseiller audiencier, 1 conseiller chauffecire héréditaire, 1 clerc de l'audience, 1 huissier audiencier, 3 receveurs payeurs héréditaires des gages, 3 contrôleurs desd. receveurs, 1 receveur des épices, amendes et Domaine, 1 greffier héréditaire, 1 greffier héréditaire de la Chambre du Conseil, 1 second clerc d'audience héréditaire, 1 commis garde sacs, 1 greffier héréditaire des insinuations et affirmations, 10 procureurs postulant héréditaires, 2 huissiers audienriers, 6 huissiers et 6 sergents ordinaires héréditaires, 1 greffier et 4 archers du lieutenant de robe courte und 1 concierge garde prisons.

Exkurs III.

Die Ämtererrichtungen des Jahres 1704.¹

Betrachten wir zunächst die Ergebnisse der Vertragsabschlüsse. Der erste Vergebungstermin fiel auf den 15. Januar 1704. An diesem Tag nahm Ludwig XIV. das Angebot eines Traitant an, der für die Ämter der in allen Gerichten des Königreichs eingeführten visiteurs contrôleurs der Gewichte und Maße 4 Millionen bot. Als remise en dedans erhielt er ein Sechstel der Vertragssumme zugesprochen, als remise en dehors 2 sous pro livre, die die Erwerber des Amts zu tragen hatten. Für die Ämter der in allen Städten und Bourgs eingesetzten echevins, capitouls und consuls und der in den Rathäusern geschaffenen Stellen für concierges gardes meubles bot ein anderer Traitant 2 050 000 l. Die in den Rathäusern der Städte

1. Quellen sind: AD+ 627—638 (Arch. nat.) für die Edikte; Isambert enthält nur einen geringen Teil davon! Für die Vertragsabschlüsse: G⁷ 1495 und 1496, Traités, résultats (Arch. nat.). Wir verbinden in der Darstellung jeweils Edikt und Vertrag.

2. Dieser Vertrag bildete einen Zusatz zu einem 1702 über die Gemeindeämter abgeschlossenen in Höhe von 6,65 Millionen.

eingerrichteten Stellen für *contrôleurs des greffes* vergab der König für 600 000 l., die Ämter der *greffiers de l'ustensile* und andern öffentlichen Lasten, ebenfalls für die Rathäuser bestimmt, für 900 000 l.; ein Zusatzvertrag über Wein-jaugeurs-Stellen in der Bourgogne ergab 150 000 l. 52 solche Stellen mußten die in Paris bereits bestehenden Eichmeister für 690 000 l. ablösen, nebst den zwei *sous pro livre*,³ da der *Traitant* diese Ämter angekauft hatte. Die Einsetzung eines weiteren ersten Präsidenten in den *Bureaux des finances*, mit Ausnahme des Büros von Paris, das einen *trésorier* erhielt, erbrachte 1 Million. Für Stellen von 40 *commissaires contrôleurs jurés moduleurs* (Holzbinder und -spalter), von 40 Hilfsbeamten für die *mouleurs*, 43 *jurés chargeurs* (Lader) von Holz und 18 *contrôleurs de la quantité* (der Holzbündel) in Paris bot ein „Bourgeois“ 1,8 Millionen, was den König zu einem Edikt veranlaßte, das diese Beanten einsetzte, damit die Holzversorgung der Stadt, „deren Bewohnerzahl ständig beträchtlich zunimmt“, keinen Mangel leide.⁴ Die Einsetzung eines *lieutenant criminel* und eines *notaire* in den *greniers à sel* ergab einen Abschluß von 1 Million. Ein Angebot in Höhe von 400 000 l. für Posten von 40 *auneurs* (Abmesser) der Tuch- und Leinenstoffe und 20 *courtiers commissaires* für den Verkauf der Stoffe führte zu dem entsprechenden Edikt;⁵ ein anderes in Höhe von 700 000 l. für *trésoriers receveurs-* und *payeurs*-Stellen, bestimmt zur Verwaltung der Einnahmen der Werkstätten und Bruderschaften in allen Städten und *Paroisses* des Königreichs, zeitigte die gleiche Wirkung. 450 000 l. bot ein *Traitant* für die Ämter der *conseillers greffiers secrétaires* und *gardes archives*, mit denen die Fakultäten der Universitäten beehrt wurden, und 3,5 Millionen für das in den *Gabelles de France* errichtete Amt eines *contrôleur* der Einnahmen. Aus den in allen Städten und Dörfern geschaffenen *inspecteur*-Stellen für Schlächtereien löste der König 4,8 Millionen. Die Errichtung einer *Chambre souveraine* in den Städten, die Parlamente besaßen, mit je zwei Präsidenten und 22 Räten führte zu einem Abschluß von 2,4 Millionen. Aufgabe dieser Kammer sollte es sein, in letzter Instanz alle Streitigkeiten in bezug auf Wald-, Wasser- und Jagdangelegen-

3. d. i. 69 000 l.

4. édit février.

5. édit mars.

heiten zu entscheiden. Dieses Unternehmen war indessen nur ein gegen die Parlamente gerichteter Bluff, wie aus einem Brief des Generalkontrolleurs an das Parlament in Toulouse erhellt, wo er seinem Befremden darüber Ausdruck gibt, daß es noch kein Ablösungsangebot eingereicht habe. Die Ablösung könne umso weniger umgangen werden, „als fast alle andern Parlamente, die kein größeres Interesse an der Sache haben als Sie, sich beeilen, diesen Teil zu erwählen. Das Pariser Parlament hat einer Vermehrung von 7 Präsidenten und 15 Räten zugestimmt, was dem König mehr eingebracht hat, als wenn er die neue Kammer errichtet hätte. Das Parlament in Rouen hat um die Inkorporierung in die *Requêtes du Palais* gebeten und ebenfalls einer Vermehrung seines Personals zugestimmt“. In ähnlicher Weise hätten fast alle andern Parlamente gehandelt. „Ich teile Ihnen das mit, um Sie zu veranlassen, ernsthaft über die Sache nachzudenken und nicht die letzten zu sein, die ihren Eifer bezeugen, dem König die Unterstützung zuteil werden zu lassen, deren er unter den herrschenden Umständen bedarf“.⁶

Für die Pfändung beweglicher Habe wurden in allen ordentlichen Gerichten *conseillers commissaires* eingesetzt. Ein *Traitant* kaufte diese Ämter für 1,2 Millionen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, keinem ordentlichen Gericht Rechenschaft über die Ausführung des Vertrags ablegen zu müssen. Er konnte nur wegen der Hauptsumme vom *Conseil* belangt werden. Die Einsetzung von *syndics perpétuels* in den Körperschaften der *procureurs*, *avocats* und *huissiers* in allen Gerichtshöfen und 109 Hafenvächtern in Paris führte zu einem Abschluß von 1,5 Millionen. Für 50 *jurés visiteurs mesureurs- und contrôleur-Stellen* von nach Paris eingeführten Brennstoffen wurden 360 000 l. erlöst. Der König war nämlich darüber unterrichtet worden, „daß beim Verkauf des Holzes viele Mißbräuche unterlaufen, weil die Händler keiner Aufsicht unterworfen sind“. Die in allen Städten und Gemeinden der *pays d'élections* eingesetzten *receveurs triennaux* der Gemeinde-

6. G⁷ 9 (Arch. nat.), Lettre du 5 juillet 1704. Der Brief beginnt: „Il y avoit lieu de croire que la création d'une nouvelle chambre des Eaux et Forêts près le Parlement de Toulouse vous auroit engagé à faire des propositions pour éviter l'establisement qui ne peut être qu'onéreux à votre compagnie...“

einnahmen gaben Anlaß zu einem Abschluß von 600 000 l.; 40 secrétaires du roi-Chargen ergaben 2,4 Millionen, denselben Betrag die erblich errichteten Ämter der subdélégués. Die Gründung von zwei Bailliage- und Präsidialsitzen (Ypern und Valenciennes) mit je 53 Beamten und einer angegliederten Kanzlei von 10 Beamten warf 600 000 l. ab; je zwei Stellen für receveurs généraux und payeurs des gages in den Provinzen und Generalitäten, verbunden mit einer augmentation de gages, brachten 2 Millionen ein, 40 contrôleur-Stellen für die jurés mesureurs und porteurs (Messer und Träger) von Hoz und Kohle in Paris 500 000 l., welche Summe die Zunft der Wäger und Träger für die Inkorporierung bezahlte.

Ämter, die in den Chambres des comptes von Rouen, Dijon, Aix, Grenoble, Dolle, Blois, Metz, Pau und der Bretagne errichtet wurden, ergaben 2 Millionen; die Einsetzung eines Präsidenten, 6 maîtres des comptes, 2 correcteurs, 4 auditeurs und eines receveur général des restes an der Chambre des comptes in Montpellier sollte 600 000 l. erbringen, die von 8 inspecteurs généraux für die Marine, 8 inspecteurs der Lebensmittel für die Schiffe, 10 Rekrutierungskommissaren der Marine, 8 prévôtés der Marine mit je 5 höheren Beamten und insgesamt 100 Sergeanten zeitigte einen Abschluß von 2,6 Millionen;⁷ die Einsetzung von buvetiers in den Parlamenten und andern hohen Körperschaften, von jurés vendeurs und visiteurs (Verkäufer und Beschauer) für Schweine einen andern von 600 000 l. Ämter für contrôleurs receveurs généraux der Taille und payeurs de gages in den pays d'Etats, verbunden mit einer augmentation de gages, sicherten 400 000 l., 8 jurés vendeurs-Posten für den Verkauf von nach Paris eingeführtem Heu und 40 contrôleur-Posten für dieses Heu 800 000 l.

Im Juni dekretierte Ludwig XIV. die Errichtung einer Cour des Monnaies in Lyon mit 61 Beamten, darunter ein erster Präsident, 4 Präsidenten und 18 Räte; ihr angegliedert war eine Kanzlei mit 10 Beamten. Dieses Edikt führte zu einem Abschluß von 1 Million. 400 000 l. ergab ein Zusatzvertrag zu dem im März zustandekommenen Abschluß über die Ämter der syndics und Nacht-

7. édit mai. Die prévôtés hatten ihren Sitz in Brest, Toulon, Rochefort, Marseille, Dunkerque, Le Havre, Port Louis und Bayonne.

wächter, durch den die Nachtwächter in Paris von 109 auf 129 vermehrt wurden, zusammen mit einer Vermehrung der Weinlader, -ablader und -transporteure um 20, zu denen noch 10 Verkäufer und contrôleurs kamen.⁸

Fünzig Stellen für contrôleurs, marqueurs und visiteurs (Kontrolleure, Stempler und Beschauer) aller Arten von Papier, das in den Faubourgs von Paris und in der Stadt selbst zum Verkauf kam, erbrachten ebenfalls 400 000 l. Der Verkauf und Wiederverkauf von Posten für receveurs der droits d'entrée et de sortie, die bereits ein Edikt vom Dezember 1694 ins Leben gerufen hatte, sollte 1 Million eintragen, 100 conseillers commissaires inspecteurs-Stellen für die Hallen und Märkte in Paris und seinen Faubourgs 1,5 Millionen; eine Anzahl Ämter auf dem Rathaus dieser Stadt, Stellen für 40 contrôleurs généraux der Polizei und 60 jurés contrôleurs visiteurs (Beschauer) von Hafer und Wicken ließen eine Million erhoffen; die Einsetzung der für die Zünfte der Städte und Dörfer des Landes bestimmten greffiers 1 200 000 l. und der für die Körperschaften der huissiers und sergents in der Bretagne bestimmten trésoriers 100 000 l.

Eine Veräußerung von Rechten und Domanialämtern erbrachte 4,8 Millionen, eine Taxe auf die seigneurialen Richter 2 Millionen; aus der Einsetzung von contrôleurs für die receveurs des consignations in allen Gerichtssitzen sowie aus einem Zusatz zu dem Vertrag über die Ämter der commissaires aux saisies réelles erhoffte der König 1 590 000 l., von Stellen für contrôleurs des affirmations, die in allen Gerichtshöfen eingesetzt wurden, 400 000 l., für contrôleurs des exploits an allen Gerichtssitzen 2 Millionen.⁹ Die Einsetzung von 4 greffiers en chef, 2 gewöhnlichen greffiers im Châtelet, 4 gardes sel in allen Gerichtsbarkeiten dieses Ressorts zeitigte einen Abschluß von 800 000 l., Ämter für 50 Getreidesichter auf den Märkten und in den Hallen von Paris einen andern von

8. Alle diese Ämter wurden in der ersten Hälfte des Jahres errichtet.

9. Diese Beamten wurden durch dasselbe Edikt eingesetzt, das die Ämter der commissaires aux saisies mobilières (éd. mars) aufhob. Der Traitant konnte den Vertrag nicht ausführen, der Absatz war zu schlecht und die Ablösungen, die verordnet wurden, zu niedrig. Deshalb schlug er dem König ihre Aufhebung vor und die Errichtung der contrôleurs d'exploit, die einträglichere Rechte erhielten: 6 deniers für jenen Kontrollakt.

300 000 l.; aus 80 Bootswächterstellen, zu denen noch solche für Hafengehilfen kamen, erlöste der König 400 000 l., aus Ämtern für *contrôleurs inspecteurs généraux* und *commissaires visiteurs* von Stoffen der Manufakturen in allen Generalitäten 2 Millionen. Aus der Gewährung von je 4 Dispensationen vom Dienstgrad, der für die Erlangung des erblichen Adels vorgeschrieben war, zugunsten der Mitglieder der *cours souveraines*, aus der Trennung — *désunion* — der Befugnisse der *contrôleurs* von denen der *gardes sel*, der Oktroyierung von Renten an die Erwerber der seit 1696 erlassenen Adelsbriefe zog der König 2,7 Millionen, aus Gebühren und Taxen zu Lasten der *greffiers* der *engagistes* 1,4 Millionen, aus *droit d'amortissements* und neuen *acquêtes* 2,4 Millionen. Eine Oktroyierung von 75 000 l. *augmentations de gages* an die Beamten der den höheren Gerichtshöfen angegliederten Kanzleien sollte 1,5 Millionen erbringen, die Einsetzung von *rapporteurs du point d'honneur*, *secrétaires greffiers* und *archers* in den von den Parlamenten unmittelbar abhängigen *Bailliages* und *Sénéchaussées* 600 000 l., von 32 *jurés mesureurs* und *visiteurs* von Kohlen und 100 Kohlenträgern in Lyon 300 000 l.

Ferner sollten ergeben Ämter für *commissaires contrôleurs* der Fuhrwerke, Droschken und Sänften: 1,5 Millionen,¹⁰ für *courtiers* von Wechselbanken, *commissaires* von Wein, Most und Bier: 500 000 l., für *facteurs commissaires* von Wein, Most und sonstige nach Paris eingeführte Getränke: 1,8 Millionen, für *receveurs des amendes* und *épices*, *syndics* der Polizeibeamten von Paris: 2,4 Millionen, für *auditeurs des comptes*, die in der Bourgogne, Bresse und Bugey errichtet wurden: 200 000 l.,¹¹ für *greffiers des experts* in allen Städten und Gemeinden, wo eine Gerichtsbarkeit bestand, ebenfalls 200 000 l.

Aber auch das genügte noch nicht. Für *augmentations de gages* hatte die Beamtenschaft weitere Gelder zu zahlen. Eine solche zu Lasten der *maires*, *assesseurs*, *greffiers* und der *cours*

10. Da es nicht möglich war, diese Ämter abzusetzen, erfolgte sehr bald das Aufhebungsdekret (éd. oct.).

11. Edikte vom Mai 1702 und November 1703 hatten dieselben Ämter in Languedoc, Montauban, Bordeaux und Béarn errichtet. Für Languedoc und Montauban war eine Million ausgesetzt, für die Generalitäten Bordeaux, Béarn und Navarre 500 000 l.

supérieurs (d. h. der Parlamente, die Ludwig XIV. nie „souveraine“ nannte) erbrachte 5 Millionen, eine andere zum denier 15 zu Lasten der receveurs généraux et particuliers der Fermes générales, grosses fermes etc. 1,5 Millionen, eine weitere von 25 000 l., die den Beamten der Pariser Miliz „zugute“ kam, erbrachte ein Kapital von 560 000 l.

Aus der Einsetzung eines weiteren Präsidenten, von grene-tiers, procureurs, greffiers und huissiers in den Gabelles von Languedoc und Lyonnais erhoffte der König 1,2 Millionen, von neuen receveurs in den kleinen Gabelles 1,4 Millionen, von zwei trésoriers généraux des finances in der Bretagne und einer Anzahl Gerichtsbeamter, darunter 50 notaires in der Provinz Roussillon, ebenfalls 1,4 Millionen. Der Verkauf von 150 limonadiers-Stellen in Paris sollte 300 000 l. einbringen, und ein Zusatzvertrag über die Ämter der receveurs des droits d'entrée ergab ebensoviel.

Damit ist aber die Liste der im Jahre 1704 ausgeführten affaires extraordinaires nicht erschöpft. Noch eine ganze Reihe Edikte erließ der König, von denen der größte Teil zu keinen Abschlüssen mit den Traitants führte, sondern unmittelbar zur Ausführung gelangte. Es handelt sich um mindestens 25 Edikte,¹² ohne Berücksichtigung der Ämtererrichtungen in den Parlamenten zum Zwecke der Ablösung der Chambre des Eaux et Forêts. Von ihnen verdienen erwähnt zu werden ein Erlaß vom 15. Januar 1704, demzufolge die Beamten der Präsidialhöfe, Bailliages, Sénéchaussées, Elektionen und anderer Körperschaften, denen ein Edikt vom Juli 1703 augmentations de gages, Befreiung von der Taille und andere Privilegien gewährt hatte, die aus diesem Anlaß für sie im Conseil festgesetzten Summen innerhalb einer bestimmten Frist bezahlen mußten, andernfalls sie mit der Konfiskation ihres Amts und sofortiger öffentlicher Versteigerung desselben zu rechnen hatten.¹³ Zu erwähnen ist weiter die Schaffung von 30 Ämtern für

12. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß auch die Serie AD* nicht vollständig ist. Für manche Abschlüsse sind nämlich die gesetzlichen Unterlagen dort nicht vorhanden. Andererseits gibt es auch manche Edikte, für die die Abschlüsse nicht oder schwer auffindbar sind.

13. Die Beamten versuchten lange, die Zahlung zu umgehen: au lieu d'y satisfaire ils ont pris des précautions pour cacher et détourner leurs meubles et autres effets ou pour les faire saisir par leurs créanciers véritables ou sup-

commissaires provinciaux des guerres,¹⁴ die hoch im Kurse standen, von Ämtern für 4 maîtres, 4 correcteurs, 4 auditeurs und 1 procureur an der Chambre des comptes in Paris,¹⁵ von Stellen für procureurs und greffiers in den Rathäusern der Bourgogne und 100 notaires in dieser Provinz,¹⁶ von Ämtern für 50 commissaires ordinaires und 150 commissaires gardes magasin der Artillerie¹⁷ und die Wiederherstellung der Gerichtsbarkeit der Table de marbre in Paris.¹⁸ Weiter erstanden da Stellen für 30 jurés prud'hommes contrôleurs der jurés crieurs¹⁹ und 80 contrôleurs jurés courtiers;²⁰ die Bailliages und ähnlichen Sitze erhielten conseillers auditeurs des comptes und receveurs des consignations, und im Ressort des grenier à sel von Paris wurden receveurs und distributeurs eingesetzt.²¹ Ein garde triennal des Trésor royal kam zum Ancien und Alternatif,²² ein Amt, dessen Wert eine Million überstieg. Weiter erfolgte die Einsetzung von 4 trésoriers généraux payeurs für die Polizei,²³ von 57 payeurs der Renten am Pariser Rathaus und 57 contrôleurs für diese payeurs.²⁴ Hierbei handelte es sich meist um Triennale, die sofort von den Anciens und Alternatifs abgelöst wurden bzw. werden mußten. Im Zusammenhang damit entstanden 29 Rentenabteilungen. Dies erforderte eine höhere Zahl der payeurs und contrôleurs; sie wurden auf je 84 heraufgesetzt, und zwar in dreifacher Auflage.²⁵ Zu nennen ist noch die Errichtung von 200 Stellen für conseillers inspecteurs der Märkte, davon 100 für den Verkauf von Fischwaren in Paris.²⁶ Die Begründung, mit der

posés pour mettre les receveurs généraux hors d'état de pouvoir asseoir aucunes exécutions sur eux.

14. édit mars.

15. édit avril.

16. édit avril.

17. édit mai.

18. édit mai.

19. édit juillet.

20. édit septembre.

21. édit septembre.

22. édit septembre.

23. édit novembre.

24. édit novembre.

25. édit décembre.

26. édit décembre.

die Cour des aides in Paris eine Vermehrung ihres Personals um 2 Präsidenten, 6 Räte und einen Substitut des Generalprokurators hinnehmen mußte, ist bereits in der Darstellung genannt.

Wir sehen also: neue Ämter in Massen! Aber fast immer handelte es sich um Neuauflagen bereits vorhandener. Darüber können auch die langatmigen und lächerlich wirkenden Titel, die lediglich als Attrappe dienten, nicht hinwegtäuschen.

Exkurs IV.

Zur Genealogie der Mitglieder des Pariser Parlaments Ende des 17. Jahrhunderts.

Da die Ämterkäufllichkeit die Zusammensetzung der obersten Gerichtshöfe von Grund aus bestimmte und bewirkte, daß die feudale Herrschicht, die einst in ihnen vorherrschend war, weit von den Finanz- und Bürgerkreisen zurückgedrängt, ja fast verdrängt wurde, lohnt es sich, diese „Umschichtung“, die sich hauptsächlich im 16. und 17. Jahrhundert vollzog, an einigen konkreten Beispielen zu veranschaulichen. Sie sind entnommen aus einer von dem Hofgenealogisten Hozier am Anfang des 18. Jahrhunderts angefertigten Aufstellung.¹

Die Vorfahren von Molé, président à mortier, stammten aus Troyes, wo der Ahn dieser Familie das Gewerbe eines Tuchhändlers ausübte. Im Jahre 1500 siedelte die Familie nach Paris über; hier erwarb ein Angehöriger der Familie 1517 ein Ratsamt am Parlament. — Die Familie des ehemaligen Kanzlers d'Aligre entstammte ebenfalls bürgerlichen Kreisen. Er selbst amtierte zuerst als procureur fiscal in Chartres. Sein Vater bekleidete dort das Amt eines Schreibers, ebenso der Urgroßvater. Der erste Beamte dieser Familie war mesureur im grenier à sel von Chartres. — Der Vater des Parlamentsrats Chevalier hatte das Amt eines contrôleur de l'Extraordinaire des guerres inne; sein Onkel, ein Bourgeois in Paris, wurde schließlich contrôleur in der Elektion von Nantes.

1. Mémoire contenant les véritables origines des Mrs. du Parlement de Paris en 1706, fait au mois de may pour le Roy ... par d'hozier (Arch. nat. U 937). Die Beispiele beziehen sich also auf Zeitgenossen.

Meault de Boinville, ein Parlamentsrat, war der Enkel eines Bourgeois und Echevins von Paris. Sémonville, Rat an der Grand' Chambre, war der Sohn eines Commis des consignations, der es zum secrétaire du roi brachte und sich zugleich als Traitant betätigte; dessen Vater war ein gewöhnlicher Einwohner des Städtchens Boiscommun bei Orléans. Meunier, ebenfalls Rat, war der Enkel eines Präsidenten der Election von Angoulême und Maire dieser Stadt im Jahre 1592;² Jaquier, Rat an der ersten Kammer der requêtes, der Enkel eines Händlers von Châlons; sein Vater hatte sich die Charge eines secrétaire du roi erworben. Aus diesem Städtchen stammte auch Rolland, dessen Großvater dort Händler gewesen war, sein Vater wurde Traitant, dann fermier général und secrétaire du roi, und er, der Sohn, Rat an der ersten Kammer der requêtes.² Sein Kollege Coustard war der Sohn eines Tuchhändlers aus Paris, der durch den Erwerb einer secrétaire du roi-Charge seinen bürgerlichen Ursprung ebenfalls zu verwischen suchte. Lunel des Essarts, Rat an der zweiten Kammer der requêtes, war der Sohn eines secrétaire du roi, der sich an mehreren Finanzoperationen in der Bretagne beteiligt hatte, „wo er ein großes Vermögen zusammenraffte“.³ Der Vater seines Kollegen Henault war der Sohn eines fermier général, „der sich durch die große Zahl der Unternehmungen, an denen er sich beteiligte, sehr bereicherte“.⁴ Die Bemerkung über den Rat Noiret lautet ganz ähnlich; auch er entstammte einer Familie der Finanz. Bourgoing von der ersten Kammer der enquêtes war der Sohn eines maître des comptes; sein Großvater war receveur des tailles in der Election Lizieux (Normandie) und der Urgroßvater Händler und Bourgeois in Rouen.⁵ Rouliers, aus derselben Kammer, war der Enkel eines Schiffers von Tours. Sein Vater betätigte sich lange Zeit als Commis des postes, dann als contrôleur und directeur in diesem Fach; 1679 kaufte er

2. Der Vater war auch Parlamentsrat. Von einem solchen namens Le Fouin an der zweiten Kammer der enquêtes heißt es: „Son père étoit sergent au Châtelet et fils aussi d'un sergent, lequel ayant épousé la veuve d'un riche épicier des Halles appelé Planson, il eut de quoy acheter un office de notaire du Cardinal de Mazarin puis du feu M. Colbert, il acquit assez de biens dans cette place pour se faire secrétaire du Roy et greffier du Conseil l'an 1670.

3. s. p. 237 ff.

4. p. 279.

5. p. 74.

sich die Charge eines secrétaire du roi und „hinterließ 1694 seinen Kindern ein ungeheures Vermögen“.⁶ Der Vater seines Kollegen Henin machte sich 1673 ebenfalls zum secrétaire du roi, zugleich besaß er das Amt eines trésorier payeur des gages an der Chambre des comptes. Als Großvater wird ein Einwohner von Rethel genannt, der dann commis eines receveur an der Chambre des comptes wurde und sich später die Charge eines receveur und payeur des gages et épices erwarb.⁷ Chevalier von der zweiten Kammer der enquêtes, Rat und Präsident, hatte einen fermier général zum Vater, der sich 1671 eine secrétaire du roi-Charge kaufte; Großvater war ein receveur des tailles in Nogent.⁸ — Lassen wir es mit diesen Beispielen, die beliebig vermehrt werden könnten, genug sein.

6. p. 76.

7. p. 80.

8. p. 99. Da in diesem Mémoire alle Chargeninhaber nach Kammern aufgeführt sind, haben wir nicht jedes einzelne Beispiel seitenmäßig belegt.

Berichtigungen.

Seite 49 Zeile 14 lies: „Unwissenden“. — S. 140 Z. 17: „gewährleistet“ — S. 262 Z. 20/21: die hauptamtlich tätigen statt hauptsächlich beschäftigten — S. 279 nach Zeile 3 füge ein: einen zweiten Präsidenten mit einem Chargenwert von 14 000 l. (350 l. Gagen). Wir finden weiter verzeichnet die Charge — S. 286 Anm. 76 Z. 8: 16 — 26 000 l. statt 60 — 26 000 l.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	5
1. Das Amt	7
office und Charge, 7. — Vermögenswert, 8. — Form der Ver- äußerung und Verleihung, 8. — Amtliche Theorie, 10.	
2. Zur Entstehung des Ämterkaufs	12
Das Pachtsystem, 12. — Stetigkeit der Beamten, 17. — Auf- kommen der Resignationen, ihre Auswirkung, 18. — Ämter- verkauf, 24. — Ständeversammlung von Tours (1483—84), 28. — Reformordonnanzen, 29. — Beamtentum — Königtum, 31.	
3. Übergang der Krone zum Ämterhandel und Ausbau der Verwaltung	36
Ludwig XII., Franz I., Heinrich II., 36. — Präsidialhöfe, 42. — Wandlung des Pariser Parlaments, Ämterpolitik, 43. — Finanz- verwaltung, Finanzpolitik, 56. — Stellung der Stände von 1560, 1576 und 1588, 61. — Ämterhandel und öffentliche Meinung: Hôpital, Bodin, Hotman, Montaigne, 69. — Wandlung des Amts zur endgültigen Form, 73. — Entwicklungsergebnis, 79.	
4. Entstehung des Paulettesystems und seine Entwicklung bis Colbert	82
Verschiedene Arten, aber gemeinsames Merkmal der Ämter, 82. — Aufkommen der Paulette, 84. — Ständeversammlung von 1614, 88. — Wandlungen der Paulette bis Colbert, 95.	
5. Ämterschacher großen Stils und Richelieus Finanzpolitik	102
Reformtätigkeit Sullys, 102. — Ämterkäuflichkeit und Stände- versammlung von 1614, 103. — Massenweise Ämtererrichtung, 108. — Richelieu und die Ämterkäuflichkeit, 126. — Erträge der außerordentlichen Finanzoperationen, Vergleich mit den ordentlichen Einnahmen, 127. — Regime der Partisans und Traitants, 134. — Steuerverwaltung, Etat, Korruption, 137. — Kritik am Staat: öffentliche Meinung, Sully, Effiat, Richelieu, Colbert, 149. — Chambres de justice, 154.	

	Seite
6. Colberts Reformpläne und die Erpresserpolitik Ludwigs XIV.	158
Finanzpolitik Fouquets, 159. — Colberts Reformversuch, 162. — Colbert in den Bahnen seiner Vorgänger, 169. — Ämter-schacher während des Pfälzischen Erbschaftskrieges, 171. — Chamillarts Finanzpolitik (1701—1707), 196. — Schacher mit Adelsbriefen, 208. — Erpressungspolitik Ludwigs XIV., Verfall des Beamtentums, 214. — Finanzielle Seite der außerordentlichen Unternehmungen, Platz im Budget, Finanzlage des Staates, 230. — Korruption, Chambre de justice, 236.	
7. Ludwigs XIV. Vermächtnis	240
Abbaumaßnahmen, 240. — Wiederherstellung der Ämterkäufllichkeit in den Städten und Gemeinden, 242. — Zünfte, 247. — Beamtenschaft, 249. — Moralische Wertung des Amts, 252. — Pauletteregime, 254. — Reform von 1771, 256. — Finanzielle Seite des Ämterwesens, Kostenaufwand des Staates, 258. — Ämterkapital, 262.	
8. Die Preise der Ämter	266
Preise im 16. Jahrhundert, 267. — Preisstand um 1604, 268. — Preisbewegung bis Mitte des Jahrhunderts, 270. — Die Aufstellung von 1665, 273. — Preisbewegung von 1689 bis 1789, 283.	
9. Gesellschaft, Staat, Beamtentum in ihrer Bedingtheit durch die Ämterkäufllichkeit	289
Die Ämterkäufllichkeit als politischer und gesellschaftlicher Faktor, Heranbildung der Robe, Verdrängung des Adels, 289. — Politische Folgen: Opposition gegen den Absolutismus, 298. — Ämterverleihung, Inamovibilität, Parlamente, 305. — Gerichtswesen, Mißstände, mittlere Körperschaften, Staatsethos, 317.	
10. Exkurs I: Ämtererrichtung im Jahre 1635	334
11. Exkurs II: Zusammensetzung einer mittleren Gerichtskörperschaft um 1640, gezeigt am Sitz Langres	338
12. Exkurs III: Die Ämtererrichtungen des Jahres 1704	339
13. Exkurs IV: Zur Genealogie der Mitglieder des Pariser Parlaments Ende des 17. Jahrhunderts	347